

Samal

Herausgeber:
Erich Mühsam

2. Jahrgang 1927 - 1928



PDF Edition



fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

**Nr.
1**

Sowjet-Rußland. -- Probleme des Anarchismus.
(von Rudolf Rocker). -- Der Staat als Erzieher. --
Die Giftmischer. -- Die Toten an die Lebenden.
-- Wer spaltet? -- Proletarisches Theater. --

**PREIS
40 Pfg.**

JAHRGANG 2

BERLIN

OKTOBER 1927

::: Anarchistische Vereinigung Berlin. :::

Die Genossen werden dringend ersucht, zu den Diskussionsabenden, die jeden Donnerstag im Lokal Köhler, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 64, stattfinden, regelmäßig zu erscheinen. Die Erörterung organisatorischer Fragen — insbesondere die Notwendigkeit, die anarchistische Bewegung im Sinne der „Vereinigung“ im Reichsmaßstabe zu aktivieren, ferner das Problem der Geldbeschaffung zur Herausgabe eigener Literatur — erfordert die Inanspruchnahme aller verfügbaren Kräfte. Sämtliche Diskussionsabende bleiben in der nächsten Zeit der organisatorischen Arbeit gewidmet. Genossen, werbt, sammelt Gelder, gebt das Beispiel revolutionärer Aktivität!

Geldsendungen für die „Anarchistische Vereinigung“ an Genossin Klara Klyszynski, Berlin-Neukölln, Treptower Str. 10 v. IV.

FANAL

Organ der Anarchistischen Vereinigung

Das Weitererscheinen des „FANAL“ ist finanziell noch nicht sichergestellt. Die Genossen werden dringend gebeten, die Werbearbeit für die Zeitschrift zu steigern und Probenummern vom Verlag anzufordern. Freiwillige Beiträge für „FANAL“ sind auf das Postscheckkonto des Herausgebers, Berlin 82419, einzuzahlen. Erwünscht ist die Angabe von Personen, die als Abonnenten in Frage kommen. Wer die Möglichkeit hat, „FANAL“ zu vertreiben, setze sich mit dem Verlag in Verbindung. Mehrbezieher erhalten Rabatt.

Der Einzelvertrieb im Reiche erfolgt durch folgende Genossen:

- | | |
|-----------------|---|
| Schlesien: | Herbert Kleinert, Breslau X, Schrotgasse 13.
Ernst Kokott, Ratibor (Oberschl.), Oberwallstr. 20. |
| Sachsen: | Werner Höme, Dresden-A 10, Ziegelstr. 53.
Richard Bellmann, Dresden-N, Große Meißner Str. 6.
A. Holke, Leipzig, Centralstr. 11. |
| Thüringen: | Gustav Korn, Gotha (Thür.), Uelleber Str. 40. |
| Süddeutschland: | A. Albrecht, Mannheim, F 5, 27. |
| Rheinland: | Mathias Zander, Köln-H., Frankfurter Str. 294.
Hans Dahms, Hörde-Bergh., Freistr. 3. |
| Wasserkante: | Max Hilse, Wesermünde-Lehe, Langener Landstr. 32.
Alfred Fuchs, Hamburg-Bergedorf, Hassestr. 22. |

Außerdem ist „FANAL“ durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Verlangt überall „FANAL“! Werbt neue Leser!

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 1

Oktober 1927

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfennige, Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35—jährlich Mk. 4,60— Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften u. Geldsendungen nur an den Herausgeber ERICH MÜHSAM Berlin-Britz, Döhrldüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sowjet-Rußland.

Wir werden in den nächsten Wochen die jubelnde Musik unermesslicher Begeisterung, leidenschaftlichen Bekenntnisses, stürmischer Bejahung eines großen Erlebens über die Welt brausen hören. Die besten Regisseure öffentlicher Massenkundgebungen, die geschicktesten Arrangeure politischer Festlichkeiten, nächst der katholischen Kirche sogar die klügsten Einschläferer des kritischen Gewissens skeptischer Naturen bereiten die Zehnjahrfeier der russischen Oktoberrevolution vor, deren Präludien schon seit Beginn des Kalenderjahres die Melodien der Jubiläums-Symphonie erkennen lassen. Es scheint ratsam, mit kritischen Augen den Festplatz zu mustern, bevor das Riesenorchester, die Sinne betäubend, mit allen Instrumenten einsetzt und einen Massentaumel hervorruft, dessen Suggestion sich vielleicht auch der objektivste Beobachter nicht ganz wird entziehen können.

Es ist durchaus nicht einfach, den für einen Revolutionär richtigen Standort zu finden, um gerecht, ohne Liebedienerei und ohne Verbitterung und Gehässigkeit über das russische Problem mitreden zu können. Dieses russische Problem ist nichts Einheitliches, nichts, was schematisch nach theoretischen Formeln und prinzipiellen Festlegungen beurteilt werden könnte. Denn es setzt sich aus einer ganzen Fülle verschiedener Probleme zusammen, die gewiß alle unter revolutionären Gesichtspunkten betrachtet werden müssen und sollen, die aber aus zahlreichen, nur zum Teil von einander abhängigen Ursachen entstanden sind. Es muß unterschieden werden nach objektiven und subjektiven Momenten, die im Ablauf der

zehn Jahre die Entwicklung von der Oktoberrevolution zur Gestaltung dessen bewirkt haben, was man heute Sowjet-Rußland nennt; es muß untersucht werden, ob und wie weit die Bezeichnung des revolutionären Landes als eine Sowjet-Republik noch ihre Berechtigung hat; die aufgestellten Ziele der Revolution müssen mit der bis jetzt erreichten Wirklichkeit verglichen werden, wobei zu prüfen ist, ob die bewegenden Elemente der russischen Gegenwart der Richtung zu den gesetzten Zielen zustreben oder von ihnen fort leiten. Wie weit die politische Verwaltung des Landes die wirtschaftliche Organisation bestimmt und in welchem Sinne sie sie beeinflußt, bedarf der sachlichen Kontrolle ebenso wie die Frage, wo der Zwang übermächtiger Tatsachen und Einflüsse Anpassungen an die kapitalistische Welt außerhalb der Landesgrenzen gebietet. Und wiederum können nur Probleme aufgezeigt, Fragen gestellt, sorgende Zweifel geäußert werden; endgültig und abschließend über Einzelheiten zu urteilen, wird nur da möglich sein, wo offenkundige Sünden offenkundige Schäden bereits zur Schau stellen und wo das menschliche und revolutionäre Gefühl sich gegen Maßnahmen empört, die der gemeinsamen Sache des internationalen Proletariats moralisch und ideell Abbruch tun.

Die Orientierung über die tatsächlichen Zustände in Sowjet-Rußland ist unendlich schwierig. Den klarsten Einblick wenigstens in die seelische Verfassung des arbeitenden Volkes vermitteln noch die Werke der schönen Literatur, deren Uebersetzung uns zugänglich wird. Da ist das Buch von Alexandra Kollontay „Wege der Liebe“, von dessen Klagen und Anklagen hier schon ausführlich die Rede war (FANAL, Jahrg. I, Nr. 6). Man könnte einwenden, daß die Genossin Kollontay als bekannte Vorkämpferin der russischen Arbeiteropposition die trüben Erscheinungen, die als Folgen der Nep-Konzessionen durch Bürokratismus, Streberei, Charakterverlumpung und Schikanen gegen die Proletarier den Geist der Revolution korrumpieren, zu kraß herausheben möchte. Aber woran soll man sich halten? Wir wissen, daß nur zensierte und sorgfältig gesiebte Literatur zu uns gelangt, ahnen sogar, daß viel wichtiges Aufklärungsmaterial gar nicht zur schriftlichen Fixierung kommt, da die Verarbeitung Gefahren birgt. So greifen wir zu den genehmigten Werken und suchen zwischen den Zeilen zu erkennen, was klar auf die Zeilen zu stellen nicht anging. Leider scheint bis jetzt nichts vorzuliegen, was aus den innenpolitischen Gärungen der letzten Zeit den Stimmungswert zöge, mindestens

auf dem deutschen Büchermarkt habe ich noch nichts der Art gefunden. Einen überaus deutlichen Einblick in die Entstehungszeit der gegenwärtigen russischen Periode vermittelt jedoch der Roman „Zement“ von F. Gladkow, den der Verlag für Literatur und Politik in diesem Jahre deutsch herausgebracht hat. Das Buch ist insofern besonders bedeutungsvoll, als Fjedor Gladkow nicht nur ein künstlerisch hoch qualifiziertes Werk geschaffen hat (das übrigens von Olga Halpern ungewöhnlich gut übertragen ist), sondern dem in Rußland herrschenden System, wie deutlich herauszufühlen ist, mit warmer Sympathie anhängt. Der Roman wäre sonst auch kaum in einem offiziellen kommunistischen Parteiverlag erschienen und den Zeitungen der K. P. D. zur Veröffentlichung im Feuilleton überlassen worden. — Es ist noch die Wirrnis des offenen Bürgerkriegs, chaotischer Stillstand der Produktion, verzweifelter Aufbäumen der zum Tode verwundeten Konterrevolution, fanatischer Eifer und Kampf um neue Lebensmethoden, neue Lebenswerte. Glib, der Rotarmist, kommt heim von blutigen Erlebnissen, findet die Frau, die mädchenhaft-mütterliche Geliebte, als rührigste Organisatorin wieder, entpersönlicht von der Idee, nicht Hausfrau mehr noch Mutter, vergeistigt, heldenhaft, hingegeben ihrer Aufgabe, befreit auch als Weib von Konvention und Befangenheit. Das Töchterchen, kaserniert in einem Kinderheim, siecht dahin, verhungert nach Zärtlichkeit. Die Genossen und Freunde eifern in unfruchtbarer Geschäftigkeit, kritisieren, schimpfen, schwätzen — und „in den Sitzungen der Zelle der R. K. P., jeden Montag (Zellentag) brachte man folgende Fragen ein: 1. über den Diebstahl von Butter und Essen in der Küche der Volksernährung; 2. über das Füttern der Schweine mit den Speisen der Küche; 3. über die Religion der Zellenmitglieder; 4. über die Ausplünderung des Werkes zu Austauschzwecken für Hamster.“ Das Werk! Das Zementwerk! Das steht still, verwahrlost, ausgestohlen, untätig. Glib, verwirrt und hilflos dem persönlichen Leide gegenüber, geht an die Arbeit, die ihm die wichtigste scheint: das Werk in Gang zu bringen. Sein Wille, seine Energie besiegt hundert Widerstände, überwindet die Hemmung, sich mit dem Ingenieur zu verbünden, der damals gegen die Arbeiter stand, überwindet die Indolenz der Genossen, überwindet zum Schluß auch die schwersten Widerstände, die der Parteibürokratie, des Strebertums, der Nep-Korruption. Auch hier, auch in diesem von den Bolschewisten nicht verleogneten Buch, das bejaht, wo nur zu bejahen ist, — Seiten voll

bitterer Anklage, tiefer Depression. Furchtbar sind die Schilderungen von der „Reinigung“ der Partei. Neid, Ranküne, Intrige, Streberei entfernen die besten Kommunisten, die ehrlichsten Revolutionäre aus den Reihen der Partei, und die Anschmiegsamen, die Rechnungsträger und Kriecher besetzen ihre Stellen. Badijn aber, der Widersacher Gljeb, der ihm sein privates Glück stahl und viel von seinem Glauben an die Reinheit seines Kampfes, Badijn, der brutale, ehrgeizige Bonze, steigt auf zur Macht und eröffnet endlich das Werk, dessen Belebung der schlichte Gljeb gegen ihn erkämpft hat. „Karrierist!“ zischt der Rotarmist ihm nach und geht dann doch mit ihm an die Arbeit, um der Sache willen, an der persönliche Enttäuschung ihn nicht verzweifeln läßt: „Wir bauen am Sozialismus, Genossen, und an unserer proletarischen Kultur . . . Auf zum Sieg, Genossen!“

Gladkows Roman zeichnet Bilder von 1921. Die Nep begann erst, die fürchterliche Verwüstungsarbeit an der Revolution zu verrichten, die Lenin noch erkannte, als es zu spät war, der er — vergeblich! — Halt und Umkehr zurief. Der Kapitalismus läßt sich auf die Dauer nicht mit Konzessionen abspeisen. Wer ihn nach der Verjagung wieder ins Land ruft, um die Wirtschaft neu in Schwung setzen zu helfen und ihm dafür einen Teil des Arbeitsertrags zuspricht, der liefert ihm das Proletariat ganz aus und nicht auf Widerruf. Heute, sechs Jahre später, kann soviel als erwiesen gelten, daß der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande, sollte er denn möglich sein, mit den in Rußland probierten Methoden nicht zu erzielen ist. Das dort zurzeit geltende Wirtschaftssystem zumal hat mit Sozialismus überhaupt nichts zu schaffen; es stellt sich dar als eine Mischung von Privatkapitalismus und Staatskapitalismus. Zum kapitalistischen Produktionsverfahren selbst ist nirgends ein Gegensatz im Sinne des Sozialismus zu erkennen, wie das ja durch die allgemeine Beibehaltung des Lohnsystems und die dadurch bedingten Erscheinungen der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit und der Preisschwankungen auch äußerlich sichtbar wird. Wenn Trotzki in seiner Schrift „Kapitalismus oder Sozialismus“ (Neuer Deutscher Verlag, 1925), die im übrigen als statistische Informationsquelle außerordentlich wertvoll ist, andauernd die Begriffe Vergesellschaftung, Sozialisierung, Nationalisierung und Verstaatlichung einfach gleichsetzt, so bewegt er sich natürlich in lauter Trugschlüssen und muß sich, da er alles Wirtschaften in Staatsregie als ein Wirtschaften mit sozialistischer Tendenz anpreist, den

Vorwurf der Irreführung gefallen lassen. Einen Einblick in das gesellschaftlich-politische Leben Sowjet-Rußlands vermittelt leider auch Trotzki's Arbeit nicht.

Daß ein solcher Einblick keinesfalls aus den Berichten der sogenannten Arbeiterdelegationen gewonnen werden kann, liegt auf der Hand. Die Ehrlichkeit der Begeisterung, mit der diese Berichte jedesmal gegeben werden, steht dabei ganz außer Zweifel. Es fällt mir auch gar nicht ein, die Vorführung Potemkinscher Dörfer anzunehmen. Aber einmal erfolgt die Auswahl derer, die zu den Besichtigungen eingeladen werden, stets nach dem Prinzip, daß nur Teilnehmer zugelassen werden, an deren freiwilliger Voreingenommenheit kein Zweifel besteht, dann aber muß gesagt werden, daß niemand, der ohne die intimste Kenntnis der geschichtlichen und ökonomischen Verhältnisse, noch dazu ohne ausreichende Verständigungsmöglichkeit in ein wildfremdes Land, ja in eine völlig neue Welt kommt und darin vier bis sechs Wochen herumkutschiert, kompetent sein kann, das Gesehene kritisch und vergleichend zu beurteilen. Der intelligenteste Inder zum Beispiel, der einmal einen Monat in Deutschland zubringt, dabei in Berlin den Reichstag und das Fröbelhaus zu sehen krigt, im Ruhrgebiet durch eine Bergwerksanlage geführt wird, in München das Deutsche Museum besucht, in Kiel ein Kriegsschiff besichtigen darf und meinetwegen in Rostock eine Universitätsklinik, wird nach seiner Rückkehr schwerlich über Deutschland und seine Einrichtungen tiefgründige Aufklärungen geben können. Auch kurze Besichtigungsreisen anarchistischer oder anderer linksrevolutionärer Rußlandfahrer würden kaum geeignet sein, zutreffend über das Land zu informieren. Es kommt doch ganz darauf an, unter welchen Voraussetzungen man Eindrücke aufnimmt. Parteikommunisten, Sozialdemokraten, sofern sie nicht negativ voreingenommen sind, Bürgerliche vergleichen das, was sie in Rußland sehen, mit dem, was sie zu Hause kennen. Es ist klar, daß ein Land, dessen Arbeiter und Bauern vor zehn Jahren eine der größten und erhebedsten Revolutionen der Weltgeschichte bewerkstelligt haben, davon noch immer sehr deutliche Spuren trägt. Es ist klar, daß in den hygienischen Einrichtungen, auf dem Gebiet der Fürsorge für Schwangere, Säuglinge, Wöchnerinnen usw. besseres geschieht als bei uns, daß die scheußlichen Ehe- und Sexualitätsfesseln der unter Kircheneinfluß stehenden Länder in Rußland nicht mehr gespürt werden, daß der Eindruck der Menschen, die sich noch als Träger

revolutionärer Erfolge fühlen, freundlicher und erfreulicher ist als der unserer Arbeiter, die ohne jeden Trost mit der Bürde der Rationalisierungssklaverei in den Betrieben oder vor dem Arbeitsnachweis stehen. Umgekehrt aber: wer mit der Absicht in Rußland Kontrolle übt, die tatsächlichen Verhältnisse mit den 1917 postulierten Zielen zu vergleichen, der wird selbstverständlich nichts als Enttäuschungen erleben. Er wird finden, daß die Sowjets, denen alle Macht allein gehören sollte, nur noch dazu da sind, von einer übergeordneten Regierung zur Bestätigung obrigkeitlicher Erlasse herangezogen zu werden, und daß ihre Zusammensetzung so arrangiert ist, daß die Bestätigung der Erlasse immer gesichert ist. Er wird finden, daß der Bauer, der vor zehn Jahren mit der Parole „das Land dem, der es bearbeitet!“ die Demokratie stürzte, heute der Proletarier des Kulaken ist, und er wird finden, daß die politischen Kerker wieder voll sitzen von denen, die sie schon zur Zarenzeit bevölkerten, und daß sogar die sibirischen Einöden wieder die Heimstätten revolutionärer Arbeiter geworden sind, die sich den Weg der Revolution und den Begriff der Freiheit anders vorgestellt haben als die bolschewistischen Machthaber.

Die Zustände in Sowjet-Rußland müssen unter anderen Gesichtspunkten geprüft werden, als unter solchen vergleichender Voreingenommenheit. Es wäre zu fragen: 1. Welche Veränderungen gegenüber der Zarenzeit und gegenüber der Lwow- und Kerenski-Zeit hat die Oktoberrevolution unmittelbar herbeigeführt? 2. Welche Umstände haben die Uebernahme der gesellschaftlichen Macht aus den Händen der in Sowjets organisierten Arbeiter- und Bauernschaft in die der bolschewistischen Partei verursacht? 3. Was ist seit der Ausübung der Parteidiktatur von den ursprünglichen Erfolgen der Revolution wieder verloren gegangen? 4. Sind diese Verluste auf objektive und unvermeidliche Gründe zurückzuführen oder auf fehlerhafte Maßnahmen der allein schaltenden Partei? 5. Was ist seit der Usurpation der Alleinherrschaft durch die bolschewistische Partei (April 1918) geschehen, was die Revolution im Sinne des sozialistischen Aufbaus und der Beseitigung der Restbestände des alten Systems weitergetrieben hätte? 6. Warum ist die Sowjetverfassung von 1919 nicht in Kraft gesetzt worden? 7. Hätte die politische und wirtschaftliche Entwicklung denselben Verlauf zur Nep, zum Rapallo- und Berliner Vertrag und zur Geschäftsverbindung mit der deutschen Reichswehr genommen, wenn die Sowjets nicht entmachtet und die Linksrevolutionäre

nicht unter Verfolgung gestellt worden wären? Welche objektiven Momente rechtfertigen insbesondere die Behauptung der Bolschewisten, daß ohne die Konzessionen und ohne die Verfolgung der linken und antiautoritären Revolutionäre der Sieg der Weißgardisten gewiß gewesen wäre?

Erst wenn alle diese Fragen von unvoreingenommener Seite zum Gegenstand gründlichster Erforschung gemacht sein werden, können wir über das Sowjet-Rußland, wie es nach zehn Jahren Revolution aussieht, den Rechtsspruch fällen, der vor der Geschichte Bestand haben wird. Bis jetzt liegt erst ein einziges Buch vor, das — unter denen, die ich kenne — aufrichtig bemüht ist, unbeeinflußt zu schildern. Es ist die in der Laubschen Buchhandlung erschienene Schrift von E. J. Gumbel „Vom Rußland der Gegenwart“. Die Urteile Gumbels, der kein Radikaler ist, und im Laufe seiner Berufstätigkeit in Rußland offenbar viel Sympathie für die meisten Einrichtungen dort gefaßt hat, braucht man nicht blindlings zu übernehmen. Die Tatsachen aber, von denen er sachlich und übersichtlich berichtet, sollten bei Freunden und Gegnern bekannt werden. Zitieren will ich nur einen einzigen Satz, in dem Gumbel einmal von etwas schreibt, was er nicht sah. Man wird annehmen dürfen, daß er es deswegen nicht sah, weil ihm der Einblick verwehrt wurde, und wird daraus wiederum Schlüsse ziehen dürfen. Nachdem er den Besuch eines Gefängnisses für zivile Sünder geschildert hat, von dem er Lobendes auszusagen weiß, fährt Gumbel fort: „Ich kann nicht beurteilen, inwieweit diese Einrichtungen typisch für alle Gefängnisse sind. Für entscheidend halte ich auch nicht die Zustände in diesen Gefängnissen, sondern die in den politischen Strafanstalten“. Ja, die hat er nicht zu sehen bekommen.

Rußland rüstet zur Zehnjahresfeier der Oktoberrevolution in einem Augenblick, der zum ersten Male seit der Beendigung der offenen Bürgerkriege das Land wieder von kriegerischer Invasion unmittelbar bedroht zeigt. Dem europäischen Kapital, besonders dem englischen, genügen die wirtschaftlichen Konzessionen an die private Ausbeuteerschaft des Auslandes nicht. Der russische Staat soll als Konkurrent auf dem eigenen Markt ausgeschaltet werden. Hierzu kommt das ins Wanken geratene Prestige des europäischen Imperialismus in China, Indien, Persien und allen kolonialen Gebieten, das ein siegreicher Krieg gegen Sowjet-Rußland wieder befestigen soll. Der Krieg, der in Vorbereitung ist und in abseh-

barer Zeit akut sein wird, ist nicht allein wirtschaftlicher Art mit imperialistischen Expansionstendenzen. Er ist zugleich als vernichtender Schlag gegen das internationale Proletariat gedacht und gewollt. Das muß die Haltung aller Revolutionäre entscheiden. Wenn noch irgendetwas den Mördern in den Arm fallen kann, so das unbedingte Bekenntnis des gesamten Weltproletariats zur Solidarität mit den russischen Arbeitern und Bauern, die — trotz allem! — noch immer ihre Oktoberrevolution zu verteidigen haben.

Die Solidarität mit dem Sowjet-Rußland der Arbeiter und Bauern ist keine Solidarität mit den Beherrschern Sowjet-Rußlands. Aber mit denen mögen sich die Arbeiter und Bauern der Oktoberrevolution selber auseinandersetzen. Uns kommt es zu, den wirklichen Revolutionären Rußlands, denen in den Fabriken und denen auf den Aeckern, denen in den politischen Gefängnissen und denen in den Eiszonen Sibiriens, allen denen, die 1917 gegen die Bourgeoisie und ihren Troß auf der Barrikade standen, unsern brüderlichen Gruß zu senden und das Gelöbnis unserer revolutionären Kameradschaft, die helfen wird, die Grenzen zwischen den Ländern niederzureißen und ohne Staaten und Despoten den Kommunismus als Lebensform der Freiheit allen Völkern gemeinsam zu erkämpfen. Es lebe die Weltrevolution!

Moderne Probleme des Anarchismus.

Es ist kein Zweifel, daß die anarchistische Bewegung aller Länder seit den letzten sechs, sieben Jahren eine große geistige Krise durchlebt, die natürlich auch in der praktischen Betätigung der Bewegung ihren Niederschlag findet. Der Krieg und die Periode der Revolutionen in Rußland und Zentraleuropa haben eine ganze Reihe neuer Probleme aufgerollt, die man früher überhaupt nicht kannte, oder über die man leicht hinwegzukommen meinte. Tausend Fragen, die man längst gelöst zu haben glaubte, erscheinen uns heute in einer ganz anderen Perspektive. Ein großer Teil unserer alten Propagandaliteratur hat heute nur noch geschichtlichen Wert, weil sie zu den modernen Problemen des gesellschaftlichen Lebens überhaupt keine Beziehungen mehr hat. Die tiefer schürfenden Elemente in unserer Bewegung fühlen das sehr wohl. Daher tauchen während der letzten Jahre eine ganze Reihe neuer Ideen und Vorschläge in der anarchistischen Presse aller Länder auf, durch welche man den dringenden Forderungen des praktischen Lebens gerecht zu werden versucht. Leider haben diese neuen Versuche und Bestrebungen gerade in der anarchistischen Presse Deutschlands fast keinen Anklang gefunden, obwohl sie für die ganze weitere Entwicklung unserer Bewegung von der größten aktuellen Bedeutung sind.

In Italien waren es besonders unsere Kameraden Errico Malatesta und Luigi Fabbri, die in zahlreichen Abhandlungen in „Pensiero e Volontà“ zu den brennenden Fragen der Gegenwart Stellung nahmen. Ich erinnere an die glänzenden Artikel Malatestas über die Fragen der Diktatur, der Demokratie usw. und an Fabbri's Essay „Die Krise im Anarchismus“. Auch die Frage der Gewaltanwendung wurde in den letzten Jahren wieder häufig diskutiert, wobei zu verzeichnen ist, daß ein Teil unserer Genossen in Amerika in ihrer Ablehnung der Gewalt soweit ging, die Revolution als Mittel zur Verwirklichung des Anarchismus prinzipiell zu verwerfen. Auch die Meinung des Genossen Merison, der sich, ähnlich wie Saverio Merlino, schon vor dem Kriege für eine Beteiligung der Anarchisten an den Wahlen einsetzte und zwar aus agitatorischen Gründen, fand neuerdings wieder ein schwaches Echo bei einem Teil unserer Kameraden in Amerika. Daß ein Teil der Anarchisten nach dem Kriege den bolschewistischen Bestrebungen ziemlich weitgehende Konzessionen machte, ist bekannt. Ich erinnere nur an die Stellung der beiden anarchistischen Zeitschriften „The Commune“ in England und „Toekomst“ in Holland.

Die Gruppe der russischen kommunistischen Anarchisten in Paris veröffentlichte vor einiger Zeit ihre Richtlinien zur Gründung einer internationalen anarchistischen Partei, die in der anarchistischen Presse der meisten Länder heiß umstritten werden. Die große Mehrheit der Kameraden steht der sogenannten „Plattform“ jener russischen Genossen direkt ablehnend gegenüber, die bereits eine Gegenschrift einer anderen russischen Gruppe hervorgerufen und zu heftigen polemischen Erörterungen geführt hat. Immerhin haben diese Auseinandersetzungen das Gute, daß sie zu einer eingehenden Prüfung unserer Ideen und taktischen Methoden Anlaß geben und auf diese Weise neue Wege für die Zukunft vorbereiten.

Wir werden versuchen, auf all diese neuen Strömungen innerhalb unserer Bewegung näher einzugehen. Vorläufig möge die folgende Abhandlung, die ich auf Wunsch der spanischen Kameraden in Steubenville (Ohio) geschrieben habe, und die bisher nur in spanischer Sprache erschienen ist, als Einleitung dienen. Unsere spanischen Kameraden haben nämlich vor einiger Zeit eine ganze Reihe wichtiger Fragen aufgestellt und in einem internationalen Aufruf die Genossen aller Länder aufgefordert, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Eine große Zahl spanischer Genossen und auch Kameraden anderer Länder haben sich an diesem „Certamen“ wie man es spanisch nennt, beteiligt, das vor kurzem seinen Abschluß erreicht hat. Zahlreiche Abhandlungen wurden bereits in unserem Organ „La Protesta“ in Buenos Aires veröffentlicht. Der nachfolgende Aufsatz beschäftigt sich mit der Frage: „Ueber die gegenwärtigen Probleme des Anarchismus und die Mittel, der Reaktion des autoritären Gedankens international entgegenzuwirken“.

•

Ueber die gegenwärtigen Probleme des Anarchismus und über die Mittel sprechen, der Reaktion der autoritären Gedankens international entgegenzuwirken, heißt über Dinge sprechen, die von vielen Genossen während der letzten Jahrzehnte versäumt wurden. Hätten die Anarchisten in dieser Hinsicht

alles getan, was man billigerweise von ihnen erwarten durfte, so wäre die Aufrollung der ganzen Frage nur ein müßiges Vergnügen ohne jeden praktischen Wert. Die Tatsache allein, daß man heute diese Frage stellt, ist der beste Beweis dafür, daß in unserer Bewegung bestimmte Mängel vorhanden sind, die sich zwar überall deutlich genug bemerkbar machen, über deren eigentlichen Grund man sich aber keineswegs klar zu sein scheint.

Wer die anarchistische Bewegung während der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre aufmerksam verfolgt hat, wird sich nicht wundern, daß man heute sehr häufig von einer Krise im Anarchismus spricht, ja daß man des öftern in anarchistischen Zeitschriften die Notwendigkeit einer Revision der anarchistischen Ideen betont hat. Unserer Meinung nach handelt es sich heute weniger um eine Revision der anarchistischen Ideen, als um eine Revision der allgemeinen Haltung der Anarchisten und ihrer gegenwärtigen praktischen Betätigung. Die schönsten Theorien haben schließlich nur dann Wert, wenn sie aus den praktischen Erfahrungen des Lebens geschöpft sind und neugestaltend auf das Leben zurückwirken. Sonst entsteht unwiderruflich jener trockene und lederne Doktrinarismus, der sich in bestimmten religiösen, politischen oder sozialen Dogmen verkapselt und jedes geistige Leben in einer Bewegung langsam erstickt, indem er sich auf unfruchtbare Formeln festlegt und blind an den Ereignissen des gesellschaftlichen Geschehens vorübergeht. Dies scheint mir tatsächlich in weiten Kreisen der allgemeinen sozialistischen Bewegung der Fall zu sein. Die Anarchisten machen hier keine Ausnahme.

Es wäre sinnlos, sich einzureden, daß ein bestimmtes politisches Aushängeschild eine Bewegung vor diesem Zustand schützen könnte. Auch der Anarchist ist in erster Linie Mensch und den Perioden geistiger Erschöpfung gerade so gut ausgesetzt, wie die Anhänger jeder anderen Richtung. Es kommt stets darauf an, ob sich eine Idee im einzelnen Menschen als inneres Erleben auswirkt, das alle Handlungen seines Lebens geistig durchglüht, oder ob es sich um ein Lippenbekenntnis handelt, das in Schlagworten seinen Ausdruck findet, ohne das innere Wesen des Menschen zu befruchten. Wo dies der Fall ist, sind die Wirkungen überall dieselben. Aber auch Ideen, die anfangs geisteserneuend auf Menschen wirkten, können durch gewohnheitsmäßige Routine und Mangel an praktischer Auswirkung im Leben zum toten Schlagwörtertum erniedrigt werden, wie dies in der Geschichte immer wieder zu beobachten ist.

Ich war nie fester von der Richtigkeit des anarchistischen Gedankens überzeugt als gerade jetzt. Der Weltkrieg und seine furchtbaren Ergebnisse, die revolutionären Ereignisse in Rußland und Mitteleuropa, der Wunderglaube an die Allmacht der Diktatur, der heute wieder breite Schichten der Völker erfaßt hat, das unheimliche Erstarken der nationalistischen Reaktion in der Form ausgebreiteter faschistischer Bewegungen, die kapitalistische Rationalisierung und hundert andere Erscheinungen, die mit den übrigen eng verflochten sind, haben mich mehr denn je davon überzeugt, daß eine weitere Entwicklung der menschlichen Rasse in dieser Richtung in einen ungeheueren Sumpf von Blut und geistiger und materieller Versklavung führen muß.

Alles, was für unsere Generation früher nur eine relativ theoretische Bedeutung mit mehr oder weniger abstrakten Ausblicken hatte, manifestiert sich heute im vollen Licht der nüchternen Wirklichkeit, so daß wir nunmehr imstande sind, jedes praktische Ergebnis dieses Zustandes bis in seine letzten Konsequenzen zu verfolgen. Selten in der Geschichte war eine solche Möglichkeit so klar geboten wie heute. Die Resultate einer aufmerksamen Beobachtung sind einfach erschütternd. Viele Erscheinungen, die wir längst im Dunkel einer barbarischen Vergangenheit verschwunden glaubten, erheben wieder drohend ihr Haupt, ohne nennenswerten Widerstand zu finden. Es macht ganz den Eindruck, als ob das Gefühl der Menschlichkeit momentan gelähmt und unfähig sei, auf die furchtbaren Ergebnisse einer sich auf allen Gebieten immer mehr ausbreitenden Reaktion überhaupt zu reagieren.

Ohne Zweifel hat der Krieg eine allgemeine Verrohung der Sitten und eine beispiellose Geringschätzung des Lebens und der Freiheit hervorgerufen, aber diese verhängnisvolle Erscheinung sollte gerade ein Grund mehr für uns sein, unser Letztes aufzubieten, um den freiheitlichen Bestrebungen, die heute von allen Seiten bedroht sind, das Feld zu sichern. Leider geschieht nur sehr wenig in diesem Sinne, und wo ja noch etwas geschieht, ist es vereinzelt und ohne rechten Zusammenhang. Wir haben uns der Freiheit und dem Sozialismus nicht genähert, trotz aller revolutionären Phraseologie; wir sind vielmehr ein gut Stück vom Wege abgedrängt worden und müssen es blutenden Herzens mitansehen, wie die siegreiche Reaktion immer weiter um sich greift.

Und doch fühlen wir mehr denn je, daß die Entwicklung unserer Rasse zur Freiheit, Solidarität und wahren Menschlichkeit nur auf dem Wege zum Anarchismus liegen kann. Jeder andere Weg scheint mir schlechterdings ungangbar, da er nach allen Erfahrungen, die wir machten, in das Labyrinth autoritärer Anschauungen und Institutionen zurückführen müßte.

Was verstehen wir unter Anarchismus?

Wir nennen Anarchismus diejenige Richtung in der sozialistischen Gedankenwelt, die eine Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens auf der Basis persönlicher Freiheit und sozialer Gleichheit der Menschen anstrebt. Der Anarchist ist der Meinung, daß eine solche Erneuerung nicht von oben nach unten durch ein Konsortium von Gesetzgebern oder durch irgendeine Regierung diktiert werden kann, sondern sich organisch aus dem Schoße des Volkes entwickeln und zuerst als bestimmte Ueberzeugung ihren geistigen Niederschlag finden muß. Aus diesem Grunde erstreben wir nicht die Eroberung der politischen Macht — das unverrückbare Ziel aller politischen Parteien —, sondern die Ausschaltung des Staates und aller seiner Organe aus dem gesellschaftlichen Leben, da der Staat seinem innersten Wesen nach stets ein Werkzeug für die geistige Bevormundung und die wirtschaftliche Ausbeutung der Massen gewesen ist und nie etwas anderes sein kann, ungeachtet der Parteischablone, der er zufällig unterworfen ist, und der Personen, die vorübergehend seine ausführenden Organe sind.

Der Anarchist sucht also nicht Fuß zu fassen in den Herrschaftseinrichtungen der heutigen Gesellschaft; er bekämpft diese Einrichtungen bis zum Äußersten und fördert nur solche Organisationsgebilde und Institutionen, die sich spontan aus der Masse entwickeln, deren unmittelbare Bedürfnisse verteidigen und dem Einzelnen die größtmögliche Freiheit und die Betätigung bewußter Solidarität und gegenseitiger Hilfe gewähren. Freiheit und Solidarität, die sich in dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit synthetisch zusammenfinden, sind die Eckpfeiler der Anarchie.

Ich glaube nicht, daß an diesen Grundanschauungen etwas zu revidieren ist, mag auch ihre praktische Anwendung wie alles andere dem Wechsel der Zeit und der gesellschaftlichen Bedingungen unterworfen sein. Es wäre meiner Meinung nach sogar verhängnisvoll, an diesen Ideen zu drehen und zu deuteln, nicht weil ich sie als unantastbares Dogma betrachte, sondern weil ich in ihnen die schöpferischste und heilsamste Kraft der menschlichen Entwicklung erblicke, die trotz aller Beschränkungen bisher am wohlthätigsten und fruchtbarsten auf den Gang des privaten und gesellschaftlichen Lebens eingewirkt hat.

Um so mehr bin ich von der Notwendigkeit überzeugt, unsere praktische Betätigung und die Formen unserer Propaganda einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Wenn es uns gelingen sollte, nach solch eingehender Prüfung zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen, so dürfte die Frage nach den besten Mitteln, um der Reaktion des autoritären Gedankens international und vor allem wirksam entgegenzutreten, ganz von selbst ihre Lösung finden.

Um es gleich vorweg zu nehmen: wir sind zu doktrinär geworden und denken in allen Dingen mehr mit den Gedanken unserer Vorgänger, als mit unseren eigenen Gedanken. Ein Blick auf die anarchistische Presse der verschiedenen Länder zeigt uns dies deutlich genug, denn die Zahl der Blätter, die fortgesetzt nach neuen Mitteln und Wegen der Propaganda Ausschau halten, ist wirklich sehr klein. Viele unter uns haben fast vollständig verlernt, unsere Ideen auf die Hunderte verwickelter Probleme der Gegenwart praktisch anzuwenden und auf den verschiedenen Gebieten des kollektiven Lebens schöpferisch zu wirken. In manchen Ländern haben sich unsere Genossen in solchen Zustand geistiger Erstarrung hineingelegt, daß sie jede praktische Betätigung, sofern sie von der üblichen Routine der alten Propagandamethoden auch nur haarbreit abweicht, als Sünde gegen den heiligen Geist des Prinzips betrachten und ein solches Abweichen vom „richtigen Wege“ mit einer verbissenen Intoleranz und Gehässigkeit bekämpfen, wie sie bei den Partiegängern der autoritären Richtungen nicht schlimmer zu finden sind.

Jeder, der mit der Geschichte der anarchistischen Ideenentwicklung auch nur einigermaßen bekannt ist, muß zugeben, daß in der Periode, welche zwischen der alten Internationale und den ersten Anfängen der modernen kommunistisch-anarchistischen Bewegung liegt, nicht nur eine viel größere geistige Regsamkeit in unserem Lager bestand, sondern auch eine viel stärker ausgeprägte Toleranz und breiteres Verständnis für Meinungsverschiedenheiten prinzipieller und taktischer Natur. Ein tieferes Studium der alten Zeit-

schriften zeigt uns ganz einwandfrei, daß meine Behauptung nicht auf willkürlichen Voraussetzungen beruht.

Abgesehen davon, daß es heute fast kein Land gibt, in welchem die anarchistische Bewegung nicht durch innere Streitigkeiten zerrüttet und zerklüftet ist, werden die inneren Bruderkämpfe vielfach in so verletzender und abstoßender Form geführt, daß sie der Bewegung sicherlich keine neuen Anhänger werben können. Man sage nicht, daß es bei den übrigen sozialistischen Richtungen, besonders bei den kommunistischen Parteien, auch nicht besser aussehe. Das ist, finde ich, ein schlechter Trost, und würde nur beweisen, daß zwischen uns und den anderen in der geistigen Einstellung wie in der persönlichen Auswirkung der Ideen kein wesentlicher Unterschied bestehe. Wäre das der Fall, dann hätte die anarchistische Bewegung überhaupt keine Existenzberechtigung. Denn schließlich muß man doch erwarten, daß die ideelle Veranlagung und die geistige Einstellung eines Menschen auch einen gewissen Ausdruck in seinem Handeln und vor allem im Verkehr mit seinen eigenen Genossen findet. Bedeutete der Anarchismus für uns nichts anderes als ein schönes Ideal einer noch weit im Felde liegenden Zukunft, dann — man verzeihe mir die ketzerische Ansicht — wäre sein moralischer Wert von kleiner Wichtigkeit. Aber eine Idee — und besonders eine Idee wie die anarchistische — sollte dem Menschen etwas mehr bedeuten, als die platonische Vorstellung eines schönen Zukunftsideals, wie anziehend und vorzüglich es immer sein möge. Sie muß dem Einzelnen zum inneren Erlebnis werden und unverkennbaren Einfluß auf sein ganzes Tun und Handeln ausüben. Die Idee der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, die im Anarchismus ihre Verkörperung findet, muß also zum mindesten eine gewisse Harmonie zwischen Gedanken und Tat herstellen, zur inneren Zufriedenheit des Menschen beitragen und in ihm zur nackten Selbstverständlichkeit werden.

Gewiß ist auch der Anarchist an die gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden, in denen er lebt, und kann nicht immer handeln, wie er gern möchte; aber niemand kann ihn verhindern, im Verkehr mit anderen Menschen, insbesondere im Verkehr mit seinen eigenen Kameraden, die ethischen Voraussetzungen zu beachten, die man billigerweise von ihm erwarten darf. Wenn man für sich das Recht der freien Entschliebung und des Handelns nach eigener Ueberzeugung in Anspruch nimmt, dann muß man dieses kostbare Recht auch bei anderen respektieren, findet es doch erst im Rechte Anderer seine Bestätigung. Wenn ich also die Freiheit des Anderen zu beschränken suche und stets darauf bedacht bin, jede seiner Handlungen zu verkleinern und ihnen die gehässigsten Motive zu unterschieben, wie das leider allzu oft auch bei uns geschieht, dann beweise ich bloß, daß in mir selber noch Ueberreste autoritärer Gedankengänge vorhanden sind, trotz der schönsten anarchistischen Fassade. Für die Idee der persönlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit ist deshalb gegenseitiges Tolerieren und Verständnis für die Motive und Handlungen meiner eigenen Kameraden die erste und unumgängliche Voraussetzung. Jeder Versuch, das Gegenteil zu beweisen, und im Namen der sogenannten „individuellen Freiheit“ oder des „klar erkannten

Egoismus“ die Rücksicht auf andere brutal zu ignorieren, ist gewöhnliche Sophistik, die des öftern nur persönlicher Feigheit entspringt, indem sie unlautere und selbstsüchtige Handlungen durch eine philosophische Floskel zu rechtfertigen sucht. Wahre Freiheit gründet sich stets auf die persönliche Verantwortlichkeit und das solidarische Mitempfinden mit dem Mitmenschen. Sonst ist sie nur eine Maske für schnöde Willkür und Tyrannei. Ich habe gefunden, das dort, wo der Anarchismus dem Menschen in Fleisch und Blut überging und sein Denken von lebendigem Geiste durchdrungen war, auch immer die notwendige Toleranz vorhanden war. Dort aber, wo von der Idee nur noch gewöhnliche Routine übrigbleibt, die unvermeidlich zum toten und geistlosen Dogmatismus führt, beginnt auch die Geringschätzung für alles, was der gewohnheitsmäßigen Schablone nicht entspricht — mit einem Wort: dort setzt die innere Notwendigkeit des autoritären Denkens ein. Ein trockner Dogmatiker, der an den wirklichen Erscheinungen des täglichen Lebens achtlos vorübergeht, neigt stets zur Autorität, auch wenn er sich Anarchist nennt. Es sähe manches besser aus, wenn diese Auffassung von jedem einzelnen nicht bloß innerlich empfunden, sondern auch praktisch betätigt würde.

Nichts wirkt in sozialen Bewegungen stärker, als das persönliche Beispiel ihrer Träger. Ja, es ist unbestreitbare Tatsache, daß Menschen, welche einer Idee neu gewonnen werden, ihre Reinheit und Größe zunächst nach dem persönlichen Beispiel ihrer Bekenner beurteilen. Erst später lernen sie allmählich zwischen Personen und Ideen unterscheiden. Schon aus diesem Grunde sollte man unter allen Umständen vermeiden, prinzipiellen oder rein persönlichen Auseinandersetzungen, die in einer Bewegung nie zu umgehen sind, jenen bitteren und gehässigen Charakter zu geben, der allzu oft jedes Gefühl menschlicher Würde außer acht läßt und nicht selten ganze Bewegungen in einen Trümmerhaufen verwandelt. Etwas mehr Taktgefühl und wohlwollende Beurteilung und vor allem guter Wille könnten hier Wunder wirken. Blinde Rechthaberei und beschränkter Doktrinarismus, die immer den Mangel an geistiger Regsamkeit und solidarischem Empfinden bekunden, sind stets das Ergebnis einer autoritären Einstellung. Rudolf Rocker.

Der Staat als Erzieher.

Immer, wenn die Stadtbahn beim Lehrter Bahnhof einfährt, weidet sich mein Blick an den Kulissenfelsen, die der Berg- und Tal-Rutschbahn des Ulap-Geländes den Charakter echter oberbayerischer Naturpracht verleihen, schweift sehnsüchtig und heimwehbeschwert über Karusselle und Schießbuden, wo mit grünen Gamsbarthüten geschmückte Wadlstrümpfler den bayerischen Stutzen auf urkomische Scheibenfiguren richten, die nach empfangenem Schuß zu wackeln und zu grunzen anfangen, und ergötzt sich an den schmucken Münchener Dirndl aus Berlin O., die stilechte Maßkrüge mit schäumendem Löwenbräu-Export vor vergnügte Schlesier und Sachsen auf knorrig Tische pflanzen. Lusti sa' ma, daß man meinen sollte, selbst die seit den Noske-Tagen unter dem Ulap-Boden modernden Gerippe müßten

von der Fröhlichkeit angesteckt werden und ein Jucken von Lebensfreude spüren. Mein Auge umfaßt durch das Stadtbahnfenster den ganzen Vergnügungspark, wie er da eingebaut ist, ein Nest des Frohsinns, mitten hinein ins wogende Leben der Weltstadt. Draußen flutet es vorbei, das wogende Leben, durch die Invalidenstraße — *nomen est nomen* —, und dahinter erhebt sich wuchtig und staatsbewußt — zur Linken das Kriminalgericht in rotem Backsteinbau, mit dem mächtigen Komplex des Groß-Berliner Untersuchungsgefängnisses, gradeaus, weit hingestreckt, öde und grau, das Zellengefängnis an der Lehrter Straße, wie ein gespenstisches Gipsfossil, aus endlosen Reihen vergitterter schwarzer Luken hinabglotzend auf die Invalidenstraße und die Schlesier und Sachsen mit ihren Maßkrügen. Ulap-Park, Sinnbild deutscher Lust! Knödelstätte über der Schädelstätte, die Rutschbahn saugend über die Gebeine verscharrter revolutionärer Proleten, als Hintergrund und Rahmen das Steingrab ihrer am sozusagen Leben gebliebenen, über ihr Elend gestolperten Arbeitsbrüder!

Ordnete man die Gefängnisse und Zuchthäuser allein der deutschen Republik zu Straßenzügen und Platzvierteln zusammen, so entstünde eine Großstadt. Ueber die Zahl der zurzeit in deutschen Strafanstalten untersuchungs- und urteilshalber verwahrten Logiergäste habe ich nirgends brauchbare Unterlagen gefunden. Doch ist aus jeder einschlägigen Statistik ersichtlich, daß die Kriminalität zur Gesundheit des sozietären Lebens in umgekehrt proportionalem Verhältnis steht, d. h. mit den wirtschaftlichen Krisen wächst und sich bei steigender Prosperität der Wirtschaft verringert. Noch nie aber war das gesellschaftliche Allgemeinbefinden so krank wie in dieser Zeit, in der das europäische Proletariat den Krieg und die versäumte, bzw. zu spät und mit falschen Methoden und Zielen unternommene und daher zunächst verlorene Revolution zu büßen hat. Es ist klar, daß die ungeheure Umwälzung, deren stärkster Ausdruck die Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt ist, verbunden mit der schonungslosen politischen und wirtschaftlichen Diktatur der erfolgreichen Inflations- und Deflationsräuber, die zugleich ein Interesse daran haben, durch sinnreiche Auslegungen alter Staatsgesetze die neuen Zustände legalisieren zu lassen, eine gewaltige Frequenz der Häuser bewirken mußte, in denen der Staat natürlich nicht die Veranstalter, sondern die Opfer der Not als Verbrecher verwahrt.

Allein die Zahl derer, die im Laufe der letzten 10 Jahre — wenn man den Beginn der strafrechtlichen Wirkungen des Zusammenbruchs mit dem Kohlrübenwinter 1917 annimmt — versucht haben, das Unglück durch Herumwerfen des politischen Steuerrades abzuwenden und dafür als sogenannte politische Verbrecher eingesperrt wurden, wird für Deutschland mit 30 000 nicht überschätzt sein, wobei die doppelte Anzahl derer angenommen wird, die beim gleichen Versuch umgekommen sind. Selbstverständlich wird diese Ziffer um ein vielfaches übertroffen von denen, die durch Entbehrung, Hunger, Obdachlosigkeit, Wut über ihre Enteignung, von Verzweiflung entfesselte Urtriebe, Demoralisierung infolge jahrelanger Gewöhnung an kriegsmäßige Mißachtung des Lebens der Mitmenschen und Ernstnehmen der während des

Krieges und nachher in Schule, Kirche, Zeitung und Kneipe genossenen nationalistischen Phrasen zu Taten gekommen sind, die nach den Gesetzbüchern als Diebstahl, Raub, Mord, Notzucht, Betrug, Widerstand und sonstwas vom Staate „gesühnt“ werden müssen. Sie alle, auch Zuhälter, auch Lustmörder und Kinderschänder sind die Opfer unserer grauenhaften sozialen Zustände, sind „politische“ Gefangene, und die fidelen Kleinbürger, die im Ulap-Park Schießbudenfiguren zum Wackeln und Grunzen bringen, können nicht wissen, ob nicht der verächtliche Blick, den sie mal zu denen da drüben hinter den Luken hinüberwerfen mögen — Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene dort —, von den Eingegitterten mit noch größerer Verachtung erwidert wird. Auch sei dahingestellt, wessen Verachtung größere Berechtigung hat, die des Spießers, der sich's noch leisten kann, über Gräbern Bier zu trinken, gegen den aus der Staatsordnung gerutschten Sträfling, oder die des Ausgeglittenen gegen den Hauptschuldigen an allem Elend, den Amüsierbürger, der gar nicht merkt, auf wie schwankem Boden er sich vergnügt und wie nahe der Tag sein kann, da die sorgende Hand des Staates auch nach seinem Kragen faßt.

Die sorgende Hand! Die ganze Hilflosigkeit des Staates offenbart sich in der Anstrengung, die Menschen, die sich nicht einfügen können in die tolle Widersinnigkeit der öffentlichen Verhaltensmaßregeln, von einem Leben auszusperrn, das dem nicht auf die Profitsteigerung der Wirtschaftsdiktatoren gerichteten Betätigungsdrang keinen Raum läßt. Natürlich darf nicht zugegeben werden, daß es sich bei der Beaufsichtigung der Menschen in all ihrem Tun und Lassen, bei der Einkerkung derer, die sich mit ihrer Armut und ihrem Jammer nicht gottergeben abfinden können, um nackte ökonomische Interessen handelt. Es müssen ethische Motive geltend gemacht werden; sonst litte das „Staatsbewußtsein“ derer Schaden, die ihrem Wohltäter ohnehin ein Zehntel des kümmerlichen Lohnes abtreten müssen, der ihnen vom Arbeitsertrag hingeworfen wird, abgesehen davon, daß sie den Staat mit jedem Bissen, den sie zum Munde führen, mit jedem Schritt, der ihre Schuhsohlen abwetzt, indirekt zu beköstigen haben. So wird der wahre Zweck der Masseneinkerkung Unglücklicher, sie sündhaft scheinen zu lassen, weil sie störend wirken, in die Moral umgebogen, der Staat habe die sittliche Pflicht, das allgemeine Wohl vor den Vergehen Einzelner zu schützen, habe deren Uebeltaten als Sachwalter der Gesamtheit strafend zu vergelten, habe durch warnende Exempel vor Versuchungen abzuschrecken und habe durch die Züchtigung der Rechtsverletzer erziehllich auf sie selbst einzuwirken, die Gefallenen aufzurichten, die Schlechten zu bessern.

Da haben sie sich jetzt auf der Kriminalistentagung in Karlsruhe alle Mühe gegeben, das deutsche Strafrecht zu vermenschlichen. Der ehemalige Reichsjustizminister Radbruch zumal, dessen kindliche politische Ahnungslosigkeit ihn zum Vater des Gesetzes zum Schutz der Republik werden ließ, hat unter dem Vorsitz desselben Ebermeyer, der dieses Gesetz zur grauenvollen Geißelung der revolutionären Arbeiter handhabte, eine Rede gehalten, die sein redliches Menschenherz gewiß erfreulich bestätigt. Er will Todes-

und Zuchthausstrafen abgeschafft wissen, die Worte Strafe und Schuld ausgetilgt sehen, und ging soweit, als Ziel des Strafrechts seine eigene endliche Ueberwindung zu postulieren. (Dieser Lisztsche Gedanke entspricht völlig dem von Friedrich Engels, die einzige Aufgabe des Staates sei, sich selbst überflüssig zu machen, ist auch genau so illusionistisch.) Die Radbruch-Rosenfeldschen Anträge wurden von dem Kongreß natürlich durch Ablehnung prompt erledigt, mit Ausnahme dessen, der für die Arbeitskraft besondere Schutzbestimmungen im neuen Strafgesetzbuch verlangt. Den Antrag konnte man billig annehmen; die Strafgesetzbestimmungen, die er veranlassen wird, werden die Arbeitskraft gegen Antreiberei und Ausbeuterwillkür ebenso wirksam schützen, wie Radbruchs Republikenschutzgesetz die deutsche Republik gegen Monarchisten geschützt hat. Die Herren Borsig und Siemens werden schon für die rechte Auslegung sorgen.

Interessanter als die abgelehnten Anträge sind die angenommenen, die der Professor Kohlrausch eingebracht hatte. Antrag 1 formuliert als Aufgabe des Richters bei der Strafbemessung die Erwägung, „welche Mittel nötig sind, um den Täter wieder zu einem gesetzmäßigen, ordentlichen Leben zu führen“. Also der Staat als Erzieher dazu, aufrechte Naturen zu brechen, den Nacken zu beugen unter jedes Joch, das der Reichtum der Armut aufzuerlegen gedenkt. Antrag 2 spricht nur die grundsätzliche Ueberzeugung der Versammlung aus, „daß gegen gemeingefährliche Gewohnheitsverbrecher das unbestimmte Strafurteil mit Stufenstrafvollzug eine geeignete Maßnahme darstellt“. Das hieße, bei der praktischen Durchführung den Richtern die Vollmacht geben, für jede Art Vergehen lebenslange Bestrafung zu verhängen — ist nicht jeder politische Rebell gewohnheitsmäßiger Verbrecher? Ist er nicht im Sinne des Kapitalismus gemeingefährlich? Und werden nicht Leute von der Niedrer-Art darüber nach freiem Ermessen zu befinden haben? — Und es hieße die Freilassung abhängig machen von der Willfähigkeit der Verurteilten, in der Strafanstalt den Kriecher vor den Vollstreckungsbeamten und den Verräter an den Kameraden zu machen. Antrag 3: „Sicherungsverwahrung muß an die Stelle der Strafe treten können. Soll sie erst nach der Strafe vollzogen werden, muß die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, sie bedingt zu erlassen, nötigenfalls unter Auferlegung einer Schutzaufsicht“. Das bedeutet, die Schutzhaft, die das Leben unter den Kriegsgesetzen und unter dem Ausnahme-Ebert so anmutig machte, wird zur ständigen Einrichtung erklärt, der Richter verhängt sie und kann sogar die Fortsetzung der Gefängnisstrafe durch unbefristete „Verwahrung“ im Urteil aussprechen. Die „Schutzaufsicht“ kann nichts anderes sein, als was die Polizeiaufsicht schon immer war: die grauenvollste Peinigung von Menschen, die ausdenkbar ist. Laßt einen Arbeiter nach langem Suchen endlich Beschäftigung gefunden haben, so erscheint eines Tages ein Polizist im Betrieb, erkundigt sich nach seinem Verhalten mit der Erklärung, der Mann stehe unter Polizeiaufsicht; natürlich steht er alsbald auf der Straße. Das Ende ist der Untergang in Kaskemme und Zuchthaus oder ein Strick um den Hals. Antrag 4 betrifft den bedingten Straferlaß und Antrag 5 lautet: „Die Unterbringung in einer Heil-

und Pflgeanstalt, in einer Erziehungsanstalt und in einem Arbeitshaus muß der Strafrichter bindend anordnen können“. Damit gehen in Kriminalfällen die Befugnisse des Psychiaters in die Hände des Juristen über; wir können künftig zu Irrenhaus verurteilt werden. Was das Arbeitshaus anlangt, so ist das eine Einrichtung, mit der sich die proletarische Oeffentlichkeit bisher viel zu wenig beschäftigt hat. Durch die Not zum Betteln genötigte, der Arbeit entwöhnte und darum von den Behörden als Arbeitsscheue verlästerte Menschen werden dort gezwungen, ihrer Neigung und Veranlagung völlig ungemäße Arbeit unter Büttelaufsicht als Lohndrucker für private Ausbeutungsbetriebe zu verrichten, unter den ungesunden Bedingungen, bei kläglichster Ernährung und jammervollster Unterbringung. Mir ist von Vagabunden und Berufsverbrechern dutzendfach erklärt worden, daß das Zuchthaus bei all seiner Scheußlichkeit nicht entfernt so qualvoll ist, wie das Arbeitshaus. Bis jetzt befand die Polizei darüber, ob jemand ins Arbeitshaus zu bringen sei. Diese Befugnis wird ihr nicht geschmälert; nur soll künftig neben ihr auch der Richter die Tortur solcher Nachkur nach verbüßter Zuchthauspein bindend anordnen können. Ob von den Karlsruher Justizverbesserern ein einziger schon einmal ein Arbeitshaus von innen gesehen hat? Ob ein einziger von ihnen sich auch nur einmal darüber Gedanken gemacht hat, was das eigentlich für eine Anstalt ist? So wenig wie die hochbesoldeten Richter, die in Zukunft verkünden werden: 5 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Arbeitshaus!, um dann, zufrieden mit ihrem Tagewerk, frühstücken zu gehen.

Mit den Jugendlichen hat man es noch netter vor. Die einzige Rettung vor der Erziehungsanstalt liegt zurzeit beim Veto der Eltern oder Vormünder. Das soll aufhören. Wenn ein 13jähriger Junge, dem nie die kleinste Freude durch einen Leckerbissen geboten werden kann, einen Schokoladenautomaten ausgeplündert und ein paar Apfelsinen gestohlen hat, so wird in Zukunft der Richter die Zwangserziehung „bindend anordnen“. Er kennt die Erziehungsanstalt nicht besser als das Arbeitshaus und macht sich keine Skrupel darüber, warum die Statistik über die Kriminalität bei Jugendlichen einen ganz ungeheuren Prozentsatz ehemaliger Fürsorgezöglinge registriert. Vielleicht meint er gar, daran zeige sich die richtige Auswahl der Kinder und Halbwüchsigen, die man dort in Zucht gibt. Nein, in zahllosen Fällen ist die „Fürsorge“ gerade die Schule des Gewohnheitsverbrechers. Der Junge oder das Mädcl hat in seinem kindlichen Oemüt die staatsbewußte Einsicht nicht rechtzeitig erfaßt, daß die erfreulichen Güter des Daseins für die Reichen reserviert sind, und hat sich trotz des Strafgesetzbuchs selbständig schadloß zu halten gesucht. Zwangserziehung zum Guten, will sagen zum rechten Erkennen des Eigentumbegriffs! In der Anstalt treffen sich die instinktiven Zweifler an der Vortrefflichkeit der kapitalistischen Weltordnung in Massen. Eins erzählt dem anderen, wie ein Taschendiebstahl am zweckmäßigsten praktiziert wird, eins renommiert vor dem anderen mit seinen Heldenstücken, der Brandstiftung beim prügclnden Lehrmeister oder der Erpressung eines Verführers Minderjähriger. Der Geist erhält in der Unterhaltung mit Gleichaltrigen — und die Erziehung von Kindern beruht in der Hauptsache auf dem

Verkehr untereinander — kaum eine andere Nahrung, als Betrachtungen und Belehrungen, wie man ein Ding dreht. Die Nahrung aber, mit der die zu bessernde Jugend von Staats wegen gefüttert wird, besteht aus erbärmlich wenig, gehaltlosem Essen, unendlich viel Gebet und frommem Getue, übertriebener Anspannung der jungen Körper durch Zwangsarbeit und Prügel, Prügel, Prügel. Wer aus diesen Marterkäfigen herauskommt, hat nur einen Gedanken: sich schadlos zu halten für das, was ihm an seiner Jugend gestohlen worden ist. Daher, nur daher die Riesenbeteiligung ehemaliger Fürsorgezöglinge an schweren Verbrechen, daher die Lustmörder à la Böttcher und Verwandten. Der Staat als Erzieher, — an seinen Früchtchen sollt ihr ihn erkennen! . . . Die Kriminalisten von Karlsruhe aber haben mit klarem Blick erkannt, wer des Staates tüchtigster Zuchtmeister ist: der Strafrichter. Ihm wird das Elend der Entwurzelten, ihm der Nachwuchs des Elends anvertraut. Er wird die Menschen, die nichts ererbt und nichts erschoben haben, bessern und sie zu einem gesetzmäßigen ordentlichen Leben führen, daß sie Denken und Hoffen verlernen und am Fließband den Profit der Borsig und Siemens als vegetierende Maschinenteilechen mehrten helfen.

Das Kriminalgericht wird uns den neuen Menschen zeugen. Seine Brutanstalten sind Gefängnis und Zuchthaus, Arbeitshaus und Verwahranstalt, Irrenhaus und Zwangsfürsorge. Das Exportbier schäumt — gegenüber dem Kriminalgericht — im stielchten Maßkrug, die Schießbudenfiguren wackeln und grunzen und die Knochen der Erschlagenen, die dem Erzieher Staat den Bakel aus der Hand schlagen wollten, rasseln unter der Ulap-Erde.

Die Giftmischer.

Man sollte nicht fortgesetzt auf die Genfer Völkerbunditen schimpfen, besonders dann nicht, wenn sie versammelt sind, um über die drohende Gefahr des Friedensausbruchs zu beraten. Ohne ihre Zusammenkünfte wüßten wir ja kaum, für wie bedenklich sie diese Gefahr halten und wie erfolgreich jeder für sich und Gott für sie alle tätig ist, um sie zu bannen. Die Polen, besorgt, daß von Litauen her die Wilnaer Tür aufgesperrt werden und daß es dadurch im Korridor ziehen könnte, kochten eine Friedensformel aus, von der die bewährten Garköche von kriegsfördernden Friedensresolutionen fürchteten, sie werde womöglich einige Hintertüren mit verstopfen, durch die doch die Kanonen über die Grenze geschoben werden sollen. So setzten sich die drei friedenspreisgekrönten Nobelbrüder zusammen und mischten ein wirk-sames Gegengift in die Formel, die nun überaus tauglich geworden ist, jede Kriegserklärung als Ausdruck unaustilgbaren Friedenswillens schmackhaft zu machen. Wenn einer einen anderen ruchlos überfällt, wie das dem Deutschland Wilhelms passierte, als es 1914 gerade die österreichische Kriegserklärung an Serbien lanciert und die eigene an Rußland, Frankreich und Belgien losgelassen hatte, dann kann man schon nicht verlangen, daß der Ueberfallene einfach stillhält. Es gab aber doch Aerger. Chamberlain wurde, nachdem er eben die Kollegen Briand und Stresemann auf dem für Rußland bestimmten Kriegswagen solide angeschnallt hatte, zu deutlich mit dem englischen Zukunftsausblick, und selbst Trottel, die nicht leicht begreifen, daß das, was auf europäisch Friedensberatung heißt, Kriegsrüstung bedeutet, merkten, daß

nach der Befriedung Rußlands durch Einsetzung eines konstitutionellen Zaren mit Mussolinischen Machtvollkommenheiten, Eintreibung der Vorkriegsschulden, Anglisierung der Uralminen und Naphthaquellen und Sicherung der chinesischen, indischen und persischen Naturreichtümer für britische Verwertung, — daß danach Frankreich zwischen die englisch-deutsche Zange genommen werden soll. Das ist kein guter Giftkoch, dessen Brei bitter schmeckt.

Nach Schluß der Genfer Gemütlichkeit begeben sich die Völkerbunditen wieder nach Hause, jeder mit ein paar verzuckerten Giftpillen in der Tasche. Daheim gibts genug zu tun. Stresemann muß den Beitritt zum internationalen Gerichtshof ratifizieren und achtzigsten Geburtstag des Prinzipals feiern. Briand muß Rakowski rausschmeißen, um den Angriff Rußlands auf das friedliebende Frankreich vorzubereiten. Woldemaras hat in Kowno zu tun. Direktiven für die Sicherung des Fascismus hat ihm Mussolini in eigener Person gegeben, der Herrn Woldemaras einlud, von Genf aus nach Rom zu kommen. Die beiden Völkerbundshonoratioren werden dort eine gemeinsame Mateottiliste aufstellen, die zunächst für Italien, Litauen und das Memelgebiet Geltung haben soll. Leider ist Herr Nardini vom Konsulat in Paris verhindert, an der Besprechung teilzunehmen. Er ist bereits dahin abgefahren, wohin sich die fascistischen Chefs den Weg erst schaukeln. Herr Chamberlain aber beschäftigt sich in London damit, den christlichen General Feng zur Abschachtung einiger zehntausend chinesischer Arbeiter nebst Frauen und Kindern zu beglückwünschen und, selbst vorbildlicher Demokrat altenglischer Schule, die Mussolini, Smetana, Horthy, Liaptscheff e tutti quanti anzufeuern, nicht mit dem Geschnatter von Gänsen das Kapitöl, sondern mit dem Geknatter von Flinten das Kapital zu schützen.

Bei den Demonstrationen für Sacco und Vanzetti haben die Genfer Proletarier die große Glashalle des Völkerbundpalastes demoliert. Die Steine trafen mitten in die Giftküche. O, die Verblendeten!

Die Toten an die Lebenden

Die Amsterdamer Gewerkschaften hielten den Anlaß nicht für wichtig genug, um seinetwegen mehr als papierne Proteste in die Welt zu senden. So blieb das europäische Proletariat, gewohnt, im Geschirr seiner besoldeten Führer zu gehen, trotz der großartigen Ausbrüche leidenschaftlichen Zornes ohnmächtig. In Paris — einziges französisches Volk, das seinen Gefühlen Raum zu geben wagt, das da, wo überall sonst Thesen geformt und disziplinierte Deputationen entsandt werden, die begeisterte Geste findet! — in Paris wuchsen Barrikaden auf den Boulevards, und auch in Deutschlands bester Proletarierstadt, in Hamburg, ballten sich Fäuste außerhalb der Tasche. Aber die Gewerkschaften, ohne deren Kommando kein Rädchen der kapitalistischen Maschine stillsteht, sorgten, daß dem Kapital kein Stündchen Ausbeutung verloren ging, und Sacco und Vanzetti starben, Opfer der Staatsraison, Opfer der Staatsbejahung der großen Arbeiterorganisationen, die wissen, daß der Staat getroffen wird, wenn der Kapitalsprofit Schaden leidet, und danach handeln, vielmehr das Handeln unterlassen und verhindern. Am schlimmsten war die Sabotage aller Solidaritätsaktionen durch die amerikanische Federation of Labor. Uninteressiert stand die Riesenorganisation abseits und überließ ausländischen Arbeitern die Veranstaltung von Kundgebungen in dem Lande, das der Schauplatz des schändlichsten Justizverbrechens der Geschichte geworden ist. Die amerikanischen Proletarier-

massen, deren Sklavenketten von den Gewerkschaften mit Seife verschmiert sind, so daß sie weniger klirren, und von den Herren Ford und Konsorten mit Goldlack, damit sie hübsch glänzen, spürten nicht, daß der elektrische Strom, der die beiden Anarchisten verbrannte, ihre eigenen Leiber und Geister traf, ein Strom des Verderbens, vom Staate entsandt, um die Freiheit zu lähmen. Hier sind die Schlußworte aus dem Abschiedsbrief, der am 22. August, wenige Stunden vor dem Mord, im Totenhaus des Staatsgefängnisses von Massachusetts an das Verteidigungskomitee gerichtet wurde, gemeinsam unterzeichnet von Bartolomeo Vanzetti und Nicola Sacco: „Wir haben keine Hoffnung mehr... Darum wollen wir Euch diesen Brief schreiben, um Euch alle unsere Erkenntlichkeit und Bewunderung auszudrücken für das, was Ihr zu unserer Rechtfertigung getan habt in diesen 7 Jahren, 3 Monaten und 17 Tagen. Die Tatsache, daß wir besiegt sind und sterben müssen, vermindert um nichts unsere Dankbarkeit und unsere Achtung vor Eurer erschütternden Solidarität gegen uns und unsere Familien. Freunde und Genossen, jetzt, da das traurige Nachspiel unseres Prozesses nahe ist, laßt unsere Herzen in ein einziges zusammenströmen. Wir sind unserer nur zwei, die sterben sollen. Unsere Idee, Eure Idee, Gefährten, bleibt leben in Millionen Menschenhirnen. Sie ist nicht besiegt noch gar zerstört. Macht einen Schatz aus unserem Leid, unseren Schmerzen, unseren Irrtümern, unserer Niederlage und aus unserer Leidenschaft für den kommenden Kampf und die endliche Befreiung. Seid alle einig in dieser schwärzesten Stunde unserer Tragödie. Bewahrt den Mut, grüßt die Freunde und Genossen der ganzen Welt. Wir umarmen Euch alle und sagen Euch das letzte Lebewohl, die Seele zerrissen, aber voller Liebe. Für heute und immer: Euch allen das Leben, das Leben der Freiheit! Mit Euch im Leben und im Tode!“ — — Hört, Brüder, die Stimme der Toten, hört ihr Vermächtnis an die Lebenden! Kampf! Liebe! Freiheit! Zuerst Kampf! Der Feind aber ist der Staat!

Wer spaltet?

Die Engländer sind mütterliche Leute. Pathetischen Phrasen abhold, taxieren sie die Wirklichkeit nach ihrem Nutzwert. Als die Vertreter der Trades Union gemerkt hatten, daß die sich als Sozialisten aufspielenden Gewerkschaftsführer des Festlandes noch ärgere Kleinbürger sind als sie selbst, traten sie wohlgenut dem Internationalen Gewerkschaftsbund bei. Damit gaben sie keineswegs den Grundsatz auf, ihren Kampf gegen übertriebene Ansprüche der kapitalistischen Ausbeutung ohne alle Grundsätzlichkeit, einfach um halbwegs erträgliche Lebensbedingungen der Arbeiter innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung zu führen.

Die Toleranz der Engländer fand auch keinen Anlaß, sich der Freundschaft mit den von der Kommunistischen Partei-Internationale aufgezogenen Roten Gewerkschaften zu versagen. Der Krach zwischen den beiden feindlichen Brüdern auf dem Kontinent ging sie nicht viel an; mochten sie zusehen, wer bei den Arbeitern am meisten Glück hätte.

Seit mit dem EKKI-Brief im September 1925 die der Komintern angeschlossenen Parteien den Befehl erhielten, die Einheitsfront des Proletariats durch die hemmungslose Anbiederung an Sozialdemokraten, pazifistische Intellektuelle, konservative Beamte der niederen Gehaltsstufen und schwarzrotgoldene Mittelständler herbeizuführen, wurden die von den Parteikommunisten begründeten Organisationen, die zuerst dazu bestimmt waren, als

Sammelbecken für alle Genossen zu dienen, die man bei den Sozialdemokraten los werden wollte, von ihren Gründern zum Tode verurteilt. Die revolutionären Sport- und Wanderbünde, der vom Arbeiter-Samariterbund ausgemusterte Proletarische Gesundheitsdienst, die der Losowskyschen Roten Gewerkschafts-Internationale angeschlossenen Industrieverbände — um nur ein paar deutsche Organisationen zu nennen, die unter der roten Fahne nur sammeln wollten, was zur roten Fahne schwört —, sie alle bekamen Order: zurück in den alten Verband! Biktet Zellen! Macht Fraktion! Zersetzt den sozialdemokratischen Bonzengeist! Erobert euch darin den entscheidenden Einfluß! — Es kam, wie es immer kommt: nicht der reformistische Geist der Sozialdemokraten wurde überall zersetzt, sondern der revolutionäre Geist der reumütig Zurückgekehrten. Wer aber der EKKI-Parole nicht Folge leisten wollte; wer meinte, seiner revolutionären Würde etwas zu vergeben, wenn er diejenigen, die ihn schon einmal rausgeschmissen hatten, oder denen er aus Solidarität mit den Rausgeschmissenen die Gefolgschaft gekündigt hatte, um Wiederaufnahme in ihre Reihen anwünseln sollte, wurde als Spalter, Konterrevolutionär, Verräter und Arbeiterfeind durch die Jauche geschleift, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und nach Kräften politisch mundtot gemacht.

Währenddem zeigten sich die Mutterorganisationen, an deren welke Brüste die rabiaten Kinder zurückeilten, von deren neu erwachter Liebe keineswegs sonderlich erfreut. Auch sie schrien: Spalter! und hielten sich schützend den schwarzrotgoldenen Latz vor den Busen. Um die Sprödigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschafts-Internationale zu erschüttern, verbündeten sich die EKKI-Briefschreiber mit den Engländern. So kam das anglo-russische Komitee zustande, das den Amsterdamern schwere Leibschmerzen verursachte. Auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris enthüllte Herr Brown die dreckigsten Intrigen und vor seiner moralischen Entrüstung mußte Herr Oudegeest in die Versenkung flüchten. Aber die Engländer bleiben auch unter moralischen Wallungen nüchterne Leute. Da sie Nachricht erhielten, daß der Fortbestand des anglo-russischen Komitees nach dem Bruch Chamberlains mit Tschitscherin dem Kapital unerwünscht sei, kündigten sie unter Aufwand starker Charaktertöne den Russen die Freundschaft. Der Revolution haben sie damit keineswegs abgesagt, denn mit der waren sie auch vorher nie verlobt gewesen.

Jetzt tobt zwischen Vorwärts und Roter Fahne ein trotziger Kampf um die Frage: Wer spaltet die Gewerkschaften? Die Kommunisten schreien: ihr schmeißt jeden raus, der unsre Meinung vertritt, also verhindert ihr die Einheitsfront, — ihr seid die Spalter! Niemand wird dieser Beweisführung die Logik abstreiten können. Die Sozialdemokraten aber erwidern: ihr schleppt eure Parteiansichten in unsre brave, seuchenfreie Herde ein; ihr macht Fraktion, treibt Zellenopposition, — also seid ihr die Spalter und verhindert die Einheitsfront! Auch dieser Beweisführung wird niemand wenigstens die Logik abstreiten können, welche die Kommunisten allen linken Genossen gegenüber anwenden, die in den sogenannten überparteilichen Organisationen unter kommunistischer Leitung auch nur die Ansichten verfechten, die bis vor zwei Jahren Gemeingut sogar der Partei selbst waren. Wer, zum Teufel, spaltet denn nun wirklich die Gewerkschaften? Beruhigt euch, Freunde, es geht hier überhaupt nicht um Einheit oder Spaltung, sondern um Bonzenstunk und Postenjägerei. Uebrigens ist die Spaltung einer Organisation in zwei Teile,

die nicht zusammenpassen, niemals ein Vorwurf, sondern für jemand, der auf Reinlichkeit hält, eine Selbstverständlichkeit. Man kann darüber in Karl Liebknechts Schriften sehr viel Gutes nachlesen. Da die Amsterdamer Gewerkschaften schon ihrer zentralistischen Struktur wegen nie etwas anderes sein können, als eine Gelegenheit für Bürokraten, mit Proletariern Schindluder zu treiben, wird ihre Spaltung, und darüber hinaus ihre Zerspaltung in Atömmchen, in nicht sehr langer Zeit das Werk der revolutionären Arbeiter sein müssen. Denn entweder vernichtet das revolutionäre Proletariat die Gewerkschaften, oder das Trustkapital benutzt die Gewerkschaften, um das revolutionäre Proletariat zu vernichten.

Proletarisches Theater.

Die Piscator-Bühne ist eröffnet. Einer der besten Regisseure, über die Deutschlands Theaterkunst verfügt, hat die Möglichkeit erhalten, seine Kraft zu entfalten, und es ist der Mann, der die Kunst nicht als sich selbst genügend neben das Leben stellen, sondern sie als Mittel verbesserten und erhöhten Lebens agitatorisch ausnutzen will, noch dazu im Sinne proletarisch-revolutionärer Tendenz. Sehr viele Gründe, Erwin Piscator werbend und tätig zu unterstützen, und ich gestehe, daß ich auf die Anfrage, ob ich dem dramaturgischen Beirat des Theaters angehören wolle, sehr gern ja gesagt habe. Nur möchte ich wünschen, daß wir Kollektiv-Dramaturgen bald auch mehr zu tun bekämen, statt uns, wie bisher, bloß dekorativ als Träger programmverkündender Namen verwertet zu sehen und für Tat- und Unterlassungsünden verantwortlich gemacht zu werden, bei deren Begehung wir gar nicht zu Rate gezogen wurden.

Unsereiner kann unternehmen was er will: falsch ist es immer. Ich werde also schon wieder mal so ungefähr des Verrats am Proletariat, an der Revolution und wer weiß woran noch beschuldigt, weil ich Piscator meine Mitarbeit nicht verweigert habe. Dies sei kein proletarisches Theater, also hätte ich meine Finger davon zu lassen. Wollen wir nicht zunächst alle mal aus der kapitalistischen Gesellschaft austreten, ehe wir überhaupt irgendwo, irgendwas anzurühren wagen? Brüderchen, ich weiß es doch selber, daß die Piscator-Bühne kein proletarisches Theater ist. Ich weiß genau so gut wie einer von euch, daß privatkapitalistisches Geld die Möglichkeit geschaffen hat, am Nollendorfplatz Komödie zu spielen, daß dort Pacht, Gagen, Ausstattung, Verwaltung, Steuern und noch allerhand mehr herausgewirtschaftet werden müssen, daß daher die Preise ebenso teuer sind wie anderswo, daß sich auch in dem Abkommen Piscators mit der Volksbühne, durch das immerhin auch Arbeitern der Besuch ermöglicht wird, nichts Extra-Proletarisches erkennen läßt, was andere Berliner Bühnen nicht ebenfalls bieten könnten.

Ein proletarisches Theater setzt das Bestimmungsrecht der Theaterbesucher an Repertoire und Besuchsbedingungen voraus, dazu Ausschließlichkeit proletarischer, d. h. auf Klassenziele gerichteter Einflüsse. Spätere Aufgabe des proletarischen Theaters wäre Zusammenwirken von Bühne und Parkett, Schaffung des Massentheaters bei Wiederanschluß an die Bühnenkunst der Hellenen. Die dilettantischen Versuche von Arbeiter-Theatervereinen in dieser Richtung sind sehr zu begrüßen, erfüllen aber natürlich noch nicht entfernt ihre Zwecke, können sie auch nicht erfüllen, solange die ganze Arbeit, auch die, die qualifizierte Fachleistung beansprucht,

auf den Schultern von Dilettanten lastet. Das proletarische Theater, allein vom Proletariat getragen, allein vom Proletariat aus, durch das Proletariat, für das Proletariat wirkend, ist innerhalb der kapitalistischen Umwelt gar nicht zu schaffen. Was heute geleistet werden kann, ist Stückerarbeit zur Vorbereitung künftiger Massenkunst.

Solche Stückerarbeit kann einestails von proletarischen Theaterbünden geleistet werden durch gemeinsames Ersinnen agitatorischer Chorwirkung, Einüben von Sprech- und Bewegungschören, Durcharbeiten packender Szenen aus vorhandenen oder in Beratung aller Mitwirkenden ersonnenen dramatischen Skizzen, Freilichtversuchen und ähnlichem. Ein anderer Teil solcher Stückerarbeit fällt aber vorerst der Berufskünstlerschaft zu, die gesinnungsmäßig zum revolutionären Proletariat gehört. Sie kann so wenig wie irgendeiner von uns ihr Fach außerhalb der kapitalistischen Bedingungen betreiben. So wird sie die kapitalistischen Gelegenheiten zu benutzen haben, die sich ihr bieten. Das tut Piscator mit den sozialistischen und kommunistischen Schauspielern und Hilfskräften seiner Bühne. Dazu sind wir erbötig, die er als Berater um sich versammelt hat.

Die erste Aufführung hat im Technischen und Inszenatorischen viel, sehr viel gezeigt, wovon das proletarische Theater zu lernen haben wird. Es ist deutlich geworden, daß die Bühnenkunst — und das gilt, was auch Meisels Musik bestätigt, für jede Kunst — durch die Mittel, deren sie sich bedient, gezwungen wird, auf den Charakter individueller Schicksalspiegelung zu verzichten und Reflex zusammenschweißten Erlebens zu werden. Die industrielle Technik ist unentbehrliches Mittel der Kunst geworden, das bedingt den Weg aller Kunst zu den Ausdrucksformen, die den jeweiligen sozialen Verhältnissen entsprechen. Die Technik als Organ künstlerischen Geistes erzwingt die Vergeistigung der Technik durch die Kunst. Diese Wechselbeziehung erkannt zu haben und als Regisseur zu lebendiger Darstellung zu bringen, ist das künstlerische und pädagogische Verdienst Piscators. Die Synthese von Kunst und Leben zu schaffen, wird seinen Anstrengungen in einem kapitalistischen Theaterunternehmen ebenso versagt bleiben wie jedem, noch so wertvolle Teilarbeit leistenden, proletarischen Theater. Das ist Utopie, die Wirklichkeit sein wird, wenn es kein Proletariat mehr geben wird, wenn die schaffende Kraft Kultur wirkender Künstlerpersönlichkeit mit der schaffenden Kraft Kultur wirkenden Gemeinschaftsgeistes zur Einheit verschmolzen ist. Ich für meine Person habe, da ich nicht weiß, wie man aus der kapitalistischen Gesellschaft austreten kann, die Absicht, meine revolutionäre Leidenschaft der Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaft zu widmen und inzwischen meine Liebe zur Kunst und zum Theater so zu gebrauchen, wie ich glaube, daß ich dadurch revolutionären Geist fördern und künftiges Menschsein vorbereiten kann. Wer dazu meine Hilfe in Anspruch nimmt, dem helfe ich.

Bemerkungen zum Aufstand in Tauroggen mußten wegen Raum Mangels zurückgestellt werden.

Es gibt nur eine

Vertriebsstelle der Jugend in Berlin,
die auf **genossenschaftlicher, proletarischer** Basis aufgebaut ist. Es
ist daher ein Akt selbstverständlicher
Solidarität

wenn die gesamte werktätige Jugend
in ihrem Unternehmen kauft. Wir legen
Wert, insbesondere bei Kleidungsstücken,
auf niedrige Kalkulation, um dem Bedarf
für die prolet. Jugend

auch unsererseits entgegenzukommen

Wir führen:

Reformschuhe, / Wandersandalen, / Kittel,
Hosen, / Anzüge, / Rucksäcke, / Brotbeutel,
/ Speere, / Bücher, / Bilder, / Broschen,
Gesunde Nahrung, / Körperpflegemittel

Verkauf: von 9—7 Uhr.

Die Fackelstuben

Gemeinnütziges Unternehmen der Jugend
Berlin C. 2, Klosterstrasse 62.

An die Leser des „Fanal“!

Mit diesem Heft ist die Abonnementsgebühr für den
2. Jahrgang fällig. Es wird gebeten, den Betrag
umgehend auf das Postscheckkonto

Erich Mühsam, Berlin 824 19

eininzahlen. Von den Lesern, die am 10. Oktober
mit ihrem Beitrag noch im Rückstand sind,
werden wir ihn, nebst 0.38 M Post-
gebühr durch Nachnahme
einfordern.

Bitte das Geld z. Einlösung d. Nachnahme bereit halten!

Der Verlag

Drei Lebensgebiete

Wirtschaft

Schule

Erotik

Drei Standardwerke

Die natürliche Wirtschaftsordnung

von Silvio Gesell br. Mk. 10.—

Die Zwangsschule

von Müller-Holm in Leinen Mk. 3.75
Ein Buch für Eltern und Erzieher

Die moderne Frau

von Dr. P. Bousfield br. Mk. 4.50
Ueber die Menschwerdung des Weibes

Mit diesen innerlich zusammengehörenden
Werken muß sich jeder denkende Mensch
unserer Zeit auseinandersetzen.

Zu beziehen vom

Stirn-Verlag Hans Timm

Berlin C. 54, Rosenthalerstraße 34/35

Tel. Norden 12815

Postscheckkonto: Berlin 71924



fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Klassenkampf - Doktrin u. Praxis (von Rud. Rocker)

Gnade für Recht - Ein Brief - Revolutionsjubiläum

Die Halbetarken - An einen jungen Individualisten

NR. 2

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

NOVEMBER 1927

Anarchistische Vereinigung Berlin

Die Genossen werden dringend ersucht, zu den Diskussionsabenden, die jeden Donnerstag im Lokal Köhler, Berlin-Neukölln, Zietenstr. 64, stattfinden, regelmäßig zu erscheinen. Die Erörterung organisatorischer Fragen — insbesondere die Notwendigkeit, die anarchistische Bewegung im Sinne der „Vereinigung“ im Reichsmaßstabe zu aktivieren, ferner das Problem der Geldbeschaffung zur Herausgabe eigener Literatur — erfordert die Inanspruchnahme aller verfügbaren Kräfte. Sämtliche Diskussionsabende bleiben in der nächsten Zeit der organisatorischen Arbeit gewidmet. Genossen, werbt, sammelt, gebt das Beispiel revolutionärer Aktivität!

Geldsendungen für die „Anarchistische Vereinigung“ an Genossin Klara Klyszinski, Berlin-Neukölln, Treptower Str. 10 v. IV.

FANAL

Organ der Anarchistischen Vereinigung

Das Weitererscheinen des „FANAL“ ist finanziell noch nicht sichergestellt. Die Genossen werden dringend gebeten, die Werbearbeit für die Zeitschrift zu steigern und Probenummern vom Verlag anzufordern. Freiwillige Beiträge für „FANAL“ sind auf das Postscheckkonto des Herausgebers, Berlin 82 419, einzuzahlen. Erwünscht ist die Angabe von Personen, die als Abonnenten in Frage kommen. Wer die Möglichkeit hat, „FANAL“ zu vertreiben, setze sich mit dem Verlag in Verbindung. Mehrbezieher erhalten Rabatt.

Der Einzelvertrieb im Reiche erfolgt durch folgende Genossen:

- Schlesien: Herbert Kleinert, Breslau X, Schrotgasse 13.
Ernst Kokott, Ratibor (Oberschl.), Oberwallstr. 20.
- Sachsen: Werner Höme, Dresden-A 10, Ziegelstr. 53.
Richard Bellmann, Dresden-N, Große Meißner Str. 6
A. Holke, Leipzig, Centralstr. 11.
- Süddeutschland: A. Albrecht, Mannheim, F 5, 27.
- Thüringen: Gustav Korn, Gotha (Thür.), Uelleber Str. 40.
- Rheinland: Mathias Zander, Köln-H, Frankfurter Str. 294.
Hans Dahms, Hörde-Bergh., Freistr. 3.
- Wasserkante: Max Hilse, Wesermünde-Lehe, Langener Landstr. 32.
Alfred Fuchs, Hamburg-Bergedorf, Hassestr. 22

Außerdem ist „FANAL“ durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Verlangt überall „FANAL“! Werbt neue Leser

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 2

November 1921

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörrhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Klassenkampf

Die Frage, wie sich Kapital und Arbeit zu einander verhalten, ist nicht von Doktoren und Universitätsdozenten zu entscheiden, sondern von den Menschen, die produzierend oder organisierend im Wirtschaftsprozeß praktisch tätig sind. Die These des historischen Materialismus, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, mag richtig sein oder falsch, wichtig allein ist, daß das Proletariat, will es sich aus der Verknechtung befreien, will es somit aufhören, Proletariat zu sein, kämpfen muß und, will es den Kampf mit etwelcher Hoffnung auf Erfolg führen, zu begreifen hat, daß es unter der gegenwärtigen Wirtschaftsform des Kapitalismus als Klasse zusammen gehört und als solche von der anderen ausgebeutet wird. Proletarier sein ist kein Ruhm, sondern ein Verhängnis, Arbeiter sein wird zur Ehre werden, wenn Arbeit nur noch vom bewußten Willen geleitet wird, gesellschaftliche Werte zu schaffen und Hergabe der Arbeitskraft freiwilliges Geschenk des Einzelnen an die Gesamtheit, nicht mehr prostituierender Verkauf sein wird.

Der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kann nur als Klassenkampf geführt werden; diese Erkenntnis ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst, man könnte meinen, sie bedürfe keiner neuen Erklärung. Dennoch scheint nichts notwendiger als hartes Aussprechen dessen, daß seit dem Auseinanderbersten des individual-kapitalistischen Wirtschaftsgefüges durch den Krieg und seine Wirkungen nur die privilegierte Klasse der Unternehmer genügend Weitblick und Entschlußkraft gezeigt hat, die Methoden des

Klassenkampfes ihren Zwecken entsprechend den von Grund aus veränderten Tatsachen anzupassen. Indem sich der Besitz neue Formen des eigenen Zusammenschlusses als Klasse schuf, glied er zugleich das Unterdrückungssystem gegen das Proletariat diesen neuen Formen sinnvoll an. Dies alles tat die besitzende Klasse nicht etwa an der Hand eines wissenschaftlichen Leitfadens, der ihr von jeder allerersten Kapazität mit allen modernsten Ergebnissen nationalökonomischer Berechnungen freudig geliefert worden wäre — arbeitet doch die ganze zünftige Wissenschaft in ihren Diensten! — sie tat es nicht unter Berücksichtigung ewiger Wahrheiten oder mit dem Anspruch, ein Welträtsel zu lösen, sondern sie prüfte ihre Bilanzen, beobachtete die sich aus dem Einsturz alter Zustände ergebenden Gewinnmöglichkeiten und zog statt theoretischer praktische Folgerungen aus den Resultaten, jederzeit bereit, aus neuen Erfahrungen neue Schlüsse zu ziehen. Dem gegenüber ließ sich das Proletariat von ihren in der Theorie bewanderten Führern Abhandlungen schreiben und Lehrkurse halten, warum und in welcher Beziehung sich der Kapitalismus zum Imperialismus und die Einzelwirtschaft zum Trustsystem entwickelt habe und weiter entwickeln müsse, inwiefern hingegen die gegenwärtige Krise eine Folgeerscheinung des im Wesen des Kapitalismus begründeten Konkurrenzkampfes um die Absatzmärkte und also eine Dauerkrise sei, sohin ein Symptom verschärfen Klassenkampfes, welcher naturnotwendig in die soziale Revolution münden und alsdann unausweichlich zur Diktatur des Proletariats und darüber hinaus zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft führen werde. Die volle Erfassung dieser von Marx erforschten, von Lenin geläuterten Lehre kennzeichne den vorgeschrittensten Teil der proletarischen Klasse, der als solcher berufen sei, an der Spitze der Arbeiterschaft zu marschieren, Zeit und Art ihrer Kämpfe zu errechnen, die Revolution zu lenken, ihre Möglichkeiten wissenschaftlich zu errechnen, ihre Ziele demgemäß zu begrenzen und der Diktatur die Diktatoren zu liefern.

Der verschärfte Klassenkampf, den das Weltkriegs-Chaos hinterlassen hat, spielt sich also in sehr eigentümlicher Rollenverteilung ab: die Klasse der Ausbeuter führt ihn, die Klasse der Ausgebeuteten erkennt ihn und redet drüber; jene hat den praktischen Teil übernommen, diese den theoretischen. Für die Besitzenden ist der Klassenkampf ein elastisches und nach Bedarf veränderliches Mittel zur Durchsetzung realer Interessen, für das Proletariat ein

ehrfürchtig bestauntes und (vor genau 80 Jahren, im Kommunistischen Manifest) ein für alle Male in Form gegossenes Mirakel. Die kapitalistische Gesellschaft formt den Staat mit seinen Gesetzen, Einrichtungen und ausführenden Organen nach ihrem Bilde und sprengt die Grenzen von Staat und Gesetzen nach ihren Bedürfnissen; das Proletariat lauscht mit knurrendem Magen den tiefgründigen Auslassungen marxistischer Exegeten und Talmudisten über die Notwendigkeit des Magenknurrens in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus. Da aber praktisches Handeln sammelnd und einigend, unfruchtbares Salbadern zersplitternd und verfeindend wirkt, so sehen wir eine zu internationaler Tatgemeinschaft verbundene, in brutalem Klassenegoismus kräftig resolute Ausbeuterschaft einer willensunklaren, national und international hundertfältig zerklüfteten Arbeiterklasse gegenüber, deren Energie sich in eifernder Rechthaberei und im Zank um die Auslegung schimmlicher Doktrinen nahezu völlig erschöpft.

Was ist zu tun? Aussprechen, was ist — jawohl! Erkennen, was ist — natürlich! Sammeln, was zusammen gehört und zusammen will — erst recht! Aber es nützt uns garnichts, wenn wir von dem, was ist, als Klassenkampf reden; es nützt uns garnichts, wenn wir die Herkunft des Klassenkampfes aus dem Privatbesitz von Grund und Boden und Produktionsmitteln erkennen; es nützt uns noch weniger, wenn wir sammeln und sammeln und das Gesammelte in einen Pferch sperren. Klarheit über das, was ist, verlangt als Ergänzung Klarheit über das, was werden soll, Sammlung zum Klassenkampf verlangt als Voraussetzung Einigung über die Kampfmethoden und Entschlossenheit, den Kampf zu führen. Sammlung bedeutet Organisation, allerdings: — aber Organisation allein erzeugt noch keinen Kampfwillen; es kommt auf den Geist an, in dem die Menschen sich zur Organisation sammeln. Denn es sind nicht dieselben Proletariet, die sich als Klasse zum Kampf gegen die Reaktion vereinigen möchten, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft halbwegs erträgliche Existenzbedingungen zu erzielen, und diejenigen, die den Klassenkampf als revolutionäres Mittel gebrauchen wollen, um die kapitalistische Klasse zu entmachten und zu enteignen. Daher ist es unsinnig, möglichst große Arbeitermassen in zentralistische Universal-Organisationen einfangen zu wollen, wo ihnen stramme Disziplin, Vertrauen zu den Entschlüssen beamteter Funktionäre und Toffeindschaft gegen kritisch Außenstehende gleichermaßen zu fortschrittlichen politischen Staats-

gesetzt, zur anständigen Lebenshaltung innerhalb der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse und zur raschen Herbeiführung und siegreichen Beendigung der Revolution verhelfen soll.

Klassenkampf und revolutionäre Vorbereitung sind grundverschiedene Dinge. Revoltierung nämlich ist Energieleistung auf bestimmte Absichten zielender Willenskräfte, somit Aufklärung, Werbung, Handlung einzelner oder verbundener Individuen; Klassenkampf dagegen ist — mag man ihn hochleben lassen oder verwünschen, mag man ihn aktiv befeuernd oder passiv duldend erleben — eine einfache Tatsache, ein wirtschaftlicher Zustand, eine geschichtliche Situation. Revolutionen werden zwar nicht gemacht, aber wenn sie entstanden sind, getan; ihre Vorarbeit kann sich nur darauf erstrecken, daß richtiges getan wird, — folglich kann diese Vorarbeit nur von Menschen geleistet werden, die das Entstehen der Revolution wünschen und, ungeachtet persönlicher Gefährdung, fördern wollen. Zentral geleitete Massenparteien können nicht revolutionär sein, da es Massen von Revolutionären erst geben kann, wenn Revolution ist. Gustav Landauer drückte das aus: Wir brauchen keine Revolutionäre, wir brauchen Revolution! Am Ausbruch einer Revolution beteiligt sich, immer und ausnahmslos, nur ein geringer Bruchteil der Massen, die große, dumpfe Menge schließt sich ihr an, sobald sie Erfolge sieht. Die aktive Minderheit aber setzt sich, immer und ausnahmslos, aus Kämpfern zusammen, die von den verschiedensten Organisationen und selbst von Schichten, die aus Interesselosigkeit, Enttäuschung oder Prinzip nie organisiert waren, zu einander strömen. Revolutionen drängen von unten herauf, drängen Programme und Parteischranken beiseite, drängen zu dem hin, was an greifbaren sozialen Werten zu erreichen ist. Die einzige revolutionäre Vorbereitung, die über das Agitatorische hinaus möglich ist, ist die wirtschaftliche statistische Mobilisation, die sich auf die notwendige Umstellung der Produktion und Verteilung während der Kämpfe und nach Vollendung des politischen Umsturzes bezieht. Alles Einfangenwollen revolutionswilliger Menschen in bürokratisch verwaltete Organisationen, worin sie nicht einmal Barrikadenbau oder militärische Strategie lernen, sondern sozusagen in gehäuftten Massen für die Revolution zurechtgeknetet und ins Rohr gestellt werden, führt nur dazu, daß solche Organisationen Selbstzweck werden und daß man die Mitgliedschaft, die man mit Zukunftshoffnungen selbstverständlich nicht beisammen halten könnte, so lange mit Tagesfragen beschäftigt, bis ihr darüber

die Revolution ganz aus dem Gesichtskreis verschwindet. Das wäre kein Unglück, da Revolutionen eben doch niemals von vorher dazu gedrillten Majoritäten durchgeführt werden, wenn nicht durch solche Machenschaften Dünkel, Unduldsamkeit und Führereifersüchteleien erregt würden, die mit revolutionären Zwecken schon garnichts zu tun haben, vielmehr den Haß der proletarischen Revolutionäre gegen einander lenken und ihre besten Kräfte erbittern, abstoßen und oftmals sogar seelisch brechen. Nicht davon zu reden, daß revolutionäre Berufsführung in unrevolutionären Zeiten schon längst ein begehrter und seinen Mann solide ernährender Erwerbszweig geworden ist.

Der Klassenkampf freilich, dieser in jeder Stunde dutzendfältig spürbare Ausdruck der vorhandenen kapitalistischen Tatsachen, verlangte wahrhaftig ein Zusammenwirken der Massen. Denn die betäubende Erscheinung, daß die Form, in der sich der Klassenkampf abspielt, ganz allein vom ausbeutenden Besitz bestimmt wird, hat nichts mit der Vehemenz und Dauerhaftigkeit der Krise zu schaffen, sondern nur damit, daß die Unternehmerklasse ihren Kampf einheitlich und zweckmäßig organisiert hat, während das Proletariat, von keiner Katastrophe belehrt, weder seine Organisationsmethoden dem von Grund aus geänderten Ausbeutungssystem kämpferisch entgegensetzt, noch auch nur die Bürokratie zum Teufel jagt, die jede Abwehr der vollkommenen Entrechtung der Arbeiter im Wirtschaftskampf mit Recht als Erschütterung ihrer Führermacht empfindet und daher verhindert. Man lese die ganz vorzügliche und höchst instruktive Broschüre „Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse“ von Rudolf Rocker (Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin O 34, 1927), um zu ermessen, wie ungeheuer die Erfolge der zweckmäßig organisierten Kapitalisten gegenüber den trotz ihren Organisationen total desorganisierten Proletariern sind. Aus einer gewaltig verminderten, in der Entlohnung bis an die Grenze der Verelendung gedrückten Arbeiterzahl wird mit Hilfe des Fließbandes, der Stoppuhr und der übrigen Taylorschen Rationalisierungs-Foltern eine gewaltig vermehrte Produktion und mithin eine ins Abenteuerliche gesteigerte Profitrate herausgepreßt. Die reformistischen Gewerkschaften jedoch wimmern die Wirtschaftsmagnaten und die von ihnen dirigierte Gesetzgebung um die Wiedereinführung der guten alten Gepflogenheiten an, indem, wie Rocker sagt, „deren geistige Führer sich alle Mühe geben, den Unternehmern zu beweisen, daß eine Umstellung

ihrer Wirtschaftsmethoden ihnen selber nur zum Nutzen gereichen müßte“. Das ist die Form, in der die Millionenorganisationen des Proletariats in dieser Zeit weltstürzender Umwälzungen den Klassenkampf führen: Anrufung der Vernunft und des Gewissens des Klassenfeindes, von dessen Gemütsbeschaffenheit Herr Dr. Ernst v. Borsig am 30. Mai d. J. in einem Vortrag gegen die Sozialpolitik mit diesen Worten Zeugnis ablegte: „ . . daß ohne die staatliche Fürsorge zwar vielleicht 50 000 Menschen zugrunde gehen müßten, aber 4000 bis 5000 andre dann Werte erzeugen könnten“.

Es gibt revolutionäre Genossen, die angesichts solcher Tatsachen erklären, wirtschaftliche Kämpfe des Proletariats um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit seien sinnlos geworden, Streik sei noch als revolutionär-politisches Mittel anwendbar, jeder Versuch aber, um bessere Existenzmöglichkeiten im kapitalistischen Staat zu kämpfen, schwäche die revolutionäre Energie der Massen und verlängere die Qual, deren Auswirkung von selbst zur revolutionären Explosion treibe. Dieser Gedankengang ist falsch, weil er die Wirklichkeit außer Betracht läßt. Die Wirklichkeit ist die, daß der Klassenkampf Wesensausdruck des kapitalistischen Systems, ein in sich zusammenhängender Prozeß ist, aus dem die schönste Theorie und der revolutionärste Ratschlag keinen zugehörigen Bestandteil herausnehmen oder herausagitieren kann. Der Unternehmer kämpft um höhere Profite, indem er aus dem Arbeiter soviel wie möglich herauszuholen sucht. Geht es, so kürzt er ihm den Lohn, geht das nicht, so steigert er die Preise, wodurch der Reallohn des Arbeiters automatisch sinkt. Hiergegen und gegen die Ueberbürdung mit Arbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit oder Aufhalsung der durch Entlassungen eingesparten Leistungen wehrt sich der Arbeiter durch seine Machtmittel, deren wirksamstes der Streik ist. Der Streik und jeglicher Lohnkampf, den der Arbeiter führen muß, um von heute auf morgen weiterleben zu können, ist also im kapitalistischen System ebenso bedingt wie die auf jede Lohnerhöhung folgende Preissteigerung. Hunger zwingt, und der gute Rat, den eigenen leeren Bauch und den der Kinder mit dem Idealismus zu füllen, aus dem die Revolution wächst, ist genau so gescheit wie die Meinung, man könne die Revolution erst wagen, wenn die Mehrheit revolutionäre Parteimarken klebt.

Richtig ist nur dies, daß Kampf um Lohn und Zeit zwar Erscheinung des Klassenkampfes ist, aber mit revolutionärem Kampf gar nichts zu tun hat. Der entsteht aus dem Klassenkampf, wenn die

Ventile der Abwehr gegen die Unterdrückung durch andre Mächte als den eigenen Verzicht verstopft sind, — vorausgesetzt, daß die Besinnung auf kämpferische Organisationsformen des Proletariats den Ausbruch der Revolution überhaupt ermöglicht. Die zentralistischen Arbeiterverbände hatten mit der Anerkennung des Kapitalismus als der „Wirtschaft“ das enorme Uebergewicht des in Trusts und Kartellen zum Kollektiv-Kapitalismus verbündeten Unternehmertums über die Arbeiterschaft schaffen helfen und durch Arbeitsgemeinschaften und gesetzliche Bindungen bis zu dem Maße gefördert, das jetzt erreicht ist. Das Schlichtungswesen bei Wirtschaftskonflikten mit dem Verfahren der Verbindlichkeitserklärung hat die Durchführung von Streikaktionen unter gewerkschaftlicher Leitung so gut wie ganz unmöglich gemacht. Dabei gehört Arbeitsgemeinschaft und Schlichter-Vermittlung zu den sozialdemokratischen und zentralverbändlerischen Revolutionserrungschaften, — ebenso die Arbeitsgerichte, die das Ausbeutertum bereits ausgezeichnet zu Instrumenten der Klassenjustiz erzogen hat. Die Urteile im Chemnitzer Zimmerer- und im Berliner Putzer-Konflikt zeigen, wie weit es schon ist. Ein verbindlich erklärter Schiedsspruch verbietet den Gewerkschaftsführern bei persönlicher Haftung für den Unternehmerschaden die Führung oder Finanzierung jedes Kampfes. Damit wurde der Kampf der Berliner Straßenbahner trotz der Streikforderung von 92 Prozent der Beteiligten abgewürgt, der der Hochbahner um den Erfolg geprellt, und dem Brauerstreik und der mitteldeutschen Riesenbewegung im Braunkohlengebiet wird es, wenn diese Zeilen gedruckt erscheinen, nicht besser gegangen sein.

Alle Trümpfe sind dank der reformistischen Politik der marxistisch-bürokratischen Organisationen in den Karten der Unternehmer. Der gesamte Staatsapparat ist im Dienste ihres zielklaren Klassenkampfes tätig. Die ausgepowerte, zu einem kolossalen Prozentsatz dauernd erwerbslose Arbeiterklasse ist von der Gesetzgebung und der Justiz absolut rechtlos gemacht. Um sie apathisch zu erhalten, wird das ganze öffentliche Leben und die Volksschule der Kirche überantwortet. Wächst die junge Generation ergeben dem Glauben an die gottgewollten Abhängigkeiten auf, dann werden die Borsigs völlig die Hände frei haben. Den Armen bleiben ja die himmlischen Tröstungen und als irdische Tröstungen überdies die Parlamentswahlen. Schon weist die Rote Fahne als neueste Parole auf dieses treffliche Kampfmittel gegen den Bürgerblock hin, dessen

Klassenkampfmethoden dasselbe Blatt außerdem durch Fortsetzung der Zentralverbandspolitik mit kommunistischen Führern bekämpfen will. Aus der scheußlichen Niederlage der Straßenbahner, die die gänzliche Hoffnungslosigkeit dieses proletarischen Organisations-systems enthüllte, zog es die geistreiche Nutzenanwendung: „Nun erst recht hinein in den Verkehrsbund!“

Organisation des Proletariats zur Führung des Klassenkampfes ist nötig. Die Zusammenfassung der Massen in bürokratischen Zentralgebilden hat sich als schädlich und verhängnisvoll in entsetzlichem Maße erwiesen. Universalrezepte zur Rettung der verfahrenen Situation gibt es nicht. Sicher ist, daß der Klassenkampf auf der proletarischen Seite mit revolutionärem Geiste gefüllt werden muß. Sicher ist, daß sich revolutionärer Geist nur in föderativen Organisationen, nie in zentralistischen, erhalten läßt. Sicher ist, daß der Wille des Proletariats sich nur Geltung verschaffen kann, wenn er von unten nach oben wirkt und getragen ist von Freiwilligkeit und Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen. Mögen diejenigen Arbeiterorganisationen, deren Struktur diesen Prinzipien entspricht — hier ist vor allen an die syndikalistischen Gewerkschaften und die Betriebsorganisationen zu denken — über alles Trennende hinweg den Mut zur Initiative finden und bei voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit ein kameradschaftliches Bündnis schließen mit der Verpflichtung, zusammen zu gehen, wo ein Zusammengehen möglich ist, überall aber gegen einander brüderliches Verhalten zu üben und dadurch den übrigen, in Traditionen und überalterten Theorien befangenen Proletariern beweisen, daß die veränderten Formen des Klassenkampfes veränderte Formen des Zusammenschlusses bedingen. Das Kapital macht die Führer haftbar für den Kampf der Arbeiter, und die Führer ziehen daraus die Moral, ihre Autorität zu gebrauchen, um den Kampf der Arbeiter niederzuhalten. Das zeigt, was die Arbeiter zu tun haben, wenn sie kämpfen wollen: sich von jeder Führung emanzipieren, jede Autorität verneinen, sich zur Kampfgemeinschaft föderativ verbinden, selbst beschließen, selbst handeln, selbst verantworten. Wird der Klassenkampf so geführt, so wird revolutionärer Geist in ihn eingehen, revolutionärer Atem von ihm ausströmen. Das Proletariat aber wird erkennen, daß es den Kapitalismus nicht zu bewundern, sondern zu beseitigen hat und daß es nicht vor der Aufgabe steht, wissenschaftliche Doktorfragen zu lösen, sondern sich durch Taten zu befreien.

Doktrin und Praxis

Die Ursache des wachsenden Doktrinarismus in unsren Reihen läßt sich hauptsächlich auf zwei Erscheinungen zurückführen. Wir haben während der letzten zwei Jahrzehnte zu wenig versucht, aus unserem eignen Rahmen herauszukommen. Fortwährende Inzucht wirkt aber auf die Dauer abstumpfend, gibt dem einzelnen wenig Befriedigung und erzeugt fast immer eine gewisse Verbitterung. Außerdem haben sich die meisten von uns zu sehr daran gewöhnt, in der gegenwärtigen Form des Anarchismus eine in sich abgeschlossene Ideenentwicklung zu erblicken. Man sieht im kommunistischen Anarchismus vielfach das letzte Glied jener Entwicklung, die vom Mutualismus über den Kollektivismus zu den heutigen Auffassungen führte und bringt allen neuen Versuchen Mißtrauen oder vornehme Ueberlegenheit entgegen.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß auch ich in der Vereinigung von Kommunismus und Anarchie die günstigste Voraussetzung für eine freiheitliche Entwicklung der Menschheit erblicke, allein eine solche Ansicht hat immer nur relative Bedeutung, und wir besitzen keine Garantie für ihre Richtigkeit. Jedenfalls haben uns die revolutionären Ereignisse in Rußland, Mitteleuropa, Italien usw. vor eine ganze Anzahl neuer Probleme gestellt, die es sehr zweifelhaft erscheinen lassen, ob sich eine kommende Revolution auch wirklich im Rahmen der praktischen Voraussetzungen abspielen wird, wie sie uns z. B. Kropotkin in seiner „Eroberung des Brotes“ geschildert hat. Wenn wir sogar annehmen, daß die allgemeine Entwicklung einem Zustand entgegenführt, wie wir ihn im Kommunistischen Anarchismus voraussehen, so ist das nach allen praktischen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts noch lange kein Beweis dafür, daß eine Revolution uns unmittelbar die Verwirklichung des Ideals bringen wird. Wir müssen uns vielmehr darauf gefaßt machen, daß eine ganze Anzahl wirtschaftlicher Formen zunächst neben einander bestehen werden, um ihren praktischen Wert zu erproben. Ich betrachte dies keineswegs als einen Schaden; im Gegenteil, mir scheint, daß dies die einzige Möglichkeit ist, einer wahrhaft freien Entwicklung die Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Ich persönlich bin der Meinung, daß eine Wirtschaftsform wie der Kollektivismus in der Zeit einer revolutionären Umwälzung praktisch näherliegt, als der Kommunismus. Erstens ist der Kommunismus nur unter der Voraussetzung möglich, daß alles im Ueberfluß vorhanden ist, denn nur so hätte das sogenannte Freie Genußrecht tatsächlichen Wert. Allein die Erfahrung hat gezeigt, daß Revolutionen nicht immer unter so günstigen Voraussetzungen stattfinden. In den meisten Fällen muß man damit rechnen, daß sie ausbrechen, wenn das ganze Wirtschaftsleben von Grund aus zerrüttet

und desorganisiert ist, so daß die Versorgung der Gesellschaft mit dem allernotwendigsten erstes Gebot wird. Unter solchen Bedingungen aber kann man von einem Kommunismus in unserem Sinne überhaupt nicht träumen, sondern höchstens von einer stufenweisen Entwicklung in der Richtung zum Kommunismus.

Außerdem dürfte das Motto: „Jeder nach seinen Fähigkeiten“ in seiner unmittelbaren und praktischen Ausführung doch nicht so einfach sein, wie die meisten von uns früher glaubten. Das kapitalistische System war nicht dazu angetan, die sozialen und solidarischen Instinkte im Menschen zu entwickeln, sondern hat in allen seinen Erscheinungsformen darauf hingewirkt, diese Gefühle in den Hintergrund zu drängen und praktisch zu lähmen. Das bekannte Sprichwort: „Des einen Brot ist des andern Tod“ ist nur der klar empfundene Ausdruck dieses Zustandes. Nun müssen wir aber mit den Menschen rechnen, wie sie sind und wie wir sie aus der alten Gesellschaft übernehmen müssen, und da scheint mir irgendein gemeinschaftlich festzustellendes Wertmaß der persönlichen Arbeit dem allgemeinen Rechstempfinden besser zu entsprechen als das sogenannte Freie Genußrecht. Nach den Erfahrungen der letzten acht bis zehn Jahre müssen wir damit rechnen, daß ein gut Teil Menschen ihre persönlichen Fähigkeiten auf dem Gebiete der Produktion geringer einschätzen würden, als die anderen. Das ergäbe von vornherein Unzuträglichkeiten, die nur allzu leicht neue autoritäre Maßregeln verursachen könnten. Wohin das führen würde, dafür gibt Rußland das beste Beispiel. Das kollektivistische Motto: „Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit“, dürfte daher in den ersten Phasen einer revolutionären Periode den Bedürfnissen der praktischen Wirklichkeit besser entsprechen, als das Freie Genußrecht des Kommunismus, umsomehr, wenn dadurch keine andere Richtung in ihren praktischen Versuchen gestört würde.

Mutualismus, Kollektivismus oder Kommunismus sind ja nicht Selbstzweck, sondern bloß Mittel zu einem bestimmten Zweck. Sie sollen helfen, das Freiheits- und Solidaritätsgefühl im Menschen in den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens zu verankern, um auf diese Weise eine neue Mentalität zu entwickeln, die jeder autoritären Auffassung schon rein instinktmäßig widerstrebt. Jeder menschliche Fortschritt ist nur dem freien Experiment zu verdanken, was wir besonders auf dem Gebiete der Wissenschaft beobachten können. Ein gewaltsames Hineinpressen der Menschen in bestimmte Formen des gesellschaftlichen Lebens ist immer autoritär und ein Hindernis für jede Entwicklung. Die Voraussetzung eines wahrhaft freiheitlichen Zustandes besteht gerade in der Möglichkeit für jede Richtung, ihre Ideen praktisch durchzuführen und ihre Wirksamkeit zu erproben, solange durch ein solches Experiment andere in ihrer Freiheit nicht gestört werden.

Die großen Ereignisse nach dem Kriege haben bewiesen, daß eine vollständige Zerstörung aller bestehenden Einrichtungen, wie sie den meisten von uns früher vorschwebte, auch nicht so ganz angebracht wäre. So wird es z. B. in der Zeit einer sozialen Umwandlung wahrscheinlich nicht angehen, das Geld- und Banksystem kurzerhand abzuschaffen; es wird sich vielmehr darum handeln, diese Institutionen umzuformen und als vorläufige Mittel des Austausches zu benutzen, um das gesellschaftliche Leben im Fluß zu halten und neue Formen der Wirtschaft vorzubereiten. Es ist bedauerlich, daß sich unsre Literatur während der letzten fünfundzwanzig oder dreißig Jahre viel zu wenig mit den Problemen eines neuen Wirtschaftslebens beschäftigt hat. Außer Kropotkins tiefgründigem Werk „Felder, Fabriken und Werkstätten“ gibt es tatsächlich in unsrer ganzen Literatur kein Werk von grundlegender Bedeutung, das sich eingehend mit den Problemen der Wirtschaft beschäftigt und uns neue Perspektiven für die Zukunft eröffnet hätte. Wir haben in jeder Sprache einen Ueberfluß an Werken, in denen versucht wird, den Begriff der Freiheit rein philosophisch — sehr oft geschieht das in allzu abstrakter Weise — zu begründen, allein die praktischen Voraussetzungen dieser Freiheit, die doch zunächst in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen des Lebens geschaffen werden müssen, wurden bisher allzu stiefmütterlich behandelt. Vergleicht man damit die manchmal geradezu glänzenden Berichte, die von Vertretern des freiheitlichen Flügels auf den nationalen und internationalen Kongressen der ersten Internationale vorgelegt wurden, so muß man zugeben, daß damals für die ungeheuerere Wichtigkeit dieser Probleme größeres Verständnis bestand, als in der nachfolgenden Periode. Erst heute, nach den eindringlichen Erfahrungen, die wir während des Krieges und nachher gemacht haben, fängt man wieder langsam an, diesen Fragen Verständnis entgegenzubringen, aber noch lange nicht in dem Maße, wie sie es verdienen.

Man sage nicht, daß die alten Begründer des allgemeinen Sozialismus, die Saint Simon, Fourier, Owen, Proudhon usw., auf deren Untersuchungen sich auch die Anarchisten stützen, die wirtschaftlichen Fragen bereits so eingehend geprüft und erschöpfend behandelt hätten, daß man ihren Ideen auf diesem Gebiete wenig hinzufügen könne. Erstens hat die gewaltige Entwicklung der modernen Industrie eine ganze Anzahl neuer Probleme geschaffen, die man früher gar nicht voraussehen konnte und die sogar nichts an ihrer Bedeutung verlieren, wenn wir den übertriebenen und einseitigen Industrialismus für eine vorübergehende Erscheinung in der gesellschaftlichen Entwicklung halten; und zweitens sind die Ideen jener Männer den heutigen Anarchisten fast vollständig fremd geworden. Dies gilt nicht bloß für Fourier, Owen, Thompson etc.,

sondern sogar für Proudhon, den bedeutendsten Vorkämpfer des Anarchismus, dessen Werke der großen Mehrheit der Anarchisten kaum noch oberflächlich bekannt sind. Und doch, wie viel enthalten die Schriften dieser Männer, was bis heute seinen Wert nicht verloren hat! Wie wunderbar könnte gerade heute Fouriers Theorie von der attraktiven Arbeit dem Fordismus und Taylorismus entgegenwirken, die auch unsre Staatssozialisten vollständig fasziniert haben! Und welche glänzende Rüstkammer gegen den modernen Nationalismus hat Proudhon geschaffen, wovon die meisten von uns nichts mehr wissen. Es genügt nicht, dem Menschen zu sagen: „Sei frei!“ man muß auch die praktischen Mittel und Wege angeben, wie er die Freiheit erringen und in den veränderten Umständen eines neuen gesellschaftlichen Lebens sichern kann. Gerade hier haben die autoritären Richtungen und Parteien des Sozialismus einen großen Vorteil vor uns voraus. Bei der Staatsgläubigkeit der breiten Massen fällt es ihnen nicht schwer, die Menschen davon zu überzeugen, daß alle diese Fragen nur durch eine entsprechende Regierung gelöst werden könnten, einerlei, ob diese Richtung sich nun als „Diktatur des Proletariats“ oder als demokratischer Verfassungsstaat manifestiert. Da sich die Menschen einmal daran gewöhnt haben, im Staate die irdische Vorsehung zu erblicken, so erscheint ihnen diese Lösung als die einfachste und natürlichste. Daher ist es doppelt und dreifach notwendig, den Menschen praktische Mittel und Wege zu zeigen, die ihnen die Möglichkeiten freien Menschentums vor Augen führen. Jeder von uns, der mitten in der praktischen Propaganda steht, weiß, daß gerade die denkenden und strebsamen Elemente immer wieder mit solchen Fragen an uns herantreten. Diejenigen, die ein gewöhnliches politisches Schlagwort zufriedenstellen kann, kommen für konstruktive und schöpferische Arbeit wenig in Betracht; auf die geistig regsamen und denkenden Menschen, die sich in allen Dingen ein wersönliches und kritisches Urteil bewahren, kommt es an.

Nicht zuletzt diese Erwägung hat Pelloutier, Pouget und viele andere aktive Anarchisten dazu bewogen, ihre vornehmste Tätigkeit der syndikalistischen Bewegung zu schenken oder diese Bewegung erst mit begründen zu helfen. Die Erkenntnis, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter am besten geeignet sind, eine Reorganisation der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage vorzubereiten und praktisch in die Wege zu leiten, hat diese Männer veranlaßt, ihre Ideen in den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen und ihnen ihre Aufgabe als konstruktive Organe einer freien Gesellschaft von Augen zu führen, sie in der syndikalistischen Bewegung immer tiefer einzuwurzeln und zu einem ihrer Grundprinzipien zu machen.

Aber mit dieser Erkenntnis ist nicht alles getan, man muß auch darauf hinwirken, daß sie lebendige Taten auslöst. Es ist nicht genug, zu erklären, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter die Aufgabe haben, die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Produkte in ihre eignen Hände zu nehmen, es ist auch notwendig, ihnen diese große Aufgabe praktisch näher zu bringen.

Rudolf Rocker.

Gnade für Recht

Das Bild der deutschen Eintracht, wie es sich in den Rechtsverhältnissen dieser erstaunlichsten Republik der Weltgeschichte malt, sieht etwa so aus: Nachdem die Generäle Hindenburg, Ludendorff, Mackensen und wie alle die grau gewordenen ehemaligen Kadetten hießen, das Bismarcksche Hohenzollernreich in viereinhalbjährigem Gemetzel gründlichst zu Tode gesiegt hatten, überließen sie die weitere Vernichtungsarbeit an ihrem geliebten deutschen Volk den Politikern. Besagtes Volk glaubte, eine Revolution gemacht zu haben, indem es schadenfroh zusah, wie die 22 Fürstenthone, deren Leim nicht mehr hielt, zusammenkrachten und dabei ihre angestammten Inhaber, ohne sonst Schaden zu nehmen herunterfielen. Im übrigen schien es ihm in der Ordnung, daß die Sachverständigen der allgemeinen Wohlfahrt, zu denen sich in Deutschland die Bevölkerung selbst noch nie gerechnet hat, untersuchten, was sich von den Trümmern der eingestürzten Herrlichkeit noch verwenden lasse, und daß diese Untersuchung von den Politikern, die schon immer von Sozialismus, Demokratie und Gerechtigkeit geredet hatten, die also was von Revolution verstanden, in Gemeinschaft mit den besiegten Generälen und den bisherigen Hütern der öffentlichen Ordnung, die also was von Staatskunst verstanden, durchgeführt würde. Da sich erwies, daß die Throne durch den Sieg des Feindbundes zu schrecklich demoliert waren, um die Reparatur in kurzer Zeit bewerkstelligen zu können, die Sieger es auch nicht gern gesehen hätten, wenn man diese Requisiten wieder in Gebrauch nähme, stellte man das zurück und nannte das dadurch geschaffene Provisorium Republik. Ein paar Ideologen, zumeist landfremde Elemente und daher verbrecherische Naturen, benutzten leider die Gelegenheit, der Arbeiterschaft einzureden, die Katastrophe des Landes gehe auch sie etwas an und es empfehle sich nicht, entlarvte Falschspieler zu Konkursverwaltern ihres eigenen Bankrotts zu machen. Da sich tatsächlich ein Teil des Proletariats dazu mißbrauchen ließ, die eigenen Interessen über die Dankbarkeit zu stellen, die den Offizieren und Ministern der Monarchie und den Organisatoren der Wirtschaft in Landwirtschaft, Industrie und Finanz dafür geschuldet war, daß sie alle sich auf den Boden der neuen Tatsachen stellten, selbst über die Dankbarkeit, die die sozialdemokratischen Politiker dafür zu beanspruchen hatten, daß sie unter opfervoller Verleugnung aller Grundsätze des Sozialismus, des Klassenkampfes und der Internationalität sämtliche hohen Staatsämter übernahmen, um Ruhe, Ordnung und Sicherheit, gute Dividenden für Besitz und Bildung und Respekt vor der Obrigkeit wiederherzustellen, — so mußte eben durchgegriffen und zugepackt werden. Und es wurde durchgegriffen und zugepackt. Solange es noch nicht ohne die Sozialdemokraten ging,

durften Noske und Ebert die Sache dirigieren, und Lüttwitz, Pabst, Ehrhard, Bauer, Reinhard mit ihren Vogels und Krulls, Marlohs, Runges, mit all ihren gedungenen Mördern, Räubern, Plünderern, Leichenfledderern und Spitzeln erledigten die Revolution, indem sie die Revolutionäre erledigten. Außerhalb Berlins gab es Länder-Eberts und Länder-Noskes: Sie hießen Auer oder Schneppenhorst oder Hörsing oder sonstwie. Je mehr man dann ohne Generäle und ihre Landsknechte auskam, die erst als einfache Weißgardisten, dann als Marburger Studenten, weiterhin als organisierte Killer, schließlich als schlichte Fememörder dem Vaterlande Nachkriegsleichen lieferten, umso mehr konnte man sukzessive auch der Sozialdemokratie entraten. Die Erledigung der Revolutionäre ging aus den Händen des Militärs und der vaterländischen Mordorganisationen allmählich ganz in die der Justiz, die Erledigung der Republik aus der Regie der Sozialdemokraten in die eigene Verwaltung der Großindustriellen über. Als Friedrich Ebert, der Taktvolle, nach beendeter Vollexpropriierung der Exproprierten durch Inflation und Stabilisierung an vereitertem Darm und gebrochenem Herzen mit Tode abging, durfte er befriedigt auf sein Werk zurückschauen: Liebknecht tot, Rosa Luxemburg tot, Eisner tot, Jogisches tot, Landauer tot, Sylt tot, Paasche tot, 15 000 Proletarier tot; die Revolution tot; die Abwehr des Kapp-Putsches besiegt, der mitteldeutsche Aufstand besiegt, der Kampf gegen die O.C. und die andern Mordorganisationen besiegt, die Rettungsversuche gegen die Inflationsplünderung besiegt, in Bekämpfung der Kahr-Hitler-Revoluten in Bayern die sächsische Arbeiterschaft besiegt, die Befreiungsaktion in Hamburg besiegt, das ganze deutsche Proletariat besiegt; — aber Noske Oberpräsident, Hörsing Oberpräsident, Severing Minister, Schwarzrotgold noch nicht niedergeholt, die Verfassung noch formell in Kraft, das Parlament noch zu Bewilligungen zugelassen, die Zahlung der Dawes-Verpflichtungen allein durch die Steuerleistungen der Arbeitenden garantiert, der Unternehmerprofit auf der ganzen Linie in mächtigem Aufschwung, die Zuchthäuser zum Bersten voll von suspekten Elementen, die seit 1919 darin wohlthätig vor neuen Sünden gegen die Republik bewahrt werden und kaum flüchtig gestreift von solchen, die im Dienst des Kapitals und der bald wieder fälligen Monarchie mit Gut und Blut andrer Leute fürs Vaterland sich verdient gemacht haben; das Reich aber gesichert und gefestigt gegen jeden Freiheitsgeist und Rechtsanspruch der Armen gegen die Reichen durch die in ihrer Art einzige und unerreichte deutsche politische Strafjustiz mit dem Niedersitz in Leipzig. Dies war die Erbschaft Eberts des Taktvollen, und als er dann, wie gesagt, an gebrochenem Darm und vereitertem Herzen dahinschied — ei, wie freute sich da das deutsche Volk, den geliebten kaiserlichen Feldmarschall Hindenburg, der mit sicherem Feldherrnblick schon 1918 erkannt hatte, daß nur der Taktvolle sein und seines getürmten Herrn taktvoller Rückwegbereiter sein werde, im Wahlkampf um die Präsidentenwürde der provisorischen Republik zum ersten Mal einen Endsieg erringen zu sehen.

Wenn wir erst wieder Kaiser und Könige haben werden, dann wird mit viel anderm Guten auch die alte Gepflogenheit wieder zu Ehren kommen, daß bei Thronbesteigungen, Prinzgeburten, Herrschaftsjubiläen und achtzigsten Geburtstagen Gnade für Recht ergeht und mit weit ausladener Wohlwollensgeste eine Amnestie ungeschehen macht, was die

Staatsautorität rächen zu sollen vermeinte. Die Republik aber weiß, was sie den geheiligten Traditionen schuldig ist: nicht etwa das Vorrecht der Könige freventlich für sich in Anspruch zu nehmen, sondern die Sehnsucht wachzuhalten nach der Rückkehr der glorreichen Kaiserzeit. Amnestien hat die deutsche Republik immer nur erlassen, wenn sie Angst hatte: nach dem Kapp-Putsch 1920, als die nationalistischen Veranstalter des Unternehmens sie verlangten und sie in der Form erreichten, daß außer Jagow kein einziger von ihnen eingelocht wurde, die zur Abwehr aufmarschierten Proletarier aber, soweit sie nicht gleich an die Wand gestellt waren, haufenweise in den Zuchthäusern bleiben mußten, — und 1922 nach der Ermordung Rathenaus, als die Massen bedrohlich nach Gerechtigkeit schrieen; damals versprach die Regierung feierlichst die Generalamnestie für sämtliche proletarischen politischen Gefangenen. Was sie hielt war der Erlaß eines Gesetzes zum Schutz der Republik, durch das viele tausende neuer proletarischer politischer Gefangener geschaffen wurden — nur proletarischer natürlich —, und eine Amnestie, von der heute, über fünf Jahre nach ihrer Verkündung, noch immer nicht entfernt alle damals schon sitzenden revolutionären Kämpfer profitiert haben. Immerhin kamen außerhalb Bayerns, das das Reichsgesetz als für sich nicht verbindlich ansah und das sein christliches Rachebedürfnis noch nie hat widerstandslos beeinträchtigen lassen, eine größere Zahl Gefangener aus den republikanischen Menschenkäfigen heraus. Dann mußte 1924 noch eine Amnestie durchgeführt werden, weil das der Londoner Vertrag, das sogenannte Dawes-Abkommen, so verlangte. Es bezog sich aber nur auf Straftaten, die irgendwie mit den Vorgängen während der Ruhrbesetzung in Verbindung standen und sollte da alle Beteiligten gleichmäßig umfassen, gleichviel gegen wen oder für was sie eingetreten waren. Die deutsche Reichsregierung hat diesen internationalen Vertrag nur insoweit gehalten, wie sie bei seiner Verletzung außenpolitische Unbequemlichkeiten zu erwarten hatte. Die deutschen Kommunisten, die im Bunde mit deutscher Schupo gegen die Separatisten gekämpft hatten und dafür von der deutschen Republik des Hochverrats beschuldigt wurden, blieben unter Bruch der internationalen Verpflichtung weiterhin eingesperrt; ein Antrag im Reichstag, die Amnestie auch in östlicheren Gegenden Deutschlands wirken zu lassen, kam zu Fall, als der demokratische Pazifist, Professor Schücking, erklärt hatte, man dürfe das Unheil nicht noch weiter ausdehnen als man gezwungenermaßen durch die Amnestierung der Separatisten tun müsse, wolle anders man nicht der Segnungen des Dawespaktes überhaupt verlustig gehen. Wer seitdem in deutschen Gefängnissen lobend von den Demokraten zu sprechen versucht, gerät in Gefahr, Ohrfeigen zu beziehen.

Dies alles waren aber doch, wenn auch nur partielle, Amnestien. Amnestie ist ein griechisches Wort und bedeutet Vergessen, Auslöschen aus der Erinnerung. Wer durch eine Amnestie befreit wird, dessen Tat wird als ungeschehen betrachtet, daher ist eine selbstverständliche Klausel in jedem Amnestiegesetz, daß die Strafe zugleich in den Strafregistern getilgt werden muß. Nach den drei genannten Amnestien hat es in der deutschen Republik keine weitere, auch nicht mal eine Teilamnestie mehr gegeben. Alles, was noch so genannt wurde, war Gnade der Kriegeverlierer gegen diejenigen, die gewagt hatten, aus dem Verlust des Krieges

einige sehr naheliegende Konsequenzen zu ziehen. Herr v. Hindenburg, seiner verdufteten Majestät allergehorsamster, untertänigster Präsident der deutschen Republik, hatte wohl schon, als er den Taktvollen ablöste, Bedenken, den Antritt seines Platzhalterpostens mit einer Aktion zu verbinden, zu der er seiner Herkunft und der Auffassung seiner Treuepflicht gemäß nur den berechtigt halten mochte, für den er den Platz zu halten hat. Der erste gewählte Präsident — Ebert ist niemals zum Präsidenten gewählt gewesen — trat also sein Amt an, ohne eine Amnestie zu veranlassen. Was der Reichstag nämlich 1925 unter dem Namen Amnestie beschloß, war keine, war nichts als ein Strafmilderungsgesetz, dessen Kulturwert nur darin bestand, daß hier vorgeführt wurde, wie ein Gesetz aussehen muß, wenn man die Anwendung seiner Regeln zur Ausnahme zu machen wünscht. Die Regierungsparteien erklärten ausdrücklich, daß sie mit diesem Gesetz keine Korrektur an richterlichen Urteilen vornehmen wollten und dessen zum Zeichen schlossen sie sämtliche Zuchthausgefangene allgemein von ihrer gnadenreichen Versöhnlichkeit aus, bestätigen somit alle Niedrer-Urteile gegen Kommunisten und proletarischen Revolutionäre und segneten, indem sie die Anwendung des Gesetzes auf Vorgänge vor dem 1. Oktober 1923 beschränkten, alles, was in der Blütezeit der Fememorde die verelendete Masse in völlige Verzweiflung jagte, noch einmal durch ein besonderes Statut. Wer es aber erlebt hat, weiß, daß in den Gefängnissen jede Ablehnung einer Amnestie schlimmer wirkt als eine neue Verurteilung.

Nun ist Herr v. Hindenburg 80 Jahre alt geworden. Die Stahlbadekur des Krieges und ihre Nachkur auf dem Präsidentensitz der Republik ist ihm gut bekommen. Wer für die Hindenburgspende zahlte, machte ihm die schönste Geburtstagsfreude, wie zum 70. dazumal derjenige, der Kriegsanleihe zeichnete. Da jene nicht wie diese Zinsen trug, leider auch während des republikanischen Provisoriums keine Kommissionsratsstittel verliehen werden können, war der Ertrag der Hindenburgspende mäßig. Aber er war reich im Vergleich zu dem Ertrag der Gnade, die wieder einmal die Amnestie zu ersetzen hatte. Diesmal wurde der liebe Reichstag garnicht erst bemüht: Herr Dr. Hergt mit seinen Kollegen in den Ländern drehte das Ding allein. Wie sie es drehten, dafür ein paar Beispiele, denn eine statistische Vergleichung ist nicht möglich, weil die gnädigen Regierungen vorgezogen haben, keine Zusammenstellung ihrer Geburtstagsüberraschungen zu veröffentlichen. Die Behauptung, daß bedeutend mehr linke Verurteilte von der Massengnade erfaßt worden seien als rechte, erledigt sich durch die Frage, wieviel rechte denn eigentlich seit 1919 überhaupt verurteilt worden sind und wieviele am 2. Oktober noch selbst bei einer politischen Generalamnestie hätten befreit werden können. Was wir zu wissen wünschten, ist, wieviele Jahre Gefangenschaft Proletariern und wieviele Jahre Nationalisten erlassen worden sind, ferner, wieviele Gefangene die Gnadenspenden bei den Linken mitrechnen, die trotz der Gnade in den Gefängnissen hocken geblieben sind, da man ihnen bloß Abstriche vom Strafrecht gemacht hat, und ob ein einziger der Verurteilten von rechts auch bloß eine Zeitverkürzung ohne gleichzeitige Freilassung bewilligt erhalten hat.

Der Major Buchrucker ist frei. Er war zu 10 Jahren Festung verurteilt als Organisator des Küstriner Putsches. Gesessen in besonders erleichterter Haft hat er noch nicht 4 Jahre. Inzwischen durfte er mehr-

fach als Zeuge in Fememordprozessen erscheinen, da er als Kamerad und Befehlsgeber der Herren Schulz, Klapproth und der übrigen Gemütsmenschen der Schwarzen Reichswehr über die Vorgänge in den Arbeitskommandos besonders gut Bescheid wußte. Zur Abwehr des sehr ungeniert vorbereiteten nationalistischen Aufstands, der dann in Küstrin begann und scheiterte, hatten junge Kommunisten in Ostpreußen Vorsichtsmaßregeln ergriffen, vor allem ein Waffenlager der Buchruckerbande ausgenommen und verwahrt, ohne die Waffen je zu benutzen. Die völkischen Anleger des Lagers blieben unverfolgt, die Kommunisten wurden auf Grund des § 7 des Gesetzes zum Schutz der Republik zu 7, 6 und 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als das Gesetz dadurch gemildert wurde, daß der Zusatz, wonach in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus erkannt werden könne, gestrichen wurde, änderte man die Strafe der Verurteilten des Königsberger Prozesses auf dem Gnadenwege in Gefängnis um. Das geschah ohne rückwirkende Kraft. Hätte man einfach angenommen, die Strafe hätte von vornherein auf Gefängnis gelautet, so wäre die schon verbüßte Zuchthauszeit in Gefängnis umzurechnen gewesen; außerdem hätten auf Grund des Pseudoamnestie-Gesetzes von 1925 zwei Jahre von der Strafzeit gestrichen werden müssen. Das geschah alles nicht. Es geschah auch jetzt nicht: man hat den Genossen Delvendahl, Kalcher und Seipold gnädigst die Strafe verkürzt, und nur Seipold, der von seinen 5 Jahren immerhin 4 abgemacht hat, ist — auch erst 14 Tage nach Hindenburgs Geburtstag — auf Bewährungsfrist entlassen worden. Bei der bloßen Annahme, Niedner hätte gleich Gefängnis verhängt, wären alle drei schon draußen, ohne daß Hindenburg 80 Jahre alt zu werden brauchte. Jetzt warten sie im Cottbuser Zentralgefängnis Buchruckers nächste Befreiungstaten ab. Die Genossen Plättner und Bergemann sitzen wegen ihrer revolutionären Tätigkeit 1921 mit 10 und 15 Jahren im Zuchthaus; Proletarier, also bleiben sie auch drin. Von Max Hoelz nicht zu reden, — vielmehr: von Max Hoelz soll nächstens mal speziell wieder geredet werden, damit manchen Leuten der Star gestochen werde, als ob dieser Fall von der deutschen Justiz selbst noch im geringsten als juristischer Fall angesehen würde. Nein, das ist ein rein politischer Fall und dank seiner Behandlung durch die Behörden ein politischer Schulfall für die proletarische Klasse, die ihn politisch zu behandeln hat. Erinnern wir uns für diesmal nur, daß Hoelz' Verurteilung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe mit der Tötung des Heß begründet wurde, an der er, wie absolut erwiesen ist, keinen Anteil hatte und daß Hoelz immer noch im Zuchthaus sitzt. Und erinnern wir uns gleichzeitig, daß jetzt, gerade jetzt, während der großen Hindenburgschen Gnädigkeit das Verfahren gegen den Leutnant Krull eingestellt worden ist, das sich um die Frage drehte, ob er Rosa Luxemburg ermordet habe. Aber man hatte bei dem Leutnant ja nur die Uhr der Ermordeten gefunden, und da er doch schließlich dabei war, wie sie umgebracht wurde und noch allerlei Zeugnisse und Indizien gegen ihn sprachen, hat man sich's 8 Jahre überlegt und verfährt nun mit dem Mann, der inzwischen ein paar Mal das Gefängnis in zivilen Angelegenheiten frequentiert hat, Betrugsgeschichten und dergleichen, so wie man mit allen seiner Sorte verfahren ist: man inkommodiert ihn nicht länger mit der toten Revolutionärin.

Krull und Hoelz: der eine ein konterrevolutionärer Schandbube, Gauner und Nichtsnutz; der andre ein revolutionärer Idealist, Kämpfer und sozialer Charakter; der eine des Mordes dringend verdächtig, der Leichenfledderei

überführt und endgültig frei, der andre des Totschlags schuldlos bezichtigt, in der Uneigennützigkeit seines Wollens anerkannt und lebenslang ins Zuchthaus gesperrt, lebenslang ehrlos erklärt, also entrechtet, und bei der Gnadenaktion zur Befreiung oder Milderung seines Schicksals ungeeignet befunden, — das ist das Bild der Zustände, die bei uns herrschen. Wären die Namen aller völkischen Rohlinge bekannt, die man am 2. Oktober freiließ oder außer Verfolgung setzte, sicher fänden sich ähnliche Gegenüberstellungen und Vergleiche mit revolutionären Racheopfern der deutschen Justiz wie Margies, von dem bei dieser Gnadenfeier überhaupt nirgends die Rede war. Dafür entschädigt das fromme Bayern, und durch Rundfunk und Telegraphen-Agenturen erfuhren wir, daß sämtliche Räterepublikaner amnestiert seien, mit Ausnahme von zweien: Lindner und Huber. Nach der andern Seite hinüber aber verlangte die ausgleichende Gerechtigkeit ebenfalls ein Zeichen versöhnender Gnade. Die bayerische Regierung muß lange gesucht haben, bis sie unter den vielen Mördern von rechts einen fand, der ihrer Gnade noch nicht hinlänglich teilhaftig geworden ist. Und wen fand sie? Den Grafen Anton Arco-Valley. Wir erfuhren, daß dieser Herr, Mörder Eisners, Veranlasser der Schüsse Lindners und somit der Ereignisse, die zur Aufrichtung der bayerischen Räterepublik führten, der schon seit 3 Jahren, gefeiert und hochbesoldet, als freier Mann mit seinen Komplizen von 1919 vereint ist, — daß er eigentlich noch garnicht frei war, sondern nur bis auf weiteres Strafaufschub hatte, und daß er daher jetzt noch einmal, zum dritten und letzten Mal, begnadigt wurde. Gleichzeitig teilte man es mit, die endgültige Rehabilitierung des Meuchelmörders und die endgültige Verdammung des revolutionären Arbeiters, der in der Wallung des Augenblicks den Meuchelmord zu rächen versuchte. Der Hohn, die Herausforderung dieser neuesten Schandtat der bayerischen Frommholde stinkt derartig, daß alle übeln Düfte, an die man in der deutschen Republik gewöhnt ist, dagegen wie aromatische Parfums wirken. Vielleicht hätte die Regierung mit sich reden lassen, wenn der Mann rechtzeitig für Lindner ein Wort eingelegt hätte, den, wie es scheint, das Zuchthaus vor Lindner schützen soll: Erhard Auer. Philipp Scheidemann hatte es ja leichter: die ihn mit der Giftspritze umlegen wollten, waren Hakenkreuzler; für die kann sich ein Sozialdemokrat schon eher verwenden als für Proletarier, denen kann er leichter verzeihen als Revolutionären. Auer hat erst gut zugeredet, als die Gnadenaktion vorbei war und keine Gefahr mehr drohte, daß seinem Anliegen stattgegeben werden könnte. Seine Partei soll Auer zu dem nachträglichen Schritt gedrängt haben, und in welcher Form der Mensch, der am 7. November 1918 monarchistische Truppen gegen das bayerische Proletariat anforderte, zu dessen Minister er sich am 9. wählen ließ, bei Gürtner für Lindner plädiert haben mag, entzieht sich der Kenntnis. Hoffentlich hat er mit Arco dessen Begnadigung festlich begossen. Die beiden sind ja alte Freunde. Schon den Weihnachts-Heiligenabend 1918 brachte Auer in der Offiziersmesse der Leiberkaserne mit Arco zu; zwei Tage darauf wurde auf mich ein Revolverattentat verübt. Wann die Herren das letzte Mal vor Eisners Ermordung beisammen gewesen sind, ist nicht festgestellt, nur daß Auer dem Grafen von Krankenbett zu Krankenbett — hatten doch beide für die gleiche Sache Blut gelassen — einen Chrysanthemenstrauß sandte, das wissen wir. Lindner also bleibt in Straubing. Als er die Nachricht erhielt, brach er zusammen. Das ist kein Wunder, denn jedes Uebergangenwerden wirkt, wie gesagt, als

neue Verurteilung ohne Befristung, und was der arme Lindner in Straubing auszustehen hat, spottet aller Vorstellungen. Man hat ihn drei Jahre in völliger Isolierung mit absolutem Sprechverbot gehalten! als er wieder unter die Kameraden kam, konnte er nur noch lallen. Mehrfach mußte er in die Irrenabteilung verlegt werden, aber bei den bayerischen Christen gilt die Moral: der Haß höret nimmer auf, und sie dulden es nicht, daß der Mann wieder ans Licht kommen sollte, den das Militär während des Krieges nach 3 Monaten Dienst wegen „hochgradiger Reizbarkeit“ entließ. Hochgradige Reizbarkeit wird in Bayern mit verschärften Zuchthausfoltern kuriiert.

Lindner und Huber bleiben in Straubing. Wer ist Huber? Georg Huber ist einer der 10 zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Rotgardisten, die bei der Erschießung der wegen Spionage und konterrevolutionären Lumpereien als Untersuchungsgefangene im Münchener Luitpoldgymnasium aufbewahrten Mitglieder einer antisemitischen Adelsgesellschaft zwar nicht geschossen hatten, aber anwesend waren. Seine Mitverurteilten sind ja nun, nach 8 Jahren widerlichster Pein, glücklich entlassen worden — mit Bewährungsfrist bis zum Jahre 1936! Da in Bayern die Widerrufung der Bewährungsfrist jederzeit auch ohne neue Verurteilung möglich ist, braucht einer der Entlassenen nur einmal in einer Versammlung einen Zwischenruf zu machen und kann gewärtig sein, dafür 7 Jahre ins Zuchthaus zu müssen; das droht ihm 9 Jahre lang. Dennoch: sie sind glücklich. Huber aber? Warum muß er in Straubing bleiben? Huber ist jetzt 31 Jahre alt. Das Vaterland konnte im Kriege mit ihm nicht viel mehr anfangen als mit Lindner; er kam nicht ins Feld wegen seiner seelischen Veranlagung. Der Sachverständige, der dem Gericht darüber Auskunft zu geben hatte, erklärte, er leide an epileptischen Anfällen hysterischer Natur; er mache den Eindruck eines außerordentlich schlecht genährten, bleichsüchtigen Menschen. Es müsse von Fall zu Fall entschieden werden, ob er strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könne; zum mindesten sei seine strafrechtliche Verantwortung wegen seiner hysterischen Natur gemindert. Das hinderte das Gericht nicht, Huber, gegen den sogar der Staatsanwalt Hoffmann „nur“ 10 Jahre beantragt hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus zu verurteilen, weil er durch seine Anwesenheit moralisch eine Mitschuld auf sich geladen habe. In seinem Schlußwort vor Gericht sagte Huber: „Ich beantrage Freisprechung. Zu bitten habe ich nichts, ich will nur mein gutes Recht, und wenn alle, die das gleiche getan haben wie ich, angeklagt würden, dann müßten die Zuhörerbanken zu Anklagebänken werden.“ Warum ist es denn nun aber den Gürtners und Wohlmuths, den Gerechten und den Frommen in Bayern immer noch nicht genug mit der Marterung Hubers nach 8 Jahren? Weil er, wie Lindner, revolutionären Charakter wahr? das ist ein Grund, ein sehr wichtiger Grund, sicher; aber auch unter denen, die jetzt heraus gelassen wurden, sind brave, revolutionär gebliebene, charakterfeste Genossen. Nein, weil Huber, wie Lindner, ein krankhaft erregbarer Mensch ist, und weil sich seelische Steigerungen zur Hysterie neigender Naturen in Straubing anders äußern als in Konnersreuth. Georg Huber hat, ebenso wie Lindner, unter den scheußlichen Eindrücken seiner Umgebung Affekt-Erzesse begangen, und ist infolgedessen nicht aus der Stufe 1 im Stufenstrafvollzug heraufgerückt, hat, wie das amtlich heißt, eine schlechte Führung am Strafort bewiesen. Der Erregungsexzeß aber, für den die baye-

rische christliche Gerechtigkeit einen gerichtsnotorisch epileptischen und vermindert verantwortlichen Menschen seine passive Anwesenheit bei einer revolutionären Tumulthandlung noch im neunten Jahre qualvollster Zuchthauspein nicht verzeihen läßt, entstand daraus, daß Huber mit anhörte, wie ein Gefangener wegen Randalierens in seiner Zelle von den Aufsehern mißhandelt wurde. Erinnert man sich, warum Sacco und Vanzetti als Raubmörder sterben mußten? Weil sie Kenntnis hatten von den Mißhandlungen ihres Genossen Salsedo im New Yorker Staatsgefängnis. Von Sacco und Vanzetti ist es jetzt schon wieder merkwürdig still geworden. Wir hätten Grund, weiterhin sehr laut von ihnen zu sprechen. Denn Boston und München liegen nicht so weit auseinander, wie es auf der Landkarte aussieht.

Gnade ist für Recht ergangen. Es wird Aufgabe des deutschen Proletariats sein, dafür zu sorgen, daß endlich Recht für Gnade geschieht, und zwar noch bevor diese erstaunlichste Republik der Weltgeschichte ebenfalls 80 Jahre alt wird.

Ein Brief

Der Herausgeber des FANAL erhielt aus Mannheim folgenden Brief:

Lieber Genosse Mühsam!

. . . . Schauen Sie sich bitte mal das Proletariat im Fabrikleben an. Oder auch außerhalb der Fabrik. Himmel nochmal, wenn man dann nicht schier verzweifelt, dann muß man mit einer starken Dosis Optimismus begabt sein. Sehen Sie, das ist das Verfluchte, das einen fast verückt macht: diese Wurschthafigkeit des allergrößten Teiles der Arbeiterschaft, dieses stumpfe Dahindämmern, dieses dölsige Trotten in den Spuren des Althergebrachten, als müßte alles so sein, dies entsetzlich Müde und Indifferente, diese gequälte Apathie! Wissen Sie, wenn man das sieht, zusammen mit „dem langsamen, aber sicheren Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft“ und den andauernden und fortschreitenden Triumphen des Kapitalismus und wenn man sich dann daneben stehen sieht als kleine Wanze, als Laus, die von diesem riesengroßen Turm des Stumpfsinns beinahe erdrückt wird, dann möchte man am liebsten brüllen, brüllen, brüllen, bis dieser verfluchte Bettel auseinanderkracht und sich zum Teufel schert. Ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen. Aber wenn man da mit Leuten aus der Arbeiterklasse, mit Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenkommt und hört, daß diese Menschen zum großen Teil ganz zufrieden sind, daß sie nur ihre Ruh haben wollen und womöglich noch ihr Glas Bier, daß sich ein gewisser anderer Teil noch wichtig macht und aufbläst wie ein Frosch, mit nachdenklicher Miene und altkluger Visage geheimnisvoll wispert, man müsse mit Vorhandenem Praktisches leisten, zunächst mal dem Arbeiter n vernünftigen Stundenlohn verschaffen, um ein paar Pfennig Gehaltserhöhung „kämpfen“ und was weiß ich noch, was diese „Helden des Proletariats“ für Phrasen auf Lager haben und per Gelegenheit vom Stapel laufen lassen. Mit solchem Gelichter soll man dann revolutionär arbeiten können!! Nee, lieber noch n Strick!

Es muß eine Organisation entschiedener Revolutionäre geschaffen werden. Die Leute, auf die man sich unbedingt verlassen kann, und die bereit sind, nicht nur mal son freien Abend für „die proletarische Sache“

zu opfern, sondern Leib und Leben, die müssen zusammengefaßt werden, um als Sturmtrupp der Revolution zu dienen. Sehen Sie, aus diesem Grunde schreibe ich Ihnen, helfen Sie mir, wie man aus diesem Schlammassel, aus dem Schlendrian rauskommt. Sie selbst und dann sind sicher noch Leute aus Ihrem Bekanntenkreis vorhanden, die allein geeignet sind, der Stagnation des Proletariats ein Ende zu machen oder allermindestens eine weitere Versumpfung zu verhüten. Sie haben doch eine praktische Erfahrung als Revolutionär, die doch nicht von Pappe ist, bei der beschwöre ich Sie, helfen Sie mir, helfen Sie dem Proletariat! Sagen Sie doch um Himmelswillen, was ich tun soll und kann, damit ich endlich mal aus dieser elenden Sackgasse einen Ausweg finde! Sehen Sie, ich bin 18 Jahre alt, aber ich bin bereit, alles zu tun, um endlich mal mit dieser verdammten Sauerei Schluß zu machen. Ich frage Sie: Was ist da zu machen? — — Mit Kampfgruß! Kurt Heiß.

Der junge Genosse Heiß glaubt, daß eine Organisation entschiedener Revolutionäre geschaffen werden müsse, und meint, weil ich manchmal wohl Gedanken ausdrücke, die den Empfindungen von revolutionären Proletariern entsprechen, die sich ihre Ueberzeugungen nicht von obrigkeitlichen Funktionsinstanzen fertig gekocht, gewürzt und tranchiert auf die Gabel schieben lassen mögen, ich sei mit noch ein paar Leuten aus meinem Bekanntenkreis allein geeignet, den Schlendrian zu besiegen, der Stagnation ein Ende zu machen oder doch die weitere Versumpfung aufzuhalten. Er beschwört mich bei meinen praktischen Erfahrungen als Revolutionär, ihm und dem Proletariat aus dem Schlammassel zu helfen, das ihn peinigt, das ihm seine Jugend zerstört, das ihn — und mit ihm hunderttausend andre — fast verrückt macht. Wie aber können sich die praktischen Erfahrungen eines Revolutionärs in dieser Periode zwischen den Revolutionen anders geltend machen als durch Ratschläge, als durch aufs Papier gesetzte Betrachtungen der tatsächlichen Erscheinungen und durch Aussprechen der eigenen Ansicht, die nun, verkündet in einem finanziell schwer ringenden kleinen Monatsblättchen, ohne weitklingende Resonanz, neben den Organen, in denen die Wortführer der proletarischen Parteien und reformistischen Organisationen tagtäglich mit den alten gewohnten Lehren die Masse der Arbeiter in ihrer Indolenz und in ihrem Persönlichkeitsverzicht bestärken, sich durchsetzen soll? Viel von dem, was der Jugendgenosse fragt, wird in dem Artikel „Klassenkampf“ und in Rockers Aufsatz „Doktrin und Praxis“ beantwortet. Die Aufforderung aber, die Zufriedenheit der Massen in Unruhe zu versetzen, den Kampf ums tägliche Brot, der, lieber Genosse Heiß, tatsächlich ein Kampf ist und notwendig geführt werden muß, als fatale Erscheinung des kapitalistischen Systems bewußt zu machen, deren Fatalität nur durch die soziale Revolution selbst überwunden werden kann. — diese Aufforderung müssen wir Älteren entschieden an euch Junge zurückgeben. Es ist unendlich erfreulich, daß endlich 18jährige rebellisch werden gegen den Stumpfsinn, die Resignation, den Konservatismus, mit denen breite Massen selbst theoretisch einigermaßen orientierter Proletarier ihre Marken kleben, in Versammlungen Protestresolutionen gegen irgend eine aktuelle Äußerung der reaktionären Zustände fassen und sich dann einbilden, sie hätten eine revolutionäre Leistung vollbracht. Jawohl, Kamerad, brüllt, brüllt, brüllt, bis der ganze Bettel auseinander kracht! Denn euer Brüllen, nicht unser Diskutieren wird endlich die Organisation entschiedener Revolutionäre

schaffen, von der Du Rettung erhoffst. Diese Organisation aber wird ihre Kraft und ihre Einigkeit nicht aus Theorien und akademischen Ratschlägen ziehen, sondern aus der Erschütterung des gesellschaftlichen Gebildes, aus der Revolution. Schafft, ihr, ihr Jungen, ihr Eckpfeiler der Zukunft, Neues, durch Brüllen, durch Vormachen, durch gemeinsames und persönliches Tun; folgt euern Eingebungen, glaubt euern Instinkten, organisiert durch Handeln — und wartet nicht auf uns Alte! — Wir warten auf euch!

Revolutions-Jubiläum

Auf die Aufforderung der Moskauer Abendzeitung „Wetschernaja Moskwa“, mich zur 10. Jahresfeier der Revolution zu äußern, habe ich geschrieben:

Zum 10jährigen Gedenktage der Oktober-Revolution sind alle meine Gefühle und Wünsche in heißer Liebe bei den revolutionären Arbeitern und Bauern Sowjet-Rußlands. Ich erhoffe von der Feier, die allen Revolutionären, welche gemeinsam den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie bezwangen, die Erinnerung an ihre Kameradschaft im Kampf wachrufen muß, eine Stärkung des brüderlichen Geistes auch unter den Genossen, die in den theoretischen Meinungen und in den Auffassungen über die Fortführung der Revolution im Sinne des sozialistischen Aufbaus nicht übereinstimmen. Mein glühender Wunsch ist, daß dieser Geist der Brüderlichkeit auch äußerlich Gestalt fände durch den Erlaß einer vollständigen und bedingungslosen Amnestie für alle gefangenen, verschickten, verbannten und verfolgten Revolutionäre, welche Gruppen oder Parteien angehören, die im Oktober 1917 auf der Seite des Proletariats, unter der roten Fahne mit der Parole „Alle Macht den Räten“ die Bourgeoisie besiegen halfen. Das revolutionär gesinnte Weltproletariat wäre beglückt, wenn durch die Amnestierung der russischen Anarchisten, Syndikalisten, Maximalisten, linken Sozialrevolutionäre und der Anhänger der Arbeiter-Opposition ein Streitfall aus dem Wege geschafft würde, der alle Einigkeitsbestrebungen unter den Proletariern aussichtslos macht und den Kampf für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen in den kapitalistischen Staaten unendlich erschwert.

Erich Mühsam.

Die Halbstarcken

Nichts kennzeichnet die Fäulnis und Verlumpung unsrer Zeit sinnfälliger als die Erscheinung, daß sich in aller Welt die ödste und schmutzigste Brutalität als Stärke aufspielen kann und als Stärke bewundert wird. Der Faschismus, diese schimpflichste Verkommenheit der in Entartung und Infamie versumpfenden kapitalistischen Klassenherrschaft, betreibt das trübe Geschäft der Staatsverwaltung, zu dem bisher immerhin noch eine schwach gesicherte Rechtsnorm als Schutz für die regierte Kundschaft gehörte, ausschließlich mit den Mitteln der phantasielosesten Roheit. Die schauerlichen Schurkentaten der Machthaber in Rumänien, Ungarn, Italien, Litauen treiben natürlich zu Versuchen der Selbsthilfe bei den leidenden Völkern. Die erste offene Erhebung gegen ein fest etabliertes faschistisches Regime wurde mit dem Aufstand in Tauraggen unternommen, um die Schandwirtschaft der Smetona-Woldemaras-Diktatur zu brechen. Dieser

erste Versuch ist mißglückt, vielleicht, weil ein Teil der Aufständischen unter demokratischen Parolen in den Kampf ging und die parlamentarische Demokratie, die doch die Schrittmacherin des Faschismus war, jede Zündkraft längst verloren hat. Die große, neue, reine soziale Idee fehlte, und so kann nun der Faschismus, völlig frei von jeglicher sittlichen Idee, seine viehische Mordpolitik weiter üben, mit Stand- und Feldgerichten und auch ohne derlei atavistische Ueberflüssigkeiten im Blut der Besiegten badend, Stärke vor-täuschen. Wer aber Gewalt anwendet zu anderm Zweck, als dem, die Gewalt dauernd zu bezwingen; wer sie gebraucht, um im Gegenteil die Brutalität zur ständigen Ausdrucksform gesellschaftlicher Abhängigkeiten zu machen, ist nur äußerlich, nur vorübergehend, nur physisch stark, innerlich ist er schwach und haltlos. Faschisten sind Halbstarke.

Halbstarke sind auch die Verehrer und Bewunderer des Faschismus, besonders diejenigen, welche sich der europäischen zivilisierten Ordnung erfreuen, ohne von dem Elend um sie herum berührt zu werden. Daß Mussolini, der ekelhafteste Renegat des Jahrhunderts, seinen ehemaligen Klassengenossen, die seinen eigenen früheren Idealen treu geblieben sind, gewaltsam Rizinusöl einflößen läßt, finden sie witzig und bedenken nicht, daß nur Würdelose über die Entwürdigung von Menschen lachen können. Daß gutes Funktionieren der Verkehrsmittel anders erreicht werden kann als durch völlige Verknechtung der Arbeiter, interessiert sie nicht, und daß die Faschisten die Bettler zwar von den Straßen verjagt haben, sie mit Prügel und Gefängnis von dort fernhalten, ihnen aber selbst nichts zu essen geben, ist ihnen egal. Wenn nur der reiche Vergnügensreisende im Lande, wo die Zitronen blühen, im Genuß seines erschobenen Reichtums nicht vom Gestank der Armut belästigt wird! Auch der 70jährige literarische Halbstarke Bernard Shaw hat laut und vor aller Welt bejubelt, wie strahlend gelb Mussolini die Schalen der italienischen Zitronen hat putzen lassen, an deren vertrocknetem fauligen Innern zu riechen der Träger des jüngsten literarischen Nobelpreises ja nicht veranlaßt worden war. Es ist ganz gut, daß der Duce dem feixenden Greis noch vor seiner Abfahrt zu den verewigten Kollegen in Apoll Gelegenheit gegeben hat, zu zeigen, daß er sein wahres Gesicht bisher in der Hose getragen hat. Hätte er sich gleich nach der Jubelorgie zum 70. Geburtstag geschlichen, — er wäre als Heros in die Geschichtsbücher eingegangen, als hinter Paradoxen lächelnder Weiser, als freier Geist unter Knechtsseelen, als Starker in einer Zeit, da die Halbstarcken, wie die Faschisten, ihre Schwäche unter blutigen Rohheiten verbargen. Was ich von Bernard Shaw hielt und halte, das habe ich vor 16 Jahren in einer Theaterkritik (Kain I, Nr. 8, November 1911) so ausgedrückt: „Es ist sehr schwer, Shaw so zu spielen, daß man seine Unfreiheit den eigenen Freiheiten gegenüber nicht merkt. Nimmt man diesen Dramatiker nämlich unter die Lupe, so erkennt man erstaunt einen gereckten Philister, der sich vor die Brust schlägt und ausruft: Seht mal, was ich für freche Sachen treibe! — In Wahrheit stellt er sich auf die Zehenspitzen, um über seinen eigenen Horizont kucken zu können.“ Und in einer späteren Theaterkritik (Kain III, Nr. 5, August 1913) fügte ich diesem Urteil folgendes hinzu: „Shaw ist ein sentimentaler Schwätzer, ein grinsender Heimatkünstler, ein Revolutionär unter Weinreisenden....“

Halbstarke, Mussolini wie Shaw: und es gibt solche Halbstarcken auch unter den deutschen Intellektuellen.

An einen jungen Individualisten.

*Freiheit! Erhebung! Ausbruch aus der Engel
Du, Proletarierknabe, glühst von Drang.
Dein Auge schweift voll Hohn und kalter Strenge
gleichmütiger Menschen stumpfe Reih'n entlang.
Du siehst sie sich um Pfenniglöhne ducken,
ums Essen, um ein ärmliches Vergnügen
einander um das bißchen Brot betrügen,
demüthigt jeden Schimpf hinunterschlucken. —
Du aber weißt dich besser als die andern;
dich treibt dein Drang, auf lichte Höh'n zu wandern —
empor! heraus aus knechtischer Umgebung!
Fort aus der Engel Freiheit und Erhebung!*

*Kennst du dich schon? Ermißt du deine Sucht?
Glüht, was du suchst, als heller Glanz in Dir?
Weißt du dein Sehnen frei von roher Gier —
und frei von Furcht zu deinem Stolz die Flucht? . . .
Freiheit! Erhebung! — Proletariersohn,
schon mancher vor dir ist berauscht vom Worte,
dem Pferch der Welt zum eignen Ich entflohn — —
und öffnete der Selbstsucht nur die Pforte.
Wer Sklave war, der fand nach kurzen Märschen
den Weg zur Sonnenhöhe bald zu steil.
Freiheit und Weite ward ihm billig feil, —
denn der nicht dienen mochte, wollte herrschen. —*

*Jetzt prügelt er sein Kind, tritt seinen Hund,
ein Held im Wort, ein Feigling in den Taten.
Die Freiheit tut er auf dem Markte kund
und kann daheim der Fesseln nicht entraten . . .*

*O Knabe, dessen Fuß ins Leben schreitet;
Freiheit und Glück gehört nicht dir allein.
Sobald der Zügel deiner Gier entgleitet,
wirst du Vasall des eignen Hochmuts sein. —
Kein Frondienst, keine Not versklavt den Freien;
doch Knechte bleiben auch im Glanz Lakaien.*

FANAL

1. Jahrgang 1926/27

Preis: geb. 6.50 M., in einz. Heften 3.50 M.
Zu beziehen durch den Verlag.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM.8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

isk

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die politische Monatsschrift für den klassenbewussten Arbeiter.

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfg.

Ueber **DINTA** die „Bewirtschaftung des Menschen“ berichtet Walter **FLIESS** in einem sehr interessanten Aufsatz im Oktoberheft. In diesem Heft schreibt ferner Zeko **TORBOFF** über „Intervention oder Neutralität auf dem Balkan“. Diese Nr. enthält gutes kulturpolitisches Material einen Esperantobeitrag usw.

Probehefte kostenlos durch L. Köppen, Schlüchtern (Bez. Kassel).

Es gibt nur eine

Vertriebsstelle der Jugend in Berlin, die auf **genossenschaftlicher, proletarischer Basis** aufgebaut ist. Es ist daher ein Akt selbstverständlicher **Solidarität**,

wenn die gesamte werktätige Jugend in ihrem Unternehmen kauft. Wir legen Wert, insbesondere bei Kleidungsstücken, auf niedrige Kalkulation, um den Bedarf für die **proletarische Jugend** auch unsererseits entgegenzukommen. — Wir führen:

Reformschuhe, Wandersandalen, Kittel, Hosen, Anzüge, Rucksäcke, Brotbeutel, Speere, Bücher, Bilder, Broschen, Gesunde Nahrung, Körperpflegemittel

Die Fackelstuben

Gemeinnütziges Unternehmen der Jugend

Berlin C 2, Klosterstrasse 62

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Revolutionäre Jugend - Nachbarn der Anarchisten (von Rudolf Rocker) - Rechtsicherheit - Maximilian Harden - Schwarzbard u. Machno - Nach zehn Jahren - Angenehme Zeiten - Erklärung (v.O.Kohl)

NR. 3

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

DEZEMBER 1927

**Lest
die
„Freie
sozialistische
Jugend“**

**Blatt und Stimme
der
selbständigen
jungen
Sozialisten**

Herausgegeben vom Bund freier sozialistischer Jugend

„Es gibt heute keinen fruchtbareren Dienst der Gerechtigkeit in Europa, als an der Einigung des Sozialismus zu arbeiten. Und damit habe ich ausgesprochen, worin — wie ich die Dinge sehe — die besondere Aufgabe des Bundes freier sozialistischer Jugend besteht und warum mir sein Dasein ein Grund zu großer Hoffnung ist.“
Dr. Kurt Müller

Zu beziehen durch: **Adolf Winkler, Nürnberg, Siegfriedstr. 35**
Postscheckkonto: Nürnberg 24468

Erscheint monatlich Heft 20 Pfennig
Drei Probenummern für RM. 0.50 portofrei

L I E B E

Roman von Helene Stöcker

„Das Liebeserlebnis ist mit einer Meisterschaft und Innigkeit erzählt, die dicht am ‚Hohen Lied‘ stehen.“

Züricher Volksrecht.

„Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit hoher Sittlichkeit . . .“

Literarisches Echo.

„Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches . . .“

Prof. Paul Kämmerer, Wien.

„Unbedingt ist es eines der ehrlichsten Bücher, das je eine Frau geschrieben . . .“

Welt am Montag.

„ . . . eine kühne Entdeckungsfahrt in den großen unbekannten Kontinent der Seele . . .“

Prof. Dr. A. Silbermann.

Ganzleinen gebunden RM. 6,50

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie vom
Verlag „Die neue Generation“, Berlin-Nikolassee, Münchowstr. 1

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 3

Dezember 1927

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg, Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.50. — Postscheck Berlin R2419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Revolutionäre Jugend

Vor einem Monat erhielten die Leser des FANAL Kenntnis von einem Brief an den Herausgeber, in dem ein junger Genosse uns Alte beschwört, wir sollen einen Ausweg zeigen „aus dieser elenden Sackgasse“, aus „Schlamassel“ und „Schlendrian“; wir sollen die Organisation schaffen, die endlich etwas anderes bringe als „diese Wurschthaftigkeit des allergrößten Teils der Arbeiterschaft, dieses stumpfe Dahindämmern, dieses dösiges Trotten in den Spuren des Althergebrachten“. Eine Flut von empörten Ausdrücken spritzt der Achtzehnjährige aufs Papier, um Luft zu bekommen von dem würgenden Druck der Verzweiflung darüber, daß sich das Proletariat fast in seiner Gesamtheit, müde, indifferent und apathisch, einfach abfindet mit der Tollheit unsrer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, und er kommt sich dabei vor wie eine „kleine Wanze“, eine „Laus, die von diesem riesengroßen Turm des Stumpfsinns beinahe erdrückt wird“. Bei dem Gedanken aber, er solle mit denen, die nichts als Phrasen wissen und alle Energie in Wahl- und Gewerkschaftssimpelei verpuffen lassen, revolutionär arbeiten, bekennt er: „Nee, lieber noch n Strick!“

In der Antwort schrieb ich, daß nicht nur diesen einen Jugendlichen, nein, daß mit ihm hunderttausend andre die Not der Stagnation und Versumpfung in der deutschen Arbeiterschaft fast verdrückt mache, daß hingegen die Forderung, „endlich mal mit dieser verdammten Sauerei Schluß zu machen“, von uns Alten an die Jugend zurückgegeben werden müsse. Inzwischen ist ein neues Signal laut geworden, daß die Jungen es nicht mehr aushalten in

der Enge der parteipolitischen Kirchturmumzäunung, in diesem ausweglosen Labyrinth von wirklichkeitsfremden Grundsätzen und grundsatzlosen Praktiken, — ein Signal, dessen Echo mächtiger dröhnt, als der Aufschrei einer grellen Jugendstimme im bescheidenen Wirkungsbezirk einer anarchistischen Zeitschrift. Am Sonntag, den 6. November, dem Tage, an dem die Straßenfeiern zum 10. Jahrestag der russischen sowjetistischen Revolution von der Kommunistischen Partei und den ihr nahestehenden Organisationen stattfanden, deren dekorativer Teil in der Hauptsache dem Roten Frontkämpferbund und der Roten Jungfront zufiel, an diesem Tage, in der Stunde, da die Kameraden, die sich als Jungmannschaft der kommenden proletarischen Revolution fühlen, unter wehenden roten Fahnen, unter den Klängen revolutionärer Lieder, begeistert, glücklich, stolz auf das russische Vorbild, im Lustgarten aufmarschierten, griffen drei der aktivsten Genossen der Abteilung Cöpenick des Roten Frontkämpferbundes in spontaner Eingebung zum Revolver und feuerten sich nach einander jeder eine Kugel in den Kopf. Zwei der jungen Menschen töteten sich dabei, der dritte wird vielleicht mit dem Leben davonkommen, mit dem armseligen Leben eines Blinden. Es waren Alarmschüsse, die die Genossen Wuthe, Miethling und Haack auf ihre Nervenzentralen abgegeben haben, Schüsse, deren Knall Anklage und Forderung der revolutionären Jugend in die Sackgasse brüllt, in der sich die trippelnde Geschäftigkeit auf immer demselben Fleck als Bewegung ausgibt, Schüsse, deren Pulverrauch in gespenstischen Konturen die verrenkte Geistigkeit des proletarischen Nachwuchses an den Horizont der deutschen Zukunft malt.

Vor ungefähr 30 Jahren beschäftigte ein Buch die literarische Jugend Europas — die proletarische Jugend hatte sich noch nicht zu irgendwelcher geistigen Kollektivität ermannt —, in dessen Mittelpunkt das trotzige, immer hoffnungslosere, schließlich verzweifelte Anrennen der Jungintelligenz Norwegens gegen die gesellschaftliche Oedigkeit der in Gewöhnung, Vermuckerung und Klüngelgeist erstarrten älteren Generationen stand. Es war Hans Jaegers „Christiania-Boheme“, mit dessen Uebersetzung ins Deutsche Gustav Morgenstern eine ganze Fülle gärender Probleme auch in unsere Zirkel der in die revolutionären Reihen drängenden jungen Literaten warf: Probleme der Erotik, der Kunst, der Philosophie, der Konvention und der nihilistischen Loslösung von den gesellschaftlichen Sitten und von aller Schulmoral. Jaegers sozialer Roman gipfelte in der ausführlichen Schilderung des Selbstmordes seiner Hauptfigur aus Ueberdruß an einem Leben, das der nach

Werten verlangenden Jugend jede Sehnsucht enttäuschte, jedes Versprechen schuldig blieb. Der Held geht hier in den Tod, umgeben von seinen Freunden, die, wissend, wozu sie geladen sind, von dem sie verlassenden Gefährten mit Alkohol, zärtlichen Mädchen und an die tiefsten Dinge rührenden Gesprächen umständlich Abschied feiern und ihm Gesellschaft leisten, bis der erwartete Schuß aus der Pistole Gelächter und Gläserklang zerreißt.

Ganz anders verlief die Cöpenicker Tragödie, so anders, wie sich Wirklichkeit von Literatur zu unterscheiden pflegt; das Leben hat ja in der Regel stärkere dramatische Effekte als die Erfindung der Dichter. Bei dem traurigen Entschluß der drei Jungproleten wirkte keine eitle Pose mit, sie stellten kein lebendes Bild für den literarischen Bearbeiter, kein sterbendes Bild für einen sentimentalen Film mit Harmoniumbegleitung. Sie hatten garnicht die Absicht, in den Tod zu gehen, als sie sich zusammen hinsetzten zum Kaffeetrinken und zum Diskutieren. Die Fragen nach dem Warum?, mit denen sich die Psychologen der parteiunterschiedlichen Zeitungen ihre Hirne verbogen haben, sind ganz müßig: die drei Freunde drückten den Revolver aus dem einzigen Grunde ab, weil gerade ein Revolver auf dem Tische lag. Zu untersuchen ist lediglich die Disposition, aus der junge Arbeiter, die vor Hunger schützende Beschäftigung, die darüber hinaus sogar bei den Angehörigen gewisse Bequemlichkeit im Auskommen haben, Menschen, die geistig hervorragend labil, über ihre proletarische Klassenzugehörigkeit völlig aufgeklärt, gläubig revolutionär und in ihrer Organisation vorbildlich tätig sind, dem magischen Drange unterliegen, einen gelegentlich vor ihnen liegenden Revolver an ihren Schläfen abzudrücken. Die Parteikommunisten machen sich die Erklärung bequem: sie meinen, die armen Jungen haben sich in der Auswahl ihrer Bücher aufs Glatteis begeben, haben Nietzsche gelesen, und da der geistig bestimmende der drei Freunde, Wuthe, ohnehin früher bei den Anarchisten stand, mußten sie ja individualistischen Einflüssen nachgeben und zu Fall kommen. Ach nein, die Roten Frontkämpfer sind an Leben, Revolution und proletarischem Erwachen nicht irre geworden, weil sie Nietzsche gelesen haben, sondern sie haben Nietzsche gelesen, weil ihnen Zweifel erwacht sind, ob denn wirklich die fürchterliche Entpersönlichung des Revolutionärs in Drill und Disziplin den Ausweg aus Staat, Reaktion, Ausbeutung und Sklaverei werde öffnen können. An dem kritischen Nachmittage braucht von diesen Dingen garnicht gesprochen worden zu sein: die Katzenjammerstimmung muß ja bei allen Dreien vorhanden gewesen sein, da sie doch ohne Zweifel in höchst zwie-

spältigen Empfindungen der großen, durch ihren Anlaß besonders bedeutungsvollen Kundgebung im Lustgarten fernblieben. Vielleicht hatte für dies Fernbleiben der deprimierende Landregen des Aufmarschstages den letzten Ausschlag gegeben —, man sieht doch die unlustigen Blicke der Berliner Jungen zum grauen Himmel hinauf zwinkern, man hört doch die verknurrtte Bemerkung: Ach was, schon wieder der olle Krampf, laß deine Mutter uns lieber ne Tasse Kaffee kochen! Bei dem Sauwetter! — Nur eben: früher war nie schlechtes Wetter ein Hindernis gewesen, mitzutun, was immer es auch zu tun gab für die Organisation, für die „Sache des Proletariats“, am allerwenigsten wäre man je zuhause geblieben, wenn es in Bundeskleidung aufmarschieren galt, mit Trommeln und Trompeten, mit flatternden Fahnen und revolutionären Aufschriften auf Schildern und Transparenten. Jetzt genügt ein verregneter Tag, um allen Jubel, allen Kampfesmut bei den Demonstrationen für Revolution und Kommunismus zu ersticken, um die hundertfach gesegnete Parade der roten Jungen als Krampf empfinden zu lassen. Und nun sitzen sie am Erinnerungstage beisammen, mit bedrücktem Gewissen, kommen sich fahnenflüchtig vor und suchen doch in ihren Gedanken und Worten Erklärung und Entschuldigung für ihr eigenes Verhalten, und einer gibt das Stichwort: Wozu das alles?! Noch denkt niemand an den Tod, aber als die Mutter hereintritt, witzelt der Sohn mit einem Blick auf die Waffe: „Mutter, wenn wir uns jetzt alle totschoßen, würdest du unsere Leichen waschen?“ — Zehn Minuten danach knallen die Schüsse. Wenn die Psychoanalytiker begriffen, daß es außer sexuellen auch noch kosmische und vor allem soziale Triebe im Unterbewußtsein des Menschen gibt, die Cöpenicker Tragödie könnte ihnen helfen, tief in die Seele der revolutionären Jugend von heute hinab zu leuchten: wie die Tatfreude stürmender Kämpfernaturen, bis zur letzten Stunde äußerlich unverändert und bei den Beteiligten selbst kaum gespürt, allmählich von der Erkenntnis überschattet wird, daß sie mißleitet wird, daß zuviel arrangiert wird und zu wenig geleistet, daß marschiert wird und marschiert und doch nichts vorwärts geht, daß man Kampfmusik bläst, die keinen Kampf mehr begleitet, daß Revolutionsfahnen geschwenkt werden über Phantomen, daß der Revolution in Worten geschworen wird, denen keine Taten folgen, daß der Enthusiasmus der Jugend erhalten muß für die unfruchtbare Realpolitik routinierter Parolendrechtsler; wie der noch unbewußte Widerstand dagegen die trübe Witterung eines Demonstrationstages zum Anlaß nimmt, sich zum ersten Male passiv aufzulehnen; wie in den Seelen der drei Freunde, in gegenseitiger

Suggestion, der Vorwurf gegen sich selbst sich unentwirrbar verstrickt mit den Vorwürfen gegen Führung, Partei, Organisation, Disziplin und den Phrasendunst, hinter dem versucht wird, die Revolution in die parlamentarischen und reformistischen Stallungen zurückzuleiten; wie der im Unterbewußtsein geformte Wunsch, dem allen in den Tod zu entfliehen, in einem Scherzwort Ausdruck sucht, und wie das einmal ausgesprochene Wort den Willen zur Tat ins Oberbewußtsein hebt und der bereit liegende Revolver die letzten Zweifel, Hemmungen und Widerstandsenergien vergessen läßt.

Der Vorgang in Cöpenick und der Vorgang in Jaegers Roman, dem doch wahrscheinlich auch ein wirkliches Erlebnis zum Grunde lag, — wie kennzeichnend ist ein Vergleich für die innere Beschaffenheit der bürgerlich-revolutionären Jugend jener kapitalistischen Aufstiegsperiode und der proletarisch-revolutionären Jugend unsrer von den ungeheuersten Stürmen der Weltgeschichte aus allen festen Bindungen gelösten Zeit des Niedergangs und der Verworrenheit! Damals Selbstmord aus Uebersättigung an der Gegenwart, aus der kein Weg in eine wertvollere Zukunft zu führen schien; heute Selbstmord aus Hunger nach einer Zukunft, die nahe und glänzend vor den Augen steht, nach der die Hand bloß zu greifen brauchte, wenn nicht die Gegenwart, zu feige, sich aus Vorurteilen und Dogmen zu befreien, die Hand zurückhielte und jedesmal, wenn sie sich ausstrecken möchte, mit den Ansprüchen von Disziplin und mit manövrierender Taktik fesselte. Damals theatralische Regie, Sensationsgier, die selbst aus dem Absprung von der Bühne noch eine Sensation und ein blasiertes Festspiel macht, heute ein abruptes Schlußmachen mit der Tantalusqual des Genarrtwerdens, eine Improvisation, die es auf keine Nekrologe anlegt, sondern durch ihr Tempo, das Initiative und Tat gleichzeitig scheinen läßt, Protest erhebt gegen die faulen Rechenkünste derer, die sich berufen glauben, mit dem Taktstock ranziger Entwicklungsgesetze den Lauf der revolutionären Entwicklung dirigieren und den Einsatz aller jugendlichen Inbrunst aufhalten zu dürfen.

Die Tat der drei Cöpenicker Jungproletarier erhellt wie ein Schlaglicht die tragische Situation unsrer revolutionären Jugend überhaupt. Es ist weder nobel noch berechtigt, für den erschütternden Fall den Roten Frontkämpferbund allgemein oder die Kommunistische Partei im besonderen verantwortlich zu machen. Verfallen wir doch nicht in den übeln Jargon dieser sonderbaren Marxisten selbst, die, statt etwa die in den grundstürzenden Verhältnissen dieser Zeit tief begründeten sachlichen Differenzen, die sogar innerhalb ihrer eigenen doktrinären Parteikreise die gemeinsamen

Fundamente der Erkenntnis auseinander reißen, sachlich zu erörtern, die Verfechter anderer als der gerade von oben anbefohlenen Meinungen mit dem ekelhaftesten persönlichen Schimpf übergießen. Was dem Frontkämpferbund und der KPD. geschehen ist, hätte ebenso leicht jeder andern Organisation geschehen können, und es ist noch nicht sicher, ob die Verzweiflungsakte der revolutionären Jugend nicht plötzlich zur Epidemie ausarten werden. Diese Gefahr besteht so lange, wie die proletarische Jugend nicht herausgefunden hat aus der Abhängigkeit von Führereinflüssen, wie sie nicht den Weg gefunden hat zur Unabhängigkeit von der Vormundschaft der Alten aller Richtungen.

Die grauenvolle Zersplitterung der gesamten Arbeiterschaft, die leider immer eigenbrötlicher wird, je stärker ihr Wille zur revolutionären Befreiung nach Ausdruck drängt, spiegelt sich in wahrhaft entsetzlicher Weise in der Jugendbewegung wieder. Man möchte weinen, wenn man wieder und wieder Zeuge sein muß der rüdesten Beschimpfungen und selbst Gewalttätigkeiten zwischen jungen Menschen, die, hat dieses Wort nur irgendwo Bedeutung und Inhalt, in Wahrheit Genossen sind. Vor ein paar Wochen sind Mitglieder der Roten Jungfront und der nach der Spaltung der Kommunistischen Partei als Rote Sturmvoegel selbständig organisierten Jugend der Urbahns-Richtung in Neukölln in Streit geraten, der in das scheußlichste gegenseitige Verholzen überschlug. Junge Kämpfer, sie alle ohne Ausnahme, die es ehrlich meinen mit der Revolution, und fast ohne Ausnahme solche, die in die größte Verlegenheit kämen, sollten sie die eigentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Gruppen, die sich ihrer als Prügelsäulen bedienen, klar formulieren. Da hat die KPD. ihre eigene Jugendorganisation neben den Frontkämpfern und Jungstürmern, die ebenfalls unter der Leitung der Partei stehen und durch die Parteifraktionen stets im Sinne der Partei majorisiert werden. Daneben hat noch fast jede andre revolutionäre Partei und Gruppe ihre besondere Jugendorganisation. Das führt dahin, daß für jede Jugendgruppe nicht die Jugend der andern Gruppe die nächste Kameradin ist, sondern die Partei oder die Organisation der Alten, die das jeweilige proletarische Sonderprogramm behüten und bebrüten.

In dieser Hinsicht mag es mit den jungen Anarchisten noch am besten sein. Aber dieser Vorzug, daß sie eifersüchtig über ihrer Selbstbestimmung wachen, gedeiht allzu nahe bei ihrem großen Fehler, daß sie dem individualistischen Drange nach Ausleben der persönlichen Eigenart vielfach einen übertrieben breiten Raum ge-

währen neben der Betätigung im proletarischen Klassenkampf mit dem Ausblick auf die Revolution. Daß Jungen und Mädchen zusammen nackt baden und turnen, ist gut, gesund, vorteilhaft für Leib und Seele, aber es ist noch lange nicht revolutionär, so wenig der Verzicht auf Fleisch, Zigarette und Alkohol und das sangesfreudige Wandern mit Zupfgeige und Brotbeutel, was alles unter hygienischen und ethischen Gesichtspunkten höchst lobens- und nachahmenswert sein mag, an sich schon revolutionäre Aktion ist. Es ist wohl teilweise auch schon Flucht vor der geräuschvollen Untätigkeit der revolutionären Bewegungen allesamt und Protest gegen die Zusammenhanglosigkeit der revolutionären Jugenden untereinander; aber, junge Kameraden, Flucht und Protest war auch der Freitod der Cöpenicker Genossen. Flucht vor geräuschvoller Untätigkeit darf bloß sein, wenn sie Flucht zu euch selber, Flucht in revolutionäre Tätigkeit ist, und Protest gegen die Zusammenhanglosigkeit der proletarischen Jugenden hat nur Sinn, wenn er in der Form ihres Zusammenschlusses geschieht.

Die Jugend hat ein Recht auf eigenes Leben, eigenes Denken, eigenes Tun. Die junge Generation hat vor der alten ein Menschenalter Erfahrungen voraus, denn jeder von uns baut auf den Erfahrungen aller früheren Generationen und bereichert sie mit den eigenen Erlebnissen und ihren Folgerungen. Die Jugend wird um ihr Recht auf Führung der Menschheit geprellt, wenn die Alten ihren Weg mit fertigen Richtlinien und doktrinären Katechismen verlegen. Unsere Gegenwart ist voll elementarer Probleme, die mit wissenschaftlichen Thesen so wenig gelöst werden wie mit paragraphierten Satzungen. Der Jugend muß es frei stehen, sich nach eigenen Formen zu orientieren und zu organisieren. Die erste Bedingung dazu ist, daß sie untereinander ein kameradschaftliches Verhältnis findet. Es ist albern, wenn die Alten den Jungen sagen wollen, wie sie sich zu einander verhalten sollen; es ist verbrecherisch, wenn die Alten die Jungen aus organisations-egoistischen Gründen gegeneinander hetzen. Mögen die Parteijugenden und die antiautoritären Jugenden dahin streben, das, was sie trennt und was sie verbindet, statt von den Belehrungen überalteter Führer, von den jungen Genossen des andern Lagers direkt zu erfahren. Mögen sie sich in gemeinsamen Besprechungen, die sie selbst arrangieren müßten, ohne Vermittlung der angeblich berufenen Instanzen, auseinandersetzen: über die Fragen der Erotik, der Erziehung, der Kunst, der Kriminalität und weiterhin über die Fragen des Sozialismus, des Kommunismus, der Anarchie, der revolutionären Vorbereitung und der politischen und

sozialen Revolution. Wird bei solchen Diskussionen die einzige Vereinbarung innegehalten, daß niemals ein sachlicher Kampf die Formen eines persönlichen Streites annehmen darf, daß die Anerkennung jedes Jugendgenossen als Revolutionärs, dem die Klassenbefreiung des Proletariats so ehrlich am Herzen liegt wie jedem andern, selbstverständliche Voraussetzung ist, dann wird die Jugend selbst den Ausweg finden aus der Trostlosigkeit, die den armen drei Jungen in Cöpenick die Kugel in den Schädel trieb. Die alten, die mit ihren revolutionären Allerweltsrezepten die Jugend dressieren und sich gehorsam erhalten wollen, mögen erst selber mal sehn, sich aus ihrem widerlichen Bonzenstunk herauszuarbeiten. Nicht sie haben die Jugend als Marionetten auf ihren morschen Brettern tanzen zu lassen, sondern die Jugend hat die rote Fahne zu ergreifen und im Anmarsch zur Revolution niederzutreten, was sich ihrer vereinten Kraft in den Weg stellt. Es bedarf keiner roten Ordner und keiner roten Wegweiser; wessen es bedarf, ist einzig: die Spitze frei für die revolutionäre Jugend!

Nachbarn der Anarchisten

Die Frage, die wir in unserem vorigen Artikel aufrollten, ist eng verbunden mit einer anderen, die von der größten Bedeutung für die Zukunft der sozialistischen Bewegung ist. Durch das Monopol der Erziehung und die immer mehr zutage tretende Teilung zwischen geistiger und manueller Arbeit, sind die Arbeiter allein immer weniger imstande, das ganze Gebiet der technischen und organisatorischen Zusammenhänge in irgendeinem Produktionszweig zu übersehen. Der moderne Großbetrieb und die Großindustrie im allgemeinen haben ganz neue Probleme aufgerollt und stellen vor allem viel größere Forderungen an die Verwaltungsfähigkeit als der Arbeitsprozeß vergangener Zeiten. Aus diesem Grunde spielen die sogenannten geistigen Arbeiter im modernen Produktionsprozeß, die Techniker, Ingenieure, Chemiker und wissenschaftlich geschulten Angestellten etc. eine ganz bedeutende Rolle, die man ja nicht unterschätzen oder ignorieren darf.

Man tröste sich nicht mit dem Gedanken, daß diese scharfe Abgrenzung zwischen geistiger und manueller Arbeit mit ihren unzähligen Abteilungen und Unterabteilungen nicht immer bleiben werde, und daß unbedingt ein Zustand kommen werde, wie ihn Kropotkin in seinem lichtvollen Werke „Felder, Fabriken, Werkstätten“ vorausgesehen hat. Auch wir sind von einer solchen Entwicklung überzeugt; aber vorläufig müssen wir die Dinge nehmen,

wie sie sind und nicht, wie sie uns vorschweben. Daher müssen wir begreifen, daß die Reorganisation des gesellschaftlichen Lebens im Sinne des Sozialismus von den Arbeitern allein nicht abhängig ist, sondern daß auch die sogenannten geistigen Arbeiter berufen sind, in diesem Erneuerungsprozeß eine wichtige, notwendige Rolle zu spielen. Trifft dies aber zu, dann müssen wir uns die größte Mühe geben, soviel Menschen als immer möglich aus jenem Lager auf unsre Seite zu bringen, und wir sind der Meinung, daß gerade die Anarchisten geeignet sind, sich dieser Aufgabe mit Erfolg zu unterziehen.

Ohne Zweifel ist die große Mehrzahl der geistigen Arbeiter heute noch völlig unter dem Bann der kapitalistischen Vorstellungen. Wirtschaftliche Abhängigkeit, gesellschaftliche Vorurteile, Standesdünkel usw., spielen in ihren Reihen noch eine große Rolle. Trotzdem wäre es vollständig verfehlt, ihnen auf Grund ihrer sogenannten Klassenlage voreilig jede Fähigkeit für eine bessere Erkenntnis der Dinge abzusprechen zu wollen oder gar gehässiges Mißtrauen gegen die sogenannten Intellektuellen zu entfachen, wie es häufig geschah, und wie es in Sowjetrußland folgerichtig zu ihrer Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse geführt hat. Mit welchem Erfolg, haben wir gesehen. Tatsache ist, daß z. B. in Deutschland nach der Revolution eine große Anzahl geistiger Arbeiter aller Gebiete aus ihrer Reserve heraustraten und an revolutionäre und sozialistische Kreise Anschluß suchten. Besonders war dies bei der Lehrerschaft der Fall. Leider ist die fanatische Gehässigkeit zwischen den verschiedenen Richtungen des Sozialismus, die wir gegenwärtig fast überall beobachten, nicht gerade ein Faktor, welcher jenen Elementen den Sozialismus und die sozialistische Bewegung besonders anziehend machen könnte. Aber die persönliche Erfahrung hat immer wieder bestätigt, daß ein Sozialismus mit wahrhaft freiheitlichen Bestrebungen, dessen moralischer Einfluß auch in der ganzen geistigen Einstellung seiner Träger zutage tritt, gerade hier glänzende Erfolge haben könnte.

Ich hatte während meiner Gefangenschaft in der Zeit des Krieges Gelegenheit, mit Technikern, Ingenieuren, Chemikern, Pädagogen und Männern der Kunst und Wissenschaft auf allen Gebieten täglich in Berührung zu kommen, und ich habe fast überall Verständnis für unsere Ideen gefunden. Sogar Menschen, die vorher die denkbar schlimmsten Vorstellungen von uns hatten, die ihnen durch die bürgerliche Zeltungsliteratur suggeriert wurden, verloren allmählich ihre abweisende Haltung und zeigten zuletzt großes Interesse für unsere Bestrebungen. Ich verbreitete unter diesem

Element eine erhebliche Anzahl anarchistische Bücher und Broschüren und machte dabei die Erfahrung, daß besonders Kropotkins „Gegenseitige Hilfe“, „Felder, Fabriken und Werkstätten“, Bakunins „Gott und der Staat“ und Landauers „Aufruf zum Sozialismus“ Anklang fanden. Als ich später nicht mehr imstande war, genügend Literatur heranzuschaffen, da die Vorräte unserer Genossen draußen erschöpft waren und während des Krieges schwer ergänzt werden konnten, gründeten wir eine Bibliothek, die gerade von den Intellektuellen fleißig benutzt wurde. Einige traten sogar mit der Bitte an mich heran, ihnen eine Liste guter Werke zusammenzustellen, die in unsre Ideen einführen, damit sie sie nach ihrer Befreiung benutzen könnten. Ich hatte das Vergnügen, zu sehen, daß Dutzende dieser Leute sich die Liste abschrieben. Besonders erinnere ich mich eines Vorfalles, wo ein höherer Bergbauingenieur, der vor dem Kriege im Ruhrgebiet eine sehr verantwortungsvolle Stellung bekleidete, mir nach längeren, Tage währenden Auseinandersetzungen erklärte, daß, wenn je einmal die Stunde kommen sollte, wo er seine Kenntnisse einem solchen Versuche zur Verfügung stellen könnte, er dazu mit Freuden bereit sei. Er ging später nach Rußland, um beim Aufbau zu helfen, ein Beweis dafür, daß es ihm ernst war, trotzdem er sich vor seiner Gefangenschaft nie mit dem Sozialismus beschäftigt hatte. Allerdings kehrte er schwer enttäuscht nach Deutschland zurück. Als ich ihn später wieder sprach, erklärte er mir, daß er nach allen praktischen Erfahrungen, die er gemacht hatte, von der Vorzüglichkeit der genossenschaftlichen Produktion überzeugt sei, daß dieselbe sich aber nur in einer Gesellschaft entwickeln könne, wo man die Freiheit und Menschenwürde des einzelnen respektiere. Diese Elemente sind unsrer Auffassung nach für die konstruktive und schöpferische Wirksamkeit des Sozialismus unentbehrlich, und in je größerer Zahl sie uns am Tage einer gesellschaftlichen Umwälzung zur Verfügung stehen, desto größer wird unsere Aussicht auf Erfolg sein.

Die Ansicht, daß die Revolution schon alles von selbst bringen werde und man sich nur auf die Initiative und das spontane Handeln der Massen zu verlassen brauche, imponiert mir nicht mehr nach allen bitteren Erfahrungen. Die wachsende Macht der staatlichen Bevormundung, einseitige Erziehung, Parteidisziplin und hundert andere Dinge haben ihr möglichstes getan, die Initiative der Massen zu ersticken und eine konservative Einstellung des Geistes zu entwickeln. Deshalb ist es ratsam, mit mehr Bedacht und Planmäßigkeit an die Dinge heranzutreten, wenn wir unangenehme Ueber-

raschungen und bittere Enttäuschungen vermeiden wollen. Wir müssen schon heute, im Schoße der alten Gesellschaft, die Elemente zu entwickeln suchen, die für Aufbau und Erneuerung der Gesellschaft notwendig sind. Je besser vorbereitet, umso leichter wird die Neugeburt von statten gehen, um so weniger Hindernisse werden uns zu überwinden bleiben. Dieser Wunderglaube an die Allmacht der Revolution, die allein alles vollbringen und das Paradies auf Erden einrichten werde, unterscheidet sich in nichts von jedem anderen Wunderglauben. Dazu entspringt er, wie jeder Wunderglaube, einer durchaus autoritären Einstellung, die immer das Heil von einer äußeren Macht und nie von der eigenen Kraft erwartet.

Die Revolution ist sozusagen nur der Geburtsakt, der den neuen Ideen, Hoffnungen und Bestrebungen die Möglichkeit gibt, die Hülle des alten Organismus zu sprengen und sich in selbständigen Handlungen auszuwirken. Aber das neue Wesen, das in den Monaten der Schwangerschaft im alten Organismus sein verborgenes Dasein führte, tritt nicht mit allen Vollkommenheiten ins Leben, sondern muß sich erst langsam vorwärts tasten. Die Revolution befreit es zwar und gibt ihm selbständiges Dasein, aber nun muß es erst Geist und Glieder zu gebrauchen lernen und sich seiner Kräfte inne werden. Deshalb kann der erste Zustand unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution nicht gleich jedem Wunsche entsprechen, den wir im Stillen hegten. Aber wir müssen mit allen Kräften darauf hinwirken, daß das Neue nicht zum Krüppel wird und seine Kräfte und Fähigkeiten nicht vorzeitig gebrochen werden in der engen Schablone autoritärer Begriffe und Ueberlieferungen. Wir müssen Sorge tragen, daß sich die Entwicklung des neuen Zustandes in der Richtung zur Freiheit und sozialen Gerechtigkeit bewegt, wovon eine neue geistige Einstellung der Menschen abhängt, die ihrerseits die hemmungslose Auswirkung des neuen Entwicklungszustandes verbürgt. Sind wir davon überzeugt, so müssen wir schon heute versuchen, mit allen gesellschaftlichen Kräften enge Fühlung zu nehmen, die außerhalb der Einflußsphäre des Staates wirken und in dessen Institutionen nicht Fuß zu fassen suchen, sondern jeden Fortschritt auf dem Gebiete des gesellschaftlichen und privaten Lebens von der eigenen Initiative der Menschen erwarten. Es ist gar nicht notwendig, daß alle diese Vereinigungen und Bewegungen ausgesprochen anarchistisch seien; es genügt, wenn sie sich der Freiheit zu bewegen und besondere Etappen auf diesem Wege vorstellen. Hierzu gehören in erster Linie Bewegungen wie der Syndikalismus, das Genossenschafts-

wesen, die freiland Frei-Geldbewegung, der Gildensozialismus, antimilitaristische Organisationen der verschiedensten Richtungen, Körperschaften zur Pflege der freien Erziehung und hundert andere Organisationsgebilde, die unseren Gedankengängen mehr oder weniger nahe stehen.

Nicht daß wir unsere eignen Organisationen auflösen und in jenen Körperschaften aufgehen sollten! Nein, ebensowenig, wie wir das von anderen erwarten. Aber wir sollten überall freundliche Verbindungen mit jenen herstellen, die zu gemeinschaftlichen Aktionen auf diesem oder jenem Gebiete führen können und dadurch ein immer engeres Bündnis und besseres gegenseitiges Verständnis erwecken müssen. Dadurch würde nicht bloß das Feld unserer Betätigung bedeutend erweitert, auch das Gefühl der Stärke würde in den angeschlossenen Körperschaften vertieft werden und das lähmende Empfinden des Isoliertseins verbannen. Diese Isoliertheit, in die wir immer tiefer hineingeraten sind, ist keineswegs die Folge unserer vorgeschrittenen Anschauungen, sondern in den meisten Fällen nur das Ergebnis doktrinäer Einstellung und geistiger Inzucht, die nie zu einem günstigen Resultat führen können. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß es eine ganze Anzahl vorgeschrittener Menschen gibt, die zwar unsere Ansichten nicht in jeder Hinsicht teilen, die sich aber gern auf besondere Punkte unserer Ideen werfen und für deren Verbreitung oder praktische Durchführung eigene Organisationen ins Leben rufen. In Amerika ist das oft geschehen; ich erinnere nur an die Vereinigungen zur Wahrung der sexuellen Freiheit, die Gründung freier Schulen etc. Es wäre Torheit, solche Menschen oder Bewegungen deshalb zu ignorieren oder gar zu bekämpfen, weil sie sich noch nicht zum vollständigen Anarchismus durchgerungen haben. Im Gegenteil, hier heißt es mit gutem Beispiel vorangehen und die größtmögliche Toleranz walten lassen, die allein imstande ist, für unsere Ideen zu werben. Jeder trockene und einseitige Doktrinarismus kann hier bloß abstoßend wirken und trübt das Verständnis für unsere Ideen.

Rudolf Rocker.

Rechtssicherheit

In der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist zu lesen: „Zweiter Hauptteil: Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen; Artikel 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“. Na, dann wollen wir mal!

Bitt' schön, Herr Reichspräsident v. Hindenburg, gehen Sie doch eben mal von Ihrem republikanischen Postament! runter! Wir möchten bloß schnell die Diktatur des Proletariats errichten. Die Sache geht ganz einfach. Sehen Sie, manche Leute finden, daß im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört, wenn nicht gar gefährdet wird: sagen wir zum Beispiel durch die Geßler-Hugenbergschen Filmschiebereien oder durch die Beratungen des Rechtsausschusses im Reichstag über die Modernisierung des Strafrechts mittels Fallbeil, Zucht-haus und Beschränkung der bedingten Begnadigungen auf Strafen bis zu 6 Monaten, oder durch den Lärm um die Frage, ob Fräulein Therese Neumann in Konnersreuth eine Schwindlerin ist bzw. ob mit ihr Schwin-del getrieben wird, oder durch die Tatsache Niedner, — kurzum: ja, besonders durch Niedner fühlen wir unsere Sicherheit stark gefährdet. Unter solchen Umständen verleiht Ihnen, Herr Präsident, der Artikel 48 besagter Reichsverfassung im Absatz 2 das Recht, „die zur Wiederher-stellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzu-schreiten“. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch: Ernst Thälmann ist der linke Mann am rechten Platz, er hat ohnehin schon mal mit Ihnen um den Posten konkurriert, von dem aus die Verfassung und die Gesetze des Reiches gewahrt werden (a. a. O. Art. 42), ist Vorsitzender der, wie sie selbst festgestellt hat, einzigen proletarischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes, der sich zum Einschreiten als bewaffnete Macht her-vorragend eignet, — gehen Sie runter von Ihrem Präsidentensitz, Herr v. Hindenburg, und lassen Sie Thälmann statt dessen die Diktatur des Proletariats vollziehen!

Wie? Ich soll Hindenburg nicht zum Verlassen seines Postens auf-fordern dürfen? Ich soll nicht den Ersatz unserer parlamentarischen und demokratischen Einrichtungen durch die Diktatur des Proletariats pro-klamieren dürfen? Ich darf noch ganz was andres: ich darf Galgen ent-werfen lassen, auf die bei der Verkündung der proletarischen Diktatur nationalistische Filmschieber vorm Neuen Tor aufgezogen werden sollen; ich darf Manifeste ausarbeiten, die jeden Frevler mit Erschießen oder Erhängen bedrohen, der es wagen sollte, ein Mitglied von Thälmanns Diktaturkabinett auch nur scheel anzusehen; ich darf Pläne aufstellen, wie die Reihen der deutschen Reichswehr zur höheren Wirksamkeit der Thälmann-Diktatur mit Roten Frontkämpfern aufgefüllt werden können. Das ist jetzt alles erlaubt, wenn es auch früher verboten war. Am 6. Juni 1921 stand Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht beim Landgericht I zu Berlin, demselben Ebertschen Ausnahmegericht mit dem-selben Vorsitzenden Landgerichtsrat Braun, von dem 14 Tage später Max Hoelz zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verdonnert wurde, und vertei-

digte sich gegen den Vorwurf, er habe mit der Mitteldeutschen Aktion und gar mit dem Bekenntnis zur proletarischen Diktatur die deutsche Reichsverfassung gewaltsam abändern wollen. Da erklärte der damalige Vorsitzende der KPD., der ja jetzt wieder wohlwollend gehört wird, wenn er den derzeitigen Leitern der Partei seine Erfahrungen zur Verwertung empfehlen möchte, („Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler“, Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig-Berlin, 1921, S. 39): „Ich sage: Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung! Was bedeutet Diktatur des Proletariats? Diktatur des Proletariats bedeutet im Sinne der Kommunistischen Internationale, daß die Macht der Arbeiterklasse zum ausschlaggebenden Faktor in der Gesellschaft und im Staate wird. Es kann sein, daß eine Arbeiterregierung vielleicht schon in 14 Tagen möglich ist, und zwar ohne Hochverrat!“ — Trotz dieses bündigen Bekenntnisses war die Braunsche Sonderkammer einsichtslos genug, den Kommunistenführer wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft zu verurteilen. Aber wir leben im Zeitalter des Fortschritts, und so ist es nur freudig zu begrüßen, daß das höchste deutsche Gericht, Herrn Niedners Reichsgericht selber, sich jetzt endlich, nach über 6 Jahren, Brandlers Standpunkt zu eigen gemacht und anerkannt hat, daß die Forderung einer Diktatur in Deutschland, verstärkt durch bewaffnete Privatverbände und durch Hinrichtungs-Pelotons, keineswegs verfassungswidrig zu sein brauche. Da hatte man im Mai 1926 bei Herrn Justizrat Claß den Entwurf zu einer Notverordnung gefunden, deren Verfasser wahrscheinlich der bei den Schüssen, die am 9. November 1923 Herrn v. Ludendorff auf den Bauch und den Hitlerputsch auf den Mithaufen warfen, vor Schreck gestorbene bayerische Oberregierungsrat von der Pfordten war — während meiner Kriegsinternierung in Traunstein mein militärischer Vorgesetzter —, und aus der danach auch Herr v. Kahr eine Fülle von Anregungen in seiner segensreichen Tätigkeit als bayerischer Ordnungszellenwärter gezogen zu haben scheint. Der hatte den Laden ja schon mit dem Artikel 48 geschmissen, — Herr Dr. Knilling, nunmehr auch in die heiligen Haine der deutschen Nachkriegsheroen abgefahren, trat emsig zur Seite und gab damit dem Reichspräsidenten das Beispiel, wie leicht es ist, den Claß, Hugenberg, Luck, den Sportverbänden Wiking und Olympia, beziehungsweise den Brandler, Thälmann und den Roten Frontkämpfern den Platz zu räumen. Die Pläne der Claße waren nur Auslegungsversuche des Artikels 48, hat das Reichsgericht nunmehr entschieden, weshalb das Hauptverfahren gegen den Justizrat wegen Vorbereitung zum Hochverrat „aus dem tatsächlichem Grunde des mangelnden Beweises nicht zu eröffnen“ sei. Schade, daß Max Hoelz vor dem Sondergericht des Herrn Braun im Gegensatz zu Brandler der Meinung Ausdruck gab, im Mitteldeutschen Aufstand habe es sich in der Tat darum

gehandelt, die Reichsverfassung gewaltsam zu ändern; immerhin ließe sich ja in der Begründung des Antrags auf Wiederaufnahme seines Prozesses diese Ansicht an Hand der Auffassung Brandlers und des damit übereinstimmenden Erkenntnisses des Reichsgerichts von 1927 als irrig nachweisen: natürlich nur wegen der Rechtssicherheit, auf die wir gemäß Artikel 109 der Reichsverfassung gleichmäßig Anspruch haben.

Es ist eine etwas schwierige Sache mit dem Delikt des Hochverrats in der deutschen Republik. Die Reichsrichter plagen sich arg damit. Kaum hatten sie die Einstellung des Verfahrens gegen den Nationalclafß beschlossen, da zeigten sie auch schon, daß sie die bewährten Paragraphen 81—86 des Strafgesetzbuchs damit keineswegs verstauben zu lassen beabsichtigten. Der Genosse Werner Hirsch, verantwortlicher Redakteur der Kommunistischen „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ hatte allerdings keine Anstalten getroffen, anstelle Hindenburgs rote Diktatoren zu entfesseln; weder der Soden- noch der Sowjetstern sollte den entkrönten Reichsadler ersetzen und erst recht keine sportbeschwingten Galgenstricke widerstrebende Zeitgenossen am Halse kitzeln. Es war nur in dem von ihm verantworteten Blatt zur Zeit seines Urlaubs eine Betrachtung darüber erschienen, wie sich die Arbeiterschaft zur Polizei verhalte, und da Hirsch in einem späteren Artikel sich in einer andern Zeitung selbst über das Verhältnis der Kommunisten zur imperialistischen Armee ausgelassen hatte, einem Artikel übrigens, der dem Reichsanwalt keinen Anlaß zum Eingreifen gegeben und den er nicht einmal in der Anklage als Beweismaterial angeführt hatte, bekam Hirsch wegen Vorbereitung zum Hochverrat, neben einer Geldstrafe von 150 Mark, 1 Jahr und 6 Monate Festung. Der Begriff des Hochverrats ist mit dieser Gegenüberstellung seiner Anwendbarkeit und seiner Nichtanwendbarkeit wohl endgültig geklärt, die Rechtssicherheit ist hergestellt.

Wie nun, wenn einer herkäme und wollte behaupten: wenn der Kommunist Brandler sagt, die Diktatur Thälmann auf Grund des Artikels 48 muß proklamiert werden!, dann ist's Hochverrat; wenn aber der Alldeutsche Clafß sagt: die Diktatur Hugenberg auf Grund des Artikels 48 muß proklamiert werden!, dann ist's kein Hochverrat, sondern Mangel an Beweisen, — beginge denn jetzt der, der das an der Hand deutscher Gerichtsbeschlüsse behauptete, Hochverrat? Nun, das wird darauf ankommen, wo, vor was für Leuten und mit welcher Tendenz er es behauptet. Allgemein wird man etwa diese Formel aufstellen dürfen: die im Artikel 109 der Reichsverfassung postulierte Gleichheit der Deutschen besteht „vor dem Gesetze“. Nach dem Gesetze aber kommt die Justiz, die ihrerseits die Aufgabe hat, die Rechtssicherheit der Deutschen mit dem Grundsatz der richterlichen Unverantwortlichkeit in Uebereinstimmung zu bringen. Das geschieht in Anwendung des Mottos: *Justitia regnorum*

fundamentum, zu deutsch: die Justiz ist der Unterbau der Königreiche, besonders in der Republik.

Es ist das Unglück des Reichsgerichts, daß es in strafrechtlichen Angelegenheiten erstinstanzlich nur für Fälle des Hoch- und des Landesverrats zuständig ist (Gerichtsverfassungsgesetz, § 136, 1.). Nun haben sich die Hochverratsverbrechen, sofern sie nicht von wil- oder stahlhelminischer Seite ausgehen und demgemäß des Beweises ermangeln, seit 1923, als zum letzten Male auch Proletarier gegen die Stinnestäuschung anrannten, die sich als deutscher Rechtsstaat repräsentiert, vollkommen ins Papierne verkrümelt. Das Reichsgericht aber, zum Teufel, will doch beschäftigt werden. Der Proletariervorrat in den Untersuchungsgefängnissen von der In- und Deflationszeit her muß ja endlich mal aufgearbeitet sein. Der letzte fette Bissen, den die Niednerkammer verschluckt hat, war der Stuttgarter Prozeß. Auf das Festmahl des Zentrale-Prozesses muß sie immer wieder von neuem verzichten, weil die meisten Angeklagten andauernd damit beschäftigt sind, in den parlamentarischen Garküchen Gesetze fürs deutsche Volk zu salzen und schmackhaft zu machen und darüber nicht die Zeit finden, selber so einem Gesetz als Füllung ins Gekröse geschoben zu werden. Taten neueren Datums finden sich in der revolutionären Bewegung Deutschlands nicht mehr vor, aber — ihr könnt die Tat verbleten, ihr tötet nicht das Wort! Das Reichsgericht, besorgt um sein Monopol, Hochverratsdelikte unreviewierbar, unkontrollierbar, unreparierbar, unamnestierbar zu ermitteln und zu ahnden, ist auf den Beweis des Gegenteils aus. Seit langer Zeit betreibt es nur noch die Jagd auf Worte, froh, dabei immer wieder mal einen Hirsch erlegen zu können.

Der Hochverrat ist eine literarische Spezialität geworden, bei der die Rechtssicherheit dadurch verbürgt ist, daß rechts Sicherheit gegen jede Gefährdung besteht. Immerhin ist dank der linksseitigen Lähmung der proletarischen Gliedmaßen infolge vielfacher reformistischer Schlagflüsse das Wirkungsfeld des Herrn Oberreichsanwalts Werner auf dem Gebiete des Hochverrats stark eingeengt. Zum Ausgleich für den Gnadensturm, der zu Hindenburgs Wiege- und Siegefeste an den Zellentüren der Revolutionäre vorbeibrauste, mußte er sich darauf beschränken, die kommunistischen Buchhändler, die beim Verkauf erlaubter Bücher betroffen waren, zum Antritt ihrer wegen Vorbereitung zum Hochverrat verwirkten Strafen einzuladen. Min erinnert sich an den Prozeß, in dem der Artikel 109 der Reichsverfassung die interessante Deutung erhielt: Freilich sind alle Deutschen gleich, aber die Kunden in den Buchhandlungen sind verschieden! So ging's also am 2. Oktober in Gollnow zu: Buchrucker raus. Buchhändler rein! — Das Wort, sie sollen lassen sitzen!

Das Reichsgericht hat sich aber zugleich ein neues Tätigkeitsgebiet zur Ausübung seines Reservatrechtes auf Hochverratsprozesse er-

geschlossen: bis jetzt war die Dichtung, in der nicht die Seligkeit gepriesen wurde, sich für seinen Kaiser die Eingeweide zum Unterleib heraustreiben zu lassen, sondern der Arbeiter daran erinnert wurde, daß er sich früher einmal zum Anstreben eines menschenwürdigen Daseins berechtigt geglaubt hat, zwar suspekt und wurde zuweilen auch konfisziert, aber den Verbrecher selbst, der etwa Knechtung auf Entrechtung zu reimen wagte, strafte man nur durch Verfolgung der Verleger, Sortimenter, Drucker und Ueberbringer seiner Werke, durch Vernichtung der Exemplare und Platten, und somit durch die Abbindung der dichterischen Ader, also durch geistige Entkräftung und leibliche Aushungerung. Nächstens aber soll Johannes R. Becher in eigener Person in Leipzig erscheinen, wo man ihn, nachdem so ziemlich alle seine Bücher konfisziert sind, auch selbst noch konfiszieren will. Der Oberreichsanwalt hat die Dichtungen des kommunistischen Lyrikers und Romanschriftstellers mit ersichtlichem Nutzen gelesen. Der Ertrag der Lektüre ist eine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung und Herabwürdigung der republikanischen Staatsform. Die Rechtssicherheit gebietet überdies, in dem Verfahren gegen Becher die vom Herrn Oberreichsanwalt beim dichterischen Genießen gewonnene Auffassung endgültig zu erhärten, daß das Verfassen vieler Werke im Ablauf vieler Jahre als eine fortgesetzte strafbare Handlung zu bewerten sei. Wie verlautet, soll der Verfasser des Liedes „Und wir wollen und wir brauchen keine Judenrepublik“ als Sachverständiger darüber gehört werden, wie man dichten kann und darf, ohne sich dabei einer Herabwürdigung der republikanischen Staatsform schuldig zu machen.

Hoffentlich wird sich die Notwendigkeit, dem Reichsgericht weitere Kompetenzen zur erst- und letztinstanzlichen Aburteilung von Verbrechen einzuräumen, vorerst noch aufschieben lassen. Da es außer Becher ja noch eine ganze Reihe Dichter in Deutschland gibt, braucht eine Erschöpfung der Möglichkeiten, Hochverratsprozesse durchzuführen, nicht befürchtet zu werden. Und dann ist ja auch noch das Landesverratsmonopol da. Die Verhaftung des Redakteurs Röttcher, dessen Blatt schon den höchst ordnungsstörenden Titel „Die Menschheit“ trägt, läßt eine rege Belegung der landesverrats-sühnenden Tätigkeit des Reichsgerichts in der nächsten Zukunft erwarten. Das Verfahren ist auf die leider innerhalb der Republik zur Zeit nicht greifbaren Pazifisten Professor Förster und Carl Mertens ausgedehnt worden. Der Landesverrat soll darin bestehen, daß die Herren etwas von den theoretischen Erörterungen der deutschen Öffentlichkeit verpiffen haben, die, da sie den tatsächlichen Grund des mangelnden Beweises für sich hatten, zu einem Hochverratsverfahren gegen die Erörterer nicht ausgereicht haben. Die Rechtslage liegt, insbesondere in Berücksichtigung der Rechtssicherheit dessen, der sie be-

trachtet, nicht ganz einfach. Es handelt sich um eine mit geßlerischen Offizieren angerührte Claßbrühe; Hindenburg sollte halt den Artikel 48 wetzen, und da die Diktatur nicht für Brandler oder Thälmann gedacht war, sondern für — na, Ehrhard wird schon wissen!, — so lag hier kein Hochverrat vor, sondern Landesverrat. Denn Landesverrat ist, wenn man dem eigenen Lande verrät, was in allen andern Ländern schon bekannt ist, und was aus Mangel an Beweisen als Hochverrat nicht verfolgt wird. Es ist zwar schwer, keine Satire zu schreiben über diese Dinge, aber es empfiehlt sich, diese Beherrschung zu üben, — wegen der Rechtssicherheit.

Es ist wahr: alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Diese Rechtssicherheit ist groß; am größten ist sie, wenn man v. Heydebrand und von der Lasa oder gar Herzog von Ratibor heißt.

Maximilian Harden

Die stärkste politische Persönlichkeit, die die staatsbejahenden Deutschen seit Bismarcks Entmachtung unter sich hatten, ist gestorben, ohne jemals in den 40 Jahren, in denen die Kraft ihrer Begabung sichtbar war, von den Deutschen zur aktiven Auswirkung zugelassen worden zu sein. Nicht, daß Hardens Bedeutung nicht erkannt worden wäre; im Gegenteil: weil sogar die Nulpen und nichtsnutzigen Streber merkten, daß hier höchste geistige Kräfte zur Verfügung standen, wurde auf ihre Verwertung verzichtet: es ist in Deutschland so der Brauch, daß Selbständigkeit des Denkens Verdacht erregt, daß Kritik an ehrwürdigen politischen Gepflogenheiten als Ausfluß persönlicher Gehässigkeit betrachtet wird, und daß der Versuch, die abgeleierte Walze, auf der das öffentliche Getriebe läuft, durch eine neue modernere Konstruktion zu ersetzen, als ärgerer Verrat und schmutzigeres Verbrechen gilt als jede Korruption und jede Gesinnungslumperei. Der konsequenteste Republikaner Deutschlands ist tot; die Republik, der er hätte dienen mögen und können, hatte keine Verwendung für seine Dienste; sie verekelte ihm in seinen letzten Jahren sogar die Kritik an ihr, denn als er um dieser Kritik willen von monarchistischen Wegelagerern halbtot geschlagen war, denen für ihre schon mit Barvorschüssen reichlich dotierte Mordtat für den Fall des Gelingens auch noch die Anstellung im bayerischen Staatsdienst versprochen war, da ließ die übrige deutsche Republik es zu, daß Harden, nicht die völkischen Knüppel-Halunken, als Schädling vor Gericht stand und die Scheinverurteilung der Mörder einer Verurteilung ihres Opfers gleichsah. Mögen die Republikaner der Sorte, die Harden beim rechten Namen nannte, nicht einwenden, dieser Mann sei ja zuvor Monarchist, Kriegstreiber und nationaler Patriot gewesen, bevor er die Republik verlangt und dann verlästert habe. Es ist richtig, daß er seine Meinung geändert hat. Aber die, die es ihm hinreiben, konnten ihre Gesinnung nur darum nicht ändern, weil sie nie eine gehabt haben. Man nenne übrigens einen Gott, auf den einer der Hardenhasser, sagen wir Friedrich Ebert, nie geschworen hätte: das war in einer Stunde dreimal für Krieg und Frieden, für Kaiser und Republik, für Kirche und Atheismus, für Sozialismus und Kapital und war niemals ganz für etwas, nie ganz gegen etwas, es sei denn gegen Charakter und Persönlichkeit.

Maximilian Harden war sicherlich kein Revolutionär, aber er war zeitlebens ein Frondeur. Als Bismarck stürzte, stellte er sich ihm zur

Seite, den seine konservativen Triarier kläglich im Stich ließen. In seiner Heldenverehrung für den Begründer des Hohenzollernreiches war Harden blind für die Arbeiterfeindlichkeit der Bismarckschen Politik. Umso sehender war er für die komödiantenhafte Politik Wilhelms II. Die „Zukunft“ wird den Geschichtsschreibern der späteren Generationen die wichtigste Quelle sein für die Gesamtzeit der hochkapitalistischen Blüte in Deutschland, deren Verwelkungsmerkmale darin von dem kritischsten und klügsten Kopf des Landes festgestellt wurden. Der Kampf, den Harden gegen den letzten Kaiser führte, wendete sich nicht gegen das Kaiserprinzip, sondern gegen die Symptome. Das war die Schwäche der Hardenschen politischen Position. Was man Harden aber in diesem Kampf an widerlichen Motiven unterschob, davon wird ihn die Geschichte freizusprechen haben. Das gilt auch für die Moltke-Eulenburg-Affäre. Da hat er nicht daran gedacht, sich gegen sexuelle Spezialitäten sittlich aufzupumpen; er deckte einfach auf, in was für einer verwaschenen Gesellschaft sich der mächtigste Mann Deutschlands dauernd bewegte, die sich im Hauptgeschäft mit Spiritismus, Gesundbeterei, kitschigster Dilettiererei in allen Kunstgattungen und weibischem erotischem Gegrirre unterhielt und daneben den Staat lenkte und in dauernde Kriegsgefahr brachte. Diese Dinge legte Harden in der „Zukunft“ bloß, und als der General Moltke ihn verklagte, weil ihm Päderastie vorgeworfen sein sollte, erklärte Harden, er habe dem Herrn zwar niemals homosexuelle Handlungen nachgesagt, geschweige vorgeworfen, aber, wenn Moltke drauf bestehe, so könne er sie ihm beweisen. So kam die üble Sensation 1907 zustande. Hardens Feinde hätten mehr Grund gehabt, ihn anzugreifen, als er zwei Jahre später in der Ferrer-Angelegenheit die Ungeheuerlichkeit beging, aus rein macchiavellistischen Gründen für Maura Partei zu nehmen. Aber diese Haltung, die ihn jahrelang die Freundschaft Landauers kostete, gab denen, die Harden zum Tort aus den adligen Spucknapfsäufern Wilhelms II. Märtyrer und Heroen machten, keinen Anlaß, sich zu entrichten. — Den Krieg hatte Harden gewünscht, da er ihn zur Wiederherstellung der Bismarckschen Traditionen für nötig hielt; allerdings wollte er weder einen Eroberungskrieg noch einen Weltkrieg, vor allem wollte er keinen Krieg gegen England. Als die Katastrophe da war, begrüßte er sie und lehnte offen das Theater ab, als ob man sich zu schämen hätte, angefangen zu haben. Als er sah, welche Formen der Krieg annahm, welche Verheerungen er tatsächlich und vor allem auch moralisch anrichtete, ging er nach Damaskus, wurde Pazifist und zugleich Vorarbeiter der Revolution in Deutschland. Er sprach vom Sturz der Hohenzollern lange, bevor das Scheidemann-Gelichter solchen Gedanken zu erwägen wagte. Im November 1918 erkannte er als einer der ersten, daß die sozialdemokratischen Gaukler in der Republik nichts anderes sahen als eine Fortführung der Monarchie mit andern Kostgängern. So setzte er den Kampf, den er 30 Jahre lang gegen Wilhelm geführt hatte, gegen dessen Nachfolger fort, — und jetzt war er einer der besten Freunde des Proletariats geworden. In einer Zeit, als Max Hoelz noch bis tief in revolutionäre Kreise hinein als Räuberhauptmann und selbst als Provokateur verleumdet wurde, schrieb Harden für ihn ein paar herrliche Verteidigungsartikel. Sie, und noch vieles andre, sollen ihm unvergessen bleiben.

Einmal antwortete Harden auf eine Anfrage, ob er Kommunist sei: Nein, — leider nein! Die Idee des Kommunismus sei zu schön, als daß er an ihre Verwirklichung glauben könnte. Woran er aber glaubte, war die Vollendung der deutschen Revolution im Sinne der radikalen Be-

seitigung aller Ueberreste der Kaiserzeit, als der überlebten Gesetzbücher, der Feudalrechte, der gesamten alten Bürokratie, vor allen Dingen der Karrikatur einer Justiz. Daß nichts davon beseitigt werden kann, ohne die gesellschaftlichen und besitzrechtlichen Verhältnisse von Grund aus revolutionär zu stürzen, wollte der in überlebten Vorstellungen aufgewachsene Mann nicht recht glauben. Er konnte sich die Welt und die Menschen nicht ohne Staaten denken, daher hatte er auch keine klare Vorstellung von der Freiheit. Dennoch war er freiheitlich genug, ändern ihren Freiheitsglauben nicht zu stören. In der „Zukunft“ haben Anarchisten sich zur Freiheit bekennen dürfen, als es noch gefährlich war. Laßt uns diesen Toten grüßen!

Schwarzbard und Machno

Samuel Schwarzbard, der Rächer seiner jüdischen Stammes- und Klassen-genossen in der Ukraine, ist von den Pariser Assisen freigesprochen worden. Mit großer Befriedigung muß man registrieren, wenn einmal ein Gerichtsurteil von Vernunft und Gefühl geleitet wird, wofür in Deutschland seit der Beseitigung der Schwurgerichte auch die theoretische Möglichkeit ausgerotet ist. Der Uhrmacher Schwarzbard ist wahrscheinlich kein Anarchist, soll aber seinen Verkehr in Paris hauptsächlich unter anarchistischen Genossen pflegen, zum Teil solchen, die seinem ukrainischen Landsmann, dem Bauernrevolutionär Nestor Machno, ideologisch und wohl auch persönlich nahestehen. Das Opfer Schwarzbards, Petljura, war einer der infamsten konterrevolutionären Schurken im Kampf gegen die Befreiungsansprüche der ukrainischen Arbeiter und Bauern, ein Kerl, der seine Kosaken bei der Stange hielt, indem er ihre Mord- und Plünderungsinstitute auf den ewigen Prügelknaben der arischen Rasse, auf den jüdischen Teil der Bevölkerung, ablenkte. Die schrecklichsten Pogrome während des russischen Bürgerkriegs kommen auf sein Konto. Der Vertreter der Familie Petljuras in dem Prozeß suchte die Wahrheit über die ukrainischen Pogrome dadurch zu verfälschen, daß er die Beschuldigung, die Massenmetzeleien unter der armen jüdischen Bevölkerung angezettelt zu haben, auf die anarchistische Machnowtschina zurückwarf, die mit ihren Parteikämpfen gegen Denikin und Wrangel der gesamtrossischen Revolution unvergängliche und durch keine Verleumdung zu verkleinernde Dienste geleistet hat. Unter diesen Verleumdungen ist immer wieder auch die laut geworden, Machno habe Pogrome veranstaltet oder doch geduldet. Der Vorwurf wurde von der Konterrevolution erhoben, um ihn von sich selbst abzulenken, von den Bolschewiken, um ihrem Ausrottungskampf gegen die ukrainischen Anarchisten Popularität zu geben und wurde schließlich auch von den bourgeoisen Juden Charkows geglaubt und verbreitet. In der „Geschichte der Machno-Bewegung“ von P. Arschinoff (Herausgegeben von der Union anarchistischer Vereine Berlin 1923) wird die Verleumdung Machnos schon gründlich widerlegt. Doch ist es erfreulich, daß der Verlauf des Schwarzbardprozesses dem Genossen Machno jetzt Anlaß gegeben hat, dem Verteidiger Torrès eine Erklärung zu übersenden, die die linksrevolutionäre Korrespondenz INO. verbreitet. Darin stellt er fest: „Die ukrainischen Arbeiter — Juden und Nichtjuden — wissen genau, daß die Bewegung, an deren Spitze ich mehrere Jahre stand, eine sozialrevolutionäre Bewegung war, die Arbeiter der verschiedenen Rassen, die alle gleichmäßig betrogen und unterdrückt sind, nicht etwa trennen, sondern sie zu gemeinsamer Aktion gegen ihre Unterdrücker vereinigen wollte. Der Geist der Petljuraschen Pogrome war ihr daher völlig fremd, und die Pogrome bildeten keinen Teil ihrer Aktion“.

Machno berichtet, daß die Armee revolutionärer Insurgenten, die seine Avantgarde bildete, sehr viele Juden zählte, ja „das Regiment von Gul-Pole hatte eine Kompanie von über 200 Mann ausschließlich jüdischer Arbeiter. Es gab eine Batterie von 4 Geschützen, bei der alle, Führer und Mannschaften, Juden waren.“ Daneben bestanden gemischte Einheiten. „Alle diese jüdischen Insurgenten standen unter meinem Kommando, nicht monate- sondern jahrelang.“ „Jeder Versuch, einen Pogrom oder eine ‚linderung zu organisieren, wurde stets in der Wurzel erstickt, die Schuldigen auf der Stelle fusiliert.“ Machno führt dann die einzelnen Fälle auf, die ihn zu den blutigen Maßnahmen gegen die Judenmörder veranlaßten. „Niemals“, schließt der Protest, „während ihrer langen und müheseligen revolutionären Aktion ist die Machno-Armee von ihrer bedingungslosen Gegnerschaft gegen Antisemitismus und Pogrome abgewichen. Anders konnte es gar nicht sein; denn sie war der wahrste Ausdruck der ukrainischen Arbeiterschaft und der ukrainischen Revolution selbst.“ — — — Gehässigkeit und Parteiinteresse sind schlechte Historiker. Die Zukunft, die unsre Gegenwart als Vergangenheit zu beurteilen haben wird, wird die Ereignisse dieser Zeit zusammenrücken, wie sie zusammengehören. Dabei wird mancher unsrer Zeitgenossen Schaden nehmen an seinem Glorienschein, manch anderer aber — und mir scheint, Nestor Machno wird einer von ihnen sein — wird im Gedächtnis der Nachwelt zu den Ehren kommen, um die ihn seine Mitwelt betrogen hat.

Nach zehn Jahren

Der zehnjährige Gedenktag der großartigsten proletarischen und bäuerlichen Erhebung gegen den Kapitalismus und seine politischen Ausdrucksformen ist in Moskau nicht als Siegesfest der Arbeiterklasse, sondern als Machtparade des zur Zeit herrschenden Flügels einer einzigen Partei gefeiert worden, einer Partei übrigens, die im Gegensatz zu andern revolutionären Gruppen und Parteien, wie Linken Sozialrevolutionären und Anarchosyndikalisten, im entscheidenden Moment uneins war: die Gruppe der konsequentesten Marxisten um Sinowjew und Kamenew machte nicht mit, mußte sich von Lenin als Streikbrecher und Verräter bezeichnen lassen und besetzte nach der Niederschlagung aller vollzählig an der Revolution beteiligten Organisationen die allerhöchsten Posten in Partei und Staat. Ihre gegenwärtige Entfernung aus den schmalen Reihen der in Rußland zum Aussprechen einer Ansicht privilegierten Revolutionäre hat selbstverständlich mit ihrer Haltung vor 10 Jahren nicht das geringste zu schaffen. Hier soll aber weder ihr noch Trotzki's Ausschuß aus der bolschewistischen Partei kritisiert werden. Wünscht die russische Opposition sich um die Sympathien der linken Revolutionäre aller Länder zu bemühen, die auch heute noch die gemeinsame Revolutionsparole von 1917 — „Alle Macht den Räten!“ — für richtig halten und jede Parteidiktatur über den Räten verneinen, so möge sie sich äußern, wie sie zu unsrer Forderung einer Generalamnestie aller russischen linken Revolutionäre, der Anarchisten, Syndikalisten, linken Sozialrevolutionäre, Maximalisten und der bolschewistischen Arbeiteropposition steht. Bis jetzt haben wir nicht erfahren, daß etwa Trotzki, dem das am ehesten anstände, Protest erhoben hätte gegen den unglaublichen Erlaß, den die Stalin-Bucharin-Gruppe sich als Amnestie auszugeben erdreistet. Die deutsche Hindenburg-Amnestie begrenzte im Jahre 1925 ihre Gnade auf revolutionäre Handlungen, die vor dem 1. Oktober 1923 begangen waren; die Stalinsche Revolutions-Gedächtnis-

Amnestie begrenzt ihre Gnade im Jahre 1927 auf konterrevolutionäre Handlungen, die vor dem 1. Januar 1923 begangen sind. Außerdem wird die Registrierung aller ehemaligen Offiziere und Militärbeamten der Weißen Armee annulliert; die gegen zaristische Verschwörer verhängten Todesurteile werden in zehnjährige Kerkerstrafen umgewandelt, und alles übrige betrifft unpolitische Delikte, bei denen ebenfalls nach Muster der Hindenburg-Amnestie kein Straferlaß, sondern nur Milderungen ausgesprochen werden. „Aktive Mitglieder politischer Parteien, welche die Zerstörung der Sowjetordnung anstreben“, sind neben gewissen Kategorien von Korruptionsverbrechern von allen Vorteilen dieser Verhöhnung der Arbeiter ausgeschlossen. Man vergesse doch nicht, daß die Förderung von Bestrebungen, die an Stelle der bolschewistischen Bürokratendespotie die Sowjetordnung der russischen Verfassung einsetzen möchten, dort als das Anstreben der Zerstörung der Sowjetordnung ausgegeben wird, wie man ja in der Kommunistischen Internationale auch im Gegensatz zu allem bisherigen Sprachgebrauch nicht die Leute Renegaten nennt, die zum Feinde überlaufen, sondern die, welche der früher von allen anerkannten und dann von den Offiziellen preisgegebenen Meinung treu geblieben sind. Es ist ein wahres Glück, daß man wenigstens annehmen darf, unter den „von Gerichten oder Verwaltungsorganen wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit während des Bürgerkrieges bis zum 1. Januar 1923 verurteilten Werktätigen“, die freizulassen sind, werden auch viele Proletarier sein, die, wie die schmächtig verleumdeten Kronstädter Matrosen, nur deswegen als Gegenrevolutionäre betrachtet werden, weil sie den Sowjetordnungersatz der RKP nicht als Sowjetordnung anerkennen wollten. Nehmen wir aber an, das Stalinsche Gnadendekret sei wörtlich so zu verstehen, wie es redigiert ist, dann hat die Regierung des ersten Arbeiterstaates der Welt das Jubiläum des Ereignisses, dem sie diese Macht zu danken hat, dazu benutzt, ausschließlich Konterrevolutionäre zu begnadigen, die gefangen, verfolgt, emigriert und mundtot gemachten Revolutionäre aber, die ihren Sieg erringen halfen, von jeder Vergünstigung ausgenommen.

Zum Zehnjahrestag veröffentlichte eine Gruppe von Organisationen und Persönlichkeiten Deutschlands und anderer Länder ein Manifest „An die Sowjet-Regierung! An das russische werktätige Volk! An das Weltproletariat!“ Darin wurde nach einer warmen Huldigung der Vorkämpfer und Märtyrer der russischen Revolution und einem entschiedenen Bekenntnis zur russischen Oktoberrevolution der früher mit der regierenden Partei verbündeten Freunde und revolutionären Mitkämpfer gedacht, die zu Hunderten und Tausenden in Verbannung, Emigration oder im Gefängnis leiden, weil sie „das Recht der freien Meinungsäußerung für sich in Anspruch nahmen, viele selbst nur, weil sie ihren alten Idealen, den Idealen des revolutionären Weltproletariats, treu geblieben sind“. Das Manifest vom 15. Oktober wird angegriffen, das mit keinem Wort der Gefangenen und Verbannten gedenke, „die Parteien und Richtungen angehören, die im Oktober 1917 an der Seite der russischen Bolschewisten für das Sowjet-System gekämpft haben und noch immer dem Gedanken an eine wirkliche Sowjetordnung leidenschaftlich ergeben sind.“ Für sie, nur für sie, „ganz gleich, welches revolutionäre Programm sie verfechten, ob es Marxisten sind oder Narodnici (Sozialrevolutionäre) oder Bakunisten (Anarchisten)“, wird Amnestie gefordert, Freilassung aus den Kerkern, Rückkehr in die Heimat; gefordert „mit dem Recht der Gleichheit der Revolutionäre vor der revolutionären Geschichte“ und „im Bewußtsein unserer Verantwortung vor dem Weltproletariat, vor der ganzen Mensch-

heit". Der Aufruf schließt mit dem Appell an die russischen Arbeiter und Bauern, sie möchten helfen, die Einheit des revolutionären Weltproletariats herzustellen; es müsse ein Ende werden mit der Diktatur über die andern revolutionären Arbeiterparteien, „durch die ihr die Besten des russischen Proletariats zur Tatenlosigkeit zwingt, statt daß sie mitarbeiten können an der Aufrichtung eines sozialistischen Rußlands“. Für den Zusammenschluß aller proletarischen Kämpfer zur Vollendung des Sieges vom Oktober 1917 sei die Freilassung der russischen Revolutionäre die erste Voraussetzung.

Die Rote Fahne, das Zentralorgan der KPD., geht über diese Kundgebung mit ein paar schnodderigen Zeilen hinweg, nennt die Unterzeichner in Bausch und Bogen eine feine Gesellschaft, die einander wert sei, lügt ihren Lesern vor, es werde die Amnestierung der menschewistischen Konterrevolutionäre gefordert und bezeichnet den Inhalt des Aufrufs als Verleumdung. Es muß peinlich sein, notgedrungen eine Sache zu verteidigen, die man selbst für so miserabel hält, daß man sie erst zurechtfälschen muß, um ihre Verteidigung vor revolutionären Arbeitern überhaupt verständlich scheinen zu lassen.

Hier folgen ein paar Namen der feinen Gesellschaft, die einander wert ist: Unterschriften, auch von Arbeitern, die der KPD. angehören, laufen täglich ein. Der Herausgeber des FANAL ist bereit, Zustimmungen, die ihm zugehen, weiter zu leiten. Also vorerst eine kleine Auswahl: Anarchistische Vereinigung Berlin (Gust. Lübeck); Dr. Anita Augspurg; Alexander Berkman; G. Björklund, Red. d. „Brand“, Stockholm; James Broth; Dr. Martin Buber; Berthold Cahn; Georg Davidson; Dtsch. Pazifist. Studentenbund; Silvio Gesell; Alexander Granach; Lida Gustava Heymann; Artur Holke, Leipzig; Hans Hyan; Industrie-Verband, Berlin, Zentralvorstand (F. Schmidtke); Aug. Jung, Wiesbaden; Franz Jung; Dr. Herta Kalcher, Darmstadt; Oskar Kanehl; Fritz Kater, Vors. d. FAU. (Anarcho-Syndikalisten); Aug. Kettenbach, Wiesbaden; Karl Korsch; Meta Kraus-Fessel; Theod. Liebknecht, Vors. d. USPD., Math. van der Linden, Aachen; Paul Louis, Paris; August Merges; Karin Michaelis; Erich Mühsam; Fritz Oerter, Fürth; Prof. Dr. Frz. Oppenheimer; Franz Pfempfert; Alfons Pillarski; Reichsarbeitsgemeinschaft d. Freigeistigen Verbände, Ortsgruppe Berlin; Rudolf Rocker; Henriette Roland-Holst; Rob. Schlich, Breslau; Max Schröter, Elektrizitätsarbeiter (Mitglied d. KPD.); Franz W. Seiwert, Köln; Redaktion „Der Syndikalist“ (Helmut Rüdiger); Sozialist. Proletariats-Jugend Deutschlands; Bruno Taut; Friedrich Trikojes; Unabhängige Sozialdemokr. Partei Deutschlands; Wilh. Werner; Milly Witkop-Rocker; Ewald M. Wingerning; Wilh. Zettl, Konditor (Mitglied d. KPD.).

Die Aktion wird fortgesetzt!

Angenehme Zellen

Herr Parker Gilbert hat der deutschen Reichsregierung wieder einmal in Erinnerung gebracht, daß die Staatsgewalt bei uns, die bekanntlich vom Volke ausgeht, bei ihm mündet. Es heißt, den Reichsfinanzminister Köhler habe das Memento bestellt, um den Ansprüchen der Länder, zumal Bayerns, mit der einzigen Autorität entgegenzutreten, mit der Berlin in München überhaupt noch auftrumpfen kann, ferner auch, um für die Unitarisierung Deutschlands mit dem einzigen beweiskräftigen Argument, dem Dalles,

Stimmung zu machen. Leider scheint der Dawes-Agent etwas zu heilhörig gewesen zu sein. Er hat die verschwenderische Geschäftsgebarung der deutschen Prokuristen seiner amerikanischen Auftragsfirma bei gar zu deutlichen Namen genannt und hat überdies seine väterlichen Ermahnungen weit über das Verlangte hinaus auch auf das geplante Schulgesetz erstreckt. Hier hat er dem Köhlerglauben selbst wehgetan, und die treuen Sachwalter der deutschen Industrie haben alle Hände voll zu tun, die Geschichte einigermaßen wieder in Lot zu bringen. Das Ende vom Liede wird sein, daß Herr Parker Gilbert seinen Einspruch gegen die kirchlichen Anforderungen an die Steuerfreudigkeit des deutschen Proletariats zurückziehen wird, da er zu gescheit ist, um nicht zu begreifen, daß die Verblödung der Schulkinder auf die Dauer dem Geschäft seiner Auftraggeber nur zuträglich sein kann. Seine Denkschrift wird aber bei der Einbeziehung der süddeutschen und österreichischen Industrie in das vom Rheinland aus verwaltete anglo-amerikanische Ausbeutungskonzern trotzdem gute Dienste leisten. Inzwischen erfreut sich der arbeitende Konsument in diesem Lande einer sukzessiv steigenden Preisskala, die an die schönsten Zeiten der Inflation gemahnt. Die kann man nämlich auch ohne Tscherwonetzfälschungen haben.

Die Zerrüttung der russischen Währung, die von London aus mit Hilfe bayerischer und ungarischer Hochstapler versucht wurde, gehört in das Kapitel der Kriegsvorbereitungen, die uns mit rapiden Sätzen neuen großen Zeiten entgegenführen. Die Vorgänge in Rumänien, Litauen und Polen steuern in dieselbe Richtung, und die Abrüstungskonferenz in Genf wird vielleicht die letzte diplomatische Aktion sein, die noch fehlt, um die Sehnsucht aller nationalen Erneuerer der Welt zu erfüllen. Es ist eine Lust zu leben!

Erklärung

Rudolf Großmann, Wien, hat als Antwort auf das Urteil des Schiedsgerichts, welches ihn schuldig erklärte, eine Broschüre herausgebracht, die an Lügenhaftigkeit und Größenwahn alles übertrifft, was je von dieser Seite geleistet wurde. Wie immer, ist er auch hier zu feig, seine Schreiberei mit seinem Namen zu decken. Er überläßt dies gnädigst seinem „B. h. S.“ und seinen Leipziger Sekundanten. Die Bloßlegung dieser Lügen erfordert eine Antwortbroschüre. Da ich als Arbeiter nicht über soviel freie Zeit verfüge wie dieser Geschäftsmann, wird dies einige Wochen in Anspruch nehmen. Dies soll dann mein letztes Wort in dieser Affäre sein, obgleich ich weiß, daß es auch weiterhin „Anarchisten“ geben wird, die ohne servile Götzenanbetung sich nicht in ihrem Element fühlen.

Oskar Kohl, Dresden-A. 34, Zeunerstr. 13.

Wir erklären uns hiermit mit unserm Kameraden O. Kohl in jeder Beziehung solidarisch.

Syndikalistische Arbeiterförderer Dresden.
Geschäftsleitung der Provinzarbeiterbörse Sachsen.

Kriegsgegner!

Mütter!

Ehemalige Kriegsteilnehmer!

Dienet dem Frieden durch Beschaffung und Erhaltung nachstehender **Antikriegsliteratur** für kommende Generationen!

In keinem Hause eines Kriegsgegners dürfen folgende Werke fehlen:

Sonderangebot:

Krieg dem Kriege mit über 200 Abbildungen nach Photographien von Ernst Friedrich M. 4.50
Dieses Werk ist jedem Kriegshetzer zur Einsichtnahme bestens empfohlen.

Es lebe der Krieg von Bruno Vogel 1.50 geb. M. 2.—
Zweimal beschlagnahmt und zweimal nach hartnäckigstem Kampfe um die Freigabe durchgesetzt.

Nie wieder Krieg von Fritz Kuhn 1.25 geb. M. 1.75
Packende Beiträge hervorragender Friedenskämpfer.

Etappe Gent von Heinrich Wandt M. 2.50
Antikriegsschrift stärkster Wirkung — der Verfasser wurde zu 7 (sieben) Jahren Zuchthaus verurteilt, seine Freilassung nach stärkstem Kampfe errungen.

Der Gefangene von Potsdam v. Heinr. Wandt . 3.— geb. M. 4.—
Packend wie ein Roman kühnster Phantasie und doch erschütternde Wirklichkeit.

Charleville von Dr. W. Appens
Dokumente deutscher Kriegsschande! M. 0.90
Ein Werk, das jeder Kriegsteilnehmer gelesen haben muß.

Das Buch Kurt Eisners (Sein Vermächtnis) . . 1.20 geb. M. 1.80
Einer der Edelsten der Menschheit durch feigen Meuchelmord entrissen. Der Mörder ist amnestiert.

Herz der Zeit von Johannes Schönherr M. 1.—
Ehemaliger Kriegsteilnehmer drücke dieses erschütternde Werk deinem Sohne in die Hand.

Für die Leser des „Fanal“ 10 Prozent Preisermäßigung.

Die Begleichung kann auf Wunsch in 4 Monats-

raten erfolgen. Jedem Auftrage wird eine

Antikriegs-Postkartenserie gratis beigelegt.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer

(Abteilung Schriftenvertrieb)

Berlin N 31, Voltastraße 19

Drei Lebensgebiete

Wirtschaft

Schule

Erotik

Drei Standardwerke

**Die natürliche
Wirtschaftsordnung**

von Silvio Gesell br. Mk. 10.—

Die Zwangsschule

von Müller-Holm in Leinen Mk. 3.75
Ein Buch für Eltern und Erzieher

Die moderne Frau

von Dr. P. Bousfield br. Mk. 4.50
Über die Menschwerdung des Weibes

Mit diesen innerlich zusammengehörenden
Werken muß sich jeder denkende Mensch
unserer Zeit auseinandersetzen.

Zu beziehen vom

Stirn-Verlag HANS TIMM

Berlin C 54, Rosenthaler Straße 34/35

Tel.: Norden 12815

Postscheckkonto: Berlin 71924

Januar

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Sylvesterpredigt — Anarchistische Arbeit im
kapitalistischen Staat (von Rudolf Rocker) —
Untersuchungen — Republikanisches — Kanton
— M. G. Conrad — Gefangene heraus!

NR. 4

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

JANUAR 1928

Drei Lebensgebiete

Wirtschaft

Schule

Erotik

Drei Standardwerke

**Die natürliche
Wirtschaftsordnung**

von Silvio Gesell br. Mk. 10,—

Die Zwangsschule

von Möller-Holm in Leinen Mk. 3,75
Ein Buch für Eltern und Erzieher

Die moderne Frau

von Dr. P. Bousfield br. Mk. 4,50
Über die Menschwerdung des Weibes

Mit diesen innerlich zusammengehörenden
Werken muß sich jeder denkende Mensch
unserer Zeit auseinandersetzen.

Zu beziehen vom

Stirn-Verlag HANS TIMM

Berlin G 54, Rosenthaler Straße 34/35

Tel.: Norden 12615

Postscheckkonto: Berlin 71924

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 4

Januar 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg., Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sylvesterpredigt

Ein neues Kalenderjahr beginnt. An seiner Schwelle stehen aufgeprotzte Kanonen und stillgelegte Eisenhämmer. Aber nein: der Völkerbund hat entschieden, daß es zwischen seinen Mitgliedern gar keinen Krieg geben kann, und die Herren Pilsudski aus Warschau und Woldemaras aus Kowno haben sich umarmt und geküßt und einander unter Tränen zugerufen: Auf Wiedersehen in Wilna! Und die Herren Vöglar vom Stahltrust und Seldte vom dito-Helm haben mit einander eine Sylvesterbowle angerührt, die das deutsche Volk zum neuen Jahre zu saufen kriegen soll, und da werden die Eisenhämmer schon wieder ins Schwingen kommen. Die Abrüstungskonferenz hat sich vertagt, die Aufrüstungsindustrie hat zu tun, und die deutsche Republik rüstet zu den Wahlen. 1928: Wahljahr! — Wahljahr: Zahljahr! Es ist die einzige Prophezeiung, die mit hundert Prozent Wahrscheinlichkeit in Erfüllung gehen wird, daß 1928 ein Zahljahr sein wird. Wir werden zahlen müssen, daß uns die Augen übergehen, mag bei den Wahlen herauskommen, was Lust hat. Ob es überhaupt Wahlen geben wird? Wir haben einen prächtigen Artikel 48 in der Reichsverfassung, und die Hugen- und Silverbergs scheinen nicht übel Neigung zu haben, die ganze Abstimmungsfreude ins Seldterwasser fallen zu lassen. Vielleicht schwimmen mit den Kriegs- und Friedensplänen der unterschiedlichen Regierungsaspiranten auch wir selbst, alle zusammen, davon. Weitschauende Geologen und Metereologen haben ausgerechnet, daß der Atlantische Ozean für das Jahr 1928 eine Umschichtung seiner Meeresgrundlagen vorhabe, wobei die großbritannischen

Inseln sowie das ganze nordwestliche Europa zur Erweiterung der Wasserfläche vorgesehen seien und demnach von der Landkarte verschwinden würden. Haben sie richtig gerechnet, so wäre es natürlich gescheiter, Tierpaare zusammenzusuchen, Archen aufzumontieren und nach einem geeigneten Ararat Ausschau zu halten, als der Mitwelt Sylvesterpredigten vorzusetzen. Weissagungen sind immer sehr schön, aber sie haben wenig Wert, wenn sie erst laut werden, nachdem die Ereignisse sie schon widerlegt haben.

Die Sterndeuter und Bibelausleger haben das Prophezeien entschieden leichter als diejenigen, welche mitten im öffentlichen Getriebe stehen und sozusagen mit aufgekrepelten Ärmeln den Moment im voraus zu erkennen suchen, der ihrem Tatendrang Beschäftigung geben könnte. Astrologie treibende Theosophen versichern, daß Weltkrieg, Revolutionen, Hungersnot, Korruption, Wirtschaftskämpfe, das ganze wüste Durcheinander in allen Beziehungen der Menschen untereinander nur die armseligen irdischen Ausstrahlungen ungeheurer kosmischer Vorgänge seien, daß die Erde seit Jahrtausenden zum ersten Mal ins Zeichen des Wassermanns getreten sei, wodurch sich alle Erdbebenkatastrophen, Springfluten, Berggrutsche, Unwetter und Ueberschwemmungen der letzten Jahre erklärten, daß die Menschen in ihrer Verwirrung einem Taumel von Amüsierwut, Verbrechen, Entartung und aller Art Krampf verfielen, Unglücksfällen, geistiger Blindheit, seelischer Verwahrlosung preisgegeben und hoffnungslos dem Ende entgegen-taumelnd, dem nahen Ende der Menschheit, dem schrecklich herauf-tauchenden Weltuntergang. Die Schriftgelehrten aber, Rabbiner und Mönche, schlagen das Buch Daniel auf, in dem alles verkündet stehe, was wir erlebt haben bis auf diesen Tag und erklären uns das siebente Kapitel und das zwölfte mit ihren Gesichtern und Weissagungen, und daß dies die Zeit sei, von der es heißt: „Denn es wird eine solche trübselige Zeit sein, als sie nicht gewesen ist, seit daß Leute gewesen sind, bis auf dieselbige Zeit“. Sie haben es ausgerechnet, die Talmudisten und Theologen, daß keine Zeit mit dieser Verkündigung gemeint sein könne als unsre Gegenwart, bis zu der es seit Daniels Erleuchtung „eine Zeit und etliche Zeit und eine halbe Zeit währen“ sollte, und daß das Jahr 1928 dasjenige sei, da „ein Greuel der Verwüstung dagesetzt“, dann aber die Stunde kommen werde, wo „viele, so unter der Erde schlafen liegen, werden aufwachen, etliche zum ewigen Leben, etliche zur ewigen Schmach und Schande“. Also: Messias und Weltuntergang, und wir beneidenswerten Zeitgenossen, die wir ausersehen sind, diese angenehmen Geschehnisse mitzuerleben, können uns aus-

suchen, ob wir lieber von der Tücke der Gestirne oder von Gottes Zorn zerschmettert werden wollen.

Daß mit dem Greuel der Verwüstung des Propheten Daniel nur der moderne Luftkrieg gemeint sein kann, geht mit aller Deutlichkeit aus den im neuen Testament empfohlenen Vorsichtsmaßregeln hervor (Ev. Matth. 24, 15 f.), wo ausdrücklich auf jene Weissagung Bezug genommen wird: „Aldann fliehe auf die Berge, weil im jüdischen Lande ist (Ludendorff hat ja schon immer gesagt, daß das auf die Deutschen zutrefte). Und wer auf dem Dache ist, der steige nicht hernieder, etwas aus seinem Hause zu holen. Und wer auf dem Felde ist, der kehre nicht um, seine Kleider zu holen. Wehe aber den Schwangeren und Säugern zu der Zeit! . . . Denn es wird alsdann eine große Trübsal sein, als nicht gewesen ist von Anfang der Welt bis her und als auch nicht werden wird.“

Es wäre nicht übertrieben wichtig, wenn ein paar Dutzend im Okkulten wühlender Schwarmgeister das überwältigende Chaos der die Gegenwart bestimmenden Ereignisse mit dumpfen Uhurufen als die sinnlichen Äußerungen übersinnlichen Geschehens erklärten, solche Zirkel jenseitig gestimmter Seelen hat es immer gegeben. Ebenso wenig brauchten uns die Bemühungen professioneller oder dilettierender Bibelforscher zu alterieren, wenn sie aus den Buchstaben jahrtausendalter Legenden Deutungen heraustifteln, mit denen sie harmlose Gemüter ängstigen können; es liegt im Wesen jeder Kirche, die Tröstungen des Himmels zu versprechen und mit den Martern der Hölle zu drohen, um die Geschäfte der Erde für die privilegierten Gewalten zu sichern. Aber der Zulauf aus den Massen zu allen mystischen Marktbuden, das abergläubische Hinstarren von Millionen auf jeden geheimnisvoll wackelnden Finger, der sie auf Möglichkeiten weist, die Verantwortung für alle Qual und Not von sich weg auf übernatürliche Kräfte abzuweichen, ist ein Moment von höchster und verhängnisvollster sozialer Bedeutung.

Mit weisem Geschwätz von materialistischer Wissenschaft und dialektischem Denken kommen wir nicht über die schmachliche Tatsache hinweg, daß nur irgend ein schmalziger Bariton in härenem Gewand, irgend ein von einer übergeschnappten englischen Dame als neuer Heiland rekommandierter indischer Hochstapler, irgend ein von seiner eigenen inneren Hohlheit ölig aufgeblähter Hanswurst mit einem seelischen Abfuhrmittel des Weges zu kommen braucht, und ein Haufen von der Sorge um die Miete und ums tägliche Margarinebrot demütig gemachter Proletarier und vom ewigen Kinderkriegen verängsteter Proletarierinnen verdreht die Augen und hofft auf Gottes Wunder. Daß sich um den redege wandten Psycho-

pathen Häußer ein in die Zehntausende zählender Anhang scharen konnte, dessen Aktivität selbst durch den Tod des Führers nicht erloschen ist, daß ein an frommen Blähungen leidendes Mädel den bayerischen Marktflecken Konnersreuth in den Europa überdünstenden Stallgeruch Bethlehems hüllen kann, daß der Potsdamer Narr Weißenberger hunderte von noch größeren Narren findet, die ihm aus Krankheiten auszutreibende Teufel und zum Leben zu erweckende Leichname als Kundschaft zuführen, — das alles sind keine zufälligen Erscheinungen, über die man mit einem Witz hinweggehen dürfte. Es sind Symptome schweren seelischen Uebelbefindens außerordentlich breiter Massen, und wir tun unrecht, uns mit noch so schönen Statistiken über Kirchengaustritte zu trösten, wenn wir ihnen nicht die zweifellos sehr großen Erfolge der Kirchenmission und vor allem die dauernd wachsende Zahl aller Sorten von Sekten, okkultistischen Verbänden, spiritistischen, theosophischen, astrologischen und andern nekromantischen und wunderthätigen Bruderschaften entgegenstellen.

Wir haben die Fragen zu stellen: Woher kommt die Hochkonjunktur des Aberglaubens? und: Wer ist daran interessiert? Ferner: Wie ist vom Standpunkt des Revolutionärs der Kampf gegen die Verdummung der Menschen durch mysteriösen Hokuspokus zu führen? Ich habe die Ueberzeugung, daß die Flucht weiter Bevölkerungskreise vor der Dürre der realen Existenz in die üppigen Träume der Unwirklichkeit zum garnicht geringen Teil der Poesie- und Phantasielosigkeit zur Last fällt, mit der die Sozialisten und Revolutionäre aller Schattierungen, die Freidenker und Atheisten die Meinung der unter den Einrichtungen des Staates und des Kapitalismus leidenden Menschen für ihre Ideen zu gewinnen trachten. Der Mensch ist, so wenig wie irgend ein andres Tier, eine seelenlose Arbeits- und Denkmaschine, wenngleich er seinen Ueberlegungsapparat aus Zweckinteressen zu bedeutend höheren Leistungsgraden entwickelt hat als jedes andre Geschöpf. Diese Entwicklung aber geschah auf Kosten des ursprünglichen Gefühls, und man braucht nur bei einem Hunde oder Kanarienvogel die Unbedingtheit der seelischen Affekte zu beobachten, die Aeußerungen der Freude, der Trauer, der Zärtlichkeit zu sehen, um zu erkennen, daß sie uns an Kraft der Empfindung weit überlegen sind. Aber unsre seelischen Kräfte sind nur zurückgedrängt, die Fähigkeit zu gefühltem Erleben ist verkümmert, nicht tot. Das Verlangen nach tiefer, von aller Reflexion losgelöster Verbundenheit mit der Natur und dem Kosmos, dieses mystisch-religiöse Bedürfnis lebt noch, auch wo es nicht, wie im künstlerischen Schaffen und Genießen, zu bewußter Geltung

kommt. Da hat denn ein Mensch seine neun oder elf Stunden schwer gearbeitet, hat, erbittert von den raffinierten Methoden des Kapitals, ihm den letzten Tropfen Schweiß aus den Poren zu pressen, in seinem engen, von den Ausdünstungen der zusammengepferchten Familie sauer riechenden Wohnloch sein unbekömmliches kärgliches Essen unlustig zu sich genommen und will nun, um nicht abzustumpfen, seinem Geist Anregung suchen. Was erfährt er? Daß der Kapitalismus naturnotwendig aus dem Feudalismus hervorgegangen sei, daß sich aus dem Kapitalismus naturnotwendig der Imperialismus entwickeln müsse, daß Kapitalismus und Imperialismus naturnotwendig zu ihrer höchsten Blüte ausreifen müssen, alsdann naturnotwendig revolutionäre Erschütterungen herbeiführen und dem Sozialismus den Platz räumen müssen, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte von Klassenkämpfen, welche Wahrheit als historischer Materialismus bezeichnet werde; daher möge er sich als Klassenkämpfer bewähren, dann würden die Nachfahren dereinst zu dem erstrebten Ziel gelangen, mit dem Ertrag ihrer Arbeit nicht mehr den Ausbeuter zu mästen, sondern ihn selbst zu verzehren. Dafür habe er zu kämpfen, mit dem Stimmzettel, in der Gewerkschaft, im Vertrauen auf die Führer, möglicherweise auch mal später auf der Barrikade, und wenn er falle oder sterbe, sei er tot, denn der Mensch lebe nur einmal, und was die Pfaffen erzählen von Auferstehen und ewigem Leben sei Schwindel und Dummenfang und was ein aufgeklärter Arbeiter und materialistisch geschulter Mensch sei, der lache darüber. Mit solchen tröstlichen Aufklärungen versehen, schläft dann der wissensdurstige Proletarier ein, um am nächsten Morgen damit aufzustehen und wieder neun oder elf Stunden am Fließband für den Ausbeuter Profit zu erschwitzen.

Da wundert man sich denn, daß die Glückseligkeitsapostel und die Jenseitsverkünder, die Gesundbeter und die Lendenschurzheiligen mit ihrem breiigen Geschwafel Seelen einfangen. Ach, Herrschaften, ob ihr den Arbeitern sagt: glaubt den Worten des Priesters auf der Kanzel! oder: glaubt den Worten eurer Führer! ob ihr ihnen den kirchlichen Katechismus als unverbrüchliche Wahrheit vorkaut oder die Merksätze einer ledernen Schulweisheit, — der Unterschied ist nicht sehr groß. Was die Prediger des Kirchenglaubens und die Apostel des Weltuntergangs propagieren und was ihr propagiert, es ist im Grunde genau das, was das Kapital sich wünschen kann: die Unterordnung unter die Autorität! Und das Kapital weiß, daß die Nüchternheit eurer zweifelhaften Wissenschaft den nach lebendigem Menschentum begehrenden Seelen schlechthin

alles schuldig bleibt und eben darum Menschen, die ihm durch ihr heißes Herz gefährlich werden könnten, zu den Häussers und Weißenbergers, zu den Krishnamurtis und den Konnersreuther Resls treibt. Die aber machen die Unzufriedenen zufrieden, sie trösten die Gepeinigten auf Erden mit den Labsalen des Himmels, sie sind die erwünschtesten Hilfskräfte des Kapitals und der Sklavendemut, denn sie brechen den Widerstand gegen jede Entwürdigung des Menschen und gegen jede Willkür seiner Quälgeister.

Was den Arbeitern zu sagen ist, die heraus wollen aus Not und Ausbeutung? Man soll ihnen sagen, daß ein Staat ist wie der andre, eine Obrigkeit wie die andre, ein Zwangsgesetz wie das andre, ein Dogma wie das andre. Man soll ihnen sagen, daß materialistisches Denken nicht gleichbedeutend ist mit Verleugnung des Gefühls und der Ansprüche des Herzens, daß der Kampf um den Arbeitsertrag nicht nur ein Kampf ist für den Magen, sondern zugleich ein Kampf für die Gerechtigkeit und die Würde der Menschen. Man soll ihnen auch sagen, was Sozialismus ist, nämlich keineswegs bloß die Gleichheit in der Verteilung der realen Lebensgüter, sondern weit darüber hinaus die Gleichheit im Sinne der Kameradschaft, der Solidarität, der gegenseitigen Achtung und der Nächstenliebe. Diese Kameradschaft und gegenseitige Hilfe und unbegrenzte Gemeinschaft aber ist der Sinn des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und den Staat; sie ist der Sinn der Revolution; denn weder die Revolution noch die materielle Gleichheit ist Selbstzweck, sie sind Mittel zum höheren Zweck, zur Freiheit!

Bringt den Gequälten und Geknechteten den Begriff der Freiheit nahe, dann werdet ihr sie gewinnen können für den Kampf, der mehr erfordert als angelernte Wissenschaft, der den ganzen Menschen erfordert mitsamt seinem bißchen individuellen Leben. Es ist nämlich nicht wahr, daß der Mensch aufhört, wenn er stirbt; er lebt weiter in der Idee, der sein Kampf galt, er lebt weiter in der Menschheit selbst! Wer von wahrer Freiheit weiß, der weiß auch, daß Mensch und Menschheit eins ist, der weiß, daß es kein Individuum gibt außerhalb der Gesellschaft und ohne die Gesellschaft, und also weiß er, daß sein Tod nicht sein Ende sein kann. Dieses Wissen schafft die Befriedigung des mystischen Dranges, der die Nichtwissenden zur Kirche, zur religiösen Sekte, zum Aberglauben, zur metaphysischen Spekulation verführt.

Loslösung von der Autorität, von der irdischen wie von der himmlischen — das ist die revolutionäre Forderung, die den Kampf wirksam macht. Loslösung zugleich von den Formen der autori-

tären Tradition: keine zentralistische Organisation; sie ist die Form des Staates und stärkt daher die staatliche Autorität; keine Eidschwüre und keinen Bilderkult, es sind kirchliche Mittel und stärken daher die Autorität der Kirche; keine uniformierten Paraden und keine katechisierten Glaubenslehren; es sind Ausdrucksformen staatlicher und kirchlicher Autorität und bestärken den Glauben an ihre Richtigkeit. Das revolutionäre Proletariat muß neue Riten finden für seine Demonstrationen und Bekenntnisse, es muß sich innerlich befreien von der Erziehung seiner Unterdrücker, es muß sich selbst erziehen zur Befreiung von der Unterdrückung.

Ein neues Kalenderjahr beginnt. Die Metereologen prophezeien die Sintflut, die Heulapostel den Weltuntergang und die Rabbiner den Messias, und die Millionen Kleinbürger und verschüchterter Proletarier glauben — glauben — glauben. Auch wir wissen nicht, aber wir sehen, und was wir sehen ist Kriegsrüstung und kapitalistische Hungerpeitsche. 1928 ist Wahljahr, schreien die Stimmenjäger aller Sorten. Jawohl, Proletarier, wählt! Wählt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Bevormundung und Selbstbestimmung, zwischen Autorität und Freiheit! — Glaub! schreien die Frommen aller Sorten. Jawohl, Proletarier, glaub! Aber glaubt an keinen Aberglauben! Glaub an die Kraft der Solidarität! Glaub an das Recht des Menschen auf Menschentum! Glaub an euch selbst!

Anarchistische Arbeit Im kapitalistischen Staate

Lange Jahre vor dem Kriege behandelte Kropotkin einmal ziemlich eingehend im Londoner „Freedom“ die drei großen Bewegungen der englischen Arbeiterschaft: die Gewerkschaften, die Genossenschaften und den sogenannten Munizipalsozialismus und kam zu dem Schluß, daß in dem Augenblick, wo es einmal gelingen würde, diese drei Bewegungen zu einem synthetischen Ganzen zusammenzufassen, die Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft geschaffen sei. Und in einem anderen Aufsatz, „Why not a cooperative City?“ (Weshalb keine genossenschaftliche Stadt?), der in einer Periode allgemeiner Arbeitslosigkeit geschrieben wurde, regte Kropotkin die Frage an, ob durch ein gemeinschaftliches Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den genossenschaftlichen Organisationen nicht der Versuch unternommen werden könnte, eine kooperative Stadt mit allen Grundlagen für ihre zukünftige Existenz zu errichten. Kropotkin erkannte also schon damals klar die Notwendigkeit einer konstruktiven und schöpferischen Betätigung innerhalb

der Arbeiterbewegung, indem er sich sagte, daß für die Verwirklichung des Sozialismus etwas mehr von Nöten sei, als eine reine Abwehrbewegung gegen die Uebergrieffe des Kapitalismus oder eine reine Propagandabewegung, um die Massen für sozialistische Ideengänge vorzubereiten.

Heute begreifen wir immer klarer die Notwendigkeit konstruktiver Ideen und Versuche für die weitere Fortentwicklung des Sozialismus. Der trostlose Zustand innerhalb der sozialistischen Bewegung, ihr vollständiges Aufgehen in der Politik des bürgerlichen Staates einerseits und ihre dogmatische Verknöcherung in den starren Formen lebloser Begriffe andererseits, die sich auch in unserer Bewegung deutlich wahrnehmbar macht, ist zum großen Teil auf rein negative Ideengänge und Mangel an schöpferischer Betätigung zurückzuführen. Schon aus diesem Grunde ist eine intensivere Tätigkeit von unserer Seite auf den verschiedensten bereits erwähnten Gebieten dringend nötig und besonders eine engere Fühlung mit den verschiedenen Richtungen, die das Heil der menschlichen Entwicklung in selbständiger Initiative und konstruktiver Betätigung erblicken.

Ungeachtet aller Mißerfolge des alten Experimentalsozialismus, glaube ich bestimmt, daß wir einer neuen Phase konstruktiver Versuche innerhalb der sozialistischen Bewegung entgegengehen. Die Mißerfolge des sogenannten Experimentalsozialismus lassen sich zum großen Teil auf die autoritäre Einstellung seiner Systeme und hauptsächlich darauf zurückführen, daß seine Experimente nie mit einer größeren Bewegung der Massen in Verbindung standen und aus diesem Grunde ganz und gar auf sich selbst angewiesen waren und meistens der richtigen Proportionen ermangelten. Die Versuche des sogenannten Gildensozialismus, der eigentlich die Idee der produzierenden Gewerkschaft in sich verkörpert, und viele andere Erscheinungen in den verschiedensten Ländern sind unsrer Meinung nach die ersten Symptome einer neuen Entwicklungsphase, die leider durch den Krieg und seine furchtbaren Folgen frühzeitig gestört, aber keineswegs vernichtet wurden. Das vollständige Versagen des Staatssozialismus in Rußland und Mitteleuropa, der unwürdige Kampf zwischen dem radikalen und gemäßigten Marxismus in allen Ländern, ein Streit, der schon einen pathologischen Charakter angenommen hat, und viele andere Erfahrungen werden auch weiterhin dazu beitragen, daß viele aufrichtige Elemente aus den verschiedenen Lagern, denen der Sozialismus mehr als ein gewöhnliches Lippenbekenntnis ist, sich immer mehr davon überzeugen werden, daß der Sozialismus in dem engen Rahmen der Partei, in der Zwangsjacke der Diktatur noch unter der geistigen Impotenz einer degenerierten Demokratie nimmer gedeihen kann. All diese Kräfte werden früher oder später nach neuen Ausblicken und neuer Betätigung Umschau halten, und da wäre es gut, wenn

wir bereits praktische Fingerzeige geben und auf neue Formen hinweisen könnten, die anziehend und lebensfähig genug erscheinen, um neue und strebsame Elemente aufzunehmen und ihnen eine entsprechende Betätigung zu gestatten. Doktrinärer Formelkram wird heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken und ist auch ganz außer Stande, jene geistige Atmosphäre zu schaffen, die für Menschen mit freiheitlichem Empfinden und sozialem Gerechtigkeitsgefühl so notwendig ist, wie für den Vogel die Luft.

Wenn unsere Genossen überall versuchten, den unfruchtbaren Doktrinarismus zu überwinden, der nur erstarrend und geisteslähmend auf die ganze Bewegung wirkt, wenn sie versuchten, freundschaftliche und solidarische Beziehungen mit allen mehr oder weniger verwandten Richtungen anzuknüpfen, so könnte dies für die neue Phase des Sozialismus, der wir sicher entgegengehen, und die, ohne Zweifel, einen fruchtbareren und mehr konstruktiven Charakter annehmen wird, von ganz hervorragender Bedeutung werden. Je tiefer all diese Richtungen von den Ideen der Freiheit und der Solidarität durchdrungen werden, umso erfolgreicher werden sie sein, umsomehr werden sie dazu beitragen, den Boden für die kommende soziale Umwälzung zu befruchten und geistig vorzubereiten.

Doch es handelt sich nicht allein um Vorbereitungen für die Zukunft, es handelt sich auch um den Kampf der Gegenwart und die Verteidigung alter Errungenschaften, welche von der internationalen Reaktion überall bedroht werden und in einer ganzen Anzahl Länder bereits vernichtet sind. Die nationalistische Reaktion in der Form des modernen Faschismus entwickelt sich überall in beunruhigender Weise und droht die letzten Reste geistiger Unabhängigkeit und relativer Bewegungsfreiheit über den Haufen zu werfen. Auch hier wäre ein Zusammengehen mit allen Richtungen, welche diese gesellschaftliche und kulturelle Gefahr erkannt haben, von der größten Wichtigkeit, welche Endziele sie immer verfolgen mögen. Es gilt der nationalistischen Reaktion, dieser brutalsten und schnödesten Form der autoritären Ideologie, jeden Fußbreit Boden streitig zu machen und die Gefühle elementarster Menschenwürde hochzuhalten.

Leider aber haben viele aus unseren eigenen Reihen es fast verlernt, zu den brennendsten Fragen des täglichen Lebens Stellung zu nehmen. Man begnügt sich damit, in allen Dingen natürliche Ergebnisse des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der staatlichen Tyrannei zu erblicken, betont immer wieder, daß all diese Erscheinungen erst zusammen mit dem ganzen gegenwärtigen System verschwinden werden und glaubt im übrigen seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn man mit einigen platonischen Phrasen seinem Haß gegen Staat und Kapitalismus Ausdruck gibt.

Ich weiß sehr gut, daß es glücklicherweise in manchen Ländern noch Anarchisten gibt, die stets bereit sind, in kritischen Momenten zusammen mit anderen in Aktion zu treten. Aber es gibt auch Länder, wo fast die ganze Bewegung auf einen solchen verhängnisvollen Doktrinarismus eingestellt ist. Im Kampfe gegen den Reformismus haben sich viele von uns daran gewöhnt, in jeder politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Reform eine Gefahr für das Endziel der Bewegung zu erblicken. Allein diese für den revolutionären Kampf so gefährliche Ansicht entspringt einer ganz falschen Voraussetzung, die mit dem Anarchismus überhaupt nichts zu tun hat. Gewiß sind wir ausgesprochene Gegner jener Richtungen in der Arbeiterbewegung, die da glauben, daß wir durch fortgesetzte Verbesserungen auf allen Gebieten langsam in die Gesellschaft der Zukunft hineinwachsen. Diese Anschauung, in ein System gebracht, nennen wir Reformismus. Je tiefer dieser Wunderglaube in der Arbeiterschaft Wurzel faßte, desto schneller ist die Arbeiterbewegung in den heutigen Staat hineingewachsen und ein notwendiges Zubehör desselben geworden.

Diesen verderblichen Wunderglauben zu bekämpfen, heißt aber noch lange nicht, ein prinzipieller Feind aller Verbesserungen innerhalb der heutigen Gesellschaft zu sein. Jede Verbesserung, welche das Gefühl der menschlichen Würde vertieft, den Sinn der Solidarität stärkt oder die materiellen Bedingungen, wenn auch nur vorübergehend besser gestaltet, ist auch für uns Anarchisten eine Er rungenschaft, die nicht von der Hand zu weisen ist. Auch wir leben schließlich in der heutigen Gesellschaft und nicht in den Wolken, so daß wir uns nicht den Luxus gestatten können, an den praktischen Erscheinungen des Lebens gleichgültig vorüberzugehen. Es ist auch für uns ein Unterschied, ob wir der brutalen Gewalt einer faschistischen oder bolschewistischen Diktatur auf Schritt und Tritt unterworfen sind, die jede Menschlichkeit mit Füßen tritt und jedes Minimum von Freiheit restlos erstickt, oder ob wir uns einer gewissen Geistes- und Bewegungsfreiheit erfreuen können, die uns ein öffentliches Eintreten und die Propaganda für unsre Ideen gestattet. Auch für uns ist es wünschenswert, unsre Arbeitszeit zu beschränken, unter besseren Bedingungen zu arbeiten und auch im Betrieb unsre Menschenwürde respektiert zu sehen, anstatt überall als Helot behandelt zu werden, dem man überhaupt jedes menschliche Empfinden abspricht.

Wohl wissen wir, daß der Staat in all seinen verschiedenen Formen stets der Verteidiger des Privilegiums und der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit ist, daß dieses in seinem inneren Wesen begründet ist. Aber wir wissen auch, daß ein Staat sich niemals freiwillig dazu bequeme, einem Volke gewisse Rechte und Freiheiten zu verleihen, sondern daß er stets dazu gezwungen werden mußte durch Massenbewegungen im Volke und oft durch eine ganze Reihe

von Revolutionen. Nicht weil den Regierungen diese Rechte genehm waren, sondern weil sie durch den Druck von außen von revolutionierenden Völkern vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, war man wohl oder übel dazu gezwungen, diese Freiheiten zu gewähren. Aber wenn diese Rechte sogar schon in der sogenannten Konstitution verankert und durch die Gesetze des Staates gewährleistet sind, ist das noch lange keine Garantie für ihren Bestand, wie uns die Gegenwart in Europa immer wieder von neuem zeigt. Sogar in einem Lande wie England sind die Arbeiter heute wieder gezwungen, gegen die gesetzliche Bedrohung des Koalitionsrechts in die Schranken zu treten, und in anderen Ländern ist der Zustand noch schlimmer. Den Regierungen widerstandslos gestatten, alle mühsam errungenen Rechte und Freiheiten mit einem einfachen Federstrich wieder aus der Welt zu schaffen, heißt die Errungenschaften vergangener Revolutionen kampflös preisgeben und widerspricht allen revolutionären Prinzipien. Gerade weil wir heute begreifen, daß die Menschheit sich nicht von heute auf morgen zu einem Zustand vollständiger Freiheit und sozialer Gerechtigkeit durchringen kann, ist es doppelt notwendig, jede Position, welchen den Mächten der Autorität in der Vergangenheit im heißen Kampfe entrissen würde, mit aller Zähigkeit zu verteidigen und sie nicht achtlos preiszugeben, weil sie uns im Hinblick auf das große Endziel bedeutungslos erscheint. Auch der kleinste Fortschritt auf dem dornenvollen Wege zu einem freien Menschentum ist von Bedeutung und sollte keinem weltfremden Doktrinarismus geopfert werden.

Aehnliches läßt sich über die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften sagen, welche sich die Arbeiter in harten Kämpfen erzwingen haben, und die nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, ihr Gerechtigkeitsempfinden und Solidaritätsgefühl zu stärken und innerlich zu vertiefen. Ihre täglichen Kämpfe einfach mit dem Bemerken abtun zu wollen, daß dadurch nichts an dem Wesen des Lohnsystems geändert würde, heißt das tiefere Wesen sozialer Bewegung in gröblicher Weise mißverstehen, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn derartige Ansichten den Opfern des heutigen Systems direkt vor den Kopf stoßen und uns gewiß keine Sympathie erringen. Nein, auch wir Anarchisten sind keine Gegner von Verbesserungen innerhalb der heutigen Gesellschaft, nur unterscheiden wir uns in den Methoden, notwendige Reformen durchzuführen. Wir glauben nicht, daß dieselben lediglich auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern nur mit der Hilfe direkter Aktionen und entsprechender Volksbewegungen durchgeführt werden können. Gerade auf diesem Gebiete, wo es sich um den Schutz alter Errungenschaften handelt, die von der Reaktion bedroht werden, wäre ein Schutz- und Trutzbündnis auch mit anderen Richtungen von eminenter Bedeutung, auch wenn sie nur teilweise mit unsren Anschauungen übereinstimmen.

Rudolf Rocker.

Untersuchungen

Es geht zwar in Deutschland genug Erbauliches auf dem Gebiete des — mit Verlaub zu sagen: Rechts vor; manchmal lohnt es dennoch, auch über die Grenzen von Ländern zu blicken, deren Justizpraktiken selbst unserm Niedrer Winke geben könnten, wie sich seine Methoden noch überniedern lassen. Am 14. Dezember sollte in Bukarest der schon sieben Mal vertagte Prozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Boris Stefanow und 5 Genossen stattfinden. Statt der Verhandlung erfolgte die Vertagung Nr. 8; die Untersuchung des Falles geht weiter. Im Falle des mit ihm im August 1926 verhafteten Genossen Pawel Tkatschenko hatte es mit der Untersuchung weniger Schwierigkeiten gegeben; der bekam beim Transport von einem Gefängnis zum andern den seit Deutschlands Spartakustagen zur internationalen Verwendung gelangten Schuß „auf der Flucht“ und schied damit aus dem Leben und aus dem Verfahren wegen „Attentates auf die Sicherheit des Staates“ aus; das auf Grund eines Militärgesetzes zum Schutz der rumänischen Monarchie eröffnet worden war. Die achte Vertagung hängt vielleicht damit zusammen, daß das Gericht jetzt erst untersuchen muß, welche Monarchie eigentlich zur Zeit zum Beschütztwerden in Frage kommt: es scheint da zwischen den unterschiedlichen Maden, die den majestätischen Teil der jüngst verbliebenen königlichen Leiche beknabbern, keine rechte Uebereinstimmung zu herrschen. Tatbestände, die Stefanow und seine Mitangeklagten vor den Augen anderer Leute als Bukarester und allenfalls Leipziger Richter schuldig irgendwelcher strafwürdiger Handlungen scheinen lassen könnten, liegen nicht vor. Doch hat das rumänische Gesetz vor dem deutschen das voraus, daß es die Strafbarkeit von bestimmten Gesinnungen klar ausspricht, während bei uns diese Strafbarkeit erst aus der Anwendung der Hochverrats- und Republikenschutz-Paragraphen durch Münchener oder Leipziger Richter und aus Hergtschen Verbeugungen vor der Verfolgung des Delikts der Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der Kommunistischen Partei erwächst. Das rumänische Gesetz bestraft, wie der Pressedienst der Roten Hilfe berichtet, das Tragen von internationalen Abzeichen, das Singen der Internationale, die Entgegennahme revolutionärer Aufrufe, auch durch Postzustellung, mit 5 Jahren Gefängnis, macht Eltern für die Gesinnung ihrer Kinder, Geschwister für die Gesinnung jüngerer Geschwister verantwortlich und für Zwischenfälle bei Demonstrationen alle Demonstranten und Zuschauer haftbar. Die agitatorische Tätigkeit der angeklagten rumänischen Kommunisten fiel in eine Zeit, als die kommunistische Partei dort noch legal und das Gesetz „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ noch nicht in Kraft war. In der Untersuchungshaft sind die Genossen scheußlich mißhandelt worden. Die „Verhöre“ fanden in

der Weise statt, daß der Kommissar der Siguranza die Hände Stefanows in eiserne Klammern schrauben ließ, der bei unzureichenden Antworten mit Gummiknüppeln, Fäusten und Füßen solange geschlagen und getreten wurde, bis er die Besinnung verlor. Dem Arbeiter Willy Roth wurde, nachdem er mehrfach bis zur Bewußtlosigkeit gefoltert und mit dem Tode bedroht war, eine Unterschrift herausgepreßt, die er nachträglich als erzwungen widerrufen hat. Man hat die Fußsohlen dieses Genossen mit Tauen und Stäben bearbeitet, und das auf solche Weise erlangte Zeugnis soll im Prozeß als Beweismaterial dienen. Es ist ja wahr: bei uns sind derartige Untersuchungsmethoden, wie sie die Völkerbundskollegen in Rumänien und Bulgarien anzuwenden lieben, nicht üblich. Immerhin sei in Bescheidenheit an Herrn Landgerichtsdirektor Bernhard Jürgens erinnert. Seine Protokolle als Untersuchungsrichter waren, als der Herr schon einmal selbst juridisches Untersuchungsobjekt spielen mußte, leider in die Untersuchung nicht mit einbezogen. Auch des Falles Rudolf Margies wollen wir hin und wieder zur Dämpfung unsres Stolzes, daß wir des Mittelalters spottende, moderne Europäer seien, gedenken. Der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Genosse Margies (vgl. die Broschüre „Heraus mit Margies!“, Mopr-Verlag, Berlin 1927) wurde, als er sich in Untersuchungshaft weigerte, die Fangfragen seiner Vernehmer zu beantworten, in Dunkelhaft gesetzt, wo er 2 Monate blieb. In dieser Zeit erhielt er keine Wäsche, bekam, da er niemals die Strümpfe wechseln konnte, wundete Füße und war genötigt, die Strümpfe im Spucknapf zu waschen. Frische Luft gab es in der ganzen Zeit nicht, dafür Ungeziefer in Fülle. Der Direktor des württembergischen Polizeigefängnisses aber, ein gewisser Lupfer, verbot Margies, die Wanzen an der Zellenwand zu töten, und Margies hat vor Gericht erklärt, er hätte die Tierchen ja auch ganz gern aus dem Fenster geworfen, die Dunkelzelle hatte nur keins. Das Niedengericht stellte bei Erörterung dieser Lieblichkeiten im Tschekaprozeß fest, daß die Untersuchungsmethoden nicht zur Sache gehörten. Zur Sache der Untersuchung unsrer Kulturzustände aber gehört es wohl, wenn wir dem Protest gegen die Infamie der rumänischen Justiz in Sachen Stefanow und Genossen die Bemerkung beifügen, daß wir in Deutschland Gott sei Dank humanere Untersuchungspraktiken haben als die Rumänen. Denn während dort die körperlichen Folterungen der Untersuchungsgefangenen von den Schergen der Siguranza persönlich vorgenommen werden, überläßt man sie bei uns den Wanzen.

Doch man soll nicht verallgemeinern. Es gibt in Deutschland wie überall auch Methoden der gerichtlichen Voruntersuchung, bei denen kein gerecht empfindender Mensch den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit, geschweige der Grausamkeit erheben wird. Selen wir überzeugt, daß das Verfahren, das sich möglicherweise an die beim Kapitän Ehrhardt und

seinen Untergebenen durchgeführten Haussuchungen anschließen wird, den Beteiligten keine Dauerscherereien bringen wird. Die Organisation „Wiking“ kann noch oft aufgelöst werden: der vierte Strafsenat des Reichsgerichts muß die Erziehung zu gesetzlichem Wandel und Staatsbewußtsein auf junge revolutionäre Arbeiter konzentrieren, für die die Paragraphen des Gesetzes zum Schutz der Republik, womöglich in Verbindung mit Hochverrat, Sprengstoffverbrechen, Landfriedensbruch und Aufruhr wie die Konfektionsanzüge fast immer passen. Nach Maß wird gewöhnlich nur bei vornehmerer Kundschaft gearbeitet, der man den Massenzuschnitt der Vorratsware nicht gut zumuten kann. So kommen denn für die beiden jungen hannoverschen Kommunisten, die jetzt 5 Tage lang in Leipzig stehen mußten, nachdem sie viele Monate in Untersuchung gesessen hatten, 5 und 6 Jahre Zuchthaus heraus, wobei der Staatsanwaltschaftsrat den Rechtsstandpunkt durch Beschimpfung der unreifen Ideen des Kommunismus klarlegte. Gleichzeitig verurteilte das Schwurgericht in Frankfurt an der Oder die durch Hakenkreuz am Stahlhelm als vornehmere Kundschaft gekennzeichneten Staatserneuerer Paul Schmelzer-Wehrwolf und August Schmelzer-Wehrwölflchen zu ein ein halb bzw. fünf Jahren Zuchthaus wegen eines heimtückischen bewaffneten Ueberfalls auf politische Gegner, von denen zwei umgebracht, etliche verwundet wurden. Die Anklage lautete auf Totschlag, von Aufruhr und ähnlichen Dingen war nicht die Rede. Es sei die bescheidene Anfrage gestattet, was die Voruntersuchung ergeben hätte, wenn auf dem Lastauto nicht Reichsbannerleute, sondern Bismarckbündler gefahren und die Wegelagerer nicht Wehrwölfe, sondern Rote Frontkämpfer gewesen wären. Vater und Sohn Schmelzer hätten nicht vor dem Frankfurter Schwurgericht, sondern vor dem Leipziger Reichsgericht gestanden, mit ihnen alle Bundesbrüder, die sie hier als Entlastungszeugen aufmarschieren lassen konnten, erst recht der Organisationsleiter des Orts als eigentlicher Anstifter, der dann freilich auch nicht den schönen Adelsnamen v. Alvensleben geführt hätte. Es wäre ein Riesensensationsprozeß rein politischen Charakters daraus geworden, bei dem neben dem Totschlag, der dann wahrscheinlich Mord geheißen hätte und neben der Beihilfe dazu, die sogar der Staatsanwalt Anstiftung und Teilnahme nannte, sämtliche Delikte geahndet worden wären, und zwar an sämtlichen Angeklagten, für die die hannoverschen Genossen Bottländer und Thoben ins Zuchthaus müssen. Da hätte kein Vorsitzender lächelnd erklärt, daß bei einem solchen Fall keine Veranlassung sei, nach den Hintergründen der Verhetzung zu suchen, die nun einmal in einem Maße vorhanden gewesen sei, daß die Gewehre dabei von selber losgingen, und es wären auch keine Mindeststrafen verhängt worden, sowenig wie in

dem Falle, bei dem es keine Toten gab und kein väterliches „August, ran mit die Flinte!“ und der sich in der Stadt zugetragen hat, wo Haarmann gelebt hat und Noske lebt.

Was die Voruntersuchungen verfehlen, dürfen mitunter Nachuntersuchungen wieder einrenken. Wenn die Parlamente mal Zeit finden, ihre segensreiche Beschäftigung, uns die Lebenskosten zu erhöhen und das Schnaufen zu verbieten, ein Stündchen zu unterbrechen, dann sondern sie Gremien ab, die als Untersuchungsausschüsse auf möglichst trockene Art die Pelze der Vergangenheit zu waschen haben, weil sie die Gegenwart noch schmücken und die Zukunft noch wärmen sollen. Von Zeit zu Zeit hört man, daß so eine Kommission des Reichstags eine Sitzung gehalten habe, wo etwa die Frage ergründet wird, ob die Republik eine offizielle Träne in die Gräber der als Kriegsmeuterer erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbes träufeln lassen darf, ohne dabei Herrn von Brüninghaus weh zu tun, und ob es denn wirklich wahr sein kann, daß es während des Krieges Leute gegeben hat, die die betrübliche Revolution angestrebt und dadurch dem betrüblichen Entstehen unsrer sehenswerten Republik bewußt vorgearbeitet haben. Von Eberten sind derartige Verdächtige ja gottlob längst weggeschworen; man sollte endlich auch Dittmann davon freisprechen. Dem Ausschuß wäre übrigens auch zu empfehlen, sich lieber der lebenden Opfer der Kriegsjustiz anzunehmen als unsrer toten Genossen, deren Rehabilitierung vor ihren Klassengenossen nicht mehr nötig ist und von den republikanischen Admirälen Wilhelms des Abgefundenen nicht verlangt wird. Aber es besteht Anlaß anzufragen, ob nicht heute noch in deutschen Zuchthäusern wegen sogenannten „Kriegsverrats“ verurteilte Proletarier sitzen, die etwa als Gefangene den feindlichen Ausfragern gesagt haben, was sie von den deutschen Stellungen wußten. Die Amnestie der Volksbeauftragten vom November 1918 hat nämlich Ausnahmen zugelassen. Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands hat eben eine Zusammenstellung der Namen „der nicht amnestierten proletarischen politischen Gefangenen nach dem Stand vom 31. Oktober 1927“ erscheinen lassen. Sie enthält die Personalien von 125 Zuchthaus-, 55 Gefängnis-, 15 Festungs- und 40 Untersuchungsgefangenen und könnte, wollte man die sogenannten Grenzfälle zwischen politischen und kriminellen Straftaten hinzurechnen, leicht sehr erheblich erweitert werden. Ich möchte der Roten Hilfe dringend eine Untersuchung anempfehlen, ob und wieviele Gefangene noch wegen im Felde begangener Straftaten in Deutschland unamnestiert sind. Ihre Anerkennung als politische Gefangene müßte selbstverständlich sein.

In Preußen gibt es noch einen Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe der Fememorde aufhellen soll. Sobald es aber bei seinem Herumleuchten in diesen Hintergründen wirklich einmal irgendwo hell zu werden

droht, pustet er schleunigst die ihm überantwortete Latenre aus, sich hierin freilich von den Konkurrenzausschüssen in andern Parlamenten wenig unterscheidend. Das Reichsgericht als Revisionsinstanz hat den Einspruch der Herren Schulz, Klapproth und Feme-Anhang gegen ihre Verurteilung zum Tode verworfen. Sie brauchen gleichwohl nicht zu fürchten, fürchten auch nicht, daß deswegen ein Schafott mit ihrem Blut bespritzt werden könnte. Hätte aber das Reichsgericht die wiederholte Prozessierung angeordnet, so wäre wahrscheinlich bei der Untersuchung der Hintergründe der Fememorde weniger herausgekommen, als Herr Schulz jetzt mitgeteilt hat. Der Beleidigungsprozeß des Reichswehrministeriums gegen den Redakteur der „Weltbühne“, Herrn von Ossietzky und den Schriftsteller Berthold Jacob wegen der Behauptung, die wahren Schuldigen an den Fememorden säßen im Reichswehrministerium, erbrachte zwar nicht viel, was sich nicht jeder Beobachter unsrer republikanischen Zustände schon so ungefähr gedacht hatte, dennoch aber mancherlei, was durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß bestimmt nicht ans Licht gekommen wäre. Trotz aller Bemühungen des Verhandlungsleiters, den Vorhang über der Wahrheit festzuhämmern, riß ihn Schulz so weit in die Höhe, daß man dahinter ganz hübsche Bilderchen erkennen konnte. Aber was weiter? Es ist gewiß interessant zu wissen, wer alles in dieser Republik Ämter bekleidet und Pensionen einstreicht, der im direkten oder indirekten Kampf für die Wiederherstellung der Monarchie auch Morde geduldet hat; noch interessanter aber wäre eine Untersuchung, wieviele proletarische Gefangene unamnestiert in den deutschen Zuchthäusern sitzen, deren Verbrechen direkt oder indirekt in der Abwehr dieser Restaurationsbestrebungen bestanden haben. Unter den 200 politischen Gefangenen in der Namenliste der Roten Hilfe trifft es so ungefähr auf alle diejenigen zu, die wegen Handlungen in den Jahren 1923 und 24 verurteilt sind; das ist mindestens die Hälfte.

Amüsanterweise bemüht sich sogar das bayerische Parlament um Aufhellung der Wahrheit, und es kommt von dem, was man ohnehin weiß, allerlei zum Vorschein. Jedenfalls fördert die Nachuntersuchung des Hitlerputsches mehr ans Licht, als die Voruntersuchung für gut hielt. Das ist heute auch nicht mehr so bedenklich. Denn die Herren, die vor 4 Jahren so ziemlich sämtliche Taten begangen haben, für deren Vorbereitung tausende von Proletariern schwer verurteilt worden sind, erfreuen sich alle der goldenen bayerischen Freiheit, befinden sich zum Teil in hohen und höchsten Staatsämtern und schlagen die Hände über den Kopf zusammen, wenn jemand die Forderung erhebt, eigentlich könnte doch wohl auch Lindner und Huber einmal aus dem Zuchthaus entlassen werden. In der Zeit, seit sie da drinsitzen, hat z. B. Herr von Kahr, Präsident des bayerischen Oberverwaltungsgerichts, sich zweimal an Unternehmungen beteiligt, die sein früherer Freund Pöhner immerhin als gleichwertig hochverräterisch

angesehen hat. Das deutsche Vaterland sollte gespalten, erobert, entkudet und gerettet werden, und was zu diesem Behufe bereits geschehen war, das wird einmal durch ganz andere Untersuchungen geschichtlich werden, als durch die eines Ausschusses, der sich bei jedem Wort, das ihm selber entfährt, angstvoll aufs Maul schlägt. Es trifft sich, daß mitten in die Beratungen des Ausschusses die Aufhellung neuer Bürgerkriegsvorbereitungen in München hineinplatzt. In der schönen alten katholischen Michaelskirche, in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums, hat man ungeheure Waffen- und Munitionsvorräte entdeckt. Ob der Landtag auch da eine Kommission beauftragen wird, Untersuchungen anzustellen? Es wäre gewiß eine dankbare Aufgabe für den Domprobst Wohlmuth, nachzuforschen, wie ausgerechnet in eine Kirche alle die Mordinstrumente hineinkommen konnten, ohne daß seine Kollegen in der Neuhauser Straße je mit dem Krummstab daran gestoßen sind, und daß das Zeug ausgerechnet in dem Augenblick unter dem Hochaltar vorgeholt wird, wo sich die bayerische Volkspartei mit den deutschnationalen Koalitionskollegen verkracht und mit dem Reichszentrum verbündet, das hierzu keine weitere Konzession nötig hatte als die Erklärung des Dr. Marx, daß er bisher ganz zu Unrecht für einen Republikaner gehalten worden sei (was sowieso nur bei Republikanern der Fall war). Wir werden also in Geduld abwarten, was der Münchener Untersuchungsausschuß weiterhin für Licht leuchten lassen wird.

Bei dieser Gelegenheit: Es gab schon früher einmal einen Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags, dem die Aufgabe übertragen war, die tatsächlichen Zustände in der Festung Niederschönenfeld im Hinblick auf den Todesfall des bayerischen Landtagsabgeordneten August Hagemeister zu ermitteln. Nun gibt es freilich die Festung Niederschönenfeld nicht mehr, aber es sei gestattet, daran zu erinnern, daß es einen Fall Hagemeister allerdings noch gibt. Am 16. Januar ist der Genosse Hagemeister 5 Jahre tot. Der Prozeß, den seine Witwe im Armenrecht gegen den bayerischen Fiskus führt, um ebenso wie die Witwe des im Moabiter Gefängnis zu Tode verarzten Reichspostministers Höfle eine Entschädigungsrente zu bekommen, ist bis jetzt noch nicht entschieden. Um der Untersuchung des Gerichts ein wenig auf die Strümpfe zu helfen und weil es mir ein quälender Gedanke ist, daß die Frau meines Freundes Hagemeister, der ihr als Steindrucker immer ein einigermaßen nettes Leben gesichert hatte, sich in furchtbar schwerer körperlicher Arbeit als Kellnerin ihr Brot verdienen muß, will ich daran erinnern, daß die Festung Niederschönenfeld, wie sie auch sonst keine Aehnlichkeit mit einer Festungsanstalt hatte, entgegen den ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen keine Krankenabteilung besaß und daß der Aufseher, der in der Sterbenacht mit dem Dienst für den Kranken beauftragt war, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen kein Sanitäter war. Wenn die ärztlichen Gutachten behaupten,

ten, kein Arzt hätte ahnen können, daß Hagemeisters Erkrankung tödlich verlaufen werde, so will ich dem nicht widersprechen, weil ich kein Arzt bin. Aber ich stelle meinen Eid zur Verfügung, daß Hagemeister selbst und daß wir, seine Freunde, als Laien nicht nur geahnt, sondern zweifelsfrei gewußt haben, wie es um ihn stand. Warum vernimmt man uns nicht endlich? Bewilligt der Witwe August Hagemeisters eine angemessene Lebensrente, so werden wir zugeben, daß nach 5 Jahren wenigstens eine Geste gemacht ist, um krasses Unrecht aus der Welt zu schaffen. Von Niederschönenfeld werden wir noch so lange reden, wie der Strafvollzug gegen uns alle fortgesetzt wird. Mir sind 15 starke Tagebücher, die intensive Arbeit etlicher Jahre, mit für meine Berufsarbeit unersetzlichem Inhalt beschlagnahmt worden und werden mir heute noch vorenthalten, dazu haufenweise Briefe, Broschüren, Zeitschriften, Papiere aller Art. Und wie mir, so jedem. Ja, Frau Hagemeister hat nicht einmal die von der Festungszensur beschlagnahmten Briefe ihres verstorbenen Mannes herausbekommen, noch die ihm nicht ausgelieferten von ihr. Der Strafvollzug in Bayern hört auch mit dem Tode nicht auf.

Vorläufig wollen wir einmal verlangen, daß wenigstens der Strafvollzug an den lebenden Objekten der bayerischen politischen Justiz aufhören möge. So lange Huber und Lindner nicht frei sind — verlaßt euch drauf mit eurer bayerischen Eigenart! —, werden wir euerm Untersuchungsausschüssen Material vorlegen, das wir vor der ganzen Welt selber untersuchen werden. Ganz besonders: solange Erhard Auer nicht dafür gesorgt hat, daß Lindner frei ist, werden wir dem deutschen Proletariat seine Beziehungen zum Grafen Arco zur Untersuchung vorlegen. Für heute nur dies: In Nr. 2 des FANAL stand zu lesen (S. 42), „daß Auer dem Grafen von Krankenbett zu Krankenbett . . . einen Chrysanthemenstrauß sandte“. Diese Darstellung muß bei näherer Untersuchung berichtigt werden. Auer hat dem Mörder seines Ministerchefs Eisner den Strauß nicht vom Krankenbett zu Krankenbett geschickt, sondern erst 1½ Jahre nach der Mordtat, als beide sich wieder der körperlichen Kräfte erfreuten, die ihnen die Betätigung der so vielfach gleichgerichteten Gesinnungen gestatteten. Ueberbringerin war Auers Tochter. Da der sozialdemokratische Führer seinem Kinde eine fromm christkatholische Erziehung auf den Weg gegeben hat, hielt er das junge Mädchen auch für die geeignete Uebermittlerin eines sinnigen Grußes an den christlichen jungen Mann mit der Repetierpistole. Der Besuch des sozialistischen Fräuleins bei dem royalistischen Jüngling fand statt, als der Graf von der Festung Landsberg Urlaub hatte, um in der chirurgischen Klinik in München die Beschwerden beseitigen zu lassen, die er noch von seinen Verwundungen am 21. Februar 1919 hinter dem rechten Ohr verspürte (er brauchte also nicht wie Hagemeister in einer elenden Disziplinärzelle zu verenden). Der duftige Gruß kam ganz über-

raschend für den Patienten, und an dem Strauß von weißen Chrysanthemen, den das Auer-Töchterchen überreichte, hing eine Visitenkarte, auf der stand: „Mit dem Wunsche baldiger Genesung sendet beste Grüße ergebenst der Unterfertigte, Abgeordneter Auer, Staatsminister.“ Daß es sich so verhielt, braucht nicht genauer untersucht zu werden. Es ist unter Eid vor Gericht bekundet worden, nämlich im Prozeß Auers gegen Albert Winter Anfang 1925, und zwar in der Zeugenaussage des Grafen Anton Arco-Valley.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht; aber die Schöffengerichte ermitteln die Weltgeschichte.

Republikanisches

Reichsverfassung, erster Hauptteil, erster Abschnitt, Artikel 1, erster Absatz: „Das deutsche Reich ist eine Republik“. Dies bedeutet nicht, daß der Präsident des deutschen Reichs unbedingt Monarchist sein muß. Es bedeutet nur, daß der Reichskanzler kein Republikaner zu sein braucht. Es bedeutet, daß die Matrosen der deutschen Kriegsmarine stramm zu stehen haben, wenn ein Familienmitglied des durchgebrannten Kaisers von ehemals, als Gast des republikanischen Kapitäns mit republikanischem Sekt bewirtet, sie mit huldvollen Worten an ihre Treuepflicht gegen die Monarchie zu erinnern geruht. Es bedeutet, daß die Vaterländischen Verbände auf Beschwerde eines Sohnes jenes Kaisers — der übrigens nicht mit der Kasse durchgebrannt ist, die Republik hat ihm die Kasse nachgeschmissen — den republikanischen Reichswehrminister rüffeln dürfen, weil Zweifel entstanden sind, ob noch sämtliche Reichswehrsoldaten zuverlässige Monarchisten seien. Es bedeutet ferner, daß republikanische Publizisten, wenn sie den Republikaner Geßler fragen, ob nicht der monarchistische Fememord Hintermänner in seinen republikanischen Büros gehabt hätte, die auf eine republikanische Anklagebank gehörten, selber drauf kommen und ins republikanische Gefängnis geschickt werden, und daß Republikaner, die monarchistische Restaurationspläne mit Material über Aufrüstungs- und Mobilisierungsaktionen zu belegen versuchen, vom republikanischen Reichsanwalt als Landesverräter verfolgt werden.

Somit also: Das deutsche Reich ist eine Republik. Ihre Betreuer stehen mit derselben Wucht ihrer Ueberzeugung auf dem Boden der Verfassung, mit der sie vor neun Jahren auf dem Boden der Tatsachen standen. In beiden Fällen haben sie sich als vorbildliche Bodenreformer bewährt. Denn sowohl der Boden der Tatsachen als auch der der Reichsverfassung hat sich unter ihren Tritten derartig gekrümmt und verbogen, daß, handelte es sich nicht eben um Boden, das Wort bodenlos naheläge. Da gibt es einen Artikel 153, dessen letzter Absatz lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“. Es bedarf keiner Verfassungsänderung, es bedarf nur der richtigen Leute,

die auf dem Boden der Verfassung herumtrampeln, um der blumigen Sprache dieser Bestimmung die rechte Deutung zu geben; dann würde ein minder poetisches Gemüt als die republikanischen Weimärchen-Dichter den Text etwa so lesen: Eigentum verpflichtet den, der keins hat. Sein Gebrauch darf auch Dienst sein für die Gemeinheit des Erstbesten.

Nämlich: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“ (Artikel 151 der republikanischen deutschen Reichsverfassung). Und: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs“ (Art. 157). Die Anwendung dieser Artikel geschieht in der Weise, daß beispielsweise das Trustkapital der eisenerzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie ein vom Reichstag aus Versehen beschlossenes Gesetz, wonach den Arbeitern der Metallwerke die achtstündige, dreigeteilte Schicht vom 1. Januar ab zuzugestehen sei, von sich aus aufhebt, indem es die Schließung aller zugehörigen Betriebe — selbstverständlich unter ordnungsmäßiger Innehaltung der Ankündigungsfrist — anordnet. Die Gewerkschaftsbözen kreischen und zappeln, der Arbeitsminister streichelt sie, schickt ihnen einen Landgerichtsrat als „Schlichter“; der regt einen Vergleich an, redet beiden Teilen hübsch zu und verhängt einen Schiedsspruch, der das Reichsgesetz aufhebt, die Arbeiter in die alte Fron zurückzwingt und den Unternehmern grade noch die Möglichkeit bietet, ihr Unmöglich! Unannehmbar! zu jammern und die Drohung mit der allgemeinen Aussperrung aufrecht zu halten.

Der Vorwärts, das Zentralorgan der Partei, die den Verfassungshütern von heute das republikanische Regieren beigebracht hat, indem sie den Achtstundentag abschaffte, das Streikrecht der Arbeiter aufhob, die „Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Kapital nebst dem Schiedsspruchverfahren einführte, erklärte den Vorstoß der Industriemagnaten als nicht gegen das Proletariat, sondern — viel schlimmer! — gegen den Staat gerichtet, drohte mit der Abrechnung bei den nächsten Wahlen, die den Noske am Ende wieder ministerreif machen könnten, und winkte sogar mit der Sozialisierung der rheinischen Stahlwerke, worunter die marxistischen Sozialisten aller Sorten bekanntlich Verstaatlichung verstehen. Der Schiedsspruch dämpfte die Begeisterung des Vorwärts ein wenig; die Verbindlichkeitserklärung durch Herrn Brauns hat diese republikanische Kanone zum Schweigen gebracht. Es ist nur noch ein leises Weinen vernehmbar — und die Wahlen! die Wahlen!

Die Kommunisten gaben von Anfang an die einzig richtige Parole aus: Generalstreik! Da sie aber meinen, die Arbeiter sollen den Generalstreik von den Gewerkschaftsführern verlangen, statt ihn unter Tritten vor die Gesäße dieser Herren von sich aus zu unternehmen, ist ihre Parole praktisch nicht mehr wert als der Wahltröst der Sozialdemokraten. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind ein Bestandteil des bestehenden republi-

kanischen Staates, können also garnichts unternehmen, was dem Privateigentum und somit der kapitalistischen Ausbeutung im geringsten Schaden zufügte. Es steht ja auch schon fest, daß die Spitzenverbände keineswegs die Absicht haben, der kommunistischen Forderung zu entsprechen. Sie werden sich als gute Republikaner gottergeben dem verbindlichen Spruch verbindlich empfohlen halten, froh, zu keinen unbequemen Maßnahmen genötigt zu sein.

Wie sich hingegen die Industriegewaltigen verhalten werden, steht noch lange nicht fest. Sie haben bis heute (21. Dezember) die Schließungsorder nicht widerrufen. Sollten sie es noch tun, so wäre das ein Aufschub, kein Verzicht. Denn wie diese Herrschaften auf dem Boden der republikanischen Verfassung tanzen, darin ist anderer Schwung als in der lächerlichen Hopserei derer, die sich an Gesetzparagrafen hängen und von denen dauernd um sich selbst gedreht werden. Wie das Kapital die Politik benutzt, um seine Wirtschaftsinteressen zu fördern, so benutzt es auch seine Wirtschaftsmacht, um die politischen Ziele zu erreichen, die sein Geschäft erleichtern. Meinen die Unternehmer, die Parlamentswahlen könnten tatsächlich so ausfallen, daß dadurch ihr Wirtschaftsplan gestört würde, — nun so werden eben keine Parlamentswahlen mehr stattfinden. Dazu unterhalten sie doch die vaterländischen Verbände und die bayerische Eigenstaatlichkeit und die Hugenbergpresse, damit sie den, der nicht gutwillig zur Schachtbank will, am Halfterbände des Artikels 48 der republikanischen Verfassung hinschleppen können. „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben“.

Kanton

Die Kuo Min Tang-Partei hat nach einem Jahre revolutionärer Aktion die Liquidation der chinesischen Revolution in eigene Regie übernommen. Die Kämpfe gegen die imperialistischen Eindringlinge, zu denen sie sich mit dem unterdrückten Proletariat verbündete, führten zu dem vorläufigen Ergebnis, daß die nationalistisch-konservativen Elemente der Partei zur Ausbeutung der einheimischen Arbeiter und Kleinbauern mit zugelassen wurden und die politische Gewalt in Südchina an sich bringen konnten. Wie sie sie ausübten, ist durch den vehementen Aufstand von Kanton bescheinigt worden, der unter den Losungen: Reis und Fleisch den Arbeitern, Grund und Boden den Bauern! ausbrach, die spontane Bildung von revolutionären Räten bewirkte, den Generalstreik über die ganze Provinz Kwantung ausbreitete und mit einer aus dem Boden gewachsenen roten Armee von 5000 bewaffneten Arbeitern und Bauern die von allen Seiten

herangezogenen Streitkräfte der Konterrevolution, bestehend aus Nordchinesen, Kuo Min Tang- und europäischen Soldaten, tagelang in Schach hielt. Die militärische Uebermacht siegte. Südchina ist der Schauplatz grauenvoller Orgien des weißen Terrors, der Massenmord wütet, und als weiße Henker toben allen voran gegen das Proletariat diejenigen, die eben diesem Proletariat erst vor wenigen Monaten ihren Sieg in der nationalen Revolution verdankt haben. Zugleich quittieren sie den Russen die Hilfe, die ihnen weit über das Maß des für die werktätige Bevölkerung Zuträglichen von der Moskauer Regierung zuteil geworden ist. Bucharin hatte mit erstaunlichem Mangel an politischem Weitblick den Augenblick verkannt, der während der nationalrevolutionären Erhebung der von den Kommunisten unterstützten Kuo Min Tang die Aufstellung klassenmäßiger Forderungen der Ausgebeuteten notwendig machte. Die russische Regierung sah nichts mehr als ihre russischen Staatsinteressen, die ihr durch den vollkommenen Sieg der liberalen Partei gewährleistet schienen. Sie verlangten von dem ihrem Einfluß zugänglichen Teil des südchinesischen Proletariats — und das war der aktivste Teil — statt der Organisierung der Arbeiter und Bauern in Räten und der Aufstellung eines konsequent sozialistischen Programms, von dessen Erfüllung die weitere Bundesgenossenschaft mit den Nationalrevolutionären abhängig zu machen war, die völlige Unterordnung unter die Kuo Min Tang-Führung. Mit russischer Finanzierung, mit russischer Bewaffnung führt jetzt diese nur noch von kapitalistischen Ausbeuterinteressen angetriebene Parteibonzensschaft den Kampf weiter — im Bunde mit dem englischen Imperialismus und in offenem Kriege gegen ihre russischen Wohltäter. Mit den chinesischen Kulis verbluten in diesem Kriege russische Emissäre und Konsulatsbeamte. Es ist zwecklos, den Verrat der chinesischen Bourgeoisie fortgesetzt als Verrat zu beschimpfen. Zweck hat dagegen, begangene Fehler als Fehler einzusehen und einzugestehen. Zweck hat es, zuzugeben, daß die russische Opposition in der chinesischen Frage klarer geurteilt hat als die regierende Obrigkeit in Moskau. Für alle Revolutionäre der Welt aber, die dem Dogma der Unfehlbarkeit irgendwelcher Personen, Instanzen oder Zentralen nicht huldigen, ergibt sich aus der entsetzlichen und tragischen Niederlage der Russen in China, die ein Sieg Englands ist und in Wahrheit von den Proletariern und Bauern des Kanton-Gebietes bezahlt wird, die eindringliche Lehre, daß die Staatsinteressen auch eines revolutionierten Landes nicht identisch sind mit den Revolutionsinteressen des internationalen Proletariats, und daß nie, nie eine Arbeiter- und Bauernrevolution von oben und gar von außen geleitet werden kann.

Die chinesische Revolution ist nicht am Ende, sondern am Anfang. Der Boden des ungeheuren Landes ist vollständig unterwühlt. China ist der zur Zeit tätigste Vulkan des revolutionären Weltbens. Die jüngsten Ereignisse in Kanton decken schwere Fehler eines falschen Systems auf.

Kein Revolutionär hat Ursache, sich über den furchtbaren Schlag, den die Bolschewisten dort erlitten haben, zu freuen und selbstgefällig mit seiner besseren Voraussicht zu prahlen. Aber jeder Revolutionär hat Ursache, aus der Niederlage, die eine Niederlage des Staatsprinzips und des Zentralismus ist, in ernster Kritik zu lernen.

M. G. Conrad

Die Literatur-Generation, die vor 40 Jahren gegen die in Kultur und Künsten zu Tage tretende Verlogenheit im neuen deutschen Militär-Kaiserreich rebellierte, und gegen den verbissenen Widerstand aller reaktionären Mächte dem in Frankreich von Zola schon durchgesetzten Naturalismus in Deutschland Eingang schuf, stirbt allmählich aus. Vor wenigen Wochen schloß der große polnische Dichter Stanislaw Przybyszewski die Augen, dessen deutsch geschriebene Romane auf uns Junge von 1900 tief aufwühlend wirkten. „Im Anfang war das Geschlecht, nichts außer ihm, alles in ihm“, stand über Przybyszewskis „De profundis“, eine für die Zeit der Prüderie und der heuchlerischen Sexualmoral durchaus revolutionäre Sentenz. Der Einfluß des Polen auf die vergangene Periode der deutschen Literatur war gewaltig. Ihm folgte vor einem Monat Maximilian Harden, von dessen politischer Persönlichkeit im vorigen Heft gesprochen wurde, dessen Einwirkung auf die kulturelle und literarische Entwicklung seiner Zeit aber gleichfalls sehr bedeutend war. Und jetzt ist auch der eigentliche Führer im Kampfe gegen die Konvention und den Kitsch gestorben, der Nestor der naturalistischen Epoche, Michael Georg Conrad. Er war der Begründer der Münchener „Gesellschaft“, einer Zeitschrift, die in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf dem Gebiete der Literatur und Kunst der Revolution vorarbeitete, deren sozialen Teil wir Jüngeren verwirklichen wollten und im Bunde mit den Jüngsten noch zu verwirklichen hoffen. Ich las in einem Nachruf, M. G. Conrad sei in seinen alten Tagen verknöchert Monarchist gewesen. Das ist möglich, aber garnicht wichtig. In die Nachwelt geht er nicht als 80jähriger Reaktionär, sondern als 40jähriger Kämpfer ein, und tapfer war er bis zuletzt. Als ich kurz nach der Entlassung aus Niederschönenfeld nach München kam, gingen mir viele ängstlich aus dem Wege, die mich früher gut gekannt hatten. Da traf ich zur belebtesten Mittagszeit auf dem Hauptpostamt den alten Conrad, der mich mit lautem Freudenruf mitten unter den Menschen umarmte. Und als ich ihm meine Broschüre „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ geschickt hatte, schrieb er mir mit begeisterter Zustimmung seinen Glückwunsch. Kann sein, daß der Greis die Ideen der Jugend nicht mehr verstand. Reaktionär war er nicht, denn am Kampfe der Jungen hat er sich bis zuletzt gefreut.

Gefangene heraus

Nach Schluß der Redaktion kommt die höchst erfreuliche Nachricht, daß die Genossen Alais Lindner und Georg Huber aus dem Straubinger Zuchthaus entlassen sind. Endlich! Endlich! Denken wir jetzt nicht an die Fußangel der achtjährigen Bewährungsfrist, die ihnen das Gehen auf den Pfaden der bayerischen Tugend versüßt. Freuen wir uns mit den braven Genossen. Willkommen! Willkommen! Nun aber raus mit den Füßener Genossen Röger, Köpf und den andern! Wir werden nicht schweigen, bis wir sie alle wieder haben, in Bayern und überall.

Wir werden nicht schweigen. Und wir werden unsre Stimmen mischen in die der andern, die den ihrigen Solidarität erweisen. Die Stahlhelm-Organisaton hat den Ruf erhoben: Generalamnestie! Wir nehmen ihn auf. Selbstverständlich sollen Schulz und Klapproth und Fuhrmann und Techow und wie die verurteilten Nationalisten sonst heißen mögen, frei werden. Selbstverständlich sollen die Mörder Erzbergers außer Verfolgung kommen. Wir Revolutionäre haben gar keinen Anlaß, von dem Staat, den wir bekämpfen, zu verlangen, daß er irgendeinen unsrer Feinde verfolgt, einsperrt oder hinrichtet. Wenn es dem Stahlhelm mit der Forderung ernst ist, daß alle politischen Gefangenen ausnahmslos amnestiert werden sollen, noch vom gegenwärtigen Reichstag, noch in der nächsten Woche, — aber ohne Schliche und ohne die Möglichkeit, durch Auslegungen oder durch Beschränkung auf Reichsangelegenheiten oder durch irgendwelche Mittelchen die proletarischen Gefangenen und Verfolgten zu benachteiligen, dann bin ich Opportunist genug, ihm für diesen Zweck meine Bundesgenossenschaft anzubieten. Jawohl, ich bin bereit, als Referent in einer Stahlhelmversammlung zu sprechen, und sei es in einer Hitlerversammlung, und den Hakenkreuzlern zu sagen: Ihr zeigt euern Genossen Kameradschaft und Treue. Eure Kameraden und die unsern haben die gleiche Sehnsucht nach Freiheit, helfen wir ihnen gemeinsam. Den Kampf, den wir einmal gegeneinander auszutragen haben, den brauchen wir uns heute nicht von den Staatsbehörden abnehmen zu lassen. Nehmt ihr eure Gefangenen, wir nehmen die unsern in die Kampf-reihen — und wenn die Stunde da ist, dann die Hemdsärmel hoch!

Helft!

Für die gefangenen und verbannten Anarchisten, denen die russische Jubiläums-„Amnestie“ nichts als Enttäuschung und Beleidigung brachte, ist finanzielle Hilfe notwendig. Geldsendungen werden dringend erbeten an die Adresse:

A. S. Bergmann, 120 Rue Tahère, St. Cloud (S. & O.), Frankreich.

Anarchistische Vereinigung Berlin

**Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziehlstraße 64**

Von der Bekanntgabe der Tagesordnung wird abgesehen, da die Genossen der ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG übereinstimmend der Auffassung sind, daß allgemeine Vorträge über prinzipielle Fragen mit weitschweifiger Diskussion nicht so wichtig sind wie die regelmäßige Erörterung der Tagesereignisse und der durch sie für das revolutionäre Proletariat unmittelbar erwachsenden Probleme und Aufgaben.

Gäste sind stets willkommen, besonders wäre ein engeres Zusammenarbeiten mit der antiautoritären Jugend erwünscht.

Die außerordentlich aggressiven Maßnahmen des Ausbeutertums gegen das Proletariat und die gesteigerte Aktivität der faschistischen Reaktion erfordern vermehrte Wachsamkeit und engeren Zusammenschluß der Anarchisten und aller benachbarten revolutionären Gruppen.

Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. **Helene Stöcker**
Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

OST-EUROPA

**Zeitschrift für die gesamten Fragen
des europäischen Ostens**

im Auftrage der

Deutschen Gesellschaft zum Studium Ost-Europas
in Verbindung mit Otto Aubagen, Berlin; Otto Goebel, Hannover;
Arthur Luther, Leipzig; Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche
Wirtschaft, Königsberg; Richard Salomon, Hamburg; Friedrich
Schöndorf, Ost-Europa-Institut, Breslau; Hermann Schumacher,
Berlin; Max Sering, Berlin; Kurt Wiedenfeld, Leipzig
herausgegeben von

Professor Dr. Otto Hoetzsch, M.d.R.

Erscheint monatlich im Umfange von etwa 64 Seiten.

Vierteljährl. Bezugspreis 9 RM. 3. Jahrg. Probeheft unberechnet.

Eine bedeutsame Neuerscheinung:

Die Arbeitsschule in Sowjetrußland

Herausg. von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Ost-Europas,
Groß-Oktav, 48 Seiten, steif gehoftet RM. 1.30

Eines der interessantesten Probleme für Erzieher wie Laien ist das neue russische Schulwesen. Es entspricht der Anteilnahme der deutschen Öffentlichkeit, daß die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas anläßlich der von ihr mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstalteten Ausstellung des Volksbildungskommissariats der U. d. S. S. R. und der Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Auslande in Moskau über die russische Arbeitsschule einen instruktiven Führer herausgibt, der in grundlegenden Aufsätzen die Sowjetpädagogik aus der Feder führender russischer Schulmänner behandelt und somit erstmalig amtliches Material über die interessanten Arbeitsschulverhältnisse in Rußland bietet.

Im OST-EUROPA-VERLAG
Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.



fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Die Krise des Bolschewismus – Organisation
und Freiheit – Zur Amnestieforderung – Neue
Rußland-Literatur – Korruption

NR. 5

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGA NG 2

BERLIN

FEBRUAR 1928

Anarchistische Vereinigung Berlin

**Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64**

Regelmäßige Erörterung der Tagesereignisse und der durch sie für das revolutionäre Proletariat unmittelbar erwachsenden Probleme und Aufgaben. — Gäste sind stets willkommen, besonders wäre ein engeres Zusammenarbeiten mit der antiautoritären Jugend erwünscht. Die außerordentlich aggressiven Maßnahmen des Ausbeutertums gegen das Proletariat und die gesteigerte Aktivität der faschistischen Reaktion erfordern vermehrte Wachsamkeit und engeren Zusammenschluß der Anarchisten und aller benachbarten revolutionären Gruppen.

**Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN
i. A.: Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10**



Die Neue Generation

**Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker
Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—**

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

**Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den**

**VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 5

Februar 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlauchingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Die Krise des Bolschewismus

„Wir ergreifen diese Gelegenheit, den berühmten Führern der deutschen Kommunistenpartei zu huldigen, den Bürgern Marx und Engels vor allem, und ebenso dem Bürger Ph. Becker, unserm früheren Freunde und jetzigen unversöhnlichen Gegner, die, soweit es einzelnen gegeben ist, etwas zu schaffen, die wahren Schöpfer der Internationale gewesen sind. Wir huldigen ihnen um so lieber, als wir gezwungen sein werden, sie bald zu bekämpfen. Unsere Achtung für sie ist rein und tief, aber sie geht nicht bis zur Götzenanbetung und wird uns niemals dazu hinreißen, ihnen gegenüber die Rolle von Sklaven zu übernehmen. Und obgleich wir volle Gerechtigkeit den ungeheuren Diensten widerfahren lassen, die sie der Internationale geleistet haben und selbst jetzt noch leisten, so werden wir doch bis aufs Messer bekämpfen ihre falschen autoritären Theorien, ihre diktatorischen Anmaßungen und jene Manier unterirdischer Intrigen, eitler Umtriebe, elender Persönlichkeiten, unreiner Beleidigungen und infamer Verleumdungen, die auch sonst die politischen Kämpfe fast aller Deutschen kennzeichnen und die sie unglücklicherweise in die Internationale verschleppt haben.“ Diese Sätze schrieb Michael Bakunin im Jahre 1871, als an der Absicht der Marx, Engels und Becker, die Internationale durch den Ausschluß der Bakunisten zu spalten, schon kein Zweifel mehr bestand. Franz Mehring, aus dessen Marx-Biographie ich zitiere, bemerkt dazu: „Das war gewiß hinlänglich grob, aber nie hat sich Bakunin dazu hinreißen lassen, die unsterblichen Verdienste zu bestreiten, die sich Marx als Gründer und Leiter der Internationale erworben hat.“ Max Nettlau hat in seinem wichtigen Werk „Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin“ (Verlag „Der Syndikalist“, Berlin 1927) den dokumentarischen Nachweis erbracht, daß

Marx „keinen Finger gerührt hat, zur Gründung der Internationale beizutragen“ Ob Bakunin diese negative Rolle seines Gegenspielers in der revolutionären Arbeiterbewegung gekannt hat, ist kaum anzunehmen. Aber hätte er selbst gewußt, wieviel energischer und fruchtbarer seine eigene Tätigkeit und die seiner Freunde das Zustandekommen der ersten Internationalen Arbeiter-Assoziation gefördert hat als die der Staatskommunisten, so empfand er für die Verfasser des kommunistischen Manifestes und besonders für Karl Marx, dessen Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems er dankbar bewunderte, genügend kameradschaftliches Gerechtigkeitsgefühl und unabhängig davon genügend Sauberkeitsbedürfnis, um die widerwärtigen Methoden der Diffamierung, die die Marxisten gegen ihn anwandten, auch nur in der Abwehr zu übernehmen. Das erkennt Mehring an, indem er sagt: „Den tiefen Gegensatz, der ihn von Marx und dessen ‚Staatskommunismus‘ trennte, verleugnete Bakunin keinen Augenblick, und er sprang nicht sanft mit dem Gegner um. Aber immerhin stellte er ihn nicht als ein nichtswürdiges Subjekt hin, das nichts als seine eigenen verwerflichen Zwecke im Auge hätte.“

Kein Zweifel: vom Standpunkte der echten bolschewistischen Nachfolger der Marx und Engels betrachtet, hat Marx, der den Widersacher mit den schimpflichsten persönlichsten Schmähungen und Verleumdungen verfolgte, „leninistisch“, Bakunin hingegen, der diese Mittel verachtete, „unleninistisch“ gehandelt. Mindestens läßt sich mit dem bei Parteikommunisten üblichen Verfahren, Zitate ihrer verstorbenen oder noch nicht abgehalfterten Autoritäten als Wahrheiten von ewigem Evangeliumswert auszutrompeten, Lenin; den man auf diese Weise für und gegen alles verwenden kann, als Theoretiker der Verächtlichmachung Andersmeinender vortrefflich heranziehen. In der Tat hat Lenin, im Jahre 1907 vor ein Parteigericht gestellt, dort folgende Bekenntnisse abgelegt: „Was unzulässig ist unter den Mitgliedern einer einzigen Partei, ist zulässig und obligatorisch zwingend zwischen den Teilen einer gespaltenen Partei. Man darf über Parteigenossen nicht in einer Sprache schreiben, die bei den Arbeitermassen Haß, Ekel, Verachtung usw. zu den Andersdenkenden wachruft. Man darf und soll aber so schreiben, wenn es sich um eine abgesonderte Organisation handelt.“ „Vom Standpunkt der Psychik ist es vollkommen klar, daß der Bruch jeglicher organisatorischen Verbindung unter Genossen schon an sich den äußersten Grad der gegenseitigen Erbitterung und des zur Feindschaft gewordenen Hasses bedeutet.“ (Zitiert aus Ernst Drahn's Bibliographie „Marx, Engels, Lasalle“ bei R. L. Prager, Berlin 1924).

Endlich noch eine Aeußerung des Marxisten Mehring, die ihn, grade in dem Werk, das in ergebener Verehrung dem Andenken von Karl Marx gewidmet ist, bei Beurteilung der Formen, in denen Marx und Engels den Kampf gegen Bakunin führten, zu seinen

Meistern im scharfen Gegensatz zeigt: „Doch verdunkelten sie nur ihr eigenes Recht, wenn sie behaupteten, die Internationale sei an den Umtrieben eines einzelnen Demagogen untergegangen Man muß es in der Tat mit den heutigen Anarchisten halten, wenn sie sagen, es sei nichts unmarxistischer als die Vorstellung, daß ein ungewöhnlich boshafte Individuum, ein ‚höchst gefährlicher Infiltrant‘, eine proletarische Organisation, wie die Internationale, habe zerrütten können, und nicht mit jenen gläubigen Seelen, denen jeder Zweifel daran, daß Marx und Engels immer genau das Pünktchen auf i gesetzt haben, die Haut schaudern macht. Die beiden Männer selbst freilich würden, wenn sie heute sprechen könnten, nur ätzenden Hohn übrig haben für den Anspruch, daß die rücksichtslose Kritik, die immer ihre schärfste Waffe gewesen ist, vor ihnen selbst abdanken solle.“ („Karl Marx, Geschichte seines Lebens“, Leipziger Buchdruckerei A.-G., 1918).

Die beiden Männer können nicht mehr sprechen, und so bleibt Mehrings liebevolle Vermutung unwiderlegbar, obschon sie den nichtmarxistischen Kennern ihres Verhaltens, wenn wirklich jemand Kritik gegen sie gewagt hat, und den Beobachtern des Gebarens ihrer legitimen Nachfolgerschaft mehr als fragwürdig vorkommt. Die Frage allerdings, um die sich die unterschiedlichen Marxisten gegenseitig in jener Sprache Belehrungen erteilen, „die bei den Arbeitermassen Haß, Ekel, Verachtung usw. wachruft“, die Frage, welcher marxistischen Richtung Marx selbst die Vollmacht geben würde, alle andern Marxisten als Halunken, Konterrevolutionäre, Banditen, Spitzel, Verräter und Knechte der Bourgeoisie zu bezeichnen, ist sehr schwer zu entscheiden, da er als Praktiker wohl der erste Stalinist, als Theoretiker aber zweifellos Kautskyaner gewesen ist. Noch schwieriger ist die Frage zu beantworten, welcher Gruppe der Leninisten Lenin angehören würde, wäre er noch am Leben. Jede nimmt ihn in Anspruch, jede zitiert ihn, und jedes Zitat zeigt ihn einer anderen Verbindung zugehörig; denn keiner hat es nötig, seine Zitate zu fälschen, mit denen ihn Rykow und Bucharin als Stalinschen Kulakenhäuptling, Radek und Trotzki als Vernichter der neuen kapitalistischen Privilegien, Fischelew und Sorin als Befreier aus den Kerkern der GPU, Sinowjew und Kamenew als reutigen Bekenner der Ueberzeugung anderer Leute und Saprnow und Rakowski als Reisebegleiter nach Turkestan oder dem polaren Sibirien reklamieren. Wir haben gar keinen Grund, uns in die Streitereien einzumischen. Denn, was diese oder jene Autorität getan hätte und was geschehen wäre, wenn der Einfluß dieses oder jenes Toten noch wirken könnte, das sind keine der revolutionären Polemik würdigen Probleme. Nichts was unter bestimmten Voraussetzungen mit bestimmten Zwecken je gesagt und geschrieben worden ist, hat dauernde Geltung. Nur solche Feststellungen, die auf unveränderliche Eigenschaften von Menschen und Verhältnissen Bezug haben, sind von Bestand. Wollt ihr

durchaus Lenin zitieren, so nehmt den Satz, den ich in der „Plattform“ der Sapronow-Opposition „Vor dem Thermidor“ finde (bei Fritz Erulat, Hummelsbüttel, Post Fuhlsbüttel, Hamburg), und den ich aus dem Zusammenhang der Parteidiskussion herausnehme und ins Leben stelle: „Wer aufs Wort glaubt, der ist ein hoffnungsloser Idiot, den man mit einer Handbewegung abtut.“

Für Anarchisten, das kann nicht deutlich genug ausgesprochen werden, besteht gar kein Anlaß, in dem die russische Kommunistenpartei und mithin die kommunistische Partei-Internationale durchtobenden Kampf für eine, gegen eine andre Richtung Partei zu nehmen. Möge uns achtungsvolle Sympathie für die Tapferkeit gewisser beteiligter Persönlichkeiten bewegen, Verachtung gegen die würdelose Kriecherei und Rechnungsträgererei anderer, Entrüstung über die demagogische Skrupellosigkeit herrschsüchtiger Bürokraten oder Tyrannen, tiefes Mitleid mit den Opfern der Auseinandersetzung, von deren Schicksal der erschütternde Abschiedsbrief Joffes Zeugnis gibt, — wir haben die Vorgänge nicht unter organisationsegoistischen Gesichtspunkten zu beurteilen, sondern als weltgeschichtlich höchst bedeutsames Symptom: die Krise des Bolschewismus ist die Krise eines falschen sozialistischen Prinzip; sie ist die Krise des autoritären Sozialismus, des Staatssozialismus, des Zentralismus als revolutionäre Organisationsform und somit schlechthin die Widerlegung des Marxismus in der revolutionären Praxis.

Ein ganz kurzer Rückblick: Im September 1917 erheben sich in Petersburg die Arbeiter selbständig und keineswegs „unter Führung“ irgendeiner Partei gegen die konterrevolutionäre Regierung der Menschewiken und Kerenski-Kleinbürger. Bauernaufstände und Frontmeutereien dehnen die proletarische Revolution, deren Parole „Alle Macht den Räten!“ heißt, über das ganze Land aus. Am 7. November erklären sich die Sowjets souverän. An dieser Aktion, der ersten organisatorisch vorbereiteten Tat der neuen Revolution, beteiligen sich geschlossen die Anarchisten, Maximalisten, linken Sozialrevolutionäre (Narodnici), ferner — unter Leitung Lenins und Trozki — ein Teil der Bolschewiken, gegen die ein anderer Teil — unter Sinowjew und Kamenew — in Opposition tritt. Nach dem Siege der geeinten, organisierten und nicht organisierten, revolutionären Arbeiterschaft schließt sich die bolschewistische Partei wieder zusammen. Aus den hervorragendsten Persönlichkeiten der verschiedenen beteiligten Formationen wird ein Rat der Volksbeauftragten gebildet, untergeordnet den aus Delegationen der proletarischen und bäuerlichen Betriebskörperschaften bestehenden, frei gewählten Sowjets. An die Spitze des Rats tritt der populärste, durch Entschlußkraft und Willensklarheit besonders ausgezeichnete Führer der Bolschewiken, N. Lenin. Durch energische revolutionäre Dekrete wird in gemeinsamer Arbeit die bisher mächtige Klasse völlig entrechtet, der Kapitalismus entwurzelt.

der alte Staat total zerstört, der Grund gelegt zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Zur Lösung der schwierigsten aller Fragen, des Agrarproblems, wird das den Narodnici und Anarchisten gemeinsame Bauernprogramm angenommen, nach Lenins Ausdruck „mit Haut und Haaren geschluckt“. Es folgt das deutsche Ultimatum von Brest-Litowsk, das die Einigkeit zwischen den Revolutionären radikal sprengt. Lenin setzt gegen die Meinung der Anarchisten, deren Standpunkt von Trotzki geteilt wird, die Annahme der deutschen Kapitulationsbedingungen durch. Hier verläßt die russische Revolution die bis dahin mögliche Parallele mit der Pariser Kommune, die sich zur Fortsetzung des Krieges als revolutionären Kampfes bekannte; hier setzt zugleich die Parallele mit der großen französischen Revolution ein. Der Bolschewismus entschließt sich zur Uebernahme jacobinischer Methoden; die zuerst bakunistisch verlaufene Revolution nimmt die Formen des Blanquismus an, die Allmacht der Sowjets weicht der Diktatur einer einzelnen Partei. In bewaffneten Kämpfen gegen die Anarchisten (Moskau, April 1918), denen zahllose Füsillierungen, Verhaftungen, Verschiebungen, Ausweisungen und Verfolgungen erst der Anarchisten-Syndikalist, dann der linken Sozialrevolutionäre und Maximalisten und schließlich der Arbeiteropposition aus den eigenen Reihen (Mjasnikow) folgen, wird, wobei Trotzki die Hauptaufgabe zufällt, die Allgewalt des Parteiapparates erzwungen. In der Ukraine wehren sich die Bauern unter Machno jahrelang verzweifelt ihrer auf freien Räten aufgebauten Selbständigkeit, während sie zwischendurch, sogar im Bündnis mit Trotzki, gegen Denikins, Wrangels und Petljuras weiße Truppen kämpfen. Der letzte Versuch, die Freiheit der Sowjets zu retten, ist der Matrosen- und Arbeiteraufstand in Kronstadt, dessen Unterdrückung in furchtbar blutigem Kampf der Regie Kalinins, Sinowjews und Trotzkis gelingt. Die Interventionen der kapitalistischen Internationale waren währenddem in gemeinsamen Anstrengungen der revolutionären Arbeiter und Bauern aller Richtungen, die sich hierzu wilig in die Rote Armee einreihen und sich der bolschewistischen Führung Trotzkis, Budjonny's, Fruneses usw. gern anvertrauten, abgeschlagen. Die Konsolidierung Sowjetrußlands als Staat begann.

In diesem Zusammenhange soll nicht von der Staatspolitik der Bolschewisten gesprochen, nicht untersucht werden, ob objektive oder subjektive Gründe die Stärkung des Kulakentums bis zu neuer Ausbeutung der kleinen Bauern, die Zulassung der Nep und damit einer neuen luxustreibenden Bourgeoisschicht, die Umgestaltung der früheren Roten Armee zu einem stehenden Heer mit allgemeiner Wehrpflicht, die Bündnispolitik mit den kapitalistischen Mächten und selbst die Konflikte zwischen dem Staat als Arbeitgeber und den Industriearbeitern, um Arbeitszeit und Akkordlöhne willen, verschulden. Darüber mögen sich die zankenden Gruppen der Bolschewisten wechselseitig die Köpfe zerbrechen. Der hier

vertretene Anarchismus begreift alle diese Erscheinungen als die natürlichen Folgen des zentralistischen, des staatssozialistischen Systems und kann auf die die marxistischen Kreise bis zur Selbstvernichtung aufregende Frage, ob der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande möglich sei, immer nur erwidern: sicherlich nicht in einem Staate. Denn der Staat ist die Einrichtung des ökonomisch ausbeutenden Monopols, ist politischer Behälter des Kapitalismus, kann nichts anderes sein, nie etwas anderes werden und muß sich, wird er auch für andre Zwecke geschaffen, immer wieder und immer nur mit den Elementen der kapitalistischen Ausbeutung füllen. Wenn die Bolschewisten bestreiten, daß Rußland hierfür den Beweis liefere, wenn sie tausend Gründe geltend machen, daß keine andre Verwaltung die Schäden der russischen Zustände hätte verhindern können, so ist darauf zu sagen: Warum habt ihr's denn nicht versucht? Warum habt ihr die Räte-Verfassung nicht in Kraft gesetzt? Warum habt ihr den Sowjets alle Macht genommen? Hättet ihr mit der Ueberstülpung der Räte-Organisation mit einem bürokratischen Staatsapparat die Schäden vermieden, die euch von Bakunin und den Anarchisten vorausgesagt wurden, dann hättet ihr ein Recht, den unverfälschten Sowjetismus zu hohnen. Jetzt aber haben wir das Recht zu erklären, unsere Auffassung von revolutionärer Organisation zum Aufbau des Sozialismus ist dank eurer gewalttätigen Verhinderung noch praktisch unerprobt, aber gerade darum noch völlig unkompromittiert. Wenn Bürger und Menschewiken behaupten, in Rußland sei der Sozialismus als undurchführbar erwiesen, so sagen wir: in Rußland ist der Staatszentralismus als sozialistischer Aufbau-Mechanismus widerlegt. Die Parteidiktatur ist widerlegt. Die Räterepublik, aufgebaut von unten nach oben als föderalistische Ordnung der freien Initiative schaffender Kräfte ist in Rußland nicht lebendig gemacht worden. Sie wird die Organisationsform des Sozialismus sein.

Was zur Zeit in Rußland vorgeht, kann die Erkenntnis des Kardinalfehlers der Marxisten sehr fördern. Nachdem die Vertreter der freien Räteidee vollkommen ausgeschaltet waren, vor der Masse des Proletariats und der revolutionären Landbevölkerung als Gegenrevolutionäre, Verräter, Abtrünige verlästert und aus dem Herzen der Menschen, für die sie kämpften, herausgerissen, stand auf leuchtender Höhe vor diesen gläubigen Menschen das Häuflein Führer, das in unfehlbarer Weisheit allein wußte und lenkte und dem Glück der Gesamtheit die Zügel hielt. Es waren die Führer der einzigen marxistisch-leninistischen Partei, jeder von ihnen umstrahlt von der Gloriele unermeßlicher Verdienste, unbeirrbarer Klarheit des Wissens, des Könnens, des Urteilens und des Bannertragens. Der Glaube an die Heiligen der orthodoxen Kirche, in langen Generationen unwandelbar gefestigt, war von der Revolution entrodet, und der Glaube an die Größe und jeder Kritik ent-

zogene Weisheit der bolschewistischen Leiter der russischen Geschichte, die einig und stark über den Massen thronen, war ebenso tief in die Seelen gedrungen. Und nun ereignet es sich, daß diese Halbgötter untereinander das Raufen anfangen, einander unflätig beschimpfen, mit jedem Unrat bewerfen, und die Bilder der Männer, die seit zehn Jahren an der Wand hingen, da wo früher das Zarenbild neben dem Hausaltar glänzte, sie müssen zerrissen werden, will man nicht selbst in den Verdacht geraten, Verräter und Renegat zu sein. Einer nach dem andern hat den Heiligenschein eingebüßt. Nun stehen nur noch drei Mann vornedran, allen sichtbar als die allein zu verehrenden Führer mit ihrem Anhang. Werden sie nicht auch noch ins Prügeln geraten? Werden sie sich nicht auch noch gegenseitig als Schurken beschimpfen, die noch nie an das Proletariat, immer nur an sich selbst gedacht haben, wie jener Trotzki? oder die schlecht riechen wie jener Radek? oder die die Lakaien sind der Bourgeoisie und der englischen Feinde, wie jener Smirnow? Der Glaube an die Autorität ist getötet! Die autoritärsten Herrscher der Geschichte haben es vollbracht.

Soll man nun alle die „Plattformen“ nebeneinander stellen, mit denen jede bolschewistische Gruppe an Hand von Marx- und Lenin-Zitaten zu beweisen sucht, daß sie die wahren „Thesen“ vertritt? Ich möchte den Parteikommunisten sehen, der die theoretischen Finessen alle erklären könnte, mit denen die Vertreter der verschiedenen Leninismen einander die revolutionäre Ehre abschneiden, und durch die sie sich von einander unterscheiden. Aber es handelt sich nicht um taktische oder politische Fragen. Es handelt sich bei den ganzen Auseinandersetzungen einzig um die Disziplin! Was die Mehrheit, vielmehr was der Apparat, von dem die Mehrheit dirigiert wird, für richtig, gut und bolschewistisch ausgibt, das ist richtig, gut und bolschewistisch. Ein neuer Gedanke, hineingeworfen in ein aufgezogenes automatisch laufendes System, könnte zu neuen Erwägungen, zu neuen Entschlüssen nötigen. Das duldet keine Bürokratie. Die bolschewistischen Gruppen aber, die jetzt, wo sie selbst im Räderwerk des bürokratischen Mechanismus hängen, die Gefahr dieser Maschinerie merken, die haben, als sie selber das Uhrwerk aufziehen durften, gegen Anarchisten und linke Oppositionelle genau das gleiche getan, was jetzt mit ihnen geschieht. Vorerst ist keiner der oppositionellen Gruppen zu glauben, daß sie etwas anderes erstrebt, als den Apparat in die eigenen Finger zu kriegen und andre drin zappeln zu lassen. Man braucht nur die Sektionen der Kommunistischen Internationale im Auslande zu kennen, um zu wissen, mit welcher Leichtigkeit bei jeder neuen Papstwahl die Kleriker ihren Glauben den jeweiligen allerhöchsten Wünschen anpassen können. Wir haben in der deutschen Partei doch hierin schon erstaunliche Dinge erlebt.

Was, möchte man fragen, täte wohl die Kommunistische Partei mit einem Mitgliede, dem es beikäme, heute folgende Meinung aus-

zusprechen: „Vom ersten Augenblick des Sieges an muß sich das Mißtrauen der Masse der Arbeiter nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein exploitierten will!“? — Wahrscheinlich würde ein Mensch mit so perversen Ansichten ausgeschlossen und zu den Renegaten gejagt werden. Uebrigens ist der Satz auch schon alt. Er wurde im März 1850 geschrieben, und zwar von Karl Marx, demselben Karl Marx, aus dessen Kommunistischem Manifest jedes Mitglied der K. P. D. die Worte ins Mitgliedsbuch eingedruckt trägt: „Die Kommunisten stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen“.

Lacht nicht, Genossen — es ist zum Weinen.

Organisation und Freiheit

Vergessen wir nie, daß kein Herrschaftssystem sich lediglich auf die brutale Gewalt stützt, wie dies so oft gedankenlos behauptet und immer wieder behauptet wird. Jede Autorität stützt sich in erster Linie auf den Glauben der breiten Massen an ihre Notwendigkeit und Unabänderlichkeit. Erst wenn dieser Glaube unterminiert ist, beginnt eine Epoche des revolutionären Geschehens. Als Louis XIV. starb, trauerten sogar die Leibeigenen; als aber der Tod Louis XV. hinwegraffte, mußte man seine Leiche im Galopp zur Gruft fahren, und die Bauern warfen dem Sarge Steine nach. Der Glaube im Volke war verschwunden; nun herrschte bloß noch die nackte Gewalt. Aber dieser Zustand leitete auch die Periode der Revolution ein. Diese Erfahrungen der Geschichte sollten uns überall bewegen, mit dabei zu sein, wenn die Autorität auf irgendeinem Gebiete ent wurzelt wird. Begreift der Mensch erst die ganze Unnützlichkeit und direkte Gefahr der Autorität auf einem gewissen Gebiete, dann fällt es schon viel leichter, ihm die Schädlichkeit des autoritären Denkens auf jedem anderen Gebiete klar zu machen. Das sollten wir niemals aus dem Auge verlieren.

Aber es gibt noch immer eine ganze Anzahl Anarchisten, die jeder Tätigkeit auf einer breiteren Basis abhold sind, weil sie dadurch gezwungen wären, aus dem engen Rahmen kleiner Gruppen hervorzutreten und in der Öffentlichkeit zu wirken. Dies aber erscheint ihnen als ein Verstoß gegen das Prinzip, da sie den Standpunkt vertreten, daß die Reinheit einer Idee nur in kleinen Gruppen gewahrt werden könne. Diese Behauptung ist ein Anarchismus, denn wäre sie richtig, dann dürften wir nie von einer anarchistischen Gesellschaft träumen. Wir müßten uns vielmehr damit zufrieden geben, immer nur im kleinsten Kreise zu wirken und nie aus unserer Haut herauszugehen. Es waren dieselben Gedankengänge, welche manche Anarchisten zu ausgesprochenen

Gegnern des Organisationsprinzips gemacht und dadurch mit dazu beigetragen haben, einen natürlichen Zusammenschluß unserer Kräfte zu verhindern, so daß man sich auf jedem Kongreß immer wieder mit der Frage beschäftigen mußte: „Sollen sich Anarchisten organisieren?“, obwohl die Notwendigkeit des täglichen Lebens immer wieder dazu antrieb. In Wirklichkeit ist die ganze Behauptung nicht mehr als eine Behauptung und entbehrt jeder wirklichen Beweisführung. Wohl ist es wahr, daß beim Anwachsen einer Bewegung die Gefahr einer Verflachung der Ideen näher liegt, aber es ist ebenso wahr, daß durch fortwährende Inzucht der Idee in möglichst kleinen Gruppen die nicht minder große Gefahr des Doktrinarismus entsteht, der allmählich zu einer vollständigen Erstarrung des geistigen Lebens führt und durch seine Einseitigkeit und Weltfremdheit zum schlimmsten Hindernis einer Bewegung wird. Es ist auch ganz falsch, daß die persönliche Freiheit nur in kleinen Gruppen gewahrt bleibe, während jede breitere Organisationsform zu ihrer unvermeidlichen Beschränkung führen müsse. Die praktische Erfahrung vieler Jahre hat gelehrt, daß in vielen dieser kleinen Gruppen oft nur der Wille einzelner Genossen entscheidend ist, die durch ihre geistige Ueberlegenheit oder andere Eigenschaften überhaupt keine andere Meinung außer der ihren aufkommen lassen. Auch die schönste anarchistische Etikette ändert nichts an dieser Tatsache. Ist in solchen Gruppen außerdem der Doktrinarismus besonders stark entwickelt, so führt dies leider oft zu der schlimmsten Unduldsamkeit allen anderen gegenüber und zur praktischen Verneinung der elementarsten Prinzipien des Anarchismus. Eine größere Organisation hingegen sichert dem einzelnen in der Regel viel mehr Bewegungsfreiheit, vorausgesetzt natürlich, daß sie nicht auf zentralistischen Prinzipien aufgebaut ist. Auch findet der einzelne dort viel leichter eine Betätigung, die seinen Neigungen und Fähigkeiten am besten entspricht. Dadurch allein werden viele unnötige Reibereien vermieden, die in kleineren Gruppierungen nur zu häufig vorkommen.

Damit soll durchaus kein abschließendes Urteil über die Organisationsform gefällt werden, es handelt sich für uns lediglich darum, unbegründete Behauptungen zurückzuweisen und die Genossen zu veranlassen, manche Dinge auch einmal von der anderen Seite zu betrachten. Ueberhaupt sollten wir uns daran gewöhnen, in diesen Dingen etwas breiter zu urteilen. Gewiß erscheint uns die Organisation als eine unbedingte Notwendigkeit, und unsere Bewegung hat unser Meinung nach schwer unter dem Mangel eines organisierten Zusammenwirkens gelitten. Aber das meint durchaus nicht, daß hier der Grund alles Uebels zu suchen sei. Organisation ist immer nur eine Frage von sekundärer Bedeutung, die durch die praktischen Forderungen des Alltags entschieden wird. Die Hauptsache ist der Geist, der in den Mitgliedern einer Organisation zu Tage tritt. Dieser Geist kann auch durch die beste Organisation

nicht künstlich gezüchtet werden, wohl aber findet er in ihr und mit ihrer Hilfe ein breiteres Feld für seine Betätigung. Fehlt der Geist, so bleibt auch die vorzüglichste Organisation nur ein toter technischer Apparat, der nicht imstande ist, erstorbene Kräfte zu neuem Leben zu galvanisieren. Es ist auch grundfalsch, in jedem organisatorischen Wirken die Wurzel einer autoritären Ideeneinstellung sehen zu wollen. Ich habe selten einen Menschen kennen gelernt, der so viel Duldsamkeit gegen andere Anschauungen bewiesen hat, wie unser alter Freund Malatesta, der sein ganzes Leben lang ein unermüdlicher Verfechter der Organisation gewesen ist. Und ich habe die bittersten Gegner jeder Organisation kennen gelernt, die trotzdem äußerst diktatorisch veranlagt waren und sich besser zum Bolschewisten als zum Anarchisten geeignet hätten. In all diesen Dingen spielt das rein Menschliche in uns schließlich die ausschlaggebende Rolle.

Wenn wir also die Frage stellen, was zu tun sei, um der Reaktion des autoritären Gedankens international entgegenzutreten zu können, so dürfen wir nie vergessen, daß es auch in dieser Hinsicht kein Zaubermittel gibt; wohl aber kann durch neue Erkenntnis in unsren Reihen und ihre Auswirkung im praktischen Leben vieles getan werden, um unsren Ideen mehr Geltung zu verschaffen, was schließlich die beste Garantie gegen die Ausbreitung des autoritären Gedankens ist. Vor allem müssen wir darauf hinwirken, die ethische Seite unserer Ideen in unsren Reihen zu vertiefen und zur praktischen Anwendung zu bringen. Wenn wir anderen Toleranz predigen und immer wieder betonen, daß die natürliche Gestaltung einer wahrhaft freien und sozialistischen Gesellschaft nur auf dem Wege des freien Experiments entschieden werden kann, während jeder autoritäre Zwang nur zu einer neuen Herrschaftsform führen muß, dann müssen wir auch die nötige Toleranz üben im Geiste der Freiheit und der Solidarität. Das Wort Bakunins, daß die persönliche Freiheit erst in der Freiheit der anderen ihre Bestätigung findet, gilt noch immer, und wir können nie Respekt vor unsrer Menschenwürde erwarten, wenn wir die menschliche Würde anderer in den Kot treten.

Wir müssen uns hüten, im Anarchismus ein abgeschlossenes System zu erblicken, für das alle Fragen bereits gelöst sind. Diese Ansicht führt stets zu einem unfruchtbaren Doktrinarismus, dem jede schöpferische Kraft versagt ist. Gerade in der steten Entwicklungsfähigkeit und Unfertigkeit liegt die eigentliche Bedeutung des anarchistischen Gedankens. Dazu ist eine stete Wirkung und Wechselwirkung zwischen unsren Ideen und den unzähligen Erscheinungen des wirklichen Lebens erforderlich, denn nur so ist es möglich, den Gedanken der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Volke zu vertiefen und ihm dort eine Heimstätte zu bereiten. Der wunderbare Ausspruch Ibsens gilt auch für uns: „Wer die Freiheit anders besitzt denn als das zu Erstrebende, der besitzt sie

tot und geistlos, denn der Freiheitsbegriff hat ja doch die Eigenschaft, sich während der Aneignung stetig zu erweitern, und wenn deshalb einer während des Kampfes stehen bleibt und sagt: jetzt habe ich sie! — so beweist er eben dadurch, daß er sie verloren hat. Aber gerade diese tote Art, einen gewissen festgelegten Freiheitsstandpunkt zu haben, ist etwas für die Staatsverbände Charakteristisches." — Nicht nur für die Staatsverbände. Auch anarchistische Gruppen machen von dieser Regel keine Ausnahme, weil es sich hier um eine charakteristische Auswirkung des autoritären Gedankens handelt.

Wir müssen aus den praktischen Erfahrungen der großen Ereignisse während der letzten zehn Jahre die Lehren ziehen, auch wenn dieselben mit manchen alten Voraussetzungen nicht übereinstimmen. Besonders dürfen wir von der Revolution nicht mehr erwarten, als sie uns billigerweise geben kann. Es ist sinnlos, zu denken, daß Menschen, die sich heute als Sklaven schlafen legen, morgen als freie Männer und Frauen aufstehen werden. Auch die Revolution kann ein solches Wunder nicht bewirken. Wir müssen vielmehr begreifen, daß der Anarchismus nicht plötzlich und mit aller Vollkommenheit in Erscheinung treten kann, sondern erst durch praktische Versuche der verschiedensten Art und stufenweise Entwicklung seine relative Vollkommenheit erreichen wird. Aus diesem Grunde ist jeder Schritt auf dem Wege zur Freiheit zu begrüßen und von Bedeutung. Nur die intensivste geistige Aufklärung im Sinne der Freiheit und Solidarität wird den Charakter der kommenden Revolution bestimmen.

Aus dieser Erkenntnis heraus sollten wir nicht in unsern engen Kreise geistig versauern, sondern die engste Fühlung suchen mit allen verwandten Richtungen, die im freiheitlichen Geiste wirken und werben. Neben der stets wachsenden Reaktion machen sich heute auch in allen Ländern unzählige Versuche bemerkbar, aus den bestehenden Zuständen herauszukommen und einer neuen Entwicklung den Weg zu ebnen. Diese Versuche sollten überall von uns voll gewürdigt und unterstützt werden, auch dann, wenn sie nur in bestimmten Punkten mit uns konform gehen. Besonders aber sollten wir nie verfehlen, mit ihren Trägern ein freundschaftliches und solidarisches Verhältnis anzuknüpfen und überall mit gutem Beispiel voranzugehen. Ein solches Bündnis zwischen verwandten Richtungen unter Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder Organisation schafft nicht bloß eine verstärkte Basis im Kampfe gegen die Reaktion des autoritären Gedankens, sie bietet gleichzeitig die Möglichkeit zur gegenseitigen Befruchtung und Klärung der Ideen.

Wichtig ist es auch, direkten Anschluß in den Kreisen der geistigen Arbeiter zu suchen, die für eine kommende Umwälzung von großer Bedeutung sind und auch heute schon in der Lage sind,

antiautoritäre Anschauungen in Kreise hineinzutragen, die vielen von uns unerreichbar sind. Ebenso müssen wir stets bereit sein, soziale, politische und wirtschaftliche Errungenschaften allein oder mit anderen zu verteidigen und nicht in doktrinäer Verblendung diesen Dingen keine Bedeutung beimessen. Eine solche Stellung stärkt nur die Reaktion und entfremdet uns allen denkenden und aktiven Elementen, die im Volke wirken.

Von großer Bedeutung ist ein inniges und planmäßiges Zusammenarbeiten der Anarchisten der verschiedenen Länder. Besonders wichtig ist gegenseitige Information über das propagandistische Wirken, die Entwicklung neuer Ideen und Vorschläge und praktische Versuche in irgendwelcher Richtung. Dies dürfte allerdings nicht geschehen in der Form der heute in der anarchistischen Presse üblichen Berichte, sondern durch ein tieferes Eingehen auf die besonderen Verhältnisse jedes Landes, wodurch wir allein in der Lage sind, die Bedeutung der anarchistischen Tätigkeit richtig einzuschätzen. Als Vermittlungsorgane dieser Tätigkeit könnte vorerst unsere Presse dienen, denn auf diesem Gebiete immer Neues zu bringen, hätte sicher einen größeren Wert, als wie durch steten Abdruck und Wiederabdruck alter und teilweise schon überlebter Literaturprodukte einen trostlosen Doktrinarismus heranzuzüchten, der jeder weiteren Entwicklung hindernd im Wege steht.

Vielleicht wird der eine oder der andere bald mit dem Vorschlag eines neuen anarchistischen Weltkongresses bei der Hand sein; doch sind wir der Meinung, daß die innere Anregung zunächst einmal von uns selbst kommen muß und nicht durch künstliche Mittel erzeugt werden kann. Solange die Genossen in jedem Lande nicht versuchen, dem engen Kreise geistiger Inzucht zu entinnen und ein breiteres Feld für ihre Betätigung suchen, würde das Ergebnis eines solchen Kongresses immer wieder dasselbe sein: Man würde stets dieselben Dinge wiederkauen, die alle schon hundertmal gehört haben und nachher bliebe wieder alles, wie gewesen. Erst wenn wir in jedem Lande neue Bedingungen für unsere Wirksamkeit schaffen und dadurch reichere Erfahrungen sammeln können, wäre ein Kongreß vielleicht imstande, den beabsichtigten Zweck zu erfüllen.

Angesichts der stets weiter umsichgreifenden Macht autoritärer Vorstellungen und Begriffe und des vollständigen Fiascos des Staatssozialismus in Rußland und Zentraleuropa ist der anarchistischen Propaganda ein breiteres Feld geboten, solange unsere Kameraden die Gelegenheit wahrnehmen und kein Mittel versäumen, um gegen den Geist des autoritären Denkens und Handelns zu wirken und einer Erneuerung des Lebens auf der Basis der Freiheit und der Solidarität die Bahn frei zu machen.

Rudolf Rocker.

Zur Amnestieforderung

In Nr. 4 des „Fanal“ war zu lesen: „Wenn es dem Stahlhelm mit der Forderung ernst ist, daß alle politischen Gefangenen ausnahmslos amnestiert werden sollen, noch vom gegenwärtigen Reichstag, noch in der nächsten Woche, — aber ohne Schliche und ohne die Möglichkeit, durch Auslegungen oder durch Beschränkung auf Reichsangelegenheiten oder durch irgendwelche Mittelchen die proletarischen Gefangenen und Verfolgten zu benachteiligen, dann bin ich Opportunist genug, ihm für diesen Zweck meine Bundesgenossenschaft anzubieten.“ Welcher Art diese Bundesgenossenschaft sein könnte, habe ich im nächsten Satz gesagt, indem ich meine Bereitwilligkeit ausdrückte, falls der Stahlhelm oder die Hitlerleute mich dazu einladen würden, in einer von ihnen zu veranstaltenden Versammlung als Redner aufzutreten und die Notwendigkeit einer allgemeinen Amnestie zu begründen. Im letzten Satz war die Abgrenzung zwischen dem gemeinsamen Augenblicksinteresse in einer einzelnen Angelegenheit und der prinzipiellen Gegnerschaft in allen Angelegenheiten gezogen: „Den Kampf, den wir einmal gegeneinander auszutragen haben, den brauchen wir uns heute nicht von den Staatsbehörden abnehmen zu lassen. Nehmt ihr eure Gefangenen, wir nehmen die unsern in die Kampffreiheit — und wenn die Stunde da ist, dann die Hemdsärmel hoch! Daß ein solcher Appell an die fanatischsten und gefährlichsten Feinde der proletarischen Revolution nicht von allen Genossen mit Begeisterung aufgenommen werden würde, war vorauszusehen. Da ich den Artikel „Gefangene heraus!“ erst nach Redaktionsschluß in das schon umbrochene Heft einschalten mußte, konnte ich ihn nicht so ausführlich fassen, daß meine Gründe zu einem so ungewöhnlichen Angebot eines Revolutionärs an ausgesprochene Gegenrevolutionäre gleich überall eingeleuchtet hätten. Um so mehr freue ich mich, feststellen zu können, daß der Vorstoß weniger ablehnende Kritik als erfreute Zustimmung gefunden hat. Die Breslauer „Tribüne“ druckte den Abschnitt mit der Bemerkung ab, daß sie sich völlig mit meiner Anregung solidarisiere, und, was noch schwerer wiegt, die Genossen in den Zuchthäusern sind; soweit ich bis jetzt ihre Ansicht erfahren konnte, ebenfalls einverstanden mit dem Versuch, die gemeinsame Forderung der Nationalisten und der Revolutionäre nach Amnestie auch gemeinsam vorzubringen.

Dagegen erhalte ich von den Jung-Anarchisten in Dresden einen mit 18 Unterschriften versehener Brief, der diesen Wortlaut hat:

„Werter Genosse Mühsam! Wir halten die Äußerung im „Fanal“ Nr. 4, in welcher vom Zusammengehen mit Stahlhelmen gesprochen wird, um die Befreiung sämtlicher politischen Gefangenen zu erreichen, für völlig unrevolutionär. Zu verlangen, die Fememörder Schulze und Konsorten sollen freigelassen werden, die Mörder Erzbürgers außer Verfolgung kommen, führt zu dem zu verlangen, die Mörder Liebknechts, Luxemburgs und Landauers nicht zu verfolgen. Gewiß, Aufgabe unsererseits wäre es, selbst unsern Feinden, den Mördern unserer Genossen, einen Denkartzettel zu geben, über sie zu Gericht zu sitzen, nicht aber den Staat damit zu beauftragen. Aber sich dagegen zu wehren, daß der Staat es tut, oder gar von ihm verlangen, die Erzreaktionäre freizugeben (der Staat würde es ja gern tun, wenn er nicht den Zorn der Arbeiterschaft fürchtete), ist uns unfassbar und durchaus verwerflich. Du wirst vielleicht sagen, es seien

nicht Stahlhelmer oder Nationalsozialisten, die unsere Genossen mordeten. Mag sein; aber es ist dieselbe Gesellschaft, es sind ihre Gesinnungsgenossen, alle sind sie letztthin Anhänger Hitlers und Ludendorffs. — Unser Eintreten für politische Gefangene kann nur denen gelten, die für die Arbeiterschaft gekämpft haben oder die für Recht und Wahrheit eingetreten sind (Fechenbach). — Wir wünschen, daß Du auf dieses Schreiben in der nächsten Nummer des „Fanal“ eingehen wirst oder besser noch, Du bringst den Wortlaut dieses Schreibens.“

Es kann mir nichts erwünschter sein als Proteste der mit der Tendenz dieser Zeitschrift grundsätzlich einverstandenem Leser gegen gelegentliche Äußerungen, die ihnen dieser Tendenz zuwider zu laufen oder gar „durchaus verwerflich“ zu sein scheinen. Nur so kann der Kontakt lebendig bleiben, nur so können Mißverständnisse vermieden werden, die die Gefahr einer dauernden Verstimmung und Entfremdung in sich tragen. Ich verpflichte mich gern, mich mit jeder Verwahrung gegen hier vorgebrachte Auffassungen, sofern sie aus redlichen revolutionären Bedenken fließt, ernstlich zu beschäftigen und auseinanderzusetzen und, falls ich ihre Berechtigung erkenne, meine Fehler einzugestehen und meine Irrtümer zu berichtigen. Im gegebenen Fall jedoch habe ich bei gründlichster Ueberprüfung meines Standpunktes nicht gefunden, daß ich ihn ändern müsse, und ich hoffe sogar, meine Dresdener Kritiker davon überzeugen zu können, daß dieser Standpunkt von jeder rechtlichen und menschlichen Seite gesehen, untadelig ist und höchstens die praktische Konsequenz, die ich ziehe, wie mir das von anderer Seite vorgehalten wurde, als taktisch bedenklich angesprochen werden könnte.

Um zunächst diesem Einwand der taktischen Bedenklichkeit meines Verhaltens zu begegnen: Ich weiß und habe damit gerechnet, daß bei einigem Uebelwollen jemand sagen könnte, der Mühsam bledere sich nun glücklich beim Stahlhelm an, oder hier zeige sich wieder mal, wie eng verwandt sich der Linksradikalismus dem Rechtsradikalismus fühle, oder die Konterrevolutionäre aller Sorten finden sich. Ich kann konstatieren, daß mir bis jetzt eine dieser Geschmacklosigkeiten auf den Artikel hin nicht zu Gesicht gekommen ist. Aber soll man wirklich, um nur die Böserartigkeit randalierender Aufpasser nicht herauszufordern, vorsichtig verschweigen, was zu sagen man für Pflicht hält? Ich möchte nicht einmal mit dem Selbstvorwurf belastet sein, aus lauter politischer Klugheit eine Unterlassung verschuldet zu haben, deren Kosten vielleicht die Opfer der Klassenjustiz in den Kerkern bezahlen müssen. Lieber zehn Dummheiten begehen, aber aus dem Gefühl, rechtschaffen zu handeln, als aus der Angst vor Mißdeutung einmal vor dem Rechthandeln zurückschrecken!

Etwas anderes ist der Vorwurf, der mir in dem Brief gemacht wird, mein Vorgehen sei nicht aus taktischen Erwägungen sondern aus Gründen der revolutionären Pflicht, der politischen Reinlichkeit und der Pietät gegen unsere ermordeten Genossen zu verdammen. Ein solcher Tadel trafe mich schwer, wenn ich ihn begründet fände. Es hätte der besonderen Aufforderung der Jugendgenossen nicht bedurft, seine Entkräftung zu versuchen.

Unbestritten richtig ist der erste Satz des Schreibens. Meine Anregung an die Hakenkreuzler, unser „Her mit der Amnestie!“, statt einander übertönend und um die Wirkung bringend, künftig im Chor zu schreiben und dadurch überall deutlich hörbar zu machen, ist in der Tat „völlig unrevolutionär“, sie ist — und das habe ich selbst in dem ominösen Absatz bekannt — opportunistisch. Dies mag ein berechtigter Vorwurf sein,

und es scheint nötig, ein kurzes prinzipielles Wort dazu zu sagen. Opportunismus in der Politik bedeutet die Zurückstellung der von einer unwandelbaren Idee beherrschten allgemeinen Grundsätze um eines Augenblickserfolges willen, die Ausnützung einer passenden Gelegenheit ohne Rücksicht auf letzte Ziele. Ich glaube, dem Verdacht einigermaßen entrückt zu sein, als ob ich den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung mit den opportunistischen Mitteln der parlamentarischen Parteien geführt zu sehen wünschte, die einem Tagesvorteil zuliebe alle revolutionären Positionen räumen und vor lauter taktischem Manövrieren nie zu einer aufs Ganze gerichteten Entscheidung kommen. Nein, ich erstrebe für die proletarische Klasse keine gesetzlichen Reformen, die ihr die Aussöhnung mit dem kapitalistischen System erleichtern sollen, ich bezweifle den Wert von Abzugsventilen in den stickigen Räumen der Ausbeutung der Menschenkraft für die Ausgebeuteten, da diese Ventile nur dem Zwecke dienen, ihre Versklavung unter den Willen der privilegierten Schichten zu verewigen. Wenn ein revolutionärer Genosse deshalb verlangte, ich müsse auch alle legalen Bemühungen für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen einstellen, da sie immer nur auf eine Forderung an die staatliche Macht hinauslaufen, der Arbeiterschaft ein Geschenk zu machen und daher unrevolutionär und opportunistisch sind, so könnte ich ihm nichts andres entgegenhalten als mein menschliches Gefühl, meine Sentimentalität, die mich zwingt, zwischen dem Proletariat als kämpfende Klasse und den einzelnen Opfern dieses Kampfes zu unterscheiden. Ich verstehe die Auffassung des Genossen vollständig, ich anerkenne die Konsequenz seiner Haltung, aber ich bringe es nicht über mich, ihm recht zu geben und dem Verzicht auf einen Augenblickserfolg zuzustimmen, der den Gefangenen die trübe Tröstung beschert: wartet in euern Gitterlöchern, bis wir euch im revolutionären Aufstand herausheilen! Das ist uns zwar die letzten neun Jahre nicht mehr gelungen, aber vielleicht gelingt's uns doch einmal. Haltet ihr es bis dahin nicht aus, krepirt ihr in euern Verließen an geborstener Hoffnung, — umso schlimmer für euch!

Allerdings, mein Angebot an die Stahlhelmer ist unrevolutionär. Aber ich bestreite, daß es unrevolutionärer wäre als die Amnestieforderung überhaupt. Wem stellen wir die Forderung? Dem Staat! Wie soll er sie erfüllen? Durch ein Gesetz! Wir, wir Anarchisten, verlangen also ein Staatsgesetz. Niemand anders als die Regierungen und Parlamente des Staates hat, solange wir nicht im Machtkampf auf den Barrikaden den Sieg errungen haben, die Möglichkeit, unsern gefangenen Kameraden die Freiheit wiederzugeben. Da ich ihre Freiheit will, da mich in allem öffentlichen Geschehen kein Gedanke mehr quält als der, daß die Genossen, die mit mir an das Heil der sozialen Revolution glauben, die dieses Glaubens wegen ihre Haut zu Markt getragen haben, für ihren, für meinen Glauben Leiden erdulden, die man selber gefühlt haben muß, um sie voll zu erlassen, — darum bin ich für sie Opportunist, darum wende ich mich für sie an den Staat, an denselben Staat, den ich, solange ich Atem habe nicht müde werden will als den Sachverwalter, als den Willensvollstrecker, als den Geschäftsführer der Kapitalisten zu denunzieren, dessen Existenz ich als das Grundübel der menschlichen Gesellschaft ansehe.

Doch, wenn ich die Dresdener Genossen recht verstehe, so tadeln sie mich gar nicht dafür, daß ich überhaupt Amnestie verlange, also ein Staatsgesetz, durch das die Strafen der gefangenen proletarischen Revolutionäre ausgelöscht werden sollen. Sie tadeln mich dafür, daß ich es nicht bei diesem — wahrlich ganz unrevolutionären, ganz unanarchisti-

schen — Opportunismus bewenden lasse, daß ich den Opportunismus bis zu dem Maße steigere, das mir die Aussicht auf Erfüllung meines Verlangens an den Staat zu heben scheint. Ich gehe zu denen, die dem Staat näher stehen als ich, denen vor allem der Staat bedeutend näher steht als den revolutionären Proletariern, denen er — denn das Kapital protegiert sie und rechnet mit ihnen für den Fall des proletarischen Erwachens — beflissen ist, Herzenswünsche zu erfüllen und die nun mal im Augenblick den Herzenswunsch haben, eine Amnestie für ihre Freunde zu bekommen. Zu denen gehe ich, nicht in etwelcher Verbundenheit, nicht um sie für mich zu gewinnen oder mich von ihnen gewinnen zu lassen, sondern mit einer recht kühlen Offerte: Sie haben erklärt, Sie möchten Ihre zum Tode verurteilten Kameraden Schulz und Genossen frei, Ihre ins Ausland geflüchteten Kameraden Schulz II und Genossen außer Verfolgung haben; Sie waren bei dieser Erklärung so einsichtig zu finden, daß dieser Wunsch nicht gut erfüllt werden kann, wenn unsere Genossen Hoelz, Plättner, Margies und viele, viele andre für viel geringeres, als Ihre Leute begangen haben, weiterhin im Zuchthaus blieben, und daher auch deren Freilassung anzuregen. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß ebenso wie die Richter in Deutschland auch die Gesetzgeber Ihren Anregungen ein erheblich willigeres Ohr leihen als unsern. Ich teile mit Ihnen die Ansicht, daß die Freilassung Ihrer Genossen ohne gleichzeitige Freilassung der unsrigen eine derartige Ruchlosigkeit wäre, daß wohl auch der Ihnen sehr zugetane Staat sie nicht riskieren wird. Sie sind also an der Freilassung unserer Genossen interessiert. Aber Sie kennen die Tatsachen nicht, die die Amnestierung unserer Genossen zur sittlichen Verpflichtung machen. Die kenne ich. Daher wäre es zweckmäßig, Sie ließen mich mal in Ihr Megaphon reden. Wie denken Sie darüber? Selbstredend deshalb keine Freundschaft nicht.

Dies ist mein Angebot, und die Dresdner geben mir Ohrfeigen dafür, weil ihnen die Leute nicht gefallen, denen ich es mache. Der ganze Brief beschäftigt sich ausschließlich mit ihnen, mit unsern politischen Gefangenen gar nicht, es sei denn, wir sollten den Satz, der „unser Eintreten für politische Gefangene“ in einen engen, verflucht engen Zirkel bannt, für eine Beschäftigung mit ihnen ansehen. Aber daß zu den politischen Gefangenen hier die Opfer der Not und der Wirrnisse der Inflationszeit, die rebellischen Akte der Verzweiflung einzelner Personen, denen das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse ganz fern lag, die in die Schlingen des § 218 geratenen Frauen und ihre Helfer nicht gezählt werden, entspringt natürlich nur unachtsamer Stilisierung, und es ist selbstverständlich, daß „unser Eintreten“ auf sie alle mitbezogen werden soll. Aber, Genossen, ich frage euch: was versteht ihr unter „Eintreten“? Platonische Versicherungen, daß ihr die Genossen befreit sehn möchtet? Damit ist noch keinem das Kerkertor aufgesprungen. Generalstreik für die politischen Gefangenen? Ich habe ihn in hundert Versammlungen als Mittel angepriesen, das wirksam wäre; aber in Deutschland wartet ja das Proletariat mit allen Aktionen, bis sie ihm von den Partei- und Gewerkschaftsbonzen kommandiert werden. Erwartet ihr von Leipart oder Wels die Parole zur direkten Aktion? Was also ist das für ein Eintreten, daß ihr empfiehlt, indem ihr meinen Weg für „durchaus verwerflich“ erklärt?

Was mich an dem Dresdener Brief am meisten gewundert hat, ist die Besorgnis, die Forderung, die Feme- und Erzbergermörder freizugeben, führe dazu, „auch zu verlangen, die Mörder Liebknechts, Luxemburgs und

Landauers nicht zu verfolgen". Ja, werden denn die jetzt plötzlich verfolgt?! Wir führen seit Jahr und Tag den erbitterten Kampf gegen die Ungleichheit der Rechtsprechung in Deutschland, die bei 654 Morden Rechtsstehender ganze 24 Verurteilungen bewirkte, wobei der Durchschnitt pro Mord 4 Monate Einsperrung betrug, während dem 22 Vergehen gegen das Leben gegenüberstehen, die von Linksstehenden begangen wurden und zu 38 Verurteilungen führten, nämlich 10 Hinrichtungen und im Durchschnitt 15 Jahren Einsperrung. (Gumbel, „Vier Jahre politischer Mord“.) Landauers Mörder wurde zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt wegen „Hehleres“, da bei ihm die Uhr des Toten gefunden wurde; der Anstifter, der Major v. Gagern, zu 300 Mark Inflations-Geldstrafe — und zwar nicht durch Urteil, sondern einfach durch Strafbefehl. Gegen den Leutnant Krull, der zum Andenken an die Todesfahrt Rosa Luxemburgs deren Uhr an sich nahm, wurde erst vor wenigen Monaten das Verfahren eingestellt. („FANAL“, S. 41.) Jetzt stellt sich heraus, daß in unserer revolutionären Jugend diese Tatsachen ganz unbekannt sind, daß dort der Glaube verbreitet ist, der Staat würde zwar ganz gern seine Erzreaktionäre freigeben, „wenn er nicht den Zorn der Arbeiterschaft fürchtete“. Diese Furcht hat ihn bis jetzt noch nie gehindert, vollständig einseitig und parteilich seine Gnadenerweise den Rechten in splendorer Großherzigkeit, den Linken grade in dem Umfange zu erweisen, der die Blöße des Klassenegoismus eben ein wenig überdecken konnte. Wahr aber ist, daß Freilassungen besonders gehüteter proletarischer Revolutionäre stets sozusagen im Austausch gegen Konterrevolutionäre erfolgt sind. Ich säße vielleicht heut noch in Niederschönenfeld, wäre die Entlassung der Herren Hitler und Kriebel aus Landsberg möglich gewesen, ohne gleichzeitig die letzten Festungsgefangenen aus der Räterevolution freizugeben. Die Straubinger Genossen kamen als Aequivalent für die Begnadigung der Monarchisten Fuchs und Leoprechting und die vollkommene Rehabilitation des Grafen Arco heraus. Und da sollen wir schreien: Heraus mit Max Hoelz und allen proletarischen politischen Gefangenen!, aber ja nicht von der einzigen Chance sprechen, die sie wirklich herausbringen kann, solange dieser Staat nicht gestürzt ist?!

Ich sage keineswegs, daß es nicht Stahlheimer und Hakenkreuzler gewesen seien, die unsere Genossen gemordet haben; selbstverständlich sind jene und diese vom gleichen Holz. Aber so wie die Mörder unsrer Genossen ungefährdet herumlaufen, so habe ich wahrhaftig auch nichts dagegen, wenn der Staat die Leute frei herumlaufen läßt, die diejenigen umgebracht haben, die sie für Spitzel in ihren Reihen gehalten haben. Dutzende Male habe ich es früher schon in Versammlungen vertreten und dabei stets die Zustimmung der Arbeiter gefunden, daß wir dem Staat das Theater ruhig erlassen können, das er uns vorspielen möchte, als ob gleiches Recht nach beiden Seiten geübt würde. Das ist, wie jeder sieht, vor den Gerichten nicht der Fall; es ist ebenso wenig im Kerker der Fall. Ich saß noch auf Festung, da lasen wir, daß der Rathenaumörder v. Salomon, verurteilt zu 8 Jahren Zuchthaus, Urlaub zur Hochzeit seines Bruders erhalten hatte. In derselben Zeit starb einem unserer Genossen, der 5 1/2 Jahre Festung hatte, die Mutter; ihm wurde der Urlaub zur Beerdigung verweigert. Und da soll man den Ruf der Herren Ehrhardt und Düsterberg nach Amnestie für alle nicht aufnehmen dürfen? Da soll man als Anarchist gehalten sein, vom Staat zu verlangen, daß er unsere Freunde freilasse, seine eigenen Freunde, die ihn nur faschistisch verschönern wollen, aber festhalten soll?! Nein, Genossen, ich will unsere

revolutionären Genossen heraus haben! Zu diesem Zweck verbünde ich mich auch mit dem Teufel. Zu diesem Zweck habe ich schon mit Abgeordneten aller Parteien verhandelt; zu diesem Zweck verhandle ich auch mit den Faschisten und werde mein Lebtage nicht begreifen, warum das verboten sein soll, wenn es doch erlaubt ist, vom Staat überhaupt Amnestie zu fordern! Wenn ich Forderungen erhebe, deren Erfüllung von anderen abhängt, und ich nehme diese Forderungen ernst und rufe sie nicht bloß aus agitatorischen Gründen in die Luft, dann tue ich auch das Nötige, um die Erfolgsaussichten zu vermehren. Denn unter „Eintreten für die politischen Gefangenen“ verstehe ich für meinen Teil das Hineintreten in den Kreis, in dem ihr Schicksal begrenzt liegt.

Und endlich: das Ziel, unsere besten Mitkämpfer wieder in die revolutionären Reihen zu bekommen, soll keines Kompromisses, keiner unrevolutionären Handlung wert sein? Genossen! Unrevolutionär und konterrevolutionär sind zwei Dinge. Kennt ihr Bakunins „Beichte“? Recht hat er gehabt, tausendmal recht, daß er dem Zaren schrieb, vor dem Zaren heuchelte, um frei zu werden und seine revolutionäre Kraft seiner Idee zu retten. Denn darauf kommt es an, daß beim Versuch, die Kerkergritter zu brechen, kein Gesinnungsgenosse gefährdet und geschädigt wird. Ich selbst habe Dutzende von Begnadigungsgesuchen geschrieben, keins für mich selbst, aber für Genossen, deren Leben mir in der Freiheit wertvoller scheint als im Käfig. Findet ihr, daß mein Angebot an Stahlhelm und Hakenkreuz den Genossen in den Zuchthäusern schaden kann? Oder findet ihr, daß ihre Aussicht, die Freiheit wiederzusehen, dadurch gesteigert werden kann, daß die Faschisten sich für sie einsetzen? So steht die Frage, nicht anders! Ich finde, daß die Hoffnung auf eine Generalamnestie noch nie so berechtigt war wie seit dem Tage, da unsere nationalistischen Antipoden sie gefordert haben. Unser revolutionärer Charakter wird keinen Schaden leiden, wenn wir ihn einmal um der revolutionären Solidarität willen hungern lassen. Es ist besser, als ihn mit den Leiden der gefangenen Genossen zu mästen. Nennt nicht Verrat, was nichts ist als Selbstüberwindung!

Neue Rußland-Literatur

Geschichte des russischen Bürgerkriegs von Elias Hurwicz, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin 1927.

Der Menschewik Hurwicz bemüht sich, daß muß anerkannt werden, um Objektivität. Daß seiner Bemühung um Objektivität überall Erfolg beschieden wäre, kann nicht anerkannt werden. Wahrscheinlich wird es der Rezension seines Buches so ähnlich gehen wie dem Buche: das Streben, der Arbeit voll gerecht zu werden, kann leicht an der Liebe des Rezensenten für die russische Revolution scheitern, so wie Elias Hurwicz' Streben, Tun und Wollen der Roten mit derselben verstehenden Sympathie aufzuzeichnen, die ihm bei der Beurteilung Koltschaks und Denikins zu Gebote stand, daran gescheitert ist, daß seine Zärtlichkeit denn doch zu einseitig an die Bekämpfer der auf die Verwirklichung des Kommunismus gerichteten Revolution gebunden erscheint.

Die Schrift ist als Ergänzung gedacht zu einer 1922 im gleichen Verlage erschienenen „Geschichte der jüngsten russischen Revolution“ desselben Verfassers, die mir unbekannt geblieben ist. Die neue Arbeit beschränkt sich auf die Geschichte des russischen Bürgerkriegs der Denikin-

und Wranglepoche (Ende 1917 — Anfang 1920). Beginnend mit dem Staatsstreich Kornilows zeigt Hurwicz in sehr übersichtlicher Darstellung und unter Verwertung reicher Quellenforschung die wirtschaftlichen, politischen, geographischen und historischen Zusammenhänge der organisierten konterrevolutionären Erhebungen im ganzen südlichen Rußland auf, beschäftigt sich gründlich mit den sozialen und militärischen Bedingungen der verschiedenen Schauplätze des Bürgerkrieges im Don- und Kubangebiet, in der Ukraine und der Krim. Der Gruppierung der Gesellschaftskräfte und der Entwicklung der Gegensätze innerhalb der antibolschewistischen Elemente wird breiter Raum gegönnt, die Klasseninteressen der weißen Verbindungen werden deutlich, die unterschiedlichen Auffassungen der Feinde des kämpfenden Proletariats über die Neugestaltung des russischen Reichs, Monarchie oder Republik, Unitarismus oder Partikularismus, über Agrar- und Arbeiterfragen — Entschädigung für enteigneten Privatbesitz oder Rückgabe, langsames Erschleichen oder offene Zurückgewinnung der verloren gegangenen Ausbeutungsrechte, Auseinandersetzungen über die künftige Verwaltungstechnik, über die Taktik im Verkehr mit der deutschen Okkupationsmacht, nach Deutschlands Niederlage mit den Entente-Regierungen — dies alles und vieles mehr, was den weißgardistischen Generälen und Politikern, dem Adel und der Bourgeoisie Sorgen bereitete, wird anschaulich und in vortrefflicher Gliederung vorgeführt. Mit einem Wort: man lernt durch Hurwicz' Buch den Bürgerkrieg aus der Perspektive der Gegenrevolution sehen, wobei interessant ist, aus der Einteilung zu erfahren, daß der Verfasser selbst nur die späteren Kämpfe des Verzweiflungsrings der Weißen gegen die Kommunisten als Konterrevolution anerkennt. Die Ueberschrift des ersten Teiles heißt: „Die Denikin-Periode“, und hier ist, obwohl Hurwicz die Unterscheidung zwischen „Weißen“ und „Roten“ schon klar innehat, die gefühlsmäßige Parteilnahme für den Heerführer der Weißen überall zu spüren. Uebrigens überzeugen die zahlreichen Zitate aus Denikins eigenen Darstellungen der Kämpfe grade seinen Gegner davon, daß hier ein außerordentlich kluger, gebildeter, militärisch und politisch geschulter und von seiner Mission als Retter Rußlands tief überzeugter, also für die Revolution eminent gefährlicher Mensch am Werke war, während sein Nachfolger Wrangel als rosbuster und ziemlich kulturloser reaktionärer Haudogen gekennzeichnet wird, von dem Hurwicz sich schon durch die Ueberschrift des zweiten Teiles seines Werkes abgrenzt, den er betitelt: „Die Konterrevolution unter Wrangel“.

Vielleicht ist gerade das ein Vorzug seiner Geschichtsschreibung, was den revolutionären Leser dauernd in unbehaglicher Stimmung den Berichten folgen läßt, die vollständige Konzentrierung aller Untersuchungen auf die Vorgänge, Verlegenheiten, Wirrungen und psychologischen Faktoren im weißen Lager. Von dem unbeschreiblichen Idealismus der Revolutionäre, von der ungeheuerlichen Leistung der Roten Armee und ihrer Helfer in den Kämpfen gegen die von den kapitalistischen Staaten finanziell, materiell — mit Waffen und Ausrüstung — und moralisch immer wieder gestärkten, aus hundert nur ihnen zugänglichen Quellen gespeisten Weißgardisten, von dem Enthusiasmus, dem Opfermut, der Todbereitschaft der revolutionären Arbeiter und Bauern ist nirgends bewundernd die Rede, wohingegen ihnen von der Grausamkeit der Kriegsführung, soweit ihr Teil daran zu ermitteln ist, nichts geschenkt wird. Aber eben die Darstellung der gewaltigen Anstrengungen der Feinde allein in aller Ausführlichkeit zwingt den weiterdenkenden Leser, Betrachtungen darüber anzustellen,

welche unerhörte sittliche Kraft aufgeboten sein muß, um den von hoher Intelligenz, großer strategischer Fähigkeit und dem verzweifelten Willen zur Selbsterhaltung bedienten konterrevolutionären Widerstand zu brechen. Zweifellos haben Trotzki und Budjonny als Organisatoren dieser Kämpfe riesiges geleistet, aber ebenso zweifellos war der Sieg der Revolution im südrussischen Bürgerkrieg nur möglich als das Werk der gesamten, in leidenschaftlicher Begeisterung geeinten revolutionären Arbeiter- und Kleinbauernschaft, die nichts von kleinlichem Parteizank wußte. Hätte in jenen Tagen schon der widerliche Geist geherrscht, der es heute möglich macht, daß die Parteikommunisten in ihre Zeitungen neben die Porträts Wrangels, Denikins, Koltschaks und Petljuras als einen dieser Gegenrevolutionäre das Bild Nestor Machnos setzen, dem zum guten Teil der Entscheidungssieg über Denikin zu danken ist, dann wäre der Untergang der Revolution gewiß gewesen.

Hurwicz, der dem Anarchisten Machno und seinem Partisanenheer selbstverständlich jedes Verständnis schuldig bleibt, gibt immerhin der Wahrheit gegenüber den schändlichen, grade auch von bolschewistischer Seite verbreiteten Verleumdungen der anarchistischen Bauernrevolution in der Ukraine den Vorzug. Er schreibt: „Vor allem bemühte sich Wrangel, den Anführer der rebellischen ukrainischen Bauern, den berühmten und berüchtigten ‚Bauernvater‘ Machno für sich zu gewinnen. Machno wird in der Krim in dieser Zeit gradezu zu einer legendären Persönlichkeit; Spezialgesandte Wrangels reisen zu ihm nach der Südukraine; die Zeitungen verbreiten bereits die lügenhafte Nachricht, Machno habe sich mit Wrangel verbündet; diesen ganzen politischen Rummel machen sich verschiedene Hochstapler zu nutze, die sich in der Krim als abgesandte ‚Atamane‘ der Machno'schen Truppen ausgeben . . . Der ganze Plan erweist sich aber nur als ein Kartenhaus. Machno bleibt seinem Anarchismus treu, will keine Gewalt über sich anerkennen, und die Abgesandten Wrangels werden von ihm gehenkt.“ Da die von Hurwicz mitgeteilten Tatsachen nirgends ohne zuverlässige Beweise vorgebracht werden, dieser Autor auch keinerlei Veranlassung hätte, Machno vor der Geschichte als Revolutionär zu rechtfertigen, sollte endlich die jämmerliche und unwürdige Lüge aufhören, die der Selbstbeweihräucherung einer Partei zuliebe aus vorzüglichen Kämpfern und selbst Lebensrettern der russischen Revolution deren Feinde und Verräter zu machen versucht. Wichtiges und teilweise noch unbekanntes Tatsachenmaterial ist in Hurwicz' Bürgerkriegs-Geschichte in Fülle enthalten, und wer sich überwindet, die menschewistische Voreingenommenheit des Verfassers gegen die proletarische Revolution hinzunehmen, wird seine sachlichen Kenntnisse aus dem Buche wesentlich bereichern können. Leider wird der Wert der Schrift als brauchbares Nachschlagewerk durch das Fehlen eines alphabetischen Registers stark beeinträchtigt. Mindestens hätte der Gebrauch des Buches durch Kolumnenüberschriften erleichtert werden müssen.

Reise ins rote Rußland von Magdeleine Marx. Im Greifenverlag zu Rudolstadt, 1928. Aus dem Französischen übertragen von Dr. Rudolf Berger, mit Geleitwort von Dr. Max Hodann.

Dieses Buch ist so verblüffend unzeitgemäß, daß man sagen möchte, es kommt grade zur rechten Zeit. Magdeleine Marx hat einmal ein Bekenntnisbuch geschrieben „Weib“, das durch seine große dichterische Schönheit ebenso ausgezeichnet war wie durch die hinreißende Leidenschaft-

lichkeit des im Genießen und im Leiden gleich reinen und starken Erlebens und durch die bedingungslos aufrichtige Enthüllung der weiblichen Seele in ihrer Sehnsucht, ihrer Neugier, ihrer Sinnlichkeit und ihrem Selbst- und Mitgefühl. Eine Reise ins rote Rußland, unternommen und geschildert von dieser großen Dichterin, dieser Fanatikerin der Wahrhaftigkeit, dieser helläugigen Beobachterin, deren heißes Herz ihren eisklaren Geist wunderbar zu durchwärmen versteht — eine solche Reise, sollte man meinen, müßte eine einzige Entdeckungsfahrt sein in die trotz aller Berichte seelisch und sogar auch soziologisch noch ganz unerforschten Gebiete des revolutionären, revolutionierten, revolutionsentbundenen und doch noch revolutionsschwangeren Reiches. Was ist wahr? Was ist Lüge? Haben die Begeisterten unter den Revolutionären recht, die Rußland am schöpferischen Werk des Sozialismus und der in Gleichheit und Glück strahlenden Menschheit sehen? Haben die Enttäuschten unter den Revolutionären recht, die um das Erbe der Oktoberrevolution bangen und deshalb als Verräter und Arbeiterfeinde verdammt und verfolgt sind? Die Vorrede Hodanns ist mit dem Datum versehen: „Moskau, am 7. November 1927“, — ein neues Buch also, ein Buch der unmittelbaren Gegenwart, hinausgesandt am zehnten Jahrestage des herrlichen Ereignisses. Man liest das Geleitwort und empfindet ein gelindes Mißbehagen. Hodann zählt die Geschenke auf, mit denen das erste „sozialistische Staatswesen“ der Welt sich selbst zum Geburtstag erfreut: viele gute Dinge, neue Fabriken, wissenschaftliche Institute, Schulen, Kinder- und Mütterheime, „Eröffnung neuer Museen, neuer Arbeiter- und Bauernklubs, Vollendung neuer Filme und — Amnestie.“ Auch der Gedankenstrich vor der Amnestie ist bei Hodann vorhanden; er soll offenbar bedeuten: haltet die Luft an, jetzt kommt das schönste. Es ist nicht unsre Schuld, daß wir Gesinnungs-genossen zahlreicher russischer Revolutionäre, die der Amnestie entgegengehofft haben, den Gedankenstrich als Interpunktionszeichen des Räusperns lesen; es ist nicht unsere Schuld, daß wir fragen müssen: wenn sich ein so ehrlicher, sozial denkender Mann wie Hodann dermaßen in Rußland hat entwickeln lassen, daß er behaupten kann, das Jubiläum sei „ohne Versprechungen, ohne selbstherrliche Reden“ gefeiert worden, daß er die minimalen Strafermäßigungen, von denen alle Linksrevolutionäre aufgenommen sind, als Amnestie preisen mag, — wenn er gar „brechend volle Schaufenster“ als Beweis dafür ansieht, daß die russischen Menschen — Hodann sah nur „gut genährte Menschen“ — „nun, nach der siegreichen Revolution, frei sind“, — was darf man dann noch denen glauben, die wir nicht als ehrliche Naturen kennen, denen wir zutrauen müssen, daß sich ihnen das Liedersingen aufs Brotessen reimt?

Doch Hodann schreibt ja nur das Geleitwort. Was hat Magdeleine Marx zu berichten? Sie hat schon bewiesen, daß ihr Dichterauge Licht und Schatten zu scheiden weiß; sie wird uns verstehen lehren, warum heute die berühmtesten Führer der großen Revolution einander als Konterrevolutionäre beschimpfen, warum wir, die wir dankbar und verehrend auf das russische Volk schauen, das der Geschichte das großartige Beispiel der ersten proletarischen Revolution gegeben hat, heute nur mit Trauer und Bitterkeit über die russischen Grenzen blicken können. Ach ja, Magdeleine Marx hat wieder ein schönes Buch geschrieben, lauter zarte, von unendlicher Liebe getragene Impressionen, lauter gütige Bejahung mit tiefer warmer Einfühlung in die Menschen und ihre Schicksale. Aber mit wachsender Verwunderung liest man von Kapitel zu Kapitel weiter. Ja, wie denn? Daß vor einem noch so klugen Besucher vor ein paar Jahren

noch zu verbergen war, was der nichtbolschewistische und der oppositionell-bolschewistische Teil der linksradikalen Revolutionäre an Unterdrückung und Lästerung ertragen mußte, das ist zu verstehen. Ohne Mißtrauen kamen damals die Revolutionäre vom Ausland nach Moskau, und was sie sahen und erlebten, das atmete revolutionären Willen und den Geist starker Erneuerung. Aber jetzt? Diese Frau schreibt ja, als ob gar nichts vorgefallen wäre inzwischen, als ob alles noch sei, wie es von gefälligen Federn geschikdert wird, — und wir wissen doch, daß es anders ist und daß Magdeleine Marx bestimmt keine Schwindlerin ist. Allmählich löst sich das Rätsel. Allmählich wird klar, daß die „Reise ins rote Rußland“, von der das Buch nur das deutsche Erscheinungsjahr angibt, schon 1923 stattfand und schon damals in französischer Sprache niedergelegt wurde. Ein schönes Buch, gewiß; aber ein Buch ohne Aktualität, mit verlorener Aktualität.

Lenin lebte noch. Ihm ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Außer ihm von den lebenden Männern der bolschewistischen Führerschaft nur noch diesen wenigen: Sorin, der heute im Gefängnis sitzt, Trotzki, der heute als Menschewist und Helfershelfer Scheidemanns verfeimt ist, Smirnow, den man als „offenen Konterrevolutionär“ nach Sibirien geschickt hat. Frau Magdeleine Marx hätte sicherlich der Herausgabe ihrer Reiseerlebnisse in deutscher Sprache in diesem Augenblick nicht zugestimmt, wollte sie nicht dadurch die Bewunderung für alle diese Männer, der sie rührenden dichterischen Ausdruck gibt, neu bekräftigen. Das spricht sehr für ihren reinen und schönen Charakter.

Was für ein unzeitgemässes Buch! — Es kommt gerade zur rechten Zeit!

Korruption

Es stinkt. Die erfolgreiche Verhinderung einer in jedem Betracht fälligen Revolution durch den Verrat der Sozialdemokratie hat den Dreck, mit dem das alte Regime unterbaut war und den die Revolution hätte wegräumen müssen, gründlich durcheinander gerührt und dadurch vom Fundament aus über das ganze Gebäude der Gesellschaft verteilt. Die Pestblasen der Korruption, von denen früher hin und wieder einmal eine die Luft vergiftend, an die Oberfläche drang und die Notwendigkeit einer Umwälzung der Grundlagen vor die Augen und in die Nasen führte, sind, seit der große Krieg der zur rechten Zeit versäumten Revolution nachhalf, als Ozonersatz in die trübe Atmosphäre der menschlichen Beziehungen eingelassen worden, und die bescheiden gewordenen Zeitgenossen haben sich an das Einatmen der Fäulnis ebenso willfährig gewöhnt, wie sie sich von den Kriegsspekulanten an Eier- und Milchersatz und an alle andern Surrogate gewöhnen ließen.

Als die Barmat-Affäre zuerst ruchbar wurde, als man merkte, wie das Schiebergeschmeiß das fürchterliche Unglück des gesamten arbeitenden Volkes, seine Dezimierung im Kriege, seine Ausplünderung in der Inflation, seine Versklavung bei der internationalen Aufteilung des Raubes durch den Dawespakt, seine gänzliche Verelendung durch die Wirtschafts-Rationalisierung gewinnbringend für sich zu verwerten verstand, da meinte man, die Ausräucherung dieses Korruptionsnestes, das bestimmt noch lange nicht das schmutzigste war, werde der Beginn einer allgemeinen

Desinfektion werden. Jetzt quält sich der Barmatprozeß glücklich über ein Jahr weiter, keiner redet mehr von der Sache, nur in Moabit wird statt eines Strafgerichts eine Art wissenschaftliche Disputation gehalten, bei der Angeklagte, Zeugen, Sachverständige, Rechtsanwälte, Staatsvertreter und Richter die Frage zu ergründen suchen, wo die Grenzen zwischen Geschäft und Betrug laufen, eine Frage, deren Lösung in einer Gesellschaftsordnung, die von Ausbeutung und Wucher als Interessen-Institution geschaffen ist, in Ewigkeit nicht gefunden werden kann. Seit der Aktualität der Fälle Barmat, Kutisker usw. ist die Öffentlichkeit fast Woche für Woche mit der Aufdeckung neuer Korruptionsschweinereien überrascht worden. Durchstechereien, Dokumentenfälschungen, Schwindel-mänöver bei den Reparationslieferungen, die Otto Wolf, die Phöbus-Geschichte — das sind nur ein paar Posten aus dem Korruptionsregister der allerletzten Wochen; und überall handelt es sich um klotzige Summen, für die das mit weit über 80 Prozent an der Aufbringung der Steuern beteiligte Proletariat aufzukommen hat, — überall handelt es sich zugleich um Angelegenheiten, bei denen die Geldspekulation einzelner engstens verstrickt ist in die politische Maschinerie der Gesamtheit. Wie stark die gegenseitige Beeinflussung wirkt, ist daraus zu erkennen, daß zu Barmats Zeit alle großzügigeren Schiebergeschäfte ihre Förderung bei den sozialdemokratischen Ruhe- und Ordnungsstiftern suchten, jetzt, bei veränderter politischer Konjunktur, jeder Millionenramsch hinter „nationalen Belangen“ Deckung findet.

Es wäre müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, ob im allgemeinen der moralische Niedergang der kapitalistischen Geschäftsgebarung auf die Führung der Staatspolitik abfärbt, oder ob umgekehrt die Verlotterung der politischen Moral der Spekulantenvelt Mut macht, ihre schmierigsten Bereicherungen im schützenden Schatten der gerade am besten florierenden Politik zu wagen. Es lohnt aber, auf die krasse Unmoralität der Parteipolitik überhaupt aufmerksam zu machen, um zu zeigen, wie Menschen, denen sicher keinerlei Unrecht bewußt ist, und an deren Weste unter der schärfsten Lupe der bürgerlichen Ehrenhaftigkeit kein unsauberer Fleck zu sehen sein wird, mit vollkommener Selbstverständlichkeit politische Manipulationen betreiben, die aus der Objektivität eines dem ganzen Staatsbetrieb feindlichen außenstehenden Revolutionärs betrachtet, als aufgelegte Korruption bezeichnet werden müssen. Früher, ich kenne in der Geschichte keine anderen Beispiele, bekämpften sich die politischen Parteien aus ihren verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen heraus; ihre Stellung zu einer besonderen politischen Frage bestimmte sich von der Erwägung aus, was ihrem vermeintlichen oder wirklichen politischen Streben zu einem Ziel am besten entspreche. Man war konservativ oder liberal, republikanisch oder monarchistisch, militaristisch oder pazifistisch, sozialistisch oder kapitalistisch gesinnt, und diese Gesinnung bestimmte die Taktik im politischen Verhalten. Heute bestimmt die Opportunität des Augenblicks die Gesinnung in den Prinzipien. Der Reichskanzler der deutschen Republik, Herr Dr. Wilhelm Marx, hat sich jahrelang als Republikaner bekannt, hat sich von den republikanischer Uebezeugung für das Amt des Reichspräsidenten nominieren lassen, hat die Ehrenmitgliedschaft beim Reichsbanner, der Organisation ausgeübt, die von ihren Anhängern nichts, absolut nichts anderes verlangt, als das unbedingte Bekenntnis zur republikanischen Staatsform. Herr Marx hat sich aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen an die Spitze

einer Regierungskoalition gestellt, die auch die Monarchisten umfaßt. Weil er diese Koalition im Augenblick nicht platzen lassen will, erklärt er, er sei gar kein Republikaner, er sei nur verfassungstreu. Das geht bei uns, und keiner merkt, welche haarsträubende Korruption es verrät, daß das geht, — keine subjektive Korruptiertheit des Mannes natürlich, aber die völlige Verderbnis der politischen Moral allgemein, die umso deutlicher in die Erscheinung tritt gerade dann, wenn ein persönlich nicht korrupter Mensch als ihr Repräsentant erscheint. Oder: die Deutsche Volkspartei beansprucht die ideologische Erbschaft des alten Liberalismus; dieser Anspruch allein erhält ihr trotz ihres unverschleierte Auftretens als Interessenvvertretung des Industriekapitalismus den Anhang hunderttausender naiver Leute, die von der guten alten Zeit her noch den Traum der „Fortschrittlichkeit“ träumen. Jener fortschrittliche Liberalismus aber zog seine einzige ideelle Kraft aus dem Widerstand gegen die Ansprüche der Kirche, zumal auf dem Gebiet der öffentlichen Kindererziehung und des Schulwesens. Jetzt sitzen die Vertreter dieser Weltanschauung in einer Regierungskoalition mit Klerikalen, und alles was sie noch hindert, dem Schulverfassungsgesetz in seiner ganzen Tollheit zuzustimmen, ist, daß sie noch die Formel suchen, mit der die liberale Sache preisgegeben werden kann, ohne daß die naiven Leute, die der Industriekapitalismus als Stimmurnenfutter braucht, es merken. So verleugnen die Deutsch-nationalen ihren Monarchismus, so machen's alle. Von den Sozialdemokraten zu schweigen: sie haben um der Tagesinteressen deren willen, die auf sie herunterspucken, alles verraten, was überhaupt verraten werden konnte. Sie haben die Arbeiter zu Tausenden niederknallen lassen, aus keinem andern Grunde, als weil sie ernst genommen hatten, was ihnen die Noskes jahrzehntelang versichert hatten: daß einmal die Revolution kommen werde, und dann müßten sie als klassenbewußtes Proletariat die Macht ergreifen, die Expropriateure expropriieren, die Produktionsmittel vergesellschaften und abrechnen mit der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie war klug genug, als die Revolution wirklich kam, die Sozialdemokraten zur Herstellung von Ruhe und Ordnung zu engagieren, und die verleugnen nicht einmal nur die Gesinnung, die sie in proletarischen Feiern auch heute noch zu haben behaupten, den Parteien zuliebe, mit denen sie zu einer Regierungskoalition zugelassen worden sind, sondern selbst den Hoffnungen zuliebe, später mal wieder von andern Parteien zum Mitregieren gegen die Arbeiter eingeladen zu werden.

Auch die Sozialdemokraten waren einmal überzeugte Vertreter einer idealistischen Gesinnung. Die „Realpolitik“ hat sie korruptiert. Wer sich darauf einläßt, das Endziel zurückzustellen, um von den Machthabern der Gegenwart Pfünden zu erhalten, wird Knecht dieser Machthaber. Die Korruption, die in der Verbindung von Schiebern und Politikern in Erscheinung tritt, ist nur ein kleiner Teil der ungeheuren Korruption, die unser ganzes öffentliches Leben kennzeichnet und von der die proletarischen Parteien nicht etwa unberührt geblieben sind, sondern die im Gegenteil ihren schlimmsten Ausdruck bei ihnen findet, zum Beispiel darin, daß Tausende von Menschen von den Arbeitern dafür bezahlt werden, daß sie einmal Revolutionsführer spielen sollen. Wer einmal Beamter ist, hat kein Interesse mehr an einer Revolution, die sein Amt überflüssig macht; er hat nur noch die Hausvaterangst um seine existenzsichernde Stellung. Korruption auf der ganzen Linie. Die Arbeiter sollten sich ein wenig im eignen Hause umtun und Luft hereinlassen. Es stinkt.

ERICH MÜHSAM

Zum 50. Geburtstag des Dichters erscheint im Frühjahr:

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Umfang etwa 400 Seiten.

Preis: in Leinen gebunden voraussichtlich M 5,50

broschiert voraussichtlich M 4,—

Vorbestellungen nimmt jede Buchhandlung und
die Geschäftsstelle des **FANAL** entgegen.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

RUDOLF ROCKER

LITERARISCHE ABENDE

in der Aula des Königl. Gymnasiums Elisabethstr. 57-58 (Nähe Alexanderplatz)

Die **nächsten Literarischen Abende** finden an folgenden Freitagen statt:

4. Vortrag: 3. Februar „Zola und der Naturalismus“

5. Vortrag: 10. Februar „Ibsen, Strindberg und Hamsun“

6. Vortrag: 17. Februar „Gorki und Andrejew“

7. Vortrag: 24. Februar „Robert Reitzel u. sein Armer Teufel“

8. Vortrag: 2. März „Sinclair, Jack London und Traven“

Die Vorträge **RUDOLF ROCKERS** beginnen pünktlich 20 Uhr. Einlaß 19 Uhr.

Eintritt 0.60 Mk., für Mitglieder der FAUD. und GfB. 0.40 Mk. für den Vortrag

Für Erwerbslose 0.20 Mk.

Kameraden, sorgt für guten Besuch!

Die Geschäftsleitung

*Bücher und Schriften
von Erich Mühsam*

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Der Malik-Verlag. / Berlin. / 2. Auflage. 1924

Preis brosch. RM 1.60, gebd. RM 2.40



BRENNENDE ERDE

VERSE EINES KÄMPFERS

Kurt Wolff Verlag / München 1920

Preis brosch. RM 2.00, gebd. RM 3.00



ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Der Syndikalist“ / Berlin. 1925

Preis brosch. RM 1.00, gebd. RM 2.00

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Verfall der Gesellschaft – Sozialisierung (von Jenny Brönn) – Justizmilitarismus – Relative Stabilisierung – Die Sachlage – Fastenzeit – Einem Kritiker zur Antwort
--

NR. 6

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

MÄRZ 1928

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Umfang etwa 400 Seiten. ∴ Erscheint demnächst.

Preis: in Leinen gebunden voraussichtlich M 5,50
broschiert voraussichtlich M 4,—

Vorbestellungen nimmt jede Buchhandlung und
die Geschäftsstelle des **FANAL** entgegen.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

**In keinem Hause eines Kriegsgegners
dürfen nachstehende Werke fehlen!**

Krieg dem Kriege - Nie wieder Krieg - Es lebe der Krieg

Etappe Gent - Der Gefangene von Potsdam - Charleville

Herz der Zeit - Das Buch Kurt Eisners

Der kommende Krieg

Für die Leser des Fanal anstatt Ladenpreis 19.50, Vorzugspreis 14.70

Auch kann die Begleichung auf Wunsch in 4 Monatsraten erfolgen

Friedensbund der Kriegsteilnehmer

Hauptgeschäftsstelle: Berlin N 31, Voltastr. 19

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 6

März 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.00. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörfeläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Verfall der Gesellschaft

Die Tragödie der jungen Kommunisten in Cöpenick gab vor drei Monaten Anlaß, hier die Probleme der revolutionären Jugend aufzurollen. Fast gleichzeitig mit den alarmierenden Schüssen der Enttäuschung am kämpferischen Ideal, des Protestes gegen eine verpfuschte Sehnsucht, der Rebellion des proletarischen Gewissens, fielen die Schüsse, die in Steglitz zwei junge Menschenleben auslöschten, zwei andre junge Leben in fast ausweglose Wirrnis stießen. Aber handelte es sich in Cöpenick um ein Signal der Gewissensnot auf ernste Gedanken gerichteter, sozial vorwärtsdrängender Arbeiterjugend, so hatte der Vorfall in Steglitz mit den schweren seelischen Konflikten des sozial bewegten Teiles der aufwachsenden Generation nichts zu tun, sondern war, was den äußerlichen Verlauf betrifft, ein nicht einmal durch die Besonderheit der beteiligten Personen ausgezeichneter Pubertätsexzeß, der weder als typisch für die Moral der Bourgeoisie, noch für die Sexualnot der Jugend in unsrer außergewöhnlichen Zeit angesehen werden sollte. Eine Reihe ganz individuell gelagerter Umstände hat eine bestimmte Situation geschaffen, aus der sich in folgerichtiger Steigerung der szenischen Komplikationen und der Temperamentsreizungen der Hergang eines Trauerspiels entwickelte, wie er in seiner übersichtlichen Klarheit und in der Einheit von Ort und Zeit der Handlung einem gewissenhaften Dramenschreiber zum Vorbild dienen könnte. Von Bedeutung für die soziale Betrachtung der Angelegenheit ist einzig das Milieu des Geschehens und in noch höherem Maße das Reagieren von Staat, Gesellschaft, öffentlicher Kritik und bürgerlicher Gesittung auf die

Vorgänge im Hause Scheller. Die Ausstrahlungen der Atmosphäre, die in dem grotesken Prozeß gegen den Primaner Krantz prismatisch gesammelt erscheinen, sind allerdings von außerordentlicher gesellschaftlicher Bedeutung; sie zeigen die Ahnungslosigkeit der Bourgeoisie allen psychischen Problemen gegenüber, das völlige Versagen des Staats in allen Dingen der natürlichen Beziehungen zwischen den Menschen, die Fäulnis und den Verfall einer Gesellschaft, die sich selbst um die notwendigste aller Revolutionen betrogen hat und den eigenen Verwesungsgestank mit dem Parfüm geiler Sensationen zu übertäuben sucht.

Was geschah, ist folgendes: Dem armen Musikanten Krantz, der sich die Existenz kümmerlich in Kinokapellen zusammenblasen muß, ist es gelungen, für seinen intelligenten Sohn Paul ein Stipendium zu erwirken, das den Besuch des Gymnasiums ermöglicht. So kommt der heranwachsende junge Mensch unter besserstellte Schulkameraden. Er befreundet sich mit Günther Scheller und lernt dessen 16jährige Schwester Hilde kennen. Die Eltern Scheller lassen ihren Kindern ziemlich viel Freiheit; sie sind viel unterwegs, wissen auch, daß ewige Aufsicht den Anreiz zum Verbotenen eher steigert als bremst. Die Gelegenheit zum Alleinsein zwischen einem geistig regen 18jährigen jungen Mann und einem hübschen 16jährigen Mädchen führt ganz natürlich zu erotischen Situationen. Der 19jährige Günther weiß davon; es kümmert ihn nicht, da er selbst Freundinnen hat, zu deren ungestörter Gunst er die Verschwiegenheit der Schwester braucht. Paul ist eine besinnliche Natur, macht Gedichte, imponiert der befreundeten Jugend durch geistige Besonderheit, die nichts Genialisches hat, aber den bescheidenen Ansprüchen der oberflächlichen Altersgenossen genial scheint. Günther ist seelisch viel robuster und über alles Maß lebenshungrig. Andre gleichaltrige Freunde und Freundinnen finden sich zu den dreien; es wird kluggeschwätzt, politisiert, Kunst und Kultur getrieben und viel geküßt und geliebt. Bei alledem ist nichts, garnichts merkwürdig, und es ist Unsinn, diese Konstellation irgendwie klassengefärbt in Gegensatz zum Leben junger Proletarier sehen zu wollen. Wo bei denen die materielle Not es nicht verhindert, wo sie sich solche Gelegenheiten schaffen können, tun sie es auch, und das ist durchaus nicht schlimm. Auch daß zwischen den Freunden anscheinend leichte homoerotische Bindungen bestanden, ist nichts Fürchterliches, auch nichts „anderes“, sondern in den Uebergangsjahren, in denen die Sexualität noch ganz undifferenziert auf jede Reizung reagiert, etwas völlig Natürliches, Uebliches und in allen Zeiten und allen Gesellschaftskreisen Selbstverständliches. Die Moral von Staat und Kirche

hat erst aus der bewußten oder unbewußten körperlichen Hinneigung geistig und seelisch verbundener Menschen des gleichen Geschlechts etwas Sündhaftes gemacht.

Zwischen Günther und einem früheren intimen Freunde, dem Kochlehrling Hans Stephan, herrscht seit längerer Zeit, anscheinend homosexueller Eifersüchteleien wegen, bittere Feindschaft, und es begibt sich nun, daß in einer Nacht, in der die Schellersche Wohnung den jungen Leuten allein zur Verfügung steht, gleichzeitig Paul und Günther bei viel Getränk und viel romantischer Sentimentalität mit einer Freundin Hildes zärtlich sind und Hilde sich mit dem Feinde ihres Bruders, von dessen Anwesenheit dieser nichts wissen soll, in ihre Kammer zurückgezogen hat. Da Paul Krantz, zum Gymnasiasten avanciert und somit unter nationalistische Einflüsse geraten, selbstverständlich Mitglied eines Wehrverbandes und noch selbstverständlicher im Besitz einer Pistole ist, ist alles beisammen, was zur Ab- und Rundung einer richtigen Tragödie gehört: Alkohol, Liebe, Haß, Lyrik, sinnliche Spannung, Weltschmerz, Nebenzimmer-Erotik, halbe und ganze Eifersucht, Geheimnistuerei, Fenstergespräche, neugieriges Geflüster, Fortgehen und Wiederkommen, Hausschlüssel-Intrige, gegenseitige Kuppelei, Küsse im Hausflur, Alkohol, noch mehr Alkohol und die geladene Waffe. Der auf Hans wütende Günther sucht den von der Erinnerung an die vergangene Nacht mit Hilde noch benommenen, im Augenblick aber von den frischen Zärtlichkeiten Ellinors durchzitterten Paul zur Eifersucht auf Hilde zu überreden, um ihn als Mittäter für das im überhitzten Hirn blutdürstig sich formende Autodafé zu gewinnen. Von Likördunst und gefühlvoller Weihe umnebelt, geht Paul auf den Doppelselbstmord und endlich auch auf den Plan ein, die Liebenden im Nebenzimmer mitzunehmen. Die Totenfeier wird gerüstet, ein rührend-kindliches Abschiedsdokument verfertigt und von den beiden Knaben unterschrieben, ein Schriftstück, das ihre ganze Unfertigkeit, den ganzen Nebeldunst ihrer Vorstellungswelt in der weltanschauungsträchtigen Phrase umfaßt: „Rasse — nicht Klasse“. Theatralischer Abschied voneinander, vom Leben, von den Freunden, vom Weltall — und das weitere: Türaufreißen, Schüsse, Schreie, Blut. Hans Stephan und Günther Scheller tot, Paul Krantz ratlos vor den Leichen der Freunde und im Augenblick der Besinnung nach der Pistole tastend, um — schon ernüchtert — seinen Pakt zu erfüllen. Hilde aber, sich vom ersten Entsetzen geistesgegenwärtig besinnend, versteckt die Waffe und flüchtet ins Badezimmer zur Freundin, die eben auf dem Wege zur Schule wieder ins Haus gekommen ist. Die Mädchen alarmieren die Nachbarn — und Arzt, Polizei und Reporter gehen an

ihre Werk und sorgen für die Einordnung des außergewöhnlichen Ereignisses ins gewöhnliche Leben mit Totenschein, Kriminalakt und Radautrommel.

Der Vorgang an sich ist zur Charakterisierung der gegenwärtigen allgemeinen Gesellschaftsverhältnisse ganz unverwendbar. Nur ein paar Requisiten des Stücks sind dem zeitgebundenen Kostümarsenal entnommen. Die beteiligte Jugend ist nicht anders und nicht schlimmer als die Jugend in den sentimentalen Theaterstücken vergangener Jahrzehnte, und man braucht sich etwa nur an Hartlebens „Rosenmontag“ zu erinnern, um zu finden, daß das Steglitzer Gymnasiastendrama in der Szenenfolge und der Unausweichlichkeit der Katastrophe vom Leben selbst viel stärker herausgearbeitet ist als das übrigens sehr wirkungsvolle Offiziersdrama von der Erfindung des Dichters; daß aber stimmungsmäßig zwischen den von den Erschütterungen der Welt wenig bewegten liebesüchtigen jungen Leuten vor 30 Jahren und denen von heute trotz veränderter Auffassungen wenig Unterschied besteht. Der Verfall der Gesellschaft zeigt sich nicht in der Entladung der entfesselten Schüler temperamenten, sondern im Verhalten der älteren Generation vorher und besonders nachher. . . .

Revolution ist Auskehr. Sie ist dann notwendig, wenn die inneren Spannungen einer Gesellschaft den Rahmen bereits gesprengt haben, der von der überlebten Ordnung um die Beziehungen der Menschen gelegt war. Dabei handelt es sich niemals allein um die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern abhängig von ihnen und, umgekehrt auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen entscheidend zurückwirkend, ebenso um psychisch-geistige Verhältnisse. Der Rahmen der kapitalistischen Nationalwirtschaft platzte 1914. Der große Krieg leitete die Internationalisierung der industriellen Produktion ein. Es war die Aufgabe des internationalen Proletariats, auf revolutionärem Wege zugleich die Ausbeutung zu beseitigen und die internationalisierte industrielle Produktion durch Zerstörung der Staaten und Aufhebung des Privateigentums sozialistisch zu organisieren. Der Versuch dazu wurde nur in Rußland unternommen, wo er infolge konstruktiver und ideologischer Fehler im Staatskapitalismus versackte. In Ungarn und Bayern blieb es bei den vorbereiteten Gesten einer im Stich gelassenen revolutionären Minderheit. Dennoch war die Revolution absolut fällig. Mehr noch als die wirtschaftlichen Voraussetzungen waren die psychischen gegeben, zumal in dem nur auf Sieg erzogenen, durch die katastrophale Niederlage aus den Wolken gestürzten deutschen Volk. Die wichtigsten

Grundsätze der bürgerlichen Moralität waren schon vor dem Kriege schwankend geworden. In der Literatur erschütterte besonders Frank Wedekind die Fundamente der gültigen Sexualethik. In der anarchistischen Bewegung stritten wir über das Vaterschaftsprinzip, das Gustav Landauer als Norm erhalten, ich zerstört wissen wollte. Mein Schauspiel „Die Freivermählten“ (1909) greift vor allem die Exklusivität in der Liebe an und erklärt die geschlechtliche Eifersucht als die übelste Form des Besitzneides. Die Idee der Promiskuität fing an, die Gemüter der wenigen zu erregen, die zu allen Zeiten das uneinträgliche Geschäft betreiben, die verachteten Wegbereiter künftiger Gesittung zu sein.

Der Krieg leistete der Zerstörung der moralischen Vorurteile auf jedem Gebiet ungewollt erstaunliche Dienste. Die Begriffe Mord, Grausamkeit, Diebstahl, Raub, Erpressung, Hinterlist und was es sonst an Unsauberkeiten im menschlichen Verhalten geben mag, verquickten sich mit den Eigenschaften, die als rühmlich gepriesen wurden, wie Angriff, Nahkampf, Requisition, Kontribution, Eroberung, Kriegslist, und im Hinterlande half Hunger und Entbehrung den allenthalben unsicher gewordenen Moralbegriffen jeden Boden entziehen. Es setzte bei Bürgern, die an der eigenen Korrektheit so wenig zweifelten, daß sie sich beim Gedanken an Vorbestraftheit eines Menschen entsetzt abgewandt hätten, plötzlich das Begreifen ein, daß Armut und Sünde von einander abhängige Dinge seien. Die eigene Not ließ das, was bisher wirkliche Entrüstung war, zur Heuchelei werden: man hamsterte selbst, man wucherte selbst, man prügelte sich selbst herum wegen einer Brotkarte oder eines Zuckeranteils. Und den Frauen fehlten die Männer, den Kindern die Aufpaser, denn die waren draußen, verrohten und warfen den Ballast der moralischen Bedenklichkeiten zugleich in sexueller Beziehung fort, so daß auch ihrem Entsetzen über die Unmoralität in der Heimat der Hebel des Gewissens versagte. Als der Zusammenbruch da war, hätte es also grade auch auf dem Gebiete der sittlichen Begriffe nur des Auskehrens bedurft, um die von Staat und Kirche gezüchtete, in den Büchern vorgeschriebene, aber innerlich morsche Moral wegzuschaffen und der im Keimen befindlichen freien Gesittung, die, wenn auch verworren und im Bewußtsein unverarbeitet, schon vorhanden war, Raum zur Festigung und zur Entfaltung zu geben.

Die Revolution wurde verraten. Ihre Nutznießer verbündeten sich mit den Kräften, die allein noch an der Erhaltung vergangenen Geistes interessiert waren und galvanisierten mit ihnen auch die alten Moraldoktrinen. Die überholten Gesetze der alten Zustände

wurden einfach auf die neuen Verhältnisse angewendet und so die Konterrevolution zur Dauereinrichtung erhoben. Konterrevolution nämlich ist das Walten reaktionärer Mächte unter revolutionären Bedingungen. Die ganze nachrevolutionäre Zeit trägt, bis auf den heutigen Tag, den Charakter der Konterrevolution. Denn nichts ist in dieser Gesellschaft stabil, und dafür der schlagendste Beweis ist ihre Moral. Hier wirkt von unten heraufgewühlter neuer Geist, aber, da er an jeder freien Äußerung gehemmt ist, ist die neue Moral, die in Freiheit die reinste Sittlichkeit wäre, die schmutzigste —, verkrustet in Heuchelei, Vorurteil, ängstlicher Verkrochenheit und Mißtrauen gegen die eigene Berechtigung. Was aber das Aergste ist: die alte, von Krieg, Einsturz des alten Staates, Bürgerkrieg, Aufstieg des Neukapitalismus, Inflation, Deflation, Korruption in Wirtschaft, Politik und Justiz vollkommen verschmutzte Ethik übt mit- samt der Reaktion auf allen Gebieten die mit unheimlichen Machtbefugnissen ausgestattete Gewalt über die Gärung des neuen Geistes aus. Die alte Generation herrscht mit allen ihren Vorurteilen, völlig unberührt von modernen Empfindungen, über die Jugend und pfpopt ihr eine tote Moral auf ihr lebendiges Drängen.

Dies macht die Affäre Krantz bedeutsam, nichts andres. Eine verfallende, verfallende Gesellschaft versucht, die Jugend, die immerhin vom Zeitgeschehen geimpft ist, in ihre pestkranken Normen einzufangen. Ein Exzeß des Ueberschwangs, der keine Spur revolutionären Ursprungs trägt, wird, da in ihm die Wirksamkeit neuartiger Moralauffassungen erkennbar scheint, in die Knetkur entseelter Sittenmaximen genommen. Das Gespenst der Vergangenheit glaubt die Regung der Zukunft wahrgenommen zu haben, und schon spannt das Alter die Jugend in das Prokrustesbett seiner Vorurteile und macht den Unglücksfall einer jugendlichen Verwirrung zum Kriminalfall unter dem Gesichtspunkt der Schuld.

Das ist die Frage, die diese Gesellschaft, dieser Staat aus der Steglitzer Kindertragödie ableitet: ob der Strafgesetzbuch-Paragraph verletzt ist, der den Mord oder bloß der, der den Totschlag bedroht, und ob Paul Krantz getötet oder beim Töten mitgeholfen hat, oder ob schon getötet war, als er dazu kam. Da sitzt nun ein Unglücksmensch von Gerichtsvorsitzenden und bemüht sich, mit den Pubertätskonflikten der heutigen Jugend zurechtzukommen, weiß aber gar nicht, daß, seit er Jurisprudenz studiert hat, eine andre Welt geworden ist mit andern Vorstellungen, andern Erlebnissen, andern Problemen und viel weniger Vorurteilen als zu seiner Zeit, daß er selbst eine Gesellschaft repräsentiert, die sich im Verfall befindet und über Menschen zu Gericht sitzt, die, obwohl sie sich dessen nicht

bewußt sind, unter Schutt und Romantik eine neue Gesellschaft in sich tragen. Da glaubt er, die 16jährigen von fröhlicher Sinnlichkeit getriebenen Mädchen zur Aussage der „reinen Wahrheit“ zu bringen, wenn er sie vor der ersten Frage durch die Vereidigung mit der lähmenden Angst vor dem Zuchthaus einschüchtert. Da stellt er an die vernünftigen Eltern Scheller, die sich dazu bekennen, daß sie ihre Kinder nicht einengen mögen in ihrem Lebens- und Erlebnisdrang, vorwurfsvolle Fragen, die seine ganze Hilflosigkeit einer Welt gegenüber verraten, die den Seelendruck der Kirchenmoral, mindestens teilweise, abgestreift hat. Und der Verteidiger: er sieht die Welt nicht anders als der Vorsitzende und der Staatsanwalt. Wie entlastet er den Angeklagten? Indem er das arme Mädel, das genau so sehr Opfer der Verwirrung war wie ihr toter Bruder, schuldig zu machen sucht, sie vor den Augen geiler Spießer auszieht und moralisch im Dreck herumwälzt. Was in Zärtlichkeit und sinnlicher Lust zwischen Liebenden geschieht, ist immer rein und gut; aber wenn es nachträglich vor fremden Augen wie im Film aufgerollt wird, ist es unappetitlich und häßlich. Und da fragt man nun die jungen Menschen aus; wie weit sie miteinander gekommen seien: es ist förmlich, als ob das nackte Fleisch der unglücklichen Geschöpfe zum Dranriechen bei den Sensationsphilistern herungereicht würde. Die Opfer dieser tollen Gerichtsprozedur aber wissen selbst nicht, an welcher greulicher Gespenstersonate sie mitwirken. Sie sind ja nicht, wie die Proletarierjungen von Cöpenick, um eines enttäuschten Ideals willen, sondern aus Lebensgier und unklarem Weltschmerz in ihre Lage geraten. Sie haben die alte Sittlichkeit, die jetzt ihre seelische Not in Pandekten schnüren soll, innerlich abgeworfen, sich aber keine neue geschaffen. Sie sind haltlos geworden und haben in ihre Haltlosigkeit auch ältere mit hineingezogen. Wenn es wahr ist, daß die Eltern der Hilde Scheller Interviews mit der Tochter an die Zeitungen verhökert haben, so zeigt das, wie der Zerfall der Gesellschaft sich dem kleinbürgerlichen Geist seiner Mitglieder mitteilt. Sie haben schon die Empfindung dafür, daß den Kindern ihr freies Eigenleben bleiben soll, aber das staatlich-kirchliche Moralitätsprinzip steckt noch so tief in ihnen, daß sie selbst den Unterschied zwischen Freiheit und Schamlosigkeit, den die Vergangenheitshüter nicht gelten lassen wollen, nicht sehen und das Kind, da sie ihm schon Freiheiten eingeräumt haben, nun auch glauben prostituieren zu dürfen.

Nicht die Steglitzer Tragödie, sondern der Krantz-Prozeß ist das Spiegelbild des gesellschaftlichen Verfalls unsrer Zeit, vielleicht ein noch besseres als die dröhnenden Zusammenbrüche der Lombard-

schwindel-Unternehmungen. Denn den Sehenden wird nicht Neues bekannt mit der Nachweis, daß die degenerierte Kaste adliger Traditionshüter geldgierig gesprungen kommt, wenn sie ihre ergaunerten Kapitalien mit 48 Prozent verzinst kriegen können, indem sie sich an Gaunergeschäften beteiligen. Wenn sie einmal dabei selbst die Begaunerten sind, ist es nicht sehr tragisch. Wertvoll sind solche Korruptionsektlarvungen immer, da sie manchen, die noch nicht sehen gelernt haben, ein wenig die Augen öffnen können darüber, daß die staatliche Gesellschaft auf einem tönernen Gestell steht, das überall Risse und Sprünge hat. Der Verfall geht durchs ganze, durch Wirtschaft und Organisation, durch Kultur und Ethik. Was fällt, muß gestoßen werden. Nur sollen wir nicht glauben, damit, daß wir aus dem Verfall der Gesellschaft ihren völligen Zusammenbruch machen, wäre allein etwas für Freiheit und Gerechtigkeit geschehen. In der Jugend lebt neues Werden und neues Erkennen. Gelingt es aber der Jugend nicht, den neuen Geist in sich zu pflegen, ihn frei zu machen von allen Ueberkommenheiten des Glaubens und der Autorität, so wird mit dem Zerfall von Staat und Kapitalismus auch das Gute zerfallen, das in ihrer Sehnsucht lebt. Dann wird, was heute freiheldurstige Jugend ist, morgen verknöchertes Alter sein und Traditionen hüten einer Gesellschaft, die verdienftermaßen wiederum in Verfall gerät, bis endlich doch einmal eine neue Jugend aufsteht, die Jugend der fessellosen Revolution. Diese Revolution aber wird die Gesellschaft der Freiheit aufbauen, die in schaffendem Wachsen keinen Verfall mehr kennen wird — die kommunistische Gesellschaft der Anarchie.

Sozialisierung

Der nachfolgende Artikel erschien zuerst am 15. Februar 1919 in der Revolutionsausgabe meiner Zeitschrift KAIN. Die Verfasserin Dr. J e n n y B r ü n n, nur wenigen unsrer Genossen bekannt, mir persönlich in vieljähriger Freundschaft verbunden, ist am 13. Februar dieses Jahres im Alter von 36 Jahren gestorben. Sie kam als junge Studentin der Nationalökonomie 1912 nach München, wo sie mich aufsuchte, um durch mich in anarchistische Gedankengänge eingeführt zu werden, da ihr die Ideen des antiautoritären freien Sozialismus besonders nahe lagen. Wissenschaftlich war sie Schülerin Franz Oppenheimers, dessen Spuren ja auch im vorliegenden Aufsatz noch deutlich erkennbar sind. Sie verarbeitete die erlernten Kenntnisse in ihrem regen, von ungewöhnlicher Klugheit bedienten Geist zu lebendigen Werten. Die kräftige Polemik gegen Kurt Eisners unrevolutionäre Wirtschaftspolitik kann heute noch, zumal gegenüber den staatskapitalistischen Tendenzen des Bolschewismus, von hohem Nutzen sein, mag auch die Anwendung des Lohnbegriffs in der Darstellung des sozialistischen, also vom Lohnsystem befreiten, Produktionsprozesses mißverständlich scheinen. Dem Irrtum in der Abschätzung der revolutionären Auswirkungen des politischen Zusammenbruchs vom November 1918 waren wir wohl damals mehr oder weniger alle verfallen. Aber dieser

Irrtum, der der Begeisterung für die Revolution und der Leidenschaft für den Sozialismus entsprang, ist ja nur ein zeitlicher Irrtum. Tatsächlich hat der Kapitalismus in den Belebungsbemühungen der scheinsozialistischen Demokraten keine Rettung gefunden, sondern nur einen Aufschub seiner Vernichtung. Jenny Brünn hat die von ihr wie von uns ersehnte Stunde der neuen Revolution nicht mehr erleben dürfen. Aber sie hat, ohne öffentlich hervorzutreten, durch ihr beratendes Helfen bei der Begründung des FANAL und durch die stille Förderung, die sie dem Blatt widmete, dazu beigetragen, den hier vertretenen anarchistischen Auffassungen, die ihren eigenen entsprachen, Resonanz zu schaffen. Der Wiederabdruck des Artikels „Sozialisierung“ geschieht, um mahnend zu erinnern an die verhängnisvollen Fehler, mit denen routinierte Realpolitiker in entscheidender Stunde das kostbare Gut der Revolution leichtfertig verschleudert haben, und um einer der wenigen, die rechtzeitig gewarnt haben, einer zukunftsfrohen Mitkämpferin, einer durch geistige und menschliche Werte reich begabten Frau, einer lieben treuen Freundin ihre eigenen Worte als Gruß ins frische Grab zu senden. E. M.

Am 22. Januar fand die erste Sitzung der bayerischen Sozialisierungskommission statt. Der Ministerpräsident Kurt Eisner sprach sich bei dieser Gelegenheit mit so bemerkenswerter Offenheit über Zweck und Ziel der Sozialisierung aus, daß man an diesen Ausführungen nicht vorübergehen sollte.

Herr Eisner zählte zuerst die Anforderungen auf, denen die Neugestaltung der Wirtschaft gerecht werden müßte. Man beachte die Reihenfolge! Zunächst Wiederherstellung und Steigerung der Produktion an sich in höchster technischer Vollkommenheit. Das zweite ist der Anteil des Staates an dem Ertrag der Produktion und das dritte ist die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden innerhalb der Produktion. Dann erläuterte der Ministerpräsident den Begriff der Sozialisierung. Dieser wäre unklar und irreführend. Man sollte ihn eigentlich nur im Sinne von Sozialismus brauchen als der radikalen Beseitigung des Kapitalismus und der Organisation von Produktion und Konsumtion ohne Dazwischenkunft des Kapitals. Eine solche Sozialisierung kann weder von Bayern noch von Deutschland allein durchgeführt werden (!), komme also nicht in Betracht. Ein neuer Begriff der Sozialisierung werde von den radikalen Arbeitern des Ostens und des Westens (Syndikalistern) propagiert: nämlich die Uebernahme jedes kapitalistischen Betriebes durch die Arbeiter und seine gewerkschaftliche Weiterführung. Dies wäre nicht Sozialismus, sondern Massenkapitalismus. Es wäre nur ein Rollentausch, bei dem auf einen Kapitalisten so und so viele kämen und der Profit — auf die größere Zahl verteilt — brächte dem Einzelnen keine Steigerung des bisher üblichen Lohneinkommens. Die dritte Art der Sozialisierung wäre gar keine im eigentlichen Sinne. Es wäre eine Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle. Diese durchzuführen wäre die heutige Aufgabe. Der bisher für die gemischt wirtschaftlichen Betriebe geltenden Gefahr, vom kapitalistischen Staat und den Privatkapitalisten als assoziiertes Geschäft kapita-

listischer Ausbeutung betrachtet zu werden, soll durch die demokratische Staatskontrolle begegnet werden. (!)

Wir sehen also, Herr Eisner ist sich vollkommen darüber klar, daß der wirtschaftliche Weg der deutschen sozialistischen Republik nicht zum Sozialismus, sondern zum — Staatskapitalismus geht. Daß die demokratische Staatskontrolle den Profit in keiner Weise schmälern wird, darüber dürften sich alle Beteiligten einig sein. Liegt aber der Staatskapitalismus auf dem Wege zum Sozialismus? Ist er eine Teilverwirklichung, so daß die Arbeiterklasse in ihrem sozialistischen Wollen ein Stück vorwärts kommt oder will er auf kapitalistischer Basis stehen bleiben?

Der Gesamtertrag einer Volkswirtschaft kann an die beteiligten Wirtschaftspersonen nur in den drei Formen des Einkommens verteilt werden: als Grundrente, Kapitalsprofit und Arbeitslohn. Das Wesentliche der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist nun, daß von diesen drei Einkommensarten die beiden arbeitslosen Einkommen: Grundrente und Kapitalsprofit verschwunden sind und als einzige Einkommensart das Arbeitseinkommen bleibt, der volle, von keinem Mehrwert gekürzte Arbeitsertrag für jede arbeitende Wirtschaftsperson.

In dem angestrebten Staatskapitalismus ist der Staat als Besitzer der Produktionsmittel am Produktionsprozeß beteiligt, kann also seinen Produktionsanteil nur in Form des Mehrwertes (Grundrente und Kapitalprofit) erheben. Die Arbeiterklasse, für die beim privatkapitalistischen System die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander günstig war, sieht sich hier einem einzigen ungeheuren Monopolkapitalisten gegenüber, der sich genau ebenso den Mehrwert, also einen Abzug vom Ertrage der arbeitenden Klasse, in die Tasche steckt. Nur arbeitet ein staatlicher Apparat bedeutend schwerfälliger, der Gesamtertrag ist daher geringer, so daß der Lohn noch herabgedrückt werden könnte. Es besteht gar kein Zweifel, daß eine Verstaatlichung des Kapitalismus (das ist es nämlich!) die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zum mindesten nicht bessert. Aber der Staat! Der erzielt einen Produktionsüberschuß, aus dem er seine laufenden Ausgaben bezahlen, vor allem aber seinen Verpflichtungen nachkommen kann, die er vom bankrotten Kapitalismus übernommen hat. Hier ist der Punkt, wo Politik und Wirtschaft sich treffen! Weil die Regierung nicht unzweideutig an einen sozialistischen Neuaufbau geht, weil sie am kapitalistischen System festhält, muß sie die Erbschaft des Privatkapitalismus übernehmen! Weil sie die Erbschaft übernimmt, muß sie auf kapitalistischem Boden bleiben, um auf dem Umwege des Mehrwertes — d. h. Abzug vom vollen Arbeitsertrag, d. h. Ausbeutung der Massen — sich die Mittel zu schaffen zur Erfüllung ihrer Erbschaftspflichten.

Müßig zu sagen, daß eine wirklich sozialistische Republik von vornherein eine so gänzlich andere politische Konstellation schüfe,

daß für sie diese Erbschaftspflicht ebensowenig bestünde, als es innerhalb des Sozialismus ein privates Erbrecht gibt.

Der kapitalistische Staat erzielt also einen „Produktionsüberschuß“. Er sagt „Produktionsüberschuß“ als ebenso geschickte und grob täuschende Umschreibung für Mehrwert wie der Privatkapitalismus sagt: „das Kapital arbeitet“. Dieser „Produktionsüberschuß“ soll durch eine „Produktionssteigerung bis zu höchster technischer Vollkommenheit“ erreicht werden. Auf die Durchführung dieses Programmpunktes darf man einigermaßen gespannt sein.

Jeder Wirtschaftsprozess ist ein Kreislauf: sowohl der kapitalistische als der sozialistische. Nur daß sie entgegengesetzt verlaufen. Das ist ja das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes, daß er der Produktionssteigerung enge Grenzen setzt, weil die Massen infolge des Lohnsystems nicht das an Gütern zurückkaufen können, was sie selbst hergestellt haben. Das ist das Wesen des Kapitalismus: daß der Innenmarkt infolge der geringen Kaufkraft der Lohnbezieher nicht aufnehmen kann, was die Unternehmer an Waren absetzen könnten, daß bei steigender Ueberproduktion die Produktion eingeschränkt wird, der Lohn sinkt oder gar aufhört, die Kaufkraft der Massen also noch mehr vermindert wird, die Ueberproduktion noch mehr steigt. Auch der Staatskapitalismus kann und wird diesem Zirkel nicht enttrinnen, dem das privatkapitalistische System trotz aller Syndikate und Trusts nie entgangen ist: dem Zirkel, der mit Unterlohn und Ueberproduktion beginnt, zum kolonialen Absatzgebiet fortschreitet, wohin sich die Unternehmer mit den Waren, die der eigene Markt nicht aufnehmen kann, zu retten suchen und notgedrungen mit dem „frisch-fröhlichen Krieg“ und „Gott strafe England“ enden muß. Wie und wo will denn der Staat den ihm zufallenden „Produktionsüberschuß“ realisieren, wenn das kapitalistische Lohnsystem weiterhin den Innenmarkt unterhalb seiner natürlichen Kaufkraft hält? In den Kolonien? Auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit England und Amerika?

Dem Sozialismus ist Produktionssteigerung immanent. Der jeder Wirtschaftsperson zustehende volle Arbeitsertrag ist in gleichem Umfange Kaufkraft, Nachfrage nach Gütern. Die Nachfrage nach Gütern zieht eine Produktionssteigerung nach sich, damit eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften, damit Steigerung des Arbeitslohnes, damit größere Nachfrage nach Gütern, damit neue Produktionssteigerungen usw. usw. Die Schraube ohne Ende lautet im Sozialismus: erhöhter Lohn — erhöhte Nachfrage — erhöhter Lohn — erhöhte Nachfrage — und das Bindeglied ist die immer größere Produktionssteigerung, die fortlaufend eine dauernde wirtschaftliche Hebung aller Volksklassen schafft, den allgemeinen hohen Wohlstand, was der Sozialismus letzten Endes allein ist. Die Forderung der Produktionssteigerung und die Befriedigung der Ansprüche der

Arbeiterklasse ist in der Tat, wie Herr Eisner anführte, unerläßliche Bedingung, die aber nur der sozialistische Aufbau erfüllen kann.

Dieser Neuaufbau setzt ein, sobald sich die Arbeiter auch nur eines Produktionsmittels bemächtigen, z. B. des Grundes und Bodens, der Bergwerke. Der neue Radikalismus in Ost und West ist keineswegs Massenkaptalismus, wie Herr Eisner meint, sondern durchaus wirklicher Sozialismus. Er ist der Weg, durch die Aneignung zuerst einiger wichtiger Produktionsmittel den Arbeitern dieser Unternehmen den vollen Arbeitsertrag zu sichern durch Anschaffung des Profits, und die Produktion ohne Mehrwert und Ausbeutung fortzuführen. Das erhöhte Einkommen dieser „Kapitalisten“ erscheint als erhöhte Nachfrage nach Gütern und gibt den Industriezweigen die Möglichkeit der erhöhten Produktion gleichfalls mit vollem Arbeitsertrage für die Produzenten usw. Hier setzt automatisch der Kreislauf der sozialistischen Wirtschaft ein.

Am Schluß seiner Rede sagte Herr Eisner, daß er „ohne vorgefaßte Meinung“ an die Erörterung dieser Probleme herantrete. Das klingt sehr befremdend. Man sollte meinen, daß der unabhängigsocialistische Ministerpräsident einer sozialistischen Republik eine sehr vorgefaßte Meinung bei der Erörterung wirtschaftlicher Probleme hätte: nämlich eine sozialistische, den Willen zum Sozialismus, dessen oberste Richtschnur immer nur lauten kann: wie befreie ich die Arbeiterklasse vom kapitalistischen Druck? Wie führe ich die Massen aus der Enge ihrer wirtschaftlichen Lage über das Notwendige der Lebensnotdurft hinaus zu einer auskömmlichen Existenz? Von diesem Willen ist in den Ausführungen des Ministerpräsidenten und in den Zielen der Sozialisierungskommission keines Hauches Spur. Der angestrebte Staatskapitalismus ist Gewerkschaftspolitik im großen; das Ziel, den Arbeitern innerhalb des kapitalistischen Systems die jeweils bestmögliche wirtschaftliche Lage zu verschaffen, aber immer unterhalb des kritischen Punktes, bei dessen Ueberschreitung die Sprengung des Kapitalismus, des gesellschaftlichen Klassenverhältnisses erfolgt.

Die heutigen immer höheren Lohnforderungen zielen auf diesen kritischen Punkt. Und wenn von regierungssocialistischer Seite der entrüstete Ruf ertönt: diese Forderungen wären maßlos und das ganze Wirtschaftssystem gefährdend, so ist das nur wahr. Natürlich gefährden sie das ganze Wirtschaftsleben — nämlich das kapitalistische.

Die Arbeiter, zum hellsten Klassenbewußtsein erwacht, lassen sich nicht mehr in das kapitalistische Lohnsystem zurückweisen. Der Staatskapitalismus kann daher ebensowenig durchgeführt werden, wie sich der Privatkaptalismus durch die Beschwörungen und Warnungen der Liberalen vor der „Sozialisierung“ retten läßt. Der Liberalismus scheint völlig vergessen zu haben, daß er, vor dem Kriege,

unter dem Druck der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt selbst den Ruf erhob nach „Intensivierung des Innenmarktes“? Diese Intensivierung, höchstmögliche Kaufkraft aller Arbeitenden, wird der Sozialismus schaffen. Heute nach dem völligen Zusammenbruch des Imperialismus ist der Wille zum Wiederaufbau des Privatkapitalismus, der immer nur das Gegenteil von höchster Kaufkraft der Masse sein kann, kaum noch ernst zu nehmen. Dem ergötzlichen Schauspiel, wie „Sozialisten“ und Demokraten sich vergeblich abmühen, den Kapitalismus in irgendeiner Form zu retten, wird der revolutionäre Sozialismus gelassen zuschauen. Er kann ruhig abwarten. Ihm gehört das Morgen.

Jenny Brünn.

Justizmilitarismus

Der Niedner des IV Strafsenats beim Reichsgericht heißt jetzt Lorenz. Sonst hat sich nichts verändert, als daß der Namenspate sich die freie Zeit seiner Pensionsruhe mit der Bemühung vertreibt, den kommunistischen Rechtsanwalt Samter von einem Kollegenrat des Vorzugs unwürdig erklären zu lassen, sich wegen des Bestehens auf seinen Rechten als Verteidiger revolutionärer Arbeiter von den Niednern, mögen sie auch jetzt Lorenz heißen, aus dem Gerichtssaal rausschmeißen lassen zu dürfen. Niedner fühlt sich seit vier Jahren von Samter beleidigt; die Göttin der Gerechtigkeit fühlt sich schon länger vom Niedner beleidigt; aber dem steht, wenn er wehrlose Angeklagte beschimpft, die rote Fahne einen russischen Fetzen nennt, die Anwälte der Proletarier, gedeckt von der Unvermeidbarkeit seiner Urteile, an der Entlastung der Beschuldigten hindert, die Begriffe Hochverrat, Republikchutz, Sprengstoffverbrechen nur gegen Angehörige proletarischer Organisationen gelten läßt, die Immunität der Wahrung berechtigter Interessen zur Seite. Da kann man nichts machen. Immerhin: der Mann beschäftigt sich jetzt mehr privatim mit der Verfolgung von Leuten, die ihm unsympathische Bestrebungen vertreten, der Niedner des IV. Strafsenats aber heißt jetzt Lorenz, so wie der Geßler des Reichswehrministeriums jetzt Gröner heißt, Generalskollege seines obersten Regierungsprinzipals ist und seine geschichtliche Mission im Januar 1918 erfüllt, als er das frühere Schimpfwort Hundsott zum Ehrennamen ihrer Klassenpflichten bewußter Arbeiter erhob.

Die erste Tat des Niednerpräsidenten Lorenz war eine strafrichterliche Reverenz an den Geßlerminister Gröner: er verurteilte den Bauarbeiter Adolf Franz aus Wüstegiersdorf wegen der Abgabe von 2 (zwei!) Exemplaren der kommunistischen Flugschrift „Der Reichswehrsoldat“ an Mitglieder dieser republikanischen Institution zu 1 Jahr 3 Monaten Festung nebst 100 Mark Geldstrafe, bzw. für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis (Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikchutzgesetz).

Die Schrift, von der Franz im ganzen bloß 3 Exemplare besessen hatte, von denen er eins bei der Verhaftung noch bei sich trug, „machte die Soldaten auf die drohende Kriegsgefahr, die sich insbesondere gegen Sowjetrußland richtet, wie auf den neuen deutschen Imperialismus aufmerksam“ („Rote Fahne“ vom 15. Februar).

Die politische Aufklärungsarbeit unter den Angehörigen der bewaffneten Macht des Staates heißt bei den juristischen Betreuern eben dieses Staates „Zersetzung“ — freilich nur dann, wenn sie mit andern als nationalistischen Tendenzen betrieben wird. Das war schon unter den beiden Wilhelms so, und wenn hier neulich gesagt wurde: die Republik ist in Deutschland die Fortsetzung der Monarchie mit andern Kostgängern, so bedarf dieser Satz der Einschränkung: die republikanische Justiz ist die Fortsetzung der monarchistischen Justiz mit denselben Kostgängern und denselben Mitteln. Antimilitaristische Propaganda war schon in Vorkriegszeiten gefährlich. Was die deutsche Wehr anlangt, die sich mit großem Recht auf die deutsche Ehr reiht, so war sie auch früher schon streng behütet von der Wacht an der Pleiße — und hier wollen wir des Reimens genug sein lassen.

Die republikanische Justiz befindet sich nun aber im Hinblick auf die Neugestaltung der Heereseinrichtungen in einer schwierigen Lage. Damals, als die Exekutoren der republikanischen Gerechtigkeit in monarchistischen Kollegs auf dieses Amt vorbereitet wurden und in den juristischen Sprachkursen lernten, daß patriotisch auf deutsch straffrei heißt, da kamten sie zwar einen Paragraphen 175 des Strafgesetzbuchs, aber noch keinen Artikel 175 des Versailler „Friedensvertrags“, dessen Absatz 3 lautet: „Offiziere, die irgendeiner Formation der Armee angehört haben und die nicht in den erlaubten Einheiten bleiben, dürfen an militärischen Uebungen, sei es theoretischen, sei es praktischen, nicht teilnehmen und sind keiner irgendwie gearteten militärischen Dienstpflicht unterworfen“; — und erst recht war ihnen fremd, was der Artikel 177 folgendermaßen festsetzt: „Erziehungsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützen-, Sport- oder Wandervereine und überhaupt Vereinigungen jeglicher Art, einerlei wie alt ihre Mitglieder sind, dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen. Insbesondere ist es ihnen verboten, ihre Mitglieder in der Handhabung oder im Gebrauch von Kriegswaffen zu unterrichten oder auszubilden, oder sie hierin unterrichten oder ausbilden zu lassen. Diese Gesellschaften, Vereinigungen, Erziehungsanstalten und Universitäten dürfen keine Verbindung mit den Kriegsministerien oder irgendwelchen andern militärischen Behörden haben.“ (Ich weiß nicht genau, ob das Zitieren dieser Artikel nicht von der republikanischen Justiz als Landesverrat betrachtet wird, — aber ich riskier's mal.)

Am selben Morgen, an dem die „Rote Fahne“ die Verurteilung des Arbeiters Franz wegen „Zersetzung“ der Reichswehr durch 2 Flugblätter mit-

telte, waren im „Vorwärts“ Briefe zu lesen, die eine mit weitaus wirk-sameren Mitteln als harmlosen politischen Aufklärungsversuchen betriebene und schon von glänzenden Erfolgen gekrönte, gegen den Bestand der repu-blikanischen Staatsform gerichtete Aktivisierungsarbeit unter der Reichs-marine erörtern. Die Bedeutung dieser Veröffentlichung für die Arbeiter-klasse wird an anderer Stelle dieses Blattes untersucht. Hier interessiert die Frage, was die republikanische Justiz unternehmen wird, um bereits reali-sierte Bestrebungen forensisch zu liquidieren, die der Wikingerführer Götting in einem Schreiben an den Wikingerführer Plaas also formuliert hat: „Ich kann mir nichts Besseres vorstellen, als die Marine und die VVVD. mit Wikingern zu ‚verseuchen‘ und dies von der Marine relativ hoch bezahlen zu lassen.“ Das wurde im März 1926 geschrieben, und die Verseuchung hatte sich bis damals schon „dahin ausgewirkt, daß in der Folgezeit sozu-sagen mein Nachfolger (als Verbindungsmann zwischen Ehrhardt-Verbänden und Marine. E. M.) selbstverständlich aus dem Wikinger bzw. dessen Vor-läufem genommen und allmählich in eine besoldete Stellung geschoben wurde, so daß jetzt der Bezirksleiter Schleswig-Holstein des Wikingerbundes gleichzeitig Vm. der Station I (Marinestation Ostsee. E. M.) und eine Art Adjutant beim sogen. Führer der VVVD. (Vereinigung vaterländischer Ver-bände Deutschlands. E. M.) in Kiel, dem Admiral Dominik ist.“ Nun wollen wir mal sehen, ob die „Verseuchung“ der Reichsmarine mit Ehrhardtschen Verbindungsmännern und Wikingerschen Admiralsadjutanten etwas andres, etwas besseres oder etwas schlimmeres ist, als die „Zersetzung“ des 100 000 Mann starken Reichsheeres mit zwei Flugblättern.

Die Briefstellerei zwischen den Vaterlandsbefreiem, die der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, reicht bis in die letzten Wochen hinein, und der „Chef“ in eigener Person, unser künftiger Mussolini, der Kapitän Ehrhardt, be-teiligt sich selber eifrig an der Empfehlung seiner Wehrverbände, für deren Notwendigkeit er sich auf das Zeugnis des bayerischen Forstrats Escherich, des früheren Höchstkommandierenden der Reichswehr, Generals Seeckt und des württembergischen Staatspräsidenten Bazille berufen kann. Du lieber Himmel, unsre republikanischen Reichsanwälte und Reichsrichter haben in militärischen Dingen nichts andres gelernt, als was man ihnen an Wilhelms Hochschulen gesagt hat: daß der Geist des Sozialismus der Geist des Aufruhrs, der vaterländische Geist aber der der gesetzlichen Ordnung sei. Wenn einer die gepanzerte Faust entpanzern möchte, ist er ein Schurke; will aber einer die nicht genügend gepanzerte Faust fester um-schlenen, so ist er der höchsten Ehren würdig, und ein Richter darf froh sein, wenn er mit ihm auf Deutschlands Größe und Erhebung anstoßen kann, statt ihn als Angeklagten vor sein Tribunal zu laden.

Verwren wir doch unsre armen Richter nicht! Was die Behandlung von Angelegenheiten betrifft, die mit Heer und Flotte, mit Krieg und Wehr zusammenhängen, gelten die alten Regeln, die bewährten Gepflogenheiten

der glorreichen Zeit; da können die Richter und Staatsanwälte nicht anfangen weniger kaiserlich zu sein, als es die republikanischen Regierungen dieses gesegneten Landes sind. Im Januarheft des FANAL wurde angefragt, „ob nicht heute noch in deutschen Zuchthäusern wegen sogenannten ‚Kriegsverrats‘ verurteilte Proletarier sitzen, die etwa als Gefangene den feindlichen Ausfragern gesagt haben, was sie von den deutschen Stellungen wußten.“ Während das im Druck war, erschien — am 29. Dezember — in der „B. Z. am Mittag“ eine eingehende Darstellung des Falles, den ich bei meiner Anfrage speziell im Auge hatte, des Falles Humpmair, der im November 1924 vom bayerischen Obersten Landesgericht wegen Kriegsverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und seitdem in der scheußlichen Menschenzermürbungsanstalt Straubing sitzt. Der Hilfsarbeiter Max Humpmair hatte sich als 19jähriger Freiwilliger zur bayerischen Feldartillerie gemeldet, war nach 3 Monaten Ausbildung, im Februar 1917 ins Feld gekommen, wurde im April 1918 gefangen genommen und erst 1920 in die Heimat entlassen. Er wurde städtischer Schreiber und seine politische Gesinnung erhellet aus der Tatsache, daß er 1923 um die nachträgliche Verleihung einer Kriegsauszeichnung bat. Da der Mann schon früher von Kriegskameraden verpetzt worden war, seine Gefangennahme sei eigentlich ein Ueberlaufen gewesen, begab sich die um den Orden besorgte Behörde an die Prüfung der angeblichen Fahnenflucht des armen Teufels. Das Gericht, das durch den Umstand genügend gekennzeichnet ist, daß der Müller-Meinungen ihm angehört, und dem nun die Aufgabe übertragen wurde, den Sieg der deutschen Fürsten nach 6 Jahren noch nachträglich an deren zerknitterte Fahnen zu heften, befand folgendes zu Recht: Möge Humpmair immerhin, wie er selbst angab, nach der Gefangennahme von feindlichen Offizieren mit gezücktem Revolver zur Bekundung über die Stellung seiner Batterie gezwungen worden sein, mögen seine Aussagen unter diesem Zwang sogar unvollständig gewesen sein, — so bestünde doch „die Vermutung, daß Humpmair aus Furcht vor einer geplanten Offensive geflohen sei. Grade darin aber liege ehrlose Feigheit.“ Es liege Fahnenflucht und Kriegsverrat vor, denn „bei der Flucht habe der Angeklagte damit rechnen müssen, daß er von feindlichen Offizieren befragt würde. Wenn er trotzdem geflohen sei, so habe er sich selbst in eine Zwangslage versetzt, die er nun verantworten müsse“. Somit habe er „während des Krieges einer feindlichen Macht durch seine Angaben Vorschub geleistet und der deutschen Kriegsmacht Nachteil zugefügt“. Die Amnestieverordnung sei nicht anwendbar, „weil ehrlose Gesinnung aus der Tat spräche“. Nun, Max Humpmair hat noch milde Richter gefunden, sie glaubten nämlich dem Angeklagten, „daß er durch die Drohungen des feindlichen Offiziers eingeschüchtert worden sei“, auch wurde die Tat, da „irgendein erheblicher Nachteil für das deutsche Heer durch Humpmair nicht entstanden war“, als sogenannter

„minder schwerer Fall des Kriegsverrats“ angesehen. Also „nur“ 10 Jahre Zuchthaus nebst 10 Jahren Ehrverlust. Leben wir nicht in einer süßen Republik?

Na ja, Bayern! wird man einwenden. Gewiß, dort herrschen die frömmsten aller Christen, und so ist es klar, daß dort das unvergängliche Prinzip des österreichischen Staatspfaffen Seipel „Keine Milde!“ auf besonders fruchtbarem Acker gedeiht. Aber wie ist's denn in Preußen, wo sich aus dem Weiß der politischen Pollzel und dem Braun des Ministerpräsidiums die angenehmste schwarzrotgoldene Melange mischt? Am 1. Februar wurde aus dem Zuchthaus zu Sonnenburg ein Mann entlassen, dem von den 10 Jahren, die er nach Urteil seiner Richter hätte absitzen sollen, ein halbes in Gnaden und auf Bewährung erlassen war. Was er getan hat? O, er ist 1917 von der Front getümt, und als man ihn 1918 erwischte, stellte man ihn vor ein kaiserliches Kriegsgericht, das ihm wegen Desertion vor dem Feinde die 10 Jahre nebst 10 Jahren Ehrverlust aufbrummt. Er hat also dasselbe getan wie der Heldenkaiser, in dessen Namen das Urteil erging, und der nicht nach Straubing oder Sonnenburg mußte, sondern dem die süße Republik im Gegenteil Hunderte von Millionen Mark aus dem Beutel seiner ehemals getreuen Untertanen nach Holland nachschmeißt.

Weder der eben entlassene Deserteur von Sonnenburg noch der arme Humpmair in Straubing ist das letzte im Namen des Kaisers von der Republik verurteilte und von der Republik wegen Vergehens gegen die Monarchie eingesperrte Opfer des deutschen Justizmilitarismus. Ich wiederhole meine Aufforderung an die Rote Hilfe, an einer Untersuchung mitzuwirken, wieviele Gefangene noch wegen im Felde begangener Straftaten, wegen Fahnenflucht und Kriegsverrat in den Zuchthäusern der deutschen Republik sitzen, wieviele noch durch den ihnen von kaiserlichen und königlichen Offizieren aufgebrummten Ehrverlust an der Möglichkeit gehindert sind, sich eine Existenz zu schaffen. Ich gebe diese Aufforderung weiter an alle antimilitaristischen und pazifistischen Organisationen, vor allen an die Liga für Menschenrechte und an die Frauenliga für Freiheit und Frieden. Es geht mir nicht um die Würde der deutschen Republik — mit der mag sie sich alleine zurechtfinden —, es geht mir um den Kampf gegen eine der schimpflichsten Ausdrucksformen der Reaktion, gegen die in die Gegenwart mitgeschleppte monarchistische Militärjustiz der Vergangenheit und den aus der Vergangenheit gespeisten Justizmilitarismus der Gegenwart. Es geht vor allem auch um die Rettung der unglücklichen Menschen, für die die schändlichste Untat der Menschengeschichte, der Weltkrieg, der wenigstens in seinen größten Ruchlosigkeiten für uns andre 1918 geendet hat, heute noch unmittelbares fürchterliches Erleben ist.

Meldet euch, ihr, die ihr noch mit kaiserlichem Ehrverlust behaftet, in der deutschen Republik umherirrt und geächtet seid! Meldet euch, ihr, die

ihr Angehörige oder Freunde seid von solchen, die keine sozialdemokratische „Volksbeauftragten“-Amnestie von monarchistischer Kriegsrache erlöst hat! Meldet euch, ihr politischen Gefangenen in Zuchthäusern und Gefängnissen, die ihr in euren Kerkern Leidensgefährten habt, die das Grauen des Völkergemetzels nicht bis zu Ende mitmachen wollten! Meldet euch, ihr Juristen und Verteidiger, die ihr aus eurer Praxis Fälle kennt, in denen der Protest aller Revolutionäre und aller anständigen Menschen noch helfen kann! Meldet euch alle, die ihr etwas weißt oder vermutet, gebt Namen, Daten, Umstände bekannt! Es muß endlich Schluß werden mit dieser bodenlosen Infamie! Heraus mit den Opfern des Justizmilitarismus! Auch sie sind Opfer der Klassenjustiz! — Amnestie! Amnestie für alle!

Relative Stabilisierung

Bekanntlich hat sich der Kapitalismus nach parteikommunistischer Lehre „relativ stabilisiert“, was soviel heißen soll, als: Arbeiter, mit Revolution ist vorerst nichts zu machen; darum praktische Mitarbeit im Staat durch Benutzung der Parlamentstribüne, Aushöhlung des Bürgerblocks durch Oppositionsreden und -Anträge, Aktivisierung des Klassenkampfes durch Besetzung der Bonzenposten der gewerkschaftlichen Zentralverbände mit kommunistischen Parteigängern, endlich Eroberung des Staates durch Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Man braucht die Eroberung des Staates bloß Zerschlagung des Staates zu nennen, braucht bloß die Verfügung über Parlamentsmehrheiten und Ministerposten als Diktatur des Proletariats zu bezeichnen, und schon wird die Wiederholung dessen, was 1918 geschah, wenn nur statt der sozialdemokratischen die kommunistischen Staatssozialisten ans Ruder kommen, die Befreiung der Arbeiterklasse bedeuten. Für den Augenblick ist nichts weiter nötig, als in allen proletarischen Hilfsorganisationen für den relativ stabilisierten Kapitalismus Funktionäranstellungen zu erobern, dann wird alsbald der absolut stabilisierte Kommunismus an seine Stelle treten.

Da gab es am 22. Januar Neuwahlen in den sogenannten Konsumgenossenschaften, die in Wirklichkeit eher als kleinbürgerliche Rabattvereine denn als den Zwischenhandel ausschaltende proletarische Kooperativen anzusehen sind. Das liegt an ihrer zentralistisch-bürokratischen Organisationsform, und was für Parteimarken die Bürokraten des seiner Konstruktion gemäß laufenden Apparates kleben, ist gehupft wie gesprungen. Die KPD, aber versandte an ihre Berliner Parteimitgliedschaft ein Rundschreiben, in dem „die Konsumwahlen“ als „ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Berliner Arbeiterschaft“ bezeichnet wurden. „Genossen!“ heißt es da, „Denkt daran, daß die Beherrschung der Konsumgenossenschaft mit ihren reichen Lebensmittelvorräten ausschlaggebend für den Ausgang großer Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft, ausschlaggebend für den bewaffneten Aufstand des Proletariats sein kann.“ Also — wenn einmal die große bewaffnete Auseinandersetzung da sein wird, dann kommt es darauf an, wer vorher die Buchführung in den Lebensmittelmagazinen besorgt hat: sind es Sozialdemokraten, dann dürfen ja die Proleten nicht ran an die Vorräte, und nur wenn Kommunisten jetzt, unter der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, diese Plätze einnehmen, hat die Arbeiterschaft die Garantie, daß sie in der Stunde der Revolution

die Erlaubnis erhält, sich mit Proviant zu versehen. Derartige Auffassungen werden als revolutionäre Grundsätze der „Vorhut des klassenbewußten Proletariats“ auf dem Markt ausgebaut, und der deutsche Arbeiter ist in 70 Jahren marxistischer Erziehung glücklich soweit gebracht worden, daß er sie in der Tat als revolutionäre Grundsätze ernst nimmt.

Das schlimmste ist, daß mit solchen Methoden, die noch dazu als Heilmittel gegen den Reformismus angepriesen werden, den Arbeitern jedes Zutrauen zu eigener Initiative und eigener Verantwortung genommen wird und ihnen, mit der Ausnahme weniger Tausender, die als Saboteure des Klassenkampfes beschimpft werden, schon genommen ist. Die Fragen des Klassenkampfes, der Revolution, der gesamten Arbeiterbewegung sind zu bloßen Führerfragen erniedrigt, und selbst, wenn zweckmäßige Parolen zur Durchführung von Kämpfen ausgegeben werden, so ergeht an das Proletariat nicht die Aufforderung, ihnen entsprechend zu handeln, sondern die, das geeignete Verhalten von der Führerschaft zu fordern. So war es jetzt in dem Lohnkampf der mitteldeutschen Metallarbeiter. Da erhoben die Arbeiter den Anspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennige, die ihnen die Fortsetzung der dürftigen Lebenshaltung der Vorkriegszeit so lange gewährleisten würde, bis die Preispolitik des Kapitals den Schaden am Unternehmerprofit wieder hereingebracht, d. h. die Wirkung der Lohnerhöhung durch Steigerung der Lebensbedarfskosten, also Senkung des Reallohnes, aufgehoben hätte. Aber das ist der Gang des Klassenkampfes, und innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform haben die Arbeiter keine Möglichkeit, dem falschen Zirkel dieser Abwehrkämpfe gegen die übersteigerte Ausbeutung zu entinnen. Die Kapitalisten erklärten sich allenfalls bereit, da ihnen ein von der Reichsregierung eingesetzter „Schlichter“ den moralischen Rückhalt gab, auf dessen Vorschlag einzugehen und ganze 3 Pfennige Lohnerhöhung zu bewilligen, was bei der ständigen Erhöhung aller Kosten für Wohnung, Ernährung und Bekleidung noch nicht einmal für den Augenblick eine fühlbare Milderung des entsetzlichen Elends bedeutet, aber in aller kürzester Zeit schon das weitere Niedersinken des Existenzniveaus herbeiführen müßte. Die mitteldeutschen Metallarbeiter erlebten das Wunder, daß der Arbeitsminister Brauns, unter dem Druck sogar der christlich organisierten Gewerkschafter, keine Verbindlichkeitserklärung aussprach, und an 50 000 Mann traten in den Streik. Es ist klar, daß ein solcher Teilstreik keinen Erfolg haben kann, da die Verstrickung des Kapitals die gegenseitige Aushilfe sichert, die Kundschaft der bestreikten Fabriken also von der Konkurrenz beliefert wird. Die Metallarbeiter außerhalb des Streikbezirks treiben demnach mit ihrer Weiterarbeit Streikbruch. Somit wäre die Ausdehnung des Streiks auf die gesamte deutsche Metallbranche von vornherein nichts als einfache Solidaritätspflicht gewesen. Doch läßt die Struktur der Zentralverbände im großen durchgeführten Wirtschaftskämpfe garnicht zu; ein über Wochen oder gar Monate ausgedehnter Streik von Hunderttausenden ist von Organisationen, deren einzige Kraft in der gefüllten Kasse gesammelt ist, schlechterdings nicht durchzuführen. Diese Organisationen müßten dabei selber kaputgehen. Daher ist das Bestreben der Gewerkschaftsbonzen, zu irgendeiner Einigung mit den Unternehmern zu gelangen, nur natürlich. Das Ende ihrer Organisation wäre das Ende ihrer gesicherten Beamtenexistenz, und verschlechtert sich auch bei einem Kompromiß mit den Unternehmern die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, so spürt das der angestellte Führer ja nicht, der

längst oberhalb, also außerhalb der Klasse steht, aus der er hervorgegangen ist. Das wissen auch die Kapitalisten, und da sie die Gewerkschaften zur Kapitulation zwingen wollten, taten sie, was die „berufenen Führer“ unterlassen hatten. Sie stellten ein Ultimatum: haben bis zum 22. Februar die Metallarbeiter die 3 Pfennige Lohnerhöhung nicht angenommen, so erfolgt die Generalaussperrung der ganzen deutschen Metallindustrie, etwa 800 000 Arbeiter werden aufs Pflaster gesetzt. Damit der Ernst dieser Drohung begriffen würde, erfolgten auch sofort die Kündigungen. Die Gewerkschaftsführer merkten, daß es hier um ihre eigene Lebensstellung ging. Sie mußten um ihrer selbst willen das Aeußerste tun, um den Riesenkampf zu verhindern. Es ging also ein andrer Schlichter ans Werk und bestimmte eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen mit Geltungsdauer bis 31. Dezember als Ausgleich. Die Unternehmer schrien: unannehmbar! Bei der kolossalen Steigerung der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in den meisten Großbetrieben und der Gewöhnung der Aktionäre an einen Dividendengewinn in enormer Höhe erklärt sich ihre Sorge, ihre Betriebe könnten, wenn überdies auch die Arbeiter noch bis zur Sättigung ihrer Säuglinge bezahlt würden, auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig bleiben. Laut weinend ließen sie den Schiedsspruch vom christlichen Brauns verbindlich erklären und beteuerten, sie würden das Verbot der Maßregelungen nur unter loyaler Innehaltung des Schlichtervotums brechen und auch die Initiative zum Kampf trotz Schiedsspruch den Arbeitern überlassen. Deren Empörung über die Zumutung, eine Lohnerhöhung anzuerkennen, die nicht entfernt der Verteuerung der Lebenshaltung entspricht und sich für fast ein volles Jahr ohne Rücksicht auf die fortgesetzt höher springenden Preise jedes Versuches zu enthalten, dem Verhungern zu entgehen, ist natürlich groß, und die Drohung des Kapitals, aus jedem Versuch der Abwehr das Recht herzuleiten, die Generalaussperrung in der Metallindustrie vom 29. Februar ab doch noch durchzuführen, begegnet unter den Massen der betroffenen Arbeiter durchaus keiner Furcht. Die Forderung der Kommunisten, auf den neuen Schiedsspruch zu pfeifen, der Aussperrung durch den Streik zuvorzukommen, ihn auszudehnen auf alle lebenswichtigen Industriezweige und ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeitserklärungen zu handeln, ist ohne Zweifel berechtigt und darüber hinaus bei den Arbeitern durchaus populär. Nur ist leider diese Forderung gänzlich aussichtslos, da sie nicht die Ausschließung der Gewerkschaftsbürokratie von den Entscheidungen vorsieht, die ihrerseits, selbst wenn sie die technische Möglichkeit sähe, eine solche Aktion ohne Bankrott der Zentralverbände durchzuführen, gar keinen Kampf zulassen kann, der sich aus innerer Notwendigkeit weit über einen Tarifkonflikt wegen 5 oder 15 Pfennigen hinausentwickeln müßte und zu ganz großen Konsequenzen führen könnte. Daß ein solcher Kampf möglich und unter den gegebenen Verhältnissen notwendig und sogar durchaus aussichtsvoll wäre, wenn er unter den Gesichtspunkten des revolutionären Klassenkampfes durchgeführt würde, d. h. als direkte Aktion der von unten auf organisierten Arbeiterschaft selbst, bei völliger Unabhängigkeit der beteiligten Proletarier von allen Führerentschlüssen, die immer Führerintrigen sind und sein müssen, — das ist klar. Nur die föderativ aufgebauten Arbeiterkoalitionen, also die syndikalistischen und die betriebsmäßig organisierten wirtschaftlichen Kampfverbände, tragen in sich die Fähigkeit, große Aktionen des Klassenkampfes auf der Grundlage der Entschlußfreiheit aller Mitkämpfer und der, statt auf gefüllte Kassen, auf Solidarität gestützten proletarischen Einigkeit durch-

zukämpfen. Diese Einigkeit aber besteht nicht, weil Führer irgendwelcher Sorte sie nicht brauchen können. Vielmehr besteht in Deutschland, auch unter dem Proletariat, der von Staat, Kirche, Schule und Militär den Menschen mit höchstem Erfolge eingeflößte Glaube an die Autorität eines jeden, der dafür bezahlt bekommt, Autorität zu sein. Dieser Glaube aber ist die größte, ja, die einzige Chance des Kapitalismus; von ihm zieht er alle Kräfte, die sein völlig morsches Gerüst halten. Die Zerklüftung der Arbeiterschaft durch ihre konkurrierenden Führerklüngel, — darauf, einzig nur darauf beruht die „relative Stabilisierung“ der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Sachlage

Also im Mai soll gewählt werden. Da das Zentrum sein Schulverfassungsgesetz nicht mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so hat zuwege bringen können, wie es die Kirche braucht, um dem Klimpern des Geldes im Staate den Wohlklang des Glockengeläutes zu retten, ist der Bürgerblock leider zerbröckelt. Im neuen Reichstag wird das Geschäft nun mit andern Teilhabern getätigt werden müssen. Herr Marx soll sich schon wieder in republikanisch üben, da die Sozi als Sozien noch immer die kulantesten Bedingungen gestellt haben. Ob nach der Auflösung des Reichstags in der Tat neue Wahlen stattfinden werden, wird zur Zeit noch von den hierfür maßgebenden Instanzen geheim gehalten. Im Laufe der nächsten Wochen laufen in Deutschland nahezu 200 Tarifverträge zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ab. Sollte sich im Laufe des Metallarbeiterkonfliktes oder einer andern Streltigkeit herausstellen, daß es den Arbeitern ernstlich darum zu tun ist, der gänzlichen Verwahrlosung in Hunger, Elend und Sklaverei zu entgehen, dann würde sich jedenfalls die jetzt aufgedeckte enge organisatorische Verbindung zwischen Vaterländischen Verbänden, Stahlhelm und verbotenem Wikingbund einerseits, der Reichsmarine andererseits in einem Verbot des Herrn Ehrhardt auswirken, die überflüssige Wählerlei überhaupt noch vorzunehmen. Was an die Stelle der bisher beliebten Gesetzgeberei träte, ist ja bekannt. Die Reichsverfassung erhielte die vom Reichsgericht bereits als straffrei anerkannte Auslegung, die Herr Justizrat Claß vor zwei Jahren dem Artikel 48 gegeben hat, wonach beispielsweise der Streik oder sonst ein Versuch Ausgebeuteter, die Lebenshaltung zu verbessern, verboten wird, jeder aber, der etwa den Arbeitern irgendwelche Abwehr anzuraten versuchte, zu erschießen ist. Ebenso würde derjenige erschossen, der seinem zum Erschießen vorgemerkten Freunde von den vaterländischen Gewehrläufen wegzuhelfen versuchte. Der „Vorwärts“ ist gottlob guten Mutes. Er versichert uns in der redaktionellen Vorbemerkung zu den von Heilmann dem sozialdemokratischen Preußentag mitgeteilten Dokumenten, daß nichts passieren kann. Es gibt — und wir brauchen uns ja nur der Namen Noske, Ebert, Hörsing, Schneppenhorst usw. zu erinnern, um vollkommen beruhigt zu sein —, ein Bollwerk, dem kein Ehrhardt und kein Wikingbund, keine Marinestation und kein Alldentscher Verband gewachsen ist: das ist die sozialdemokratische Ministerherrlichkeit in Preußen. „Die Pläne der Leute um Ehrhardt“, jubelt der „Vorwärts“, „die hochverräterische Handlungen vorbereiten, zerschellen an der starken Stellung der Sozialdemokratie in Preußen. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei in Preußen, daß die Aktivisten von rechts Deutschland nicht in die Wirren des Bürgerkrieges stürzen und dem

munarden dürfen wir am 18. März gedenken, die für die Sättigung der arbeitenden Menschheit Barrikaden bauten. Vorläufig hat das Proletariat noch Fastenzeit.

Einem Kritiker zur Antwort

Die Erörterung weltpolitischer Ereignisse kann im FANAL immer nur dann erfolgen, wenn ein spezieller Fall Anlaß gibt, Grundsätzliches an Hand von Aktuellem darzulegen. Die Vergewaltigung Nikaraguas durch die Vereinigten Staaten, der Verlauf der chinesischen Revolutionswirren, die Greuel auf dem Balkan, der panamerikanische Kongreß, die Kommunistenverfolgungen in Frankreich, die ungarische Waffenschiebungs-Affäre und mehr können nicht nebenbei in ein paar Zeilen von anarchistischen Gesichtspunkten aus in die Zeitgeschichte eingeordnet werden. Eine revolutionäre Monatsschrift kann und soll nicht die Aufgaben einer Tageszeitung erfüllen; sie hat nicht zu registrieren, sondern zu agitieren. Ich bitte die Leser, die gegen die Redaktionsführung des FANAL Einwendungen zu erheben haben, um rücksichtslose Kritik, aber auch um Verständnis dafür, daß monatlich nur 24 Seiten zur Verfügung stehen. Diese 24 Seiten dienen der Werbung für die Idee der Gerechtigkeit und der Freiheit und für die proletarische Revolution. — Auf das Bild kommt's an, nicht auf die Farben!

Zur Beachtung

Die Halbjahresabonnenten werden ersucht, im Laufe des Monats März die fälligen Bezugsgebühren einzuzahlen. Besonders werden die mit der Abrechnung rückständigen Mehrbezieher dringend gemahnt!

Alle Freunde des FANAL mögen für Verbreitung der Zeitschrift werben, neue Abonnenten gewinnen, Buchhandlungen, Jugendheime, Lesehallen, Gastwirtschaften und Caféhäuser zum Auslegen veranlassen und das Blatt bei Kiosken, Zeitungshändlern, besonders bei Bahnhofsbuchhandlungen anfordern, um die Sabotage der Zeitschriftengroßhändler zu brechen!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Nr. 3 des II. Jahrgangs soweit vergriffen ist, daß sie nicht mehr einzeln geliefert werden kann. Der Rest muß für neu hinzukommende Abonnenten und für die Vorbereitung einzubindender Vollexemplare des Jahrgangs zurückgelegt werden. Auch die Nrn. 1 und 2 des II. Jahrgangs gehen zur Neige. Es wird gebeten, diese 3 Hefte nicht als Werbematerial wegzugeben, sondern, wo sie noch vorrätig sind, an die Geschäftsstelle des FANAL zurückzusenden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

**Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64**

Regelmäßige Erörterung der Tagesereignisse und der durch sie für das revolutionäre Proletariat unmittelbar erwachsenden Probleme und Aufgaben. — Gäste sind stets willkommen, besonders wäre ein engeres Zusammenarbeiten mit der antiautoritären Jugend erwünscht. Die außerordentlich aggressiven Maßnahmen des Ausbeutertums gegen das Proletariat und die gesteigerte Aktivität der faschistischen Reaktion erfordern vermehrte Wachsamkeit und engeren Zusammenschluß der Anarchisten und aller benachbarten revolutionären Gruppen.

**Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN
i. A.: Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10**

Lest und propagiert „Die Freiheit“

**Einzige revolutionäre Wochenschrift
im deutschen Osten**

Chefredakteur: ALFONS PILARSKY.

**Geschäftsstelle Breslau, Benderplatz 28, Postscheck Nr. 10223
Vierteljahrsabonnement 2,60 Mk. Erscheint jeden Mittwoch**

5 Bände über

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk

während des Weltkrieges.

von Jaroslav Hasek

**Unzählige heitere Stunden werden Ihnen geschenkt,
können Sie schenken.**

Jaroslav Hasek, der große Satiriker, Humorist und tschechische Cervantes, hat im „Braven Soldaten Schwejk“ einen für die Weltliteratur völlig neuen Typ geschaffen. Den Typus des raffinierten Dummkopfs, des mit allen Salben erlebten Einfaltspinsels. Gutmütig, beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen.

- Band 1. Im Hinterlande**
- Band 2. An die Front**
- Band 3. Das glorreiche Debakel**
- Band 4. Fortsetzung**
- Band 5. Schwejk in russischer
Gefangenschaft**

Preis brosch. Mk. 3.50, geb. Mk. 5.20

Zu beziehen durch den

Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin C54

Rosenthaler Str. 34, 85 — Postscheck-Konto Berlin 71924

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Parlamentarismus - Sozialisierung (Vorschlag und Erwiderung) - Grenzen politischer Kriminalität
Ein Sacco-Vanzetti-Archiv - Bauern-Rebellion
Die Genfer Linke - Zum Gedenken
Rechtfertigung

NR. 7

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

APRIL 1928

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Erscheint in diesen Tagen

Preis: kartoniert M 5.50, in Ganzleinen gebd. M 8,—
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und
die Geschäftsstelle des **FANAL** entgegen.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Lest und propagiert

„Die Freiheit“

**Einzig revolutionäre Wochenschrift
im deutschen Osten**

Chefredakteur: ALFONS PILARSKY.

Geschäftsstelle Breslau, Benderplatz 28, Postscheck Breslau Nr. 10223

Vierteljahrsabonnement 2,60 Mk. Erscheint jeden Mittwoch

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 1

April 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschüchtingstr. 48. Fernsprecher: P 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Parlamentarismus

Es ist bedauerlich, daß das deutsche Volk in den langen Jahrzehnten, seit es die Wege zur Kraft und Schönheit kennt und benutzt, auf diesen Wegen immer noch nicht zum vorgesezten Ziele hat gelangen können. Nicht einmal die Neupflasterung mit Frauen- und Verhältnis-Wahlrecht und selbst nicht die Verbreiterung und Ausschmückung der verfassungsmäßigen Wege zum Glück durch die Verleihung höchster Souveränitätsrechte an das Parlament hat bis jetzt das wahlmündige deutsche Volk bewegen können, dem Tore der Gerechtigkeit und der Freiheit, des Wohlstandes und der Freude zuzustreben, das am Ende der parlamentarischen Heilsbahn winkt. Im Besitze des höchsten Wissens, wie es zählend und wählend die Gipfel staatlicher Seligkeit erklimmen könnte, hat es sich leider niemals davon überzeugen lassen, daß man die selbstgeschaukelten parlamentarischen Wege nicht in verkehrter Richtung entlanglaufen dürfe, sofern man sich nicht in Sackgassen verirren will. Mit andern Worten: das deutsche Volk hat seinen Parlamentarismus immer noch nicht richtig verstanden. Es hat regelmäßig, wenn es sein Schicksal selber mit dem Stimmzettel formen durfte, in seiner Mehrheit den falschen Stimmzettel abgegeben und dadurch sanktioniert, was es hätte verdammen sollen, verhindert, was eine dem Volkswohl ergebene Majorität hätte durchsetzen mögen. So erklärt jede Partei die Verzögerung des Aufstiegs Deutschlands zu Glanz und Pracht.

Aber noch ist nichts verloren. Wieder ertönt der Ruf über Stadt und Land: Deutsche Männer und Frauen, wählt! wählt! Macht von euerm einzigen Recht Gebrauch, dem Recht, selber die Gesetzgeber

zu bestimmen, die euch sagen sollen, was ihr müßt und was ihr nicht dürft, wie ihr euch zu verhalten und wem ihr zu gehorchen habt, wie lange und wieviel ihr arbeiten sollt und wie teuer ihr eure Arbeitskraft verkaufen dürft, ob, wann und unter welchen Bedingungen ihr um höhern Lohn bitten könnt und welchen Prozentsatz eures Lohns der Unternehmer euch vorzuenthalten hat, um ihn dem Staat als Steuer zuzuführen. Wählt! Wählt! Der neue Reichstag wird euch erlösen von dem Uebel des Hungers und der Teuerung, der Wohnungsnot und der Kindersterblichkeit, der Ausbeutung und der Seuchen, und wenn ihr richtig wählt und euch nicht beirren laßt von den leeren Versprechungen der Konkurrenz, dann werden auch parlamentarische Maßnahmen ergriffen werden, um gegen das schlechte Wetter Stellung zu nehmen.

Soweit sind wir glücklich 9 Jahre nach der sogenannten Revolution wieder, daß dem deutschen Proletariat, dezimiert und verkrüppelt durch den Krieg, ausgeplündert bis auf die Knochen durch die Inflation, versklavt und verelendet wie noch nie ein europäisches Volk durch die Abwälzung aller Reparationslasten auf seine Schultern und durch die massenmörderische Rationalisierung der Industrie, — daß diesem Proletariat, sogar in der Mehrzahl seines revolutionär gestimmten Teiles, die Illusion aufsuggestiert werden kann, es habe von Parlamentswahlen den allermindesten Vorteil zu erwarten. Der einzige wirkliche Erfolg der Erhebung vom November 1918 für die den Klassenkampf behandelnden vorgeschrittenen sozialistischen Arbeiter Deutschlands war die Erkenntnis, daß sie durch die Anwendung falscher Mittel, nämlich durch die Beteiligung an der Staatslegislative, ihre Energie verzettelt, verstimmzettelt, hatten und daß jede Beteiligung an der Staatsverwaltung die Kräfte lähmt, die das Proletariat für die Staatsbekämpfung nötig hat. Die Revolutionäre von 1918-19 hatten begriffen, daß das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriege die natürliche und unvermeidliche Konsequenz ihrer Wahltaktik war, und daß die wenigen rühmlichen Ausnahmen unter den Parlamentariern, die diese Konsequenz nicht ziehen wollten, hoffnungslos isoliert und daher ohne allen Einfluß auf den Gang der Geschehnisse bleiben mußten. Die revolutionären Proletarier sahen vor allem ein, daß alle Reformen und Gesetzesbestimmungen, die möglicherweise zugunsten der Arbeiterschaft auf parlamentarischem Wege zustandegebracht werden, entweder die Wirkung außerparlamentarischen Druckes revolutionärer Massenaktionen sind oder von der Bourgeoisie selbst ausgehen, um allzu peinvollen Härten des kapitalistischen Systems die Kanten abzuschleifen und der angesammelten Wut der Opfer der staatlichen Zumutungen ein Aus-

puffrohr zu schaffen. In beiden Fällen ist die eigene Vertretung des Proletariats im Parlament nur schädlich. Denn die direkte Aktion der Massen verliert selbstverständlich viel von ihrem Eindruck, wenn ihr Erfolg von Regierung und Parlament zur Bewilligung von Anträgen der Vertreter der Demonstranten umgebogen werden kann, wobei den Arbeitern das Vertrauen auf ihre vereinte Kraft verlorengeht und der Dankbarkeit für ihre Parlamentsvertretung Platz macht; und die gelegentliche Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge auf Bewilligung gewisser Erleichterungen für die arbeitende Klasse innerhalb der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft, zu der sich die privilegierte Schicht ihrer eigenen Sicherheit wegen veranlaßt sieht, stärkt beim Proletariat die verhängnisvolle Einbildung, der reformistische Weg der Parlamentsbeteiligung bringe eben doch genügend Vorteile, um der Einsetzung der eigenen Person im direkten Kampf entraten zu können.

Die Einsicht, daß der Parlamentarismus ein Bestandteil des kapitalistischen Staates ist und daß es nur die klare und eindeutige Entscheidung für den Arbeiter geben kann: Kapitalismus und Stimmzettel-Demokratie oder Sozialismus und freie Räte — diese Einsicht war in der Revolutionszeit bei allen aktiven Proletariern vorhanden; sie war es in dem Maße, daß bei der Begründung der Kommunistischen Partei der Verzicht auf die Beteiligung des Spartakusbundes an den Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen wurde. Erst der Heidelberger Parteitag im Oktober 1919, der zum Sündenfall des deutschen Bolschewismus noch in mehrfacher Hinsicht wurde, erklärte die Beteiligung an den Wahlen für notwendig. In den berichtigten „Leitsätzen“ Paul Levis hieß es darüber: „Die KPD. ist sich bewußt, daß dieser Kampf (um den Sieg der Arbeiterklasse) nur mit den größten politischen Mitteln — Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand — zum siegreichen Ende gebracht werden kann. Dabei kann aber die KPD. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches kommt auch die Beteiligung an den Wahlen in Betracht...“ Es kam nicht nur in Betracht, sondern es ist seit dem Erlaß der Heidelberger Bannbulle, die alle grundsätzlichen Antiparlamentarier gleichzeitig ausschloß, das politische Mittel der KPD. geworden, dem alle andern Mittel untergeordnet wurden. Wer das bezweifelt, findet wahrhaft erschütternde Beweise in der von der Kommunistischen Arbeiter-Partei herausgegebenen Schrift „Die KPD. im eigenen Spiegel“ (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin 1926). Ich beurteile diese Beweise freilich nicht unter dem Gesichtspunkt der Entrüstung und sehe in ihnen keine Beispiele moralischer Entartung

von Verrätern am Proletariat, sondern die logische Auswirkung des Verfahrens, die grundsätzlichen Angelegenheiten des revolutionären Klassenkampfes als Fragen der Taktik zu behandeln. Im März 1920 schrieb ich im Ansbacher Gefängnis eine Broschüre über die Möglichkeit, das gesamte revolutionäre Proletariat in einer internationalen Föderation zu einigen (ihre Herausgabe war leider nicht möglich; sie wird vielleicht nach gründlicher Neubearbeitung noch erfolgen). In dieser Schrift habe ich mich mit den Heidelberger Reden und Beschlüssen sehr ausführlich auseinandergesetzt und besonders auch auf die Gründe verwiesen, die davor warnen mußten, „gerade dem deutschen revolutionären Proletariat, dessen Gehirn jahrzehntelang von der parlamentarischen Manie verklebt war, jemals wieder das Wählen in bürgerliche Parlamente zuzumuten. Die Erziehung des deutschen Arbeiters kann nur so richtig geleitet werden, daß man ihn das Mittel, mit dem er früher zur Konterrevolution erzogen wurde, gründlich verachten lehrt. Der Versuch aber, es ihn gleichzeitig verachten und anwenden zu lehren, wird an seinem graden Sinn scheitern, der Klarheit der Begriffe und Einheit von Verstehen und Handeln verlangt. Damit wird die Gefahr deutlich, die die KPD. mit ihrem prinzipiellen Bekenntnis zur Teilnahme an städtischen Wahlen über die deutsche Revolution bringt: die Gefahr, durch die Wiederbelebung der alten Praktiken auch die alte Mentalität neu zu wecken“. An einer andern Stelle wird für den revolutionären Geist der Partei selbst die Befürchtung ausgesprochen, daß die KPD., habe „sie erst einen Fuß auf die schiefe Ebene gesetzt, in rapidem Tempo in die Methoden der vulgärsten Parteipolitik abrutschen, daß sie das Niveau verlieren werde ...“ Und endlich folgerte ich: „Aber man will ja ‚auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten‘ — was beileibe kein Opportunismus ist! Als ob nicht die Revisionisten genau dieselbe Weisheit auskramten, als sie zu Hofe gingen und Orden annahmen. Wo ist die Grenze? Wird man nicht nächstens auch Ministersessel anstreben (Sachsen, Thüringen 1923!) und auf den Reichspräsidentenstuhl Anspruch erheben? (Thälmann 1925!) Warum soll man diese Plätze nicht ebensogut für die Zwecke des Proletariats ‚ausnützen‘ können, wie das anerkannt konterrevolutionäre Bourgeoisieparlament? Die Herren um David, Heine und Genossen haben es immer behauptet. ... Und waren nicht die deutschen Sozialdemokraten zu Anfang ihrer Parlamentstätigkeit auch fest entschlossen, nichts andres unter den Bourgeois zu unternehmen, als ihnen im eigenen Hause ‚die Maske vom Gesicht zu reißen?‘“ Es ist in der Tat seltsam, daß man den Marxisten immer von neuem ihre eigene Weisheit, von der sie dauernd sprechen und um die sie sich

nie kümmern, vorhalten muß: daß die Realität der Umstände stärker ist als die Idealität der Personen und daß der Mensch, der des andern Maschine bedient, Knecht der Maschine wird, nicht umgekehrt.

Es bliebe zu fragen, ob das Delegieren eigener Vertreter ins Parlament denn überhaupt ein Mitbestimmen des Proletariats im Staate bedeute, selbst wenn trotz der Beherrschung des gesamten öffentlichen Beeinflussungsapparates durch die besitzende Klasse — Presse, Schule, Kasernenhof, Beichtstuhl, Kanzel, Universität, Macht durch Eigentum an Grund und Boden, Produktionsmitteln, Versammlungsräumen usw. — ein den sozialen Interessen entsprechendes Stimmenverhältnis angenommen werden soll. Darüber sagt Lenin: „Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament — das nie über die wichtigsten Fragen in der bürgerlichen Demokratie zu entscheiden hat; sie werden an der Börse, den Banken entschieden — ist den wertägigen Massen durch tausend Hindernisse versperrt und die Arbeiter wissen, fühlen und sehen genau, daß das bürgerliche Parlament eine fremde Institution, eine Waffe zur Unterdrückung der Proletarier durch die Bourgeoisie, die Einrichtung einer feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit ist.“ (Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky.) Leider wissen die Arbeiter das nicht mehr so genau, weil ihnen zugleich mit dieser völlig zutreffenden Erklärung die Anweisung gegeben wird, durch ihre Stimmabgabe die fremde Institution als ihre eigene anzusehen, die Waffe zu ihrer Unterdrückung zu schärfen, die Einrichtung der feindlichen Klasse zu stärken und somit der ausbeutenden Minderheit die Sanktion der ausgebeuteten Mehrheit zu erteilen. So verlangt es ja wohl „die Dialektik“, und das Ganze nennt man Leninismus.

Aber, heißt es, es muß die Tribüne benutzt werden, die der revolutionären Idee des Proletariats weitschallende und gefahrlose Werbung ermögliche. Dieses Argument geht völlig fehl. Die revolutionäre Rede des parlamentarischen Agitators, gehalten vor der eigenen Fraktion und ein paar gelangweilten Horchposten andrer Parteien, versinkt im stenographischen Archiv. Die Parteizeitung des Redners zwar bringt sie im Wortlaut und da lesen sie dieselben Wähler, die den Inhalt der Rede schon aus zwanzig Leitartikeln kennen, denen also damit nichts Neues gesagt wird. Die feindlichen Blätter aber widmen dem zweistündigen Stimmaufwand des Tribünenbenutzers höchstens fünf Zeilen. Von wo dabei die unvergleichliche agitatorische Wirkung ausgehen soll, ist unerfindlich. Jede Volksversammlung, die direkt an die gerichtet wird, die sie angeht, hat propagandistisch einen tausendfach höheren Wert als alle proletarisch-revolutionären Aufrüttelungen, die eine ganze Legislaturperiode hin-

durch von Reichstags- und Landtagstribünen herunter von Dutzenden feuriger kommunistischer Rhetoriker in die Ohren der erwählten Vertreter der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, des Finanzkapitals, der Mittelstandswirtschaft, der Kircheninteressen und der proletarischen Kleinkrämerei geschmettert werden. Dabei ist die Redefreiheit im Parlament nicht größer, sondern geringer als in der Versammlung, wo einem kein Löbe mit der Klingel und dem Ordnungsruf die gesittete Tonart beibringt und mit der Stoppuhr den Redefluß staut. Bleibt noch die Immunität und die Freikarte. Was es mit der Immunität auf sich hat, zeigt das Beispiel Karl Liebknechts, zeigt die regelmäßige Uebung des bayerischen Landtags, sie gegen Abgeordnete, die der bürgerlichen Mehrheit tatsächlich unbequem scheinen, einfach aufzuheben. Uebrigens ist es auch dann, wenn sie wirklich gewährleistet wird, keineswegs erfreulich, zu beobachten, wie ein paar bevorzugte Bonzen kraft ihrer Stellung im bürgerlichen Staatsapparat vor den Gefahren der Ratschläge geschützt sind, deren Befolgung die von ihnen beeinflussten revolutionären Arbeiter im Falle des Mißlingens unweigerlich ins Zuchthaus bringt. Die Freikarte aber, die es einmal einer revolutionären Organisation ermöglicht, einen Agitator auf Staatskosten auf Reisen zu schicken, soll es wert sein, das ganze Proletariat unter Aufwand maßloser Anstrengungen auf die Beine zu bringen und ihm vorzuschwindeln, es sei ein für die Entwicklung der Gesellschaft lebenswichtiger Unterschied, ob ein völkischer Trommler oder ein kommunistischer Pfeiffer Krach macht? Wo das Geld für die Wahlagitation hergebracht wird, ist hoffentlich auch noch ein Billett 3. Klasse für einen Aufklärungsreisenden zusammenzukriegen. Denn es ist ja vorstellbar, daß ein proletarischer Propagandist anders als immer nur im gepolsterten Luxusabteil fährt.

Freilich: ein Hund gewöhnt sich rasch ans Sofa und ein Abgeordneter der Arbeiterschaft nicht minder rasch an die bourgeoisen Annehmlichkeiten, die der staatliche Steuererheber ohne Ansehen der Klassenzugehörigkeit dem vergönnt, von dem er die Bewilligung der Steuern für Panzerschiffe, Parlamentsdiäten und Beamtengehälter erhofft. Ich sage keineswegs, daß jeder parlamentarische Diätenempfänger gekaufter Staatsknecht wäre. Es gibt subjektiv sehr ehrliche und der Sache des Proletariats ergebene Menschen auch unter den Vertretern der Arbeiterparteien in den Parlamenten. Aber daß die Gefahr für einen der gesellschaftlichen Berufsarbeit entzogenen Politiker, der sich nur noch zwischen geschäftigen Gesetzgebern bewegt, groß ist, die unmittelbare Fühlung mit denen zu verlieren, die ihn entsandt haben, weiß jeder, der Einblick hat. Es wäre

gut, wenn die Arbeiter — die vielen Erwerbslosen haben ja Zeit genug — sich mal entschlossen, ein paar Stunden von der Reichstagstribüne aus zuzusehen, was ihre Erwählten da unten treiben. Sie werden die Sozialdemokraten und Kommunisten von den Nationalisten und Klerikalen schwerlich unterscheiden. Sie laufen alle umher, in freundlicher Kollegialität verbunden, jeder mit einer Aktentasche unter dem Arm, und in allen Aktentaschen befinden sich dieselben Drucksachen, werden auch von allen Parlamentariern gleich wichtig genommen. Denn sie sind alle gewählt, um über alles zu entscheiden, über Tugendbegriffe und Sündhaftigkeiten, über Grenzschutz und Volksbildung, über Saugflaschen und Glücksspiele, über Weizenbau und Religionsunterricht, über Prostitution und philosophische Lehrstühle. Sie wissen alles, sie beurteilen alles, sie erledigen alles; es braucht nur gezählt zu werden, wieviele Hintern sich von den Ledersesseln erhoben haben, und schon haben wir die Dekrete, die für unsre und unsrer Brut Moral und Wohlergehen die Regeln schaffen. Da sind diejenigen, die verbunden bleiben mit der Masse des Proletariats, nur die charaktervollen Ausnahmen, die meisten entschweben der Armutsatmosphäre der Niederungen und wissen, eine arrogante Bonzenschicht über der Arbeiterschaft, bald genug nichts mehr von den Sorgen und Nöten derer, die sie vertreten sollen. Die Demagogie und der faule Zauber der Couloir-Schmuserei wird ihr Lebensbedürfnis, und sie erliegen den „niedrigen Kriegslisten, heimtückischen Kniffen und gemeinen Treulosigkeiten des parlamentarischen Parteikampfes“ (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich).

Die Vorteile, die die Parlamente in mancher Hinsicht bieten mögen, um etwa wichtige Enthüllungen vorzunehmen, die anderswo von Landesverratsprozessen bedroht wären, sind keine Vorteile, die das revolutionäre Proletariat zur Beteiligung am Parlamentarismus veranlassen könnten. Was der Revolutionär weiß von Gefahren, die ihn angehen, kann er stets besser verwerten, als dadurch, daß er einen Sensationsskandal daraus macht. Scheint ihm die öffentliche Mitteilung am Platze, so braucht er dafür keine eigenen Abgeordneten. Die Bourgeoisie hat selbst immer eine Opposition in den eigenen Reihen, und wer den Staat zu Hilfe rufen will gegen Korruption und dunkle Treiberei, der lasse das ruhig durch Leute besorgen, die den Staat bejahen und um seine Säuberung bemüht sind. Daß diese Leute sich des Parlaments bedienen, ist ihnen ja nicht zum Vorwurf zu machen. Aber darauf kommt es an, zu begreifen, daß die Beteiligung am Parlamentarismus gleichbedeutend ist mit der Bejahung des Staates und seiner Autorität, mit dem Willen zur Dik-

tatur der ausgezählten Majorität, das heißt der Mittelmäßigkeit, Passivität und Indolenz über die Aktivität derer, die eigene Gedanken, eigene Kritik, eigene Initiative haben. Wer ins Parlament wählt, dankt als Gestalter seines und seiner Klasse Schicksal ab. Die revolutionären Arbeiter haben sich zu entscheiden, ob sie ihren Klassenkampf von ausgesonderten Delegierten auf dem Parkett des Parlaments in Kompromissen mit der Bourgeoisie führen lassen wollen, oder ob es ihnen mit dem Bekenntnis ernst ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß.

Selbstversorgung der Arbeiter?

Die Göppinger Gruppe der herrschaftslosen Sozialisten Deutschlands (Anarchosyndikalisten) wendet sich mit einer Kundgebung an das Proletariat, worin die Arbeiter aufgerufen werden, ihre Arbeitskraft durch die Organisation der Bedarfswirtschaft aus eigener Initiative frei zu machen. Die Absicht der Genossen erhellt aus der der Kundgebung beigegebenen „Einleitung zur Errichtung von Fabriken und Wirtschaftsbetrieben für die Bedarfswirtschaft durch die syndikalistische Gewerkschaft“. Die Anarchistische Vereinigung Berlin hat sich mit den Göppinger Anregungen beschäftigt und ist nach eingehender Diskussion einmütig der Auffassung gewesen, daß der Gedankengang der Göppinger Gruppe den Lesern des FANAL bekanntzugeben sei, zugleich jedoch eine Entgegnung der Redaktion jeden Zweifel darüber zerstreuen soll, daß die Anarchistische Vereinigung die Vorschläge für völlig illusionistisch und sogar der Revolution abträglich hält.

Hier folgt der der Kundgebung angefügte Arbeitsplan der Gruppe nebst der vorläufigen redaktionellen Erwiderung.

Der Grund zu neuen Vorschlägen für die Tätigkeit der Anarchosyndikalisten, wie sämtlicher Gewerkschaften, ist die Ergebnislosigkeit der aufgewendeten Streikgelder durch regelmäßig darauf folgende Warenpreiserhöhung oder durch Geldentwertung, ferner treibt die Hilflosigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Rationalisierung und dem hereinbrechenden Faschismus zu besonderen Maßnahmen.

Die Vorschläge gehen dahin, daß die Gewerkschaftsbeiträge auf wöchentlich 1 Mark festgesetzt werden und daß diese Gelder vorwiegend oder ausschließlich zur Errichtung von Betrieben für den nötigsten Bedarf verwendet werden, wie z. B. Schuhfabriken und Gerbereien, Webereien, Spinnereien, Kleiderfabriken, Teigwarenfabriken, Siedlungen mit Werkstätten für die Arbeitslosen u. a. notwendige Einrichtungen mehr.

Die Leistungsfähigkeit der Syndikalisten ist durch ihre Mitgliederzahl schon bedeutend genug, um bahnbrechend in dieser Richtung vorgehen zu können, gleichzeitig die indifferente Masse aufzurütteln und die übrigen Gewerkschaften zu gleichgerichteten Maßnahmen zu bewegen. Eine Gruppe von nur 300 Mitgliedern vermag mit einem Beitrag von monatlich 1200 Mk.

bereits recht beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Das sind schon Kapitalien, die in den Händen eines Privatunternehmers unter Benützung von Krediten zu erheblichen Geschäftsentwicklungen führen würden. Der syndikalistischen Zeltung müßte ein wirtschaftlicher Teil angegliedert werden. Wegen des Absatzes der Produktion, die zum Teil bei den Mitgliedern selbst liegt (Selbstversorgung), müßte man sich an die gesamte Arbeiterschaft und an die Konsumvereine wenden. Die einzelnen Gruppen können sich vorerst zusammenschließen, um gemeinsam einen Betrieb zu eröffnen und auf diesem Wege sich weiter entwickeln. Die Produkte werden dann von Gruppe zu Gruppe (Sektionen), von Kreis zu Kreis, Provinzen und Ländern ausgetauscht.

Bei jeder Betriebseröffnung dürfte eine Fabrik der Privatunternehmer stillgelegt werden und so haben wir bald die Oberhand, um die Arbeitszeit, die Geldverkehrsfragen und andere Fragen, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegen, im ganzen Reiche nach deren Bedürfnissen regeln zu können. Es wird jedem Genossen einleuchten, daß hierbei nach und nach alle politischen Fragen und Rätsel in die Betriebe hineinverlegt werden, d. h. sie werden größtenteils beseitigt durch die selbstversorgerrische Tätigkeit und dabei kommen wir in absehbarer Zeit gegenüber dem Staate auf ebenbürtige Stufe mit den Privatunternehmern zu stehen, während wir heute nur eine geduldete Masse darstellen, ein notwendiges Uebel.

Der Sinn dieser Maßnahmen liegt weniger in dem Gedanken, billiger produzieren zu können, als darin, dem Unternehmer die Verfügung über Warenpreis und Arbeitslohn — die beiden Pole der Existenz eines jeden Menschen — zu nehmen, die bekanntlich die Ursachen allen Elends darstellen.

Die Ueberwindung der Privatwirtschaft liegt, wie jeder sehen kann, in den Händen der Arbeiter selbst. Die Arbeitnehmer zählen heute in Deutschland etwa 22 Millionen Menschen, deren Beiträge hinreichen könnten, in kürzester Frist Betriebe für die Bedarfswirtschaft des gesamten deutschen Volkes zu errichten. Damit würde der Einfluß so groß, daß er hinreichte, den Militarismus zu beseitigen, Kriege unmöglich zu machen. Es fände sich niemand mehr zur Waffenherstellung, weil anderweitig die Existenz gesichert wäre. Es handelt sich auch um unsere Nachkommen, denen wir nicht den Schießprügel und die Giftgase hinterlassen wollen.

Alle andern Betriebe, wie Maschinenfabriken, Hüttenwerke u. a., hängen von den Betrieben der Bedarfswirtschaft ab, von den Abnehmern (Verbrauchern). Weigert sich ein Syndikat, Rohmaterial oder fertige Maschinen zu liefern, dann haben wir genügend Mittel, diese Herren eines andern zu belehren. Die Machtverhältnisse sind dann längst andere geworden.

Kameraden! Es ist Zeit, daß wir vom Reden zum Handeln übergehen, was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert. Der politische Knoten muß durch-

hauen werden, dann ist auch die Einigkeit in der Arbeiterschaft da. In der Arbeit, im Betrieb liegt unsere Stärke. Alle Pflicht- und freiwilligen Beiträge gelten als Anteilscheine, die zurückverlangt werden können.

Die Göppinger Gruppe.

Anmerkung der Redaktion.

Wir bringen den Aufruf unserer Göppinger Kameraden lediglich deshalb, damit auch ihre Meinung gehört werde, obgleich wir diese Meinung beim besten Willen nicht teilen können. Es ist sicher kein Doktrinarismus, der unsere Stellung bestimmt. Wir begrüßen mit Freude jeden neuen Gedanken in der Bewegung, der dazu ansetzt, die Initiative zu beleben und neue Anregungen zu schaffen. In diesem Falle aber glauben wir bestimmt, daß unsere Genossen, an deren guten Willen wir nicht eine Sekunde zweifeln, sich die Sache etwas zu leicht vorstellen. Vor allem ist der Gedanke selbst durchaus nicht neu; er wurde Jahrzehnte lang von der Arbeiterbewegung ganzer Länder vertreten und führte zu tausenden kleinerer und größerer Versuche, die leider alle mit einem vollständigen Mißerfolg endeten. Die Hauptursache dieser Mißerfolge bestand gerade darin, daß man glaubte, innerhalb des bestehenden kapitalistischen Organismus kleinere sozialistische Organismen mit besonderem Eigenleben ins Leben rufen zu können.

Jedes gesellschaftliche Gebilde entwickelt unvermeidlich seine eigenen Gesetze, die in jedem Zweige seines geistigen und materiellen Lebens immer wiederkehren. Der Mensch mag im Laufe der Zeit die Ungerechtigkeit und wirtschaftliche und soziale Verkehrtheit eines gesellschaftlichen Systems erkennen und aus dieser Erkenntnis den Schluß ziehen, daß dieses System gestürzt und an seine Stelle etwas Neues treten muß. Er kann sich mit seinesgleichen zu diesem Zwecke vereinigen und Bewegungen entfachen, die immer breitere Massen ergreifen und eines Tages dazu gelangen, ihr Ziel zu verwirklichen. Aber er kann dieses Ziel nie erreichen, indem er sich eines Tages vornimmt, fortan nach seiner eigenen Ueberzeugung zu leben und mit seinen Kameraden innerhalb der bestehenden Gesellschaftsorganisation ein Sonderdasein zu führen.

Der Gedanke an und für sich ist sehr verlockend, aber seine praktische Verwirklichung ist eine andere Sache. Solange wir gezwungen sind, in der heutigen Gesellschaft zu leben, werden wir uns ihrem Einfluß nie entziehen können. Gewiß, wir können in unserem Privatleben manche unserer Ideen verwirklichen, aber da handelt es sich immer nur um bestimmte Gewohnheiten, nicht aber um die Grundlagen des heutigen Systems. Dieser Gedanke mag uns nieder-

drückend erscheinen, allein an seiner brutalen Wahrheit läßt sich nichts ändern. Aus diesem Grunde sollte er uns ein steter Ansporn sein, an dem Sturze dieses menschenfressenden Systems zu arbeiten.

Die praktische Erfahrung langer Jahrzehnte hat uns bisher immer nur das eine gezeigt: Alle Versuche, die während der letzten hundert Jahre von Sozialisten der verschiedensten Richtungen unternommen wurden, um das kapitalistische System durch sozialistische Experimente sozusagen von innen auszuhöhlen und zu Fall zu bringen, sind entweder gescheitert oder sie mußten sich dem heutigen System anbequemen und gerieten dadurch selbst in kapitalistisches Fahrwasser. Vor allem kann die Grund- und Bodenfrage, die nun einmal die wichtigste ist, nur gelöst werden durch die Expropriation der Erde, also durch einen offensichtlich revolutionären Akt, der nur durch eine soziale Revolution denkbar ist. Man kann das Land dem Kapitalisten nicht durch Kauf entreißen, sondern nur durch gewaltsame Enteignung.

Damit sind aber alle weiteren Konsequenzen gegeben. Gerade heute, wo der alte Privatkapitalismus sich immer deutlicher zum Kollektivkapitalismus entwickelt, sind die Aussichten dieser Versuche zweifelhafter als je. Die riesigen Trusts und internationalen Verkaufsgesellschaften sind jederzeit imstande, unbequemen Produzenten die Rohstoffe zu entziehen und jeden Versuch, der ihnen gefährlich scheint, im Keime zu ersticken. In Amerika sehen wir es nur zu oft, wie durch diese Methoden unbequemen Konkurrenten, die durchaus nicht sozialistisch eingestellt sind, das Lebenslicht ausgeblasen wird. Wieviel mehr würde dies der Fall sein, wenn es sich erst einmal um einen direkten Ansturm der Arbeiterklasse handelte, durch welchen die Existenz des ganzen Systems bedroht werden könnte!

Gerade die wichtigsten Produktionszweige der Gesellschaft, Bergwerke, Hochöfen, Transportmittel usw., von denen alles andere abhängig ist, befinden sich heute in den Händen gewaltiger Trusts, die man weder auskaufen, noch durch Konkurrenz beseitigen kann. Der Gildensozialismus, der von allen praktischen Versuchen noch die meisten Aussichten hat, und dem wir in vielen Hinsichten durchaus sympathisch gegenüberstehen, ist nur auf ganz bestimmte Gebiete der Industrie beschränkt. Und sogar dort, wo er erfolgreich arbeiten kann, muß er sich nach den Regeln des kapitalistischen Systems richten. Die Hafenarbeitergewerkschaft von Tampico in Mexiko hat das Unternehmertum vollständig von den Hafenarbeiten ausgeschlossen und das Ein- und Ausladen der Schiffe in eigene Regie genommen. Aber auch sie kann über die Grenzen des Lohn-

systems nicht hinausgehen, weil ihre Mitglieder gezwungen sind, innerhalb des heutigen Systems zu leben und sich diesem Einfluß nicht entziehen können. Trotzdem ist das Experiment durchaus zu begrüßen, da es den sozialen Instinkt der Arbeiter stärkt und sie der revolutionären Bewegung nicht entfremdet, was bei vielen anderen Versuchen leider der Fall ist. Im übrigen werden wir in einer der nächsten Nummern noch einmal ausführlich auf diese Frage zu sprechen kommen.

X. Y.

Grenzen der politischen Kriminalität

Seit über einem Jahr wälzt sich der große Barmat-Prozeß säufitend über die Erinnerung an den ungeheuren Schieberskandal mit seinen interessanten Beziehungen zur republikanischen Frühpolitik. Es wird nicht mehr viel von den Dingen geredet, die dem sozialdemokratischen Reichskanzler Bauer, dem christlichen Postminister Höfle, dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter und anderen Exponenten der neuen deutschen Freiheit die Unterscheidung zwischen Amts- und Privatgeschäften schwer machten, und der Antrag der Staatsanwaltschaft, Herrn Julius Barmat fünf Jahre ins Gefängnis zu setzen, hat außer den Beteiligten niemanden sehr erschüttert. Die Verteidigung ist klug genug, die schmierigen Geschäfte des Barmatkonzerns mit denen des Stinneskonzerns in Vergleich zu stellen, wobei sich jedem unbefangenen Urteil in der Tat der Bar-Materialismus derer, die auf die neue Staatsform wetteten, als nahezu harmlos erweist gegenüber dem Stinnes-System, seine spekulativen Mammutunternehmungen gleich der erstrebten Wirtschaftsdiktatur anzupassen, die — dies ist der Sinn des Faschismus — zugleich politische Institution und von keiner umständlichen Verwaltungsmaſchinerie behinderter Apparat der „eisernen Ferse“ sein soll. Die Gleichgültigkeit, die den Ermittlungen der Moabiter Richter im Barmat-Prozeß allenthalben begegnet, ohne auch nur durch den nahenden Abschluß der Verhandlung zu regerer Teilnahme zu erwachen, zeigt deutlich, wie das deutsche Publikum sich an die Vermischung von öffentlichen, privaten und Parteigeschäften gewöhnt hat, nachdem die Korruption wieder von den nationalistischen Profitmachern für sich monopolisiert ist, die nach Bedarf Entrüstung oder Begeisterung zu entfachen wissen und den Barmatspektakel inszeniert haben, nicht der geschäftlichen oder politischen Reinlichkeit wegen, sondern aus Gründen der geschäftlich motivierten politischen Konkurrenz.

Es wäre sehr gut vorstellbar, daß Herr Julius Barmat seine kriminellen Verfehlungen als politische Vergehen reklamierte. Er könnte sich dabei darauf berufen, daß seinerzeit Herr Hugo Stinnes die Verhandlungen mit der Entente in Spaa sprengte, weil er sein und seiner industriellen Kollegenschaft Geschäft gefährdet sah, oder darauf, daß derselbe Stinnes wegen der 10 Prozent Differenz bei der Profitverteilung im Micum-Vertrag die Ruhrbesetzung und die vollkommene Expropriation der deutschen Rentner und Sparrer durch die Inflation herbeiführte. Damals wurde die Handlungsweise der Stahl- und Bergwerksindustriellen allgemein rein politisch gewertet, und Herr Stinnes starb als ehrengedachteter und ums Vaterland verdienender Mann. Barmat hat den Staat geschädigt — schön. Aber der ihm gewährte Staatskredit hat den republikanischen Parteien genützt, die zu

jener Zeit die Repräsentation des Staates besorgten. Den Schaden, der dem Staat erwachsen ist, mußten die Steuerzahler, also die Proletarier, tragen. Stinnes plünderte die Steuerzahler nur direkter als Barmat. Und der Kapitän Lohmann? Die Schädigung der Steuerzahler durch seine Spekulationsgründungen wird auf etwa 30 Millionen Mark geschätzt. Er selbst soll sich bei den für einen Marineoffizier immerhin originellen Geschäften mit dem Phöbus-Film, dem Schweinespeck und den vielerlei andern Pleitebetrieben nicht bereichert haben. Daß sich aber eine ganze Anzahl seiner Handlanger dabei gesund gemacht hat, wird nirgends bestritten. Irgendwo müssen die 30 Millionen Reichsgelder wohl hingerutscht sein. Der politische Charakter der gesamten Transaktionen liegt hier am hellen Tage; man brauchte noch nicht einmal die Briefe der Wikingleute zu kennen, um derartige Machenschaften der Reichsmarine mit ganz bestimmten politischen Tendenzen in Verbindung zu bringen; der dem Reichstag vorgelegte frisierte Phöbusbericht verrät durch seine Frisur mindestens soviel wie er verdecken soll, und die vom Abgeordneten Schneller mitgeteilten Partien aus dem angeblich richtigen Phöbusbericht haben bedeutend mehr innere Wahrscheinlichkeit als das Dementi, das sie als gefälscht ausgibt.

Herr Kapitän Lohmann braucht einen Prozeß nicht zu fürchten. Wäre Barmat kein Jude und der politische Hintergrund seiner Schiebungen nicht schwarzrotgolden, hätte er auch keinen Prozeß bekommen. Uebrigens wird er, da er seine Betrügereien nicht aus Not und um den Hunger seiner Kinder zu stillen, begangen hat, sondern nur, um zu etlichen Millionen noch viele Millionen hinzuzuverdienen, von den paar Jahren, die ihm das papierne Urteil vielleicht zudiktieren wird, nicht allzu lange Zeit abzusitzen brauchen, wenn er auch von der politischen Generalamnestie, die im Augenblick (19. März) noch nicht ganz aussichtslos zu sein scheint, nichts zu hoffen hat. Dazu sind seine Straftaten denn doch zu offenkundig gewinnsüchtigen Absichten entfloßen und nicht in dem Maße mit den bei maßgebenden Justiz-Instanzen beliebteren politischen Zwecksetzungen verwoben, wie die Stinnes-Aktionen und die Geschäfte der Reichsmarine mit ihren vergnügten Hinter- und betrübten Lohmännern.

An diesen aktuellen Beispielen sollte klargestellt werden, wie schwierig selbst bei Ueberschreitungen der Gesetze, welche die Uebertreibung der Eigennützigkeit im kapitalistischen Profitsystem einzudämmen suchen, oft die Grenzen zwischen politischer und „gemeiner“ Kriminalität zu ziehen sind. Von höheren Gesichtspunkten aus betrachtet, ist natürlich jedes sogenannte gemeine Verbrechen eine politisch zu beurteilende Tat. Sämtliche Eigentumsdelikte sind ihrer Natur nach Ergebnisse der sozialen Eigentumsverteilung, ein ungeheurer Prozentsatz der strafbaren Sexualausschreitungen hängt mit den trüben Wohnverhältnissen der Armut zusammen, die Prostitution ist eine von den kapitalistischen Gesellschaftseinrichtungen untrennbare Erscheinung, wie die Zuhälterei ein untrennbarer Bestandteil der Prostitution ist. Materielle Not in der Kindheit lockert selbstverständlich die moralischen Hemmungen; überdies sind die Strafgesetze selbst fast ausschließlich aus dem Bestreben entstanden, die Privilegien des Besitzes gegen die Ansprüche der Enterbten zu sichern, und was es mit der Gleichheit vor den Gesetzen auf sich hat, das hat Anatole France in seiner unsterblichen Geschichte vom Karrenhändler Crainquebille mit der wehmütigen Betrachtung besiegelt, daß es dem Reichen ebenso verboten ist wie dem Armen, Brot zu stehlen und unter Brücken zu schlafen. Doch heiße es vom Ochsen mehr verlangen als Rindfleisch, wollte man vom Staate fordern, er solle den sozialen Unterbau seiner gesamten Existenz verleugnen

und selbst besorgen, was notwendigerweise der sozialen Revolution vorbehalten werden muß, nämlich die politische Generalamnestie vollziehen, die allen Opfern der sozialen Ungerechtigkeit die Freiheit schafft, am Aufbau einer sozial gerechten Ordnung teilzunehmen.

Was hingegen vom Staat zu fordern ist, ist die Korrektur der Urteile, die in seinem Namen ergangen, parteiisch und einseitig und in politischer Voreingenommenheit der Richter gegen Personen ausgesprochen worden sind, die im Bestreben, ihrer politischen Ueberzeugung zu dienen, Staatsgesetze verletzt haben sollen, sowie Einstellung aller Verfahren und Verfolgungen aus solchen Gründen, wie sie die politischen Fehlurteile der deutschen Tendenzjustiz in den abgeurteilten Fällen zur Folge hatten. Diese Korrektur ist nur noch möglich durch das Werk einer vollkommen umfassenden politischen Generalamnestie, eines allgemeinen Erlasses aller Strafen, Untersuchungen, Verfolgungen und Nachstellungen in bezug auf Personen, Kosten und Aktenvermerke für Handlungen, Versuche, Pläne und Verabredungen gleichviel welcher Art, deren Triebkräfte zu einem nachweisbaren Teil aus der politischen oder weltanschaulichen Gesinnung des Gesuchten oder Verurteilten gespeist waren. Alle bisher in der deutschen Republik erlassenen Amnestien ohne Ausnahme, die nach der Absicht ihrer Anreger die krasse Klassentendenz gerade der politischen Strafurteile ausgleichen sollten, sind an der Erklügelung von Ausnahmen gescheitert, die in jedem Falle, wiederum ohne Ausnahme, den parteiischen, einseitigen und politisch voreingenommenen Gesetzesvollstreckern die Gelegenheit boten, die Vergünstigungen der Amnestie zum überwiegenden Teil auf die Angehörigen der bevorrechtigten Klasse und die Anhänger der bevorzugten politischen Richtungen zu beschränken, deren Begünstigung bei der Verhängung von Strafverfahren und erst recht bei ihrer Durchführung durch die Amnestie gerade ausgeglichen werden sollte.

Die Amnestiefrage ist zur Zeit akut. Die Möglichkeit, endlich die proletarischen Opfer ihrer Ueberzeugung herauszubekommen aus den Zuchthäusern, aus dem Exil und aus der Illegalität, ist zum erstenmal dadurch gegeben, daß die feindliche Seite, die seit kurzem selbst einige zu schweren Zuchthausstrafen verurteilte Anhänger befreit sehen möchte, die Generalamnestie verlangt. Hier ist von der ersten Stunde an erklärt worden, daß dieses Verlangen unter allen Umständen von den revolutionären Organisationen des Proletariats unterstützt werden müsse. Leider fand der Appell an das Gewissen der Solidarität ein nur schwaches Echo. Die selbstverständliche Erinnerung daran, daß an eine Amnestie für die proletarischen Genossen, die nicht gleichzeitig die völkischen Fememörder, die Mörder Erzbergers und Rathenaus umfaßte, bei den Machtverhältnissen im Staate garnicht zu denken sei, führte zu nichts als einem öden Herumorakeln um die Frage, ob diese nationalistischen Ausführungsorgane unverfolgt gebliebener Hintermänner politische oder gemeine Verbrecher seien. Der alte prächtige Georg Ledebour hat in einem ausgezeichneten Artikel in der „Welt am Abend“ (vom 16. März): „Allgemeine oder gar keine Amnestie?“ ganz Entscheidendes über die Notwendigkeit gesagt, im Interesse der proletarischen Gefangenen und Verfolgten die Forderung der Nationalisten, auch ihre Anhänger freizugeben, zu unterstützen. „Fordern wir eine allgemeine Amnestie von der gegenwärtigen, auf Schutz und Förderung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bedachten Regierung, so ist es doch eigentlich selbstverständlich, daß wir sie nicht auf ausgesprochene Gegner dieser Regierung beschränken können. Wir müssen in die Amnestie auch Anhänger der Regierung, selbst Rechtsputschisten, einbeziehen, soweit sie

ausnahmsweise von den ihrer Ueberzeugung fast durchweg nahestehenden Richtern verurteilt werden mußten.“ Ledebour geht dann auf die Frage ein, wie weit der Begriff des „Politischen“ bei Kriminalhandlungen zu erstrecken sei. Da stellt er fest, „daß höchst selten nur ein einzelnes Motiv entscheidend ist für eine Tat; fast durchweg ist sie die Resultante verschiedener neben- und gegeneinander wirkender Motive... Wenn wir uns also mit den politischen Gegnern über die Reichweite einer politischen Amnestie verständigen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als für die Feststellung der auf der rechten Seite verurteilten ‚Politischen‘ auch die rechtsseitigen Definitionen zu akzeptieren, genau so, wie wir verlangen, daß uns, oder besser gesagt, jeder Linkspartei, überlassen bleibt, festzustellen, wen sie von den ihr angehörigen Verurteilten als ‚Politischen‘ amnestiert haben will.“ Vortrefflich. Wird eine Einigung über den Begriff des politischen Verbrechens auf der vom Genossen Ledebour vorgeschlagenen Grundlinie getroffen, so ist in der Tat Gewähr geboten, daß die Empörung gewisser Genossen darüber, daß ich die Fememörder mit den proletarischen Opfern der Klassenjustiz „auf eine Stufe stelle“, nicht an den Genossen Hoelz, Margies. v. Witkowski, Szon usw. ausgeht, denen allen das Urteil Schuld oder Mitschuld am Tode von Menschen beimißt. Nein, ich stelle diese Genossen keineswegs mit den Femekillern auf eine Stufe, aber ich verlange, daß der Staat endlich aufhöre, die proletarischen Revolutionäre sowohl bei der Prozessierung als auch beim Strafvollzug gegenüber den nationalistischen Mördern zu benachteiligen. Er möge die beiden Kategorien von Missetätern getrost auf eine Stufe stellen und zwar auf die, auf die er Herrn Ehrhard immer gestellt hat.

Die Kommunistische Partei hat erfreulicherweise ihren ursprünglichen Antrag, wonach die nationalistischen Mörder von der Amnestie auszuschließen seien, zurückgezogen und ihr Sprecher im Reichstagsausschuß, Höllein, hat mit Recht erklärt, daß die Mordtaten der Schwarzen Reichswehrleute gegen ihre eigenen Kameraden, die sie als Verräter ansahen, Bagatellen seien, gemessen an den fürchterlichen Blutverbrechen, deren Opfer proletarische Revolutionäre waren und die so gut wie vollständig ungesühnt geblieben sind. Es muß den Sozialdemokraten klar gemacht werden, daß, sollten sie ihren Standpunkt nicht revidieren, wonach lieber die ganze Amnestie scheitern soll, ehe die Schulz und Klapproth Nutzen von ihr hätten, die Schuld an allem Zuchthauselend der Gefangenen des Proletariats auf ihr Konto gesetzt werden müßte. Wir werden ihnen auf die Finger sehen, ihnen allen die ihren Konkurrenzkampf gegeneinander glauben auf den Rücken unsrer Gefangenen austragen zu sollen z. B. die Protektorin des Mörders Arco in Bayern und ihre fromme Schwesterpartei im Reich. Wenn sich diese Staatshüter plötzlich so arg über Bluttaten entrüsten können, daß ihnen ihre Sühne das Freiheitsopfer Hunderter von Gefangenen wert ist, die mit diesen Taten nichts zu schaffen haben, dann werden wir mal in der jüngsten Geschichte etwas zurückblättern und Bluttaten zu ermitteln trachten, über die sie sich weniger aufgeregt haben.

Leider kann diese Betrachtung nicht abgeschlossen werden, ohne eine sehr befremdende und äußerst ernste Angelegenheit zur Erörterung zu stellen. Unter denen, die in der Bemühung, die Amnestie zu empfehlen, die Hauptrolle ihres Schweißes über den Beweis ergießen, daß der Straferlaß nur den Proletariern, keinesfalls aber den Fememördern zugutekommen dürfe — das ist ja der sozialdemokratische Standpunkt, der die ganze Amnestie zu verhindern droht — kämpft vornedran die Rote Hilfe Deutschlands, die Organisation, deren einzige Aufgabe ist, für die politischen Ge-

fangen alles zu tun, was deren Los erleichtern, ihre Befreiung beschleunigen kann. Von der Aufgabe, die größtmögliche Pein für politische Gegner vom Staate zu fordern und dieser Forderung gar den Befreiungskampf für die eigenen Gefangenen unterzuordnen, findet sich nichts in ihrem Statut. Es ist gewiß erfreulich, wenn sich einmal an einem eklatanten Beispiel nachweisen läßt, daß die Rote Hilfe eine überparteiliche Organisation sein will und sich nicht von der Haltung der KPD. in ihren Meinungen beeinflussen läßt. Man findet solche Beweise der Unabhängigkeit immer seltener, und sogar die Richtungs-Auseinandersetzungen in der Partei färben schon vielfach auf die Rote Hilfe ab. Aber daß die Solidaritätsorganisation grade in dem Punkte so weit von der Auffassung der Partei abweicht, in dem das ganze revolutionäre Proletariat unbedingt dieser und nicht der RH. recht geben muß, das ist doch recht schade. Die „Rote Fahne“ vom 11. März findet, und man freut sich ehrlich, ihr in jedem Wort zustimmen zu können: „Soll die Kommunistische Partei es ablehnen, klipp und klar gesagt, 325 proletarische Revolutionäre gegen 5 Fememörder einzutauschen? 325 Agitatoren und Organisatoren der proletarischen Revolution gegen 5 verkommene Existenzen, die jetzt, im Jahre 1928, nicht mehr und nicht weniger gefährlich sind als jeder bewaffnete Soldknecht des Bürgerblocks! Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und an den politischen Gefangenen.“ Richtig, vollständig richtig. Die Rote Hilfe aber erklärt: „Die proletarischen politischen Gefangenen, die wegen Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung in die Maschen rächender Klassenjustiz gekommen sind, lehnen Gemeinschaft mit Femebanden ab.“ Dann wird der Sozialdemokratie das Recht abgestritten, dasselbe Argument heranzuziehen, denn „beharrt die sozialdemokratische Fraktion bei ihrer gegenwärtigen Haltung, so ist damit die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen durch Amnestiegesetz dieses Reichstags unmöglich gemacht“. Merkwürdig; doch erfahren wir zum Glück, daß der Weg zur Amnestie noch nicht verschüttet ist, wenn auch die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der Roten Hilfe verharret, wozu nur diese ein Recht hat. Die revolutionären Proletarier sollen nur „allerorts den Kampf mit aller Kraft führen und den Willen nach einer Amnestie unter den Werktätigen so stark anschwellen lassen, daß kein parlamentarisches Manöver über diesen Massenwillen hinweggehen kann.“ Sieh mal an, die Rote Hilfe ist plötzlich so antiparlamentarisch gesinnt, daß sie die Bildung einer Reichstagsmajorität für die Amnestie garnicht mehr für nötig hält. Leider sind mir die Aufrufe der RH. zum Generalstreik für die politischen Gefangenen, den wir Antiparlamentarier ja wirklich für ein Mittel halten, das jedes parlamentarische Manöver überflüssig macht, noch nicht zu Gesicht gekommen.

Aber ich habe, zum Teufel, keine Lust, bei diesem Thema Witze zu machen. Die Haltung der Roten Hilfe bedeutet praktisch nichts andres als Sabotage der ganzen Amnestieaktion, die ebenso schlimm ist, wenn sie aus Dummheit, als wenn sie aus Schlaueit getrieben wird. Eine Amnestie verlangen unter Ausschließung der Rechten, heißt denen den Nacken steifen, die keine Amnestie wollen. Die Wirkung ist die, daß unsre Genossen hocken bleiben und die Fememörder unter bequemeren Bedingungen abwarten können, bis sie allein frei werden. Es gibt da ja noch andre Wege als Parlamentsbeschlüsse. Ehrhard kam ohne Amnestie aus dem Gefängnis. Weder wurden seine Befreier bestraft, noch mußte er wieder hinein. Aufgabe der Roten Hilfe ist es also wahrhaftig nicht, darum besorgt zu sein, ob nicht die Grenzen der politischen Kriminalität bei einer Amnestie womöglich zu weit gezogen werden könnten, sondern im Gegenteil dahin zu

wirken, daß ihr Umfang recht groß werde. Abgesehen davon, daß sämtliche im Namen des Kaisers während des Krieges verurteilte Deserteure, auch wenn sie in der Verborgenheit ihren Unterhalt requiriert haben sollten, als „Politische“ anzusehen sind, müßte vor allen Dingen die Kommunistische Arbeiterpartei zu Rate gezogen werden, um gemäß der Anregung des Genossen Ledebour diejenigen ihrer Genossen zu bezeichnen, die sie als politische Gefangene reklamiert. Dazu gehören alle diejenigen, die im Zusammenhange mit den Expropriationen der Plättner-Gruppen Banken, Postämter, Löhnungsgelder zur Finanzierung ihrer revolutionären Pläne herangezogen haben, und wenn wirklich mal einer von ihnen seiner hungernden Familie von dem Ertrag für eine Woche warmes Essen gesichert hat, so brauchen sich Proletarier darüber auch noch nicht aufzupumpen. Die Nationalsozialisten haben beim Hitlerputsch in München geplündert genug, aber prozessiert hat sie deswegen niemand. Ich bin bereit, der Roten Hilfe bei der Auffindung von Genossen behilflich zu sein, die in eine politische Generalamnestie hineingehören. Aber es sei der Roten Hilfe — und zwar im Einverständnis mit einer größeren Zahl anderer Mitglieder, mit denen dieser Appell besprochen ist — eindringlich zur Kenntnis gebracht, daß wir ihre Mitglieder sind, weil wir, selbst mit Ueberwindung vieler Hemmungen, die ihr Verhalten verursacht, nichts unterlassen möchten, die die eingesperrten Genossen zu bezahlen haben. Das Verhalten der KPD, in der Amnestiefrage ist richtig, das der Roten Hilfe unverantwortlich. Die proletarischen politischen Gefangenen lehnen die Generalamnestie nicht ab, sondern verlangen nach ihr. Die proletarischen Mitglieder der Roten Hilfe aber wollen die gefangenen Genossen heraus haben und zwar nicht unter Vorbehalt! Sonst wird es an der Zeit, wirklich einmal den Massenkampf zu organisieren, der mit parlamentarischen Manövern Schluß macht — auch innerhalb der proletarischen Organisationen!

Nachtrag!

Nachtrag. Seit der vorstehende Artikel geschrieben wurde, ist in einem Dreimänner-Kollegium des Rechtsausschusses des Reichstags ein Kompromiß ausgearbeitet worden, bei dessen Annahme die Befreiung von Max Hoelz und Margies in kurzer Zeit gewährleistet gewesen wäre. Bei einiger Achtsamkeit der Genossen draußen wäre sogar mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Amnestie vielen Verurteilten des revolutionären Proletariats die Rettung gewesen, die von den Gerichten aus politischen Tendenzgründen um die Anerkennung ihrer Handlungen als Ueberzeugungstaten geprellt wurden. Das Kompromiß, dessen Väter der Deutsche Nationalsozialist Everling, der Kommunist Höllein und der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld sind, sah vollen Straferlaß und Einstellung aller Verfahren vor bei allen aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten in Reich und Ländern. Nur die Strafen wegen vollendeten und versuchten Mordes, Totschlags oder Teilnahme daran sollten in Festung umgewandelt, auf ein Drittel der ausgesprochenen Strafzeit und im Falle der unbegrenzten Dauer auf siebenzehnhalf Jahre herabgesetzt werden. Ein annehmbarer Pakt insofern, als die in Frage stehenden proletarischen Revolutionäre — nach

meiner Schätzung bedeutend mehr als 325 — bis auf ganz wenige in der Tat sofort zu entlassen gewesen, die übrigen nach wenigen Monaten Festung frei gekommen wären. Ueber den Verlauf der Verhandlungen hat die parteikommunistische Tagespresse laufend und mit anzuerkennender Förderung der erreichbaren Amnestie referiert. Der Pressedienst der Roten Hilfe hat sich leider an dieser Agitations- und Aufklärungsarbeit nicht beteiligt. Er hat seit der oben zitierten Äußerung keinen Bericht über den Stand der Angelegenheit herausgegeben und hat seinen Standpunkt bis heute — 27. März — nicht öffentlich widerrufen, daß die Freilassung der Fememörder von proletarisch-revolutionärer Seite unter keinen Umständen gefordert werden dürfe. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nun ihre endgültige Entscheidung in der Sache getroffen; sie hat mit dieser Entscheidung ihren Vertreter im Unterausschuß, Dr. Rosenfeld, desavouiert und unter Vorschubung des Argumentes, das die Rote Hilfe, so lange sie sich überhaupt äußerte, ins Feid führte, dem Kompromiß ihre Zustimmung versagt: des wahrhaft blödsinnigen Argumentes, die Fememorde der Schwarzen Reichswehr gehörten garnicht zu den unter politischen Gesichtspunkten zu beurteilenden Straftaten. Selbstverständlich befindet sich in der ganzen sozialdemokratischen Fraktion nicht ein Mann, der in Wirklichkeit den politischen Charakter der Fememorde bezweifelt, auch wahrscheinlich wenige, die, gleich den anscheinend von solchen Empfindungen vernagelten Redakteuren der Roten Hilfe, die besondere Roheit der Morde, also die Technik der Ausführung mit den Motiven verwechseln. Kurzum: die Amnestie für unsre Genossen unterbleibt, und das heißt — jeder, der es erlebt hat, weiß es —, die Sozialdemokratie, durch deren Verschulden die Aufstände von 1921 und 1923 notwendig wurden, die die gegen ihre Verrätereien Aufständischen in Tod und Kerker jagte, hat sie alle von neuem zu unabsehbarer Zuchthausqual verurteilt. Der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun hat es seiner Partei verboten, so zu handeln, wie die anständig gebliebenen ehemaligen Unabhängigen — Rosenfeld, Moses und noch ein paar — es ehrlich möchten, wie viele andre es aus Wahlgründen für opportun halten. Herr Braun wünscht nicht, im Reichsrat derjenige zu sein, der die Unsumme von Haß, die derlei Schandtaten erregen, allein zu verantworten habe. Gut, so mögen denn seine Parteifreunde mit dran tragen. Ihr Konto wird aufgeschlagen werden. Dieses Konto enthält hunderte von Posten, die die Verantwortlichkeit der Noske-Genossen grade an den rechtsputschistischen Mordtaten nebst ihrer Straflosigkeit beweisen, um deretwillen sie die vielen hunderte von Zuchthausjahren proletarischer Kämpfer, für die sie ebenfalls die volle Verantwortlichkeit tragen, nicht tilgen wollen. Nein, es ist nicht wahr, daß dieses verruchte Geschmeiß um ein paar Fememörder halber, denen ohnehin nicht viel Schlimmes droht, die Amnestie verweigert. Es verweigert sie aus Angst vor den proletarischen Revolutionären und deswegen, weil es sich wieder einmal bei den Bourgeois anschmieren will, die sehen sollen, wie viel höher den Sozialdemokraten das „Staatswohl“ mit allen Privilegien des Reichtums steht, als das mindeste menschliche Mitgefühl mit den eigenen Opfern. Sie möchten nach den Neuwahlen wieder Minister werden. Dazu müssen die revolutionären Arbeiter in den Zuchthäusern bleiben! Geht hin, Proleten, wählt Sozialdemokraten!

Ein Sacco-Vanzetti-Archiv

Hamburger antiautoritäre Genossen wollen das gesamte Material zum Falle Sacco und Vanzetti sammeln. Sie suchen Flugblätter, Versammlungsanzeigen, Zeitungsnotizen und Artikel, ganz gleich welcher Richtung und Organisation, die mit der Angelegenheit zusammenhängen. Es kommt ihnen darauf an, ein objektives Archiv zusammen zu bekommen. Auch wünschen sie Mitteilungen darüber, was für Broschüren, Zeitungsartikel und Flugblätter besonders aus der Anfangszeit des Justizverbrechens vorliegen. Die Hamburger Genossen erwarten, daß ihnen alles verfügbare Material abgegeben oder zugestellt wird. Die Anschrift lautet: Willi Schumann, Hamburg, Detmerstraße 12 III.

Es ist zu hoffen, daß dem Wunsche der Genossen allenthalben entsprochen wird und daß auf diese Weise ein Archiv zustandekommt, das der revolutionären Geschichtsforschung die Aufgabe erleichtern wird, die schändlichste Tat, die das Kapital je gegen das Proletariat gewagt hat, der Aufklärung der künftigen Generationen dienstbar zu machen.

Bauern-Rebellion

Die Revolte von Langenöls sollte dem revolutionären Proletariat sehr zu denken geben. Es ist nicht wahr, daß die bis zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten gesteigerte Unzufriedenheit der deutschen Kleinbauernschaft die Wirkung der politischen Hetze des großagrarischen Landbundes sei. Wahr aber ist leider, daß außer der Vertretung des Großgrundbesitzes niemand verstanden hat, den leidenschaftlichen Zorn der Bauernschaft in seinen Ursachen zu erkennen und durch rechtzeitige politische Maßnahmen die Kräfte des rebellierenden Landvolkes den eigenen Energien verstärkend zuzuführen. Hätte sich nicht dank der geradezu wahnwitzigen marxistischen Agrartheorie das Vorurteil in die revolutionärsten Köpfe des Proletariats eingefressen, die Bauern seien die natürlichen Feinde der Arbeiter, die Not der Bauern gehe die Arbeiterschaft nichts an, ja, es gebe gar keine Notlage der Bauernschaft, dann wäre es nicht dahin gekommen, daß der Erzfeind der selbst arbeitenden kleinen Landwirte, der ausbeutende und wuchernde Großgrundbesitzer, Wort- und Tatführer der werktätigen Bauernschaft geworden ist und sich ein Vertrauen bei seinen eigenen nächsten Opfern erworben hat, das er, wie wir neidvoll zugeben müssen, mit außerordentlichem Geschick zu steigern und sich nutzbar zu machen weiß. Der Landbund putscht die Bauern auf, damit der Staat sogenannte „Notstandsaktionen“ für „die Landwirtschaft“ durchführe, nämlich eine Schröpfung des Industrieproletariats um Hunderte von Millionen, deren Verwendung dem agrarischen Großunternehmer überlassen bleiben soll. Selbstverständlich denkt der Großgrundbesitzer dabei nur an die eigene Bereicherung, und er wird das Kleinbauerntum nur insoweit an den staatlichen Subventionen beteiligen, wie dadurch eine Verschuldung des Kleinbesitzes an ihn verbunden werden kann. Die Bindung der Bauernschaft an den großagrarischen Landbund bedeutet also eine augenblickliche Erleichterung der wirtschaftlichen Existenz des Kleinbauern auf Kosten seiner Selbständigkeit; Zweck der Hilfe, die der Großbesitz dem Kleinbesitz mittels der staatlichen Subventionen zu leisten bereit ist, ist in weiterer Sicht Bauernlegerei.

Die Gleichsetzung des rentenbeziehenden mit dem rentenerarbeitenden Agrarier, des Latifundienbesitzers mit seinem Pächter und abhängigen Ackerbauer ist alte sozialdemokratische Versündigung am sozialistischen

Gedanken. Es ist zuzugeben, daß die Kommunistische Partei, besonders dank der Tätigkeit eines ihrer besten Köpfe, des Genossen Putz, sich Mühe gibt, der besonderen Lage und demgemäß auch den besonderen Ansprüchen des werktätigen Bauerntums gerecht zu werden. Doch ist es auch ihr nicht gelungen, Einfluß auf das Landvolk zu gewinnen, da sie ihre Anstrengung hauptsächlich darauf konzentriert, die Bauern zur Abgabe kommunistischer Stimmzettel bei Wahlen aller Art zu bewegen. Die wichtige Eigenschaft des seßhaften Kleinbauern, die nur unterstützt und revolutionär fundamementiert zu werden brauchte, um dieses für die Revolution völlig unentbehrliche Element zu gewinnen, ist ihre elementare Abneigung gegen jegliche obrigkeitliche Gewalt. Die Reaktion hat diese anarchistische Temperamentsveranlagung der Bauern sehr gut erkannt und benutzt sie energisch für die eigenen Zwecke. Die Vorgänge im Kreise Nimptsch beweisen erstens, daß die Notlage bei den Bauern sehr groß sein muß. Denn niemand, der arbeitet, läßt es ohne Not bis zur Pfändung und Zwangsversteigerung seiner Produktionsmittel kommen. Sie beweisen zweitens, daß die Bauern untereinander Solidarität kennen; denn sonst hätten sie sich auch von den Aufhetzungen der interessierten Landbund-Adligen nicht dazu bewegen lassen, unter Verletzung der Aufruhr- und Landfriedensbruchgesetze für die bedrohten Nachbarn mit Gewalt gegen die Polizeimacht aufzutreten. Ferner beweisen die Krawalle, daß der Bauer im Kampfe die Mittel der direkten Aktion denen der Verhandlung und der Mittelbarkeit vorzieht. Ganz vortrefflich hat ein neuartiger Sabotageakt zur Verhinderung der Zwangsversteigerung funktioniert, nämlich der Gesang der „helteren Lerche“, der alle Bemühungen des Gerichtsvollziehers, Angebote auf die gepfändeten Tiere und Gegenstände zu erhalten, übertönte und dadurch die Versteigerung verhinderte. Der Sturm auf das Finanzamt in Kyritz — wie vor zwei Jahren der gleiche Vorgang bei den Winzern im Bernkasteler Gebiet — zeigt die Entschlossenheit dieser Menschen, ihre wirtschaftliche Existenz gegen die Ansprüche des Staates mit allen Mitteln zu verteidigen. Es ist klar, daß die von den schlesischen und pommerschen Junkern den Bauern empfohlenen Mittel der Selbsthilfe von unsereinem nicht den Arbeitern zur Nachahmung empfohlen werden können. Wir genießen nicht nur nicht die Immunität, die die republikanische Justiz dieses Landes dem Adel, der nationalistischen Gesinnung, der monarchistischen Reaktion sowie der teutonischen Urkraft in den Fällen ihrer Anwendung gegen die vorübergehende Erscheinung der schwarzrotgoldigen Staatsgewalt zuzuerkennen pflegt; es gibt auch revolutionäre Abwehrmittel gegen die Staatsexekutive, die aus rein technischen Gründen nur mehr für die Bauernschaft in Frage kommen können, dem Proletariat aber, seit dessen eigene bewährte Führerschaft zum erstenmal regieren durfte, entzogen sind. Die Steuerverweigerung, das in früheren Jahrzehnten von Anarchisten gepriesene Kampfmittel gegen die Behörden, hat, wenigstens in Deutschland, aufgehört, dem Waffenarsenal der Industriearbeiterschaft anzugehören. Es war sozialdemokratische Rettertat, den lohnzahlenden Kapitalisten zu gleicher Zeit zum Steuererheber der Lohnempfänger zu machen. Er zieht 10 Prozent Einkommensteuer gleich von der Lohntüte ab, was sich in der Inflationszeit für ihn als sehr lukrativ bewährte. Jetzt also erleben wir wehmütvoll die Empfehlung dieser höchst wirksamen Methode der Staatssabotage durch diejenigen, die entschlossen sind und alle Anwartschaft haben, den Staatsapparat wieder in die eigenen Hände zu bringen, und ihre Anwendung durch die Bauern, die dadurch ihren gefährlichsten Feinden, den Feudalherren, die Wege zur Besitzergreifung des Staatsapparates frei machen und sich

selbst deren Sklaverei ausliefern. Die sich häufenden Rebellionen der Bauernschaft fördern, da sie von Faschisten angeregt, von Faschisten ausgeschlachtet werden, die Gefahr des faschistischen Umsturzes. Gelingt es den revolutionären Teilen des Proletariats nicht, dem berechtigten Zorn der Bauern-sozialistische Auswege zu zeigen, dann hat die städtische Arbeiterschaft selbst den größten Teil der Schuld daran, daß der unterdrückten Landbevölkerung der Zugang zu den natürlichen Verbündeten, den Ausgebeuteten der Städte, versperrt bleibt; und daß der faschistischen Reaktion ein Bundesgenosse zur Seite steht, der ihre Kraft ungeheuer stärkt, der sich in der reaktionären Kampffront selbst in Unglück und Knechtschaft stürzt und dessen Solidarität wir uns für die Zukunft sichern könnten, wenn wir in der Gegenwart unsere Pflicht erfüllen, ihm Solidarität zu erweisen.

Die Genfer Linke

Der Völkerbund verfügt neuerdings über eine Opposition, sich hierin vorteilhaft von eben dieser Opposition unterscheidend, die selber keine Opposition duldet. Was die Opposition in Genf macht? o, sie reißt mit Witz und Bravour Larven runter. Der Völkerbund beschäftigt sich bekanntermaßen mit Völkerabrüstung, und es war der jungen Genfer Opposition vorbehalten, mit amüsanten Zahlen die Statistik über das Maß solcher Beschäftigung aufzuweisen. Dann hat die Opposition selbst Anträge gestellt, die den Weltfrieden per Abrüstung der Völker tatsächlich herbeiführen sollten. Dabei zeigte sich, daß die runterzureißenden Larven garnicht da waren. Die Mitglieder des Völkerbundes freuten sich sichtlich, jetzt eine Linke zu haben, die sich immerhin schon zu dem Standpunkt bekehrt hat, daß der Weltfriede durch Beschlüsse der in Genf versammelten Diplomaten hergestellt werden kann. Jetzt wird wohl bald auch die Einsicht bei dieser Linken reifen, daß durch offiziellen Beitritt zum Völkerbund ein wichtiger Machtposten besetzt werden kann, von dem aus noch viel besser Opposition gemacht werden kann, als bei den gelegentlichen Gastvisiten im hohen Rat der Völker. — Die Russen haben aber offenbar Pech. Dieselben Leute, die sich in Genf so gern von ihnen Opposition machen lassen, erschweren bei ihnen im Lande die Arbeit am wirtschaftlichen Aufbau, wo immer sie können. Solange das russische Außenhandelsmonopol besteht, ist dort der Privatkapitalismus ohne Zweifel stark behindert, sich gegen den Staatskapitalismus durchzusetzen. Daher werden, wo europäische Emissäre des Privatkapitalismus zu staatskapitalistischen Unternehmungen der Sowjet-Union beigezogen werden, Sabotagemanöver ins Werk gesetzt zu dem Zwecke, darzutun, wie unrationell der Staat im Gegensatz zum Privatunternehmer wirtschaftet. Es ist völlig klar, daß die Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland vom russischen Souveränitätsstandpunkt aus eine unumgänglich notwendige Maßregel war. Man hat sie sicher höchst ungern vorgenommen in einem Augenblick, wo Deutschland intensiver als irgend ein Land hinüberwinkt: Schwarz-Rot-Genf sei's Panier! Die Behauptung, Stalin und Rykow hätten den Konflikt mit Deutschland provoziert, um von den innenpolitischen Vorgängen abzulenken, ist Ausgeburt sozialdemokratischen Bonzenneides und kapitalistischer Interessiertheit. Daß Moskau den Herrn Goldstein und seine deutschen Komplizen frei lassen mußte, beweist nicht die Schwäche der Gründe für die Verhaftungen, sondern die Schwäche der realen Kraft gegenüber dem ausländischen Kapital. Es ist der russischen Regierung demnach weder aus der Festnahme, noch aus der Enthaltung der Sa-

boteure ein Vorwurf zu machen. Wundern muß man sich nur darüber, daß die Betriebsräte im Donezbecken von der, wie offiziell angegeben wird, jahrelang fortgesetzten Sabotage nichts gemerkt haben. Denn, sollte man meinen, in einer Sowjetrepublik müßten doch den Räten größere Aufgaben gestellt sein, als den fälschlich Betriebsräte genannten Belegschaftskommissionen in Deutschland. Aber — es ist leichter zu erkennen, was die russische Regierung als antipathisierende Hospitantin des Genfer Völkerbundes tut, um das internationale Proletariat von der Illusion zu befreien, der Völkerfriede könne nur auf revolutionärem Wege durch Ausrottung der kapitalistischen kriegbedingenden Einrichtungen herbeigeführt werden, als was die Sowjets zuhause machen. Es gibt überdies noch Leute, die unter den Begriffen Regierung und Sowjets etwas verschiedenes verstehen; zu ihnen gehören, wie man sagt, viele, die eben dieser Differenzierung wegen in Gefängnissen sitzen. Sie hoffen aber, daß der Eintritt Rußlands in den Völkerbund recht bald Anlaß geben möge, auch den russischen Räterepublikanern eine Amnestie zu gewähren.

Zum Gedenken

Am 9. März jährte sich zum zehnten Male der Todestag Frank Wedekinds, am 20. März zum hundertsten Male der Geburtstag Henrik Ibsens. Der ungeheure Einfluß, den beide Dichter auf die junge Generation ihrer Zeit ausgeübt haben, sollte schon im vorigen Heft des FANAL zum Gegenstand einer eingehenderen Betrachtung gemacht werden. Leider finde ich auch jetzt den Platz nicht, den Vorsatz auszuführen, wie denn hier allgemein die ausführliche Beschäftigung mit literarischen und kulturellen Werten, soweit sie direkt oder mittelbar revolutionäre Bedeutung haben, solange zurückgestellt oder auf kurze Buchbesprechungen beschränkt werden muß, bis der den Justizinfamien des Staates gewidmete Raum wenigstens gelegentlich für die Erörterung künstlerischer Probleme frei gemacht werden kann. Die revolutionäre Sendung Ibsens und Wedekinds zu untersuchen, wäre sonst eine sehr lohnende Aufgabe gewesen, und erst recht lohnend wäre es gewesen, Art und Wirkung der Dichtungen beider Männer miteinander zu vergleichen, Ähnlichkeiten und Unterschiede nebeneinanderzustellen und aufzuzeigen, wie beide als Ankläger der gesellschaftlichen und moralischen Heuchelei geholfen haben, Vorurteile zu zerstören und die Revolution der Gesellschaft durch die Revolutionierung der Individuen vorzubereiten.

Um wenigstens der persönlichen Dankespflicht zu genügen, die mir gegen den stärksten Anreger meiner eigenen literarischen Entwicklung obzuliegen scheint, will ich aus dem neuen Buche „Sammlung“ hier meine Verse abdrucken, die bei der Beerdigung Frank Wedekinds am 12. März 1918 auf dem Münchener Waldfriedhof von dem Schauspieler August Weigert am offenen Grabe des Dichters gesprochen wurden:

Was gilt ein Toter, da das grenzenlose Weh
hinbrandet über jedes Land und jeden Ort,
und Leid, gleich der von Stürmen aufgeworfnen See
hochwogend, ungehemmt den Erdball überflutet?
Was gilt ein Toter, da die ganze Menschheit blutet
und alle Frucht am grünen Baum der Zukunft dorrt?
Doch! Jeder Tote gilt — und gilt soviel
wie Liebe, Trauer, Schmerz, Verehrung, Dank
sein Sterbliches bei Menschen überdauert.
Das Schicksal setzt dem Weg des Leibs ein Ziel —
doch keiner starb, eh sein Gedenken sank,
und jeder lebt, den noch ein Herz betrauert . . .
Nimm, Erde, du in deinen frommen Schoß
den teuren Toten, — laß sein Fleisch zerfallen
und wisse, daß ein Herz es barg, das allen
gehörte, die den besten Menschheitsplänen
ihr Sein vermählten. — Lauter, stark und groß
schlug dieses Herz — beweint von unsern Tränen. —
Wir wollen klagen, daß er uns verließ,
wenn auch sein Tod ihm nicht das Leben nahm.
Nie stirbt sein Werk — doch niemals auch der Gram,
daß ihn der Tod zu früh vom Werke stieß . . .
Fahr hin, Gefährte, Freund und Lebensmehrer,
Wahrheitsverkünder, tapfrer Jugendlehrer,
Weltangelrüttler, streit- und tatbereit!
Du Geist des Geistes! Element der Zeit!
Du lachender, du strenger Sittenrichter,
der Freude und der Schönheit froher Dichter!
Du Spötter, Kämpfer, Mahner und Bekenner —
fahr hin! An deinem Grabe weinen Männer
und werden noch, die nach uns kommen, weinen.
Fahr hin! Nie stirbt dein starker Geist den Deinen
und nie der Welt, die deinen Atem trank. —
Leb wohl! Und daß du lebst, sei unser Dank!

Rechtfertigung

Herr Otto Scheller, Steglitz, hat mich gebeten, ihn gegen den, auch im FANAL — wenn auch in hypothetischer Form — erhobenen Vorwurf in Schutz zu nehmen, er habe das über seine Familie hereingebrochene Unglück durch Vermittlung von Interviews mit seiner Tochter Hilde an Zeitungen finanziell ausgenützt. Ein einziges Interview sei, zwei Tage nach der Bluttat, ohne Rücksicht auf die verzweifelte Stimmung der Eltern und des jungen Mädchens, dadurch erschlichen worden, daß der Vertreter des 12-Uhr Mittagblattes nachts um 11 Uhr unter Vorspiegelung falscher Tatsachen sich Eingang in die Wohnung verschaffte und Hilde Scheller fortholte. Herrn Scheller sind, wie er mir versichert und durch Vorlegung von Briefen und Telegrammen zu beweisen sich erbietet, „im Laufe dieses halben Jahres Tausende für Artikel, Romane, Filme usw. angeboten“ worden. Er hat sich auf nichts dergleichen eingelassen und wünscht von der moralischen Schuld, obwohl er sich ein einziges Mal hat überrumpeln lassen, öffentlich entlastet zu werden. Es besteht umso weniger Anlaß, Herrn Scheller den Raum zur Rechtfertigung im FANAL zu verweigern, als die Steglitzer Tradödie hier von vornherein unter dem Gesichtspunkt behandelt worden ist, daß sich der Verfall der Gesellschaft nicht in den Zufälligkeiten manifestiert hat, die die Katastrophe herbeiführten, noch auch im Benehmen der beteiligten Personen, sondern durchaus nur im Reagieren der Umwelt auf das Geschehene. Der Freispruch des jungen Krantz löscht den Schimpf des Prozesses nicht aus; und daß man einen Gymnasiasten, der das Pech hatte, bei einer alkoholisch-erotisch-sentimentalen Kindervergnügung in eine blutige Pfütze auszugleiten, deswegen mit Hurra und Blumen bewirft, ist nicht weniger ein Symptom der Entartung unsrer Spießbürger wie die Scheußlichkeit, das Mädel, das ebenso schuldlos und ebenso verdienstlos in die Geschichte hineingeraten war, mit Kot zu beschmieren. Die Lehre bleibt übrig, daß, wo immer der Staat seine Pfoten hineintapsen läßt, aus einer privaten Kindertragödie eine öffentliche Affenkomödie wird.

Halbjahresabonnenten!

Von den Abonnenten, welche den Bezugspreis für das mit diesem Heft beginnende 2. Halbjahr des II. Jahrganges bis zum 10. April nicht entrichtet haben, wird der fällige Betrag, ihr Einverständnis vorausgesetzt, unter Postnachsnahme erhoben werden. Es wird gebeten, für die Einlösung vorzusorgen, damit überflüssige

Schreibereien und Kosten vermieden werden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64.

Anschrift: Gustav L ü b e c k , Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10.

Anarchistische Jugend Groß-Berlin

Gruppe Neukölln I: Jeden Montag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Bergstr. 29.

Gruppe Neukölln II: Auskunft erteilt Paul Priebus, Friedelstraße 12. Jeden Freitag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Sanderstraße 11.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Dienstag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Olbersstraße (Nähe Bahnhof Jungfernheide).

Gruppe Moabit I: Jeden Mittwoch, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Lehrter Str. 18-19.

Gruppe Moabit II: Auskunft erteilt Hans Bühler, Berlin NW 21, Emdener Straße 57.

Gruppe Adlershof: Auskunft erteilt W. Boretti, Adlershof, Gemeinschaftsstraße 30.

Freie Jugend Berlin: Jeden Freitag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Gr. Frankfurter Str. 16, II Tr., Zimmer 8.

Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands, Ortsliederation Groß-Berlin

Anschrift: Walter K a p s , Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11.

Donnerstag, den 5. April, abends 19einhalb Uhr in der Schule Elisabethstr. 57-58 zum 50. Geburtstage: **ERICH MÜHSAM-Abend. Musik — Rezitation — Vortrag.**

Gruppe Prenzlauer Berg. Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11. Zusammenkunft nach Vereinbarung

Gruppe Kreuzberg. Anschrift: Erich Heinze, Berlin SO 34, Lausitzerstr. 21. Zusammenk. jed. Dienstag im Heim, Wrangelstr. 128.

Gruppe Oberschöneweide. Zusammenkunft jeden Montag im Jugendheim Laufenerstr. 2 für Musikinteressenten. Jeden Donnerstag 7.30 Uhr Gruppenabend im Jugendheim Laufenerstr. 2.

Arbeiter-Gesangvereine

Der Verlag der Freien Sängergemeinschaft Deutschlands liefert alle Freiheits- und Tendenzchöre. Zur Maifeier und anderen Gelegenheiten empfehlen Chorwerke für Männer, Frauen und gem. Chor, ernststen und heiteren Charakters, ferner Orchesterwerke, Theaterstücke usw. Verlangt Partituren zur Ansicht!

Verlag der Freien Sängergemeinschaft Deutschlands Paul Mittau, Düsseldorf, Siegstr. 15 II.

5 Bände über

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk

während des Weltkrieges.

von Jaroslav Hasek

**Unzählige heitere Stunden werden Ihnen geschenkt,
können Sie schenken.**

Jaroslav Hasek, der große Satiriker, Humorist und tschechische Cervantes, hat im „Braven Soldaten Schwejk“ einen für die Weltliteratur völlig neuen Typ geschaffen. Den Typus des raffinierten Dummkopfs, des mit allen Salben geriebenen Einfaltspinzels, Gutmütig, beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen.

Band 1. Im Hinterlande

Band 2. An die Front

Band 3. Das glorreiche Debakel

Band 4. Fortsetzung

**Band 5. Schwejk in russischer
Gefangenschaft**

Preis brosch. Mk. 3.50, geb. Mk. 5.20

Zu beziehen durch den

Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin C54

Rosenthaler Str. 34, 35 — Postscheck-Konto Berlin 71924

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Malwahi - Vergleichende Revolutionsgeschichte (von G. Berg) - Selbstjustiz - Faschistische und revolutionäre Aktion - Helden - Todesanzeige Wahlaufruf - Dank
--

NR. 8

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

MAI 1928

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1896-1928
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Satiren, Anekdoten usw.

Preis: kartoniert M. 8.50, in Ganzleinen gebd. M. 8.—
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

ist erschienen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäfts-
stelle des FANAL. I. M. Spaeth Verlag, Berlin

ERICH MÜHSAM

Judas

Arbeiter-Drama in 5 Akten.

2. Auflage. 1924. Preis: Brosch. M. 1.60, gebd. M. 2.40

Mallk-Verlag, Berlin

Zu beziehen durch jede Buchhandlung u durch die Geschäftsstelle des FANAL

Die Leser werden gebeten, Bücher jeder Art durch
die Geschäftsstelle des „FANAL“ zu beziehen

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 8

Mai 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörehluchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 9112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Mai-Wahl, Wahl-Mai

Seht die roten Fahnen aus den Dachfenstern der Proletarier-Wohnungen flattern! Hört die Marschmusik der Internationale, der Marseillaise durch die Straßen schmettern und die Massen im Mai-Aufmarsch singen: Wer schafft das Gold zu Tage?! Freut euch der gesammelten Kraft der Arbeiterklasse, die sich einmal im Jahr, wenn das frische Grün aus den Bäumen treibt und die Natur ihre Schöpfergroßmut freigebig entfaltet, ihrer Sendung bewußt ist, in gemeinsamem Kampf die Not der Menschheit zu brechen, Frühling zu schaffen und die Sonne der Zukunft über der Menschenerde aufgehen zu lassen! Einmal im Jahre nur, am 1. Mai, sollen sie sich zusammenfinden, die Unterdrückten der Welt im Gelöbnis, einander zu lieben, einander zu helfen über die Grenzen der Länder hinweg, über Programme und Theorien hinweg, einander beizustehen in Hunger und Gefahr, im Kampf um die Existenz und um bessere Lebensbedingungen und in der Abwehr aller kapitalistischen Anschläge gegen ihr Recht auf Luft und Erde, auf Freiheit und Menschenwürde! Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid! Das ist der Sinn der Maifeiern, der Maifreude des Proletariats.

Das ist der Sinn eurer Maikundgebungen, Verdammte dieser Erde? Er sollte es sein. Er war es noch nie. Der Gedanke der Maifeier kam aus den Tiefen der proletarischen Klasse selbst, und der Gedanke war: Bekenntnis zum Sozialismus, zur Freiheit der klassenlosen Gesellschaft, zur Revolution. Aber von allem Anfang an hat die proletarische Klasse, verwirrt von staatlicher Erziehungs-Demagogie, sich weismachen lassen, sich selber weisgemacht, sie sei un-

mündig, sie bedürfe bevormundender Sachwalter, ihre Gedanken seien unreif und müßten erst von klugen Leuten zurechtgeknetet werden, um passieren zu können vor der Kritik der Geschichte. So gelangte der schöne und große Gedanke des Maianfangs als sozialistisches Klassenbekenntnis in die Ideen-Hackmaschine sozialdemokratischer Realpolitiker, die noch jedes gesunde Stück Fleisch vom Tische des Proletariats verwurstelt und mit übeln Surrogaten vermengt als ungenießbaren und unverdaulichen Brei ihren Auftraggebern serviert haben. Von dem Verlangen nach Revolution und Sozialismus blieb übrig die Forderung des achtstündigen Arbeitstages, eine Forderung, die nur Sinn hat innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems; denn in einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit ist Arbeit nicht qualvolle Last, sondern lustvolles Schaffen, das sich seine Zeit nicht vorschreibt und nicht begrenzt, so wenig wie das Werk des Künstlers oder Forschers sich zeitlich spannen oder eindämmen läßt.

Indessen haben wir jawohl eine Revolution gehabt, die so herrlich war, daß das klassenbewußte Proletariat seine rote Fahne in die Ecke stellen und die schwarzrotgoldene Trikolore des Börsenkapitals als Zeichen geeinter Volkheit im Zeichen siegreicher Demokratie entrollen konnte. Mochten unbelehrbare Reaktionäre immerhin an ihren monarchistischen Idealen festhalten, mochte das Industriekapital, unfähig, den neuen Geist der Freiheit zu begreifen, das heruntergeholte Banner Schwarzweißrot über seinen Privatkontoren hissen und geistig zurückgebliebene Kriegervereine das gute Alte weinerlich beschwören — die siegreiche Revolution hatte es ihnen gezeigt, daß ihre Tage gezählt seien, die demokratische Republik und ihre größte Errungenschaft: der Achtstundentag waren diesem freiesten Volke der Welt nie wieder zu entreißen! Auf zur Maifeier, Genossen! Demonstriert am 1. Mai 1928, wofür ihr auch am 1. Mai 1890 demonstriert habt und am 1. Mai 1914: für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages, für die Demokratie, gegen die Anschläge auf das freie Reichstagswahlrecht, für Freiheit, Gleichheit und Recht! Proletarier, vereinigt euch! Hinein in die freien Gewerkschaften! Wählt Liste 1! Wählt Liste 5! Der Bahn der Kühnen folgen wir — —! Wir sind die stärkste der Partei'n!

Das ist in diesem Jahre das Bild der Einigkeitsdemonstration des deutschen Proletariats: Maifeier im Zeichen der Wahlen! Nicht gegen das Kapital wird aufmarschiert, sondern gegen die Konkurrenz aus der eigenen Klasse, nicht gegen den Staat, sondern für die Eroberung von Staatspründen; nicht der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen gegen Ausbeutung und Verknechtung wird am 1. Mai gelobt,

sondern die Erzkämpfung möglichst vieler Sitzplätze für die eigenen Diätare im Gesetzgebungs-Ausschank der deutschen Republik. Nicht der 1. Mai wird gefeiert, sondern der 20. Mai, und nicht auf die Sammlung der entschlossenen Kräfte des Proletariats zur Revolution und zur Erringung sozialistischer Weltbefreiung kommt es an, sondern auf die Umschmeichelung und Uebertölpelung der Lauen und Gleichgültigen, deren Stimmen man zählen kann und die zwar nicht für ein Bekenntnis zur Revolution und zur Weltanschauung des Sozialismus zu haben sind, doch aber vielleicht bei angestrengtem Werber- und Schlepperdienst für ein Kreuz an der richtigen Stelle des Wahlzettels. Auf zum letzten Gefecht für die beste Kandidatenliste! Heilig die letzte Schlacht an der Wahlurne! Nicht zählen wir den Feind, — wir zählen nur unsre Stimmen.

Was den Feind anlangt, so beteiligt er sich fürs erste noch an dem harmlosen Gesellschaftsspiel des Stimmenzählens. Aber er nimmt das Ergebnis der Zettelwahl nicht entfernt so wichtig wie das Proletariat. Einmal weiß er, daß der Apparat, der durch die Wählerei geölt wird, ihm gehört und nicht anders funktionieren kann, als es seine kapitalistische Konstruktion bedingt. Er hat da ja die günstigsten Erfahrungen schon 1918 gemacht; der Apparat blieb unversehrt und der Tropfen demokratischen Oels, der seit 1848 die Glatzen der professionellen Gesetzgeber salbt, erwies sich, zum Massenverbrauch in Tanks gesammelt und zur Staats-Achsen-schmiere raffiniert, als ausgezeichnete Zusatz zum Betriebsmaterial der demokratische Republik genannten Petroleum-Verwertungsgesellschaft Deutschland. Zum andern weiß der Feind des Proletariats auch, was Sozialdemokraten und Parteikommunisten nicht mehr wissen, und was einer ihrer geistigen Väter, Wilhelm Liebknecht, in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins in Berlin am 31. Mai 1869 folgendermaßen kennzeichnete (Redner der Revolution, Band V, Neuer Deutscher Verlag 1925): „Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht (oppositionelle Parteien schon während der Wahlvorbereitung durch Polizei- und Justizmaßregeln schwach zu halten) aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiepolitiker ist, eine sozialdemokratische (kommunistische) Majorität in den ‚Reichstag‘ zu wählen, — was sollte die Majorität tun? Hic Rhodus, hic salta! Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — ach nein, eine Kompagnie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und lassen sich die Herren das

nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Stadtvogtei abgeführt und haben dort Zeit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken.“ Nach Urteil des Landbunditen Oldenburg-Januschau bedürfte es für den Zweck nur eines Leutnants mit 10 Mann. Zur endgültigen Entscheidung der Frage wäre wohl der Reichswehroffizier zuständig, der nach dem Einmarsch in Sachsen 1923 das Verfahren zum ersten Male praktisch zur Anwendung brachte, als er im Auftrage der Sozialdemokraten Ebert und Sollmann die den Industriellen des Landes unerwünschte sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit zum Teufel jagte und die Herren, die sich das nicht ruhig gefallen lassen wollten, festsetzte.

Die Durchführung solcher Maßnahmen im Reich hat sich bis jetzt zum Glück erübrigt, und es ist zu hoffen, daß auch der Ausfall der Mai-Wahlen die Außerkraftsetzung der Verfassung vermittels des Artikels 48 dieses Instrumentes des Staatsbewußtseins nicht notwendig machen wird. Die Disziplin des deutschen werktätigen Volkes, die rücksichtsvolle Einordnung seiner berufenen und erwählten Führer und Vertreter in die Belange des allgemeinen Wohls, besonders das unvergeßliche Beispiel des ersten Reichspräsidenten Ebert, dessen sprichwörtlich gewordener Takt die antisemitische Nationalhymne des Kaiserreichs zum republikanischen Gleichheits- und Weiesang erhob, der Reichswehr die monarchische Fahne ließ zur Bekräftigung republikanischer Gesinnungstreue und fast so viele nationalistische Mörder begnadigte wie er kommunistische Kämpfer erschießen ließ, — die Wahlparolen der Sozialdemokraten und Kommunisten obendrein, aus denen deutlich hervorgeht, daß das Schicksal des deutschen Proletariats lediglich davon abhängt, ob die Bonzen der Liste 1 oder die der Liste 5 im Parlament Sehr richtig! und Oho! rufen dürfen, können die Sachwalter des Kapitals darüber beruhigen, daß Wilhelm Liebknechts Ausruf zum Schluß jener Versamlungsrede heute nicht mehr gilt: „Kein Friede mit dem heutigen Staat! Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts!“

Der „heutige Staat“, dessen Reichskanzler bis 1918 Monarchist war, zur Weimarer Zeit Republikaner, anno Fehrenbach halb und halb, um die Wende seiner Präsidentschaftskandidatur rabiat republikanisch, während der Bürgerblockperiode und den Fusionsverhandlungen mit der bayerischen Königspartei verfassungstreu-dreiviertelmonarchistisch und jetzt über die Wahlzeit weg den afghanischen Herzogsmantel mit republikanischer Gösch trägt, — dieser Staat des Reichskanzlers Marx ist eine Schöpfung der Partei, aus der heraus, zu der und für die der Vater Karl Liebknechts sein Urteil

über den Parlamentarismus der Sozialisten sprach. Er hätte sich die Rede, so schön sie ist, so lohnend ihre Verbreitung unter den Proletariern auch heute noch wäre, sparen können, zumal er selbst aus allen seinen scharfsinnigen Argumenten gegen das Wählen nur den Schluß zu ziehen wußte: „Beteiligen wir uns nach wie vor energisch an den Wahlen, aber benutzen wir sie bloß als Agitationsmittel ...“ Das haben die Kommunisten zuerst auch gesagt. Jetzt sind sie soweit, die Maifeier zum Agitationsmittel für die Parlamentsbeteiligung zu machen, statt das Parlament zur Agitation für die Maiforderungen zu benutzen, was sie gewiß auch recht gern täten, aber aus dem Grunde unterlassen müssen, weil die andern Parlamentarier dazu nicht stillhielten. Wer mit einem andern Schach spielen will, muß die Spielregeln innehalten und nicht glauben, er werde ihn dadurch besiegen, daß er ihm die Schachfiguren an den Kopf wirft. Das Schachbrett des Parlaments aber ist ein Verhandlungsbrett, und die Spielregeln haben die Staatsinteressenten entworfen. Die Kommunisten, die ins Parlament gehn und schon die Proletarier, die ins Parlament wählen, anerkennen diese Spielregeln, ob sie wollen oder nicht, ob sie es zugeben oder nicht. Sie verzichten auf den Kampf gegen die Bourgeoisie zugunsten der Verhandlung mit der Bourgeoisie, und unsre Maifeiern sind glücklich dazu degradiert, für Gesetzesreformen im Bürgerstaate von rotbebänderten Tribünen herab schwungvolle Resolutionen annehmen zu lassen.

Als Wilhelm Liebknecht seine Rede hielt, da war die offizielle Auffassung der Sozialdemokratie noch die, „daß die Vertreter der Demokratie jede ihnen passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um im ‚Reichstag‘ ihren negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten, weil dies eine Anerkennung des Nordbundes und der Bismarckschen Politik einschließt und das Volk nur über die Tatsache täuschen kann, daß der Kampf im ‚Reichstag‘ bloß ein Scheinkampf, bloß eine Komödie ist.“ Was sagen denn unsere heutigen „antiparlamentarischen“ Parteikommunisten dazu, daß vor knapp 60 Jahren noch die Sozialdemokraten jede Beteiligung an Gesetzesberatungen im Parlament strikt ablehnten, daß sie z. B. trotz ihrer Vertretung in dem Reichstag, den ihr eigener Abgeordneter Liebknecht nur in ironischen Anführungszeichen bei seinem Namen nennt, die Beratung der Gewerbeordnung in kühler Abstinenz den Vertretern der besitzenden Klassen überließen? Denn: „Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit

prinzipiellen Gegnern verhandeln heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit dem Feinde parlamentiert, der parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert.“ (Wilhelm Liebknecht ebenda.)

Aber sie alle haben dennoch die Konzession gemacht, ihre Opposition in die Komödienhäuser der Bourgeoisie, die Scheinkampf-Arena des Parlaments zu tragen, und die Anarchisten Bakunin und Guillaume, die ihnen die Folgen voraussagten, schmissen sie aus der Internationale heraus. Nicht der Geist der proletarischen Opposition wehte belebenden Atem in die Parlamente, sondern die Schacherluft des Parlaments übertrug sich vergiftend auf die Lebensorgane der proletarischen Opposition, und jetzt, 9 Jahre nach einer sogenannten Revolution, demonstrieren die aktivsten Teile des Proletariats in ihren Maikundgebungen für die Beibehaltung der Parlamente, die sie desorganisieren wollten und die heute gefährdet sind durch ihre bisherigen Nutznießer, die die umständlichen Methoden der Stimmenzählerei und der parlamentarischen Gesetzmacherei nicht mehr brauchen und das faschistische System der unmittelbaren Wirtschaftsdiktatur anstreben. Nutznießer des Parlaments aber sind ein paar aus dem Proletariat in den Beamtenstand emporgewachsene Berufsfunktionäre, und um ihretwillen sollen die Arbeiter zum 1. Mai den Kampf beschwören für die Verteidigung der demokratischen Parlamentiererei und für das Recht, alle vier Jahre einmal einen Zettel ankreuzen zu dürfen und sich zu einer Liste von Personen zu bekennen, die ein Gremium unbeaufsichtigter Parteimandatare ausgesucht, zurechtgeschoben und zusammenintrigiert hat und an der keinerlei Aenderung vorgenommen werden darf. So verlangt es das verfassungsmäßige Wahlgesetz, und damit ja kein Wähler auf die Idee kommt, sich mit andern zusammen auf Leute zu einigen, die etwas Neues, Eigenes wollen könnten, sich frei zu machen von dem stumpfsinnigsten aller Wahlpraktiken, der Diktatur parteibürokratischer Wahlmänner, sind schon alle großen Parteien darin einig, daß man den „Splitterparteien“ die Neigung, mit den erfahrenen Großdemagogen konkurrieren zu wollen, durch Auferlegung einer klotzigen Kaution schon das embryonale Leben auslöschen müsse. Das Verfahren nennt sich nachher direkte Wahl.

Damit ist dann die Garantie gegeben, daß das Parlament ein für alle Male davor geschützt bleibt, auch nur etwas amüsanter zu werden als bisher. Sie werden uns weiter demokratisch regieren, die alles bis hierher schon so trefflich geführt haben: der Arbeiter kennt

ja die Segnungen des parlamentarischen Regimes aus den letzten Jahren am eignen Leibe und an dem skrofulösen Leibe seiner Kinder. Sein achtstündiger Arbeitstag, die schöne Erinnerung kurzer Freude, ist wieder die Forderung seiner Mairesolutionen; und wenn er nur am 20. Mai richtig ankreuzt, wird der Reichstag es schon machen. Die gesunde Wohnung ist ihm schon in der Verfassung zugesichert, die sein Parlament ihm beschert hat, ebenso die Beschäftigung seiner Arbeitskraft bei auskömmlicher Vergütung. Das Streikrecht ist ihm gleichfalls geblieben, er darf nur keinen Gebrauch mehr davon machen. Denn dafür gibt es die Einrichtung des Schlichters, und wenn ein Lohnkonflikt da ist, dann wird Herr Robert Schmidt gerufen, und ein Sozialist fungiert als Unparteiischer zwischen Kapitalisten und Arbeitern und entscheidet, verbindlich wie er ist, in einem verbindlichen Schiedsspruch, daß es besser ist, ein paar tausend Proletarier verrecken jährlich mehr, als daß die Dividenden der großen Aktiengesellschaften herabgesetzt werden müßten. Die Richter, unabsetzbar und unfehlbar, haben schon zu Wilhelms Tagen bewiesen, daß sie Staatsbewußtsein haben, und das Parlament wird weiterhin dafür sorgen, daß sie nicht durch die Kritik ihrer Opfer nervös gemacht werden. Ein neues Strafgesetzbuch wird ohnehin der Kritik der begehrliehen Masse den lang erforderlichen Riegel vorschieben. Eine Amnestie wird Gnade vor Recht ergehen lassen und allen denen die Freiheit schenken, deren Strafzeit abgelaufen ist, und alles kommt nur darauf an, daß die maifeiernden Arbeiter erkennen, wer die bezauberndste Maske vorm Gesicht trägt und wer am geeignetsten ist, dem ändern die Maske herunterzureißen. Sozialdemokratische Arbeiter, wählt kommunistisch! Kommunistische Arbeiter, wählt sozialdemokratisch! Deutsches Proletariat, schmiede dein Schicksal am 20. Mai und wähle, wie du, wenn du wirst verhungert sein, wünschen wirst, gewählt zu haben.

Der Mai ist gekommen. Die Arbeiter empfangen von rot und schwarzrotgolden drapierten Pulten herab die Ermahnungen ihrer Führer: Vertrauen! Disziplin! Wahrt die Errungenschaften der Demokratie und wählt die Männer, die euch schon immer von Sieg zu Sieg geleitet haben! Es lebe der 1. Mai! Es lebe der 20. Mai! Macht Gebrauch von euerm einzigen Recht, das euch die Verfassung gewährleistet ... Auch die Herren Ehrhardt, Hugenberg und Claß beabsichtigen, von der Verfassung Gebrauch zu machen. Sie wetzen schon den Artikel 48.

Vergleichende Revolutionsgeschichte

Im vergangenen Jahr hat in der anarchistischen Presse eine Diskussion über den Wiener Aufstand vom 15. Juli 1927 stattgefunden. Leider war die Diskussion nicht sehr fruchtbar, da sie sich zum Teil zu sehr in unwesentliche Einzelheiten verlor, zum andern Teil starr auf einem gewaltlosen Standpunkt verharrte (Pierre Ramus). Um die Auffassung Ramus' richtig zu beurteilen, müßte man eine genaue Analyse der Wiener Vorgänge vornehmen, die man aber nur durch aktive Teilnahme so gut kennen kann, wie es nötig wäre. Es bleibt also nur übrig, Ramus' Theorie nicht nur durch die Ergebnisse des Wiener Aufstandes, sondern ganz allgemein an Hand einer Art vergleichender Revolutionsgeschichte zu prüfen. Die Ereignisse selbst werden als bekannt vorausgesetzt.

Pierre Ramus hat einmal die Waffenanwendung bei der Revolution als „veraltet“ bezeichnet. Was soll das heißen? Doch nur zweierlei: Entweder ist die Taktik der bewaffneten Revolution soziologisch überholt, d. h. die Art der jetzigen Klassenschichtung und des Klassenkampfes (Proletariat gegen Bourgeoisie) verbietet die Anwendung der militärischen Mittel, mit denen das Bürgertum sehr wohl über den Feudalismus siegen konnte. Oder diese Taktik ist durch die Fortschritte der Waffentechnik, durch Giftgas, Flammenwerfer, Tanks erledigt. Beide Behauptungen sind falsch.

In militärischer Beziehung war es schon von jeher so, daß die Staatsmacht besser bewaffnet war als das Volk. „Das Heer ist organisiert, ist in jeder Stunde beisammen, ist trefflich diszipliniert und in jedem Augenblick bereit, auszurücken; die in der Nation ruhende Macht, wenn sie auch in Wirklichkeit eine unendlich größere ist, ist nicht organisiert ...“ So sagte sehr richtig Lassalle (Ueber Verfassungswesen, 1862). Es war schon zu Zeiten der bürgerlichen Revolution nicht die Ueberlegenheit an technischen Mitteln, die Zahl der Kanonen, Festungen (heute Maschinengewehre, Minenwerfer, Panzerwagen) ausschlaggebend, sondern die Organisation, die Disziplin. Und diese, sowie stete Uebung, Bereitschaft fehlt auf der Seite der Revolution. Hierin hat Pierre Ramus ganz recht, wenn er sagt, daß „auf die Dauer kein Krieg mit einer Freiwilligenarmee zu führen ist“. (E. u. B. 1926 Nr. 8—13 „Die Katastrophe der veralteten Revolutionsmethode“.) Aber da bleibt doch die Frage offen, wie nur eine einzige von den vielen Revolutionen der Neuzeit gelingen konnte! Sehr einfach: Eine längere Dauer der Kämpfe, die soeben angenommen wurde, setzt voraus, daß Heer und Polizei und womöglich noch Freiwillige den Revolutionären hartnäckigen Widerstand leisten, d. h. daß die Truppen fest in der Hand der Reaktion sind. Dann ist ihre Disziplin der Tod der Revolutionen.

Die gelungenen Aufstände fanden ohne Ausnahme unter ganz anderen Verhältnissen statt. Bei der großen französischen Revolution, bei den Revolutionen von 1830, 1848, 1870, 1917, 1918 waren stets die Truppen unzufrieden, unzuverlässig, fraternisierten teilweise mit dem Volke, liefen scharenweise davon, so daß nur kleine Trupps erbitterter Reaktionäre übrigblieben, die von der großen Welle einfach überrannt wurden. Das, nur das ist der Sieg der Revolution, wenn die Disziplin der Truppen infolge der allgemeinen revolutionären Gärung zerstört wird. Natürlich wird diese Zersetzung bewußt weitergetrieben, dabei läßt sich auch freiwillige Disziplin auf der proletarischen Seite schaffen, aber in der Hauptsache wird der Sieg des bewaffneten Volkes durch die Desorganisierung des bewaffneten Staates ermöglicht. Also kann die militärische Technik von heute kein Grund für die Annahme sein, daß eine bewaffnete Revolution nur gegen Kanonen, Gewehre und Bastillen möglich war, aber gegen Minenwerfer, Maschinengewehre und Tanks aussichtslos sei.

Prüfen wir die andere Behauptung, daß, wie z. B. Kautsky sagt, militärische Operationen wegen des sozialen Unterschiedes zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution überflüssig und schädlich seien. Kautsky begründet das etwa so: Die Demokratie sei ein gutes Barometer der Volksstimmung, und wenn die Kapitalisten sähen, daß die Mehrheit der Wähler gegen sie sei, brächten sie nicht mehr den Mut auf, ihre Position zu behaupten. Nur der Absolutismus, der kein „Barometer“ oder „Sicherheitsventil“ hatte, sei dazu verurteilt gewesen, durch Explosionen zugrundezugehen, die man dann bürgerliche Revolutionen genannt habe. — Das ist alles Unsinn. Zunächst gibt es überhaupt keine strengen Scheidungen zwischen bürgerlichen und proletarischen Revolutionen, sondern auf die rein bürgerlichen folgen die halbbürgerlichen, die kleinbürgerlichen Revolutionen, die Revolutionen des Proletariats mit bürgerlich-politischen Zielen und Ergebnissen, bis vielleicht einmal rein proletarische Revolutionen kommen werden. Auch bei ihnen wird es noch bürgerliche Revolutionäre geben. Weiter ist das mit dem „Barometer“ einfach Geschichtsfälschung. Vor der französischen Revolution wußte man ganz genau, daß man auf einem Vulkan lebte, Bauernaufstände waren an der Tagesordnung; in Rußland war vor dem Sturz des Zarismus auch einiges vorgekommen, was nicht wie Liebe zum Väterchen Zar schmeckte; in Deutschland hatte es vor 1848 einen Heine, eine demokratische Presse, Burschenschaften usw. gegeben. Umgekehrt wußte 1923 unter dem deutschen Parlamentarismus niemand genau, wie stark die revolutionäre Bewegung seit den Reichstagswahlen von 1920 geworden sei, bis man sich im Mai 1924 über die Millionen kommunistischer Stimmen wunderte, die man hier vielleicht als einen gewissen Gradmesser der revolutionären Stimmung ansehen kann. Also gibt auch die Demokratie mit ihren langjährigen Wahlperioden keinen Aufschluß über die Stärke der revolutionären Bewegung, und

es fällt daher nie einer herrschenden Klasse ein, ohne bewaffneten Widerstand nachzugeben und zu verschwinden.

Man könnte hier noch einwenden, daß das Proletariat den Kapitalismus nur durch seine wirtschaftliche Tätigkeit aufrechterhält und ihn also auch nur durch deren Entziehung oder Verwendung für sich selbst stürzen könne. Aber auch der Handwerker, Bauer und Bürger in den bürgerlichen Revolutionen hatte das ganze wirtschaftliche Leben in der Hand und mußte sich trotz der Enteignung der Schmarotzer bewaffnen, um die „Kavaliere“, die „Vendee“, das Militär niederzuschlagen. Hiermit ist die Behauptung von der „veralteten“ Revolutionsmethode zurückgewiesen, und wir haben den gewaltlosen Standpunkt rein taktisch zu prüfen.

Pierre Ramus hat öfters gesagt, die Soldaten der Gegenrevolution seien „in überwiegender Mehrheit Arbeiter und Bauern“, die durch den Anblick der restlos glücklichen sozialistischen Gesellschaft für die Revolution zu gewinnen seien, nicht aber durch militärische Methoden. Man solle sich also nur mit positiver Aufbauarbeit in der Revolution befassen, und nicht mit der militärischen Bekämpfung der Gegenrevolution, was nur ein Bruderkampf zwischen Arbeitern bedeute. Wie steht es damit? Als im Mai 1919 die oberbayerischen Bauern von ihren Bergen herunterstiegen, grimmig, schwer bewaffnet, in ihren „heiligsten Gefühlen“ durch die Ausrufung der Räterepublik in München verletzt und fest entschlossen, sie zu vernichten, da war München bereits von den Roßbach- und Ehrhardt-Leuten „erobert“, den ehemaligen Baltikumern, die Weihnachten 1918 bis Anfang 1919 Berlin „beruhigt“ hatten, dann im Ruhrgebiet „geordnete Zustände“ schufen und nun nach München kamen. Wer waren diese Leute? Waren es „in überwiegender Mehrheit Arbeiter und Bauern“? Nein, es waren hauptsächlich Studenten, ehemalige Offiziere, Kleinbürger, deklassierte Abenteurergestalten, Leute, die am Kriege Geschmack gefunden hatten. Es war keine Hoffnung, sie unschädlich zu machen, außer sie zu schlagen, zu entwaffnen, und sie ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu lassen. Auch in Rußland gab es etwas Ähnliches. Unter Denikin kämpften ganze „Offiziersregimenter“. Und sie waren die tapfersten; ihre Herrschaft war ja in Gefahr. (Siehe Arschinoff: Die Machnobewegung.) Für die Revolution zu gewinnen sind solche Elemente nicht. Gewiß sind in den Heeren der Gegenrevolution auch Arbeiter, wenigstens zu Anfang. Aber im Laufe der Revolutionen klären sich die Klassenfronten relativ schnell, der Rest aller alten und rückschrittlichen Mächte sammelt und bewaffnet sich und muß schnell vernichtet werden. Noch immer gilt der Satz Rosa Luxemburgs, daß eine Revolution schnell vorwärtsstürmen müsse. Je schneller die Gegenrevolution entwaffnet, niedergeworfen, enteignet ist — gleich mit welchen Mitteln —, desto mehr ist die Revolution gesichert, desto schneller kann der sozialistische Aufbau beginnen.

Natürlich wird das Proletariat bei seiner Revolution die wirtschaftlichen Kampfmittel benutzen, wie ja auch schon in bisherigen proletarischen Aufständen der Generalstreik, die Sabotage, die Fabrikbesetzung eine große Rolle spielten. Aber gegen eine Truppe aus Bourgeois, die mit den Machtmitteln der modernen Kriegstechnik ausgerüstet ist, richten solche Mittel allein nicht viel aus. Die Arbeiter werden von derselben Kompanie Soldaten aus einer Fabrik nach der andern vertrieben; Sabotage wird durch sorgfältige Ueberwachung und durch Erschießungen verhindert; einen Teil der Streikenden treibt der Hunger zur Arbeit, denn die bewaffnete Macht beschlagnahmt alles, was sie braucht, für sich. Die Propagandisten werden eingesperrt, Zeitungen und Versammlungen verboten, und schließlich verlöscht das revolutionäre Feuer, auch wenn es von der Erinnerung an die Freiheit und den Aufbau vor der Besetzung genährt wird. Wir kennen diesen Gang der Dinge nur zu gut aus den Oktobertagen 1923 in Sachsen und Thüringen. Im Frühjahr 1924 konnte dann der Belagerungszustand aufgehoben werden, die Reichswehr zog ab, es waren wieder „normale Zeiten“. Ich bin deshalb der Ansicht, daß es verfehlt ist, die Truppen der Gegenrevolution in ein revolutionäres Gebiet einmarschieren zu lassen, wenn die Aussicht besteht, sie zu vernichten.

Allerdings fehlte in Sachsen und Thüringen jenes Moment, das Pierre Ramus für so wichtig hält: die vorangegangene Verwirklichung des Sozialismus. Aber kann denn der Sozialismus in so kurzer Zeit, wie sie in einer Revolution zur Verfügung steht, vollständig durchgeführt werden? Pierre Ramus zweifelt selbst daran (Fr. Arb. 1927, Nr. 48), ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

Anders verhielt es sich mit der Durchführung revolutionärer Forderungen bei bürgerlichen Revolutionen. Die soziale Veränderung, welche die große französische und die russische Revolution so wirksam und widerstandsfähig gemacht hat, war die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Das war eine schnelle, offensichtliche und wirksame Hilfe für die armen Bauern, die infolgedessen begeistert und opferbereit für die Revolution eintraten. Wie liegen die Dinge hingegen bei der Sozialisierung der Produktion und Konsumtion in einem industriellen Lande? Die moderne Weltwirtschaft ist ein komplizierter Mechanismus, der nicht sofort vom Profitinteresse auf Plan- und Bedarfswirtschaft umgestellt werden kann. (Diese Tatsache bildet für Kautsky einen der Hauptgründe, den Bürgerkrieg abzulehnen. Er meint, dadurch komme jener komplizierte Apparat in Verwirrung, und wir müßten alle verhungern, wie Rußland gezeigt habe. Der einfache Produktionsapparat des 18. Jahrhunderts habe solche Püffe vertragen, aber heute — nein! Das ist natürlich echt Kautskysche Sophistik. Paris hat von 1789—93 mindestens ebenso gehungert wie 1871 oder wie Berlin und Moskau 1918—19. Die Unruhen unterbrachen die Arbeit, ob es nun die des Handwerkers und Bauern oder die des Proletariats war.) Es braucht Jahre angestrengtester Tätigkeit, um

die sozialisierte Wirtschaft so auszugestalten, daß die Vorteile für die schaffenden Massen deutlich sichtbar sind. Wird der Proletarier, der während der Revolution unter Mangel, besonders an ausländischen Produkten leidet, dem ganz neue Funktionen übertragen werden, der eine neue, strenge, ethische Haltung, ein soziales Verantwortlichkeitsgefühl entwickeln soll, heroisch und ausdauernd sein? Wird er imstande sein, längere Zeit unter Entbehrungen und Bedrohungen einen Gesellschaftszustand aufzurichten zu helfen, der sich erst später günstig für ihn auswirken kann? Wenn wir die Schwungkraft bisheriger bürgerlicher und proletarischer Revolutionen vergleichen, so finden wir, daß die der ersteren unvergleichlich größer war. Die Aufwärtsentwicklung der französischen Revolution dauerte 5 Jahre, die der russischen, die hier als hauptsächlich bäuerliche betrachtet werden kann, 4 Jahre (bis zur NEP), die der deutschen von 1918 bestenfalls 2 Tage; als Scheidemann in Berlin die Republik ausrief und Noske seine Ehrhardtgarde sammelte, war sie nur noch zu einigen schnell unterdrückten Zuckungen fähig. (Januarkämpfe, Räterepublik, Hoelz usw.) In Deutschland war das Proletariat eben durch die Revolution wirtschaftlich noch um nichts gebessert, deshalb war nach dem Mißlingen der ersten Kämpfe auch keine Schwungkraft mehr vorhanden.

Es ergibt sich aus alledem, daß in erster Linie die Reaktion auf allen Gebieten, militärisch, politisch, wirtschaftlich schnell niedergeworfen werden muß, weil nur dann der Aufbau gelingen, ja überhaupt in Angriff genommen werden kann.

Es bleibt noch zu untersuchen, ob die bisherigen mehr oder weniger proletarischen Aufstände und Revolutionen die Neigung zeigen, das militärische Mittel durch das wirtschaftliche überflüssig zu machen und zu ersetzen. Sind denn die proletarischen Aufstände der Kommune, der deutschen Revolution von 1918, der italienischen Bewegung von 1920 unblutiger verlaufen als die großen bürgerlichen Revolutionen? Nein! Gewiß tritt bei den neueren Revolutionen auch der Generalstreik als Waffe auf (1905, 1917, 1920), aber niemand wird behaupten, daß die Anwendung des „letzten Mittels“ deshalb zurücktrete. Die italienischen Metallarbeiter besetzten im August 1920 nicht nur die Fabriken, sondern hoben auch Schützengräben aus (M. Nettlau, Errico Malatesta S. 165); die Kappregierung dankte wohl wegen des Generalstreiks ab, aber die Kappformationen in den Provinzen mußten erst durch blutige Kämpfe niedergeschlagen werden. Wir können jede beliebige proletarische Erhebung betrachten — keine konnte die bewaffnete Gegenrevolution nur durch Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel besiegen oder versuchte es auch nur allein damit. Der Instinkt der Arbeiter weiß, daß der Einmarsch der Weißen das Ende der Revolution ist, und daß diese also sofort vernichtet werden müssen.

Zwei Einwänden gegen diese Folgerung soll hier gleich begegnet werden. Man könnte sagen, daß die genannten proletarischen Er-

hebungen noch einen bürgerlichen oder bäuerlichen Charakter trugen und daß die wirklich proletarischen Revolutionen der Zukunft ganz anders aussehen werden. Das ist aber falsch. Zunächst wird es, wie erwähnt wurde, immer eine kleine Schicht bürgerlicher Revolutionäre geben. Weiter haben in den genannten Erhebungen stets die Arbeiter die Führung gehabt, ganz gleich, wie stark sie zahlenmäßig waren. Drittens gab es auch einige Aufstände, die ganz von Arbeitern gemacht wurden: der mitteldeutsche Aufstand 1921, der Hamburger Aufstand 1923. Und diese haben gar nicht auf die Waffen verzichtet. Im Gegenteil.

Als zweiten Einwand machte Pierre Ramus geltend, daß der Schwerpunkt der russischen Oktoberrevolution doch die Landteilung gewesen sei, daß dieser Akt im allgemeinen unblutig verlaufen sei, und daß damit also die Gewaltmethode erledigt sei. Diese Beweisführung ist sehr merkwürdig. Wie hätten die Bauern das Land nehmen können, wenn nicht vorher das Heer durch den Krieg zerstört worden wäre? Wie hätten sie es behalten können, wenn die Denikin und Koltschak nicht besiegt worden wären? Weiß Ramus nicht, daß Denikin hauptsächlich durch Bauernaufstände in seinem Rücken (unterstützt und allgemein gemacht durch Machno) geschlagen wurde, und daß diese Aufstände dadurch hervorgerufen wurden, daß Denikin den Bauern das Land wieder nahm, dessen Besitz er ihnen zuerst notgedrungen hatte garantieren müssen?

Nun sagt Pierre Ramus noch, daß die Hauptgefahr der militärischen Betätigung für den Anarchismus darin liege, daß er „absurde Methoden“ anwenden müsse, die den Anarchismus selbst vernichten. Das Militärische bringe Disziplin, Unterordnung, Zwang mit sich, was schließlich die Errungenschaften der Revolution wieder aufheben müsse. Sicher ist daran etwas Wahres. Aber eine proletarische Revolution wird nicht, wie z. B. die große französische Revolution, lange Kriege führen, sondern wird die Waffen nach der Niederwerfung der Reaktion weglegen, weil das Proletariat kein Interesse an nationaler Vorherrschaft, sondern an internationaler Verständigung hat. Die verhältnismäßig kurze Zeit, die die bewaffnete Revolution in Anspruch nehmen wird, kann keinesfalls den Charakter der proletarischen Erhebung verändern.

Nur bleibt natürlich noch die Frage zu beantworten, warum denn die meisten proletarischen Aufstände besiegt wurden, wenn ihre Taktik im Prinzip richtig war. Meiner Ansicht nach sind hierfür zwei Hauptgründe verantwortlich zu machen. Erstens die geistige Unklarheit des Proletariats selbst, die durch die Umstände bedingt war, unter denen sich die meisten Arbeitererhebungen abspielten. Zweitens die Tatsache, daß sie meist zu spät kamen, als die revolutionäre Welle bereits wieder abnahm. Um das näher zu beleuchten, müssen wir den gewöhnlichen Verlauf derartiger Bewegungen betrachten: die bisherigen proletarischen Erhebungen waren ja fast immer im Gefolge einer bürgerlichen Revolution, die ihrerseits wieder die Folge

irgendeiner Erschütterung der Gesellschaft (durch Krisen oder Kriege) war. Irgendeine halb oder ganz absolutistische Regierung wurde vom Proletariat und dem fortschrittlicheren Teil des Bürgertums gestürzt, das Proletariat vertraute den zur Macht gekommenen bürgerlichen oder scheinbar proletarischen Elementen, die natürlich an alles andere dachten, als an die Vertretung der Interessen des Proletariats. Diese Unklarheit über die Klassenfronten, die wegen der soeben betätigten Kampfgemeinschaft gegen den Absolutismus nur langsam wich, bedingte die Schwäche der zweiten Revolution. Außerdem kam diese meist zu spät. Die neue Regierung hatte sich bereits gefestigt, die revolutionäre Welle war schon im Abebben, deshalb mußten die Kommune, die Münchner Räterepublik, die Machnobewegung zugrundegehen. (Die russische Oktoberrevolution bildet eine Ausnahme, die aber die Regel bestätigt, weil sie sie erprobt. Die Fortführung des aussichtslosen Krieges durch die Kerenskiregierung brachte es mit sich, daß keine Festigung eintrat, sondern daß die revolutionäre Welle nur noch stärker und rascher stieg.) Für Delescluze und Varlin war der Augenblick des Handelns im September 1870 gekommen, als das Kaiserreich zusammenbrach und die Republik mit Thiers und Gambetta noch nicht fest stand. Damals wollte auch Bakunin handeln, in Lyon und Marseille. Aber das Volk sah damals nicht klar genug. Im März 1871 war die Klarheit da, aber nun war der Friede mit Deutschland geschlossen, der Staat gesichert. Die Kommune mußte fallen.

Im November 1918 waren Ebert und Scheidemann große Männer, weil sie die Republik begründeten. Sogar Liebknecht mahnte in den ersten Tagen zur Ruhe. Als die Arbeiter von 1919 an erkannten, was für Führer sie sich gewählt hatten, da war es zu spät. Noske und später Seeckt fegten mit dem eisernen Besen ihrer Landsknechtshorden über das Land und unterdrückten alle Regungen des Proletariats. Ähnlich war es mit anderen Arbeiteraufständen, für die genug Beispiele vorliegen. Wenn die Arbeiterklasse einmal Kraft genug haben wird, allein, ohne Unterstützung fortschrittlicher Elemente anderer Klassen, und ohne besonderen politischen Anlaß, sich nur für Arbeiterforderungen zu erheben, dann werden die erwähnten Momente fortfallen, der Sieg wird bei Einsetzung aller Kräfte und aller Mittel sicher sein.

G. Berg.

Selbstjustiz

Brave Olga Benario! Liebe, tapfere Genossin! Laß dir im Geiste die Hände drücken in der Hoffnung, es bald auch in Wirklichkeit tun zu können. Laß uns dir danken für deine Entschlossenheit, deine Kühnheit, deine besonnene Tatkraft und für das Werk, das deiner Liebe und deiner revolutionären Willenskraft im Bunde mit treuen, der proletarischen Sache ergebenden und aufopferungsfähigen Kameraden gelungen ist. Was ihr unternommen und durchgeführt habt, hat noch Schöneres bewirkt, als daß der fletschenden Bestie der Klassenjustiz ein Opfer aus dem gierigen Rachen gerissen wurde,

— es hat seit langer, langer Zeit zum ersten Male wieder bewirkt, was mehr wert ist als alle handgreifliche Nützlichkeit: daß Proletarier und Proletarierinnen, in Sorgen vergränte Menschen, deren Kummer nicht nur in materieller Not wurzelt, sondern mehr noch in der Verzweiflung über die fast hoffnungslose Zerrissenheit des revolutionären Teiles der Arbeiterschaft, — daß die den Kampf ersöhnenden Klassengenossen aller Richtungen und Lehrmeinungen von Freude glühten und einander in strahlende Augen lachten. Das Urteil in Sachen Otto Braun ist gesprochen. Es lautete auf Niederschlagung des Verfahrens bei sofortiger Freilassung des durch die Namensgleichheit mit dem preußischen Ministerpräsidenten für alle früheren und künftigen Sünden hinlänglich bestraften Genossen Braun und seine, der Genossin Olga und aller Beteiligten Stellung unter die sorgende Aufsicht des mit ihnen solidarischen Proletariats bis zum Erlaß der Amnestie durch Reichsgesetz oder — Selbstjustiz. Ihnen allen und dem leider in die Fänge des Feindes geratenen Genossen Carl Philipp, der, obwohl er nichts weiß, zu schweigen versteht, Dank, Gruß und das Gelöbnis freudiger Kameradschaft.

Selbstjustiz! Der „Vorwärts“ weimerte „Wildwest in Moabit“ und schrie — das war der erste Gedanke des Hauptorgans der zu Dreck zerstampften Partei, die einmal Objekt des Sozialistengesetzes gewesen ist — nach stärkeren Sicherungen der deutschen Gefängnisse gegen die Freiheitsgelüste proletarischer politischer Gefangener. Der Oberreichsanwalt aber beauftragte den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, ein Preisausschreiben an den Litfaßsäulen zu erlassen, das für die Wiederbeschaffung der verloren gegangenen Kommunisten 5000 Mark aus den von den Steuerzahlern herausgeholtten Schweißabgaben aussetzt. Das ist viel Geld, mehr als man gemeinlich für die Dingfestmachung von Lustmördern oder sonst die Gemütlichkeit bedrohenden Individuen springen läßt. Aber Vater Staat, der eben 80 Millionen für einen Panzerkreuzer zu Deutschlands Ehr und Wehr gelockert hat, kann sich's trotzdem leisten, gegen Denunzianten und käufliche Kreaturen, die sich für bares Geld zu Verrätern an Kameraden hergeben möchten, nobel zu sein; er hat's, wobei das christkatholische Zentrum die Entscheidung gab, bei den Speisungen armer Kinder herausgespart.

Eigentlich ist die Ausschreibung von Kopfprämien eine behördliche Anerkennung des Prinzips der Selbstjustiz. Der Staat, der sich jede private Briefträgerei als Durchbrechung seines Postmonopols verbittet, indem er sich durch Strafgesetze dagegen sichert, der Staat, der noch empfindlicher auf jeden privaten Versuch reagiert, seiner Geldmünzerei Konkurrenz zu machen, dieser selbe Staat spekuliert auf die trübsten Instinkte des Kleinbürgers, der auch einmal Macht bekunden möchte, und bietet ihm noch Geld an, wenn er sich zu freiwilligen Polizeidiensten bereit zeigt. Dabei gilt doch gerade das Polizeimonopol des Staates als das Fundament aller öffentlichen Sicherheit, und wenn sich etwa mal eine Abteilung Roter Frontkämpfer gegen Stahlhelm-Ueberfälle selber ihrer Haut wehrt, statt Zörgebels privilegierte Gummiknüppel-Garde herbeizutelephonieren, dann langt Herr v. Keudell getrosten Mutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte, die droben hängen unveräußerlich, und ersucht die Kollegen von den Ländern, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Die Auslobung der 5000 Mark aber belehren doch darüber, daß die ewigen Rechte der hohen Polizei von ihr selber für veräußerlich gehalten werden; den, der sie bei passender Gelegenheit einmal benutzen will, bezahlt sie sogar dafür. So hält sie es bei Posträubern, Kindermördern und Kommunisten, wenn man sich auch nicht erinnert, daß sie etwa bei der Suche nach dem Begründer

des Meuchelmörderbundes O. C., Herrn Kapitän Ehrhardt, oder der Beilegung des Leutnants Vogel, der sich ja nur an der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs beteiligt hatte, oder sonst bei der Bemühung, nationale Erneuerer einzufangen, Geld verschleudert hätte.

Es ist bedauerlich, daß der Staat seine Monopole nur durchbrechen läßt, ohne seine monopolisierte Justiz zu bemühen, wenn er mit der Abtretung amtlicher Rechte an Private den Zweck der Korruption des Kleinbürgers verbindet. Schon vor 15 Jahren (KAIN, Mai 1913) schrieb ich gegen „die amtliche Erziehung des Publikums zur freiwilligen Polizei: An allen Bahnhöfen, und an jeder Anschlagtafel kleben Wische, auf denen Belohnungen ausgeschrieben sind für die Ergreifung irgendeines Ausgeglittenen. Im Inseratenteil jedes Winkel- und Witzblattes finden sich Steckbriefe, in denen den Lesern Geldprämien zugesichert werden, wenn sie mit Glück Häscherdienste verrichten können. Die Bereitschaft, für Geld Spitzel zu spielen, wird also bei jedem Menschen vorausgesetzt, und das Bewußtsein, welche haarsträubende Zumutung darin liegt, scheint im ethischen Empfinden der Massen garnicht aufzukommen . . . Solange aber die Ansicht nicht Allgemeingut ist, daß Vertrauensbruch und Verrat infam sind, gleichviel, gegen wen sie geübt werden, solange wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sich jeder Scheißkerl berechtigt glaubt, mit Treu und Glauben seiner Nebenmenschen Schindluder zu treiben.“ Das aber gab es 1913 wohl noch kaum, daß im Falle einer rein politischen Strafverfolgung für die Wiedereinbringung eines „mit Waffengewalt“ — will sagen: mit Vorhaltung ungeladener Pistolen — nach einhalb Jahren Untersuchungshaft befreiten Gefangenen und seiner Befreier die Willfährigkeit zum Achtroschenjungen dienst bei jedem Klassengenossen der Gesuchten angenommen worden wäre, wenn nur der angebotene Preis für die gewünschte Lumperei den gewöhnlichen Lockspitzeltarif entsprechend überstiege. Schon daß die Polizei für die Ergreifung von Mördern und Räubern Geldpreise aussetzt, zeigt a, daß sie dem inneren Antrieb des sittlichen Staatsbewußtseins im Publikum kein sehr großes Vertrauen schenkt; wäre das Pflichtgefühl im Publikum wach, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftseinrichtungen Verüber der im Gesetzbuch als Verbrechen designierten Handlungen nicht frei herumlaufen dürfen, dann bedürfte es ja nicht erst des Seelenkaufs, um den dressierten Polizeihunden beim Aufsnüffeln verdächtiger Fährten die Mithilfe jedes Staatsbürgers zu sichern. Die Polizei, zumal seit sozialdemokratische Funktionäre die Spritze bedienen, die jeglichen Funken des Temperaments und gar des Zornes über Unrecht und Unterdrückung zu löschen bestimmt ist, hat viel besser erkannt, als die Mehrzahl der Proletarier, daß Dienst am Staate keineswegs der natürliche Drang derer ist, die sich seufzend zwingen lassen, den öffentlichen Apparat zu ernähren, und daß nur die erbärmlichste Geldgier die Gleichgültigkeit der Durchschnittsmenschheit überwinden und sie bereit machen kann, dem staatlichen Greiferhandwerk das Monopol streitig zu machen. Die mit hohen Dotierungen gespickte öffentliche Auslobung des Menschenfangs spiegelt dem Publikum vor, es müsse angesichts unerträglichen Rechtsbruches der Monopoljustiz des Staates durch freiwilliges Schergentum, also durch helfende Selbstjustiz, beispringen. In Wirklichkeit wird von der Behörde selbst die Geneigtheit des Publikums, Selbstjustiz lediglich als Beihilfe zur Staatsjustiz zu üben, so niedrig eingeschätzt, daß man des Mittels schmählicher Geldkorruption bedarf, um dem beleidigten Rechtsempfinden der Allgemeinheit wegen der Verletzung staatlicher Satzungen überhaupt erst das Gefühl beleidigt zu sein, bewußt zu machen. Werden Otto Braun, Olga Benario und die Helfer beim Befreiungswerk wirklich noch gefaßt — der „Vorwärts“ klafft allen

Prämienlüsternen zu: sucht Wannsee ab, Köslin, Magdeburg! 5000 Mark liegen auf der Straße nach Moabit und Leipzig! —, dann wird der Staat das ihm von den Steuerzahlern anvertraute Geld als Belohnung für eine Selbstjustiz auszahlen, die aus ausschließlich gewinnsüchtigen Gründen gegen eine andere Selbstjustiz tätig war, der rein moralische Motive zugrundeliegen. Es lebe der Staat!

Ginge es nicht um Leben und Schicksal von Genossen, die durch ihr herzerfreuendes Tun von der sorgenden Liebe aller der Zukunft ergebenden Proletarier umhegt sind, dann müßte man die Bemühung der Behörden, ihre Entrüstung über die Anmaßung des Amtes von Gefängnisaufschließern auf die ganze Bevölkerung zu übertragen, einigermaßen spaßig finden. Wie wenig sie gegen die Selbstjustiz als Beihilfe zur Staatsjustiz einzuwenden haben, beweist die gewohnheitsmäßige öffentliche Aufforderung zu ihr. Es scheint aber auch so etwas zu geben wie Staatsjustiz als Beihilfe zur Selbstjustiz. Oder wie soll man sonst die von der „Welt am Abend“ mitgeteilte und, soweit ich sehen konnte, nicht dementierte, auch innerlich glaubwürdige Tatsache rubrizieren, daß der zum Tode verurteilte und zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigte Femeleutnant Schulz das für jeden Gefangenen quälendste Problem des Strafvollzugs, das Problem des Sexualhunger, durch das Mittel der Selbsthilfe, was hier etwas andres bedeutet als Onanie, in befriedigendster Weise gelöst hat? Ein Referendar muß dringend wichtige Protokolle mit dem Verurteilten aufnehmen, der seinem Vaterlande so treue Dienste geleistet hat, daß er, was sonst keinem Zuchthausgefangenen bewilligt wird, mit dem Rechtsvertreter ohne Aufsicht von Beamten allein gelassen wird, — allein, wenn man von der jungen hübschen Stenotypistin absieht, die das Technische bei dem Besuch zu besorgen hat. Nun ja, der Referendar setzt sich mit der Rückseite zu Schulz, das Fräulein mit der Vorderseite, und das Technische wird zufriedenstellend erledigt. Es gibt bekanntlich Leute, die mit dem Einwand, es sei unmöglich, den Feme-Schulz mit den proletarischen politischen Gefangenen auf eine Stufe zu stellen, die Amnestie verhindert haben. Sie haben ihren Willen bekommen: kein Mensch stellt die beiden Kategorien von Verurteilten auf dieselbe Stufe, — am wenigsten die Behörde, die die Gelegenheit zur sexuellen Selbstjustiz mindestens durch Augen-Zudrücken (was sich bei dem Vorgang ja auch gehört) ermöglicht hat.

An Selbstjustiz mit Hilfe der Obrigkeit waren die Herren Fememörder ja aber von jeher gewohnt. Im neu aufgerollten „Weltbühne“-Prozeß sind zwar die Herren v. Ossietzky und Jacob-Salomon wieder verurteilt worden; dennoch darf man jetzt wohl als offiziell festgestellt wiederholen, daß die Abschachtungen der verdächtig gewordenen Soldaten der Schwarzen Reichswehr nichts andres waren als die Vollstreckung einer Selbstjustiz, hinter der zwar nicht die staatliche Monopol-Justiz, wohl aber Organe des staatlichen Monopol-Militärs als stille Dulder, juristisch gesprochen: Begünstiger, gestanden haben. Herr Schulz als Zeuge, dem nichts mehr passieren kann, hat das mit so nachdrücklicher Betonung deutlich gemacht, daß andre Zeugen, wären sie auch nur republikanischer Sympathien verdächtig, längst unter Meineidsbeschuldigung in Untersuchungshaft säßen, aus der nur verbotene und mit hohen Preisaussetzungen für Spitzel-Amateure bedrohte Selbstjustiz sie vorzeitig wieder herausbrächte. Zugleich enthüllt sich die Selbstjustiz der Arbeitskommandos im Stettiner Prozeß als Mordaktion mit monopol-geschützten Hintermännern, und wenn, wie das ja neuerdings Uebung geworden ist, die ausführenden Kuli wieder zum Tode verurteilt werden sollten, dann werden wir sie in unsre Amnestie-Forderung genau so einschließen, wie alle andern, die in politischen Zusammenhängen

unter den Schinderkarren der Themis geraten sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nämlich nicht verfehlen, einmal den entsetzt die Hände ringenden Genossen mehr oder weniger roter Couleur aufs allerklarste zu bekennen, daß ich mich über das Prinzip einer politischen Verschwörer-Organisation „Verräter verfallen der Feme“ nicht gar so schrecklich entsetzen kann. In der Vorgeschichte der russischen Revolution hat es eine ganze Menge von Fällen derartiger Selbstjustiz gegeben; Bakunin — von Netschajew gar nicht zu reden — hat in seinem Aufruf an die revolutionären Offiziere der zaristischen Armee ausdrücklich die Anweisung gegeben, unzuverlässige Elemente zu beseitigen. Man kann die Zweckmäßigkeit solcher Anweisungen in Zweifel stellen, nicht aber ihren Charakter als Mittel politischer Selbstjustiz. Man höre auch endlich auf mit dem Geschrei über die rohen Formen der Ermordung von Schwarzen Reichswehrsoldaten. Man kann für die Todesstrafe sein oder dagegen; man kann — dies ist die Auffassung, die im FANAL geteilt wird — zu allernächst gegen das Monopol des Staates auf das Umbringen von Menschen sein; man kann endlich grundsätzlich für oder gegen individuellen Terror sein; aber man macht sich lächerlich, wenn man die Selbstjustiz unter gewissen Voraussetzungen anerkennt und dabei greint: Morde human!

Bitte sehr, dies alles ist keine Sympathieerklärung für die nationalistischen Landsknechte innerhalb und außerhalb der Zuchthäuser. Es ist die einfache Feststellung, daß der sehr begründete Haß gegen sie leider bei vielen Revolutionären auf ein verkehrtes Geleise geschoben ist. Der Stettiner Angeklagte Heines geht die Proletarier nicht deswegen etwas an, weil er irgendeinen andern Proletarierfeind namens Schmidt abgemurkt hat, sondern deswegen, weil er an unzähligen Schandtaten gegen das revolutionäre Proletariat führend und mit brutaler Gehässigkeit teilgenommen hat. Die Schurkereien dieser Kerle im Jahre 1919, 20, 23 und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zwischendurch waren keine Akte der Selbstjustiz, sondern Haßorgien im Klassenkrieg, für die der auf dem Klassenkampf gegen das Proletariat basierende Staat den größten Teil der Verantwortung trägt. Von diesem selben Staate verlangen, er müsse die Feinde des Proletariats verfolgen, bestrafen, einkerkern, weil sie außer ihren Ruchlosigkeiten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft untereinander nicht wie die Täubchen gelebt haben, heißt dem Staat in der Auffassung recht geben, daß nur er sie kraft seines Justizprivilegs verurteilen dürfe und zwar nur für die Verbrechen, deren Ruchbarwerden einige Staatsinteressen lädiert hat. Für ihre Morde an Klassengegnern hat der Staat sie nie verfolgt; für die Organisation der Selbstjustiz im lieben Familienkreise braucht er sie von uns aus nicht zu verfolgen, soll sie aber amnestieren, da sie mit zahllosen Vergünstigungen unsern gefangenen Genossen vor den Zellentüren sitzen und ihnen den Weg ans Licht versperren.

Da die Sozialdemokraten und das Zentrum diejenigen waren, die aus Entrüstung über die Fememorde die Amnestie für die proletarischen Gefangenen sabotiert haben, seien einige Tatsachen in Erinnerung gebracht, mit denen der Münchener Hitlermann Dr. Frick am 13. März im „Völkischen Beobachter“ aufwartete. Sie zeigen, daß unsre schwarzen und roten Goldkinder sich von der Selbstjustiz, auch wenn sie sich nicht auf die Befreiung eines eingesperrten Kommunisten beschränkt, sondern direkt das Monopol des Scharfrichters durchbricht, nicht immer mit so heftigem moralischem Entsetzen abkehrten. Frick bekundet, daß „in Oberschlesien in den Jahren 1920—23 von insgesamt 160 Fememördern nicht weniger als 200 Femegerichte abgehalten wurden, und zwar im amtlichen Auftrag des aller-

christlichsten Zentrumsmannes Dr. Spiecker, damals Reichskommissar für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, des Sozialdemokraten Zimmer, heute noch Oberpräsident in Breslau, und des Sozialdemokraten Ernst, früher Polizeipräsident in Berlin, dann in Breslau. Spiecker gab seine Aufträge unter Decknamen über die Nachrichtenstelle des Oberkommissars an die Femerichter . . . Aber nicht nur auf Oberschlesien beschränkten sich diese amtlichen Fememorde. Sie kamen auch im Ruhrgebiet während des französischen Ruhreinbruchs vor. So wurde der Kommunist Sünder in Essen im engsten Zusammenwirken mit dem Polizeipräsidenten von Essen „erledigt.“ Herr Dr. Frick war zu der Zeit dieser Vorgänge die rechte Hand des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, und beide standen als Mitangeklagte im Hitlerprozeß vor den höflichen Richtern in der Infanterieschule. Dr. Frick hat damals erklärt, die Polizei in München habe es sich zur Aufgabe gemacht gehabt, die Nationalsozialisten in ihren weitgesteckten politischen Plänen förderlich zu unterstützen. Er muß also recht genau Bescheid wissen. Aus den oberschlesischen Grenzschutzverbänden aber kam, wie der Oberleutnant Schulz wiederholt angegeben hat, das System der Selbstjustiz zu den von der Reichswehr aufgezogenen Arbeitskommandos im Küstriner Bezirk. Die Feme der Schwarzen Reichswehr ist also ein direkter Abkomme der von Klerikalen und Sozialdemokraten amtlich betreuten Umlegegerichte in Schlesien und an der Ruhr. Zentrum aber und Sozialdemokratie verabscheuen jede Selbstjustiz in so hohem Maße, daß ihre Sühne die Fortsetzung der Qualen Hunderter von Opfern der staatlichen Monopoljustiz wert ist.

Was die staatliche Monopoljustiz selbst anlangt, so ist es mitunter schwer zu glauben, daß nicht auch sie schon ein Organ der Selbstjustiz bestimmter politischer Bestrebungen sei. Der Prozeß gegen die 7 Hakenkreuzer wegen des Ueberfalls von 600 Nationalisten auf ein paar unbewaffnete Musiker des Roten Frontkämpferbundes hat diese Zweifel neu gestärkt. Schon daß man nur 7 Mann von 600 unter Anklage stellte! Wären ebenso-viele Proletarier die Angreifer gewesen, dann wäre eine jahrelange Serie von Prozessen draus geworden, und zwar in Leipzig, und statt zweieinhalb Jahren Zuchthaus und ein paar Monaten Gefängnis wären Tausende von Zuchthausjahren herausgekommen. Der Vorstoß des Herrn v. Keudell gegen den Roten Frontkämpferbund — unmittelbar nach diesem in rührender Brüderlichkeit geführten Prozeß gegen die Nationalsozialisten, gegen die der Reichsinnenminister kein Verbot verlangt — gehört ebenfalls in das Kapitel Selbstjustiz. Es ist der erste Akt der großen Offensive des Faschismus in Deutschland. Eine ihnen weniger genehme Regierung als die, in der ein aktiver Kappist die republikanische Staatsverfassung zu handhaben hat, werden sich die Wirtschaftsmagnaten nicht wieder gefallen lassen. Sie haben dagegen das Mittel der Selbstjustiz, im politischen Wörterbuch Staatsstreich genannt, und der Artikel 48 der Reichsverfassung, kommentiert von den Herren von der Pfordten und Justizrat Claß, ermöglicht den Keudells und Ehrhardts sogar die Paragraphierung der Selbstjustiz zu einer Form, die sie im Handumdrehen zur staatlichen Monopoljustiz macht.

Es gibt nur ein Mittel gegen die Selbstjustiz der Reaktion — das ist die Selbstjustiz der proletarischen Gegenaktion. Die Selbstbefreiung eines einzigen Revolutionärs mit Hilfe entschlossener Kameraden und mit dem herrlichsten Hilfsmittel, der Tatkraft einer liebenden Freundin, die zugleich Genossin ist, hat den gewaltigen Wert des beispielhaften Symbols. Wir haben zwar nicht das Recht, zur Nachahmung des Beispiels aufzufordern, aber das Recht, uns seiner zu freuen, kann uns niemand verwehren. Und

auch das Recht steht uns zu, die Selbstjustiz der Genossen Otto Braun und Olga Benario von der Hoffnung verklären zu lassen, daß wir den Tag noch erleben werden, an dem das Proletariat als Klasse das Mittel der Selbstjustiz begreift und gegen Vergewaltigung und Sklaverei den Weg der Selbstbefreiung beschreitet.

Faschistische und revolutionäre Aktion

Ein in Mailand explodiertes Dynamit-Uhrwerk hat die schon fast vergessene Tatsache in Erinnerung gebracht, daß sich Herr Benito Mussolini für sein reizvolles Regime in Italien immer noch als verantwortlichen Redakteur einen König hält. Dieser Nebbich-Monarch deckt mit seinem Namen offiziell jede Schandtat des Faschismus, wie er mit seinem Namen den Massenmord des Tripoliskrieges 1911-12 und die Beteiligung Italiens an der Mordorgie des Weltkriegs gedeckt hat. Es ist also sehr wohl möglich, daß das Mailänder Attentat von proletarischen Revolutionären arrangiert war und daß Mussolinis Behauptung, es handelt sich um einen anarchistischen Anschlag, zutrifft. Es wäre nicht das erste Mal, daß unsre anarchistischen Genossen in Italien versucht hätten, Victor Emanuel ein ähnliches Ende zu bereiten, wie es sein Vater gefunden hat. Eine Kritik an dem Unternehmen stünde uns nicht zu, da wir die psychologische Wirkung des Attentats bei seinem Gelingen nicht so klar übersehen können wie diejenigen Kameraden, welche die Aktion organisiert haben mögen und die vielleicht angenommen haben, der gewaltsame Tod des Königs werde das Ende der Diktatur und damit das Ende des ganzen faschistischen Spuks automatisch nach sich ziehen. Gerade die Wahl des staatsrechtlich verantwortlichen Repräsentanten der gesamten politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des Landes als Opfer des revolutionären Aktes konnte bedeuten, daß das kapitalistische System im ganzen getroffen werden sollte und nicht bloß die besondere Form seiner faschistischen Ausweitung.

Die Meinung vieler Genossen, die Abwesenheit Mussolinis bei dem Ereignis deute darauf hin, daß das Mailänder Attentat als Protest gegen demokratische Neigungen Viktor Emanuels oder aber einfach als Vorwand für neue Repressalien gegen die Anarchisten von den Faschisten selbst veranstaltet worden sei, kann richtig sein, hat aber meiner Ansicht nach nicht sehr viel Stützpunkte in der Wahrscheinlichkeit. Daß der Tötungsversuch ernst war, ergibt sich klar aus der verheerenden Wirkung der Bombe; die Rettung des Königs (dessen bewunderte Gemütsgröße sich dadurch manifestierte, daß ihn die zerrissenen Gedärme der statt seiner Getöteten nicht hinderte, die Ausstellung programmgemäß zu eröffnen und seine lächelnde Miene dabei ausgiebig photographieren zu lassen) dankt er dem Zufall einer geringfügigen Unpünktlichkeit seines Chauffeurs. Das Gelingen des Attentats hätte dem Faschismus zweifellos viele Sympathien beim königstreuen Spießbürgertum gekostet. Die Propagandawirkung für terroristische Arbeiterverfolgungen wäre viel sicherer durch ein neues Scheinattentat gegen den Duce selbst erzielt worden. Man kann höchstens die Möglichkeit annehmen, daß der Kerl den König sterben lassen wollte, um die Bahn frei zu kriegen für den letzten Schlager seiner elenden Blutoperette: den bonapartistischen Staatsstreich. Es würde durchaus zu der Kümmerlichkeit dieses Renegaten passen, wenn er sich an dem Halunkentraum erbaute, die Geschichtsbücher der Zukunft würden berichten: nachdem der letzte König des Garibaldi-Italiens Viktor Emanuel III. das Opfer seiner Schwäche und Unentschlossenheit geworden war, schuf Kaiser Benito I., der Große, durch Einverleibung Albaniens und der ganzen westlichen Balkanküste sowie

durch Rückeroberung der französischen Irredenta das italienische Imperium, das berufen ist, das römische Reich des Faschismus zum Beherrscher der Welt zu machen.

Wir werden die Frage nicht entscheiden, welche Kräfte die Sprengmaschine in den Mailänder Laternenpfahl einbauten. Aber wir haben Ursache, das Geplär der sozialdemokratischen und übrigen Philisterpresse wegen der 18 Toten des Attentats und die Versicherung, jeglicher individueller Terror könne den Faschismus nur stärken und sei laut marxistisch-wissenschaftlicher Erkenntnis abzulehnen, mit einem Fußtritt zur Ruhe zu mahnen. An anderer Stelle dieses Heftes ist schon einiges Notwendige über das Wesen der Selbstjustiz gesagt worden, und seit es geschrieben wurde, hat der Verlauf des Stettiner Fememordprozesses enthüllt, daß auch Leute, die den revolutionären Individualterror voll flennender Entrüstung zurückweisen, den politischen Mord aus reaktionärem Antrieb keineswegs immer verworfen haben. Das Killen von Tyrannen aus revolutionärem Gerechtigkeitsgefühl schätzen sie freilich nur, wenn es im Strahlenkranz der hellenischen Heldengeschichte in den Schullesebüchern die Namen Harmodios und Aristogeiton einpaukt oder im Rhythmus fünffüßiger Jamben in Schillers Teil-Drama vorgeführt wird. Wenn man sie aber an die Vorgeschichte der russischen Revolution erinnert und die Hinrichtungen Alexanders II., Plehwes oder Sergius' als unvermeidliche und daher stürmisch zu bejahende Einleitungsakte der Erhebungen von 1905 und 1917 bezeichnet, dann kratzen sie sich schon den Kopf und haben ein halbes Dutzend Einerseits—Andererseits-Bedenken in Vorrat.

Wenn revolutionärer Individual-Terror irgendwo Berechtigung hat, dann in Italien. Eben erst hat sich der faschistische Zentralhenker den Entwurf zu einem neuen italienischen Strafrecht ausarbeiten lassen. Da wird die abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt und zwar ungefähr in dem Ausmaße, das die Herren Ehrhardt, Claß und Hugenberg zur Sicherung ihres verfassungsmäßigen Direktoriums für die deutsche Arbeiterklasse vorgesehen haben. Verlust der Staatszugehörigkeit, will sagen Verjagung über die Grenzen oder Verweigerung jedes Schutzes der Person im Lande, unbegrenzte Einkerkierung und völlige Enteignung droht bei jeder Tat, die das faschistische Gericht als staatsgefährlich beurteilt. Auf öffentliches Tadeln von Regierungshandlungen oder Regierungsmitgliedern stehen 12 Jahre Zuchthaus. Streik wird bei schwerster Bestrafung verboten, und für Nichtbeachtung einer Arbeitsamts-Entscheidung (also eines „Schlichter“-Votums) kann man 3 Jahre Gefängnis kriegen. Wenn beim Bekanntwerden solcher Pläne ein revolutionärer Arbeiter zu Revolver oder Bombe greift, um den Veranlasser der Tollheit oder den Mann, in dessen Namen sie verwirklicht werden soll, hinzulegen, dann schlägt ein rechtgläubiger Marxist seinen Talmud auf, mit Anmerkungen versehen von Karl Kautsky oder Wilhelm Bloß, und stellt fest, daß Selbstjustiz ein Denkfehler ist. Mussolini aber handelt.

Der anarchistische Genosse Borghi ist in den Vereinigten Staaten verhaftet worden, und die italienische Regierung verlangt seine Auslieferung. Borghis Verdienste um die revolutionäre Sache des internationalen Proletariats sind groß und allgemein bekannt, speziell also Herrn Mussolini selbst, der ja einmal unsrer Bewegung sehr nahe zu stehen vorgab und Borghi selbstverständlich persönlich aus vergangener Freundschaft genau kennt. Er wird ihn infolgedessen mit allen Foltern seines Systems still zu machen wünschen. Die Regierung der U. S. A. hat die Auslieferung schon mehrmals hinausgeschoben. Sie hat ja bei der Behandlung der Genossen Sacco und Vanzetti Erfahrung darin gesammelt, wie süß der Sadismus des Hinhaltens

ist. Der Schein, alle Rechtsformen zu wahren, ermöglicht die Ausdehnung der Zweifelsqualen und nachher braucht man nicht wieder selber den elektrischen Stuhl zu laden. Mussolini wird dafür bei sich zu Lande schon entsprechenden Ersatz finden. Das ist umso eher zu erwarten, als jetzt sogar der alte Genosse Giovannetti in Italien festgesetzt worden ist, an den sich, wie man hoffen konnte, der Uebermut des Diktators doch nicht heranwagen würde. Ob die von der syndikalistischen internationalen Arbeiter-Assoziation organisierte Protestbewegung gegen diese neueste Gewalttat der Faschisten Erfolg haben wird, wird davon abhängen, wie weit die angekündigten Aktionen in den an die italienische Regierung adressierten Entschließungen in die Tat umgesetzt werden. Die folgende von der Börse Groß-Berlin der F. A. U. D. einstimmig angenommene Resolution, die der italienischen Botschaft in Berlin übermittelt worden ist, ist dem FANAL mit dem Ersuchen um Abdruck zugegangen:

Die am 12. April 1928 in den Sophiensälen zu Berlin tagende Mitgliederversammlung der Anarcho-Syndikalisten Berlins nimmt mit Empörung davon Kenntnis, daß der italienische Faschismus es gewagt hat, den alten Vorkämpfer des Anarcho-Syndikalismus, Alibrando Giovannetti, einzukerkern. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste diese neue Brutalität des italienischen Blutregimes, fordert von der italienischen Regierung die Freilassung des Genossen Giovannetti und die Befreiung aller Opfer des Faschismus. Die Versammlung spricht den leidenden italienischen Genossen die tiefste Sympathie aus und gelobt, national und international mit allen Mitteln der direkten Aktion den Faschismus zu bekämpfen.

Mit allen Mitteln der direkten Aktion! Möge das kein leeres Wort bleiben. Der Faschismus, sei er noch so arm an Gedanken, noch so leer an zukunftsträchtigem Geiste, — er weiß, was Aktion ist. Das Weltproletariat aber wird sich von dieser scheußlichsten Geißel seiner ganzen Leidensgeschichte erst befreien, wenn es den Sklavenhaltern aller Länder bewiesen hat, daß Aktion kein ewiges Reservatrecht des Faschismus ist.

Helden

Gott sei Dank! Sie haben es geschafft. Wir freuen uns alle über die Maßen. Die technische Möglichkeit, daß man nicht bloß von Amerika nach Europa, sondern auch umgekehrt von Europa nach Amerika fliegen kann, ist praktisch erwiesen worden. Hoch Köhl und Hünefeld! Hoch Hünefeld und Köhl! Wenn so etwas einmal geglückt ist, dann glückt es nachher immer wieder, und so dürfen wir die freudige Gewißheit hegen, daß im nächsten Kriege die Zerstörung Europas durch Senfgas von amerikanischen Fluggeschwadern nicht minder gründlich besorgt werden wird als die Zerstörung Amerikas von deutschen Hünefeld-Staffeln. O über die tapferen Pioniere, die bei dem Versuch, die herrliche Tat zu vollführen, im Ozean ertrunken sind! Selbst Damen haben ihr kostbares Leben dem edlen Ziel zum Opfer gebracht, die Mütter und Kinder der künftigen Generation den Heldentod der Verpestung sterben zu lassen. Herr v. Hünefeld und Herr Köhl haben es sich nicht nehmen lassen, auf dem Wege zum Heldentod der Menschheit einen Vorschußlorbeerkrantz mit schwarzweißroter Schleife und einem schmalztröpfenden Gedicht über Doorn abzuwerfen, wo ein nicht immer stiller Dulder die Hundertmillionen-Pension der deutschen Republik verzehrt. Die Republik aber ist glücklich, die königlichen Helden der Luft und ihre Gastgeber, die amerikanischen Meister vom elektrischen Stuhl, an-telegraphieren zu können, weil für den Krieg, der das angestammte Herr-

schershaus auf den Gaswolken des Weltuntergangs zu seinem Thron zurücktragen soll, so erfreuliche Aussichten geschaffen sind. Nun handelt es sich nur noch darum, einen brauchbaren Kriegsgrund zu schaffen. Doch wird sich der schon ergeben, wenn zu den amerikanischen und den französischen Entwürfen, die internationale Aechtung des Krieges in Paragraphen zu fassen, auch noch die weiteren Friedenssicherungspläne dem Völkerbund vorliegen werden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß so leicht keine Einigkeit darüber zu erzielen sein wird, ob die Petroleumlampe, die den endgültigen Völkerversöhnungspakt in Genf beleuchten soll, mit amerikanischem oder englischem Oel zu füllen sei; nur darüber besteht Klarheit, daß russisches Petroleum ungeeignet ist, weil es auf grünen Tischen leicht fleckt. Da die kleinen Differenzen wegen der Formalitäten beim Abschluß der ewigen Friedensverträge noch nicht beigelegt sind, hat vorläufig die Rüstungsindustrie aller Länder noch viel zu tun, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Nach dem Triumph der deutschen Flieger haben besonders die Flugzeugwerften mit großen Aufträgen zu rechnen. Vor allem gilt es jetzt das Problem zu lösen, Aeroplane mit Schiffshaubitzen zu bestecken, ferner zu ihrer Vernichtung ozeansichere Torpedoflugzeuge und weiterhin Torpedoflugzeug-Zerstörer zu bauen. Unsre Zukunft liegt nicht mehr auf dem Wasser; sie hängt in der Luft. Herrliche Aussichten hat uns die Großtat der Hohenzollernflieger Köhl und Hünefeld eröffnet. Wir werden von Amerika, Amerika wird von uns vergast werden. Jubel herrscht darob in Amerika, Jubel bei uns, Jubel in Genf, Jubel in Doorn, Jubel in aller Welt. Uns aber laßt jauchzen, daß die, die es geschafft haben, Deutsche sind, völkische Urteutonen, an deren Wesen demnächst wieder die Welt genesen wird. Das walte Gott!

Todesanzeige.

Der weißgardistische General Wrangel ist im belgischen Exil eines natürlichen Todes gestorben, — was wir aufrichtig bedauern.

Wahlauf Ruf!

Der KAIN (Revolutions-Ausgabe) brachte am 7. Januar 1919 folgenden Aufruf zu den ersten Parlamentswahlen nach der Revolution.

Männer und Frauen!

Wählt nicht zum bayerischen Landtag!

Wählt nicht zur deutschen Nationalversammlung!

Boykottiert die Wahlen!

Die Wahlen bezwecken die Wiederaufrichtung des alten Systems. Sie bezwecken die Ausschaltung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, der wichtigsten Errungenschaft der Revolution.

Es ist wahr, daß die Räte noch eine andere, revolutionärere, ihrer eigenen Kraft bewußtere Zusammensetzung bekommen müssen, als sie bis jetzt haben. Durch die ständige Ueberwachung ihrer Arbeit jedoch durch das schaffende Volk, durch die aus dem Fortgang der Revolution erwachsenden Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit wird eine ständige Reinigung sich von selbst ergeben. Das unterscheidet eben das Rätesystem

vom hergebrachten Parlamentarismus, daß hier keine Delegierten für Jahre hinaus mit unbeschränkten Vollmachten eingesetzt werden, sondern daß die ernannten Bevollmächtigten der Arbeiter- oder Bauernorganisationen mit imperativem Mandat zu den Abstimmungen gehen und, sobald sie den Willen ihrer Auftraggeber nicht erfüllen, abberufen und durch andere, bessere Vollstrecker des Volkswillens ersetzt werden können.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wollen und sollen kein „Nebenparlament“ bilden. Sie sollen der wahre Ausdruck der Revolution und darüber hinaus der lebendige Organismus der sozialistischen Gesellschaft sein und bleiben. Jeder Landtag, jede Nationalversammlung kann nur reaktionär wirken, da die Beeinflussung der Wähler dank der bis jetzt völlig in den Anfängen steckengebliebenen Revolution noch ausschließlich der vom Kapital abhängigen Tagespresse, dem noch ganz in alten Gewaltvorstellungen befangenen Offiziers- und Beamtenkorps, der Kirche und der Gewerkschaftsbürokratie anheimgegeben ist.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist mit dem Kriege, an dem er die Hauptschuld trägt, zusammengebrochen. Ihn wieder herstellen, heißt die Revolution verraten!

Wählt nicht!

Die Forderung der Revolutionäre heißt:

Alle Macht den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten!

Dank!

Es war mir bis jetzt nicht möglich, allen Genossen und Freunden, die meiner zu meinem 50. Geburtstag gedacht haben, einzeln zu danken. Besonders warten noch zahlreiche Aufmerksamkeiten, die mir aus den Zuchthäusern der freien deutschen Republik zuteil geworden sind, der Beantwortung. Der Ausweg, eine gedruckte Massen-Danksagung zu versenden, geht mir ganz gegen den Geschmack. Jeder, der mich durch eine persönlich gehaltene Begrüßung erfreut hat, hat Anspruch auf eine persönlich gehaltene Erwiderung seiner Freundlichkeit. Ich bitte aber um Geduld. Die berufliche und die durch die gespannte politische Lage gesteigerte agitatorische Tätigkeit, dazu die Vorbereitung der Aufführung meines Dramas „Judas“ und die Inanspruchnahme meiner Zeit durch privat oder von Staats wegen Ratsuchende hat die unerledigte Korrespondenz zu immer höheren Bergen anschwellen lassen. Ich bitte alle Geburtstagsgratulanten, denen ich die Bestätigung noch schuldig bin, diese Zeilen als vorläufigen Ausdruck meines Dankes anzunehmen und versichert zu sein, daß ich mir die Anerkennung, die mir in überreichem Maße gespendet worden ist, durch fernere Arbeit am revolutionären Werk zu verdienen suchen werde.

Erich Mühsam.

Proletarier Jugend

Zeitschrift für revolutionäre Sozialisten

AUFRUHR — Kampftag der Internationale — Wir sind die Erben
Zimmerwalds — BERICHT von der 11. Reichskonferenz der SPJ.
Angelica BALABANOFF und LENIN — Freudige Botschaft aus
Italien — DACHEBUCHLAEDDER eines Leibzähers usw.

Zu beziehen unter Kreuzband zum Preise von RM 0,70 für 3 aufeinander-
folgende Nummern. (Postscheckkonto auf den Namen Else Wehnert, Hamburg
48852) durch die Einkaufszentrale der
Sozialistischen Proletarier-Jugend, Hamburg 80, Gärtnerstr. 28, Hs. 10



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker
Monatsschrift. Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten
„Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende
empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als
eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich
ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexual-
reform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Anarchistische Jugend Groß-Berlin

Gruppe Neukölln I. Jeden Montag, 20 Uhr öffentl. Gruppenabend im Jugendheim, Bergstr. 29 (Am U-Bahnhof).

Montag, den 7. Mai, spricht B. Cahn über „Kritische Geschichte des deutschen Parlamentarismus“.

Montag, den 14. Mai, Aussprache über organisatorische Angelegenheiten. Stellungnahme zum Wahlrummel.

Montag, den 21. Mai, spricht Erich Mühsam über „Räte-system“.

Gruppe Neukölln II: Auskunft erteilt Paul Priebe, Friedelstraße 12. Jeden Freitag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Sanderstraße 11.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Dienstag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Olbersstraße (Nähe Bahnhof Jungfernheide).

Gruppe Moabit I: Jeden Mittwoch, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Lehrter Str. 18-19.

Gruppe Moabit II: Auskunft erteilt Hans Bühler, Berlin NW 21, Emdener Straße 57.

Gruppe Adlershof: Auskunft erteilt W. Boretti, Adlershof, Gemeinschaftsstraße 30.

Syndikalistisch - Anarchistische Jugend Deutschlands. Ortsföderation Groß-Berlin

Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11.

Gruppe Prenzlauer Berg. Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11. Zusammenkunft nach Vereinbarung

Gruppe Kreuzberg. Anschrift: Erich Heinze, Berlin SO 34, Lausitzerstr. 21. Zusammenk. jed. Dienstag im Heim, Wrangelstr. 128.

Gruppe Oberschöneweide. Zusammenkunft jeden Montag im Jugendheim Laufenerstr. 2 für Musikinteressenten. Jeden Donnerstag 7-30 Uhr Gruppenabend im Jugendheim Laufenerstr. 2.

Zu Pfingsten (27.-28. Mai) findet in Lindau (Bodensee) ein Treffen zwischen dem Südgau der Freien Sozialistischen Jugend und dem Frei-Bund (Schweiz) statt. Gesinnungsfreunde willkommen. Anmeldungen an Lotte Herz, Freiburg i. Breisgau, Bismarckstraße 119, bei Weiß.
F. S. J., Südgau.

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Revolutionäre Morel – Der Lieferant der
Guillotine (von E. Malatesta) – Offener Brief an
die Gefangenen – Phosgen – Sieg! Sieg! –
Liste 8 – Paul Schlesinger – Organisatorisches

NR. 9

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

JUNI 1928

Anarchistische Vereinigung Berlin

**Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64**

Regelmäßige Erörterung der Tagesereignisse und der durch sie für das revolutionäre Proletariat unmittelbar erwachsenden Probleme und Aufgaben. — Gäste sind stets willkommen, besonders wäre ein engeres Zusammenarbeiten mit der antiautoritären Jugend erwünscht. Die außerordentlich aggressiven Maßnahmen des Ausbeutertums gegen das Proletariat und die gesteigerte Aktivität der faschistischen Reaktion erfordern vermehrte Wachsamkeit und engeren Zusammenschluß der Anarchisten und aller benachbarten revolutionären Gruppen

Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN
i. A.: Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker
Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 9

Juni 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Revolutionäre Moral

Als Karl Marx in seiner „Inauguraladresse“ 1864 der „arbeitenden Klasse Europas“ zum ersten Mal an Hand nüchternen Tatsachenmaterials die Perspektive der geschichtlichen Gegebenheiten und die aus ihnen resultierenden Aufgaben der werktätigen Massen aufzeigte, rief er zum Schluß der Arbeiterklasse die Pflicht ins Gedächtnis, sich gegen die diplomatischen Intrigen der internationalen Politik „zu gleichzeitiger und öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, die, wie sie die Beziehungen von Privatpersonen regeln, auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander sein sollen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen in dem allgemeinen Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse“. Hier ward also für die Politik sowohl im internationalen Verkehr der Regierungen als auch im Emanzipationskampfe des Proletariates die Forderung aufgestellt, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts“ innezuhalten, nach denen sich auch alle privaten Beziehungen regeln müssen. Man möchte glauben, daß diese Gesetze in der Tat so einfach seien, wie Marx hier voraussetzen scheint. Er hält jede Erklärung, welche Gesetze im einzelnen vom privaten Leben auf das öffentliche übertragen werden müßten, um „einfach“ Moral und Recht zu sichern, für überflüssig. Er spricht nicht von besonderer proletarischer Moral, von proletarischem Recht im Gegensatz zu bürgerlichen Auffassungen, sondern anerkennt eine allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Gesamthaltung, gemeinsame ethische

Pflicht des Anstands und zählt die Beaufsichtigung der Regierungspolitik im Verkehr mit andern Regierungen, ob sie der Wahrung des sittlichen Rechts entspreche, zu den Aufgaben der Arbeiterklasse im „allgemeinen Kampfe“ für ihre Befreiung.

Die in dieser Kundgebung zum Ausdruck kommende Ethik hätte die Hervorhebung im Grunde kaum nötig; denn sie ist so selbstverständlich, für jedes gesunde und unverdorbene Empfinden so weit abgelegen von problematischen Zweifeln, daß es genügen sollte, das Zitat, neben vielen ähnlichen Zitaten andrer Lehrer der Arbeiterklasse, gelegentlich zu erwähnen, um den im Parteienkampf eingerissenen übeln Sitten der gegenseitigen rüden Beschimpfung, Verleumdung und Verächtlichmachung, die sogar leider am ärgsten zwischen den benachbarten proletarischen und revolutionären Gruppen im Kampf gegeneinander im Gebrauch sind, entgegenzuwirken. Es muß jedoch ausgesprochen werden, daß grade Karl Marx selber, schlimmer als irgend ein in der Geschichte beträchtlicher andrer Mensch desselben oder des feindlichen Lagers, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts“ sein ganzes Leben hindurch dauernd auf das gröblichste und widerwärtigste verletzt hat und daß sich seine eigene Methode, „die Beziehungen von Privatpersonen zu regeln“, zum Vorbild einer öffentlichen Umgangsmoral verdammt schlecht eignen würde. Ja, eben im Zusammenhange mit der Inauguraladresse berichtete er in einem Brief an Friedrich Engels vom 4. November 1864 von der Aufnahme seines Entwurfs bei dem Komitee, das ihn mit der Ausarbeitung des Statuts der Internationalen Arbeiter-Assoziation beauftragt hatte, folgendes: „Meine Vorschläge wurden alle angenommen vom Subkomitee. Nur wurde ich verpflichtet, in die Einleitung der Statuten zwei ‚Pflicht‘- und ‚Recht‘-Phrasen, dito ‚Wahrheit, Moral und Gerechtigkeit‘ aufzunehmen, was aber so plaziert ist, daß es keinen Schaden tun kann.“ Marx hält also jeden Hinweis auf Pflicht, Recht, Wahrheit, Moral und Gerechtigkeit in einem an die internationale Arbeiterschaft gerichteten Manifest für bloße Phrase. Er ist so frei von derlei Begriffsbelastungen, daß er gegen seine Ueberzeugung, um seine Auftraggeber nicht vor den Kopf zu stoßen, sich zu einem Appell an das sittliche Empfinden überwindet und den „Schaden“, den er davon fürchtet, durch entsprechende „Plazierung“ abzuwenden sucht.

Beschäftigt man sich mit den vier Bänden, die den Briefwechsel zwischen Marx und Engels enthalten (Herausgeber A. Bebel und Ed. Bernstein, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., G. m .b. H.), so blickt man schauernd in einen Abgrund von

Intrige, Gehässigkeit und Zynismus und erkennt klar die tieferen Ursachen, warum die Arbeiterbewegung bei aller wissenschaftlichen Reife in die trostlose Parteiverödung geraten mußte, in der sie heute mehr denn je stagniert. Mit Engels söhnt einen ja immer wieder die fast beispiellose Hingabe seiner freundschaftlichen Empfindungen für Marx aus, eben die Betätigung moralischer Tugenden, die er selbst, verstrickt in einer Art geistigen Hörigkeit gegen Marx, im revolutionären Kampf der Arbeiterklasse mit dem gleichen Hohn wie jener als phrasenhafte Schwäche und verwaschene Sentimentalität beiseite tritt. Karl Marx aber, dessen gigantische geistige Leistung, dessen ungeheure Energie und überragende Bedeutung als Theoretiker und Forscher auf dem Gebiete der politischen Oekonomie gewiß nicht verkannt, dessen Verdienste als Förderer und Wegbahner der revolutionären Sendung des Weltproletariats auch durchaus nicht verkleinert oder geleugnet werden soll, bietet in seinem moralischen Charakter nicht die geringste Eigenschaft, die eine persönliche Verehrung über sein abstraktes Wirken hinaus rechtfertigen könnte. Der Nutzen, den er durch die höchst scharfsinnige Aufhellung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gestiftet hat, verblaßt neben dem Schaden an der Seele des revolutionären Proletariats, der ihm zur Last fällt. Grade als Persönlichkeit von ungewöhnlicher Stärke des Verstandes und des Willens, die sich ihrer suggestiven Macht auf die Umwelt voll bewußt war, ist ihm seine gierige autoritäre Eitelkeit als unsühnbares Verbrechen an der Idee des revolutionären Sozialismus anzurechnen. Sein scheußliches Beispiel hat die ganze ihm anhängende Führerschaft infiziert, sodaß aus Ränken und Perfidien ein ausgebildetes politisches System wurde. Die besten Kräfte, die der Sache der proletarischen Emanzipation ergeben waren, wurden Opfer des Systems, und wenn man die Schandbarkeiten verfolgt, unter denen nacheinander und teilweise gleichzeitig Männer wie Proudhon, Lassalle, v. Schweitzer, Bakunin, Willig, Schapper, alle zu leiden hatten, die in irgend einer Situation, in irgend einer Auffassung anderer Meinung als Marx zu sein wagten, wenn man ferner die Nachfolge Marxens am Werke der Verunglimpfung und Lästerung jedes über die Schullehre hinauslangenden Geistes beobachtet, von Engels angefangen über Wilhelm Liebknecht und Bebel weg zu den Autoritären und Autoritäten der russischen Revolution marxistischer Observanz, Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Stalin, dann wundert man sich nicht mehr über die kleineren Geister in den marxistischen Parteien und

Gruppen, deren „Kampf“ kaum mehr in etwas anderm besteht als in schmähhlichem Dreckschmeißen auf die nächste Nachbarschaft. Jeder sucht mit der Laterne in des andern Portefeuille nach Schmutz, und ist dort nichts zu finden, so leuchtet er ihm noch hinter die Hosentür. Die Erinnerung daran aber, daß ein Kampf um geistige Dinge nicht mit unsauberen Mitteln geführt werden kann, begegnet bei allen Unrat-Schüfflern überlegenem Gelächter. Pflicht, Moral und Wahrheit sind nach Marx bloße Phrasen, gut genug, um sie von dem zu verlangen, der abweichender Meinung ist. Das eigene Verhalten bestimmt sich nur nach Zweckmäßigkeitserwägungen; Entrüstung über die Gemeinheit andrer erwächst allenfalls aus der Berechnung des erlittenen Schadens an materiellem Wert oder an Prestige und wird sonst nur vorgetäuscht, um der politischen Spekulation wegen dem kleinbürgerlichen Bedürfnis des Anhangs nach „Pflicht“- und „Recht“-Phrasen, dito „Wahrheit, Moral und Gerechtigkeit“ Genüge zu tun.

Zum ersten Male legt uns eben ein Marxist ein Werk über Marx vor, das die seelische Erbärmlichkeit, von der seine geistige Leuchtkraft verdunkelt und vielfach entwertet wird, weder verschweigt, noch verfälscht oder beschönigt. Die Biographie von Otto Rühle „Karl Marx. Leben und Werk“ (Avalun-Verlag, Hellerau bei Dresden 1928) bildet eine sehr wertvolle Ergänzung zu Franz Mehrings „Karl Marx. Geschichte seines Lebens“ (Leipziger Buchdruckerei A.-G. 1918). Denn während Mehring durchaus die Geschichte der Zeit und ihre Beeinflussung durch die Wirksamkeit der Arbeit und der Lehren von Karl Marx in den Mittelpunkt seiner Darstellung hebt und die persönlichen Eigenschaften des Mannes nur nebenbei und, wo eine Rechtfertigung ganz unmöglich wird, mit bedauernder Milde gegen den bewunderten Lehrer aufzeigt, geht Rühle im Gegenteil überall von der Persönlichkeit aus, deren Charakterdefekte bei aller Bejahung des gedanklichen Werkes scharf gekennzeichnet werden. Die Erklärungen aus der individuellen Beschaffenheit von Herkunft, Jugendmilieu und körperlicher Konstitution, mit denen der Individualpsychologe Rühle die Wesensart Marxens dem Verständnis näher zu bringen sucht, mögen falsch oder richtig sein; es mag stimmen oder nicht, daß die Ueberheblichkeit, Rigorosität, Ränkesucht, Ungerechtigkeit, die Abwesenheit jedes ethischen Regulativs in der Polemik auf ein konstantes Unsicherheits- und Minderwertigkeitsgefühl zurückzuführen waren: Deutungen sind noch keine Entschuldigungen, und es hat auch außer Marx produktive Menschen ge-

geben, die jüdischer Abstammung, stoffwechselleidend und ewig in Geldnot waren, ohne deshalb vor jedem Anspruch an die Moralität des Charakters kläglich zu versagen. Rühles Analyse, so interessant sie ist, so einleuchtend und richtig viele ihrer Aufstellungen und Rückschlüsse sind, krankt an dem Fehler aller Systematik, der Einseitigkeit. Die individualpsychologische Betrachtungsweise kann als Hilfsmittel zum Urteilen ihren hohen Wert haben; als universaler Gradmesser für Tiefe, Wärme und Dichtigkeit in die menschliche Seele gesenkt, muß sie eher verwirren als klären, eher verdunkeln als erhellen.

Es scheint geboten, Marx' persönliches Gebaren nicht allein vom Komplex seiner subjektiven Bedingtheiten aus, den physischen und materiellen Leiden und der neurotischen Natur, zu betrachten, sondern auch von gewissen theoretischen Aufstellungen seiner eigenen Geistesarbeit her. Es ist nämlich zu bestreiten, was Rühle in seiner sonst vortrefflichen Beschreibung der materialistischen Geschichtsauffassung behauptet, diese Auffassung habe „nie ... die Macht von Ideen ignoriert, die Bedeutung des Seelischen im Ablaufe der Geschichte unterschätzt.“ Eben dies hat die materialistische Betrachtung immer getan. Sie hat nie die Wechselwirkung von geistigen, seelischen und materiellen Einflüssen im Leben erkannt und wahr haben wollen, sondern stets der Ideologie gehuldigt — und um eine reine Ideologie handelt es sich hier trotz aller materialistischen Begriffe —, daß, wie Rühle selbst Marx' Auffassung richtig definiert „die Entwicklung der Oekonomie den Wandel der Gesellschaftsverfassungen, Staatsformen, Sozialgebilde, Ideologien und Ideale veranlaßt, bedingt und nach sich zieht.“ Es ist aber gleichzeitig so, daß auch Erkenntnisse, Ideen und sittliche Einsichten, die aus ganz andern als ökonomischen Vorgängen herrühren können, die materielle Situation der Menschen, ihr gesellschaftliches Verhalten und selbst „das Wechselspiel der gegenseitigen Bedingtheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entscheidend zu bestimmen vermögen“. So gesehen wird grade das Charakterbild von Karl Marx zum Beispiel eines Reflexes der ideologischen Welt auf die Realität der Menschen und Dinge.

Von ethischen Normen als Triebkräften im revolutionären Kampfe hielt Marx, wie gezeigt, so wenig, daß er schon den Hinweis auf Pflicht, Ehre, Wahrhaftigkeit und Recht in einem grundsätzlichen Manifest an die Arbeiter als schädlich ansah und das Engels gegenüber offen aussprach. Seine Handlungen und persönlichen Manifestationen entsprechen diesem sittlichen

Niveau vollständig, dürfen daher sehr wohl als Anwendung einer bewußt negativen Moral auf die Lebensführung eines beinahe einzigartig schroff und kalt denkenden Individuums angesehen werden. Unter dem Eindruck der Nachricht vom Tode Lassalles, eines Mannes, der ihn glühend verehrte, ihm trotz hundert Verletzungen treu blieb, ihm fortwährend aus Geldkalamitäten heraushalf, schreibt er an Engels (7. September 1864): „... daß es schwierig ist zu glauben, daß ein so geräuschvoller, beunruhigender, drangvoller Mensch nun maustot ist und ein für alle Mal das Maul halten muß“. Den „Todesvorwand“ Lassalles nennt er „eine der vielen Taktlosigkeiten, die er in seinem Leben begangen hat.“ Die Perfidien gegen Schweitzer, die Lumpereien gegen Bakunin zeigen erst recht den „verhängnisvollen Zug seines Wesens, alle Fragen der Politik, der Arbeiterbewegung, der Revolution unter dem Gesichtswinkel seiner persönlichen Geltung zu sehen, in abschreckendster Kraßheit“ wie sich Rühle im Zusammenhang mit den niedrigen Anwürfen ausdrückt, in denen „Marx, ausgerechnet der in tausend dunkle Geldaffären verwickelte Marx, der sein ganzes Leben lang vom Geld anderer gelebt hat“, die Beschuldigung des Betrugs und der Korruption gegen Bakunin richtete, „einen der genialsten, heroischsten und faszinierendsten Revolutionäre, die die Geschichte kennt.“

Aber es ist eben fraglich, ob Rühles Annahme, Marx habe alle Fragen der Politik und Revolution nur „unter dem Gesichtswinkel seiner persönlichen Geltung“ gesehen, zur Erklärung seiner schmachvollen Seelenroheit ausreicht. Die suggestive Wirkung der Geistigkeit dieser, bei allem riesenhaften, Persönlichkeit kann sich doch nur auf seine Weltanschauung erstreckt haben. Wollte man die Charaktermängel tatsächlich einfach von seiner Unterwertigkeitsangst herleiten, die ihrerseits hauptsächlich von Judentum und Furunkulose genährt gewesen sei, dann bliebe doch das Rätsel ungelöst, woher denn bei der gesamten Nachfolge von Karl Marx grade die angeblich aus der physischen Konstitution stammende Immoralität im Ideenkampfe die stärkste Suggestionskraft und Vererblichkeit zeitigen konnte. Engels litt nicht an den Verdauungsleiden des Freundes, hat auch in jüngeren Jahren und sein ganzes Leben hindurch in der herrlichen menschlichen Treue gegen Marx hohe ethische Tugenden an den Tag gelegt und beteiligte sich dennoch an den schmierigen und unwürdigen Intrigen zur Vernichtung politischer Gegner. Selbst Frau Jenny Marx, eine im Grunde durchaus edle und mütterliche Natur, hat entsetzlich häßliche Briefe gegen Menschen ge-

schrieben, die gesinnungsmäßig wo anders standen. Und dann folgten die Marxisten aller Richtungen und aller Länder und wendeten so niedrige Mittel in der politischen Kontroverse, zumal gegen Revolutionäre an, die die Begriffe der Treue, Ehrlichkeit und Wahrheit nicht für Phrasen hielten, die man durch geschickte Plazierung daran hindern müsse, Schaden zu tun, daß sie dadurch alles kameradschaftliche Zusammenwirken gegen Kapitalismus, Reaktion und Staat vergiften und bis auf den heutigen Tag sabotiert haben. Diese Erscheinung ist mit den Darmdepressionen von Karl Marx nicht erklärt; sie ist nur zu erklären mit der Marxschen Lehrmeinung selbst, daß die Moral in der Politik keine Stätte habe, daß aller soziale Kampf aus ökonomischem Interesse gespeist sei und daß nur materielle Ziele Gegenstand geschichtlicher Kämpfe sein dürften.

Der wirkliche Grund der schrecklichen Erfolglosigkeit des Proletariats in seinem Ringen um Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Unterdrückung ist die Verunreinigung seiner Kampfmittel durch die jede Idealität der Gesinnung verachtende Dogmatik des Marxismus. An die Stelle des lebendigen geistigen Vorwärtstrebens, der kameradschaftlichen Diskussion über Revolution, Sozialismus, persönliches und kollektives Verhalten, des Versuchs, Lehren und Prinzipien in dauernder kritischer Forschung und Erprobung kräftig und aktionsfähig zu erhalten, ist die Erstarrung in Dogma und Kirchlichkeit getreten und statt der Wandlung von Ideen im Tempo des fortgeschrittenen Denkens und Urteilens ist eine Anpassungstaktik an grade die staatlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten erfolgt, deren Ausrottung Zweck und Pflicht der proletarischen Revolution sein muß. Die Parteien und Organisationen verkapseln sich schlimmer und schlimmer in den trübsten Kastenegoismus, betrachten sich als Selbstzweck und richten ihr Gebaren nirgends nach den „einfachen Gesetzen der Moral und des Rechts“, sondern nach dem scheußlichen Grundsatz der englischen Tories: Recht oder Unrecht — meine Partei! Aus der Marxschen Methode, den unbequemen Kritiker, zumal wenn seine Kritik ehrlich und klug ist, mit persönlichen Schmähungen, Verleumdungen, Kränkungen und Schädigungen mundtot zu machen, ist eine Seuche geworden, die leider schon über die marxistischen Keise hinaus sogar antiautoritäre Elemente ergriffen hat. Der proletarisch-revolutionären Bewegung tut aber nichts mehr not als die Umkehr zur Moral; Anstand im Verhalten, Mut zum Bekennen, Toleranz gegen die andre Meinung, Wahrhaftigkeit in der Werbung für die Idee, Selbstverantwortlichkeit und

kritische Gewissenhaftigkeit sind die Voraussetzungen zu solcher Umkehr. Proletarier, am allermeisten Jungproletarier, die sich von irgend einer Obrigkeit die Moral der Wahrhaftigkeit verbieten lassen, sind für die Revolution verloren. Zur Moral der Wahrhaftigkeit aber gehört die Aufrichtigkeit der Kritik. Außerhalb der Kritik steht niemand und nichts. Es ist an der Zeit, vor allen Dingen den Marx zu kritisieren, der den Geist der proletarischen Moral verlachte; den Marx, der die Unmoral anwandte, um seine Autorität über den Willen des Weltproletariats zu setzen; den Marx, der in die Führerschaft der marxistischen Parteien kroch und sie zum August 1914 und nach Weimar führte; den Marx, der sich im revolutionären Rußland breitmachte und dort alle seine Sünden gegen Bakunin nicht mehr nur gegen alle Bakunins, sondern schon gegen die Trotzki und Sorins wiederholt; den Marx, der guten deutschen revolutionären Arbeitern den Schlagring in die Hand gab als Argument gegen die Klagen besorgter Kommunisten, die die Umschmeichelung eines asiatischen Despoten von Beauftragten revolutionärer Arbeiter nicht gut finden; den Marx, der seinen führenden Nachfahren die Macht über unkritische Menschen vermacht hat, Personen, die gestern als vorbildliche Genossen gefeiert waren, heute als Lumpen, Verräter und Renegaten zu denunzieren und morgen wieder, wenn sie sich würdelos dem Befehl der brotgebenden Autorität unterworfen haben, als treue Genossen mit Führervollmachten ausgestattet, loszulassen, um Charaktere zu verderben.

Der Geist der Morillosigkeit im revolutionären Lager muß ausgerottet werden. Morillosigkeit ist Kritiklosigkeit. Kritiklosigkeit ist Unfreiheit. Unfreiheit ist Tod.

Der Lieferant der Guillotine

„Fouquier Tinville — — der öffentliche Ankläger der Revolution“ war der Gegenstand eines Vortrags, den der Advokat Mario Trozzi vor einigen Jahren unter großem Beifall in Rom hielt und der nunmehr auch in schriftlicher Form vorliegt.

In jener Versammlung versuchte der berühmte römische Rechtsgelehrte mit Beredsamkeit und Geschick die Ehrenrettung des Mannes, der als öffentlicher Ankläger des Revolutionstribunals während der Schreckenszeit von 1793-94 einen so traurigen Ruhm erlangt hat. Sieht man in dem Versuch Trozzis nicht mehr als eine seiner gewöhnlichen Verteidigungsreden vor Gericht, die er auch dem abgefeimtesten Verbrecher nicht versagte, so muß man zugeben, daß er seinen Zweck glänzend erreicht hat. Fouquier-Tinville war ein eifriger Vollstrecker des Gesetzes, so mußte er also einem rein „juridisch“ empfindenden Hirn vollständig unschuldig, ja selbst lobenswert scheinen. Doch vom rein

ethischen Standpunkt betrachtet, dem die menschlichen Qualitäten höher stehen als die juristischen, war die Verteidigung Trozzis die furchtbarste Anklage gegen den grimmigen Lieferanten der Guillotine.

Folgen wir den Aufführungen Trozzis:

Fouquier, der einer wohlhabenden kleinen Adelsfamilie entstammte, begann seine Laufbahn als Advokat in der Provinz. Die Erbschaft aus dem Elternhaus, die Mitgift, die ihm seine beiden Frauen der Reihe nach ins Haus brachten und die Gewinne, die ihm sein Beruf einbrachten, gestatteten ihm, ein für jene Zeit großes Vermögen anzuhäufen. Er lebte ruhig und allgemein geachtet in einem Kreise von Adligen, Priestern und Bürgern. Später gab er aus unbekannten Gründen seine Advokatur auf, verbrauchte sein Vermögen in kurzer Zeit und war völlig dem Elend preisgegeben. Vater von acht Kindern, vollständig mittellos und stets von der Not verfolgt, trat er sieben Jahre lang das Pariser Straßenpflaster ab und nährte in seinem Innern die Unzufriedenheit und jenen Wunsch nach gesellschaftlichen Aenderungen, aus dem die Revolution sich entwickelte. So wurde er einer der eifrigsten „Patrioten“ und nahm Anteil an dem siegreichen Aufstand des Pariser Volkes bei der Erstürmung der Bastille.

Als die Monarchie noch bestand, forderte er seine Ernennung zum Kanzler des neugegründeten Kassationstribunals, aber ohne Erfolg. Die Monarchie fiel, und er hatte endlich die Genugtuung, zum Vorsitzenden der Geschworenen beim außerordentlichen Kriminalgericht ernannt zu werden. Das Gericht bestand nur hundert Tage, und man sagt, daß Fouquier sich durch Unparteilichkeit und Mäßigkeit auszeichnete. Nichtsdestoweniger fällt das Gericht trotz seiner kurzen Dauer Todesurteile über fünf Royalisten und zwölf Diebe. Mir scheint, daß dieser Anfang nicht schlecht war, um sich die Hände frei zu machen für die Massenhinrichtungen, die später folgten. Nach der Abschaffung des außerordentlichen Gerichts blieb Fouquier wiederum ohne Beschäftigung; aber vier Monate später, in der Sitzung vom 10. März 1793, setzte der Konvent das Revolutionstribunal ein und machte Fouquier zum öffentlichen Ankläger. Er ist nun 47 Jahre alt und „tritt hiermit in die Geschichte ein“. Während der nächsten sechzehn Monate schickte er mehr als dreitausend Menschen aufs Schaffott, Schuldige oder Unschuldige, royalistische oder revolutionäre Verschwörer, die von den augenblicklichen Herren nicht gern gesehen wurden, Aristokraten und Leute aus dem Volke, Anhänger des alten Regimes, die oft völlig unschuldig waren oder mitleidige Seelen, die versuchten, jemand vor dem Gefängnis oder vor dem Tode zu retten und dafür selber guillotiniert wurden.

„Fouquier“, sagt Trozzi, „leistete ebenso wie die Richter und die Geschworenen den Eid, die Gesetze zu beachten und auf seinem Posten zu sterben. Und wie schlecht man immer über sein Werk denken mag, kann man ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er seinem Schwure treu geblieben ist und den Gesetzen der Revolution mit der ganzen Strenge seiner Amtes Geltung verschaffte. Man kann jene Gesetze verurteilen und über die Gesetzgeber jener Periode den Stab brechen, aber man kann unmöglich mit derselben Strenge die Handlungen des Mannes verurteilen, der kraft seines Amtes und kraft des Eides, den er geleistet hatte, die Gesetze anwenden und zur Ausführung bringen mußte.“ Und in der Tat, Fouquier wurde ein solcher Vollstrecker der Gesetze, daß seine Handlungen und sein Eifer geradezu vorbildlich erscheinen. Er kannte keine Ueberzeugung, keine persön-

lichen Sympathien, nichts konnte ihn beeinflussen; auch die leiseste Anwendung eines inneren Widerstrebens gegen die Ausführung der Gesetze, wie ungerecht und tyrannisch sie immer sein mochten, blieb ihm fremd. Er war der Vollstrecker der Gesetze, gehorchte dem Willen jener, die nach einander zur Macht gelangten und schickte seine Opfer mit wilder Begeisterung und sadistischem Behagen zur Guillotine, ohne zu fragen, wen seine Geißel zur Strecke brachte, als die Revolutionäre sich gegenseitig zerfleischten. Von der primitiven Prozedur des Revolutionstribunals, die immerhin noch eine gewisse Garantie für ein gerechtes Urteil bot, ging man über zu dem Dekret, welches den Schluß der Verhandlung am Ende des dritten Tages vorsah und die Stimmen der Angeklagten und ihrer Verteidiger einfach erstickte. Später kam das „Gesetz der Verdächtigen“, nach dem man jeden zum Tode verurteilen konnte, der nicht in der Lage war, nachzuweisen, daß er dem bestehenden Regime ergeben war, — bis man endlich bei dem Gesetz vom 22. Prairial anlangte, daß jede Zeugenaussage und Verteidigung unterdrückte und anordnete, daß der Angeklagte nach dem Verhör ins Gefängnis zurückgebracht werde, wo ihm sein Urteil, das fast immer ein Todesurteil war, verkündet wurde. Und Fouquier-Tinville blieb öffentlicher Ankläger. Er hatte nicht diesem oder jenem Gesetz, sondern dem Gesetz als solchem Treue geschworen und schickte seine Opfer auf das Blutgerüst kraft der neuen Gesetze, auch, wenn sein Gewissen sich dagegen sträubte.

Man nannte ihn das „Bollwerk“ der Revolution; in Wirklichkeit war er nur der Sklave, der Henker derjenigen, die momentan aus den politischen Kämpfen als Sieger hervorgingen. Die Bergpartei triumphierte und Fouquier ließ die Girondisten guillotinierten. Robespierre führte das Ruder, und Fouquier sandte Danton, Roland, die Hebertisten, Madame Anacharsis Cloots und hundert andere aufs Schafott, darunter die ehrlichsten und überzeugtesten Revolutionäre. Robespierre fiel und Fouquier ließ ihn enthaupten zusammen mit Couthon, Saint Just und hundert anderen, darunter Dumas, den Expräsidenten des Revolutionstribunals, der fast stets betrunken war und die Debatten mit zwei Pistolen leitete, die immer vor ihm lagen. Und unter dem Vorsitz dieses Menschen übte Fouquier monatelang sein Amt aus. Am 16. April 1794 erweiterte der Konvent die Macht des Revolutionstribunals. Alle Bürger, die der Verschwörung verdächtig waren, wurden nach Paris überführt, einerlei in welchem Teile Frankreichs man sie ergriffen hatte. Fouquier-Tinville, der sein Amt als öffentlicher Ankläger beibehielt, wurde der mächtigste und furchtbarste Richter von ganz Frankreich, denn es war ihm die Macht gegeben, 30 Millionen Bürger auf die Anklagebank zu schleppen.

„Zieht man diese Allmacht Fouquier-Tinvilles in Betracht“, sagt Trozzi, „so darf man sich nicht wundern, daß eine so große Zahl Bürger während der Ausübung seines Amtes verurteilt wurden. Aber es wären noch ungleich mehr gewesen, wenn Fouquier wirklich den Blutdurst besessen hätte, den man ihm vorgeworfen hat“. — Das heißt also, daß Fouquier noch schlimmer hätte sein können. Das könnte man schließlich von dem schlimmsten Mörder sagen, nur eine Entschuldigung ist es nicht. Als dann Fouquier selber gerichtet wurde, konnte er sich wirkungsvoll verteidigen, denn es wurde ihm nicht schwer, zu beweisen, daß er nur der Vollstrecker jener infamen Gesetze war, welche der Konvent selbst geschaffen hatte, der ihn nunmehr anklagte, sie zur Anwendung gebracht zu haben. Juristisch war er sicherlich im Recht: Er konnte seine Richter der Mitschuld anklagen.

Trozzi hat in der Tat zur Rechtfertigung oder Entschuldigung von Fouquiers Handeln nichts anders anzuführen, als daß er der strikte Vollstrecker und nicht der Schöpfer jener grausamen und ungerechten Gesetze gewesen sei. Aber gerade diese Tatsache belastet diesen Menschen in meinen Augen mit dem größten moralischen Abscheu den man überhaupt finden kann. Man kann die Exzesse der Masse, die an ihren Unterdrückern Rache nimmt für all das Furchtbare, das sie erdulden mußte, verstehen, entschuldigen und vielleicht sogar rechtfertigen. Man kann die Halluzinationen und Wutausbrüche eines Marat verstehen, ebenso wie man Charlotte Corday verstehen kann, die ihn tötete. Man kann die Furcht des Konvents verstehen, der die Revolution durch grausame Gesetze retten wollte; man kann sogar eine so traurige Figur wie Robespierre verstehen, der durch Fanatismus, Neid und Ehrgeiz dazu gebracht wurde, seine eigenen Genossen abzuschlachten. Gut oder schlecht, das aller geschah aus Ueberzeugung, aus dem Impuls einer persönlichen Leidenschaft. Aber was soll man von einem Manne sagen, der auf die Rechnung anderer mordet und stets bereit ist, heute seine Auftraggeber von gestern zu töten? Das ist die Mentalität eines Polizisten, der bei der Verhaftung eines unsrer Kameraden erklärt: „Ich verhafte Sie, weil man mir den Befehl dazu gegeben hat; aber ich versichere Ihnen, daß sollten Sie jemals zur Macht gelangen, ich auf Ihren Befehl sogar den König arretrieren werde.“ Nur mit dem einen Unterschied, daß jener Polizist die Menschen bloß arretriert, während Fouquier-Tinville sie zur Guillotine sandte.

In Wirklichkeit war das System des Schreckens schuldig, waren die schuldig, die es proklamierten und die, welche es zur Ausführung brachten. Aber wenn man sagen kann, daß die Leute die Jäger waren in der grausigen Menschenjagd, so ist Fouquier ihr Hund gewesen.

Aber bin ich im Recht? Die Objektivität, sogar in unserem Urteil über die Geschichte, ist ein schönes Ideal, das sich leider nie vollkommen verwirklichen läßt. Und vielleicht bin ich ebenso wie Trozzi beeinflusst in meinem Urteil über Fouquier-Tinville durch die verschiedene Auffassung, die ich über das System des Schreckens selbst habe. Für Trozzi rettete der Terror Frankreich vor der fremden Invasion und vor dem Bürgerkriege; er rettete die ganze Menschheit, indem er seine neue Zivilisation ins Leben rief, welche der finsternen Tyrannei ein Ende machte. Für mich aber brachte der Terror die Revolution zum Stillstand, verhinderte ihre Entwicklung und zerstörte einen guten Teil ihrer wohltätigen Ergebnisse. Er schuf die ersten Fundamente und entwickelte in Massen die geistige Vorbereitung, die sie reif machte für die Säbelherrschaft Napoleon I. Errico Malatesta.

Offener Brief an die Gefangenen

Meine lieben Genossen und Freunde in Deutschlands Zuchthäusern! Vor mir liegen immer noch Stöße von Briefen, in denen viele von Euch mir aus dem unwichtigen Anlaß meines fünfzigsten Geburtstages Wünsche und liebe, ergreifende Worte der Anerkennung sagen. Keiner dieser Briefe ist bis jetzt beantwortet, einfach aus dem Grunde nicht, weil ich Muße und Sammlung abwarten wollte, alle Eure Zurufe, Gefühlsausdrücke, dichterischen und zeichnerischen Herzlichkeiten, die mich bis zu Tränen erschüttert haben, frei von der Hatz des Alltags nach einander noch einmal vorzunehmen und mit der Ausführlichkeit und dem Eingehen auf

jede einzelne Äußerung, die Euer Vertrauen verdient und beanspruchen darf, zu erwidern. Ich bitte Euch heute um eins: haltet mich, wenn Euch mein Schweigen enttäuscht hat, nicht für undankbar und glaubt nicht, mein Interesse an Euch sei zu gering, um sich zu der Energieleistung einer Beantwortung von ein paar Dutzend Briefen ermannen zu können. Nur möchte ich wirklich nicht bloß einer formalen Pflicht genügen und flüchtig und troh, eine Schulaufgabe besorgt zu haben, ein paar konventionelle Zeilen aufs Papier hinhauen. Ich bin nicht reich, Genossen, und muß mir das tägliche Brot recht sauer erarbeiten. Ich bin auch nirgends angestellt, lebe nicht von einem Gehalt und schreibe auch für bürgerliche Auftraggeber nichts, was ich nicht jederzeit vor Euch und vor allen Proletariern ohne Erröten vertreten und rechtfertigen kann. So ist der Kampf um die eigene Existenz schon nicht leicht, und ich rechne zur Bestreitung der eigenen Existenz doch auch die Erfüllung der Solidaritätspflichten, die mir grade durch Euer Schicksal auferlegt sind. Als ich vor bald $3\frac{1}{2}$ Jahren selber aus dem bayerischen Käfig herausgelassen wurde, habe ich in Dutzenden von Versammlungen, die mir damals die Rote Hilfe arrangierte, gelobt, das Erlebnis der beinahe 6 Jahre Einkerkierung, Entrechtung und Erutalisierung nicht als Diebstahl an meinem Leben zu betrachten, sondern als staatlichen Anschauungsunterricht, dessen Lehren ich verwerten wolle im unverdrossenen Kampf zu Gunsten derer, die weiterhin der gleichen Tortur unterworfen seien. Das habe ich nicht als Versamlungsredensart gemeint, und Eure Schreiben haben mir bestätigt, daß wenigstens Ihr in den Zuchthäusern spürt, daß ich mir Mühe gebe, mein Versprechen zu halten.

Genossen! Ich selber bin mit meiner Arbeit für Euch keineswegs zufrieden. Ich weiß, daß ich viele Erwartungen und Hoffnungen enttäusche. Nur möchte ich bei Euch nicht gern in den Verdacht geraten, als ob mein Eifer zu gering sei, um größere Erfolge zu erzielen. So ist es nicht. Ich darf ohne Ueberhebung sagen, daß ein außerordentlich großer Prozentsatz meiner Arbeitszeit dauernd der Tätigkeit für Eure Sache gilt. Aber ich erhalte den Verdienstentgang in dieser Zeit von keiner Seite ersetzt; ich muß die Kosten für Fahrten, Porto, Zeitverlust und jede Art Spesen aus den eigenen geringen Einkünften decken. Hinter mir steht, da ich mich nicht dazu verstehe, von meiner revolutionären Auffassung des proletarischen Klassenkampfes die geringsten Abstriche zu machen, keine Organisation, die in der Lage wäre, mir die Arbeit für Euch zu erleichtern. In mehreren Zuchthäusern werde ich zum Besuch erwartet; ich habe die Besuche auch zugesagt und muß sie immer wieder hinsausschieben, weil die Frage, wie die Kosten aufzubringen sind, bis jetzt nicht gelöst werden konnte, da doch inzwischen auch mein Hausstand aufrecht gehalten werden soll.

Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, das meine Bewegungsfreiheit in der Bemühung für Euch stark behindert. Ich hatte, was man so nennt, Festungshaft. Zwar hoben die christlichen Rechtswahrer der bayrischen Eigenart für proletarische Festungsgefangene fast alle Vergünstigungen auf, die die Festungsstrafe nach dem Gesetz von Gefängnis- und Zuchthausstrafe unterscheidet und führten im Gegenteil den neuen Rechtsgrundsatz ein: Die Festungsstrafe ist sukzessive zu verschärfen!, was fünf Jahre konsequent durchgeführt wurde und wodurch der Willkür gewissenloser Reaktionäre (der schwachsinnige Feme-mörder - Befreier Kraus, der Staatsanwalt des „Geiselmord“ - Prozesses Hoffmann waren unsre Kerkermeister!) alle Schranken weggeräumt wur-

den. Hagemeister starb an dem, was die Bayern Festung nannten; ich wurde schwer krank. Unser Aufenthaltsraum entsprach in keiner Weise den Anforderungen, die selbst das Staatsgesetz an Festungsanstalten stellt. Die Verpflegung war kümmerlich, verglichen mit der der zu gleicher Zeit in bayrischer Festungshaft gehaltenen Konterrevolutionäre, des Mörders Graf Arco und des Herren Hitler nebst Gefolge, die offene Proklamierung von zweierlei Recht im Strafvollzug. Der bayrische Staat hat demnach die Verpflichtungen, die er mit unsrer Einsperrung in seine sogenannte „Ehrenhaft“ übernahm, nicht gehalten. Von mir aber verlangt er den Ersatz der Kosten für die Freundlichkeit, daß er mich solange in Staatspension gepflegt, mich durch schöne Gitter vor dem Herausfallen aus dem Fenster geschützt, mich vor den Versuchungen des Lebensdranges durch Entziehung des dem Festungsgefangenen gesetzlich zustehenden Rechtes auf Urlaub und auf unbeaufsichtigte Besuche bewahrt und meine Gesundheit Aerzten anvertraut hat, die in meinem Leiden so wenig beunruhigende Symptome fanden wie vorher in dem Hagemeisters. Dieser Staat fand seinen Festungsstrafvollzug so schön, daß er ihn auch nach der Entlassung seiner Schützlinge fortsetzt. Man hat mir wichtigstes Arbeitsmaterial, jahrelang sorgfältig geführte Tagebücher fortgenommen, dazu Briefe, Broschüren und Drucksachen in großen Haufen und bis heute nichts wiedergegeben. Aber Geld will man von mir haben. Die „Amnestie“ von 1925 griff zwar auch nach Bayern über, so köstlich sah sie aus. Da hieß es, daß von politischen Gefängnis- und Festungsstrafen 2 Jahre abgezogen werden sollten. Wer dadurch den Rest seiner Haft- oder Bewährungsfrist los wurde, dem wurden auch sämtliche Kosten gestrichen. Wer aber nur noch einen Tag nach der Gnadenausschüttung absitzen oder sich zu bewähren hatte, der blieb zugleich Schuldner sämtlicher Kosten von Anfang bis zu Ende. Als die bayrischen Staatschriften mich freiließen, da sie sonst ihren Hitler nicht gut laufen lassen konnten, setzten sie zugleich voll überquellender Gnade meine Strafzeit für das fluchwürdige Verbrechen, daß ich in einer Zeit, als es gar keine rechtsgültige Verfassung im Reich und in Bayern gab, eben diese Verfassung gewaltsam außer Kraft gesetzt haben sollte, von 15 Jahren, die mir das Standgericht aufgebremmt hatte, auf 8 Jahre herunter. Von der abgesessenen Zeit wurden $5\frac{1}{2}$ Jahre als verbüßt angesehen und für den Rest kriegte ich Bewährungsfrist. Sonach hätte ich bei der Zurückkommandierung ins Kittchen noch $2\frac{1}{2}$ Jahre nachzuexerzieren gehabt. Die Hindenburg - „Amnestie“ brachte die Damoklesfrist auf 6 Monate zurück, und die drohen mir heute noch, wenn ich mich nicht so brav verhalte, wie es die in Sittsamkeit wandelnden Rechtshüter in Bayern wünschen. Wegen dieser 6 Monate habe ich noch einen Haftkostenrest zu zahlen, der vom Beginn der Markstabilisierung an bis zu meiner Entlastung gerechnet wird und, nachdem ich ein paar Teilzahlungen schon geleistet habe, jetzt von über 900 Mark durch besonderes Entgegenkommen auf 500 M ermäßigt ist, die ich in vierteljährlichen Raten von 50 M abzahlen soll. „Die erste Rate ist sofort fällig“, heißt es in der amtlichen Mitteilung, die mir vor einigen Tagen zuing. Damit entstehen für mich neue große Schwierigkeiten, die, liebe gefangene Genossen, zum Teil auch euch angehen. Ich bin der einzige von allen im Zusammenhang mit der bayrischen Räterevolution verurteilten Genossen, der noch Haftschulden hat; an der Verwertung meines Arbeitsmaterials bin ich durch die bayerische Regierung gehindert; die Leistung des Gläubigers, für

die ich zahlen muß, hat mich meine Gesundheit gekostet, — tut nichts die Liebe der bayerischen Christen zu den Revolutionären höret nimmer auf.

Ihr seht also, Genossen, daß ich selber an einer wirklichen und umfassenden Amnestie ebenfalls noch stark interessiert bin. Ohne sie kann es mir passieren, daß mir die Bayern eines Tages noch die paar Klamotten aus der Wohnung schleppen lassen, die mir die Weißgardisten bei der Plünderung in München gelassen haben. Die von den bayerischen Sozialdemokraten damals ins Land geholten Landsknechte haben unter der Firma „Regierungstruppen“ derartig bei mir gehaust — nachdem ich schon drei Wochen eingekastet war, — daß außer dem, was wir am Leibe hatten, meiner Frau und mir nicht ein Kleidungs- und Wäschestück, kein Wertgegenstand, kein Bettlaken, kein Eßbesteck, kein Stiefel, Hut, Koffer und sonst nützliches oder verkümmelbares, leicht transportables Gebrauchsgut übrig blieb. Das Geschirr war vandalisch zertöppert, meine Papiere und Bücher größtenteils zerfetzt, verludert, durcheinandergeschmissen oder gestohlen, — aber der bayerische Staat, der jetzt noch so tüchtig hinter dem Geld für seine Niederschönfelder Wohltaten her ist, fand damals genügend Rechtstitel, um uns jeden Pfennig Ersatz für die von seinen Beauftragten begangenen Räubereien vorzuenthalten. Es ist den maßgebenden Instanzen angegeben worden, daß die Schlüssel zu meiner versiegelten Wohnung in den Händen des Oberleutnants von Mackensen waren, der Befehlshaber einer Abteilung der Alexander-Grenadier-Regimentes war. Aber Herr Noske ließ sein Reichswehrministerium mitteilen, daß die beteiligten Truppen nicht mehr ausfindig gemacht werden könnten und daß daher auch diese Behörde keinen Ersatz zu leisten brauche. Vielleicht fragt jetzt noch die bayerische Regierung mal bei Herrn v. Mackensen an, ob er mir nicht die Haftkarten abnehmen will; der Mann hat ja bei den in letzter Zeit wieder öfter genannten Roßbach-Leuten im Pommerschen seine segensreiche Tätigkeit fortgesetzt. Ich könnte auch Genossen angeben, die er im Münchener Georgianum, dem katholischen Priesterseminar, das sich zur Stätte eines Feldgerichts gegen revolutionäre Arbeiter und als Hinrichtungshof hergab, an die Wand stellen ließ. Ihr seht, liebe Genossen in den Zuchthäusern, wie sehr das starke Gedächtnis des Staates auch das Gedächtnis dessen belebt, dessen sich zu erinnern besagter Staat nicht müde wird.

Wir wollen gewiß hoffen, Freunde, daß sich auch Euch trotz alien verfehlten Erwartungen bald die Kerkertore öffnen werden. Aber, wenn Euch mein Rat etwas gilt, so möchte ich Euch grade im Zusammenhang mit allen den Aergerlichkeiten, die mich fortwährend von neuem hindern, die Kosten für die Reise zu Euch aufzubringen, eins empfehlen: nehmt Euch nicht vor, nach der Freilassung baldmöglichst zu vergessen, was man Euch antut, sondern senkt alles, was Ihr in Euerm Verließ Bitteres erlebt, tief in Euer Gedächtnis ein. Wie konnte es denn kommen, daß hunderttausende von Kriegsteilnehmern, die vor 10 Jahren fluchend und jammernd ihr vertiertes Leben in den Drecklöchern der Schützengräben dem Heldentode für Krupp und Stinnes preisgaben, heute wieder bereit wären, für Borsig und Thyssen dasselbe Entsetzen in verschärfter Form auf sich zu nehmen? Das liegt daran, daß sie nicht mehr an Kot, Gift und Kriegsschrecken denken, sondern an die Weiber im Quartier und an die feierliche Minute, als ihnen ihr Oberst eine gestanzte Dummheitsprämie an den Waffenrock hängte. Gedächtnis! das ist die erste und

wichtigste Pflicht des Revolutionärs. Wer im Gefängnis nicht aufmerkt, was mit ihm getrieben wird, wer die Unannehmlichkeit einer solchen Zeit nachher abschüttelt wie ein Pudel die Flöhe, der wird weder vom Gegner lernen, noch wird er später Widerstand leisten, wenn ihn eine dumschlaue Taktik das revolutionäre Temperament auszutreiben versucht, ihn Gehorsam gegen bürokratische Ansprüche und Opportunismus im Verhalten zum Staat lehren will.

Aber auch die Spekulation gewisser Realpolitiker darauf muß durch Wachhalten der Erinnerung durchkreuzt werden, daß ein dürftiger Amnestieersatz, der vielleicht vom neuen Reichstag beschert werden wird, Euch aussöhnen wird mit denen, die Euch die Amnestie bisher verdorben haben. Die Sozialdemokraten behaupten ja, daß sie Euch liebend gern in Freiheit sähen und daß sie Euch nur nicht zumuten wollten, Eure Freilassung der gleichzeitigen Befreiung von Fememördern zu danken. Das ist Schwindel und Unsinn. Die Morde der Grenzschilder in Oberschlesien, die mit den sogenannten Fememorden bei der Schwarzen Reichswehr im engsten organischen Zusammenhang standen, sind von preußischen republikanischen Regierungsstellen mindestens begünstigt worden; das steht heute unwiderlegbar fest. Wäre aber das Bestreben der Sozialdemokraten, Euch aus dem Zuchthaus herauszubringen, auch nur entfernt so rege, wie ihr Anteil daran war, daß Ihr hineinkamt, dann bräuchet Ihr schon lange auf keine Amnestie mehr zu warten. Vor grade einem Jahr (Fanal, Jahrg. 1, Nr. 9) habe ich den Verrat an den Pranger gestellt, den damals dieselben Herren an Euch verübten. Da erklärte Herr Erich Kuttner im preußischen Landtag, daß die Sozialdemokratie einen Amnestieantrag der Kommunisten ablehnen müsse; denn sie sei „keineswegs damit einverstanden, daß in Konsequenz des kommunistischen Antrags z. B. die zu 6 und 5 Monaten verurteilten völkischen Verleumder Hirtiefers einfach laufen gelassen würden“. Da hatte man noch keine Fememorde zur Verfügung, die man Euch büßen lassen konnte, und da genügten eben die paar Monate für die Beleidigung des Kaffeetassen-Ministers, die übrigens nicht einmal abgesessen zu werden brauchten, um für Euch viele Jahrzehnte Qualverlängerung zu begründen. Vergeßt es nicht, Genossen, und meint nicht, wenn Ihr draußen seid, das Kreuz, das Ihr an diese oder jene Stelle des Stimmzettels macht, sei ein Grabkreuz für die, denen es entgeht.

Was Euch die Sozialdemokraten mit ihrem Verhalten in der Amnestiefrage angetan haben, das beschreibt einer von Euch in einem Geburtstagsbrief an mich:

„... Persönlich als Gratulant zu erscheinen, wäre mir wahrlich lieber, aber unsre lieben Genossen von der S.P.D. haben mir diese Freude verdorben. Sie entdeckten mit einem Male, daß es für klassenbewußte Proletarier keine Kompromisse mit Klassenteinden geben darf und — konsequent, wie sie nun einmal sind — verrieten sie uns! Stießen uns aufs neue in das Höllenteuer bitteren Wartens auf den Kraft- und Solidaritätsbeweis unserer Arbeitsbrüder, auf Menschlichkeit, Gerechtigkeit, auf jahrelang entbehrte Freiheit! Oh, wenn sie wüßten, die Herren ‚Genossen‘ Sozialdemokraten, was ich weiß; wenn sie gesehen hätten, was ich sah! Ich hörte die Genossen hier sprechen: wie sich Frau und Kinder, Eltern und Geschwister freuen werden, wenn sie so plötzlich nach Hause kämen; wie sie sich sogleich aufs Neue in den Kampf für unser Recht, für der Menschheit Sonne stürzen wollten usw.; ich sah, guter Genosse, wie schön das in ihren — sonst so wehmütig dreinblickenden — Augen

aufflackernde Licht der Hoffnung auf baldige Beendigung all der Qual glänzte, ihr Gesicht verschönte; — aber als uns dann der neue Arbeiterverrat bekannt wurde, da hörte ich neben einigen Kernflüchen auf die S.P.D.-Helden auch feste, entschlossene Worte: „Das wird ihnen bestimmt die Arbeiterschaft jetzt bei der Wahl und später vergelten; wir aber werden weiter aushalten — bis der Tag der Freiheit kommt“ usw. Und da sah ich wieder die Gesichter blaß, leidend und eckig werden, aber in ihren Augen — da das Hoffnungslicht erlosch — sehe ich nun etwas Stahlhartes! Entschlossenheit! Kampfwille bis zum Aeußersten! Mir formte sich unwillkürlich das Bild, das ich sah zu Stahl — hartem, hartem Stahl! — Ich weiß: unsre Gegner werden sich daran doch den Kopf einrennen! — ... Ich zittere vor Zorn über die S.P.D.“

Genossen, verzeiht mir, daß ich Euch noch nicht schrieb auf alle Eure Beweise von Liebe und Anhänglichkeit. Dieser gemeinsame Brief an Euch alle, in dem ich Euch auch ein wenig in mein privates Leben und meine privaten Sorgen habe hineinsehen lassen, wird Euch zeigen, daß mein Herz bei Euch ist. Und das sei meine vorläufige Antwort: Ihr, die Ihr gezeigt habt, wie gern Ihr Euch erinnert an das bißchen Mühe, das man sich um Euch gibt, erinnert Euch auch des Bösen, das man Euch antut. Das Leben ist kein kalter Rechenapparat, und der Mensch ist nicht bloß ein Hirnwesen, sondern ein liebendes und hassendes Geschöpf. Die Revolution verlangt den ganzen Menschen, den denkenden wie den fühlenden. Die Revolution vollzieht sich nicht im mechanischen Ablauf ökonomischer Formeln, sondern in der glut- und blutvollen Bewegung menschlicher Leidenschaften. Wissen und Erkennen ist gut, aber es muß erfüllt sein von Ideal und Begeisterung; Verstand und Ueberlegung ist gut, aber Liebe und Haß gehören als Motore zu ihnen. Das Ziel jedoch, das in der Zukunft liegt, ist nur dann gut, wenn Erinnerung und Treue ihm in redlichem Wissen um Gerechtigkeit und Freiheit zustreben.

Phosgen

Deutschland ist entwaffnet. Kein Mensch denkt an Rüstung und neuen Krieg. Wenn wirklich mal irgendwo aus Versehen etwas Explosivstoff liegen geblieben ist — Restbestände vom vorigen Kriege oder harmlose Schieberware —, dann kann man sich auf Gottes sichtbarlichen Finger verlassen, der unrecht Gut nicht gedeihen läßt; so erklärt sich's, daß immer mal wieder dergleichen Konterbande in die Luft fliegt. Die Firma, der es passiert, schickt den Hinterbliebenen der Toten ein bedauerndes Schreiben und denen mit Einkommen von 6000 M aufwärts einen Kranz, die Behörden ordnen eine strenge Untersuchung an, die sehr schwierige Probleme zu lösen hat, sich dadurch etwas in die Länge zieht und so lange dauert, bis eine neue Explosion das liebe Publikum noch mehr erschreckt und die vorige darüber vergessen läßt.

Also in Hamburg lagert in einem, gottlob nur von Proletariern, eng bevölkerten Industriegebiet soviel Phosgen, daß damit die Einwohnerschaft der Millionenstadt so ziemlich ausgerottet werden könnte. Man erfährt das durch die zufällige Tatsache, daß einer der Tanks die größte Tugend der deutschen Erneuerer, die ihnen grade ihr Feind nicht absprechen darf, unglücklicherweise verletzt: er hält nicht dicht. Tücke des Objekts. Ein giftiger Schwaden zieht mordend und verheerend — und was noch viel grausamer ist, die Firma Stoltzenberg denunzierend — von der Fabrik aus, streckt ein Dutzend Menschen auf die Bahre, 10 Dutzend mit versengten Eingeweiden aufs Krankenbett, tötet massenweise

Vieh und vergast die Saaten und Gärten, alles Leben verbrennend und verpestend. Gott sei gedankt und gepriesen, daß nicht gleich alle 20 Tanks ihren Inhalt haben türmen lassen; Gott sei dreimal gelobt, daß Deutschland vollständig entwaffnet ist und so etwas daher nie wieder vorkommen kann. Denn einen Krieg gibt es ja in unsern aufgeklärten Zeiten nicht mehr, zumal das deutsche Volk grade an dem Tage jener Phosgen-Katastrophe seinen pazifistischen Willen so eindeutig mit der stärksten aller Waffen, dem Stimmzettel, demonstriert hat. Welch ein Zeichen vom Himmel! Wenn das die Aussicht des nächsten Krieges ist, — nein, wer wird da nicht den Frieden wollen! (Weildessen überschlägt sich Amerika und Europa vor Begeisterung über das Gelingen des Experiments, jeden Kontinent vom andern aus mit Giftgas zuzudecken und Mussolinis General Nobile probiert eben aus, ob nicht auch am Nordpol noch unentdecktes Land liegen mag, wohin man antifaschistische Elemente deportieren könnte, um sie nötigenfalls von oben herunter mit Phosgen zu behandeln).

Fanden nicht kürzlich etliche Arbeiter und Arbeiterinnen einer Farbenfabrik durch Ausströmen von Phosgen ihren Tod? Na, aber ja. Man muß doch schließlich Farben haben, schon um den deutschen Flaggenstreit austragen zu können. Deutschland ist entwaffnet. Da gibt's nichts zu bezweifeln. Aber da fällt mir was anderes ein. Erinnert Ihr Euch der Explosion in einer Villa in Dahlem? Es ist noch garnicht sehr lange her, aber schon so ziemlich vergessen; es explodiert halt so oft was. Ein Herr Stammer betrieb dort allerlei neckische Experimente und da knallte mal ein kleines Quantum Ekrasit in die Luft und nahm einen großen Teil der Villa mit. Zum Glück kam nur der Villeninhaber selber bei der Geschichte um, und das war ein Herr, der sich schon in den Kapptagen mit der Organisation von Munitionslagerung und ähnlichen befaßt hatte. Als die Feuerwehr ans Aufräumen ging, fand sie an einer von der Explosion verschont gebliebenen Stelle des Kellers neun Ballons mit weiteren allergefährlichsten Sprengmitteln, und wir erfuhren, daß, hätte der Kladderadatsch diesen Kellerraum erreicht, das ganze Grunewaldviertel aufgefliegen wäre. Und noch eine andre Erinnerung: Als der Versailler Vertrag unterschrieben werden sollte, da tat neben der Forderung, die Besten der Nation, die Wilhelm II., Ludendorff und die übrigen Welteroberer sollten sich persönlich für ihr Heldenwerk verantworten, den sozialdemokratischen Vaterlandsrettern am bittersten die Forderung weh, die die Abrüstung betraf, wie sie besonders im Artikel 171 spezialisiert wird. Darin wird Deutschland die Herstellung und Einfuhr „von erstickenden, giftigen und andern Gasen oder ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Mitteln . . . streng untersagt.“ „Die Herstellung und Einfuhr von Panzerwagen, Tanks und allen ähnlichen Konstruktionen, die für kriegerische Zwecke verwendbar sind, ist Deutschland ebenfalls verboten.“ Was taten die Herren Ebert und die übrigen regierenden „Sozialisten“? Sie winselten die Herren Wilson, Lloyd George und Clémenceau an, sie möchten ihnen doch diese Schmach erlassen; man müsse doch bei „inneren Unruhen“ nötigenfalls durch Gasangriffe die Ordnung herstellen können.

Von der Dahlemer Villen-Explosion ist es längst ganz still geworden. Zuerst hieß es, daß die Beteiligten sich mindestens wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz würden verantworten müssen. Aber, wie gesagt, es stellte sich heraus, daß es Kappisten waren. Niemand wurde verhaftet, niemand angeklagt, wahrscheinlich ist die Villa stillschweigend wieder in Stand gesetzt worden. Auch über den verdorrtten Schreiber-

gärten bei Hamburg und über den Gräbern der Phosgenopfer der Firma Stoltzenberg wird allmählich Gras wachsen. Die Frage, wozu denn eigentlich das Giftgas bestimmt war, das dort vorzeitig über die Elbe zog, hat bis jetzt keine Antwort erhalten. Aber wir wissen wenigstens, wozu die Herren Ebert, Hermann Müller u. Co., auf die Erhaltung deutscher Giftgaslager so viel Wert legten. Kein Mensch will in Deutschland Krieg mit den Nachbarn anfangen — i bewahre! Aber es gibt doch auch Bürgerkriege!

Bei den Herren Stammer und Stoltzenberg hat es bedauerlicherweise zu früh geknallt. Aber alle offiziellen und offiziösen Stellen trösten uns darüber, daß es wirklich nur da verbotene Munition gegen das Proletariat gegeben hat, wo sie zufällig explodiert ist. Na, wir werden ja alles seh'n, hören und einatmen. Da die Faschisten am 20. Mai mit der ehernen Wucht der Stimmenauszählung vernichtend geschlagen worden sind, wird ihnen ja garnichts andres mehr übrig bleiben als aufzudecken, was sie etwa sonst noch an Phosgen und Ekrasit zu liegen haben. Wir sollen jawohl wieder sozialdemokratische Reichsminister kriegen. Bis jetzt hat es noch nie ein mit Sozialdemokraten garniertes Reichskabinett gegeben, das ohne Ausnahmezustand ausgekommen wäre. Wir dürfen also mit der Wiederbelebung des Artikels 48 in kurzer Zeit rechnen. Die Vorschläge des Justizrats Claß für die Handhabung des Belagerungszustandes sind bekannt. Ihr dritter Paragraph lautet: „Alle auf Grund der in § 1 genannten Verfassungen gewählten parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern einschließlich aller auf Wahlen beruhenden Vertreterkörperschaften in Provinzen, Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden sind aufgelöst. Wer an einer hiernach aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft.“ So ähnlich sehen sämtliche 30 Paragraphen des Entwurfs aus, deren Verfasser das Reichsgericht außer Verfolgung gesetzt hat.

Proletarier, besinnt Euch! Am deutschen Himmel hängt drohend und totverkündend die faschistische Phosgenwolke!

Vanzettis Freiheitslied

Die musikalischen Genossen, ferner die proletarischen Gesangvereine und alle revolutionären Organisationen seien darauf aufmerksam gemacht, daß das Lied „Freiheit“, das Bartholomé Vanzetti im Gefängnis für seinen jungen Sohn dichtete, ins Deutsche übersetzt und von James Simon für gemischten Chor vertont worden ist. Die Herausgabe hat A. Hoffmanns Verlag G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22. besorgt. Die Arbeitersänger- und Musiker sollten die Komposition prüfen und im Falle ihrer Verwendbarkeit für proletarische Veranstaltungen durch Aufnahme des Liedes in ihr Repertoire das Andenken unsrer ermordeten Genossen Sacco und Vanzetti ehren.

Sieg! Sieg!

Wenn es nächste Woche immer noch Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Klassenjustiz geben sollte, — die deutschen Wähler können wahrhaftig nichts dafür. Sie haben getan, was sie tun können. Sie haben sich einen hörbaren Linksruck gegeben und denen ihr Vertrauen ausgesprochen, die das deutsche Volk schon bislang so köstlich geleitet haben: über Weimar und Canossa nach Locarno; zugleich aber auch denen, welche die Wandler auf solchen Wegen als Verräter

überführt und dem Proletariat das wahre Ziel gewiesen haben: per Einheitsfront mit den Verrätern über Amsterdam nach Moskau. Kurzum: der Bürgerblock ist zerschmettert; der Faschismus liegt wehr- und hilflos am Boden; die Reaktion in jeder Form ist besiegt; das deutsche Volk hat seine Reife bewiesen: Berlin bleibt rot, die Republik bleibt schwarzrotgoldig, Stresemann bleibt Reichsaußen-, Gröner Reichswehr-, Brauns Reichsarbeitsminister, Hindenburg bleibt Reichspräsident und Max Hoelz im Zuchthaus. Unser der Sieg! Unser das Reich! Unser die Welt!

Die Wähler haben am 20. Mai gezeigt, was sie wollen. Sie haben ihrer lodernen Unzufriedenheit mit der deutschnationalen Politik, die nicht einmal zur 100prozentigen Aufwertung der Inflationspapiere und der Anerkennung der wilhelminischen Reichsbankgeldnoten als vollgültiges Zahlungsmittel geführt hat, Ausdruck gegeben. Sie haben flammenden Protest in die Wahlurne geschmissen gagegen, daß die Monarchisten treulos mit republikanischem Wasser gekocht haben, daß Wilhelm immer noch nicht nach Homburg ziehen darf, daß bekanntlich vor der Höhe Potsdams liegt. Sie haben bekundet, daß eine Rechtsregierung, die Völkerbundspolitik treibt, einer Linksregierung den Platz zu räumen hat, die ebenfalls Völkerbundspolitik treibt. Sie haben zum Zeugnis dessen, daß sie vom Kapitalismus genug haben, der Partei die meisten Stimmen gegeben, die an Stelle des achtstündigen Arbeitstages ein Ermächtigungsgesetz für die Inhaber der Fließbandaktien setzten, auf Grund dessen die Erfolge der Novemberrevolution solange suspendiert wurden, bis ein internationaler Ausbeuterkongreß in Washington beschlossen haben wird, in welchen Fällen 10 und in welchen 12 Stunden Arbeitsleistung als achtstündig zu betrachten sei. Denn die Wähler sind selber Sozialisten und wissen, was sie dem Sozialismus schuldig sind. Die Partei hat das stärkste Vertrauen bei den breiten Massen des deutschen Volkes, die ihnen das Streikrecht durch die Schlichtungsordnung ersetzt hat und aus deren Reihen auch die Schlichter selber entnommen zu werden pflegen, die für die Instandhaltung der deutschen Wirtschaft schon so viel geleistet haben, ohne daß den Industriellen des Landes dabei der geringste Schaden entstanden wäre. Es ist die Partei, deren segensreiches Wirken auf dem Gebiete des Rechtes jetzt bereits im zehnten Jahre Früchte trägt, Früchte, welche sich rechterhand in Staatspensionen und Putschvorbereitungen der Noskeschen Kostgänger, linkerhand in Rumfutsch und Dörrgemüse für die Objekte der Ebertschen Sondergerichte darbieten. Ja, die deutschen Arbeiter haben wiederum in ihrer übergroßen Mehrheit bestätigt, daß der Kampf gegen das Klassenunrecht der neudeutschen Justiz nur von der Partei geführt werden kann und darf, die noch unmittelbar vor Beendigung der schrecklichen Bürgerblockperiode dem hehren Grundsatz zum Siege verhalf, daß kein Preis der Welt zu teuer ist, um Herrn Schulz und Herrn Klapproth die Damenbesuche in republikanischen Gefängnissen bequem zu machen, am wenigsten der Preis, den ein paar hundert von den Sozialdemokraten ins Zuchthaus gebrachte Kommunisten mit etlichen weiteren Jahren ihres Lebens zu zahlen haben. Die seit dem Kapp-Putsch, dem mitteldeutschen Aufstand, den Inflations- und Stabilisierungs-Unruhen eingesperrten Proletarier mußten es selber einsehen, daß sie doch selbstverständlich ausharren müssen, bis man die Fememörder, die so schrecklich rohe Menschen sind, freilassen kann und daß kein Wähler der ganzen Linken es je begreifen würde, wenn man den Schulz so behandeln wollte, wie man die Roßbach und Ehrhardt behandelt hat. Ihr

seht ja selbst, Genossen in den Zuchthäusern, daß die Wählerschaft zu Eurer neuen Verurteilung durch die Sozialdemokraten wegen der Feme-morde der Schwarzen Reichswehr Ja und Amen gesagt hat.

Aber die Wähler haben ihrem Ingrimme noch viel sichtbaren Ausdruck verliehen. $3\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen haben sich für den Kommunismus erklärt, der auf parlamentarischem Wege den kapitalistischen Staat erobern soll. Ach, das erfreut jedes revolutionäres Herz. 60 Kämpfer gegen den Reformismus und für die Arbeiter- und Bauernregierung werden fortan auf Grund der Geschäftsordnung des Reichstags die Tribüne benutzen, um dauernd Masken herunterzureißen und werden in den Kommissionen sitzen und den Zentrumsleuten und Stresemännern in hartem Kampf eine bessere Formulierung des Paragraphen 17c des Gesetzes zur Bewahrung der Aftermieter vor Jugendlustbarkeiten abzurufen wissen. 5 Finger hat die Hand, 5 Erdteile unser Planet und 5 Zacken der Sowjetstern: darum haben viele Wähler und Wählerinnen für die Liste 5 gestimmt, obwohl doch 5, wie jedes Schulkind weiß, die Note Ungenügend bedeutet; sonst hätten gewiß auch diejenigen, welche sich für die Liste 1 entschlossen haben, die bekanntlich sehr gut heißt und deren Sieg mit viel Seife erschlüpft worden ist, die Einsicht gehabt, daß der Kommunismus eine schöne Lehre ist.

Wenn es so weiter geht mit dem Fortschritt der kommunistischen Welteroberung, dann dürfen wir hoffen, daß das nächste Mal die einzige Arbeiterpartei sogar die Stimmen- und Mandatszahl wieder erreichen wird, die ihr bei der Maiwahl 1924 schon einmal beschieden war. Das waren Zeiten! Die Wogen des revolutionären Klassenkampfes in den Ledersesseln des Reichstagsgebäudes brandeten gewaltig; das Wasser rauscht, das Wasser schwoll, — Ruth Fischer saß daran. Iwan Katz und Karl Korsch, Werner Schölem und noch ein Dutzend angehende Renegaten bestimmten die Politik, die bald darauf von denen, die sie befolgten, als Verrat geächtet wurde. Im Oktober mußten sie leider wieder einpacken. Der Reichstag mit den 67 Kommunisten hatte seine einzige Aufgabe erfüllt und den Dawesplan zum Gesetz gemacht; eine Amnestie hatte es nicht gegeben, und im Dezember kehrten nur 45 revolutionäre Klassenkämpfer zurück, von denen 30 keine Renegaten waren. Die andern aber hatten die Mandate mit zugehörigen Diäten den Wählern, deren Vertrauen sie abgeordnet hatte, feige gestohlen und dürfen diesmal nicht wieder hinein. Sie sind keine Kommunisten mehr. Kommunisten aber sind die $3\frac{1}{4}$ Millionen Landsleute, die am 20. Mai bewiesen haben, daß sie zwar auf eine Gesinnung nicht durch Weltanschauung oder Klassenbewusstsein eingeschworen sind, diese Gesinnung aber, nachdem sie sich 4 Jahre über die selbstgewählten Vertreter hinlänglich geärgert haben, zähnefleischend zu bekunden entschlossen sind.

Ein neuer Reichstag ist gewählt. Er wird uns ein neues Deutschland schaffen. Den 12 Millionen proletarischen Stimmen stehen nur 17 Millionen bürgerlicher gegenüber. Mittels vernünftiger demokratischer Arithmetik wird sich aus diesem Verhältnis eine prächtige Koalition ergeben, und der Reichskanzler wird dabei manchmal Braun und manchmal Brauns heißen, vielleicht auch manchmal Curtius oder Luther. Falls es der völlig zerschmetterte Faschismus erlauben sollte, wird Herr Löbe die gewählten Herren und Damen, sofern sie sich auch gewählt auszudrücken verstehen, vier Jahre lang ihre Sprüchlein hersagen lassen, und dann werden sie die Gesetze beschließen, die in den Büros der Fabriken und Banken, in den Kasinos der Offiziere und den Konsis-

torien und Nuntiatoren des Klerus schon vorher beschlossen waren, und die beiden marxistischen Parteien werden sich gegenseitig beschuldigen, dies verräterischerweise bewirkt zu haben. Der Wähler aber wird nach vier Jahren ein neues Strafgericht halten — immer die Erlaubnis der völlig zerschmetterten Faschisten vorausgesetzt — und wird denjenigen das Vertrauen aussprechen, die nicht mitregieren durften und in charakterfester Opposition die Regierer als Esel und Schurken entlarvt haben. Dann werden sie selber wieder regieren dürfen und wir werden eine neue Etappe auf dem Wege zur Freiheit zurückgelegt haben.

Ihr Sozialisten, schließt die Reihen! Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Liste 8

Dem Antiparlamentarier sind die praktischen Resultate einer Parlamentswahl höchst gleichgültig. Trotzdem können manche Beobachtungen der Wahlstatistik auch für ihn symptomatischen Wert haben. Die Kommunistische Partei hat nach der Behauptung ihrer Opposition etwa 65 000 Mitglieder, nehmen wir getrost an, es seien 75 000. Von den Stimmen, die für die K. P. D. abgegeben worden sind, gehören demnach weit über 3 Millionen Nichtmitgliedern, demnach verärgerten Kleinbürgern und oppositionellen Sozialdemokraten, solchen, die in der Wiederholung der sozialdemokratischen Vorkriegspolitik etwa Gutes sehen. Der erst vor wenigen Wochen offiziell konstituierte Lenin-Bund platzte unmittelbar vor der Wahl auseinander, — und zwar wegen des Beschlusses, mit einer eigenen Wahlliste aufzumarschieren. Die von der K. P. wütend als Renegaten beschimpften „Ultralinken“ stritten sich nicht etwa darüber, ob sie überhaupt noch an der Proletarier-Irreführung der Wähleri teilnehmen sollten, sondern nur darüber, ob sie unter eigener Firma wählen oder für die, die sie unter übelsten Schmähungen aus ihren Reihen hinausgetreten hatten, Vorspann zu leisten hätten. Maslow, Ruth Fischer, Scholem waren für Wiederanbiederung an die Partei und traten im letzten Augenblick aus dem eben von ihnen selbst begründeten Lenin-Bund aus, nicht ohne sich, dem schönen Beispiel der Sinowjew und Kamenew folgend, recht würdelos denen wieder anzuschmieren, die sie tagtäglich als Lumpen, Verräter und Zutreiber der Menschewisten den Prügeln ihres total verhetzten und nur gegen links scharf gemachten Anhangs empfahlen. Wenn jemand jetzt diese abgehalfterte Bonzen-garnitur als Renegaten bezeichnen wollte, würde er vielleicht kaum noch irgendwo auf viel Widerspruch stoßen. Zu allem Unglück für die armen Leninbündler verschachtelte zu gleicher Zeit die Leitung der einzigen Tageszeitung, die dem Leninbund zur Verfügung stand, der Suhler „Volksstimme“, dieses Blatt ausgerechnet an die Sozialdemokraten und forderte zugleich ihre Leser auf, der SPD. die Stimmen zu geben. Alles, was die Parteikommunisten den Befürwortern einer revolutionären Politik nur je vorausgesagt hatten, schien sich zu bestätigen: von Renegaten und verkappten Sozialdemokraten mit radikalen Redensarten besoffen gemacht, würden sie als kümmerliches und lächerliches Häuflein von Schreibern isoliert bleiben und dem revolutionären Kampf verloren sein. Die Rote Fahne jubelte. Es wurde verbreitet, die Liste 8 mit dem Spitzenkandidaten Hugo Urbahns sei zurückgezogen; die linken kommunistischen Proletarier machten traurige Gesichter, sie waren verwirrt, entmutigt, tief gedrückt. Wieviele Stimmen Urbahns durch den Verrat seiner Lenin-Bundesgenossen an die S.P.D. und an die K.P.D. verloren gegangen

sind, läßt sich nicht abschätzen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es ein Mehrfaches der Stimmenzahl war, die der Liste 8 am 20. Mai zufließen. Aber daß die kommunistische Oppositionsliste trotz des Ausfalls der Abgeschwenkten und trotz der weit verbreiteten Meinung, sie sei tatsächlich garnicht mehr aufrecht erhalten, volle 80 000 Stimmen erhielt, das war die große Ueberraschung der Wahl. Diese 80 000 Stimmen sind bestimmt von revolutionären Arbeitern abgegeben worden, hier sind keine Mitläufer aus dem sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager anzunehmen, und mit jeder dieser 80 000 Stimmen ist der Kommunistischen Partei das Mißtrauen gegen ihre reformistische Politik ausgesprochen worden. Mehr Wähler haben ihre Opposition gegen die K.P.D. aus revolutionären Bedenken bekundet, als die K.P.D. überhaupt Mitglieder hat. Rechnet man hinzu die Zehntausende von Proletariern, die aus revolutionären Gründen dem Wahllakt ganz fern geblieben sind — Angehörige der K.A.P.D., der Unionen, der anarchischen und syndikalistischen Organisationen, ferner zur Zeit nirgends mehr organisierte Revolutionäre, die die Zeit der Aktion abwarten, — so wird klar, daß der Glaube vieler parteikommunistischer Arbeiter, die K.P.D. habe die große Mehrheit des revolutionär gesinnten Proletariats hinter sich und nur unter ihrer Führung könne und werde sich jeder Umschwung ereignen, eine nicht mehr haltbare Illusion ist. Die Liste 8 hat das Glück gehabt, mit ihren 80 000 Stimmen keinen Abgeordneten in den Reichstag zu bringen. So hat keiner ihrer Kandidaten Gelegenheit, beweisen zu können, daß die Klubssessel in den Parlamenten auch ihnen nicht als Strat dienen können, die Revolution zu entfesseln. Die muß sich schon ohne Diäten, Freibillets und Immunität behelfen.

Paul Schlesinger

Ein deutscher Journalist ist gestorben, ein bürgerlicher Journalist, der dennoch ein grundständiger Mensch und außerdem das Gegenteil von einem Schmock war. Ich kannte Paul Schlesinger noch aus der Zeit, als er in München Mitglied des ersten deutschen Kabarets war, der „Elf Scharfrichter“, fast des einzigen deutschen Kabarets, in dem sich der Geist und die Kunst niemals hinter merkantile Interessen zurückdrängen ließen. Daß aber dieser Geist und diese Kunst keinem blutleeren Aesthetizismus und keiner Bierulk-Seichtigkeit verfielen, sondern auf sozial gestimmten Saiten spielten, das danken die „Elf Scharfrichter“ neben Frank Wedekind vor allen andern Mitwirkenden Paul Schlesinger. Aus dem Dichter und Satiriker wurde ein Zeitungsschreiber, aus diesem Zeitungsschreiber aber wurde wiederum ein Dichter. Paul Schlesinger wählte im Journalistenberuf ein Spezialgebiet. Er wurde Gerichtssaal-Reporter. In der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichte er seine Prozeßberichte unter dem Namen Sling. Sling hat die Gerichts-Reportage revolutioniert, und zugleich hat er das Experiment unternommen, den bürgerlichen Menschenanstand zu revolutionieren. Seine kurzen, eindringlichen, psychologisch und stilistisch musterhaften Ausschnitte aus der Justizpraxis gehören zum anständigsten, was der deutsche Journalismus bisher hervorgebracht hat. Denn Sling sah alle Taten und Handlungen, die die Paragraphenbastler zu „richten“ unternahmen, immer vom Täter aus an, und in jedem Täter, den sein Temperament, seine Not, seine Umwelt zum Angeklagten hatte werden lassen, erkannte Sling einen Unglücklichen und warb in seinen Berichten um Verstehen für ihn. Den

Ausweg aus allem sozialen Uebel, den wir dem Proletariat zeigen, die revolutionäre Aktion der ausgebeuteten Klasse, den offenen Kampf gegen die Vorbedingungen der sogenannten Verbrechen, konnte Paul Schlesinger nicht sehen und wollte er nicht gehen. Aber sein großes Verdienst ist, daß er bei vielen, vorurteilsfreiem Denken zugänglichen Menschen das schon in der Elementarschule vom Staate präparierte Gefühl erschüttert hat, als ob ein Dieb, ein Räuber, ein Brandstifter und ein Mörder ein schlechter Kerl sein müsse. Von der Einsicht in die soziale und gesellschafts-biologische Bedingtheit an sich verwerflicher Handlungen bis zum Verstehen und selbst Billigen revolutionären Widerstands gegen die Bedingungen, aus welchen unsoziale Charaktere erwachsen, ist die Entfernung nicht mehr groß. Schlesinger-Sling, selbst kein Revolutionär, hatte viel Sympathie für andre, die es waren. Sein eifernder Kampf für Max Hoelz entsprang nicht allein seinem beleidigten Rechtsgefühl, sondern, wie ich glaube, auch seiner geheimen, nicht einmal ganz geheim gehaltenen, Freude an der Entschlossenheit einer rebellischen und von einer Idee entflammten Natur. Ein anständiger Mensch ist gestorben, ein Mensch mit Charakter und mit Humor, mit gutem Willen und starkem Können, mir ein langjähriger Weggenosse auf manchen Pfaden, auf Können, mir ein langjähriger Weggenosse auf manchen Pfaden, auf denen wir nie eng neben einander gingen, uns aber, wenn wir uns trafen, stets freundschaftlich zuwinkten. Ungern nehme ich Abschied von ihm.

Organisatorisches

Die Anarchistische Vereinigung Berlin hat folgende Resolution angenommen und ihre Veröffentlichung im Fanal beschlossen.

Im „Freien Arbeiter“, dem Publikationsorgan der Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands, sind in jüngster Zeit Angriffe gegen unsern Genossen Rudolf Rocker gerichtet worden, an denen die Anarchistische Vereinigung nicht stillschweigend vorübergehen kann. Die Behauptungen des „Fr. Arb.“ gehen auf Differenzen im Londoner Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein vor 32 Jahren zurück und führen eine aus dem Zusammenhang gerissene Briefstelle ohne Datum und Jahreszahl als einziges Beweismittel an, um das Verhalten des Gen. Rocker in jener Zeit zu verdächtigen. Genosse Rocker hat bereits selbst im „Syndikalist“ den kraß verleumderischen und jeder revolutionären, geschweige anarchistischen Denkart unwürdigen Charakter der Anwürfe des „Fr. Arb.“ überzeugend nachgewiesen. Auch die Genossen, welche in den neunziger Jahren Zeugen der längst begrabenen Emigranten-Zwistigkeiten in England waren, haben übereinstimmend erklärt, daß die gehässigen Beschuldigungen gegen Rudolf Rocker jeder tatsächlichen Begründung entbehren und sind ihm kameradschaftlich zur Seite getreten.

Die Anarchist. Vereinigung stellt öffentlich fest, daß ihr großes Vertrauen zum Gen. Rudolf Rocker, der einer der verdienstvollsten Förderer der anarchistischen Bewegung ist, unvermindert fortbesteht. Sie verurteilt mit Empörung das der anarchistischen Idee schwer abträgliche Verfahren, sachliche Meinungsverschiedenheiten auf das Gebiet der persönlichen Angriffe und sogar Verleumdungen zu schieben. Eine bestimmte autoritär erkrankte Clique hat seit langen Jahren immer wieder

die anarchistische Bewegung durch persönliche Beschmutzung bewährter Gesinnungsgenossen (Landauer, Weidner, Spohr, Rud. Lange, Windhoff, Mühsam, Lübeck, Gohl usw.) gehemmt und geschädigt. Angesichts des neuen, alles Erlebte überbietenden Falles, bei dem nicht einmal die ehrwürdige Gestalt unseres 80jährigen Genossen Hermann Stenzleit geschenkt wird, erklärt die Anarch. Vereinigung das Verhalten des „Fr. Arbeiter“ für unvereinbar mit anarchistischer Auffassung von revolutionärer Ehrlichkeit; sie mißbilligt entschieden das System, das in der gegen den Gen. Rocker beliebten Kampfweise zum Ausdruck kommt, als Vorstoß gegen alle Grundsätze der Kameradschaftlichkeit, Ehrlichkeit und gegenseitigen Achtung und versichert den Genossen Rudolf Rocker ihrer vollen Solidarität und ihrer ungetrübten Freude, ihn zu ihren Mitgliedern zu zählen.

Anarchistische Vereinigung Berlin.
i. A. Gustav Lübeck.

An die Genossen im Reich!

Die Anarchistische Vereinigung Berlin schlägt vor, im Herbst dieses Jahres eine Konferenz stattfinden zu lassen, auf der die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses der auf dem Boden unsrer Vereinigung stehenden Anarchisten Deutschlands sowie die Veranstaltung größerer Werbeaktionen erörtert werden sollen. Als Konferenzort schlagen wir Berlin vor. Genossen, welche mit diesem Vorschlag sympathisieren, bitten wir um Meinungsäußerungen, Anregungen und Anmeldungen an die Adresse Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstraße 10 IV.

Das Freiproletarische Jugendkartell Berlin, richtet folgenden Appell:

An alle kriegsgegnnerischen Jugend- und Kulturorganisationen!

Werte Genossen!

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß, nachdem der Weltkrieg schon verschiedene Jahre zurückliegt, die Menschen gleichgültig gegen Krieg und Kriegsgefahr werden. Aus diesem Grunde betrachten wir es als eine besondere Aufgabe, die Menschen am Jahrestage des Kriegsbeginns erneut aufzurütteln und den Krieg mit seinen Schrecken in Erinnerung zu rufen. Wir nehmen aber an, daß die Jugend aller Organisationen daran interessiert ist, und rufen aus diesem Grunde schon heute dazu auf, in diesem Jahre eine **gemeinsame, ganz große Demonstration** aller Jugendverbände vorzunehmen.

Kleinliche Bedenken müssen in dieser Frage zurückgestellt werden, Eigenbrödeleien müssen um der Einheit und Größe willen unterlassen werden, uns alle eint der Wille:

Krieg dem Kriege!

Die überparteiliche Leitung des Freiproletarischen Jugendkartells gibt die Gewähr, daß keine der politischen Richtungen benachteiligt wird. Wir bitten Euch schon heute, uns Eure Zustimmung zu geben, und alle Sonderveranstaltungen für den 5. August zu unterlassen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Freiproletarisches Jugendkartell
Bund freier sozialist. Jugend
ISK
Syndikalist. Anarchist. Jugend
Weltjugendliga

Sonderabteilung der Volksbühne

Der Arbeitsausschuß der Sonderabteilungen veranstaltet im Einvernehmen mit der Leitung der Volksbühne und mit freundlichem Entgegenkommen der Piscatorbühne eine

Sonderaufführung

des mit großem Erfolge bei Publikum und Presse, insbesondere der Arbeiterpresse, aufgeführten Stückes

„JUDAS“

von Erich Mühsam. Die Aufführung findet am Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 2,30 Uhr, im Theater am Nollendorfplatz statt. Gutscheine auf Losplätze zum Preise von

1.10 Mk.

sind in den Geschäftsstellen der Volksbühne: Linienstrasse 227, Platz der Republik 7 und in den Zahlstellen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne zu haben.

Der Arbeitsausschuß der Sonderabteilungen erwartet tatkräftige Unterstützung durch die Organisationen und bittet, für diese Sonderaufführung zu werben.

Arbeitsausschuß der Sonderabteilungen

5 Bände über

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk

während des Weltkrieges.

von Jaroslav Hasek

Unzählige heitere Stunden werden Ihnen geschenkt,
können Sie schenken.

Jaroslav Hasek, der große Satiriker, Humorist und tschechische Cervantes, hat im „Braven Soldaten Schwejk“ einen für die Weltliteratur völlig neuen Typ geschaffen. Den Typus des raffinierten Dummkopfs, des mit allen Salben erlebten Einfaltspinsels. Gutmütig, beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen.

Band 1. Im Hinterlande

Band 2. An die Front

Band 3. Das glorreiche Debakel

Band 4. Fortsetzung

**Band 5. Schwejk in russischer
Gefangenschaft**

Preis brosch. Mk. 3.50, geb. Mk. 5.20

Zu beziehen durch den

Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin C54

Rosenthaler Str. 34, 35 — Postscheck-Konto Berlin 71924

Janua

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Realpolitik — Aus der Geschichte der anarchistischen Emigration — Schacher mit Gefangenen.
Befriedete Welt
Karl Marx und die Moral
Gruß

NR. 10

PREIS
40 Pfg.

JAHRGANG 2

BERLIN

JULI 1928

000

000

~~0:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:06:n:~~

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 10

Juli 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Realpolitik

Ein neuer Reichstag nebst etlichen neuen Landtagen ist in Funktion getreten. Es ist anzunehmen, daß, ehe noch diese Blätter in die Hände der Leser gelangt sein werden, auch eine neue Reichsregierung die Ausübung des segenvollen Geschäfts begonnen haben wird, dem deutschen Volke die beliebte Richtschnur des Handelns mit Knoten zu verzieren und als Peitschenschnur spürbar zu machen. Die Staatsgewalt soll diesmal vom Müller ausgehen. Das Volk will es so. Es hat mit ihm als Reichskanzler schon 1919 die angenehmsten Erfahrungen gemacht, als er, Chef einer jener Regierungen, welche dem Ministerkollegen Noske die Möglichkeit zum Schnaufen dankten, das Dokument von Versailles unterzeichnete. Ja, wir bekamen damals anschaulich vorgeführt, was für Opfer an jahrzehntelang beschworener Überzeugung wohlverstandenes Pflichtbewußtsein staatsmännisch überlegenden Realpolitikern aufzuerlegen vermag und zu was für Opfern auf Kosten des Proletariats sich verantwortungsvolle Sozialisten zu überwinden wissen, wenn es der höhere Zweck, die Autorität des Staates mit seinen unwandelbaren Fundamenten, Besitz und Gesetz, Glauben und Wehr, Registerordnung in den Archiven und Rentabilität des Kapitals, erfordert. Müllers Hand unterschrieb, Scheidemanns Kassandradrohung in den Wind schlagend, daß die Hand, die es tun würde, verdorren solle. Aber Müller setzte dennoch erst seinen Namen unter das Instrument des ewigen Friedens, nachdem er die Regierungen der Alliierten davon überzeugt hatte,

daß Deutschlands Herz blute und daß die Bestimmungen, nach welchen die Hohenzollern und diverse ähnlich gestimmte Herrschaften zur Prozessierung an die Sieger auszuliefern seien, „untragbar“ wären. (Untragbar heißt auf deutsch unerträglich; die Realpolitiker haben in diesem, wie in manchem anderen Fall eine Änderung des Ausdrucks vorgenommen, weil sich das Wort „untragbar“ politisch fachmännischer ausnimmt, es klingt nach neuer Sachlichkeit und läßt sich vorzüglich in Verbindung mit eingeweihem Stirnrunzeln aussprechen. Die Bezeichnung einer üblen Sache als „unerträglich“ ist altmodische Gefühls-„Einstellung“, wer aber „untragbar“ sagt, beweist, daß er berufen ist, mitzureden). Ludendorff blieb also im Lande und dem Kapp- und Hitlerputsch sowie der Säuberung des Germanentums von Juden, Freimaurern und Jesuiten erhalten. Dagegen mißlang es den Müllers und Konzessionsschulzen leider, die Erhöhung des bewaffneten Realbestandes der Reichswehr und der Polizeimacht zum Schutz des Eigentums gegen revolutionäre Gelüste der Arbeiter bewilligt zu erhalten. Was die Kosten des Kriegsverfahrens betraf, so berührten sie, realpolitisch betrachtet, nirgendwo die Ehre Deutschlands, und wegen dieser Frage wurde kein langes Lamento erhoben, vor allen Dingen kein Appell an die Proletariate der Ententeländer, die am Ende eingesehen hätten, daß ein gemeinsames Interesse aller Arbeiter der Welt vorlag und daß sich hier eine Versklavung der deutschen Arbeitermassen vorbereite, die mit Sicherheit zu neuen und unerhörten Formen der kapitalistischen Ausbeutung in allen Ländern führen müsse.

Hermann Müller — ehe er Müller-Franken hieß, schätzte ihn die Mitwelt als Müller vom Pateivorstand — war nicht der erste und nicht der letzte Sozialdemokrat, der dem Proletariat den Unterschied zwischen Klassenkampf und Realpolitik begreiflich machte. Wir müßten keinen Ebert erlebt haben, um nicht zu wissen, daß das Bekenntnis zu einer Weltanschauung der positiven Mitarbeit auf dem ehernen Boden der Wirklichkeit keinerlei prinzipielle Schranken zu setzen braucht. Wer das Wesen der Realpolitik am Wirken der Sozialdemokratie nicht schon vor dem Kriege erkannt hatte, dem hat ja der Krieg selbst dazu hinlänglich Gelegenheit gegeben und in der Folge das immer tiefere Hinuntergleiten der zum Dreinreden von der Bourgeoisie gnädig zugelassenen Arbeiterdelegierten in die Niederungen des ödesten Nachwächterdienstes für die Privilegien der besitzenden Klasse. Für meinen persönlichen Teil kann ich die

richtige Voraussicht der Konsequenz der sozialdemokratischen Realpolitik für den Fall ihrer Zulassung zu den Staatsämtern schon ziemlich frühzeitig in Anspruch nehmen. Im August 1912 schrieb ich in meine Münchener Zeitschrift (KAIN, Jahrg. II. Nr. 5): „Wären die deutschen Behörden nicht so vernagelt, den sozialdemokratischen Staatspositivisten den Eingang zu den Verwaltungsämtern zu versperren, so hätten sie längst die Erfahrung gemacht, daß sie in ihnen die pflichttreuesten Hüter der kapitalistischen Einrichtungen besäßen. Schon das Wirken der Roten in den Parlamenten hätte ihnen darüber Klarheit schaffen müssen.“ Allerdings scheine ich mich damals in der Beurteilung der Arbeitermassen geirrt zu haben. Denn ich glaubte, „daß die Arbeiter, wenn ihren Führern einmal das Odium umstürzlerischer Gesinnung genommen würde, an ihrer Wirksamkeit erkennen könnten, wie fern von den Wünschen des Volkes das Walten einflußreicher Genossen lebt, und daß der Moment, wo das Volk begänne, den politischen Mumpitz seiner Vertreter zu durchschauen, revolutionäres Leben in die Geister bringen müßte.“ Die revolutionäre Resonanz der sozialdemokratischen Realpolitik von 1914—x blieb freilich nicht aus, beschränkte sich aber auf eine sehr geringe, dazu noch mißleitete und unter sich selbst uneinige Minderheit, die zu schwach war, sich gegen die Ebert-Noskeschen Methoden der Belagerungsdiktatur durchzusetzen und deren stärkster Teil sich dann ebenfalls wieder von ihrer Führerschaft zu Parlaments- und Gewerkschaftspraktiken und dadurch zur Duldung und Unterstützung einer auf sozialdemokratische Vorkriegsopposition gestimmte Realpolitik mit kommunistischer Färbung gewinnen ließ. Der einzige Nutzen, der aus der praktischen Tätigkeit sozialdemokratischer Regierungen in Deutschland bis jetzt zu erkennen ist, besteht in der Widerlegung der Bismarck'schen Äußerung: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren“; die Sozialdemokraten haben es auch mit dem Belagerungszustand nicht gekonnt.

Augenblicklich — ich schreibe dies am 18. Juni — ist die Deutschland in tiefster Seele erschütternde Frage die, ob Müller und Scholz über die realpolitische Verteilung der vakanten Ministerpöstchen einig werden oder nicht. Wenn nicht, so könnte, Gott behüte, statt der Großen Koalition — das ist ein Ragout aus Börse, Kirche, A. D. G. B., A. E. G. und bayerischer Eigenart und unterscheidet sich vom Bürgerblock dadurch, daß dieser statt der Gewerkschaftsbonzen die Landhändler bevorzugt — eine kleine Koalition aus Weimarionetten, verstärkt durch Mit-

telstand und Bayerntreue, herausspringen. Wenn aber ja, dann ist der Verrat der Sozialdemokraten ganz ungeheuerlich und dem Proletariat werden alsdann erst die Augen übergehen, so schrecklich wird alles werden. Wenigstens ist es so täglich in der kommunistischen Parteipresse zu lesen, und es ist nur das Pech unserer kleinbürgerlich-individualistisch-utopistischen Anarchistenideologie, daß uns das Verständnis dafür abgeht, warum wohl der Verrat am Proletariat verwerflicher ist, wenn man ihn im Bunde mit dem schwerindustriellen Liberalismus, als wenn man ihn im Bunde mit dem mittelständlerischen Klerikalismus verübt. Aber wir haben die realpolitische Überlegenheit der Parteikommunisten ja schon damals verkannt, als wir nicht begreifen konnten, daß bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten schwerere Gefahr und größeres Unglück für das Proletariat befürchtet werden müsse, als es bei der Wahl des Kandidaten Marx der Fall gewesen wäre. Der dem realpolitisch minder bewanderten Zeitgenossen vornehmlich in die Augen springende Unterschied zwischen den beiden Herren ist der, daß sich der eine lieber mit dem Marschallstab, der andere lieber mit der Wachskerze in der Hand photographieren läßt.

Es ist für den grundsätzlichen Staatsverneiner nicht ganz einfach, die Aufregung der Kommunisten zu verstehen, wenn sich die sozialdemokratischen Bejager des Staates bereit zeigen, diesen Staat im Verein mit allen anderen Staatsbejahern zu regieren. Die Deutschnationalen werden doch von den Sozial- wie ebenso wie von den bürgerlichen Demokraten nur deshalb als koalitionsunfähig angesehen, weil man sie im Verdacht hat, nicht hinlänglich staaterhaltend der Republik ergeben zu sein. Der Verdacht ist unbegründet, denn wer nur immer an der Regierung teilnimmt, sieht zwar zu, die Kontrahenten zu möglichst großen Zugeständnissen in der Richtung seiner Programm-bekenntnisse zu überreden, erklärt aber zugleich seine Bereitswilligkeit zu Anpassungen an das fremde Programm. Dabei wird wie im Skatspiel gereizt, jeder sucht den Partner zu über-tölpeln, und alles Verhandeln findet schließlich seine Grenze an der unvermeidbaren Verpflichtung, den Staat zum Nutzen seiner wirklichen Auftraggeber, der privatwirtschaftlichen Unternehmer, zu verwalten. Die Regierungsmethoden der zu Koalitionen zugelassenen Parteien unterscheiden sich lediglich in Nüancen und in äußeren Förmlichkeiten, nirgends im Prinzip. Die prinzipiellen Auffassungen gelten bei allen gleichermaßen nur für die Zeit der Opposition, und auch da bloß, so lange die

Hoffnung, zu verantwortlicher Mitarbeit doch noch herangezogen zu werden, gering ist.

Die Erfahrung ergibt diese Tatsachen: Dürfen die Deutschen in die Regierung, so verlassen sie die sonst in Ehrfurcht und wartender Treue umringten Stufen des annoch verwaisten Thrones und flechten mit am Drahtzaun der den Hohenzollern die Rückkehr sperrt; sie verzichten auf den Revanchekrieg und schwenken im Privatkлуб Schwarz-Weiß-Rot und im Amtsbereich Schwarz-Rot-Genf. Die Deutsche Volkspartei, die unmittelbare Mandatarin der industriellen Beherrscher des Landes, weiß sich natürlich ihres absolut maßgeblichen Einflusses auf jede Regierung, ob sie drin sitzt oder nicht und gleichgültig, wie stark sie in den Parlamenten vertreten ist, immer sicher. Sie legt dennoch Wert darauf, selbst Minister zu stellen, weil dadurch die Verbindung mit der Staatsexekutive erleichtert wird; so erkaufte sie in schwierigen Fällen ihre Beteiligung an einer Regierungsbildung mit der Preisgabe gewisser programmatischer Grundsätze, natürlich nie auf wirtschaftlichem, wohl aber auf kulturellem Gebiet, indem sie sich vom Zentrum dies und jenes von ihrem liberalistischen Kirchen- und Schulprinzip abhandeln läßt. Das Zentrum umgekehrt, solide fundiert in der unverrückbaren Idee, daß der Kirche die Vorherrschaft über den Staat und mithin die bestimmende Gewalt über die Erziehung der Jugend und das private Verhalten der Staatsbürger insgesamt, insbesondere die hemmungslose Kontrolle ihrer Sündhaftigkeit auf dem Gebiete der geschlechtlichen Beziehungen, gebühre, ist für Teilzahlungen in diesem Ressort zur tolerantesten Gegenleistung nach allen Richtungen in weltlicher Hinsicht bereit. Es regiert auf weimarerisch und bewilligt auf Wunsch hundert neue republikanische Ämter; es regiert auf potsdamerisch und bewilligt jeden erwünschten Zoll auf Lebensmittel und jeden Panzerkreuzer, der auf Kosten von Kinderspeisungen geht; es regiert, wenn man ihm nur die Schule und die Sittlichkeit läßt, auch amsterdamerisch oder selbst palästinensisch und moskowitzisch. Die Sozialdemokraten aber, — mehr noch als die eigentlichen Demokraten, nach deren Grundsätzen der republikanische deutsche Staat gebaut ist, deren Zerfall als Partei aber durch die zu nahe Verwandtschaft ihrer unterschiedlichen Flügelrichtungen mit benachbarten Gruppen bedingt ist und nur noch durch die Verfügung über die Tagespresse der gebildeten und fortschrittlich-anspruchsvollen Bourgeoisie aufgehalten wird —, die Sozialdemokraten bil-

den heute den konservativen Kern des gesamten Staatswesens. Sie sind die einzigen, die völlig durchdrungen sind von der Auffassung, daß die Zustände der deutschen Republik in sich selbst keinerlei revolutionäre Eigenschaften mehr bergen und daß der freie Volksstaat, der durch die schwarzrotgoldene Fahne und durch die wohlklingenden Paragraphen der Weimarer Verfassung garantiert ist, nur noch von dem staatsmännischen Geschick bedient zu werden braucht, das neben dem Stresemann und dem Wirth nur noch den sozialdemokratischen Müllers, Löhbes und Breitscheids eigen ist, um den Charakter Deutschlands als freiester Republik der Welt dem verstocktesten Proletarier sinnfällig zu machen. Sozialistische Anschauungen haben für diese Partei noch einen gewissen theorethischen Wert, doch hat eine dreiviertelhundertjährige realpolitische Praxis ihre führenden Geister längst von dem Aberglauben kuriert, als dürfe sich das Verhalten im Getriebe der Wirklichkeit je von Lehrmeinungen beeinflussen lassen. Der Sozialismus der Sozialdemokratie hat nur noch die Bedeutung eines Firmenzeichens, ein verpflichtendes Prinzip wird von ihm längst nicht mehr gedeckt; die Firma will nur mitteilen, daß bei ihr auch Arbeiterforderungen in Auftrag gegeben werden können, sofern sie nicht das Geschäft des demokratischen Staates stören. Sozialversicherungen werden aufgebügelt, und in Fragen der proletarischen Gesamtinteressen, Wohnungsnot, Arbeitslosenfürsorge, Mieterschutz und gewerberechtlichen Angelegenheiten wird Rat erteilt und Vermittlung bei den zuständigen Instanzen des Kapitals zugesagt. Ein Prinzip weltanschaulicher Art oder gar ein Klassenkampfprinzip ist hier garnicht mehr wirksam, kann also auch nicht verletzt werden. Warum also Müller vom Parteivorstand nicht mit Scholz vom Industriellensyndikat ebenso gut Regierung machen sollte, wie mit irgendeinem Zentrumsapostel oder Börsendemokraten, ist nicht einzusehen. Wer überhaupt die Möglichkeit zugibt, daß der kapitalistische Staat nach den Interessen der Arbeiterklasse regiert werden kann, sollte lieber klar heraus sagen, wie das zu machen sei, als nur ewig Verrat schreien, wenn es andere versuchen.

Leider ist von den Parteikommunisten niemals ein unzweideutiges Programm für das Verhalten des revolutionären Proletariats innerhalb der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu erlangen. Zwar wird die Richtigkeit unserer Ansicht zugegeben, daß sich eine kapitalistische Gesellschaft nur im Interesse des Kapitalismus regieren lasse; dennoch wird gleichzeitig ver-

sucht, in Parlamenten und Verwaltungskörperschaften „Machtposten“ zu besetzen. Ja, in den kommunalen Regierungen, den städtischen Magistraten, tun die Kommunisten genau dasselbe, was sie in Staat und Reich den Sozialdemokraten vorwerfen: sie stellen Stadträte für die gleichen Stadtregierungen, in denen auch die Deutsche Volkspartei und selbst die Deutschnationalen ihre Stadt- und Magistratsräte zu sitzen haben. Es ist zuzugeben, daß Kommunalpolitik auch vom Standpunkt der anarchistischen Staatsverneinung aus notwendig ist und, sofern sie unabhängig von kapitalistischen Einflüssen betrieben werden könnte, sehr nützlich wäre. Aber erstens sind unter dem geltenden Wirtschaftssystem die kommunalen Angelegenheiten ebenso sehr den Interessensklüngeln der Geldverdiener ausgeliefert und dem Profit des Kapitals untergeordnet wie jegliche Politik sonst zweitens aber geben ja die Staatskommunisten garnicht zu, daß die Kommune ihrem Wesen nach etwas anderes sei als der Staat und andere Grundsätze des Verhaltens der Revolutionäre bedinge. Nein, man besetzt die städtischen Machtposten einfach deswegen, weil man sie haben kann und nennt das dann „Taktik“.

Was die Parteikommunisten in ihrer politischen Tätigkeit als Taktik bezeichnen, ist aber bei Licht besehen genau dasselbe was bei den Sozialdemokraten Realpolitik heißt. Selbstverständlich gibt es eine revolutionäre Taktik, nämlich das kluge Berechnen der Möglichkeiten, wie innerhalb der bedingungslosen Aktionsmethoden des Klassenkampfes unter den gegebenen Umständen am nützlichsten für das Proletariat zu verfahren sei. Taktik aber hat mit dem Opportunismus nicht das mindeste zu tun, der die Sozialdemokratie unter dem Stichwort Realpolitik über das Parlament und den Reformismus zum Noske und zum ekelhaftesten Schacher um Ministerposten geführt hat. Soweit sind die Parteikommunisten natürlich nicht; aber sie täten gut, sich daran zu erinnern, daß gleiches Verhalten unter gleichen Bedingungen zu gleichen Konsequenzen treibt. Schon haben wir es erlebt, daß die Kommunisten, um puren Wahlstimmengewinn willen für die gegen das revolutionäre Proletariat schwer bewaffneten Schupobeamteten erhöhte Bezüge, ja, daß sie nach dem Stahlhelmaufmarsch im vorigen Jahr für die Leute, die mit ihren Gummiknüppeln ausschließlich gegen Proletarier losgegangen waren, die Vergütung der dabei geleisteten Überstunden aus Staatsmitteln gefordert haben. Das alles geht unter dem Namen Taktik und ist nichts anderes als Preisgabe des revolutionären Grundstandpunktes zugunsten einer im Augenblick

opportunist scheinenden Wirkung. Es ist Realpolitik in Reinkultur.

Realpolitik, wortgetreu erklärt, bedeutet Einrichtung des Verhaltens im Hinblick auf das Wirkliche, mithin politische Tätigkeit auf dem Boden der gegebenen Tatsachen. Wir Anarchisten brauchen nicht zu erschrecken, wenn unser Widerstreben gegen jede Realpolitik, die in der Beteiligung an der Verwaltung der staatlichen Einrichtungen besteht, als utopistische Idealpolitik verlästert wird. Wir werden Realpolitik dann treiben, wenn die gegebenen Tatsachen auf dem Boden stehen, den der revolutionäre Klassenkampf durch die Beseitigung des Staates selbst geschaffen hat. Inzwischen lassen wir unser Verhalten gegen das Seiende und für das Künftige von den Grundsätzen leiten, auf denen sich die klassenlose Gesellschaft der Freiheit und des Sozialismus allein ausbauen kann: von rücksichtsloser Wahrhaftigkeit in Forderung und Kritik, von unverwässertem kompromißlosem Kampf gegen den Kapitalismus und seine Zwingburg Staat und von der Reinhaltung der revolutionären Idee von den Tageserwägungen jeder opportunistischen Taktik. Was für eine Regierungskoalition von jetzt ab die Taschen der Proletarier für den Profit des Kapitals schröpfen wird, ist völlig uninteressant. Der Kampf gegen die Ausbeutung in jeder Form und gegen die Herrschaft jeder Regierung geht den Arbeiter etwas an. Solidarischer Zusammenschluß des revolutionären Proletariats zu diesem Kampf, ohne Zentrale, ohne Befehlsgewalt beamteter Führer, ohne prinzipienlose „Taktik“, aber mit dem Blick zum Ziel, mit dem Bewußtsein der Kraft und mit dem Willen zur Tat, — das ist proletarische und revolutionäre Realpolitik.

Aus der Geschichte der anarchistischen Emigration

Stephanus Fabljanovic gehört zu den anarchistischen Opfern des Vernichtungskampfes, den die europäischen Marxisten gegen die Anhänger der bakuninistischen Opposition führten. Er, der nach langen Jahren unstillen Wanderns in der amerikanischen „Zuflucht“, Jahren unaufhörlichen Kampfes sowohl um die persönliche Existenz als auch um den Sozialismus, die Freiheit und das Glück der Arbeiterschaft insgesamt, endlich in Californien sesshaft geworden ist, wo er seinem ursprünglichen Gewerbe als Bäcker nachgeht, schildert in dem Artikel, den er für FANAL geschrieben hat, das Schicksal seiner eigenen engsten Gefährten. Es ist Erlebnis, das hier mitgeteilt ist, und ich habe deshalb außer geringfügigen Streichungen, die Mißverständliches ausmerzten, nur die sprachliche Umarbeitung der Artikel vorgenommen, die das Deutsch des kroatischen

Proletariers, der überdies seit Jahrzehnten unter englisch sprechenden Menschen lebt, notwendig machte. — Im Jahre 1923 veröffentlichte Genosse Fabijanovic im Selbstverlag (Los Angeles, Cal. 812 East Adams Str.) ein Buch „Zwei einsame Menschen und ihre Glückseligkeit“, das von unserm alten Kameraden Alfred G. Sanftleben ins Verständliche übertragen und mit einem Geleitwort versehen worden ist. Ein philosophisches Bekenntnisbuch über das innere Glück zweier hungernder Weltbummler, ahasverischer Revolutionäre, die sich naiv und dabei grundgescheit in Unterhaltungen und Briefen mit dem Individualismus Nietzsches und mit ihrer eigenen Gefühlswelt auseinandersetzen und darin und in der Zuversicht auf die revolutionäre Mission des Weltproletariats das seelische Gleichgewicht in ihrer Pennbrüderisolierung finden. „Sollte dieses Schriftlein Ermutigung, wenn nicht Anklang finden,“ sagt Gen. Sanftleben in der Einleitung, „so dürften vielleicht im Laufe der Jahre weitere Blätter den Weg in die Öffentlichkeit finden.“ Vielleicht hilft dieser Hinweis und der folgende Aufsatz des Genossen Fabijanovic selbst seinen weiteren Arbeiten den Weg öffnen.

E. M.

Es dauerte ungefähr 4 Jahre, bis der verstorbene Genosse P. Kropotkin die Auffassungen Michael Bakunins über Staat und Staatsformen und seine Angriffe gegen den Staat völlig verstand und übernahm. Keinem der Genossen jener Zeit erging es besser; sie alle hingen noch mit Leib und Seele an der Staatsidee. Was beim einfachen Arbeiter dieses Vorurteil ausmacht, stimmt wenig hoffnungsvoll. Bakunins Meinung über die Notwendigkeit föderalistischer Gruppenbildungen zur Regelung von Konsumtion und Produktion wurde von seinen Genossen kaum begriffen, so wenig wie die theoretischen Auseinandersetzungen über den Warenaustausch, die zuerst den tatsächlichen Kampf gegen den Staat als Beschützer des kapitalistischen Systems und die Aufklärung der Angriffsorganisationen vorbereiten sollten. In dieser Auffassung Bakunins lag seine unmißverständliche Bejahung des gewaltsamen Kampfes eingeschlossen. Beides war damals als Problem kaum zu trennen. Die Geschichte lehrt, wie nach der Popularisierung der Bakuninschen Lehre durch Genossen P. Kropotkin und andere alte Anarchisten bald eine großartige antiparlamentarische Bewegung entstand. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika organisierten sich massenhaft Gruppen, die ihre eigene Bewaffnung praktisch durchführten. Sogar die sozialdemokratische Partei Deutschlands war damals so rührig, daß der Staat seinen großen Reiterstiefel ansetzte, um alle derartigen Keime zu ersticken. Das Sozialistengesetz, das niemanden verschonte, war das Allheilmittel des Staates. Die besten revolutionären Arbeiter mußten ihre Heimat verlassen. Die Vertriebenen begannen nun in aller Welt ein großes Zungendreschen über den strengen Papa Staat! Hier Sozialisten und Parlamentarier, dort Anarchisten und Antiparlamentarier! Der Streit nahm scharfe und höchst bedenkliche Formen an. In Oesterreich entstand eine sehr starke antiparlamentarische Bewegung, die nicht so leicht mit dem großen Staatsstiefel

niederzuhalten war. Aus dem Streit der deutschen verbannten Revolutionäre lernte die österreichische parlamentarische Bewegung und schuf unter Staatsschutz eine organisierte Körperschaft, die ihr Programm 1888 auf dem Heinfeldler Parteitag proklamierte. So erreichten in Oesterreich die geschmeidigen Politikanten mit einem Schachzug ungefähr dasselbe, was in Deutschland das Sozialistengesetz bewirkte. Die Antiparlamentarier mußten das Feld räumen und zwar dergestalt, daß die besten Genossen Oesterreich verlassen mußten. Aber diese Genossen hatten es schwer, sich im Auslande zurechtzufinden, und manche von ihnen kamen bald von Amerika zurück. Diejenigen Genossen, die der Idee die Treue gehalten hatten, ertrugen Schreckliches, verkümmerten auf der Landstraße, erkrankten und viele gingen zugrunde. Die anderen, die verzweifelt zurückkamen, gaben den Kampf auf; — sie mußten sich bei der sozialdemokratischen Partei in der Gumpendorferstraße untertänigst anmelden, um dort von Herrn Dr. Victor Adler die Erlaubnis zu erhalten, wieder österreichische Staatsbürger zu sein. Damit ist alles gesagt. Zähneknirschend fügten sich die alten Kämpfer. Diese Niederlage erlitten nicht nur die Zurückgekehrten, sondern sie wirkte sehr stark auf die jungen Genossen zurück. Auch sie standen vor der Wahl, entweder loyale Parteimitglieder zu werden oder davon zu laufen. Dableiben war unmöglich. Der Kampf der begeisterten und nun lahmgelegten Jungen war erbittert. Wer dort blieb, war ständig arbeitslos, wurde alle Augenblicke zum Verhör vor die Polizei geladen und schließlich so weit getrieben, daß wohl die meisten auf der Landstraße ihre sicherste Heimat fanden. Die Vertriebenen trafen sich in aller Herren Ländern. Das war kein Spaß mehr! Viel verzweifelten. Anderer ließen sich von der Sehnsucht nach dem Dampf von Sauerkraut und Blunzen zurück locken und landeten alsbald für längere Zeit hinter Schloß und Riegel.

Hier seien auch die Genossen erwähnt, die zur Kolonisation nach Brasilien auswanderten. Leider ging es ihnen schlecht genug mit ihren Versuchen. Sie wanderten nach Kalifornien und während des Krieges sah man sie dort in Lumpen gehüllt auf dem Wege nach Mexiko, wo sie von neuem den äußersten Kampf aufnehmen wollten und ihrer erbitterten Wut im Kampf gegen das herrschende System einen Ausweg suchten. Man kann die schrecklichen Kämpfe nicht beschreiben, die doch noch von Europa ihren Ausgang genommen hatten.

Die Reaktion wütete überall, zumal in den latein-amerikanischen Ländern, aus denen die Genossen schließlich ebenfalls flüchten mußten. Die meisten fuhren nach Argentinien, wo sie unter den schwierigsten Umständen den Kampf wieder aufnahmen. Als heimatlose Proleten blieben sie dem Glauben treu, daß vom Parlamentarismus nichts zu erwarten sei. Damit nisteten sie sich ein, gründeten eine antiparlamentarische Bewegung, die heute so fest dasteht, daß die streikenden Arbeiter die Regierung niemals zur

Schlichtung ihres Streikes zulassen. Daß inzwischen eine alles niederschmetternde Reaktion auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aufkam, ist wohl allgemein bekannt. Wie aber diese Reaktion die besten Genossen ins Ungewisse hinaus trieb, das muß erst noch von guten, sich frisch wieder aufrichtenden Genossen der Welt berichtet werden. Man weiß zwar, daß einige alte verborgen lebende Genossen noch Material über die vergangenen Kämpfe haben, die die neue Generation über den Ursprung des furchterlichen Kampfes aufklären können, aber die nach dem Weltkrieg aufgewachsene Generation bildet sich ein, daß die früheren Kämpfe der antistaatlichen Bewegung von einigen Boheme-Literaten ausgegangen wären und mehr der Unterhaltung als der Aufklärung gedient hätten. Diese althergebrachte Bosheit der parlamentarischen Richtung ist so langlebig, daß man sie noch heute in amerikanischen Arbeiterzeitungen finden kann, die sonst den russischen Staatssozialismus verherrlichen. — Das „Fanal“ gehört einer neuen Zeitepoche an, da ist kein Platz, um vergangenen Zeiten nachzutrauern.

Die alten Genossen, die annodazumal wegen ihrer Opposition vertrieben wurden, träumten nicht von süßen Rosinen. Sie bauten Lehren auf, die noch heute ragende Leuchttürme im Kampf gegen den Staat sind. Wir wollen über vergangene Kämpfe keine Tränen vergießen, aber um so kräftiger die neuen Kämpfe führen, um moderne Ideen über den Staat siegen zu lassen! Mögen viele der alten antiparlamentarischen Genossen sich zum russischen Staatssozialismus bekannt haben, das wird an der Tatsache nichts ändern, daß Staat und Tyrannei eins sind.

Schließlich soll noch eins hervorgehoben werden! Der Weltkrieg mit all seiner Lebensvernichtung hat der alten Reaktion keinen Abbruch getan, sondern sie eher noch verschärft. Wer anders denkt, betrügt sich selbst. Man braucht sich ja nur in der Welt umzusehen, um zu erkennen, wer an der Spitze des Staates steht. Dort stehen die alten Parlamentarier, die nicht nur mehr ihren boshaften Haß, sondern die Staatsgewalt selbst gegen die paar in der Welt zerstreuten einstmals vertriebenen Antiparlamentarier mobil machen. — Die jungen Genossen (zuma! in Deutschland!) sollen sich hüten auszuwandern. Es sind keine erfreulichen Abend Schulen, in denen die Pflichten eines naturalisierten Bürgers erlernt werden.

Stefanus Fabijonowic.

Schacher mit Gefangenen

Der letzte Reichstag verurteilte sämtliche Gefangenen, die auf Amnestie gehofft hatten, zu neuer Zuchthausqual und ging auseinander, um in der Wahlpropaganda jeder Partei das Versprechen zu ermöglichen, sie werde im neuen Reichstag die Amnestie durchsetzen. Der neue Reichstag fand

denn auch gleich einen kommunistischen Amnestieantrag vor, der in den Zuchthäusern unter den proletarischen politischen Gefangenen mit wahrem Entsetzen zur Kenntnis genommen worden ist. Es ist die blanke Kapitulation vor der Sozialdemokratie, nämlich die Beschränkung der Amnestieforderung auf die linksrevolutionären Gefangenen und das ausdrückliche Verlangen, die Angehörigen nationalistischer Organisationen und Verbände auszunehmen. Damit haben die Parteikommunisten, nachdem ihre bessere Einsicht vorher ihnen Hunderttausende sozialdemokratischer Stimmen bei der Wahl eingetragen hatte, jetzt, da sie vier Jahre hindurch die Sozialdemokratie nicht mehr vor Wählermassen und vor Zuchthausgefangenen auszustechen brauchen, genau das getan, was sie zuvor mit großer Berechtigung der Sozialdemokratie als demagogische Preisgabe eines großen Teiles der proletarischen politischen Gefangenen vorgeworfen haben: sie haben der Bourgeoisie den Tip gegeben, wie sie um die politische Generalamnestie herum kommen könne. Sie haben die Berechtigung des Standpunktes zugegeben, daß die Atmosphäre des akuten Bürgerkrieges, aus der die sogenannten Fememorde ebenso hervorgegangen sind, wie alle Taten der revolutionären Arbeiter, in den Zuchthäusern durch Staatsmaßnahmen wach gehalten werden soll. Sie haben, wohl wissend — denn dies war ihr eigenes stärkstes Argument gegen die sozialdemokratische Scheinheiligkeit vor den Wahlen —, daß der Staat selbstverständlich niemals andere Ausnahmen von der Amnestie zulassen werde als solche, die proletarische Klassenkämpfer zu tragen haben, selbst von vornherein verlangt, daß das Amnestiegesetz Ausnahmen enthalten müsse. Wenn sie dabei nicht vorausgesehen haben sollten, was in Preußen inzwischen eingetreten ist, wo Kuttner — immer wieder derselbe Kuttner, dem selber schon mal die Waffe im politischen Kampf losgegangen ist, allerdings tötete er nur einen spartakistischen Arbeiter — eine Amnestie beschließen ließ, die sämtliche Vergehen gegen das Leben unberücksichtigt läßt, — wenn die Kommunisten diese Konsequenz ihres wahnwitzigen Antrags nicht vorausgesehen haben sollten, dann wird man ihnen in Zukunft jedes Dreinreden in politische Angelegenheiten, die das Proletariat angehen, wegen nachgewiesener Unfähigkeit zur Abschätzung tatsächlicher Verhältnisse verbieten müssen. Haben sie aber aus „taktischen“ Gründen und in klarer „realpolitischer“ Erkenntnis der Folgen gehandelt, so wird man ihnen verbieten müssen, die Sozialdemokraten, die dasselbe tun, als Verräter zu bezeichnen. Das Privileg dazu werden wir Revolutionäre innerhalb und außerhalb der Zuchthäuser uns vorbehalten, den Kreis dieser Bezeichnung dann aber so weit ziehen, wie es das Verhalten aller Beteiligten gebietet.

Die unmittelbare Aktualität der Amnestiefrage läßt diesmal die Beschäftigung mit den neuesten Leistungen auf dem Gebiete der deutschen Justiz nicht zu. Vielleicht ist es im nächsten Heft möglich, die reizvollsten

Affären, Jacobowski, Langkoop, Weingärtner und besonders die Verspeisung des Riebeschen Kugellager-Unternehmens durch den Norma-Konzern mit Hilfe der staatlichen Gerechtigkeitseinrichtungen noch nachträglich zu behandeln. Im Augenblick kommt alles darauf an, die Aufmerksamkeit derer, die mit den proletarischen Gefangenen verbunden sind, auf die Gefahren zu lenken, die mit der Beschränkung einer Amnestie auf solche Fälle verbunden sind, die die Justizbehörden als politische anerkennen. Den nachfolgenden gekürzt wiedergegebenen Brief hat der Genosse Karl Plättner aus dem Zuchthause Luckau an ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages gerichtet. Er möge jeden zum Nachdenken anregen, der da meint, man könne unbemerkt mit Leben und Schicksal gefangener Revolutionäre politischen Schacher treiben.

„Aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages schrieb die „Leipziger Volkszeitung“, daß bereits in der ersten Sitzung des Reichstages das Amnestiegesetz abermals in den Vordergrund treten wird. Wörtlich heißt es dann: „Schon liegen von den Sozialdemokraten und von den Kommunisten gestellte Anträge vor. Die Kommunisten verlangen abermals die Ausschaltung der Rechtsverbrecher, wodurch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vom vorigen März durchaus gerechtfertigt wird.“

Nichts wird dadurch gerechtfertigt, denn die Tatsache bleibt bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion wegen der paar Rechtsbrecher von rechts, die das Malheur hatten, strafrechtlich verfolgt und verurteilt zu werden, verabsäumte, richtiger: verhinderte, mindestens 300 Kommunisten freizulassen, darunter solche mit hohen und den höchsten Zuchthausstrafen und solche mit ungesetzlichen Zuchthausstrafen. Unter den 300 Kommunisten habe ich die nicht mit gezählt, die in der Registratur der sogenannten „Grenzfälle“ geführt werden. Schätzt man die Zahl auf 200, die eher zu niedrig als zu hoch ist, dann werden es 500 Kommunisten, deren Freilassung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhindert hat. Gegenüber dieser Tatsache wird jedes Argument, das zur Rechtfertigung des Verhaltens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im vorigen Reichstag herangezogen wird, inhaltslos, denn Sie wissen so gut wie ich, daß die Freilassung dieser Fünfhundert im verflossenen Reichstag von Kommunisten und Sozialdemokraten durchzusetzen ein Unding war. Sie wissen aber eben so gut, daß mit den sogenannten Mittelparteien dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, wie Sie andererseits auch wissen, daß es mit den Rechts-Parteien durchzusetzen war. Und noch mehr: Sie wissen auch, daß den Deutschnationalen in dieser Situation alles annehmbar war und ihnen jede Bedingung gestellt werden konnte, wenn sie nur ihre Gesinnungsverwandten aus den Zuchthäusern kriegten.

Nun zur neuen Situation, die in der speziellen Frage der Amnestie nicht anders geworden ist. Zunächst will ich rund heraus erklären, daß ich es für einen Ausfluß unreiner Gesinnung halte, wenn die Kommunisten wieder die Ausschaltung der Rechtsbrecher von rechts von einer Amnestie fordern. Mit welchem Recht wollen die Kommunisten bestimmte Deliktgruppen der Rechtsbrecher von rechts von der Amnestie ausschließen, wenn feststeht, daß ähnliche Deliktgruppen auch auf kommunistischer Seite vorliegen? Zwar sind diese nicht mit der Roheit belastet, wie jene, und bestimmt im

Verfolg einer höheren Zielrichtung begangen, aber: sie sind doch vorhanden . . . Und wieder frage ich: mit welchem Recht will man bestimmte Deliktgruppen von der Amnestie ausschließen, wenn man meint, es solle ein Strich unter die politische Vergangenheit gemacht werden, wenn man meint: alle diese Verbrechen sind Folgen unkonsolidierter Zeitverhältnisse? Es gibt da keine Rechtfertigung für die Ungleichheit in der Behandlung der Belinquenten. Erstens sind wir keine Epigonen des Teufels, sondern Gestalter einer neuen Weltordnung, zweitens brauchen wir nicht 10, 12 Personen leiden zu lassen für das, was ihre Auftraggeber und die Klasse und Kaste praktizieren, in deren Auftrage sie handelten als Werkzeuge eines Mechanismus; drittens fehlen dem Kommunisten, der nicht verbürgerlicht ist, so ziemlich alle Voraussetzungen, Partei zu ergreifen und den jeweils herrschenden in dieser Republik die Steigbügel zu halten: auf keinen Fall haben wir Ursache, uns zum Exekutivorgan der formaldemokratischen Mittelparteien oder der mittelmäßigen Formaldemokraten zu machen.

Diejenigen, die, außer den Kommunisten, die Fememörder nicht freilassen wollen, sind nicht nur verantwortlich für die Vollzugshandlungen der Fememörder, sondern die Auswirkungen ihrer politischen Schandtaten und sonstigen Lebensgesetze sind gesinnungsmäßig um keinen Deut besser als die aus besonderer Situation geborenen Handlungen jener Werkzeuge kapitalistischer Impertinenz. Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß ein Selbstschutz gegen Polen notwendig war, wer da meint, daß Deutschland gegen Polen Abwehrmaßnahmen kriegerischer Art zu organisieren hatte, der kann die Folgen dieser Missionen oder Funktionen nicht ausschalten: ist also verantwortlich in Form und Inhalt für alles das, was mit diesen Funktionen untrennbar verbunden ist. Im übrigen wissen Sie auch, daß die 10 Fememörder, meinetwegen auch 20, falls noch einige hinzukommen, in jedem Fall andere Richter haben, als die Kommunisten. Und diese anderen Richter werden im Laufe der Zeit für sie das tun, was der Gesetzgeber für sie zu tun ablehnt. Nicht unbekannt dürfte es Ihnen weiterhin sein, daß die Fememörder in den Zuchthäusern eine ungleich erträglichere Existenz haben als die 99% der Kommunisten: die ersten können atmen, die Kommunisten in den Zuchthäusern aber ersticken.

Aus alledem wäre vernunftgemäß zu folgern, daß es sich hier um eine reine Zweckmäßighkeitsfrage handelt und um keinen Grundsatz. Angesichts dieser Situation müssen solche Pressenotizen deprimieren, wie ich sie eben jetzt in der L. V. gelesen habe: „Eine unter Führung der Sozialdemokratie stehende Reichsregierung wird voraussichtlich sofort nach ihrem Antritt der Geschäfte mit den Länderregierungen zur Erörterung über eine baldige Amnestie in Verbindung treten. Es sollte selbstverständlich sein, daß — wie es die Sozialdemokratie wünscht — gemeine Verbrecher von dieser Amnestie ausgeschlossen werden“.

Vorweg kurz folgendes: wer ist denn nun in dieser Gesellschaftsordnung eigentlich ein gemeiner Verbrecher. In kriminalpsychologischen Wälzern quälen sich professorale Sozialdemokraten täglich damit ab, nachzuweisen, daß die Verbrechen in der heutigen Gesellschaftsordnung in der Hauptsache soziologisch bedingt sind, von einigen Rechtsbrechergruppen abgesehen, die auf Krankheitsanlagen beruhen und in der heutigen Gesellschaftsordnung besonders disponiert werden. Wenn die sozialdemokratische Pressenotiz realen Wert haben soll, dann wird bei dem kommenden Amnestiegesetz

nicht viel herauskommen: eine Sekundierung dessen, was Richter mit mittelalterlichem Horizont täglich praktizieren. Kann das zur sozialistischen Mission gehören? . . .

Die Hauptsache: Sie wissen, daß Kommunisten, die zu hohen und höchsten Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, mehr oder weniger alle das Prädikat „gemeiner Verbrecher“ mit auf den Zuchthausweg gekriegt haben . . . Schließt jetzt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diejenigen von der Amnestie aus, die keine „gemeinen Verbrecher“ sind, von Richtern aber dazu gestempelt wurden, dann schließen Sie von der Amnestie überhaupt alle aus, um derentwillen es eigentlich gehen müßte. Um Ihnen das ganz deutlich vor Augen zu führen, will ich mit einem mir besonders nahe liegenden Beispiel operieren. Unterscheiden Sie mal zwischen Plättnergruppe im engsten Sinne des Wortes und zwischen Plättnerbanden. Die Plättnergruppe im engsten Sinne des Wortes wurde im Jahre 1921 unschädlich gemacht und mit rund 20 Personen verhaftet. Sofort setzte die Tendenz ein, uns als „gemeine Verbrecher“ zu stempeln. Das ist zwar nicht gelungen, aber fragen Sie mich um Gottes willen nicht: durch welche Hölle wir in einer zweijährigen Untersuchungshaft gegangen sind. Sämtliche Mitglieder dieser engeren Plättnergruppe wären als „gemeine Verbrecher“ ins Zuchthaus geschoben, wenn sie nicht besondere Glücksumstände gehabt hätten: erstens stand uns ein Verteidiger zur Seite, der kein Advokat ist, sondern ein Mensch . . . , zweitens bin ich von einer schier unerstüßlichen Natur. So habe ich in der Schwurgerichtsverhandlung in Halle im Juni-Juli 1923 29 Stunden hintereinander einen Unzuständigkeitsantrag begründet, mit dem Erfolg, daß die Sache als Hochverratsache an den Staatsgerichtshof verwiesen wurde. Dabei hatten wir aber das Glück, daß wir einem loyalen Vorsitzenden gegenüberstanden. Bevor es dazu gekommen war, hatte ich reichlich dafür gesorgt, daß einige Zentner Eingaben bei den Gerichten, die sich mit unseren Strafsachen befaßten, eingeliefert wurden.

Ganz anders verhält es sich mit den Plättnerbanden, alles schlichte Durchschnittsproleten, die nicht das Glück hatten, mit mir gemeinsam verhaftet zu werden, sondern zunächst frei blieben — und selbstverständlich „im Sinne Plättners weiter handelten“. Aber darunter befinden sich Leute, die ursprünglich in der Plättnergruppe organisiert waren, auch Genossen, die gemeinsam mit mir dem Obersten Aktionsrat der illegalen Kampforganisationen der KAPD angehörten. Solche Anhänger sind dann in den Jahren nach unserer Verurteilung einzeln oder in Gruppen verhaftet und als „gemeine Verbrecher“ verurteilt worden. Mir fehlt die Uebersicht, um mit Zahlen operieren zu können, aber die Zahl ist nicht gering. Ich will mich in meinen heutigen Betrachtungen darauf beschränken, Ihnen einige Stellen aus der Urteilsbegründung eines Urteils der I. Strafkammer des Landgerichts in Stolp vom 21. Februar 1924 vor Augen zu führen, das gegen 8 Beteiligte ergangen ist, die sich nicht mit dem genügenden Nachdruck verteidigen konnten:

„Die Angeklagten behaupten, sie gehörten alle einer außerhalb der politischen Parteien stehenden geheimen Organisation an, die sich zum Ziele gesetzt habe, durch Bandenkrieg die derzeitige kapitalistische Gesellschaftsordnung zu unterwühlen und späterhin zu stürzen. Diesem

Zweck habe auch der Überfall auf das Postamt in Hebrondamnitz gedient. Außerdem habe der Überfall wie alle derartigen Unternehmungen dazu gedient, durch sogenannte „Expropriationen“ öffentlicher wie kapitalistischer Kassen, wie Banken, Postämter und Fabriken, die für die Organisation notwendigen Mittel herbeizuschaffen, da diese nicht über so reichliche Mittel verfüge wie die kapitalistischen Organisationen. Auch habe der Überfall auf das Postamt in Hebrondamnitz der „Propaganda der Tat“ gedient . . . Ihr Programm entspräche ganz dem von Plättner in seinem Buche: „Der organisierte rote Schrecken“ niedergelegten Grundsätzen. Dieses Buch wollen alle Angeklagten gelesen und zum Vorbild ihrer Handlungen genommen haben.

Diesen Angaben der Angeklagten setzt die Urteilsbegründung folgende „Erwägungen“ gegenüber: Die Plättnerorganisationen, als deren Ausläufer die Angeklagten ihre Geheimorganisationen bezeichnen, hätten in den Jahren 1921-22 bestanden. Sie hätten sich zur Aufgabe gestellt, gemäß den von ihrem Führer Plättner in seinem Buche: „Der organisierte rote Schrecken“, niedergelegten Richtlinien als Stoßtrupp im Kampfe gegen den bestehenden Staat zu dienen und sich durch einzelne Unternehmungen für diesen Kampf vorzubereiten und auszubilden, zugleich auch Unruhe in die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu bringen und dem Kommunismus die finanziellen Mittel zur Durchführung des Staatssturzes und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verschaffen. Wenn diese Organisation zunächst auch aus einem gewissen Idealismus gehandelt hätten, so seien sie doch bald zerfallen, da dieser Idealismus bei ihnen immer mehr verschwunden wäre und sie Gefallen am Gelderwerb gefunden hätten. Die Plättnergruppen seien größtenteils als gemeine Räuberbanden geendet und seit längerer Zeit aufgerieben und als erledigt zu betrachten. Seitdem Plättner in dem Verfahren vor dem Landgericht in Halle das Politische Motiv mit Erfolg als die Ursache seiner Handlungsweise bezeichnet habe, sei dieses Motiv von Bandenverbrechern mit Vorliebe vorgeschützt worden, um sich einen politischen Gerichtshof und etwaige Amnestien zu sichern“.

Nachdem dann in der Urteilsbegründung weiter „festgestellt“ worden ist, daß der Politischen Polizei nicht bekannt gewesen sei, daß ein von irgend einer ernstlich in Frage kommenden politisch links gerichteten Organisation ein bestimmtes, auf die Veränderung der Staatsform gerichtetes Unternehmen geplant und in der Ausführung begriffen gewesen sei, heißt es dann hinsichtlich der Angeklagten weiter:

„Wenn die Angeklagten weiter betonen, daß sie mit den Organisationen von Hoelz und Plättner in Verbindung gestanden haben, so ist zu berücksichtigen, daß seit den Unternehmungen dieser beiden Verbrecher ein Zeitraum von mehreren Jahren liegt und daß deren Organisationen nicht mehr bestehen. Diese mögen zunächst die sogenannten „Expropriationen“ als ein unentbehrliches Kernstück zur Erreichung ihres Zieles, der Errichtung der Räterediktatur, betrachtet haben. Ihre Überbleibsel nach der Verhaftung Hoelz' und Plättners sind aber nach Ansicht des Gerichtes nur noch von dem Triebe zusammengehalten, sich an fremdem Eigentum zu bereichern. Dies geht auch aus der von den Angeklagten verübten Tat hervor. Es mag sein, daß die Angeklagten Görlich, Eick und Bergemann früher in gewisser Beziehung zu Hoelz und Plättner ge-

standen haben. Nach deren Verhaftung sind sie aber nur illegal lebende Menschen geblieben, die vor die Frage gestellt waren, ob sie sich den Polizeibehörden stellen sollten oder nicht oder sich weiter von Raub und Diebstahl ernähren wollten. Mit den übrigen Resten der Plättnerorganisation haben sie den letzten Weg gewählt und aus diesem Grunde nach der Ueberzeugung des Gerichts die Tat in Hebrondamnitz ausgeführt. Das Gericht stellt fest, daß die Angeklagten nur nach Hebrondamnitz gefahren sind, um für sich und ihre Zwecke Geld zu erbeuten. Damit entfällt aber jedes politische Motiv. Es handelt sich bei den Angeklagten um gemeine und nicht politische Verbrecher“.

Vorher waren zwei ähnliche Urteile in Charlottenburg gefällt . . . Den Verurteilten fehlte nach unserer Verhaftung der Kopf, im Prozeßverfahren die qualifizierte Führung, in der Parteiöffentlichkeit der notwendige Schutz. So sind sie das Opfer dieser drei Mängel geworden. Bergmann behauptet allerdings, daß sie die Verlesung des Urteils gegen Plättner und Gen. und mein persönliches Erscheinen als Zeuge beantragt hätten. Das alles aber wurde brüsk abgelehnt.

Ich hoffe, Sie mit diesem Beispiel überzeugt zu haben von der Notwendigkeit, das Amnestiegesetz nicht mit solchen Klauseln zu belasten, wie sie in der Absicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen. Bleibt es frei von diesen Klauseln, dann sind damit zwar noch nicht diese hier erwähnten Urteilsgruppen von der Amnestie erfaßt, aber es ist uns dann die Möglichkeit gegeben, vor Parlamentarischen Amnestieausschüssen und sonst noch in geeigneter Weise ihre Freilassung zu erzwingen. Denn den Nachweis zu erbringen, daß es sich hier in Wirklichkeit um politische Rechtsbrecher dreht, fällt mir dann leicht, wenn ich auch glaube, daß uns darin noch ein hartnäckiger Kampf bevorsteht. Denken Sie daran, daß diese Genossen mit hohen und den höchsten Zuchthausstrafen in den Zuchthäusern vegetieren und alles über sich ergehen lassen müssen, was es im „modernen deutschen Strafvollzug“ gibt. So sehr ich mit meiner Gesundheit herunter bin und die Vernunft mahnt, nach meiner Freilassung alles darauf abzustellen, diese erst wieder herzustellen, soweit das überhaupt noch möglich ist, so unbedingt steht fest, daß ich mich nicht eher dieser Aufgabe unterziehe, ehe ich nicht meine Anhänger aus den Zuchthäusern gebracht habe. Erschweren Sie uns diese Mission nicht, ich bitte Sie innigst darum.

Ihr

Karl Plättner.

Befriedete Welt

Kürzlich war Herr Dr. Stresemann krank, und da Herrn Aristide Briand auch gerade nicht ganz wohl war, hatten wir schon alle Angst, daß es einen neuen Krieg geben werde. Den deutschen Generalanzeigerlesern, soweit Hugenberg ihren Organen ein schwarzrotgolden getöntes Papier gestattet, ist es nämlich nachgerade schon ins politische Oberbewußtsein gedrungen (da drunter aber ist's fürchterlich!), daß der Weltfriede auf dem Nobelpreise dieser beiden Staatsmänner für die Ewigkeit stabilisiert ist, und daß

ihr Nobelpreiskollege Chamberlain, wenn sie einmal verhindert sind, in Genf aufzupassen, die übrigen Staatskerle alsbald zur Veranstaltung gräßlicher Gemetzel anregen wird. Nun, sie sind gottseidank beide wieder frisch und mobil und zunächst auch der Gefahr entrückt, von Breitscheid oder Louchéur auf dem Auswärtigen Amt gedrängt zu werden. So ist der Friede in aller Welt also garantiert. Nur in China wollen die Früchte des Völkerbundspazifismus noch nicht recht reifen. Die Japaner haben dort zwar nach dem Rechten gesehen und den Schutz ihrer gefährdeten Landsleute dadurch gesichert, daß sie im ehemaligen deutschen Pachtgebiet in Schangtung mit viel Verbrauch von Artilleriemunition ihre Flaggen hißten und dadurch die ursprünglich im Versailler Vertrag vorgesehene Lösung des Tsingtau-Problems, die dann auf den Einspruch Chinas im Washingtoner 9-Mächte-Abkommen wieder gestrichen wurde, um des lieben Friedens willen nachträglich zum Siege führten. Wozu der chinesische Bürgerkrieg nicht alles gut ist! Ueber den Verlauf dieser in Schiebungen und Verrätereien versackten Revolution zu sabadern, mag den Politikern überlassen bleiben, die sich von dieser oder jener Wendung der Dinge ein Geschäft versprechen und deshalb versichern, sie sei eingetreten. Aber möge der bezahlte Generalissimus der Konterrevolution mit der unter seinen Zug geworfenen Bombe krepieri sein oder mag sie ihm bloß die Kaldaunen verrenkt haben, — wesentlich bleibt dabei nur das psychologische Moment, daß die gehundsfoteten und gemarteten chinesischen Proletarier noch revolutionäres Temperament genug haben, ihren Peinigern im Kleinen zu erwidern, was die im Großen treiben. Die Nordarmee rückt ab — die Südarkmee rückt vor und Feng und Yeng und Tschangkaischek bemogeln sich gegenseitig in Verträgen und Abkommen, bemogeln ihre europäischen, japanischen und amerikanischen Auftraggeber und köpfen abwechselnd in den verschiedenen Gegenden des Landes die rebellischen Kulis und Bauern, die ihren Versprechungen geglaubt hatten. Vermutlich wird über kurz oder lang — da die Herren Stresemann und Briand doch gottseidank wieder auf dem Posten sind — der Völkerbund die strittigen Fragen lösen und dann die Kulis und Bauern in eigener Regie köpfen lassen. So muß ja endlich Friede werden. Es geht doch sonst überall in Harmonie. Der Krieg zwischen Polen und Litauen ist noch immer vertagt, und solange Litauens Hauptstadt Wilna polnisch bleibt, ist in der Beziehung der beiden Länder alles aufs beste geregelt; nur sollten sich die Litauer abgewöhnen, immer wieder von Wilna zu reden. Sonst könnte ihnen mal Italien ihr faschistisches Regime vorwerfen und sie auf Griechenland verweisen, wo es bedenklich nach Revolution riecht; nur weiß bis jetzt niemand, wer dahinter steckt und ob die Ausgebeuteten des Landes den Kampf, in dem sie allein bluten, wirklich für sich selbst führen oder ob politische Intriganten im Dienste von Petroleumspekulanten mit ihnen Schindluder treiben. In der Belgrader Skup-

tschina wird geschossen, und bei der Beurteilung der Vorgänge haben wir die Wahl, ob wir die Ruchlosigkeit des den ganzen Balkan beherrschenden Systems der völligen Entrechtung der Arbeiter und Kleinbauern als Grund annehmen wollen oder ob Mussolini inneren Krach in Serbien braucht, um die Kriegsvorbereitungen zwischen Italien und Jugoslawien und demnach die Okkupation Albaniens zu fördern, nachdem die Demonstrationen kriegswütiger Studenten in beiden Ländern vor den Gesandtschaftsgebäuden der Partner noch nicht zum Ziele geführt haben. In Warschau wird weildessen gegen Rußland eingeheizt; im Hromada Prozeß wurden Urteile gefällt, daß man sich nach Leipzig versetzt glaubte, und wünscht Moskau seine Vertreter in Polen vor Anschlägen weißgardistischer Emigranten besser geschützt, so läßt Pilsudski Antworten erteilen, die seine Sehnsucht, sich bald wieder in seinem früheren Gewerbe als Marschall betätigen zu können, deutlich erkennen lassen. Der Schachty-Prozeß entrückt die Spekulation des europäischen Industriekapitals auf einen konterrevolutionären Umsturz in Rußland jedem Zweifel, und daß man diese Wendung der Dinge nicht von inneren Erschütterungen erwartet, sondern durch krieglerische Intervention herbeizuführen bestrebt ist, kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Die regierenden Russen allerdings täten wohl gescheiter, wenn sie sich durch eine umfassende Amnestie ihrer linksrevolutionären Kritiker die Sympathie des Weltproletariats zurückeroberten, als daß sie der deutschen Sozialdemokratie gut zureden, sie möchten doch lieber mit ihnen ein Bündnis machen, wenn sie jetzt wieder mitregieren dürfen, als sich von Paris und London aus gängeln zu lassen. Es scheint von Tschitscherin noch nicht bemerkt worden zu sein, daß der tonangebende Außenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie Stresemann heißt. Auf den wird es auch ankommen, ob die Müller'sche Reichsregierung die Panzerkreuzer, die Gröner wünscht, bauen lassen muß oder ob sie damit warten darf, bis ein neuer Bürgerblock ihr diese Pflicht abnimmt. So lange die Kähne nämlich nicht da sind, besteht die Gefahr, daß Deutschland mangels genügender Ausrüstung zur See neutral bleiben müßte, wenn demnächst zwischen Oederbruch und Warthe entschieden wird, wie die Dividenden von Oel und Erz in der Welt verteilt werden und wem die Neger fortan als Sklaven gehorchen sollen. Nun, der Müller und sein Kind, die Große Koalition, wird schon mit sich reden lassen. Sonst wacht ja noch unser Justizrat Claß mit seinem Vollstreckungsmeister Ehrhard. Denen leckt schon vor Neid der Speichel zu den Lippen heraus, wenn sie bedenken, wie in faschistisch regierten Ländern die innere Zufriedenheit hergestellt wird, ohne die der frisch-fröhliche Krieg garnicht wirkungsvoll inszeniert werden kann. In Rom wurden am 5. Juni die seit November 1926 verhafteten 18 kommunistischen Parteifunktionäre abgeurteilt. Sie erhielten bis zu 27 Jahren Kerker, insgesamt 383 Jahre, 6 Monate und 25 Tage, dazu 119000 Lire Geldstrafe und

alle 18 dauernden Bürgerrechtsverlust und je 3 Jahre Polizeiaufsicht nach Verbüßung der Strafen. Aus Portugal, von wo man sonst wenig Nachrichten erhält, wird eben durch INO ein wichtiger illegaler Brief verbreitet, aus dem die gänzliche Mundtotmachung nicht nur des Proletariats, sondern auch aller geistig bewegten und kulturell bemühten Bürger erkennbar wird. Primo de Rivera hat für ganz Spanien ein Verbot aller politischen Diskussionen, selbst in den vier Wänden privater Wohnungen erlassen. Gute Zeit für Spitzel. Von Ungarn, Rumänien, Bulgarien nichts neues; das alte genügt auch, und das Befinden ist unverändert. Wir aber freuen uns der befriedeten Welt und jauchzen schwarzrotgold umbändert unser Halali übers schwarzweißrote Köhl- und Hünefeld. Sie haben es den Amerikanern wieder mal gesagt, daß der deutsche Gedanke in der Welt der Sieger ist und der Stahlhelmjünger glotzte so kühn durch sein Monokel auf die United States herab, als ob er das Perpetuum Nobile erfunden hätte.

Was haben wir auszustehen? Wir haben unseren Hünefeld und unseren Domgörgen, haben raketenfrenzende Automobile und Sommerköniginnen im Lunapark. Wir haben Grüne, die ihren Weiß für rot halten und braun und blau schlagen, und wir haben den Braun, der die Grünen danach weiß wäscht; denn der arme Owege war ja bloß ein Roter. Manchmal nehme ich mir aus dem Bücherschrank einen Band heraus von Jean Paul oder Wieland oder Goethe oder auch E. Th. Hoffmann, denn ich bin ein etwas altmodischer Narr, den das bedruckte Papier mehr freut als die höchste Rekordzahl, die aus dem Lautsprecher hervorquarrt. Dann denke ich mir: ihr armen Teufel, die ihr nie mit einem Blitzzug im Schlafwagen nach Italien, nie im Benzingestank eines Autos durch die Auen eurer Heimat gefahren seid! Ihr wart schlechte Propheten, als ihr aus der Weisheit des Wortes und aus der Einsicht des Geistes glaubtet die Welt befrieden zu können. Ihr wußtet noch nichts vom Sozialismus, in dessen Namen Gummiknüppel Ordnung schaffen, wenn Flieger aus Amerika kommen, wenn Boxer, Springer oder Windhunde um die Palme ringen oder wenn hungerrige Proleten für eine bessere Zukunft demonstrieren. Dennoch — dennoch, auch euch gebührt in Plätzchen in Deutschlands Herzen: wenn Stresemann aus Genf kommt und einen Vortrag über die nunmehr befriedete Welt in den Rundfunk salmt, wie manches Zitat von euch weiß da seine Speise zu würzen, und wenn die Hünefelds den Thayers erzählen, was ihr Vaterland über alles, über alles in der Welt erhebt, dann klopfen sie auch euch auf die astralen Schultern und lächeln euch zu: wohl euch, daß ihr Vorläufer sein durftet so herrlicher Nachfahren und einer so großen weltbefriedeten Zeit.

Karl Marx und die Moral

Die Angriffe gegen den moralischen Charakter Marx's in dem Artikel „Revolutionäre Moral“ (FANAL, Nr. 9) haben, wie vorauszusehen war, bei manchen Marxisten Widerspruch hervorgerufen. Der Genosse Karl Korsch zumal erhebt Einwendungen, die mir interessant und wichtig genug erscheinen, um sie mitzuteilen. „Ich finde“, schreibt er mir „Ihren Artikel über die Moral von Marx oberflächlich und ungerecht. Sie urteilen n. m. M; teilweise nicht vom moralischen Standpunkt (den ich anerkennte), sondern vom Standpunkt der plattesten spießbürgerlichen Moral als Institution. Ich kann Ihnen leicht beweisen, daß Marx' herbe Kritik sich nur gegen letztere richtet, daß er dagegen 1) in der theoretischen Anerkennung idealistischer Ziele eher zu weit geht — vgl. z. B. Kapital Bd. III 2. Teil, 48. Kap., III. Abschnitt (S. 355); 2) persönlich von einem starken moralischen Pathos ganz durchseelt ist. Am besten beweisen das seine Urteile über den Unterschied zwischen solchen Männern wie Ricardo und Malthus oder zwischen klassischen Oekonomen und bürgerlichen Oekonomen (im „Kapital“ und in den „Theorien über den Mehrwert“). Selbstverständlich gebe ich zu, daß Marx in seinem persönlichen Urteil über Bakunin, Lassalle u.s.w. geirrt hat. Man muß hier aber ein wenig berücksichtigen, daß die meisten dieser Äußerungen nicht zur Veröffentlichung geschrieben sind. Und wir alle sagen und schreiben doch in Privatbriefen von Menschen, die wir genau zu kennen glauben, oft genug etwas, was wir nicht verantworten können. Sie sagen S. 188 zum Nachteil von Marx einiges öffentlich, was Sie keinesfalls verantworten können; z. B. daß L. dem M. „fortwährend aus Geldkalamitäten herausgeholfen“ hätte, daß M. „in tausend dunkle Geldaffären verwickelt“ gewesen wäre. (Armer Marx, der zeitlebens mit dem Gelde nur theorethisch etwas zu tun gehabt hat!) Ich müßte eigentlich Ihren Artikel Wort für Wort durchgehen, um das viele Halbwahre und Ganzfalsche klarzustellen. Allgemein behaupte ich, daß Sie nach den ersten zwei Worten (d. h. nach der Ueberschrift) aufhören, von der Revolutionären Moral zu sprechen, die ein wirkliches Thema ist.“

Daß ich diese harte Kritik des Genossen Korsch ungekürzt wiedergebe, gebietet mir die revolutionäre Moral, die ich bei Karl Marx vermisste. Diese Moral hat m. E. wenig mit der platten spießbürgerlichen Moral zu schaffen, die ich nach Korsch's Urteil mit der des Revolutionärs verwechseln soll. Das ist ein Irrtum, der sich wohl dadurch erklärt, daß ganz zufällig in den Beispielen, mit denen ich Marx' Unmoralität zu beweisen suche, auch das von den dunkeln Geldaffären zu finden ist; jemandem trübe Finanzoperationen vorzuwerfen ist allerdings meistens nur die Gewohnheit platt-spießbürgerlicher Moralisten. Ich versichere dem Genossen Korsch wie allen Lesern,

daß ich mich von einer moralischen Verurteilung der Marxschen Geldaffären völlig frei weiß; es stände mir, von dem Dutzende von Pumpgeschichten aus meiner Bohemezeit kolportiert werden, wohl auch verdammt übel an, Marx hinzureiben, daß er sein Leben lang fast nur von Pump gelebt hat. Darum dreht sich's aber nicht, sondern darum, daß dieser selbe Marx, der sich selbst auf diesem Gebiet so viel Toleranz zeigte, Bakunin — nicht in Privatbriefen, sondern öffentlich — damit zu erledigen suchte und wirklich um sehr viel Wirkung seines Strebens brachte, daß er ihm die Versäumnis der Rückzahlung eines Vorschusses von ganzen 300 Francs als Betrug und Unterschlagung vorwarf, obwohl Marx genau wußte, daß es Bakunin noch viel dreckiger ging als ihm selbst. Der ausgezeichnete Marxkenner Korsch sei doch an das unsägliche politische Pamphlet erinnert, in dem diese Lächerlichkeit in Verbindung mit den schandbaren Verleumdungen des Utin benutzt wird, um Bakunins Ausschluß aus der Internationale durch eine intrigant zusammengeschobene Majorität durchzusetzen („Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die Internationale Arbeiterassoziation“). Es mußte gerade vom Standpunkte revolutionärer Moral hervorgehoben werden, daß Marx der letzte war, der Bakunin mit der plattesten und spießbürgerlichsten Moral in Geldangelegenheiten ins Gesicht fahren durfte. Im übrigen war mein Ausdruck von den „tausend dunkeln Geldaffären“ ein wörtliches Zitat aus Rühles Buch, um das sich ja mein ganzer Artikel gruppierte (Rühle, Karl Marx, S. 359). Marx irrte sich keineswegs in den Rivalen, die er verdächtigte und verleumdete; er fand es einfach richtig, sich jedes, sonst unter Menschen noch so anrühigen Mittels zu bedienen, um sie zu vernichten. Auch ist es unrichtig, den Briefwechsel von Marx mit Engels, Kugelmann usw. mit Privatbriefen auf eine Stufe zu stellen, in denen uns allen einmal ungerechte Urteile über dritte Personen unterlaufen. Es trifft durchaus zu, was der Marxist Rühle (S. 341) ihm vorwirft, daß er nicht davor zurückschreckte, „... im Dunkel vertraulicher Korrespondenzen oder geheimer Informationen die Ehre des verhaßten Rivalen zu beflecken.“ Oder soll man etwa die schmählische „Konfidentielle Mitteilung“ an Kugelmann auch unter die Privatbriefe rechnen, bei denen man sich mal in der Beurteilung des anderen irren kann? — Daß Marx die großen Vorläufer und Ideologen, mit denen er sich beschäftigte, auch unter moralischen Gesichtspunkten gegen einander abmaß, wird nicht bestritten. Man kann nämlich garnicht drum herum, und wenn Marx und seine Nachfolger, bei aller Nachsicht für das eigene Verhalten und das ihrer Helfer, gegen Andersdenkende um so freigebiger mit den Begriffen Lumpen und Verräter herumwarfen und noch heute werfen, so ist ja auch das ein moralisches Kritisieren, das sie sogar weit über alle Zulässigkeit an die Stelle der sachlichen Kritik zu setzen lieben. Was ich einzuwenden habe, ist das, daß Marx gerade in seinen vertraulichen Briefen an Engels, wo er sich ganz offen gab, den

Grundsatz aufstellte, daß es nur schaden könne, wenn man in politischen und revolutionären Angelegenheiten dem Gefühl der Arbeiter, das nach Recht und Unrecht unterscheiden möchte, irgendwelchen Spielraum ließe. Ich habe mich bemüht, klar zu machen, daß aus dieser frivolen Beurteilung natürlicher Empfindungen von Recht und Unrecht, die nichts mit spießbürgerlicher Kirchen- und Schulmoral zu tun haben, ein gut Teil der entsetzlichen inneren Zerrissenheit in der Beziehung der revolutionären Arbeiter unter einander erklärlich werde. Denn was die kleinen Stümper, die in den Fußstapfen des Riesen Karl Marx einhersteigen, von ihm gelernt haben, ist gewöhnlich nicht die hohe ethische Unterscheidung zwischen dem Menschenfreund Ricardo und dem Nützlichkeitsberechner Malthus, sondern die Ansicht, daß Recht und Wahrheit Phrase sei und die Bekämpfung des Gegners jede Niederträchtigkeit zur Pflicht mache. Von diesen Dingen sprechen, rechtfertigt wohl auch die Überschrift „Revolutionäre Moral“

Gruß

Unser alter Genosse Hermann Stenzleit ist in Berlin eingetroffen, um am 23. Juli seinen achtzigsten Geburtstag im Kreise seiner Freunde und Mitkämpfer aus der ehemaligen Londoner Emigration zu begehen. Stenzleit war eines der ersten Opfer des Sozialistengesetzes. Schon 1878 mußte er zusammen mit Johann Most Deutschland verlassen. Seitdem hat er seinen Wohnsitz in England, wo er nie aufgehört hat, aktiv, umsichtig, seiner Aufgabe ergeben und uneigennützig die Idee des revolutionären Anarchismus zu fördern. Er war Mitbegründer des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins in London, Freund Krapotkins, Malatestas, Torrida del Marmols, aller unsrer alten Lehrer und Vorkämpfer. Seine erstaunliche körperliche und geistige Rüstigkeit, die es ihm schon vor einem Jahre erlaubte, die Reise zu uns zu unternehmen, möge ihm noch viele Jahre erhalten bleiben ihm selbst zur Freude, uns allen zum Segen. Wir grüßen Dich, Genosse Stenzleit! Du sollst noch den Tag miterleben, dem unser Kampf und unsre Sehnsucht gilt!

Betriebsunfall.

Das vorige Heft ist infolge Versagens der Druckerei in technisch höchst mangelhafter Form und von zahlreichen Druckfehlern verunziert herausgebracht worden, konnte auch den meisten Lesern erst verspätet zugestellt werden. Die Herstellung ist jetzt einer Druckerei in Auftrag vergeben worden, die eine Wiederholung so störender Überraschungen nicht befürchten läßt. Es wird gebeten, den Unfall der Nummer 9, an dem der Herausgeber und der Verlag des FANAL gänzlich schuldlos sind, nachsichtig zu beurteilen.

An die Abonnenten!

Da uns in letzter Zeit verschiedene Beschwerden wegen Nichtbelieferung zugegangen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß solche Reklamationen nur in den Fällen an uns zu richten sind, wo der Bezieher das Heft unter Streifband zugestellt erhält. Soweit die Belieferung durch die Post direkt erfolgt, sind Beschwerden beim zuständigen Postamt anzubringen.

Wir weisen ferner darauf hin, daß der I. Jahrgang des „FANAL“ jetzt wieder geburten zu haben ist. Preis des Jahrganges in schwarzes Ganzleinen gebunden, mit roter Schrift auf Umschlag und Rücken und mit ausführlichem Sach- und Namensregister: 5.— Mk.

Zu Propagandazwecken stellen wir einen größeren Posten alter Hefte des „FANAL“ zur Verfügung, die mit einer entsprechenden Aufschrift versehen zum Preise von 10 Pfg. für die Nummer zu haben sind. Bei Bestellung von 50 Stück an berechnen wir nur 5 Pfg.

Kameraden!

Werbt für „FANAL“!

Mehrbezieher erhalten Rabatt!

Expedition des „FANAL“

Alles für die Fahrt!

findet Ihr bei uns gut und preiswert



Windjacken, Anzüge, Kittel, Ärmelwesten
Sporthemden, Hosen, Rucksäcke, Brotbeutel
Stepphüte, Schillerkragen, Stutzen, Sandalen,
Stiefel, lange Strümpfe, Karten, Kartent-
aschen, Schlafdecken :: :: :: :: ::

Verkauf von 9—7 Uhr

DIE FACKELSTUBEN

Gemeinnütziges Unternehmen der Jugend

BERLIN C2 :: KLOSTERSTRASSE 62

Gegenüber dem Stadthaus

Erich Mühsam

Sammlung

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898—1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Satiren, Anekdoten usw.

Preis: Ganzleinen 8,— Mk., kartoniert 5,50 Mk.

(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle
des „Fanal“. Abonnenten des „Fanal“ erhalten durch diese auf
Wunsch Zahlungserleichterung.

L. M. Spaeth Verlag, Berlin

**Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „Fanal“!**



Internationale
Kriegsgegner
Antimilitaristen
Friedenskämpfer
erkennen sich am

Friedensgürtel!

Erstkl. Sportgürtel aus bestem Leder

Mit versilbertem Schloß für Erwachsene . . . Mk. 4.50
Für Jugendkameraden „ 2.—

Allerbeste Materialverarbeitung

Bei Bestellung ist die Angabe des Leibumfanges in cm erbeten!

Zu beziehen vom

Friedensbund der Kriegsteilnehmer

Geschäftsstelle: Berlin N 31, Voltastraße 19

Ebenda sind Antikriegskarten in 5 Serien zum Preise von Mk. 2.—
per 100 Stck. erhältlich. Für die Leser des „Fanal“ auf Wunsch
Musterserie gratis.

FANAL

1. Jahrgang 1926/27

Preis: in Ganzleinen 5.— M., in einzelnen Heften 3.50 M

Zu beziehen durch den Verlag

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Erinnerungstage — Auf der Suche nach neuen Wegen (von R. Rocker) —
Beruhigungspulver — Odyssee im Eis- meer — Zum 23. August (Gedicht) —
Der Mexikanische Zankapfel

NR. 11

PREIS
40 Pfg.

JAHRGANG 2

BERLIN

AUGUST 1928

Anarchistische Vereinigung Berlin.

Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 9. August spricht Genosse Gustav Lübeck über das Thema:
„Michel Angiolillo“

Donnerstag, den 28. August spricht Genosse Rud. Fischer über das Thema:
„Junge und alte Anarchisten“

Auf die Sammellisten abgerechnet: Nr. 2, 10.10 Mk.; Nr. 4, 1.10 Mk.;
Nr. 5, 5.— Mk.; Nr. 38, 5.50 Mk.; Nr. 74, 10.— Mk.; Nr. 39 u. 41, 21.05;
zusammen 52.75 Mk.

Berlin, am 27. Juli 1928.

Anarchistische Vereinigung Berlin
I. A.: Gustav Lübeck

Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“!

LIEBE

Roman von Helene Stöcker

„Das Liebeserlebnis ist mit einer Meisterschaft und Innigkeit erzählt, die dicht am „Hohen Lied“ stehen.“

Züricher Volksrecht.

„Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit hoher Sittlichkeit . . .“

Literarisches Echo.

„Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches . . .“

Prof. Paul Kämmerer, Wien.

„Unbedingt ist es eines der ehrlichsten Bücher, das je eine Frau geschrieben . . .“

Welt am Montag.

„ . . . eine kühne Entdeckungsfahrt in den großen unbekannten Kontinent der Seele . . .“

Prof. Dr. A. Silbermann.

Ganzleinen gebunden RM. 6,50

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie vom
Verlag „Die neue Generation“, Berlin-Nikolassee, Münchowstr. 1

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 11

August 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Erinnerungstage

Die Idee des Weltfriedens hat, wenn man den Berichten der republikanischen Zeitungen pazifistischer Färbung glauben darf, über den Geist der Gewalt einen triumphalen Sieg errungen. Herr Kellogg aus Amerika hat die Formel gefunden, durch welche der Krieg als Mittel zur Ausgleichung von Meinungsdivergenzen zwischen den Staatsregierungen der zivilisierten Länder dieser Erde abgeschafft und an seine Stelle die Verständigung im Guten gesetzt wird. Es ist besonders tröstlich, daß es just das Deutsche Reich war, wo die humane Anregung des amerikanischen Staatsmannes den aufnahmefreudigsten Böden fand, wo der Takt, die Würde, die staatspolitische Klugheit und zurückhaltende Mäßigung, die sich in diesem Lande aus der ruhmvollen Zeit der Hohenzollern in unsre revolutionären Tage der schwarzrotgoldenen Götze übergerettet haben, mit hellem hohen Klang das eigene Lob über die Gefilde der erstaunten Mitwelt schmettern. Ob der Dr. Stresemann Außenminister eines revanchefreudigen Bürgerblocks, ob er kosmopolitischer Nobelpreisboxer eines Kabinetts müllernder Persönlichkeiten sei (nebbich: Persönlichkeiten!), er ist ehern entschlossen, Herrn Kelloggs Meinung so lange als die Meinung Deutschlands zu bestätigen, bis Deutschland wieder stark genug sein wird, um, ruchlos überfallen, sich einer Welt von Feinden zu Schirm und Schutz von Heim und Herd heldenhaft und bis zum letzten Hauch von Mann und Roß

Die von revolutionärer Kritik erfaßte Jugend Europas hat sich, während die Genfer und Washingtoner Betriebsamkeit diplomatische Wege suchte, das große imperialistische Geschäft durch möglichst Vermeidung kostspieliger Kriege zu verbilligen, ohne Kongresse und paragraphierte Leitsätze stillschweigend dahin verständigt, daß im August jedes Jahres in Kundgebungen und Solidarisierungen über die Landesgrenzen hinweg die Erinnerung an den Massenmord 1914—18 geweckt und dadurch der Kampfwille gegen Krieg und Militarismus gesteigert wird. Es ist zwar richtig, daß dieser Protestbewegung kein einheitlicher Charakter innewohnt, daß weder Uebereinstimmung herrscht in den Abwehrmitteln gegen die Gefahr einer neuen Millionenmetzelei, noch auch nur in der Auffassung dessen, was als Militarismus bekämpft werden soll, dennoch zeichnen sich diese alljährlichen Augustdemonstrationen dadurch aus, daß hier ein gemeinsames Gefühl wirksam ist, das keine parlamentarische Erörterung und Beschlußfassung braucht, um sich Datum, Formen und Inhalt seiner Bekundung vorschreiben zu lassen. Es besteht keine Einigkeit darüber, ob der antimilitaristische Kampf als Abwendung der unmittelbarsten Gefahr für die lebende und heranwachsende Generation allen andern Kämpfen überzuordnen, oder ob er in sie als eine Notwendigkeit unter vielen einzuordnen sei und auch darüber nicht, ob der antimilitaristische Geist vereinbar sei mit militanten Formen der Organisation und Aktionen. Dieser scheinbare Mangel an Einheitlichkeit ist der große Vorzug der antimilitaristischen Kundgebungen zur Erinnerung an den August 1914. Denn alle derartigen Erinnerungsfeiern, deren eigentliches Wesen Gelöbnis ist, sind entwertet und entgeistigt, sobald eine Norm ihren Inhalt und ihren Ausdruck bestimmt. Darum wird die Einsetzung des Verfassungstages als deutscher Nationalfeiertag, selbst wenn sie einem Wunsche großer Massen der Bevölkerung entspräche, niemals den geringsten einigenden oder gar begeisternden Nutzen bringen können, weil die gemeinsame Begehung oktroyiert und ihre Formen obrigkeitlich bestimmt werden sollen. — abgesehen davon natürlich, daß die Einsetzung der Reichsverfassung vom 11. August 1919 ein bewußt und gewollt konterrevolutionärer Akt war, einzig dazu ersonnen, um die von einer noch so kümmerlichen Revolution aufgehobene Verfassung durch neue Bestimmungen zu ersetzen, deren Verletzung nicht mehr als revolutionäres Eigenrecht in Anspruch genommen werden könnte, sondern mit dem Begriff

des Hochverrats als strafbare Handlung zu verfolgen wäre. Es stände auch nicht viel anders, wenn der Reichstag, in seinen Entschlüssen den Wünschen der 12 Millionen proletarischer Stimmzettelnbekenner mehr verpflichtet, als es der Fall ist, anstelle des 11. August den 9. November zum Nationalfeiertag zu erheben versuchte. Für alle, die den Verlauf der Soldaten- und Arbeiterrevolte beim Zusammenbruch des Krieges in revolutionärer Erinnerung haben, begann die Revolution am 5. November in Kiel, erlebte an einigen Orten am 7. November echte revolutionäre Momente und ging am 9. November mit dem leider geglückten Manöver Eberts und Scheidemanns, sich wieder mal „an die Spitze zu stellen“, in Konterrevolution über. Eine Festsetzung des Erinnerungstages durch Parlamentsbeschluß würde die Lächerlichkeit eines Revolutionsversuchs mit Mitwirkung derer, gegen die sich die Revolution in erster Reihe hätte wenden müssen, nur noch verstärken.

Gedenktage setzen sich selber ein. Der 14. Juli in Frankreich ist ein Volksfeiertag, dessen Programm von keiner Regierung vorgeschrieben wird. Die Freude am Bastillesturm ist deshalb nicht auszurotten, weil der Sturm eine Handlung respektlosester Unbotmäßigkeit war, vom revolutionären Volk ohne zentrale Befehlsgewalt beschlossen und durchgeführt und mit Folgen, die die kapitalistische Reaktion in hundertjähriger Bemühung nicht völlig hat ausrotten können. Ebenso wird der 15. Juli in Wien ein bleibender Erinnerungstag sein, denn die Brandlegung im Justizpalast war die symbolische Handlung beleidigter Arbeiter; die Formen, in denen die Wiener Proletarier aber den 15. Juli begehen wollen, wird ihnen kein Parlament und keines der Staatsorgane vorschreiben, gegen die sich die Massenwut richtete und die den Mord gegen die Wut mobil machten. Es ist treudeutsche Spießergart, jede Freude von oben kommandieren zu wollen und keine Freude ohne Kommando von oben empfinden zu können. Daher erleben wir das originelle Schauspiel, daß, während die Besieger der Revolution mit Hilfe völkisch-monarchistischer Freikorps und demokratischer Phrasen uns das Glück des 11. August bescheren möchten, zugleich die auf (nicht zu knappes) Wartegeld gesetzten Monarchisten den 18. Januar, den Kaiserkrönungstag von 1871, der Republik als Zwangsvergnügen zu servieren versuchen — immerhin ein Notzuchtsversuch mit Chancen für eine Befruchtung, und daß gleichzeitig sogar die Kommunisten hergehen und den rein proletarischen Weltfeier-

tag des 1. Mai als offiziellen Tag der Andacht und der Arbeitsruhe unter staatlicher Regie offerieren. Nähmen die Vertreter des Großkapitals den kommunistischen Vorschlag an, dann hätten sie den Maifeiern der Arbeiter ein für alle Male die Giftzähne ausgebrochen, es gäbe keine kampfmäßige Arbeitsniederlegung des Proletariats mehr an dem Tage, sondern eine Aussperrung von den Arbeitsmitteln durch das Kapital wie bei den kirchlichen und staatspatriotischen Feiertagen. Da die Intelligenz der Unternehmervetreter in den gesetzgebenden Körperschaften auch nicht größer zu sein pflegt als die der parlamentarischen Vertreter der Arbeitnehmer, besteht Hoffnung, daß der 1. Mai vorläufig als Kampftag des Proletariats erhalten bleiben wird.

Die Arbeiteraufmärsche im August, um gegen Militarismus und Kriegstreiberei zu protestieren, sind für absehbare Zeit gesetzgeberischen Eingriffen, wenigstens im fördernden Sinne, entzogen. Wollte der Staat auch hier regulierend eingreifen, so könnte er das nur im Sinne seiner Völkerbundpolitik tun, einer Politik also, die außer einigen gutgläubigen Pazifisten, die ohnehin der Meinung sind, man könne die Maschinengewehre durch gutes Zureden entladen, keinem Menschen den Pulvergeruch aus der Nase bringt und die dem wichtigsten Teil der demonstrierenden Massen, der antikapitalistisch gesinnten Arbeiterschaft, grade immer von neuem den Anlaß gibt, die Erinnerung an den Massenmord des Weltkriegs mit der Bekundung seines Willens zu verbinden, sich gegen eine Wiederholung der Greuel zur Wehr zu setzen. Die Augustdemonstrationen, die von den Proletariaten aller Länder ohne Verabredung untereinander, ohne Festsetzung einheitlicher Parolen, aus dem natürlichen Gefühl ihrer Verbundenheit als Klasse unternommen werden, bedeuten zunächst nichts anderes als eine Weltparade ihrer Wunden aus dem letzten Kriege. Daß überall die Jugend die Massen bei diesen Demonstrationen leitet, bedeutet, daß sie sich ihrer Verurteilung bewußt ist, die Wunden des nächsten Krieges zu empfangen, mit ihrem Leben, ihren Hoffnungen, ihrer Zukunftskraft Opfer der kapitalistischen Spekulationen der Oberklasse und der diplomatischen Intrigen der Staaten zu werden. Somit bedeutet der Weltprotest gegen den Krieg in der Konsequenz den Protest des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung und weiterhin den Protest gegen ihre Voraussetzung, den Staat.

Das Bewußtsein, daß der Feind des Proletariats der Staat ist, ist dank der staatsbejahenden Grundauffassung fast aller sozialistischen Lehren nur dem geringsten Teil des Proletariats bewußt. Es ist den Arbeitern, zumal den deutschen, mit Erfolg weism gemacht worden, daß der Kapitalismus mit allen seinen begleitenden Schönheiten als Terrorisierung der Ausgebeuteten, Erwerbslosigkeit, Kinderverwahrlosung, Wohnungselend und ständiger Kriegsgefahr nicht etwa in der Staatsidee seinen sichersten Halt habe, sondern daß im Gegenteil der Staat nur volkstümlicher und vernünftiger regiert zu werden brauche, um aus sich selbst heraus den Kapitalismus durch die gesetzliche Bekämpfung von Armut und Elend, Wirtschafts- und Krisen abzubauen und sogar auf revolutionärem Wege abzuschaffen. Die Sozialdemokraten glauben in der Staatsform der Demokratie das Allheilmittel in der Hand zu haben, um, wenn auch in langsamer Entwicklung, dem Kapitalismus alle scharfzigen Ecken abzuschleifen und dadurch eine reibungslose Aufhebung der sozialen Mißstände zu erreichen; die Kommunisten dagegen sind, nachdem sie früher die These verfochten hatten, daß sich der kapitalistische Staat nur kapitalistisch verwalten lasse, allmählich völlig dazu gelangt, in der von ihnen erstrebten und propagierten „Arbeiter- und Bauernregierung“ das Mittel zu finden, den kapitalistischen Staat sozialistisch zu verwalten, so zwar, daß der Kapitalismus durch die Staatsregierung an die Wand gedrückt wird und dann leicht und unabänderlich durch die gegen ihn, keineswegs mehr gegen den Staat gerichtete Revolution abzuschaffen sei.

In dieser Anerkennung des Staates als ein an und für sich gutes Prinzip, dessen man sich nur zweckvoll im Interesse der Arbeiterschaft zu bedienen brauche, um aus kapitalistischen und imperialistischen Verhältnissen zu sozialistischen zu kommen, liegt die schwerste Gefahr für die Revolution und für die Arbeiter selbst in ihrem revolutionären Wollen. Der Staat nämlich, jeder Staat, schafft sich Einrichtungen, die das zum Leben der Menschen Unentbehrlichste seiner Verwaltung monopolisieren. Er unterbindet jede freie Verständigung der Menschen über ihre Versorgung, ihre Verkehrswege, ihre Schulung und verknechtet dadurch alle nicht vorurteilsfrei aufs Ganze gerichteten Zerstörungstendenzen gegen den Kapitalismus auch gedanklich und ideologisch der Institution, die ihrem Wesen nach nie anders als kapitalistisch funktionieren kann. Der Staat ist gefährlicher und bekämpfungswerter als der Kapitalismus, da

er in viel höherem Maße als die gesellschaftliche Wirtschaftsform imstande ist, seinen wirklichen Charakter als ausführendes Organ der ausbeutenden Wirtschaft zu verbergen, weil er ethische Eigenschaften vortäuscht und seinen Opfern die Illusion erhält, als ob sein Inhalt auswechselbar wäre.

Die Arbeiter der Welt begehen im August die Erinnerungstage an den Ausbruch des Weltkrieges, der ihnen den Staat als das Instrument hätte begreiflich machen sollen, der dem Kapitalismus die Möglichkeit gewährt, seinen Konkurrenzkampf um die Verteilung von Absatzmärkten und ökonomischen Interessensphären zwischen abgesteckten Grenzen als Kampf um göttliche Güter erscheinen zu lassen. So lange es Staaten gibt, von denen, bei etwelcher Reform der Verwaltungsmethode, sich die Arbeiter jemals Vorteil versprechen, werden von den Imperialisten nationale Kriege immer wieder populär zu machen sein. Deshalb, von allen tieferen Gründen der Pietät, der beleidigten Menschenwürde, der revolutionären Klassensolidarität abgesehen, haben die Proletarier aller Länder besondere Ursache, die Erinnerung an den Massenmord des Kriegswahnsinns nahe zu verbinden mit der Erinnerung an den geschichtlich bedeutungsvollsten staatlichen Mord, der bisher im Klassenkampf gegen das Proletariat verübt worden ist. Am 23. August jährt sich die Vollendung des Verbrechens an unsern Genossen Nicola Sacco und Bartholomeo Vanzetti. Hier schlug der Kapitalismus zwei revolutionäre Arbeiter nieder, die seinen Privilegien Abbruch zu tun suchten. Er benutzte zu ihrer Vernichtung den Staat mit seinen sittlichen Reservaten als monopolisierter Beschützer und Rächer des menschlichen Lebens und als Garant von Eigentum und Recht. Sacco und Vanzetti waren Anarchisten; sie erkannten im Staat die Waffe des Reichtums gegen die Armut. Darum mußten sie als Verbrecher gegen die allen Menschen von Natur eingeborene Moral getroffen werden, darum wurden sie als gewöhnliche Raubmörder hingestellt; darum warf sich der Staat im Dienste des Kapitals in ihrem Falle mit besonderem Pathos als Hüter des heiligsten Menschenrechtes, des friedlichen Lebens seiner Bürger auf; darum wurden sie durch die Martern einer siebenjährigen fürchterlichen körperlichen und seelischen Pein geschleift, darum allen Weltprotesten zum Trotz bei lebendigem Leibe auf dem elektrischen Stuhl geröstet. Der Kampf gegen Kapitalismus, Ausbeutung, Armut, Krieg und jede Art öffentlichen Unrechts war gegen die

Stelle gerichtet gewesen, an der alle Institutionen der bestehenden Gesellschaftsordnung kulminieren, zudem gegen die einzige Stelle, die unmittelbar angreifbar und sprengbar ist, gegen den Staat. Darum wurde der Staat benutzt, um mit einer seiner Privileg-Institutionen, der Justiz, die Abwehr vorzunehmen, die dem amerikanischen Dollarinteresse allein genüge, um sich gegen die Gefahr des Anarchismus zu decken, die Austilgung des Lebens zweier tätiger Anarchisten unter dem Vorwand von Sicherheitsnotwendigkeiten, die auch dem Proletariat in seiner Mehrheit noch rechtsmäßigweise vom Staate aus garantiert sehen will. Der Staatswahnsinn der Arbeiterparteien ist im Falle Sacco und Vanzetti quittiert worden. Mögen die Erinnerungsfeiern am 23. August alle unter dem Gesichtspunkt begangen werden, der die beiden gemordeten Kameraden in ihrem ganzen Lebenskampf geleitet hat: der Staat ist der Feind!

Der Staat ist der Feind, — und ob wir die Klassenjustiz angreifen oder die Kriegstreibereien, die Ausbeutung oder die Reaktion in irgendwelcher Gestalt, — Krieg dem Unrecht oder Krieg dem Kriege: revolutionärer Kampf des Proletariats kann nur sein — Krieg dem Staate!

Auf der Suche nach neuen Wegen

Ich habe bereits in früheren Nummern des „FANAL“ eine Anzahl Artikel veröffentlicht, in denen versucht wurde, den gegenwärtigen Zustand der anarchistischen Bewegung einer Analyse zu unterziehen und Mittel und Wege anzudeuten, wie die Krise, die sich fast überall in unsren Reihen bemerkbar macht, meiner Meinung nach überwunden werden kann. Ich habe mich damals hauptsächlich darauf beschränkt, Kritik zu üben an dem trocknen Doktrinarismus, der viele unsrer Genossen erfaßt hat und habe den Standpunkt vertreten, daß diese Passivität zuerst zu überwinden sei, bevor wir in der Lage sind, erfolgreich an die Probleme heranzutreten, welche durch den Weltkrieg und die Revolutionen in Rußland und Zentraleuropa aufgerollt wurden.

Daß in unsrer Bewegung schon seit langem nicht mehr alles ist, wie es sein sollte, darüber sind sich die meisten von uns vollkommen klar, welche die Bewegung in den verschiedenen Ländern mit einiger Aufmerksamkeit verfolgen. Ueberall, wo die Bewegung noch nicht vollständig in alten, von der Zeit überwundenen Anschauungen versteinert ist, die jeden lebendigen Geist abtöten und kein Interesse erwecken können für all die neuen Fragen, die das Leben uns stellt, macht sich unter unseren Kameraden das Bedürfnis bemerkbar, die

Bewegung nach neuen Richtlinien umzuformen und den großen Problemen Rechnung zu tragen, die von allen Seiten auf uns einstürmen. Wir dürfen aber an diesen Problemen nicht achtlos vorbeigehen, wenn wir nicht hoffnungslos einer weltfremden Ideologie verfallen wollen, deren Träger zwar nicht müde werden, stets die großen Endziele des Anarchismus im Munde zu führen, aber für die nächsten und notwendigsten Forderungen des sozialen Lebens nicht das geringste Verständnis aufbringen. Eine Bewegung verdient nur dann diesen Namen, wenn ihre Anhänger genug geistige Regsamkeit besitzen, an alle Probleme des modernen Lebens heranzutreten und stets bereit sind, ihre Ideen praktisch zu betätigen, wo immer ihnen durch die Erscheinungen des täglichen Geschehens Gelegenheit dazu gegeben ist. Nur eine solche Taktik schafft und erhält eine Bewegung. Wo sie nicht geübt wird, kann man überhaupt nicht von einer Bewegung reden, sondern nur von einem geistlosen Dahinvegetieren, das für die Verbreitung unsrer Ideen vollständig belanglos ist. Die stete phonographenhafte Proklamierung sogenannter „Endziele“ hat nicht den Wert eines ausgeblasenen Eies, wenn den Anhängern einer Idee die praktische Betätigung fehlt, die allein imstande ist, ihre geistige Entwicklung zu fördern. Ueberall, wo Ideen nur noch alter Traditionen halber gehegt und gepflegt werden und lediglich die Routine dafür sorgt, daß sie nicht sterben können, ist das ein Zeichen, daß der lebendige Geist aus den Reihen ihrer Anhänger verschwunden ist und durch einen toten Doktrinarismus ersetzt wurde.

Das haben die besten unsrer Kameraden in den verschiedenen Ländern gut verstanden, und es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Stimmen derer, welche danach streben, der Bewegung neue Perspektiven ihres Wirkens zu erschließen, immer stärker werden und sich immer häufiger hören lassen. Man fühlt die Notwendigkeit, für die neuen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Lösungen zu finden, um auf diese Weise die zerstreuten Elemente zu sammeln und ein gemeinschaftliches Vorgehen zu ermöglichen.

Nun ist auch unsre alte, unermüdliche Genossin Emma Goldman mit bestimmten Vorschlägen hervorgetreten, die den Zweck verfolgen, eine Einigung der aktiven Kameraden in den verschiedenen Ländern zu erzielen und der Bewegung neue Aktionsmöglichkeiten zu eröffnen. In einem von ihr veröffentlichtem Rundschreiben heißt es:

„Mir scheint, daß unsre alte, vor dem Kriege erschienene anarchistische Literatur nicht länger imstande ist, eine Antwort auf alle Forderungen zu geben, welche uns die Gegenwart gestellt hat. Ohne mich hier in nähere Erörterungen einlassen zu wollen, ob die anarchistische Literatur die Frage der praktischen Anwendung unsrer Ideen bisher überhaupt eingehend und richtig behandelt hat, stelle ich vielmehr die andere Frage, ob die Zeit nicht endlich gekommen

ist für eine neue und volkstümlichere Interpretation dieser Ideen, wobei hauptsächlich auf die Erfahrungen des Weltkrieges, der russischen Revolution und der sich aus diesen Ereignissen ergebenden Entwicklungstendenzen des sozialen Lebens Gewicht zu legen wäre.

Ich bin der Meinung, daß zusammen mit dem heute fast allgemein zugestandenem Bankerott der sozialistischen Arbeiterparteien und der wachsenden Ueberzeugung von dem Durchfall des Bolschewismus und der revolutionären Parteidiktatur, sich die Aussichten für die anarchistische Propaganda wesentlich verbessert haben. Man will die Bedeutung des Anarchismus kennen lernen und fordert eine Erklärung unserer Ideen, die jeder klar verstehen kann; vor allem kommt es dem Neuling darauf an, zu wissen, wie sich der Anarchismus in der Praxis betätigen wird und mit was für Mitteln seine Ziele erreicht werden können.

Genügt es, Menschen, die sich für unsre Ideen interessieren, auf unsre alte Literatur zu verweisen? Ich bin nicht dieser Meinung.

Diese Betrachtungen, die ich hier nur ganz kurz angedeutet habe, drängten mir die Ueberzeugung auf, daß eine der dringendsten Notwendigkeiten für uns die Belebung einer neuen anarchistischen Literatur sein muß, die sich in ihren Ausführungen speziell auf die letzten Erfahrungen unsrer gesellschaftlichen Entwicklung stützt: auf die russische Revolution, die revolutionären Ereignisse in Deutschland, die neuesten Entwicklungsphasen des Kapitalismus und auf die modernen Formen, welche der Industrialismus heute in den verschiedenen Ländern annimmt.

Die fundamentale Aufgabe einer solchen Literatur müßte meiner Meinung nach darin bestehen, daß in erster Linie folgende Fragen behandelt würden:

1. Stellung der Anarchisten zum modernen Leben und seinen neuen Erscheinungsformen auf politischem, industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet.
2. Die Probleme der anarchistischen Propaganda in bezug auf die neuen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und auf die veränderten Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.
3. Rechtfertigt die moderne Phase des Kapitalismus die alte sozialistische und anarchistische Auffassung über die soziale Revolution?
4. Benötigt die alte Auffassung über die soziale Revolution nicht dringend einer Revision? Mit anderen Worten: Hat man bisher die destruktive Seite der Revolution nicht allzu sehr in den Vordergrund gestellt auf Kosten ihrer konstruktiven Bedeutung? Ist es daher nicht dringend notwendig, eine klarere Vorstellung über den Charakter der sozialen Revolution zu schaffen und einen besseren Ausgleich zwischen ihrer konstruktiven und destruktiven Seite herzustellen?
5. Charakter einer anarchistischen oder einer vom Geiste des

Anarchismus getragenen Revolution, mit Bezug auf die Fragen der politischen Parteien, der Diktatur und des Staates in der Zeit der Revolution.

6. Die Aufgaben der Arbeitergewerkschaften und die Rolle des Anarcho-Syndikalismus in der Zeit der Revolution.
7. Der Charakter und die Methoden einer Revolution, die sich im freiheitlichem Geiste vollzieht und der Verwirklichung einer anarchistischen Gesellschaft zustrebt.
8. Mittel und Wege, die uns schon heute, jetzt gleich, in diesem Augenblick befähigen, in anarchistischem Sinne erzieherisch zu wirken und die nötigen Vorbereitungsarbeiten zu leisten, um die Revolution im Geiste anarchistischer Ideengänge zu befruchten. — Wie kann eine Wiederholung des bolschewistischen Experiments in der kommenden Revolution vermieden werden?
9. Schaffung einer neuen Literatur, welche diese Fragen in direkter, konzentrierter und volkstümlicher Weise behandelt."

Soviel uns bekannt ist, hat bereits eine ganze Reihe bekannter Genossen aus der anarchistischen Welt zu diesen Vorschlägen Stellung genommen, und wir werden nicht verfehlen, ihre Meinungen später den Lesern des „FANAL“ bekanntzugeben. Emma Goldmann bemerkt noch ausdrücklich, daß die angedeuteten Probleme noch mit einer ganzen Reihe anderer Fragen verknüpft sind, die natürlich in derselben Weise behandelt werden sollen, um die Bewegung mit neuem Geiste zu erfüllen.

* * *

Nun sind auch die spanischen Kameraden mit bestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten, was von umso größerer Bedeutung ist, als Spanien und die spanisch sprechenden Länder Südamerikas bisher die einzigen Länder gewesen sind, in denen der Anarchismus auf breitere Massen gewirkt hat und als wirkliche Massenbewegung angesprochen werden kann. Spanien kann in dieser Hinsicht den Anarchisten der ganzen Welt als Vorbild dienen. Es ist das Land, wo die Anarchisten von Anfang an an allen Kämpfen der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen aktiv Anteil genommen haben. Nur auf diese Weise waren sie imstande, die proletarischen Organisationen mit ihrem Geiste zu erfüllen und den furchtbarsten Verfolgungen der Reaktion Trotz zu bieten. Aus diesem Grunde versteinerte die Bewegung in jenem Lande niemals in einem toten Doktrinarismus, weil sie stets Beziehungen zum praktischen Leben hatte und ihre Ideen immer wieder im täglichen Kampfe erproben konnte.

Nun hat unser Bruderorgan „Despertad“, das der „Confederacion General del Trabajo“ angeschlossen ist, die Initiative zur Herausgabe eines neuen „Certamens“ ergriffen, an dem sich auch Genossen anderer Länder beteiligen sollen. Um dem deutschen Leser eine Vorstellung

zu geben, was ein Certamen bedeutet, sei hier kurz gesagt, daß ein Certamen eine Art literarisches Preisausschreiben ist, das von der Bewegung inszeniert wird. Die Gruppen und Organisationen im ganzen Lande finden sich zu diesem Zwecke bei gewissen Gelegenheiten zusammen, um das Certamen so vielseitig und interessant wie möglich zu gestalten. Jede Gruppe stellt gewisse Fragen zur öffentlichen Diskussion, an deren erschöpfender und klarer Beantwortung ihr besonders gelegen ist. Ein zu diesem Zwecke ernanntes Komitee macht alle Fragen durch Rundschreiben und in der Presse bekannt. Ein besonderer Ausschuß prüft alle eingelaufenen Antworten, von denen die besten in einem eigenen Sammelbande veröffentlicht werden. Meistenteils sucht man das Interesse noch dadurch zu heben, daß jede Gruppe für die beste Beantwortung der von ihr gestellten Fragen besondere Preise ausgesetzt, die gewöhnlich aus Büchern, anderen Gegenständen oder barem Gelde bestehen. Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich das Solidaritätsgefühl im schönsten Lichte, indem die größeren Organisationen in den Städten, die über reichere Mittel verfügen, den kleineren Gruppen, besonders in den ländlichen Distrikten, bei der Ausschreibung ihrer Preise finanziell behilflich sind. Natürlich sind diese Preise bloß als Ansporn gedacht.

Wie die Redaktion von „Despertad“ mitteilt, war es unser alter Genosse Max Nettlau, der erst vor kurzem von einer längeren Reise aus Katalonien zurückgekehrt ist, welcher den spanischen Genossen die Herausgabe des neuen Certamens warm ans Herz gelegt hat. Die Gruppe „Solidaridad“ hat denn auch sofort die Initiative ergriffen und folgende Fragen zur Beantwortung den Genossen vorgeschlagen:

1. Der freiheitliche Sozialismus und die Rationalisierung der Arbeit.
2. Beziehungen des Anarchismus zum revolutionären Syndikalismus.
3. Das ethische Prinzip in der Aktion.
4. Unsere Gründe gegen den Militarismus und den Nationalismus; die Ursachen, warum die antimilitaristische und antinationale Propaganda bisher keine größeren Erfolge aufzuweisen hat.
5. Das technische Problem in Zeiten revolutionärer Umgestaltungen.
6. Stärke und Schwächen der anarchistischen Propaganda. Wege, die letzteren auszumerzen.
7. Tätigkeit der Anarchisten, um den Triumph der Diktatur in revolutionären Perioden zu verhindern.
8. Rolle der Arbeitersyndikate als Verwaltungsorgane während einer siegreichen Revolution.
9. Vorstellung einer freien, anarchistischen Gesellschaft der Zukunft.

Die Initiatoren stellen außer diesen Hauptfragen noch mehrere

andere Probleme zur Diskussion, doch sind die ersten neun Punkte die weitaus wichtigsten.

Wir sehen aus alledem, daß die aktiven Kameraden in den verschiedenen Ländern ernstlich dabei sind, neue Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Bewegung mit neuem Leben zu erfüllen und ihr neue Gebiete ihrer Tätigkeit zu erschließen. Wir werden es uns angelegen sein lassen, die Leser des „FANAL“ über alle wichtigen Erscheinungen dieser Art auch in der Zukunft auf dem Laufenden zu erhalten.

Rudolf Rocker

Beruhigungspulver

Sie ist also da, die Amnestie, die erste Amnestie dieser absonderlichen Republik, die dem äußern Anschein nach nicht vollständig einseitig nur die monarchistischen Bekämpfer des Weimarasmus berücksichtigt. Es sind in der Tat eine größere Anzahl revolutionärer Genossen frei geworden, die bei allen früheren Straffreiheits- oder Strafmilderungsgesetzen übergangen wurden, und — Sieg des einigen Vaterlandes! — zum ersten Mal ist es eine Amnestie geworden für Reich und Länder, was eine „Verfassungsänderung“ notwendig machte, worunter man hierzulande eine Auslegung der Reichsverfassung versteht, die dem Wortlaut dieses Instrumentes für Ruhe, Sicherheit und Ordnung entspricht. Es haben sich also mindestens zwei Drittel aller am 20. Mai erwähnten Vertreter des deutschen Volkes zu dem gewaltigen Bauchaufschwung des Vergebens und Vergessens bereit finden müssen, um das Amnestiegesetz vom 13. Juli von sich zu geben, — und dementprechend ist es auch ausgefallen.

Als in den Strafanstalten ruchbar wurde, was die „Linksregierung“ der Müller, Severing und Hilferding unter dem stolzen Namen einer Amnestie den Gefangenen vorzusetzen beabsichtigte, ließen die Genossen in Gollnow, Sonnenburg und Brandenburg ihre Schlüssel stehn, und mit ihnen verweigerten hunderte „krimineller“ Verurteilter die Aufnahme von Nahrung. Nie ist ein Hungerstreik mit größerer Berechtigung erklärt worden als dieser, und ich hätte nicht derjenige sein mögen, der den Demonstranten gut zuredet hätte, doch wieder zu essen, man würde draußen schon alles zum Besten werden. Es muß, zum Kuckuck, einmal ein Ende haben mit der verdammten Einmischung wohlmeinender Bonzen in die Entschlüsse derer, die im Gefängnis ihre Haut zum Markt tragen. Ich habe selber Hungermanifestationen mitgemacht und weiß, wie ekelhaft die Beschwichtigungsversuche der parlamentarischen und diplomatischen Leisetreter sind, die einen dabei vor Gesundheitsschädigungen bewahren möchten. Entweder man ignoriert ihre Mahnungen und hungert weiter, dann hat ihr ganzes Dreinreden nur die Wirkung, die an sich hinlänglich strapazierten Nerven noch mehr anzustringen und den Enthusiasmus, der solche Aktion kräftig hält, zu lähmen, oder man fügt sich den Gründen und Ratschlägen der mitleidigen und politisch erfahrenen Bremser draußen, dann reiben sich die Herrschaften die Hände, gegen die sich der Hungerstreik gerichtet hatte, die ungeheure Anstrengung und Schwächung des Körpers war vergeblich und zurück bleibt

ein elender Katzenjammer, das trostlose Bewußtsein, die einzige Waffe der Selbsthilfe im Kerker durch nutzlosen Gebrauch abgestumpft, ihre Anwendung als Druckmittel auf die Peiniger entwertet zu haben. Ich sage nicht, daß die konsequente Durchführung des Hungerstreiks diesmal dazu geführt hätte, die neue Verurteilung aller von der Amnestie übergangenen Genossen bei völlig verschütteten Aussichten für unabsehbare Zeit zu verhindern, aber ich behaupte, daß der ungestörte Ablauf der Aktion bei den Massen, die das Wort Amnestie hörten und als Beruhigungspulver dankbar einnahmen, den größten moralischen Eindruck gemacht hätte und daß ohne die schädliche Betriebsamkeit der sich berufen glaubenden Seelenhirten des revolutionären Proletariats die Sicherheit der Reaktion, sich alles leisten zu können und schließlich doch die Besänftigungsonkel die Folgen abwiegeln zu sehen, einen erschütternden Stoß erhalten hätte. Prachtvoll ist die Geste der Sonnenburger Genossen bei der Entlassung aus dem Zuchthause, die sich zum Zeichen des Protestes gegen die schmachliche Unzulänglichkeit der Amnestie und zum Zeichen ihrer Solidarität für die Zurückbleibenden weigerten, die verhaßten Mauern zu verlassen und auf Tragbahnen hinausgeschleppt werden mußten. Sie haben sich noch in der letzten Stunde würdig gezeigt der Ehre, von der Bourgeoisie auserwählt worden zu sein, den Ordensmantel des revolutionären Proletariats zu tragen, den Zuchthauskittel der Ebert-Hindenburgrepublik.

Die Sozialdemokraten hatten vor der Auflösung des vorigen Reichstags die fast schon perfekte Amnestie zu Fall gebracht, die sich auf dem Kompromiß der Abgeordneten Everling, Rosenfeld und Höllein aufbauen sollte. Danach sollte eine möglichst weitreichende Auslöschung der politischen und politisch beeinflussten Straftaten erfolgen, und der Spießermoral, die zwar den gesetzlichen Mord der Todesstrafe nicht entbehren mag, den Massenmord des Krieges als Badekur zur körperlichen und seelischen Ertüchtigung der mannbaren Jugend in den Schullesebüchern feiert und Bluttaten entmenschter Landsknechthorden, wenn irgend ein Noske sie zur Abwendung von Arbeiteransprüchen anleitet, für rühmenswürdige Ruhestiftung hält, — dieser Spießermoral sollte die Konzession gemacht werden, daß die wegen Tötung von Mitmenschen ergangenen Zuchthausstrafen auf ein Drittel der Zeit, bei unbegrenzter Dauer auf 7½ Jahre herabgesetzt und in Festungshaft umgewandelt würden. Die Sozialdemokraten erklärten, ihren eigenen Vertreter im Dreimännerrat desavouierend, das Kompromiß für unannehmbar, da sie einerseits die wegen Teilnahme an nationalen Femegerichten verurteilten Leute der Schwarzen Reichswehr keiner Amnestie teilhaftig werden lassen wollten, andererseits unter die Bürgerkriegskämpfe des Proletariats einen endgiltigen Strich zu ziehen wünschten. Sie ließen aus lauter Charakter an ihrem Widerspruch die ganze Amnestie zerschellen und zogen, unbeschwert von dem Gedanken an hunderte dadurch um ihre Hoffnungen geprellte Revolutionäre in den Zuchthäusern, auf Stimmenfang in den Wahlkampf, der die glorreiche Epoche Müller einleiten sollte.

Als sie ihre Stimmen beisammen hatten, wozu sie die kommunistischen Konkurrenten als ruchloseste Massenverführer bedeckten, die es mit der proletarischen Ehre vereinbar hielten, für die Befreiung ihrer Genossen den Preis der Freilassung der Fememörder anzunehmen, versprachen sie, nunmehr zu zeigen, wie eine dem Interessen der Arbeiterschaft in Wahrheit entsprechende Amnestie auszusehen habe. Freilich gab ihnen eine Wahl-

rauferei mit tölichem Ausgang, wobei zufällig das Opfer einer ihrer Parteifreunde war, sofort wieder die sittliche Festigkeit, derlei „Mörder“ wie den kommunistischen Messerstecher für unwürdig jeglicher Milde zu erklären. Daß sie selbst den armen Proleten den Humbug der Wahlzettelzählerei als schicksalhafte soziale Tat mundgerecht gemacht haben, daß sie armen, hung- rigen, gequälten und getretenen Menschen den Glauben eingepflicht haben, die richtige Liste auf dem Wahlzettel ankreuzen, bedeute Erlösung aus Elend, Entwürdigung und Pein, wer falsch ankreuze, verewige die Reaktion, werde daher zum Verbrecher an der ganzen lebenden Generation, und daß — angesichts ihres Wirkens seit 1914 — dieser alberne Wahn sich auch einmal gegen einen der ihrigen Kühlung schafft, ficht sie nichts an: Mord und Rache! Erbarmungslose Verfolgung aller, die je ähnliches verbrachten, — Erich Kuttner wird es uns nächstens wieder bei den Manen des von ihm erschossenen Arbeiters Hoffmann begreiflich machen, wie heilig das Menschenleben ist. Als der neue Reichstag beisammen war, hatten die Sozialdemokraten das Glück, die Kommunisten inzwischen zu ihrem Standpunkt bekehrt zu sehen, daß die sogenannten Fememörder von der Amnestie auszunehmen seien. Man wollte damit wieder mal eine Maske herunterreißen, nämlich die Sozialdemokraten zwingen, entweder diesem Antrag — alle proletarischen Gefangenen raus, alle der kapitalistischen Gesellschaft ergebenden Verurteilten festhalten! — zuzustimmen (wobei noch nicht mal eine Mehrheit herausgekommen wäre), oder offen zu zeigen, daß sie als Regierungspartei des Staates sich dem Staat und nicht der vom Staat unterdrückten Klasse verbunden fühlen (was ohnehin jeder weiß und woraus die Sozialdemokratie schon sehr lange nicht einmal mehr ein Geheimnis macht). Also „Taktik“. Selbstverständlich wurde das kommunistische Verlangen, daß eine Amnestie mit Ausnahmen erlassen werden solle, von den maßgebenden Parteien bereitwillig akzeptiert. Eine Generalamnestie wollte ihr ja selber nicht; Ausnahmen? Einverstanden. Nur lassen wir uns nicht von euch vorschreiben, was für Ausnahmen gemacht werden, — das bestimmen schon wir. Es muß laut und verständlich gesagt werden, daß die Parteikommunisten mit ihrem Rückzug von dem Standpunkt, den sie vor der Wahl eingenommen haben, der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien die moralische Position zur Preisgabe der wegen Vergehen gegen das Leben Verurteilten erheblich gestärkt haben. Dazu bestand umso weniger Anlaß, als es sich bei den Mordtaten, die sie vom Staat gnadenlos geahndet wissen wollten, garnicht um Ermordungen von Proletariern durch Nationalisten handelt, die bekanntlich noch im vorigen Jahr im Perlacher Prozeß von Noske ausdrücklich als immun reklamiert worden sind, sondern um interne Vorgänge innerhalb konterrevolutionärer Verbände. Die Ermordeten waren nicht im mindesten weniger Arbeiterfeinde als die Mörder, es waren alles Leute, deren Gewehre schon auf revolutionäre Arbeiter Feuer gegeben hatten. Um deren kostbares Leben zu rächen, haben also die Kommunisten es für richtig gehalten, daß der Staat nur eine politische Amnestie mit Ausnahmen erlassen dürfe.

Die Sozialdemokraten haben die schwankende Haltung der Kommunisten gründlichst gegen die proletarischen Gefangenen ausgenutzt. Sie, die eben mit Gepränge den 60. Geburtstag ihres Noske begangen haben, desselben Noske, der vielen tausend Arbeitern die Aussicht, einmal ebenfalls 60 Jahre alt zu werden, frühzeitig abgeschnitten hat, proklamierten das

Menschenleben als das unverletzliche Gut, dessen Antastung nie amnestiert werden könne. Nun, zum Glück gibt es die Fememörder. Solange es sie nicht gab, hat die Sozialdemokratie noch stets nicht nur die Mörder und Totschläger, sondern auch die Gewalttäter jeder andern Art, selbst die Revolutionäre, die sich eines Sprengmittels bedient hatten oder doch erwogen hatten, sich seiner zu bedienen, von allen Amnestien ausgenommen. Jetzt galt es ja nicht mehr, bloß Proletarier zu retten, jetzt mußte man wohl oder übel den Monarchisten zeigen, daß man bei allem Abscheu vor Bluttaten ein fühlendes Herz in der Brust habe: allerdings natürlich mit weiser Mäßigung. Die Liquidation der revolutionären Erregungszeiten und der Empörungsakte in der Inflationsperiode durfte nicht zu gründlich sein, unter dem Strich, den man hinter die Geschichte der labilen Verhältnisse zog, mußte Raum bleiben, die Staatsautorität sich weiterhin an diesen Verhältnissen auswirken zu lassen. So kam denn die Amnestie zum Vorschein, die von den Amnestierten selber mit Hungerstreik und Weigerung, das Zuchthaus zu verlassen, quittiert worden ist.

Hätte man tatsächlich die Ausnahmen nur gegen die Fememörder richten wollen, wie das die Sozialdemokraten jetzt noch behaupten, so hätte man sich ja begnügen können, den mit Ueberlegung begangenen Mord zu übergehen; in dem Amnestiegesetz wird aber dem Mord ausdrücklich der Totschlag gleichgestellt, also die Affekttat, wobei daran zu erinnern ist, daß zur Kennzeichnung der Tat einfach das Urteil des klassenmäßigen befangenen und politisch voreingenommenen Gerichts maßgebend bleibt. Auch hätte man sich, da selbstverständlich eine Beschränkung der Ausnahmen auf rechtsgerichtete Delinquenten doch nicht zu erzielen war, mit dem Kompromiß der drei Männer vom vorigen Reichstag abfinden können. Aber das ging schon zu weit. Die Strafen der Ausgeschlossenen werden statt auf ein Drittel nur auf die Hälfte herabgesetzt, die Strafart nicht in Festung, sondern nur in Gefängnis umgewandelt. „Eine Umrechnung (§ 21 St.G.B.) findet nicht statt“, d. h. die schon verbüßte Zuchthausstrafe wird nicht mit je 8 Monaten einem Jahr Gefängnis gleichgesetzt. Diese Umrechnung wäre fast nur den proletarischen Gefangenen zugute gekommen; denn die Fememörder sitzen ja alle noch kaum 8 Monate und würden nur sehr wenig profitieren; für die etwa 1924 zu 15 oder 12 Jahren verurteilten Revolutionäre aber würde es viel bedeutet haben. Zu viel, als daß von Sozialdemokraten dieses Ausmaß menschlichen Entgegenkommens zu verlangen gewesen wäre.

Ausgeschlossen sind ferner Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, die aus Eigennutz begangen sind. Wer bestimmt, ob Eigennutz vorliegt? Das gerichtliche Urteil der von Gehässigkeit und Befangenheit blindwütigen Offiziers- und Ausnahmegerichte oder bayerischen „Volks“-gerichte. Bei diesen Delikten findet nicht einmal die Herabsetzung und Haftmilderung statt. Den amnestierten Strafen werden solche gleichgestellt, „die wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militärstrafgesetz von Militärgerichten des Reichs oder der Länder bis zum 1. Oktober 1920 rechtskräftig erkannt worden sind“. Also nicht die zufällig später vor Münchener Richter gezeigten Fälle wie der jenes Humpmair, von dem hier schon die Rede war, nicht die paar Diebstähle eines Mannes, der sich gerade jetzt an mich gewendet hat und der 1916 desertierte. Er kam nämlich zufällig nicht vor ein Militärgericht, sondern vor eine Strafkammer. Die Amnestie schließt ihn infolgedessen aus.

Aber das Allertollste. Amnestiert werden laut § 1 die Strafen wegen Straftaten, „die aus politischen Beweggründen begangen worden sind“. Was sind das für Straftaten? Wo fangen sie an? Wo hören sie auf? Darüber sagt dieses anmutige Gesetz keine Silbe. Selbst das klägliche Amnestiegesetz von 1922 versuchte hier Ungerechtigkeiten abzuheilen und setzte den Amnestieausschuß beim Reichsjustizminister ein, der die von den Gerichten übergebenen Fälle zu prüfen hatte und doch einer ganzen Anzahl von Genossen nachträglich zur Anwendung der Amnestie verhalf. Dieses Mal scheint die Bestimmung, wessen Straftat als politisch zu betrachten ist, einfach den Staatsanwälten und Richtern überlassen zu bleiben, von denen die Urteile ausgegangen sind, Urteile, die in zahllosen Fällen ausgezeichneten Genossen, die um des revolutionären Kampfes willen den Respekt vor dem geheiligten Eigentum der Inflationsschieber außer Acht ließen, jeden politischen Beweggrund absprachen und sie einfach zu Dieben und Fäulern ohne die geringste ideelle Regung stempelten. Irgend eine Sicherung gegen willkürliche Verweigerung der Anwendung der Amnestie ist im Gesetz nicht vorgesehen, und bis jetzt wissen wir noch nicht, ob die Genossen Mehlhorn und Burghardt nun eigentlich noch herausgelassen werden oder nicht, warum sie nicht gleich mit den anderen Amnestierten befreit worden sind und an wen sie sich eigentlich zu wenden haben, um gegen ihre Entrechtung zu protestieren. Wahrscheinlich ist die höchste entscheidende Instanz das Reichsjustizministerium, das nun Koch oder Bell oder Radbruch oder Hergt heißen möge, das in Wirklichkeit immer Joël heißt. Dieser Joël ist der unabsetzbare, unausrottbare Staatssekretär, der sein Geschäft unter den Ministern Wilhelms II. gelernt hat und der es als seine einzige Aufgabe betrachtet, das Elch juristischen Gehirnschaltungen mit seinem bürokratischen Leder zu isolieren und unzerstörbar zu machen. Solange für die Genossen, die von der Amnestie nicht sofort erfaßt worden sind, keine andre Möglichkeit besteht, noch mit einbezogen zu werden, als ein Appell an die Werner und Lorenz und eine Feschwerde an den unsäglichen Joël, solange soll von uns das Beruhigungspulver dieser neuesten Leistung republikanischer Gesetzgebungskunst als Juckpulver benutzt werden, und es soll kein Tag Ruhe werden, bis nicht die Uebergebenen mit demselben Jubel vom Proletariat in seine Reihen geholt sind, der Max Hoelz und die übrigen entlassenen Genossen begrüßt hat.

Max Hoelz ist wieder unter uns, nicht etwa rehabilitiert von dem schändlichen Fehlurteil, das ein Ebertsches Sondergericht gegen ihn fällte, sondern nur zu vorzeitiger Entlassung „begnadigt“. Ob nun wirklich noch ein Wiederaufnahmeverfahren durchgeführt wird, in dem ein andres bürgerliches Gericht ihm bestätigt, daß der Gutsbesitzer Heß nicht durch ihn den Tod gefunden hat, ist vollkommen einerlei. Der Beweis dafür, daß Hoelz an den Tod des Mannes keinen Anteil hat, ist lückenlos erbracht und kann durch keinen offiziellen Justizakt mehr verstärkt oder entkräftet werden. Jeder Revolutionär, gleichviel, welcher besonderen proletarischen Organisation er zugehört, ist glücklich, daß der tapfere Genosse wieder unter den revolutionären Proletariern Deutschlands steht und grüßt ihn als Kameraden. Aber keiner der Entlassenen soll deshalb übersehen werden, weil sein Name und seine revolutionären Taten weniger bekannt geworden sind als die dieses Einen. Seid willkommen, Ihr alle, die Ihr zurückgekehrt seid aus dem Pfuhl der Staatsjustiz, ob Ihr als Organisatoren des Kampfes der bürgerlichen

Gesellschaft Schaden tatet, ob Ihr den Methoden des Genossen Karl Plättner vertrauend, mit den lebhaften Aktionen des individuellen oder des Bandenkampfes dem auf Gott und Noske vertrauenden Bürger den friedlichen Schlummer seines Dividendenglückes raubtet, ob Ihr mit Max Hoelz oder in anderen Formationen im proletarischen Aufstand als gute Rotarmisten Gewehr und Pistole führtet — jeder soll uns gleich teuer sein, jeder gleich willkommen in unsrer Mitte. Besonderen Gruß Euch Genossen in Bayern, die Ihr wegen der Dynamitaktion auf das Bezugsamtsgebäude in Füssen, einer Tat, die sich unmittelbar gegen die Hitlerschen Provokationen des Proletariats wendete, zu den irrsinnigen Zuchthausstrafen verurteilt ward, unter denen Ihr lange genug leiden mußtet, während den Veranlassern Eurer Abwehr kaum ein Haar gekrümmt wurde —, wir wollen Euch allen helfen, Euch wieder zurechtzufinden unter den Menschen. Aber wir wollen Euch Zeit lassen, Euch umzusehen in der revolutionären Arbeiterbewegung, damit Ihr vergleichen könnt und jeder gewissenhaft den Platz auswählen kann, auf dem er glaubt, seiner Klasse am besten nützen zu können. Die Freude jedoch, Euch wiederzuhaben, wird uns nicht trösten über die Trauer und den Zorn, daß nur Ihr zurückgekehrt seid. Das Beruhigungspulver der Amnestie, die Euch befreit hat, wird nicht einen Tag lang unsre Pflicht einschläfern, für die zu kämpfen, die in den Käfigen der Republik verfaulen zu sollen scheinen. Erholt Euch, orientiert Euch, reht Euch ein — und dann helft kämpfen!

* * *

Die Beteiligung hunderter nicht politischer Gefangener an der Demonstration gegen die Erbärmlichkeit der neuen Amnestie soll im Zusammenhang mit dem Koburger Prozeß des ungeheuerlicherweise als Mörder zum Tode verurteilten Rebellen Hein im nächsten Heft des FANAL zum Gegenstand eingehender Erörterungen unter anarchistischen Gesichtspunkten gemacht werden. Der Kampf für die Gefangenen darf keine Stunde unterbrochen werden; denn auch die politische Justiz, die mit ihrer Parteilichkeit selbst viele staaterhaltende Bürger für die Forderung einer umfassenden Amnestie lebendig machte, wird nicht eine Stunde unterbrochen. Sie geht weiter mit den gleichen arbeiterfeindlichen Gesetzen, mit denselben arbeiterfeindlichen Staatsanwälten, Richtern und Behörden. Wer den Kampf für das Recht führen will, muß ihn führen als Kampf gegen die Justiz und als Kampf gegen den Staat.

Odyssee im Eismeer

Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Entdecker des Südpols, der norwegische Forscher Rouald Amundsen, noch lebt. Es ist sicher, daß der bedeutende schwedische Gelehrte Malmgreen tot ist. Ihr Leben nebst dem etlicher anderer Männer wird aufgewogen von dem stolzen Bewußtsein, daß pünktlich am Jahrestage der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich die Fahne des Faschismus aus dem ewigen Eise, das das nördliche Ende der Erdachse unter Verschuß hält, sieghaft hervorflatterte. Da steckt sie nun, Mussolinis Ruhmeswindel und nicht weit davon das geweihte Kreuz des

Papstes, und die Symbole von Staat und Kirche grüßen am Nordpol den verirrtten Eisvogel und erzählen ihm von Nobiles glorreicher Luftfahrt zu Ehren der italienischen Nation und des Christentums. Als der wackere General sich mit seiner Mannschaft auf die Fahrt machte und die Stadt Stoß in Pommern den großen Tag erlebte, daß sein Lenkballon „Italia“ dort niederging, um sich nach dem Wege zum Nordpol zu erkundigen, da fand alle Welt die Idee wunderbar schön, die Arktis zu beflagen und mit dem päpstlichen Segen zu erwärmen, und wäre es dem hohlköpfigen Mussolini-Affen geglückt, den Ballon mit heiler Hülle oder in bequemer zugänglicher Landschaft leicht havariert niedergehen zu lassen, dann wäre dasselbe gerührte Hallo erklungen wie vor einem Jahr, als die Thayer und Fuller am Ziel ihrer Bestialität angekommen waren, als die Vereinigten Staaten die größte Schandtat der Weltgeschichte vollendeten und alle Völker den Mord an Sacco und Vanzetti mit Entsetzen und Abscheu mitansahen, — und als zu gleicher Zeit die amerikanischen Rekordflieger bei uns eintrafen und sich versichern ließen, daß ihre Sportleistung die Herzen Amerikas und Deutschlands für ewig vereinen müsse und kein andres Gefühl als das dankbarer Bewunderung für die amerikanische Kultur je wieder über den Ozean dringen werde. Es war nichts als Pech, daß Nobile ernsthaft schiffbrüchig wurde, daß von allen Seiten Hilfsexpeditionen für ihn gerüstet wurden und daß Lundborg schließlich nur einen Mann mit auf seine Maschine laden konnte, eodaß der Kapitän sich mit der Wahl seiner eigenen Person für die Rettung entlarven mußte. Dieses mannigfache Pech hat den würdigen Mann um das Hurra Europas gebracht, aber die braven Bürger, die jetzt nach seinem Fiasko entrüstet auf ihn spucken, sollten nicht gar so übermütig sein. Wäre der Mann ein deutscher Fecke und die offiziellen Zeitungsinformatoren legten Wert auf die Erhaltung seiner Reputation, dann hätte er sich bei uns trotz seiner Feigheit und seiner erwiesenen Charlatanerie, selbst trotz der Opfer seiner Hanswurstdiade genau der gleichen Ovationen zu erfreuen, wie sie ihm das faschistische Italien bei der Rückkehr bereiten wird. Schließlich haben auch wir Helden ähnlicher Sorte mit allerlei Spektakel feiern sehn, und es ist noch nicht ausgemacht, ob die nach Holland getürmten Hohenzollern und der mit blauer Brille nach Schweden verduftete Ludendorff für die Dauer so aus der Mode bleiben werden, wie es im Augenblick den Anschein hat. Der Wittelsbacher Rupprecht mußte erst von dem Sozialdemokraten Erhard Auer geholt werden, ehe er sich in das rotwogende Novemberbayern hineintraute, aber die Münchener Ministerschaft der Republik buckelt dennoch vor seiner majestätischen Gnade, als ob, wenn wir ihn nicht gehabt hätten, der Krieg womöglich verloren worden wäre.

Nobiles Expedition war ein faschistisches Reklametheater, verbunden mit einer Demonstration für die staatliche und kirchliche Autorität. Die Bedeutung des albernen und grotesken Unternehmens liegt einzig in den Kontrasten, die aus den Folgen ihres katastrophalen Mißlingens erwachsen. Die Teilnehmer selbst in verschiedene Gruppen auseinandergerissen, deren jede Grauenhaftes erdulden mußte, während der Chef selbst in Sicherheit gebracht ist und ruhmredige Idioten in die Welt funkt. Die skandinavischen Forscher, die, ungeachtet der eigenen Kenntnis der drohenden Gefahren, mit ernstem Anstand zur Hilfe aufbrechen. Das energische und sachliche Rettungswerk des russischen Eisbrechers „Krassin“ und des Fliegers

Tschuchmowski und die allmähliche Aufhellung der Vorgänge bei Malmgreens Tode, die ganz den Eindruck machen, als wäre dieser kritische und sachkundige Fahrtgenosse Nobiles, der von der ganzen Odyssee abgeraten hatte, dem Faschistengeneral nicht ungelegen gestorben.

Mussolini hat die Rückkehr der Geretteten befohlen und ihnen alle Antworten auf neugierige Fragen verboten. Was sie erlebt haben, werden sie alle schon in Rom erfahren. Sie haben die Fahne am Nordpol gehißt, sie haben das päpstliche Kreuz ins Eis gespießt, — der Zweck ist erreicht, mag Malmgreen und Amundsen darüber zum Teufel gegangen sein. Das ist Faschismus: um der verlogenen Pose willen Vernichtung und Tod.

Es ist unmöglich, darauf zu verzichten, die Haltung der Russen bei der Tragödie vergleichend neben die der Italiener zu stellen. Es ist erst recht unmöglich zu leugnen, daß sich im Verhalten beider Teile der Geist der Nationen spiegelt, wie er im Laufe der letzten geschichtlichen Ereignisse sich in beiden Ländern entwickelt hat. Der Faschismus mit all seiner aufgeblasenen inneren Hohlheit, mit all seiner theatralischen Roheit und unsocialen Protzerei ist eine Krankheitserscheinung, die sich außerordentlich weiten Kreisen der indifferenten Massen Italiens mitgeteilt hat. Die Rolle Nobiles und seiner Landsleute, die den sterbenden Malmgreen im Eise liegen ließen, enthält den ganzen Charakter des Faschismus. Dagegen ist die saubere, konzentrierte und bescheidene Arbeit der russischen Hilfsmannschaften noch völlig imprägniert von dem Geiste eines Volkes, das eine wunderbare Revolution geleistet hat und seelisch noch durchaus erfüllt ist von revolutionärer Glut und revolutionärer Würde. Was uns am Verlaufe der russischen Revolution schmerzt und erbittert, spielt sich in den regierenden Zirkeln einer Sippe von Machthabern ab, die den lebendigen reinen Geist der Revolution wohl noch zu lenken verstehen und daher für ihre revolutionsfremd gewordenen Zwecke benutzen, — aber der Unterschied zwischen Italien und Rußland ist dieser: Mussolini schuf durch Verrat und Phrase eine Situation, der sich eine neuerungssüchtige und von keinem revolutionären Erlebnis geläuterte Masse nachäffend anpaßte. In Rußland aber schuf das Volk durch Revolution neuen Geist und neues Ethos. Die Trennung der Interessen einer Führerschaft von diesem unverdorben gebliebenen revolutionären Geist des Volkes geht allmählich und nur von kritischen Köpfen erkannt vor sich. Im natürlichen Verhalten des Russen ist noch durchaus das Bedürfnis wirksam, die revolutionäre Verpflichtung zur Geltung zu bringen. Der Gegensatz konnte nicht klarer vorgeführt werden, als es in den Wüsten des arktischen Eises geschehen ist. Eine gefühllose eitle und gespreizte Parade abenteuerlustiger Patrioten mit dem kümmerlichen Ideal, mit nationalen Machtemblemen noch am Nordpol Respekt vor einem bestimmten Staat zu wecken — und zur Rettung solcher Abenteurer aus den Folgen ihrer Dummheit und ihres Leichtsinns die stille, zielklare, überlegte Aktion von hohen sittlichen Begriffen bewegter Menschen, die das Ideal leitet, daß die Menschen Brüder sind, daß internationale Solidarität den Staats- und Autoritätsdünkel besiegen wird und daß an Stelle von Macht und Egoismus die Freiheit und die gegenseitige Hilfe das Zusammenleben der Völker bestimmen muß.

Zum 23. August.

Brüder, euer Name lebt,
unsern Fahnen eingewebt,
ewig unvergänglich.
Wenn die rote Freiheitsflamme loht,
soll ihr Glanz der Welt verkünden
euern Kampf und euern Tod.

Treue euerm kühnen Geist,
der den Weg der Zukunft weist.
Brüder, wir geloben:
Was euch leiden ließ der Mörder Staat,
jede Stunde eurer Qualen
sei ein Hebel unsrer Tat.

Kampf sei euer Dank und Lohn,
Kampf dem Staat, der Reaktion,
Kampf bis zu dem Tage,
da der Spuk der Macht im Staub zerriecht,
wenn in jedem Land auf Erden
sich das Arbeitsvolk besinnt.

Brüder, die ihr für uns starbt,
euer Blut fließt unvernarrt,
bis die Massen siegen.
Klassenkampf und Solidarität
geben in die Hand des Volkes
Land, Fabrik und Feldgerät.

Eure Sehnsucht, eure Pein
soll uns Stern und Geißel sein,
Sacco und Vanzetti!
Euer Beispiel stirbt der Menschheit nie.
Freie Welt sei euer Denkmal,
Sozialismus, Anarchie!

(Dieses Lied bildet den Schluß einer Dramatisierung der Sacco-Vanzetti-Tragödie von Erich Mühsam, die unter dem Titel „Staatsräson“ erscheinen wird.)

Der mexikanische Zankapfel

Die Kirche ist eine weltliche Macht, war nie etwas anderes und will auch nichts anderes sein. Wo es ihr nicht, wie in Europa, besonders in Deutschland und zumal in Bayern, gelingen will, die gesamte gesetzgebende Politik ihren auf die Beherrschung der Schule und der Familie gerichteten Interessen zu unterwerfen, bedient sie sich aller, ausnahmslos aller politischen Mittel, sich als weltliche Macht durchzusetzen. Umgekehrt bedienen sich die Mächte, die ihren überaus weltlichen Charakter offen zur Schau tragen, des Weihrauchs der Kirche, wenn sie ihn als Giftgas gegen Geschäftskonkurrenten glauben verwenden zu können. Die jahrzehntelangen Bürgerkriege in Mexiko drehen sich um den Grundbesitz alteingesessener Bauern, der ihnen von großagrarischen Bodenspekulanten streitig gemacht wird und vor allem um die das ganze Land durchziehenden Metalladern und Ölquellen, für deren Ausbeutung verschiedene ausländische Kapitalistenkonzerne die Eingeborenen zu Bürgerkriegen gegen einander hetzen. Um derlei innere Kriege mit Aussicht auf recht gründliche Aderlässe hochtreiben zu können, bedarf es der sittlichen Vorwände. Auch ein mexikanischer Mestize stirbt nicht gern für die Dividenden des Herrn Rockefeller, wohl aber hält er seine Knochen feil für den heiligen Glauben seiner Väter. Das amerikanische Petroleumkapital hatte seine blutigen Raubzüge in Mexiko, bei denen es in erster Reihe galt, das sehr kirchengefeindliche, nämlich sozialistisch aufgeklärte Proletariat niederzuwerfen, das den wahren Sinn der fortwährenden Einmischungen der Vereinigten Staaten in die inneren Kämpfe genau durchschaute, klüglich in die Maske gekleidet, die gefährdete Religion zu schützen. Da es indessen gelang, der öligen Invasionen Herr zu werden, war es klar, daß die katholische Kirche als Bundesgenossin der Versklaver des mexikanischen Volkes bei der Verteilung der Machtbefugnisse im Lande ziemlich weit in den Schatten gestellt wurde. Fanatische Kleriker und ein von ihnen wüst fanatisierter Anhang organisieren nun seit Jahr und Tag Aufstände und terroristische Aktionen gegen das liberal-sozialdemokratische Regime Calles, selbstverständlich im besten Glauben, zur höheren Ehre Gottes zu handeln und ohne Ahnung, daß ihre wirklichen Auftraggeber die imperialistischen Petroleumtrusts der United States sind. Der Staat wehrt sich seinerseits durch energische Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kirche, womit er auf der einen Seite natürlich sogar bei staatsfeindlichen Revolutionären Sympathien erntet, auf der andern Seite ein von Rom dirigiertes Zetermordio in allen Sprengeln der katholischen Christenheit entfesselt, daß man meinen könnte, ganz Mexiko schwele in einem einzigen Autodafé von Hexenverbrennungen, wobei die Schwarzhöcke die Hexen abgeben müßten. Es gab eine neue Präsidentenwahl im Lande, bei der der Klerus wiederum unterlag und an Stelle von Calles der Vertrauensmann der antiklerikalen Kleinbauern, der General Obregon gewählt wurde. Im Dezember sollte er sein Amt antreten; am 18. Juli knallte ihn ein frommer Mann ab. Es zeigt sich also, daß die Umgangsformen bei den politischen Auseinandersetzungen im Lande auch auf der Seite der entrüsteten Päpstlichen nicht eben die freundlichsten sind. Calles ergriff schleunigst radikale Maßnahmen gegen die Verschwörerpartei -- und erinnert man sich dabei der Jämmerlichkeit der deutschen Sozialdemokraten nach der Ermordung Rathenaus, die nichts besseres wußten, als ein Gesetz gegen die revolutionären Arbeiter zu schaffen und seine Handhabung den Freunden Hefferichs zu überlassen, so muß man zugeben, daß anderswo Sozialdemokraten möglich sind, die, obwohl Staatsmänner, den-

noch Männer sein können. Es geschah jedoch etwas sehr bemerkenswertes. Die antiklerikalen Bauern gaben sich mit der verschärften Niederhaltung der unmittelbar an dem Mord schuldigen Kirchenpolitiker nicht zufrieden, sondern verlangten und erreichten die Entfernung der Vertreter der Arbeiterpartei aus der Calles-Regierung. Der Sozialdemokrat Morones, Staatssekretär im Arbeitsamt, Handels- und Unterrichtsministerium mußte abtreten, offenbar, weil man ihn, der ein persönlicher Gegner Obregons war, als den klerikalen Veranstalter der Mordtat nicht hinreichend wesensfremd ansah. Es läßt sich von hier aus schwer übersehen, worin die prinzipiellen Gegensätze zwischen Morones und Calles speziell auch in ihrer Unterscheidung von Obregon bestehen. Aber eins erkennt man deutlich, daß der Vertreter der Arbeiterpartei in Mexiko von den Revolutionären des Landes nicht als ihresgleichen betrachtet wird. Wenn bei uns die sozialdemokratische Presse weint, es sei mit diesem Sturz ihres Regierungsgenossen Morones ein verhängnisvoller Zwiespalt zwischen der kirchenfeindlichen Bauernschaft und dem nicht minder kirchenfeindlichen Proletariat zu Tage getreten, so kann man sie trösten. Mexiko gehört mit den lateinamerikanischen Ländern insgesamt zu den Staaten, in denen das Proletariat in seiner überwiegenden Mehrheit und in seinem für die Formen des Klassenkampfes entscheidenden Teil nicht nur durchaus kirchenfeindlich, sondern auch gundsätzlich staatsfeindlich gesinnt ist. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß dem Druck von unten, der die Entamung des Herrn Morones bewirkt hat, weil er nicht zuverlässig antiklerikal sei, von der Masse der Arbeiter kräftig nachgeholfen worden ist. Es kann nämlich vorkommen, daß jemand Vertreter einer Arbeiterpartei ist, ohne dabei jemals die Partei der Arbeiter zu nehmen. Zum Beispiel ist der Vorwärts, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in seiner Betrachtung der mexikanischen Vorgänge v m 20. Juli froh, daß die Germania, das Hauptorgan der katholischen Zentrumsartei, die Ermordung Obregons auf „die mexikanische Mentalität“ zurückführt, die „sich nicht mit europäischen Maßstäben messen läßt“. Der Vorwärts schließt daraus, daß bei den deutschen Katholischen angesichts solcher unfrommer Taten „den einsichtigen Kreisen etwas schwül zu Mute zu werden“ schein und hörbar fällt ihm ein Stein vom Herzen, daß es somit der Koalition in Deutschland beschieden sei. „aus dem politischen Kampf in Deutschland jene mexikanischen Zankapfel auszuschalten, der uns grade noch fehlte!“

Wegen Rummangel mußten zwei Aufrufe für die nächste Nummer zurückgestellt werden, deren einer sich mit der Schaffung eines „Arbeiterfilm“-Unternehmens befaßt, (Anschrift: Gen. H. Ahrens, Lübeck, Falkenburger Allee 47 d), der andre sich an die Kunden der Landstraße wendet, die zur Beschickung einer Vagabunden-Kunstaussstellung aufgefordert werden (Anschrift: Verlag der „Vagabunden“, Sonnenberg, Post Stuttgart-Degerloch).

An die Leser des „FANAL“!

An alle Freunde der Zeitschrift!

**An die Genossen der
Anarchist. Vereinigung und alle freiheitl. Revolutionäre!**

Die anarchistische Monatsschrift „FANAL“ erfreut sich wachsender Sympathie, die sich in vielen zustimmenden Kundgebungen und in der ständig steigenden Zahl der regelmäßigen Leser ausdrückt. Trotzdem ist das Blatt noch nicht finanziell gesichert und bedarf dringend der Unterstützung. Die Auflagenhöhe, die die Alimentierung des „FANAL“ aus den eigenen Einkünften sichern würde, ist noch nicht erreicht, auch ist der Einzel- und Straßenverkauf noch lange nicht genügend organisiert, sodaß, regelmäßig ein Defizit zu decken bleibt. Weder der Herausgeber noch die fast einkunftlose Anarchistische Vereinigung ist länger imstande, das Notwendige aufzubringen. Wir haben daher Sammellisten ausgegeben, in die freiwillige Spenden für die Erhaltung des „FANAL“ eingezeichnet werden sollen. Gelingt es, das Blatt mit Hilfe dieser Spenden und vor allem durch Steigerung der Abnehmerzahl, eventuell auch durch Beschaffung nicht kompromittierender Inserate auf eigene Füße zu stellen, so soll ihm baldmöglichst ein revolutionärer Broschürenverlag angegliedert werden, für den Material zur Werbung für die Idee des Anarchismus schon in Fülle bereit liegt.

Freunde! Genossen! Fordert Sammellisten an! Zeichnet in die bereits umlaufenden Sammellisten! Rechnet schnell ab!

Helft dem „FANAL“!
Werbt für „FANAL“

**Einzahlungen auf das Postscheckkonto Erich Mühsam, Berlin Nr. 82419
Sammellisten sind anzufordern beim Gen. Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln,
Ziethenstraße 10^{IV}**

DIE INTERNATIONALE

**ZEITSCHRIFT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE
ARBEITERBEWEGUNG, GESELLSCHAFTSKRITIK U.
SOZIALISTISCHEN NEUAUFBAU**

Herausgegeben von der

**FREIEN ARBEITERUNION DEUTSCHLANDS
(ANARCHOSYNDIKALISTEN)**

**angeschlossen an die
INTERNATIONALE ARBEITER-ASSOZIATION (IAA)**



Erscheint am Anfang jedes
Monats

Umfang 24 Seiten

Preis 30 Pfennige

3.50 jährlich — 1.75 halbjährlich —

0.90 vierteljährlich zuzüglich Porto

**VERLAG „DER SYNDIKALIST“
FRITZ KATER, BERLIN O 34**

Warschauer Straße 62 :: Postscheckkonto: Berlin Nr. 138928

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Wahrhaftigkeit. — Das Problem der Ueber-
gangsperiode (von H. W. Gerhard) — Taten
und Täter. — Panzerkreuzer A. — Zwei
Tote — Anarchistische Vereinigung —
Entschleßung

NR. 12

PREIS
40 Pfg.

JAHRGANG 2

BERLIN

SEPTEMBER 1928



Jeder Freiheitsfreund !!!

liest das
große Rebellenbuch

Ewig in Aufruhr

Gestalten deutsch. Rebellen
**von Klaus Störtebecker
bis Max Hölz**

Auf Grund historischer Dokumente
dargestellt von Dr. Erich Müller

360 Seiten / holzfreies Papier
Ganzleinen

Verlangen Sie noch heute unser
ausführliches Prospektmaterial kostenlos.
Karte genügt.

Universum-Bücherei für Alle, Berlin NW7
Dorotheenstraße 19

Soeben erscheint das Buch

staatspräson

von Erich Mühsam

Ein Denkmal
für

Sacco und Vanzetti

112 Seiten
Preis brosch. 2 Mk. in Lein. geb. 3 Mk.
für Mitglieder der Gilde
freiheitlich. Bücherfreunde,
der Freien Arbeiter-
Union Deutschlands
u. der Anarch. Vereinig.
33 1/2 % Rabatt.

Ein erschütterndes Dokument kapitalistischer Justizbarbarei und revolutionären Menschentumes, ein Ruf zum Kampf im Geiste der Ideen, für die Sacco und Vanzetti starben.

Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin O 34, Warschauerstr. 62

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 12

September 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrchlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Wahrhaftigkeit

Das Proletariat wird mit wissenschaftlichen Lehren überfüttert, die ihm beweisen sollen, daß die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsform durch die Revolution beseitigt und durch sozialistische und kommunistische Einrichtungen ersetzt werden müsse. Alle diese Wissenschaft geht von nur ökonomischen Grundfragen aus, weist auf nur ökonomische Lösungen hin und begnügt sich bei der üblichen Philister-Erinnerung, daß erst die Menschheit anders sein müsse als sie ist, bevor an eine bessere Welt gedacht werden könne, mit der Vertröstung, vernünftige Zustände würden die Menschen schon anständig machen. Dabei kämpfen die Vertreter der sozialistischen Lehren für die Zukunft einer gewandelten Sittlichkeit, indem sie gegen den Klassengegner und noch mehr gegen den in grundsätzlichen Auffassungen oder auch nur in der Anwendung der Kampfmittel nicht überall übereinstimmenden Klassegefährten die unanständigsten, erbärmlichsten und giftigsten Waffen anwenden. Sie wissen nicht oder haben vergessen, daß gesellschaftliche Umwälzungen erst möglich werden, wenn sie notwendig geworden sind und daß ihre Notwendigkeit erkennbar wird durch Krankheitserscheinungen, die zu allererst nach geeigneter Behandlung verlangen. Eine Entzündung in den Eingeweiden eines Menschen oder Tieres meldet sich durch Schmerzen an. Die Schmerzen veranlassen den Arzt, ihre Ursachen zu ermitteln, und er beginnt erst mit der Operation, die die Voraussetzung der Heilung ist, wenn alle Maßnahmen getroffen sind, um jede Verunreinigung der entstehenden Wunden zu verhindern. Der mit der Vorbereitung der Revolution beschäftigte Teil des Proletariats empfindet sehr stark die schmerzhaften Äußerungen des kapitalistischen Systems an seinem Körper,

aber, glücklich, von gelehrten Leuten darüber aufgeklärt zu sein, daß es sich hier nur um äußere Erscheinungsformen eines innerlich morschen Getriebes handelt, glaubt er sich über die Maßen weise, wenn er es ablehnt, eitrige Stellen auszuwaschen und an den Symptomen herumzukurieren; er will ohne umständliche Säuberung, ohne auch nur das Bettlaken, auf dem die Operation vollzogen werden soll, auf seine Reinlichkeit anzusehen, gleich mit dem Schnittmesser an die Wurzel des Uebels.

Es ist natürlich richtig, daß im Zusammenleben der Menschen erst dann gegenseitige Achtung, Schonung, Rücksicht und Hilfsbereitschaft als allgemeine Umgangsart erwartet werden kann, wenn die Gleichheit der Entwicklungsmöglichkeit aller natürlichen Anlagen, die Selbstverständlichkeit, vor Hunger, Obdachlosigkeit und Erwerbsunfähigkeit geschützt zu sein, die Beseitigung der Armut und ihres Gegenstücks, der sinnlosen Schwelgerei um der Verschwendung willen, — wenn mit einem Wort die vernünftige Bewirtschaftung der Erde und die gerechte Verteilung ihrer Güter den Anreiz zu Neid und Niedertracht aller Art aus den gesellschaftlichen Beziehungen der Allgemeinheit entfernt hat. Wer aber einsieht, daß dies richtig ist, der muß wohl auch begreifen, daß die bodenlose Niedrigkeit des allenthalben an den Tag gelegten Verhaltens der Menschen zu einander eine der Fäulnisäußerungen der kapitalistischen Gesellschaft ist, die die Notwendigkeit revolutionärer Neugestaltung zur Erscheinung bringen. Will aber das revolutionäre Proletariat der Arzt sein, welcher die als unumgänglich erkannte Operation vorzunehmen hat, dann darf es sich nicht ständig an den offenen Eiterherden der Krankheit die Hände besudeln, sonst trüge bei der Operation der Chirurg selbst die Giftstoffe in den Körper des Patienten wieder hinein, die zu entfernen seine Aufgabe war.

Wir müssen es immer von neuem sagen, schreiben, verkünden und bekräftigen, auf die Gefahr, von den gelehrsamkeitgeblähten und dialektisch gebildeten historischen Materialisten, die alle Schlagworte des Marxismus so genau kennen, daß sie sie fortwährend im Munde führen, ohne sich das geringste dabei zu denken, — auf die Gefahr, von allen Broschürenfressern und selbst Broschürenköchen des wissenschaftlichen Sozialismus als Kleinbürger, Ideologen, Sozialethiker, Menschheitsbeglucker, Individualisten, Wirrköpfe und Schwarmgeister entlarvt zu werden: daß die Befreiung der Arbeiterschaft aus der Knechtschaft der Ausbeutung nicht die Lösung einer ökonomischen Rechenaufgabe, sondern die Erfüllung einer sittlichen Pflicht sein wird. Wissenschaft ist nichts als Mittel der Erkenntnis und ändert sich in Verfahren und Ergebnissen mit der Veränderung dessen, was sie erkennen soll. Der Inhalt einer Revolution, die den

Namen sozial verdient, ist moralische Veränderung der Gesellschaft; die Abschaffung der Unterdrückung und Beherrschung von Menschen durch Menschen ist der Hauptteil dieser Veränderung, jede wirtschaftliche Neuordnung nach der Revolution ist diesem moralischen Ziel nachgeordnet, so daß die Fragen Kommunismus oder Kollektivismus, Geldverkehr oder freier Austausch, Familien- oder Gemeinschaftserziehung der Kinder und vieles andere nur unter den moralischen Gesichtspunkten entschieden werden sollten, welche Formen den Erfordernissen der Freiheit und Wahrhaftigkeit am besten entsprechen. Die Auseinandersetzungen darüber zwischen den Menschen, die sich über die Notwendigkeit der revolutionären Massentaktion einig sind, dürften, sollen sie irgend zu nützlichen Zielen führen, niemals anders geführt werden als im Geiste kameradschaftlicher Sachlichkeit, zu dem einzigen Zweck, durch Vorbringen von Gründen, Anhören und Durchdenken von Gegengründen die dem Unternehmen förderlichsten Wege zu ermitteln, seine Aussichten und die Formen des zu schaffenden Neuen zu erörtern und dauernd verantwortungsbewußt zu überprüfen.

Der Tiefstand des Bodens, auf dem, zumal in Deutschland, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der revolutionär gesinnten Kreise der Arbeiterschaft ausgetragen werden, hat seinen stärksten Grund darin, daß die Vertreter der mannigfachen Anschauungen fast ausnahmslos selber von den moralischen Fäulniserscheinungen angefressen sind, die die Revolutionsreife der bestehenden Gesellschaft erkennbar machen. Ja, man muß aussprechen, daß der Wille, saubere Beziehungen im gegenseitigen Verhalten der Menschen zu schaffen, die mit einander Ideen bewegen sollen, infolge der nur materialistischen Denkweise, die sich in den marxistischen Parteien durchgesetzt hat, leider in der Arbeiterbewegung kaum mehr irgendwo zur Geltung kommt, bedeutend weniger jedenfalls, als unter anständigen Bürgern, die des ebenfalls irrtümlichen Glaubens sind, dußsames, soziales, wahrhaftiges und hilfsfreudiges Verhalten im gegenseitigen Verkehr genüge allein, um die Gerechtigkeit auch in den gesellschaftlichen Einrichtungen zur Geltung zu bringen. Saubere Beziehungen allgemein können nicht bestehen, solange menschliche Arbeitskraft Handelsware ist, solange der Ertrag menschlicher Arbeitsleistung Wuchergut bevorrechtigter Schichten ist, solange Boden, Arbeitsmittel und Erdschätze Privateigentum sind und den Arbeitern erst dann zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, wenn sie sich von der Bestimmung über das von ihnen Geschaffene ausschließen lassen und sich gegen kümmerliche und nicht einmal die natürlichen Lebensbedürfnisse verbürgende Entlohnung dem kapitalistischen Produktionsprozeß mit allen seinen Gefahren für Gesundheit und Unter-

halt, mit aller Not und Entwürdigung für die wertschaffende Armut einordnen. Wohl aber könnten und müßten saubere menschliche Beziehungen schon jetzt zwischen allen denen bestehen und in all ihrem Tun und Lassen Geltung haben, die ehrlich eine neue Gesellschaft mit sauberen Lebensverhältnissen anstreben. Denn das Materialistische versteht sich bei einer sozialen Revolution von selbst, — auf das Moralische aber kommt es an.

Erste Bedingung zum gegenseitigen Verstehen zwischen Revolutionären ist Wahrhaftigkeit. Was wir hingegen im Umgang der verschiedenen Organisationen des Proletariats mit einander, der Arbeiterführer sogar der gleichen Organisation, wenn nur irgendwo ein persönlicher oder grundsätzlicher Zwiespalt besteht, und am allermeisten im Verhalten der Arbeiterführer zu den von ihnen Geführten beobachten, ist, daß Aufrichtigkeit, Wahrheit, Vertrauen, Gradheit, Rücksichtslosigkeit im Sachlichen und Bekennermut, alle die Eigenschaften, die im Begriff der Wahrhaftigkeit zusammengefaßt sind, gar kein Ansehen mehr genießen. Statt ihrer werden schöne Dinge gepflegt, die man Diplomatie, Taktik, Realpolitik, Manövrieren, Disziplin und dialektische Methodik nennt, und die man getrost in die viel klareren Begriffe Heuchelei und Lüge zusammenfassen kann. Ja, der Bestand der kapitalistischen Gesellschaft, die im Gestank ihrer moralischen Verfaulung längst hätte ersticken müssen, deren Zerfall in Unehrlichkeit, Verdorbenheit aller Beziehungen, moralheuchelnder Lasterhaftigkeit, allgemeiner gegenseitiger Begaunerung, Vergewaltigung und Bergwöhnung überreif ist, der Bestand dieser staatlich geknechteten und auf Schwindel gegründeten Gesellschaft ist nur deshalb weiterhin möglich, weil keine moralisch lautere Ablösung für sie vorhanden ist. Die „relative Stabilisierung des Kapitalismus“, diese öde, dämliche Ausrede revolutionsabgeneigter Phrasenhelden, die einen wissenschaftlich klingenden Vorwand dafür brauchen, daß sie ihre Beschäftigung mit Revolutionsvorbereitungen niemals über die Vorbereitungen hinausgelangen lassen wollen, — sie beruht einzig darauf, daß den Arbeitern tatsächlich eingeredet werden konnte, der Kapitalismus sei „relativ stabilisiert“. Er wird es solange sein, wie die Arbeiter ihn dafür halten, und die Arbeiter werden den Kapitalismus solange für stabilisiert halten, wie sie denen glauben, denen sie erlauben, statt ihrer zu denken.

Man sehe in eine sozialdemokratische oder parteikommunistische Zeitung hinein, um die Wahrheit zu lesen: Das Reichsbanner war aufmarschiert. Die Sozialdemokraten erfahren, daß unabsehbare Massen zusammengeströmt waren, deren Zahl auf mindestens zweihunderttausend Personen geschätzt werden dürfe. Die Kommunisten

aber nehmen befriedigt zur Kenntnis, daß ein armseliges Häuflein von höchstens dreitausend Leuten dem Ruf gefolgt war. Wenn es der Rote Frontkämpferbund war, ist es umgekehrt. Oder: In Brüssel hat der Kongreß der Zweiten Internationale getagt. Der „Vorwärts“ berichtete über die Aussprache der sozialistischen Internationalisten und rühmte den Geist der Einigkeit, der sieghaft über der geschichtlich bedeutungsvollen Tagung geschwebt habe. Indessen gelang es der „Roten Fahne“, über die geheimen Krachsitzungen außerhalb der offiziellen Harmonieveranstaltungen aufklärendes Material zu kriegen, und nun wissen wir, daß die Umlerner von 1914 auch 1928 noch nicht recht fertig sind mit ihrer Umlernerei und daß die Entschliebung gegen die koloniale Unterdrückung, die den uneingeweihten Arbeitern die tiefe Abneigung der Kongreßteilnehmer gegen die imperialistische Sklavenhalterpolitik der Europäer in anderen Erdteilen offenbaren soll, kunstvoll so abgefaßt ist, daß eine allen nationalen Regierungen gerecht werdende Zustimmung zur Kolonialpolitik den Text für die antikoloniale Musik bildet. Zugleich tagte in Moskau wiederum der Weltkongreß der Dritten Internationale. Lauter einstimmige Beschlüsse, nichts als Eintracht, Begeisterung und allgemeines Entzücken. Dabei weiß aber jeder nicht völlig eingewickelte Zeitgenosse, daß schon kein Delegierter zu dem Kongreß zugelassen worden wäre, der auch nur mit einer Andeutung von den Verfolgungen und Einkerkierungen revolutionärer Genossen in Rußland hätte sprechen mögen, dem zuzutrauen gewesen wäre, er könnte der Eintracht, der Begeisterung und dem allgemeinen Entzücken durch eine kritische Anmerkung zur nationalrussischen Bauernpolitik auf Kosten des werktätigen Stadtvolks, zur Abwürgung der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei, zur Waffen- und Munitionslieferung an die deutsche Reichswehr, zur Liebedienerei für Herrn und Frau Amanullah aus Afghanistan oder zu der tollen Zumutung an das internationale Proletariat Abbruch tun, es solle in dem Staatskonflikt zwischen Pilsudskis Polen und Smetonas Litauen zugunsten Litauens Partei nehmen. In Brüssel ist unausstehlich geheuchelt und gelogen worden; man hat statt internationaler Arbeiterinteressen nationale Staatsinteressen vertreten, und zwar jeder Abgesandte diejenigen des Staates, in dem er oder seine Freunde Minister spielen oder doch Minister spielen möchten. Man hat dort untereinander denselben diplomatischen Humbug verübt, den die beamteten Staatsbetreuer in Genf zur Wahrung der Geschäfte ihrer Wirtschaftsfürsten zu verüben pflegen. Aber in Moskau hat man nicht sehr viel besseres getan. Dort haben zwar die Kongreßteilnehmer nicht kapitalistische Diplomatie zugunsten der Ausbeutung der Arbeiter ihres jeweiligen Heimatlandes betrieben, —

aber sie haben auch dort internationale Arbeiterinteressen hinter nationale Staatsinteressen zurücktreten lassen und dabei fälschlich und ihre Auftraggeber, teilweise sicherlich auch sich selbst betrügend zu verstehen gegeben, daß sich eben die russischen Staatsinteressen mit den internationalen Arbeiterinteressen vollkommen deckten. So kommen denn Unwahrhaftigkeiten heraus wie die, die Arbeiter der Welt hätten, da Litauens staatliche Selbständigkeit der russischen Diplomatie erwünscht scheint, in einem polnisch-litauischen Kriege für die Unabhängigkeit „der litauischen Arbeiter“ auf die Schanze zu treten. Und die polnischen Arbeiter? Sind die plötzlich ein Dreck? Nein, die verlangte Solidarität des Weltproletariats im Kriegsfall kann nur bestehen in der Verweigerung jeder Mitwirkung an dem Kriege, in revolutionären Maßnahmen gegen den Krieg, in der Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten für beide kriegführenden Parteien, im Verlangen nach Sturz der beteiligten Staaten statt nach der Unberührtheit ihrer staatlichen Grenzen. Die eigentümliche Wendung der parteikommunistischen antimilitaristischen Formel „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“ bekommt sonst einen recht übeln Beigeschmack, nämlich den, daß man Kriege zwischen zwei Staaten einfach als nur von einer Seite imperialistisch gestempelt zu erklären braucht, um der Arbeiterschaft ihre Pflicht begreiflich zu machen, der anderen Seite, in diesem Falle dem faschistisch regierten Litauen, beizustehen. Die allein ehrliche antimilitaristische Formel lautet: Nieder mit dem Kriege! Denn der einzige Krieg, zu dem die revolutionäre Arbeiterschaft je Anlaß haben kann, die Waffen zu nehmen, ist der Bürgerkrieg gegen in- oder ausländische Gegenrevolutionäre, und zu diesem Kriege bedarf es keiner Richtlinien und keiner Kongreßentschlösungen. Er wird geführt, wenn er da ist und ist ein möglicherweise nicht zu umgehender Bestandteil der Revolution, die ja dank der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ noch nicht in Sicht sein soll.

Was die Beschäftigung mit allen diesen Erscheinungen zur Notwendigkeit macht, ist die kaum mehr beachtete Tatsache, daß auf Kongressen wie in der Presse, in den Parlamenten, den Gewerkschaften, in Schrift und Rede alle Wahrhaftigkeit nicht nur außer Acht gelassen wird, sondern sogar völlig in Vergessenheit geraten ist. Es wird nur noch gelogen, und weder Lügner noch Belogene haben das Gefühl dafür. Die Redaktionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen sprechen überall und über alles im Namen der ihrer Partei zugehörigen Arbeiterschaft. Aber die ist gar nicht gefragt, die erfährt erst, was sie will, aus den Zeitungsmeldungen, daß sie dies oder jenes wolle. „Das Proletariat protestiert“, liest man alle Augenblicke, und das arme Proletariat sieht,

nachdem es erfahren hat, daß es protestiert, genauer hin, um zu erfahren, wogegen es eigentlich protestiere. Die Brüsseler Delegierten faßten ihre wichtigsten Entschlüsse hinter verschlossenen Türen, damit diejenigen, in deren Auftrag sie Beschlüsse faßten, nicht erfahren, was es mit diesen Beschlüssen auf sich habe. Die Arbeiter stecken ihr sauer erworbenes Lohngeld in die Zeitungen, um genaue Wahrheit zu erfahren; Redakteure und Wortführer sind ihre Angestellten, — jawohl, es sind längst die Meinungsmacher für die Arbeiter. Sie drücken nicht aus, was die Meinung derer ist, die für die Befreiung der proletarischen Klasse einzustehen haben mit ihren Leibern und ihrem Schicksal, sondern sie lenken hinter dem Rücken ihrer Auftraggeber deren Meinung dahin, wo faule Führerinteressen sie haben möchten. Der Betrug bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zu Parlamentswahlen, der Delegationen für Kongresse ist jedem Arbeiter bekannt. Er ist nie gefragt worden. Ein demokratisch frisiertes Wahlmannersystem erhält ihm den frommen Wahn, als ob er doch irgendwie an dem Zustandekommen solcher Ergebnisse beteiligt wäre. Er läßt sich willig belügen. Nachher — wie jetzt bei der Panzerkreuzerposse, über die an anderer Stelle des Heftes mehr zu lesen ist — empört er sich ein wenig darüber, daß er belogen wurde und bleibt beim Wählen, beim Vertrauen zu den Führern, bei der eigenen Untätigkeit, die seine eigene Lüge ist.

Und hierauf kommt es an: wer selbst wahrhaftig ist, der läßt sich auch von anderen nicht belügen und beschwindeln. An den Proletariern, ja, an fast allen Revolutionären hängt noch mit tausend Saugrüsseln die Lüge der bürgerlichen Gesellschaft, die schandbare Unmoral, die Kirche, Schule, kapitalistische Heuchelei und Staat Moral nennt. Der Arbeiter schnüffelt wie nur irgend ein feister Betstuhlphilister im privaten Leben des anderen herum, kümmert sich um dessen Familienangelegenheiten und um seine geschlechtlichen Erlebnisse und urteilt über dergleichen Dinge nicht anders als er es in der Staatsschule und im Konfirmandenunterricht gelernt hat. Er erfreut sich seiner wissenschaftlichen Kenntnisse über Kapitalismus und Sozialismus und bezeichnet sich als Kämpfer für die Freiheit. Zuhause aber ist er der größte Tyrann, prügelt seine Kinder und quält seinen Hund, und während er, im berechtigten Empfinden, daß jeder Mensch und jeder Revolutionär auf ein privates Leben Anspruch hat, das vor Spitzerei jeder Art geschützt sein muß und dem Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung die Formen der Schönheit und der Freiheit zu sichern hat, sein Fenster verhängt, versucht er gleichzeitig zu erforschen, ob nicht ein anderer Bettabenteuer erlebt, die politisch gegen ihn auszuschlachten wären. Wer anderer Ansicht ist, gilt — das ist das verheerende Gift besonders in

der deutschen Arbeiterbewegung — als vogelfrei; wer aber brav am richtig gestrichenen Karren zieht, dem werden Gemeinheiten gegen Kameraden, Lumpereien sogar gegen die Bewegung verziehen und nachgesehen; und hat einer einmal in einer Anwandlung von Ehrlichkeit Meinungen geäußert, die ein Geschrei hervorriefen, er sei der niedrigste Schurke aller Zeiten. Meinungen, die ihn aus den Reihen der bisherigen Genossen ausstießen, und dann kriecht er unter Verleugnung seiner wahren Ueberzeugung zu Kreuz, so ist nicht nur auf den Wink der Führer bei den Massen aller Groll vergessen, — nein, der reuevolle Büßer wird sofort wieder Führer derer, die ihn ausgestoßen hatten. Das Proletariat hat sich an diese schmutzigen Dinge so gewöhnt, daß die bürgerliche Gesellschaft wahrlich zufrieden sein kann.

Wir Anarchisten haben wenig Grund, uns stolz in die Brust zu werfen und zu behaupten, daß in unseren Reihen keine Unwahrhaftigkeiten Raum hätten. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft ist so sehr durchsetzt mit verlogenen Ränken und rostigen Erziehungsspißereien, daß sich keine Bewegung rühmen kann, davon frei zu sein. Es ist aber nötig, davon zu reden, will anders man nicht die ganze proletarische Sache im bürgerlichen Lügendreck verfaulen lassen. Wer Freiheit will, muß auch Wahrhaftigkeit wollen, und die Wahrhaftigkeit in der Beziehung zwischen den Menschen, welche der Freiheit der Menschheit in Sozialismus und Anarchie zustreben, besteht in einer Lebensführung, die in jeder Handlung für die Idee die Aufsicht aller Arbeiter der Welt, in jeder Regung des privaten Lebens die Prüfung vor dem eigenen Gewissen verträgt.

Das Problem der Uebergangsperiode

(Vergleichende Revolutionsgeschichte II.)

Seit dem Kriege und der russischen Revolution gibt es vielfach Strömungen im Anarchismus, die mit der ungenügenden Rolle unserer Bewegung in den revolutionären Ereignissen unzufrieden sind und infolgedessen verschiedene der überlieferten Anschauungen revidieren, weiterentwickeln oder klären wollen. Dieses Gefühl der Unzufriedenheit findet sich schon in De Ligts „Anarchismus und Revolution“ vom Jahre 1922 und weiter in vielen verstreuten Artikeln bis zu denen Rudolf Rockers im „FANAL“. Einen bedeutsamen Anteil an diesen Bestrebungen hat die sog. „Plattform“ der russischen Gruppe „Djelo Truda“ in Paris. Besonders die Antwort einer anderen russischen Gruppe, mit Wollin in ihrer Mitte, die bisher nicht ins Deutsche übersetzt wurde, gibt wertvolle Gesichtspunkte.

Das Problem der Uebergangsperiode, das bei diesen Diskussionen ebenfalls eine gewisse Rolle spielte, ist m. E. eins der wichtigsten, dessen Lösung erst eine günstigere Entwicklung des Anarchismus ermöglicht. Denn auf die Frage der Arbeiterschaft: Was wollt ihr unmittelbar nach dem Siege der sozialen Revolution machen? müssen wir eine klare und einleuchtende

Antwort geben können. Der ältere Anarchismus hat diese Frage nicht mit der nötigen Klarheit gestellt. Entweder beschäftigte man sich überhaupt nicht näher mit den Zuständen, die einst herrschen sollen, oder man gab eine Schilderung des vollständig durchgeführten Anarchismus (zum Beispiel Kropotkins „Eroberung des Brotes“, A. Rollers „Der soziale Generalstreik“ usw.), wobei man die Frage nach den Wegen, um dahin zu gelangen, mit ein paar Worten über den „Instinkt des Volkes“, „das angeborene Gute im Menschen“ oder einfach den „guten Willen“ (siehe Jean Grave in seiner Antwort auf die Plattform, Fr. Arb. 1927) abtat.

Dabei ist der Gedanke, man könne durch eine soziale Revolution unmittelbar jenen idealen Zustand „Anarchie“ erreichen, eine Vorstellung, die im schärfsten Widerspruch zu jeder Art Entwicklungsgesetz steht. Diese Vorstellung würde bedeuten, daß die ganze jahrtausendalte, mühevoll, manchmal raschere, dann wieder langsamere, oft von Rückschlägen unterbrochene Entwicklung der Kultur plötzlich aus irgendeinem Grunde stillstehen sollte, zu Ende sein sollte. Die Anarchie wäre nach dieser Meinung eine Art Paradies, das irgendwo in der Zukunft verborgen wäre, und in das man durch eine außerordentliche Anstrengung, genannt „soziale Revolution“, eindringen könnte. Man wird zugeben, daß das eine Vorstellung ist, die bedenklieh nahe an christliche Erlösungsgedanken herankommt, und die auch, durch indirekte Einführung des Zweckgedankens („teleologischen Prinzips“) in die Geschichte einen längst überwundenen wissenschaftlichen Standpunkt wiederkehren lassen würde. Wenn man diese Konsequenzen ablehnt, dann bleibt nur übrig, die Anarchie ihres Charakters als Ideal zu entkleiden; sie ebenfalls für eine Etappe auf dem Wege der Menschheitsentwicklung zu erklären, und man wäre dann gezwungen, als weitergehendes Ziel eine „Ueberanarchie“ aufzustellen — eine Vorstellung, die ebenso absurd ist.

Wenn wir all das bedenken und auf dem Boden induktiv-deduktiver Forschung bleiben wollen, dann müssen wir uns sagen, daß die Anarchie in ihrer reinsten Form ein Idealzustand ist, der vielleicht überhaupt nicht, sicher aber erst nach langer Zeit erreicht werden wird. Unsere Aufgabe nach einer Revolution muß es sein, auf dem Gegebenen aufbauend, Schritte zur Annäherung an unser Ziel zu tun. Wie weit wir kommen werden, wird die Zukunft lehren. Wahrscheinlich wird die nächste Etappe — nach dem Feudalismus und der bürgerlichen Demokratie — eine Art industrieller Demokratie sein, die sich des Rätessystems für ihren praktischen Aufbau bedienen wird. Dahin deuten jedenfalls die Ansätze der letzten proletarischen Erhebungen.

Das Wort „Uebergangsperiode“ hat in unseren Kreisen einen sehr schlechten Klang. Bei den Diskussionen um die Plattform wagte niemand, sich offen zu diesem Gedanken zu bekennen. Das hat aber eine ganz bestimmte, naheliegende Ursache. Was man meist unter „Uebergangsperiode“ verstand, oder was unter diesem Namen in den bisherigen Revolutionen vor sich ging, waren nämlich keine vorläufigen Maßnahmen zur Einführung von etwas Neuem, zur Zerschlagung von Herrschaftseinrichtungen usw., sondern es war die Unterlassung lebenswichtiger Maßregeln, meist auf wirtschaftlichem Gebiete, resp. die Wiederherstellung alter Verhältnisse, die vom Volke schon spontan beseitigt waren. Es geschah dies entweder aus Unkenntnis der gesellschaftlichen Bedeutung derartiger Maßnahmen oder infolge des Einflusses reformistischer, unentschiedener Elemente. Später rächte sich das, indem die reaktionären Gewalten, die man hatte bestehen lassen, bei günstiger Gelegenheit die ganze Revolution liquidierten. Diese Auffassung der Uebergangsperiode ist allerdings gefährlich und rechtfertigt unser Mißtrauen.

Aber zwischen dem etwas phantastischen Gedanken eines Netschajeff u. a., die Gesellschaftsformen bis auf den Grund niederzureißen, nichts bestehen zu lassen, und dann alles von neuem aufzubauen, und der Nachlässigkeit bei bisherigen Revolutionen, wichtige Funktionen in autoritärem Sinne bestehen zu lassen, gibt es doch noch einen Mittelweg. Man muß die Aufgaben, die etwas weiter ab liegen, die sich nicht sofort lösen lassen, bis auf weiteres sich selbst überlassen und dafür mit ganzer Kraft an der Neugestaltung der gesellschaftlichen „Schlüsselstellungen“ arbeiten, von denen aus man dann die ganze Gesellschaft in die neuen Lebensformen bringen kann. Solcher Schlüsselstellungen gibt es nur drei: Die politische Staatsmacht mit allen ihren Zweigen, die restlos beseitigt werden muß; die Organisation der Betriebe unter Ausschaltung des Einflusses von Unternehmern, Direktoren, Spezialisten, aber auch von Kommissaren, „Roten Direktoren“ usw., nur gemäß dem Rätegedanken von unten nach oben; und drittens die militärische Verteidigung der Revolution durch ein auch von unten nach oben organisiertes Volksheer. Wenn keine militärischen Operationen nötig sein sollten, was sehr zu wünschen wäre, aber wenig wahrscheinlich ist, so würde dieser Punkt wegfallen und es blieben nur zwei wichtige Aufgaben: Die Organisation des wirtschaftlichen Lebens im freiheitlichen Sinne und die Abschaffung des Staates. Ist das geschehen, so läßt sich keine autoritative Macht denken, die sich noch irgendwo in der Gesellschaft halten könnte. In Presse, Schule, Theater, Familienleben, politischem Leben, sexuellem Leben, Erziehungswesen, überall wird sich, wie heute auch, der überwiegende Einfluß der Wirtschaft geltend machen und diese Gebiete, wo es nicht schon geschehen ist, im freiheitlichen Sinne reorganisieren. Das Umgekehrte ist ausgeschlossen. Nie wird die Presse, die Kunst oder sonst etwas, rein aus sich, ohne wirtschaftlichen Hintergrund, ja gegen die Tendenzen des Wirtschaftslebens, mehr als vorübergehende Erfolge aufweisen können. Wenn es uns also gelingt, das Wirtschaftsleben in unsere Hand zu bekommen und es in freiheitlichem Sinne vorläufig in Gang zu bringen, so brauchen wir uns um den Verlauf der Revolution weiter keine Sorge zu machen, auch wenn wir notgedrungen als Uebergangs-Konzession noch irgendwo einen Priester predigen lassen müssen, nichts Durchgreifendes gegen die Prügelstrafe in Arbeiterfamilien machen können oder das giftige Gewäsch irgendeines Presseschmucks über unsere Arbeit dulden müssen. All das kann keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken; es wird sich kein Mann zur Verteidigung der alten Prinzipien finden, weil die Reaktionsäre wirtschaftlich ohnmächtig sind, nichts zahlen können und weil es dem Volk zu gut geht, um sich auf Abenteuer einzulassen.

Man glaube nicht, daß das eine Bejahung des historischen Materialismus und eine Verneinung revolutionärer Erziehungsarbeit sei. Die Umgestaltung der Wirtschaft ist eine Tätigkeit, die bereits einen hohen Grad von revolutionärer Reife beim Proletariat voraussetzt. Karl Roche drückte das Verhältnis zwischen Idee und Realität einmal folgendermaßen aus: Wenn ein Tischler einen Tisch machen will, also eine durchaus materielle Handlung, so muß er doch erst wissen, wie dieser ausssehen soll und muß eine geistige Tätigkeit dabei verrichten — das Entwerfen. So ähnlich ist es auch in der Gesellschaft. Diese Frage müßte einmal in einem besonderen Artikel geklärt werden, in dem unsere prinzipielle Stellung zum historischen Materialismus darzulegen wäre.

Wenn wir den Verlauf bisheriger Revolutionen auf die Durchführung derartiger wirtschaftlicher Forderungen hin untersuchen, so können wir feststellen, daß man meist ganz andere Dinge für die wichtigsten hielt, nur nicht die Eroberung der wahren Grundlagen der Gesellschaft. Man bildete

Regierungen, berief Parlamente oder Nationalversammlungen, beriet das langen und breiten über Gesetze und Verfassungen, vergaß aber dabei, den Einfluß der Reaktion den sie durch die Beamtenschaft, die Großgrundbesitzer, Bauern, Fabrikbesitzer, Offiziere und Soldaten hatte, zu brechen. So kam es, daß die Revolutionen immer nach kürzerer Zeit wieder niedergeschlagen werden konnten und eine Zeit furchtbarer Reaktion nach sich zogen.

Nachdem die Regierenden, die Besitzenden, die Reaktion sich von dem ersten Schrecken der eben ausgebrochenen Revolutionen erholt hatten und sahen, daß man ihre wichtigsten Privilegien, Besitz, Polizeigewalt, Heeresführung usw., nicht antastete, begannen sie einen systematischen Krieg gegen das neue System. Das Wirtschaftsleben funktionierte nicht, die Kurse fielen, die neue Regierung geriet in Schwierigkeiten, die Arbeiter hungerten und murrten, die Reaktion steckte sich hinter den rechten Flügel der Revolutionäre — meist Bürgerliche, Kleinbürger oder scheinbar proletarische Elemente — um die Linken — die Arbeiter und ihre Wortführer — maßlos anzugreifen. Schließlich wurde ein Aufstand provoziert und niedergeschlagen, wodurch die Kraft der Revolution gebrochen und die Bahn für die Reaktion frei war. Das war der Verlauf der meisten bisherigen Revolutionen — 1848, 1871, 1918 —, weil man den Mechanismus der gesellschaftlichen Gesetze nicht verstand oder nicht verstehen wollte.

Die Ursache für dieses Nichtverstehen muß in dem trügerischen Vorbild großer bürgerlicher Revolutionen, besonders der französischen von 1789, gesucht werden. Man übernahm nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt, während die gesellschaftliche Lage ganz anders geworden war. Der Irrtum war der, daß wohl 1789 ein Parlament, eine Verfassung etwas Erstrebenswertes darstellten, weil es sich um eine bürgerliche Revolution mit politischen Zielen handelte, wenigstens in den Städten. Aber die späteren Revolutionen, von Arbeitern gemacht, konnten nach diesem Schema nicht arbeiten, wenn sie etwas für die Arbeiter leisten wollten, weil es sich gar nicht mehr um eine bloße politische Umwälzung, sondern um eine wirtschaftliche, soziale Revolution handeln mußte. Der Parlamentarismus war das Ziel der bürgerlichen Revolutionen, und er hat dem Bürgertum große Dienste geleistet, aber das Proletariat kann damit nichts anfangen. Aus diesem Grunde waren die Arbeiter von den bisherigen Revolutionen nicht befriedigt, und deshalb endeten sie alle mit einer starken Reaktion.

Eine einzige Ausnahme bildet die russische Oktoberrevolution von 1917. Da hat man, stellenweise schon vor dem Oktober, die Besitzer der Fabriken davongejagt, das Herrenland unter die Bauern verteilt, die Polizisten erschlagen oder vertrieben, den Staat zerstört. Und es ist eine Tatsache, die man auch als Gegner der russischen Regierung, wie sie heute ist, anerkennen muß, daß diese Revolution eine ungeheure Lebenskraft gezeigt hat. Sie hat sich gegen Sabotage und Miniarbeit im Innern, gegen Unverstand mißleiteter Bauern, gegen konterrevolutionäre Banden von allen Seiten, die von England und Frankreich unterstützt wurden, gegen Blockade und Krieg, gegen Isolierung und Hungersnot gehalten. Sie ist heute nur noch ein Schatten, aber sie ist nie überwunden worden. Das ist ein Beweis dafür, was eine tiefgreifende Umwälzung sozialer Natur vermag, welche Kräfte entfesselt werden, wenn das Volk weiß, daß es für sich selbst kämpft.

Wollte man die Ursachen für den enttäuschenden Verlauf der russischen Revolution, wie sie bis heute vorliegt, suchen, so müßte man in erster Linie die wirtschaftliche Struktur: 85 Proz. Bauern und 10 Proz. Arbeiter, erwähnen. Es ist klar, daß diese starke Bauernklasse, die wohl revolutionär war, solange sie unterdrückt wurde, aber mehr und mehr individualistisch

wurde, sobald sie zufriedengestellt und Herr ihres Landes war, keine Stütze für sozialistische Bestrebungen abgeben konnte. Im Gegenteil, sie zwang die regierenden Bolschewisten, selbst kapitalistische Methoden anzuwenden. Als weitere Ursachen des Niederganges wären die Unbildung des russischen Volkes, die Isolierung Rußlands und die sonstigen äußeren Gefahren, der vorhergegangene Krieg und die autoritäre Theorie der Bolschewiki zu erwähnen.

Trotzdem sich aber Rußland heute wenig von anderen diktatorisch regierten Staaten unterscheidet, hat uns diese Revolution doch gelehrt, was es heißt, wenn die Grundfesten der bisherigen Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Heer, von den Revolutionären erobert resp. vernichtet werden. Was sich in Rußland mit 85 Proz. Bauern nicht durchführen ließ, das wird bestimmt in Deutschland gehen, wo man 60 Proz. der Arbeiterschaft oder ihr gleichgestellten Schichten zurechnen kann.

Eine sehr wichtige Frage des Ueberganges wirft die erwähnte Plattform auf: Sollen in der Uebergangsperiode andere als unsere anarchistischen Prinzipien angewandt werden? Das müßten dann also irgendwie autoritäre Prinzipien sein. Aber so kann man die Frage nicht stellen. Wäre es so, dann könnte man sich nur für anarchistische Prinzipien entscheiden und käme zur Ablehnung der Uebergangsperiode. Die Frage muß aber nicht lauten, anarchistische Prinzipien oder autoritäre, sondern Handeln überhaupt oder Nicht-Handeln. Dort, wo wir in der Lage sind, einzugreifen, werden wir selbstverständlich anarchistische Prinzipien zur Geltung bringen: es muß aber bezweifelt werden, daß wir genügend Kräfte haben, oder daß das Volk einen genügend sicheren Instinkt hat, um die Gesellschaft von allen Seiten zugleich umbauen zu können. Wir werden vorläufig noch autoritäre Einrichtungen, Vorurteile, Gebräuche bestehen lassen müssen, ja uns vielleicht mit so etwas abgeben, es dulden müssen, bis wir das Fundament der neuen Gesellschaft befestigt haben und keine bewaffnete Gegenrevolution mehr zu befürchten ist. Wollten die Anarchisten in einer solchen Lage auf alles praktische Handeln verzichten und sich in eine mißvergnügte Opposition zurückziehen, weil sie nicht mit autoritären Einrichtungen Kompromisse schließen wollen, so würden sie das Feld anderen Strömungen überlassen, und die Revolution würde in autoritäre Bahnen lenken.

Nein, man muß hier wohl zwischen Maßnahmen bzw. Unterlassungen unterscheiden, die den weiteren Verlauf der Revolution hemmen müssen und solchen, die sich später nachholen lassen. Die Art der Landverteilung der russischen Bauern 1917, wodurch eine zahlreiche, zufriedengestellte Klein- und Mittelbauernschaft wie in Frankreich und Deutschland geschaffen wurde, war bestimmt ein Akt, der einen großen Teil der späteren Schwierigkeiten verursachte. Rosa Luxemburg hat dies gleich im Anfang erkannt und hat die Bolschewisten in ihrer Schrift über die russische Revolution gewarnt, sich dadurch nicht den weiteren Weg zu verrammeln. Ähnlich war es mit den Unterlassungssünden in bezug auf Fabrikskontrolle, Zerstörung des Staates usw. bei früheren Revolutionen. So hat auch die Abwürgung der Rätebewegung in Deutschland 1918 und ihre Ersetzung durch den Parlamentarismus den weiteren Weg dieser Revolution vollständig verlegt. Sie mußte bei Hindenburg landen.

Das schließt aber nicht aus, daß es auch Versäumnisse gibt, die sich später nachholen lassen. Zum Beispiel hat der französische König nach dem Ausbruch der Revolution 1789 noch volle zwei Jahre regiert. Die endgültige Bestätigung der agrarischen Neuordnung in Frankreich erfolgte sogar vier Jahre nach Ausbruch der Revolution. Die Ursache, die so etwas

ermöglichte, war die tatsächliche Umwälzung der Fundamente gleich im Anfange der Revolution; dagegen konnten keine Reaktion, keine Vendée, keine Einfälle vom Rhein her etwas ausrichten, und erst recht konnten sich solche Schönheitsfehler oder Formalitäten, wie die Staatsform usw., nicht als gegenrevolutionäre Tendenzen bemerkbar machen. Man vergleiche aber hiermit die Tatsache, daß die 1918 versäumte Enteignung der deutschen Fürstenhäuser sich 1926 ganz einfach als unnötig erwies.

Wenn ich hier der Uebergangsperiode das Wort rede, so will ich natürlich nicht gegen eine mögliche anarchistische Aktion sprechen, nur um des Wortes Uebergangsperiode willen. Im Gegenteil bin ich selbstverständlich der Ansicht, daß soviel wie möglich sofort „endgültig“ im freiheitlichen Sinne gestaltet werden soll.

Was ich mit obigen Darlegungen bezwecke, das ist, den starren Dogmatismus der Anarchisten zu bekämpfen, der sich mit nichts befassen will, was nicht garantiert innen und außen zu 100 Proz. autoritätsfrei ist. Beispiele für solches Verhalten sind genug vorhanden. (Betriebsrätefrage, Gewerkschaftsbewegung, Volksentscheid, Tätigkeit in der deutschen und russischen Revolution usw.) Ich will die Anarchisten darauf aufmerksam machen, was sicher auch schon viele unter ihnen erkannt haben, daß es in einer so großen Umwälzung, wie es eine soziale Revolution sein wird, nicht immer so reinlich zugehen kann, wie es in den Büchern steht. Es kann sein, daß da verschiedene, in den Theorien bisher nicht vorgesehene Schwierigkeiten auftauchen werden, die man nicht durch grollendes Abseitsstehen, sondern nur durch kräftiges Zupacken überwinden kann.

Die Anarchisten brauchen keine Angst vor Reformismus oder Verwässerung der Ideen zu haben; bisher hat sich diese Gefahr noch nicht gezeigt. Das Grundprinzip der Anarchie ist so klar und kräftig, daß es alledem trotzen kann und sogar mit Ideen wie Urchristentum, Religiosität, Idealismus, Individualismus usw., verbunden werden konnte, ohne dauernden Schaden zu nehmen. Die Gefahr für den Anarchismus liegt gerade auf der entgegengesetzten Seite: Absonderung, Reinhaltung von allen Einflüssen der Zeit, dadurch Weltfremdheit, Verkalkung, Einflußlosigkeit. Diese Erscheinungen können wir jeden Tag in den verschiedensten Ländern beobachten, in Deutschland so gut wie in Frankreich, Oesterreich, Holland, Argentinien, überall, wo unsere Bewegung existiert. Es gibt nur wenige Ausnahmen, zum Beispiel Spanien, Portugal, Italien. Es ist Zeit, daß sich alle, denen wirklich an der Vorwärtsentwicklung der Gesellschaft in anarchistischem Sinne liegt, gegen diesen Zustand auflehnen, wie es Karm, Rucker in dieser Zeitschrift schon öfters getan hat, und eine sachliche Diskussion über die neuen Wege des Anarchismus beginnen.

Ich möchte den Gedankengang dieser Darlegungen in eine Art kurzen Programms, eines revolutionären Minimalprogramms, zusammenfassen, das meiner Meinung nach den Bestrebungen bisheriger proletarischer Revolutionen entspricht:

1. Auflösung der Staatsorgane: Justiz, Polizei, Verwaltung, Steuerwesen, politische Organe. Keine dekretierte Auflösung, sondern von den revolutionären Arbeitern praktisch bis ins letzte Dorf durchgeführte. Keine Neuerrichtung unter irgendeiner Verkleidung.

2. Umbau des Wirtschaftslebens, Abschaffung des Eigentumsrechts an Produktionsmitteln, des Erbrechts usw. Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiterräte, die sich lokal, national, international und beruflich zusammenschließen. Abschaffung des Geldes, Inbesitznahme der Banken durch die Arbeiterschaft. Zunächst Einführung eines gleichen Bezugsrechtes aller für die nötigsten Bedarfsgegenstände und Nahrungsmittel. („Rationalisie-

rung“.) Später nach Maßgabe der Verhältnisse Einführung des freien Bezugsrechts für alle Arbeitenden, Verteilung durch die Betriebe oder auf Grund einer Haushaltskarte, die vom Betrieb ausgestellt wird. Einordnung der Parasiten, Beamten usw. in die Produktion.

3. Auflösung und Entwaffnung des Heeres, der Polizei und bewaffneter (bürgerlicher) Verbände. Wenn nötig, Bildung einer freiwilligen Miliz aus allen waffenfähigen Männern, auf der Basis freier Führerwahl und des Rätessystems.

Die Durchführung dieser Forderung bedeutet noch nicht den Anarchismus. Darüber müssen wir uns klar sein. Aber es ist die Gewähr gegeben, daß sich solch eine Gesellschaft gesund weiter entwickeln kann, zur Anarchie, wenn sie nicht durch Krieg usw. vernichtet wird. Die Umwälzung wird so grundlegend sein, daß diese Gesellschaft nie wieder auf den heutigen Stand zurückgebracht werden kann.

Natürlich stellt dieses Mindestprogramm noch nichts Endgültiges dar. Es soll nur zur Diskussion dienen. Sicher werden auch viele die ganze Idee der Uebergangsperiode ablehnen. Es gibt aus den früheren Zeiten eine Menge klassischer Argumente dagegen, die ich kenne, aber nicht mehr für stichhaltig ansehe.

Es ist Zeit, den Anarchismus aus seiner dogmatischen Erstarrung zu befreien, dem Proletariat unsere Ziele in einfachen, verständlichen Formen zu erklären, die Erfahrungen der letzten Jahre in guten Parolen auszudrücken. Gelingt uns das, dann wird der Anarchismus auch diejenige Rolle in der proletarischen Bewegung spielen, die ihm zukommt.

H. W. Gerhard.

Der Verfasser nannte sich bisher G. Berg (FANAL Nr. 8: „Vergleichende Revolutionsgeschichte“), ohne zu wissen, daß ein Mitarbeiter vieler uns nahestehenden Zeitschriften älteren Anspruch auf diesen Namen hat. Durch den Entschluß unseres Genossen, als H. W. Gerhard zu zeichnen, werden Mißverständnisse in Zukunft nicht mehr vorkommen können.

Taten und Täter

Hein ist als Mörder zum Tode verurteilt worden, nicht ohne den Gerichtsberichterstatlern viel Wehmut aus den Federn tropfen zu lassen. Man fand ihn sympathisch, liebenswert, hübsch von Aussehen, klar von Verstand, gutmütig im Fühlen und offenherzig im Bekennen. Der Staatsanwalt zweifelte alle diese Eigenschaften an und schloß auf eine von leichtem Schwachsinn beeinflusste verbrecherische Anlage schon daraus, daß der Posträuber einmal als Syndikalist organisiert und daher anarchistischen Auffassungen verfallen gewesen war. Hein hat den besten deutschen Verteidiger, den menschlichsten Freund seiner Schutzbefohlenen, Justizrat Viktor Fraenkl aus Berlin, an seiner Seite gehabt. Die Verhandlung fand in Koburg statt, das aus verwaltungstechnischen Erwägungen seit einigen Jahren nicht mehr Hauptstadt eines deutschen Staates mit dem Recht zur Sehnsucht nach einer eigenen Hofhaltung ist, sondern bayerische Provinz mit der Verpflichtung zur Sehnsucht nach dem Wittelsbacher König. Die Koburger haben ihre Volksabstimmung, deren Erfolg durch vorgerechnete

Ersparnisse und mithin in Aussicht gestellte Steuerverminderung und verbilligte Lebensführung entschieden wurde, oft bestöhnt. Sie haben nämlich nicht weniger Beamte zu füttern als früher, sondern mehr und dürfen sich außerdem an den Ausgaben Bayerns für die Konkordatsverknechtung an die katholische Kirche mit beteiligen. Dafür haben sich aber die Leute, welche den Koburgern das gewandelte Staatsbewußtsein von Amts wegen einzuflößen haben, rasch und wendig in die bayerische Eigenart eingewöhnt, und als der Verteidiger auf Unzulässigkeiten in der Prozeßführung aufmerksam machte, erhielt er die Antwort: „Bei uns in Bayern machen wir das so.“ Bei uns in Bayern macht man es auch so, daß ein Mann, der sich, von Bewaffneten verfolgt, mit der Schußwaffe wehrt, wegen vorsätzlichem und mit Ueberlegung ausgeführten Mordes zum Tode verurteilt wird, so daß nunmehr der Kopf des Anarchisten Hein in den treuen Händen des Herrn Gürtner und jener Herren im Münchener Justizministerium liegt, welche für wirkliche Mörder mit vaterländischen Pistolen einmal hohes Verständnis gezeigt haben.

Die mit der Zeit bis selbst zu schwarz-rot-golden umrandeten Denkschränken vorgeschrittenen Juristen verkünden als obersten Grundsatz des Strafrechts, daß ein modernes Gericht nicht mehr die Tat, sondern den Täter zum Gegenstand seiner Urteilsfindung zu machen habe. Die Psychologie soll also bei der Beurteilung verbotener Handlungen mitwirken, und das alte Sprichwort: wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe, soll zur Grundlage der staatlichen Gerechtigkeit erhoben werden. Das ist recht gut, denn wenn der wohlbesoldete Landgerichtsrat Zweigler aus Rudolstadt manchmal aus einem Schlächterladen Thüringer Würstchen stiehlt, ist es wirklich etwas anderes, als ob dasselbe von der Frau eines arbeitslosen, vom Krieg um seine Gesundheit, von der Inflation um sein Sparkassenbuch betrogenen Proletariers verübt würde, die ihren sechs hungrigen Kindern einmal etwas Nahrhaftes und Wohlschmeckendes vorsetzen möchte. Daher — und hierzu bedurfte es auch früher schon nicht besonderer Belehrungen über die Anforderungen moderner Denkart — fliegt die würstchenstehlende Arbeiterfrau ins Gefängnis, der würstchenstehlende Landgerichtsrat aber wird pensioniert und nach § 51 StGB. außer Verfolgung gesetzt, weil er sich bei seiner Tat, obwohl er sie bei vollem Bewußtsein beging, nichts gedacht hat (Sachverständigengutachten des Universitätsprofessors Strohmeler aus Jena). Es gibt Leute, die sich bei dem, was andere tun, immer mehr denken als bei ihren eigenen Handlungen, und gewiß gibt es viele Urteilsausfertigungen des nunmehr ohne Gegenleistung aus der Staatskasse ernährten Richters, in denen er genau auseinandersetzt, was alles er sich dabei gedacht hat, wenn andere Leute, die nicht so gut dran sind, mal stehen gegangen waren, um sich, da es niemand anders tat, selbst zu ernähren. Zweifellos hätte sich Herr Zweigler, wäre er statt in Rudolstadt in Koburg mit Ladendiebstählen und Verbrechenssühnung beschäftigt gewesen, auch

viel mehr bei Heins Postberaubungen gedacht als bei seinen eigenen Wurstklauereien. Zum Glück hat der Rechtshüter, als er auf frischer Tat, mit frischer Wurst ertappt wurde, keinen Versuch gemacht, zu entfliehen, so daß er auch nicht in die Lage kam, auf seine Verfolger zu schießen. Man hätte sicherlich auch den Strohmeier gefunden, der ihm bestätigt hätte, daß ihm auch diese Tat gedankenlos widerfahren wäre, und, Nörgler, wie wir schon sind, hätten wir leichter geglaubt, ein Landgerichtsrat suche ohne lang zu überlegen, der Bloßstellung bei einer Verhaftung wegen Würstchen-diebstahls zu entrinnen, sei es selbst unter Verübung von Gewalttaten, als daß er sich schon bei der Wegnahme der Thüringer Würstchen gar nichts gedacht haben sollte, und daß sich dies Aussetzen der Denktätigkeit gerade immer beim Anblick der Würstchen zu wiederholten Malen zugetragen hätte.

Hein hingegen ist ein Proletarier. Zwar hat der junge Mensch allgemein persönliches Wohlwollen erweckt, doch ist er immerhin kein Landgerichtsrat. Es scheint, als befände sich der neue Rechtsgrundsatz — den Täter ansehen, nicht die Tat! — im Stande des Uebergangs zur Verwirklichung. Ohne Ansehen der Person urteilen — das Ideal von ehemals — gilt fürs erste noch bei Armen, wohingegen Reiche, Adlige, Staatsbeamte und gesellschaftlich angesehene Zeitgenossen als Versuchskaninchen erhalten müssen, um das neue Verfahren — urteilen mit Ansehen der Person — allmählich einzuführen. Bei Landgerichtsräten wird der Täter, bei Proletariern die Tat zum Gegenstand der Rechtsfindung gemacht. Der Täter Zweigler hat sich nichts dabei gedacht, als er stahl, denn er ist Landgerichtsrat; das Verfahren wird eingestellt. Der Täter Hein jedoch hat böse Taten begangen, die, unbeschadet des persönlichen guten Eindrucks des Verbrechers, nicht seine, sondern ihre Sühne finden müssen; schmiert die Guillotine!

Wie war es also mit Hein? Ein arbeitsamer, gescheiter, ehrlicher, mit allen Menschen freundlicher, von den Mädchen umworbener junger Arbeiter von revolutionärer Gesinnung gerät in den Bann eines haltlosen, zu Abenteuer neigenden, lebens- und geldhungrigen, verwegenen und unbedenklichen Freundes. Er geht mit ihm auf Raub. Wen bestiehlt er? Postämter. Hätte er bloß einem Arbeitskollegen die Kommode aufgesprengt, um ihm seine Notgroschen herauszuholen, — das wäre noch nicht so arg gewesen. Aber Staatsgelder, bitte sehr! Und Tausende von Mark, die die Steuerzahler aufbringen müssen, — mehrere Dutzend Millionen Steuerzahler, die alle an dem Verlust fragen müssen! Und wir haben doch ohnehin schon Schaden genug gehabt — mit den vielen teuren Eisenbahnkatastrophen in Bayern, mit der Fälligkeit der Reparationsgebühren an Parker Gilbert, mit den Abfindungen an Deutschlands Fürstenhäuser, mit den verunglückten Spekulationen des Kapitäns Lohmann, mit dem kostspieligen Besuch aus Afghanistan, mit Gott weiß was noch allem, lauter Dinge, die den Staat Millionen und Milliarden kosten, und da müssen diese Verbrecher ausge-

rechnet auch noch Staatsbetriebe zum Räubern aussuchen! Es zeigt, wohin die staatsfeindlichen Lehren der Anarchisten und Syndikalistern die Menschen bringen, wie der Sinn für das öffentliche Wohl selbst bei der Ausführung von Diebstählen ins Wanken gerät. — Wenn aber ein Postamt überfallen wird, dann bringt das Polizei und Gendarmerie noch ganz anders in Harnisch, als handelte es sich bloß um private Kassen. Hier verlangt die Staatsräson das entschlossenste Zugreifen. Die Ruchlosigkeit, eine öffentliche Kasse auszuplündern, ist so groß, daß sofort alle Schußwaffen entschert werden müssen, um den Verbrecher dingfest zu machen, um dem geschädigten Staat seine Banknoten zurückzuschaffen. Aber Hein ist ein Schwerverbrecher und bar aller Ehrfurcht vor dem Staat und seinen beamteten Sachwaltern. Hein ist ein Kerl, der in der Gefahr, erschossen zu werden, selber schießt, ja, wie das Gericht in Koburg festgestellt hat, mit klarer, vorbedachter Ueberlegung schießt. Leider stellt er nur gerade die Ueberlegung nicht an, die hier allein am Platze wäre und deren stete Gegenwärtigkeit ein Koburger Gericht von jedem Verfolgten erwartet und verlangt: daß es ein himmelweiter Unterschied ist, ob ein grünbekleideter, von der Obrigkeit bestellter, selbst die Obrigkeit vertretender, mit Riemen umschnallter Schütze uns abknallt oder ob wir ihn abknallen. Hein wollte nicht totgeschossen werden, darum drehte er sich um und schoß seine Verfolger tot. Aber die Verfolger hatten doch das Recht, ihn, da er flüchtete, totzuschießen; er aber hatte die Pflicht, stehen zu bleiben und sich ins Zuchthaus abführen zu lassen, keineswegs aber das Recht, wollte er schon flüchten, sich dabei gegen das Totgeschossenwerden zu sichern.

Die Sachlage ist, sollte man meinen, klar. Sollte sie noch jemandem unklar sein, so belehre ihn die Tatsache, daß ein zur Ergreifung Heins angesetzter Gendarm noch am Tage vor der Verhaftung des Gesuchten einen Mann, der weder Hein noch sonst ein Posträuber war, auf seiner Fährte sah, anrief und zur Sicherheit des Staates mit einer, von Steuerzahlergeld gekauften und geladenen Amtspistole totschoß. Da besagter Gendarm hierbei die vorschriftsmäßigen Riemen um Bauch und Schulter trug, war er berechtigt, jeden Steuerzahler, den er mit Hein verwechselte und der nicht auf Anruf stehen blieb und sich von ihm fesseln und einsperren ließ, totzuschießen; die Leiche dessen, den es getroffen hat, wurde nicht dem Gendarm auf die Schuldseite geschrieben, sondern sie wurde den Leichen der Polizeileute zugerechnet, die Hein hätten wie jenen unbeteiligten Steuerzahler behandeln können und denen er zuvorkam. Der Täter Hein mag also ein noch so ansprechender Mensch sein, seine Taten, welche sich als offenkundige Verletzungen jedes pflichtbewußten Staatsempfindens kennzeichnen, mußten ohne Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Mannes geahndet werden, und zwar als überlegte Morde, für die das Gesetz nur eine Strafe kennt, den Tod. Oder ist hier doch bereits, wie auch bei dem Würstchenrichter von Rudolstadt, nicht die Tat, sondern der Täter beur-

teilt und verurteilt worden? Ist nicht der Täter außer dem gutartigen, gefälligen, gefühlswarmen Menschen, als den ihn sein Anwalt sah, als den ihn die Zeugen schilderten, für den seine Braut noch jetzt öffentlich vor die Gerichtsschranken trat, den sogar sein Verführer in schöner Kameradschaftlichkeit von aller Schuld zu entbürden suchte, — ist er nicht vielleicht außerdem doch noch ein gefährlicher Charakter, vor dessen Äußerungen die Gesellschaft geschützt werden muß? Jawohl, er war einmal syndikalistisch organisiert, und so ist nicht die Tat, sondern, es lebe der moderne Geist im Strafrecht!, der Täter mit dem Richterspruch getroffen worden. Wäre er Hakenkreuzler, Stahlhelmer, Vaterländer gewesen, verlaßt euch drauf, dieselben Taten wären von denselben Richtern anders bewertet worden!

Und das ist die Moral davon, derentwegen hier so lang und so breit von einer kaum übertrieben wichtigen Strafsache geredet worden ist. Ihr werten Genossen, die ihr so ängstlich darauf achtet, daß euch ja nie ein „gemeiner“ Verbrecher zwischen eure politischen Schützlinge gerate, — hört endlich einmal mit diesen spitzfindigen Unterscheidungen auf. Hat Hein aus politischen Ueberzeugungsgründen geraubt und Beamte getötet? Kaum. Aber ich sage euch, die Strafe, durch die er des Todes würdig befunden ist, wurde ausgesprochen, weil die Richter nicht frei von politischen Vorurteilen waren und auch nicht sein konnten. Der Mann hat gegen den Staat gefrevelt, unmittelbar, indem er seine Diebstähle zum Schaden des Staates betrieb und indem er sich mit der Waffe der Verfolgung durch die Beauftragten des Staates erwehrt. Ich könnte Dutzende von Fällen mitteilen, die ich als politische Fälle betrachte, nicht, weil die Tat aus politischen Gründen erfolgte, sondern weil das Urteil von politischen Einflüssen bestimmt war. Ich bemühe mich um einen Strafgefangenen, bei dem es mir völlig sicher ist, daß er niemals zu der ungeheuren Zuchthausstrafe verurteilt worden wäre, von der er bald 10 Jahre hinter sich gebracht haben wird, wenn er nicht unabhängig von den verfolgten Handlungen Revolutionär und wenn er nicht vor allen Dingen staatenloser Ostjude wäre. Sämtliche Urteile aller Kriegs- und außerordentlichen Gerichte, mögen sie ergangen sein aus welchen Gründen immer, sind politische Urteile, schon deswegen, weil diese Gerichte als politische Ausnahmegerichte eingesetzt worden waren. Die Ebertschen außerordentlichen Kriegsgerichte von 1918/19 erhielten außer den Fällen, die mit revolutionären Taten zusammenhingen, noch eine Reihe gewöhnlicher Verbrechen mit zur Aburteilung überwiesen. Da haben uniformierte Offiziere über Proletarier zu Gericht gesessen und in dem Bewußtsein Schicksale zerstört, daß ihr Spruch ja keiner Nachprüfung unterläge. Da gibt es Menschen in den deutschen Zuchthäusern, die glaubhafte Darstellungen ihrer Erlebnisse geben und daneben liest man dann die „Feststellungen“ der Sonderrichter, die nichts, nichts, nichts davon ahnen lassen, daß hier irgendwelche politische Zusammenhänge bestehen könnten. Und sie bestehen doch, mindestens in der Voreingenommenheit der

richtenden Gegenrevolutionäre. Und laßt schon wirklich einen Arbeiter wegen eines ganz unpolitischen Raubmordes von Offiziersgerichten verurteilt sein. Soll die Formel Geltung haben, daß die Täter zu beurteilen sind, nicht die abstrakt gemachte Tat, dann sei man doch so freundlich, zu überlegen, daß von 1914 bis 1918 der Mord, der Raub, der Diebstahl, die Brandstiftung, die Untreue und jegliche Gemeinheit in zweierlei Wertschätzungen¹ vorhanden war, in der zivilrechtlich strafbaren und in der kriegsrechtlich erlaubten und befohlenen Form. Wer die Kriegsjahre erlebt hat, und dabei nicht fest auf dem Boden einer im Geiste verarbeiteten Weltanschauung stand, dem mußten sich die Unterscheidungen zwischen befohlenem und verbotenem Mord, Raub und Verbrechen aller Art verwirren. Wir haben kein Recht, diese Unglücklichen nach politischer und nichtpolitischer Täterschaft auseinander zu halten.

Die sogenannte Amnestie vom 14. Juli hat alle die Opfer der Halbheit der Novemberrevolution wieder übergangen. Für ihre Befreiung muß ein anderer Kampf einsetzen als die windige Resolutionsannahmerei, die man hierzulande als „Aktionen“ auszugeben beliebt. Es ist nicht wahr, daß die politische Teilamnestie dieses Jahres das Ergebnis des proletarischen Massendrucks war, sie war das Ergebnis einer erbärmlichen politischen Schacherei zwischen Parteien, die alle uns regieren wollten. Massendruck ausüben heißt Machtmittel anwenden. Die Arbeiter haben ein einziges Machtmittel, ihre wirtschaftliche Arbeitskraft. Mit diesem Mittel können sie Amnestien erzwingen, wie sie sie haben wollen und wie sie notwendig sind. Notwendig ist zunächst eine Amnestie für alle, die — gleichviel wofür — von Kriegs- und Ausnahmegerichten verurteilt sind; da dies politische Gerichte waren, sind alle von ihnen Verurteilten politische Gefangene. Moralische Entrüstung über Verletzungen des bürgerlichen, staatlichen und kirchlichen Sittengesetzbuchs ist nicht Aufgabe des Proletariats, das einmal ein eigenes revolutionäres Sittenrecht ohne Paragraphen aufzustellen und durchzuführen haben wird. Wäre aber diese seltsame Republik des derzeitigen Deutschen Reiches wirklich eine Republik, dann hätte sie längst aus eigenem Antrieb mindestens alle die Urteile gestrichen, die noch im Namen des Kaisers, im Namen der übrigen zwei Dutzend entthronten Machthaber der schwarz-weiß-roten Zeit eingesperrt sind. Würde zum 9. November eine solche Amnestie erlassen, dann täte die Republik zum erstenmal etwas, was die ganze Welt als Bekenntnis und als Bruch mit der Vergangenheit ansehen müßte. Man kann nicht einfach alle Mörder laufen lassen? Beruhigt euch, sie saßen alle schon mindestens 10 Jahre in euren Musterkernern. Wärt ihr fähig, in eurer Philisterangst Menschen zu sehen statt Gespenster, dann wüßtet ihr, was 10 Jahre Zuchthaus bedeuten und lerntet, eure moderne Erkenntnis dem Leben gewinnen, daß das, was die Welt bewegt im Guten wie im Schlimmen, nicht tote Taten sind, sondern lebendige Täter.

Panzerkreuzer A

Bitteres Mißgeschick hat die deutsche Wählerschaft betroffen. Sie hat feststellen müssen, daß eine Staatsregierung eine Staatsregierung ist, daß Minister Minister sind und daß ein Flottenprogramm ein Flottenprogramm bleibt. Als 1924 ein neuer Reichstag gewählt wurde, kriegten die Deutschnationalen die Stimmen aller Leute, die ihnen glaubten, ihr verloren gegangenes Bankguthaben werde ihnen mit 100 Proz. aufgewertet werden. Am 20. Mai dieses Jahres wählten die biedereren Bürger sozialdemokratisch, die sich aus den Wahlaufufen der Liste 1 hatten überzeugen lassen, daß die Speisung hungriger Kinder ein wohlgefälligeres Werk sei als der Bau von Panzerkreuzern und daß eine sozialdemokratisch besteckte Reichsregierung unversehens aus allen Stahlplatten Brot machen werde. Peinlicherweise bedarf die 100prozentige Aufwertung von Kriegsanleihen, Hypotheken, mündelsicheren Papieren aller Sorten ebenso wie die Umwandlung von Kriegsschiffen in Feingebäck kräftigerer Feuerungsstoffe, als den deutschen Realpolitikern bekannt sind, und so kochten Deutschnationale wie Sozialdemokraten, zu Regierungsämtern zugelassen, mit Wasser, als in welchem die holden Träume der Wähler ersoffen. Die Deutschnationalen haben es mit der Zeit begreifen gelernt, daß der Dienst am Staate Opfer kostet, aber sie bringen diese Opfer immer nur zu 50 Prozent, sie geben immer nur Ueberzeugungen preis, niemals das Geschäft. Die Sozialdemokraten sind weniger engherzig; sie haben Ueberzeugungen sowieso nicht mehr preiszugeben, und was das Geschäft anlangt, so haben sie ihre Wähler längst soviel Staatsgesinnung gelehrt, daß sie dem höheren Zweck gern auch materielle Opfer bringen. Der höhere Zweck aber ist die Große Koalition.

Warum sind die Sozialdemokraten in die Regierung gegangen? Herrschaften, zermartert euch nicht vergeblich das Hirn mit psychologischen, politischen und parteitaktischen Erklärungsversuchen. Sie sind in die Regierung gegangen, damit ihre Bonzen Minister werden. Und warum sind sie nicht aus der Regierung herausgegangen, als sich zeigte, daß sie den Bau des Panzerkreuzers nicht verhindern konnten, ihm sogar ausdrücklich zustimmen mußten? Herrschaften, sie sind aus der Regierung nicht herausgegangen, damit ihre Bonzen Minister bleiben. Hätten sich die Müller, Severing, Wisseli und Hilferding gestraußt, dem Kollegen Gröner den Bauauftrag zu erteilen, dann wären sie heute keine Minister mehr, und der Panzerkreuzer würde doch gebaut, und hättet ihr eine rein sozialdemokratische Regierung, dann würde der Panzerkreuzer ebenfalls gebaut, und hättet ihr eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, dann würde der Panzerkreuzer auch gebaut, und macht ihr eine Volksabstimmung, durch die das Bauen von Panzerschiffen und Kreuzern für alle Zukunft verboten wird, — verlaßt euch drauf: der Panzerkreuzer wird gebaut.

Und nicht bloß der Panzerkreuzer A wird für über 9 Millionen Mark zu bauen angefangen, der Bau wird für 80 Millionen Mark zu Ende geführt, und dann kommt der Kreuzer B und die ganze Reihe dran; denn Gröner und Deutschlands Ehre will's und England erlaubt's. Und wie Sozialdemokraten dem Kapital zuliebe die Revolution niederkartätschten, wie sie die Abwehrkämpfe gegen den Kapp-Putsch zugunsten der Monarchisten zu Fall brachten (übrigens, Herr Reichsinnenminister Severing, können Sie nicht in Ihrer neuen Würde mal nachfragen, wie sich die republikanische Reichsregierung heute, nach über 8 Jahren, zur Durchführung der von Ihnen gedrehten, von der damaligen Reichsregierung zugesicherten 8 Punkte des Bielefelder Abkommens stellt?), — wie regierende Sozialdemokraten der Schwerindustrie:

zur Entschädigung für die Aushungerung des Proletariats durch die Inflation 700 Millionen Mark geschenkt auf Kosten des Proletariats in den Rachen warfen und wie sie eine nach ihren demokratischen Grundsätzen errichtete Regierung in Sachsen, dann auch in Thüringen mit Waffengewalt auseinandersprenge ließen, weil sie sonst hätten aus den Ministersesseln herausrutschen müssen, so werden sie auch fürderhin für Panzerkreuzer sein, so lange sie Minister sind, gegen Panzerkreuzer, sobald andere ohne sie regieren oder wenn sie gerade auf Stimmenjagd gehen. Dies alles ist von Antiparlamentariern unzählige Male vor den Wahlen und während der Wählereinseifung vorhergesagt und an Beispielen aus der Vergangenheit bewiesen worden. Da die Arbeiter nun aber doch immer noch glauben, daß es ohne ihre Beteiligung an den Parlamentswahlen nicht gut gehen könne, mögen sie getrost auch noch mit dem Panzerkreuzer ihre Erfahrungen bereichern. Ich gebe zu, daß mich die Haltung der Sozialdemokraten in der Angelegenheit durchaus befriedigt. Hätten sie Charakter markiert und ihre schöne Große Koalition zum Platzen gebracht, dann säßen sie schon wieder in der sogenannten Opposition und betörten die Einfalt gläubiger Seelen. Nein, nein, in diesem Staate immer die Sozialdemokraten an der Spitze! Dann sieht man sie wenigstens bei Lichte und sie können einem nichts vormachen.

Die Kommunisten ereifern sich etwas übertrieben wegen des Panzerkreuzers. Sie scheinen in kindlichem Gemüte zu meinen, der Staat werde, spart er das Geld für das Schiffchen, die Millionen dem Proletariat zum Hungerstillen zuwenden. Dem wird kaum so sein; ach, gute Pazifisten, es ist auch nicht an dem, daß der Panzerkreuzer A die Kriegsgefahr steigert, seine Abtreibung vom Dock uns den lieben Frieden sichern würde. Der Frieden ist ja gerade gesicherter denn je. Eben heißt es, die Japaner werden sich mit der neuen chinesischen Kulimörderregierung in Kanton vielleicht friedlich verständigen; der polnisch-litauische Krieg scheint um Wochen vertagt zu sein; die Erhebung des Mussolini-Bravos Achmet Zogu zum König von Albanien ist geeignet, die Auseinandersetzung zwischen Serbien und Kroatien wegen der Ermordung der Bauernführer Raditsch zu verzögern, bis die Auseinandersetzung zwischen Italien und Jugoslawien stattgefunden hat; der faschistische Staatsstreich in Ägypten beruhigt alle Sorgen um den Frieden in Afrika, der Grenzkrieg in Ostasien dient ohnehin nur der Befriedung der Völker; das französisch-englische Rüstungsabkommen, begleitet von amerikanischen Versicherungen, daß kein Kellogg-Pakt die Heeresverstärkungen irgendeines Landes stören soll, und daß sich vor allem die Vereinigten Staaten selbst keineswegs in ihrer Rüstungstätigkeit davon beeinflussen lassen würden, — zu alledem das vereinte Geschrei aus allen Weltgegenden: Rußland will Krieg!, was zu übersetzen ist: es soll ihn haben! — dies alles und noch vieles mehr umstrahlt den festlichen Akt in Paris, da mit goldener Feder die Staats-, Stres- und Feldhauptmänner der Erde den Grundsatz bekräftigen: Wenn du den Krieg willst, dann rüste den Frieden!

Also der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern soll in Zukunft verboten werden; worüber wir abstimmen sollen, Kriegen die Kommunisten mehr Arbeiterstimmen zusammen als die Regierungsparteien vaterländische, dann müssen die Herren Gröner und Lohmann sich beim Flottenbau schon mit Linienschiffen und Torpedoboote bescheiden. Der letzte Reichstag hat allein „für neue Torpedoarmierung“ 57½ Millionen Mark bewilligt (für Reichswehrpferde 9,6 Millionen und zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 240 000 M.). Immerhin ist es vom Standpunkt der Staatsgesinnung aus löblich, daß die Kommunisten auch die Kriegsgefahr und den Rüstungs-

eifer jetzt mit den von der Reichsverfassung angegebenen gesetzlichen Mitteln des demokratischen Abzählspiels bekämpfen wollen. Wir wär's, liebe Genossen von der KPD, wenn ihr die Gelder, die euch die Vorbereitung des Volksentscheids kosten wird — die vom Reich ausgeworfene Jahressumme zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit könnte damit verdreifacht werden —, der Werbung für einen Gedanken zuführt, der den Bau von Panzerkreuzern in der Tat verhindern würde? Habt ihr schon mal darüber nachgesonnen, wer eigentlich Panzerkreuzer, Torpedoboote, Kasernen, dazu auch Munitionsfabriken, Gefängnisse und andere staatsnützliche Gebäude aufführt? Das sind die Arbeiter, und bauten die Arbeiter eines Tages keine Panzerkreuzer mehr, dann brauchte niemand mehr darüber abzustimmen, ob welche gebaut werden sollen oder nicht, weder mittels Parlamentsbock- und Hammelsprüngen noch mittels Volkswettlauf zum Zetteltopf. Es werden, mögen die Regierungen sich zusammensetzen, wie sie wollen, mögen demokratische Willenkundgebungen veranstaltet werden, in welcher Form es sei, solange Panzerplatten von Arbeitern zu Schlachtschiffplanken geschmolzen werden, wie die Arbeiter Panzerplatten vor dem Hirn tragen und abstimmen gehen, wenn es zu handeln gilt.

Zwei Tote

Der Tod Klabunds reißt eine Lücke in die literarische Generation — nicht eigentlich der Gegenwart. Als der sehr junge Alfred Henschke 1911 oder 12 seine ersten Gedichte unter dem Namen Klabund veröffentlichte, da schien ein neues, ganz starkes, wenn auch noch nach eigener Persönlichkeit suchendes Talent sich anzumelden: „Es hat ein Gott mich ausgekotzt — —.“ Klabund war ein Talent, ein außerordentlicher Könnner, ein Dichter mit großer Formsicherheit, großem Wissen um Klang und Farbe der Sprache. Aber er war kein Starker. Er fand keinen Anschluß an die junge Zeit. Er war Nachzügler einer aussterbenden Generation. Der Krieg betörte ihn mit den Gongschlägen, die um Begeisterung warben. Klabund verfiel dem Massentaumel 1914, bis ihn lyrischer Schmerz ergriff und Friedenssehnsucht ohne Anklage in seinen Gedichten Form suchte. Er verfiel ebenso dem Taumel von 1918, und die Enttäuschung machte ihn müde. So war ihm das Zeitgeschehen, wenn es Fanfaren blies, Anlaß und Thema seiner Dichtung, — aber nie war ihm seine Dichtung Mittel und Werkzeug, selbst Zeitgeschehen zu schaffen. Die vorletzte Generation hat einen nachgeborenen Vertreter verloren, um dessen Talent, um den selbst es schade ist.

Fast gleichzeitig verlor die Generation von gestern noch einen ihrer besten und liebenswertesten Vertreter: Leo Greiner. Er war seinen Zeitgleichen kein Nachgeborener. Er war ein feiner, stiller, kluger Mann, der, in guten Traditionen aufgewachsen, ihnen treu blieb. Seine Werke sind schön und ohne Anspruch auf kämpferische Bedeutung. Seine Nachdichtung der „Lysistrata“ des Aristophanes ist eine der wertvollsten Blüten jener Kultur, die aus dem Boden der „Elf Scharfrichter“ erwuchs. Mir ging wieder eine gute Erinnerung an die eigene Frühzeit ins Grab.

Anarchistische Vereinigung

Die Anregung der Anarchistischen Vereinigung, Berlin, die Grundlagen gemeinsamen Handelns in einer Aussprache mit den Genossen aus dem Reich zu schaffen, ist erfreulicherweise überall günstig aufgenommen worden. Wir schlagen nunmehr vor, die Zusammenkunft in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr in Berlin stattfinden zu lassen und bitten um Mitteilung, welche Genossen zu kommen gedenken, sowie um Vorschläge für die Festsetzung der Verhandlungsgegenstände an unseren Genossen **Gustav Lübeck**, Berlin-Neukölln, Zietenstraße 10 IV.

Entschliebung :

Auf öffentliche Einladung des Genossen Hermann Stenzleit waren am 18. August 1928 Mitglieder der Freien Arbeiter-Union Deutschlands und der Anarchistischen Vereinigung Berlin, darunter eine Anzahl früherer Mitglieder des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins London in Bökers Festsälen in Berlin versammelt. Die durch eingeschriebenen Brief eingelandene Föderation Communistischer Anarchisten hatte keinen Vertreter entsandt, auch war der besonders aufgeforderte Genosse Rüffer nicht erschienen.

Genosse Stenzleit gab an Hand des gesamten Materials einen klaren Einblick in den Verlauf des wegen der Angelegenheit der Londoner Vereinsbibliothek entstandenen Streitfalles. Die Versammelten billigten das Verhalten des Genossen Stenzleit, der in berechtigter Sorge um die Erhaltung und Pflege der Bibliothek deren Uebermittlung an die Geschäftsstelle der FAUD Berlin veranlaßt hat. Da die FAUD eine anarchistische Organisation ist, die allein schon durch die vortreffliche Herausgabe zahlreicher anarchistischer Werke von höchstem Wert ihre Eignung zur Betreuung der Bibliothek bewiesen hat, sind die von Rudolf Großmann, Wien, erhobenen, vom „Freien Arbeiter“ übernommenen Vorwürfe unbegründet. Dagegen betrachteten die Versammelten die Weigerung Großmanns, aus der Bibliothek entlehene äußerst wertvolle Werke herauszugeben, die ihm im Vertrauen auf seine Ehrlichkeit als anarchistischer Genosse und gegen die Zusicherung ausgehändigt wurden, er werde sie auf Anforderung sofort zurückgeben, als ein Vorgehen, das ihn der Bezeichnung als anarchistischen Genossen unwürdig macht. Die Versammelten bekundeten den angegriffenen Gen. Hermann Stenzleit und Rudolf Rucker ihr volles Vertrauen, sprachen ihr Einverständnis mit ihrem Verhalten aus und erklärten Großmann für verpflichtet, die rechtswidrig angeeigneten Bücher herauszugeben.

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands und die Anarchistische Vereinigung werden nunmehr die Ueberwachung der Bibliothek und die Sorge dafür, daß ihre Benutzung jedem Revolutionär und Forscher verbürgt wird, in gemeinsamer Arbeit ausüben. Der Föderation Communistischer Anarchisten steht der Anschluß an diese solidarische Tätigkeit offen, sofern sie sich bereit zeigt, sich den Formen anzupassen, die im Verkehr zwischen revolutionären Genossen üblich und notwendig sind, und mit den andern

Organisationen für die Herbeischaffung der von Großmann veruntreuten Bücher zu wirken.

Diese Entschließung wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig gefaßt.
 Freie Arbeiter-Union Deutschlands Anarchistische Vereinigung Berlin.
 (Anarcho-Syndikalisten).

Achtung!

FANAL!

Achtung!

Mit diesem Heft schließt der zweite Jahrgang des FANAL.

Die Erneuerung des Abonnements wird daher dringend in Erinnerung gebracht.

Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. Bezugsbedingungen wie bisher.

Es soll, wie zum ersten Jahrgang wieder ein ausführliches alphabetisches **Namens- und Inhaltsverzeichnis** hergestellt werden. Jedoch ist es notwendig, zuvor ungefähr überblicken zu können, wieviele Leser diese Ergänzung des Jahrgangs zu erhalten wünschen. Der Preis des Inhaltsverzeichnisses, das wieder 12—16 Seiten stark werden dürfte, muß mit 25 Pfennigen angesetzt werden. Bestellungen werden schnellstens erbeten, wenn auch die Lieferung voraussichtlich nicht vor dem 1. November erfolgen kann.

Eigene **Umschlagdeckel** für Leser, die sich den Jahrgang binden lassen wollen, werden hergestellt werden, falls rechtzeitig genügend Bezugsmeldungen einlaufen, um die Anfertigung lohnend scheinen zu lassen.

Freunde!

Genossen!

Leser!

FANAL braucht noch Unterstützung! Fordert **Sammellisten** an! Zeichnet in die schon umlaufenden Listen! Helft dem FANAL! Werbt für **FANAL!**

Gelingt es nicht, im dritten Jahre seines Bestehens das Blatt auf eigene Füße zu stellen, dann muß es eingehen. Gelingt es, der Zeitschrift zum gesicherten Bestande zu verhelfen, dann kann ihm binnen kurzem ein **eigener Verlag** angegliedert werden. Fordert FANAL bei den Zeitungshändlern, Buchhändlern, Kiosken, Bahnhofsverkaufsstellen! **Sorgt für seine Verbreitung!** Bezieht **Bücher aller Art** durch die **Geschäftsstelle des FANAL!** Jugendliche, verkauft FANAL bei **Versammlungen und Kundgebungen!** **Wiederverkäufer** werden beteiligt.

Anarchistische Vereinigung / Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag 20 Uhr im Lokal

Köhler, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 13. September, spricht Genosse Berthold Cahn über das Thema: **Der gegenwärtige Militarismus in Deutschland.**

Donnerstag, den 27. September, spricht Paul Albrecht über: **„Krise des Anarchismus“.**

Kameraden erscheint regelmäßig zu unseren Zusammenkünften! Bringt Freunde und Kollegen mit! Vertreibt FANAL! Werbt für den Anarchismus!

Anarchistische Vereinigung Berlin

I. A.: Gustav Lübeck

Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk 1898-1928

Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Preis: kartoniert 5.50 Mk., Ganzleinen 8.— Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des „FANAL“. Abonnenten des „FANAL“ erhalten auf Wunsch Zahlungserleichterung.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Bezieht Bücher jeder Art durch uns!
Ihr unterstützt dadurch „FANAL“!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

VERLAG „DER SYNDIKALIST“ FRITZ KATER, BERLIN O 34

Warschauer Str. 62, Postscheckkonto: Berlin 138 928

DIE INTERNATIONALE

erscheint am Anfang jedes Monats. Herausgegeben von der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarchosyndikalistin). Zu beziehen vom Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34, Warschauer Str. 62; Postscheckkonto: Berlin Nr. 138 928. Abonnementspreis: 3,50 M. jährlich, 1,75 M. halbjährlich, 0,90 M. vierteljährlich, zuzüglich Porto.

Theoretische Zeitschrift für den Anarchosyndikalismus. Die bekanntesten Persönlichkeiten der freiheitlichen Arbeiterbewegung des In- und Auslandes sind Mitarbeiter. Regelmäßige Beiträge erscheinen von Dr. Max Nettlau, Wien; Dr. Chr. Cornelissen Paris; A. Schapiro, Rußland; Albert Jensen, Schweden; Rudolf Rocker Deutschland.

Die Zeitschrift bringt ausführliche Beiträge über die freiheitliche Arbeiterbewegung aller Länder. Jeder revolutionäre Arbeiter muß sie lesen.